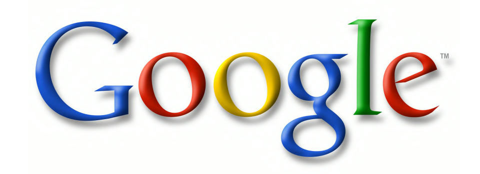
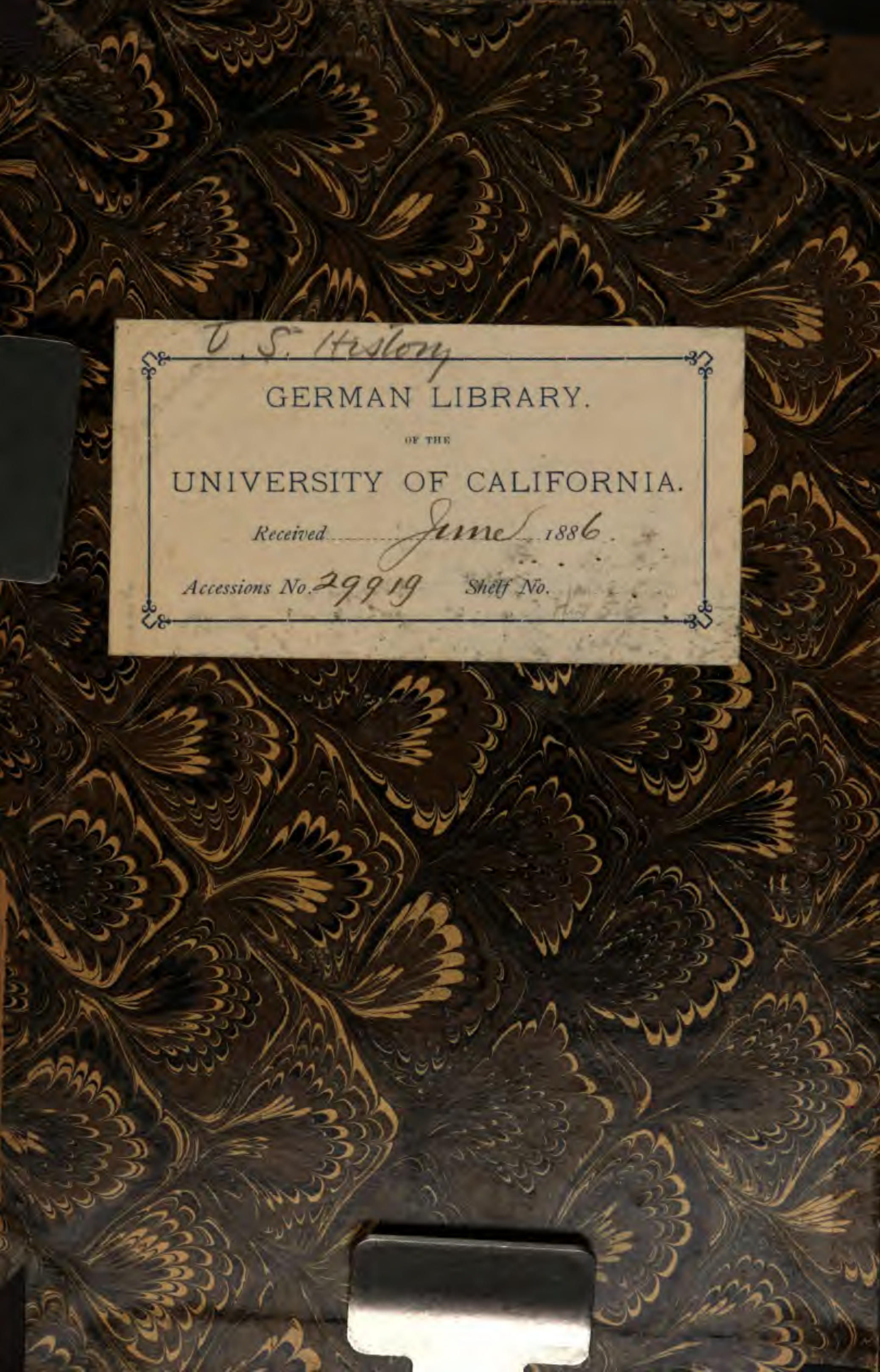
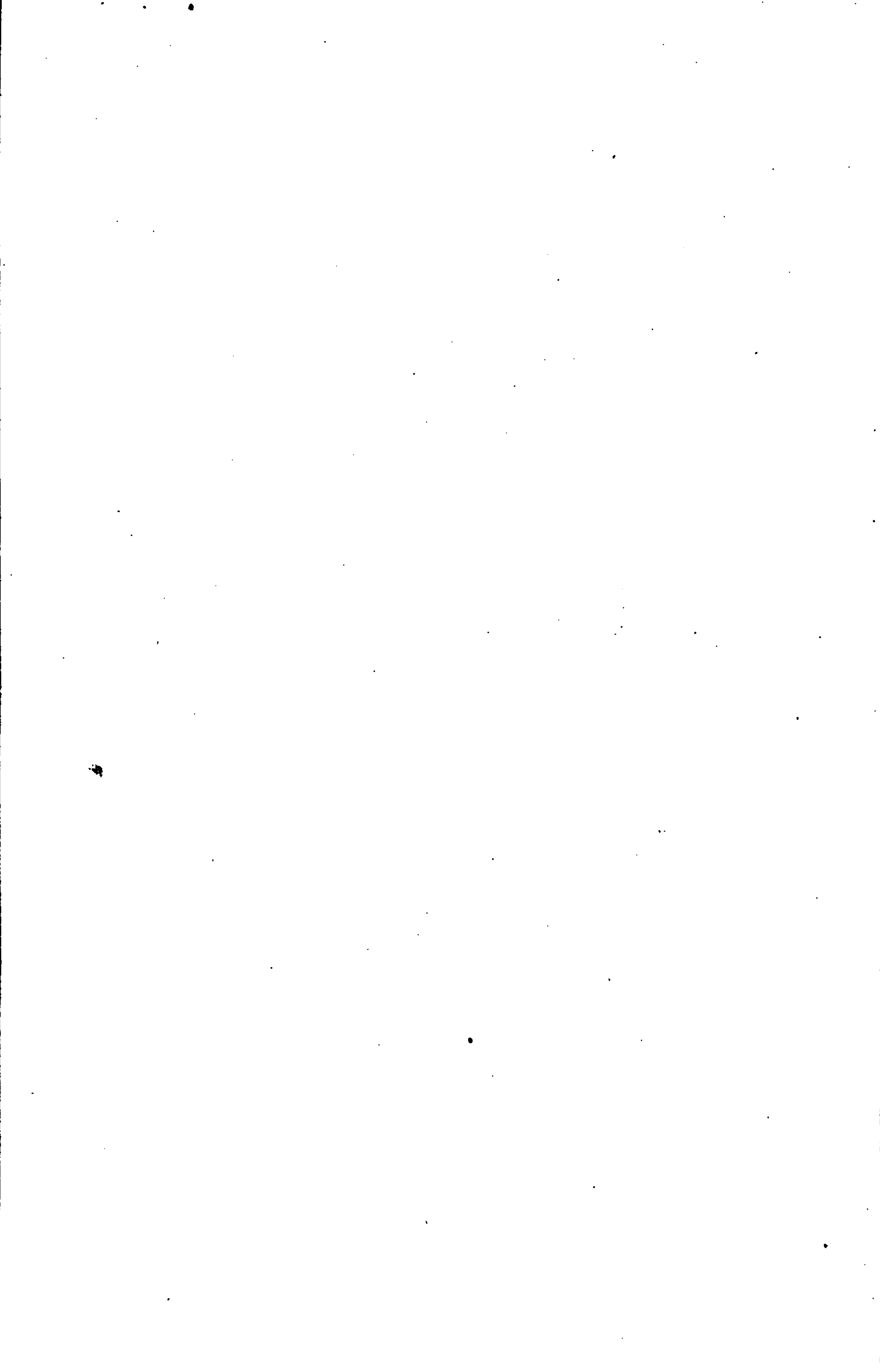
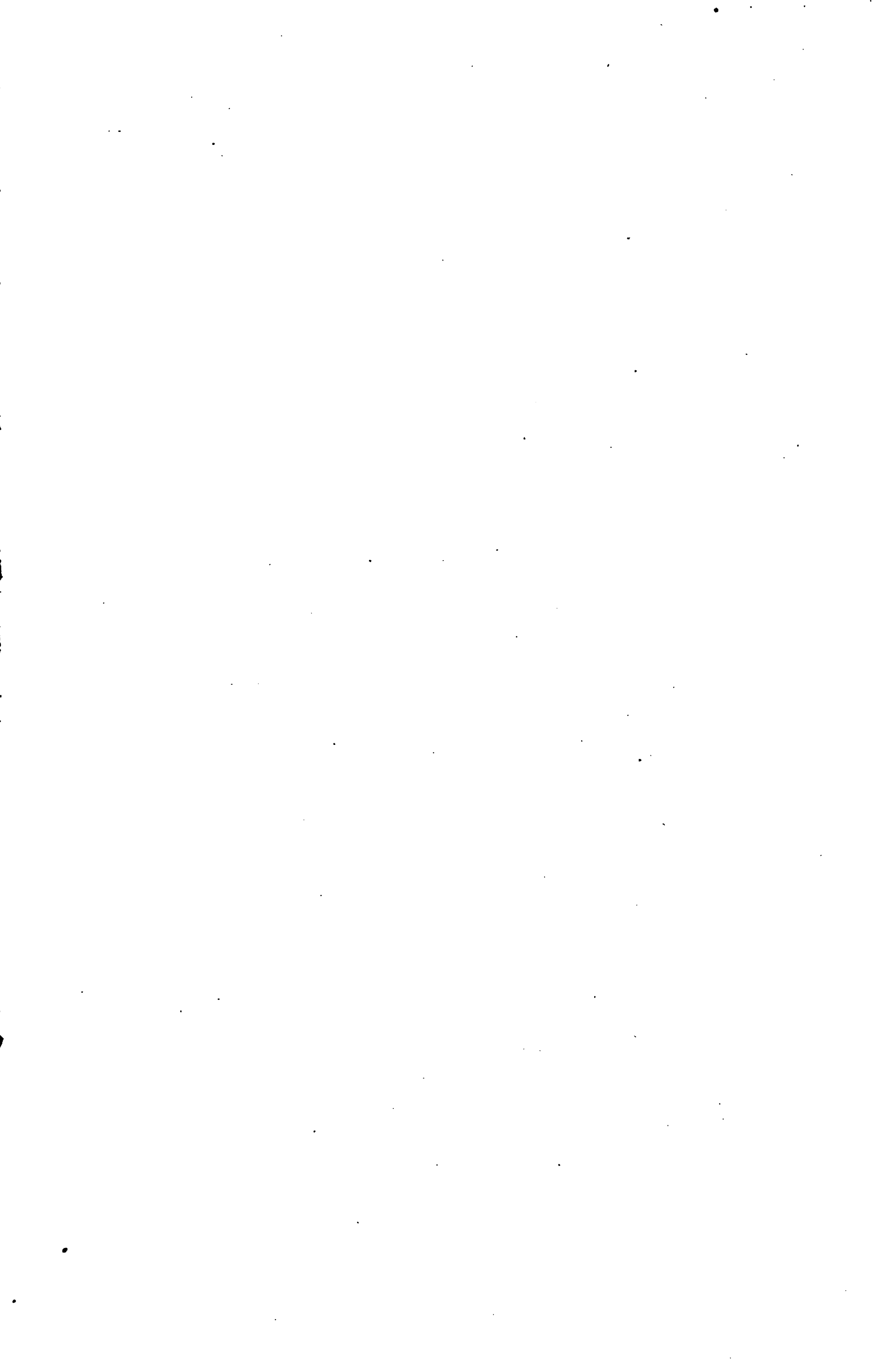


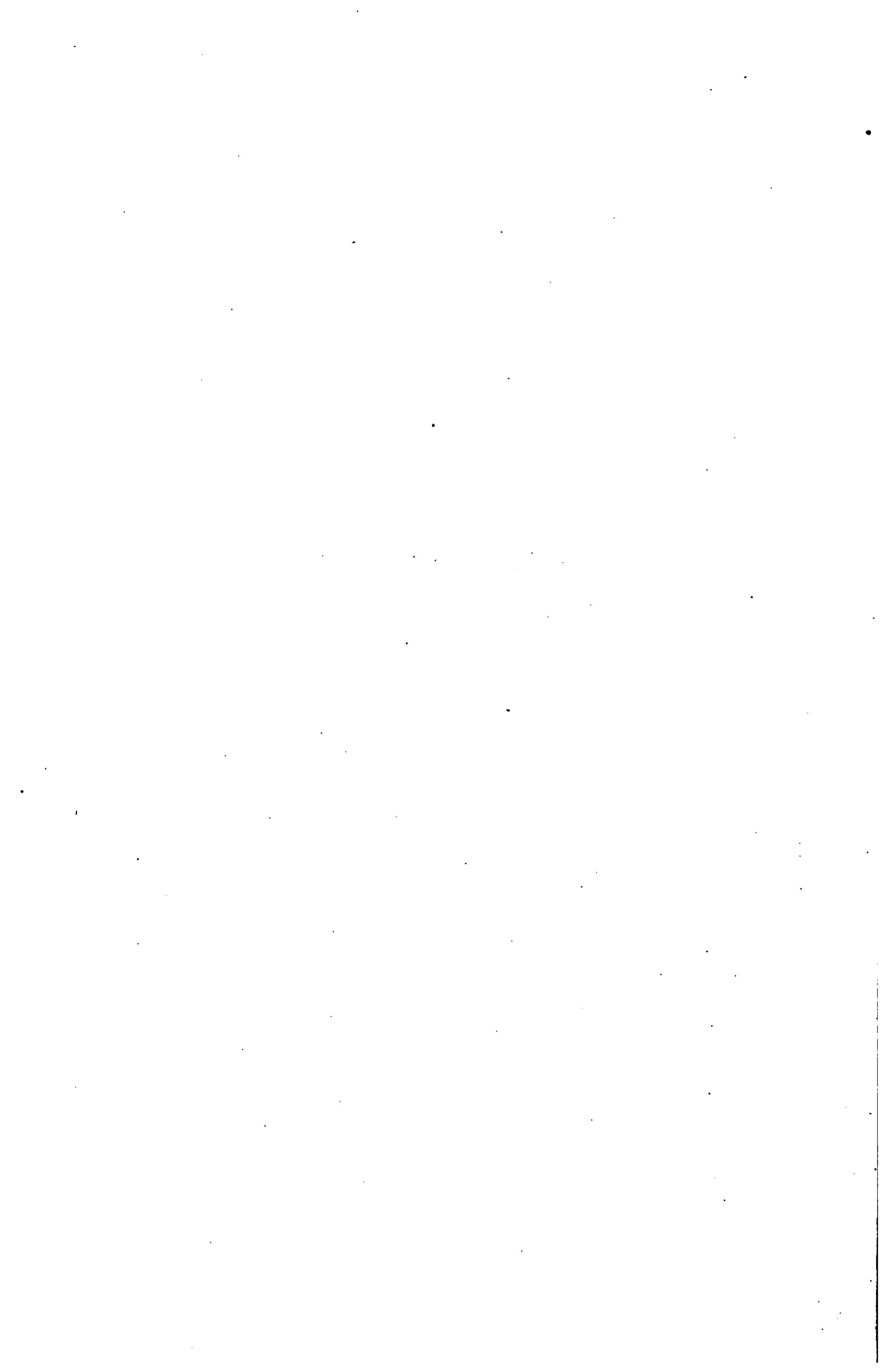












Verfassung und Demokratie

der

Vereinigten Staaten von Amerika.

Von

Dr. H. v. Holst,

a. o. Professor an der Universität Straßburg.

I. Theil:

Staatensouveränetät und Sklaverei.



Düsseldorf,

Verlagshandlung von Julius Buddeus.

1873.

New-York, E. Steiger

22 u. 24 Frankfort Street.

Den Herren

Dr. Friedrich Kapp in Berlin

und

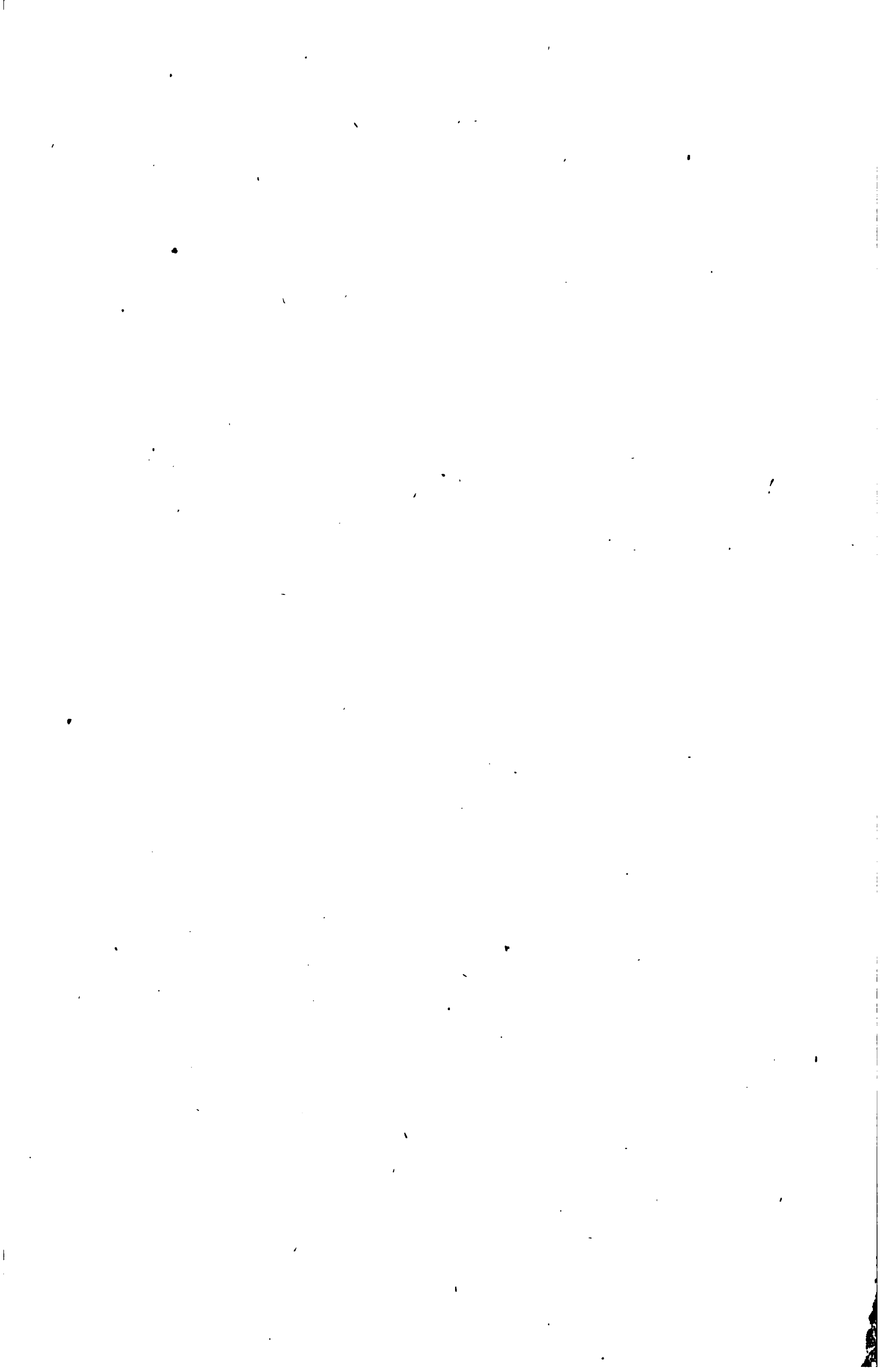
Ernst Pavenstedt in Bremen

in Dankbarkeit und Freundschaft

gewidmet

vom

Verfasser.



1. Abtheilung:

Von der Entstehung der Union
bis
zum Kompromiß von 1833.





Vorwort.

Als ich die Vorarbeiten zu dem Werke über die Vereinigten Staaten begann, dessen Anfang ich hiermit dem Publikum und der Kritik übergebe, beabsichtigte ich nur, ihr gegenwärtiges politisches und sozial-politisches Leben zu schildern. Je mehr ich meine Studien vertiefte, desto mehr gewann ich jedoch die Ueberzeugung, daß ich meinen Zweck verfehlen würde, wenn ich bei dieser Absicht beharrte. Wie gründlich ich auch prüfen mochte, bevor ich mein eigenes Urtheil feststellte; mit wie peinlicher Sorgfalt ich auch versucht hätte, die Objektivität — so weit sie in der Behandlung eines derartigen Vorwurfes überhaupt angezeigt ist — in der Darstellungsweise zu wahren, es schien mir nahezu unmöglich, nicht zwischen zwei Klippen, die gleich sehr vermieden werden mußten, auf den Sand zu fahren. In Amerika wäre eine solche Arbeit — und nicht ohne einen gewissen Schein von Berechtigung — zu einer Tendenzschrift gestempelt worden, und damit wäre sie dem Geschick fast aller Tendenzschriften verfallen: sie hätte ein unerquickliches Eintagsleben gelebt. In Europa hingegen wäre Vieles unverstanden geblieben und Vieles mißverstanden worden. Der ursprüngliche Plan mußte bedeutend erweitert werden, um mit einiger Zuversicht erwarten zu dürfen, daß die maßgebende Kritik das Werk mit dem Namen eines wissenschaftlichen ehren, und daß auch demjenigen Leser, der die Vereinigten Staaten nicht aus eigener Anschauung kennt, ein im Wesentlichen richtiges Verständniß für ihr eigenthümliches Leben mit seinen mannigfachen Lichtseiten und tiefen Schatten eröffnet werden würde.

Eigene Beobachtung, das Studium der Quellen und die wenigen nennenswerthen Werke europäischer Schriftsteller über das Verfassungsrecht oder die politischen und sozial-politischen Verhältnisse und Institutionen der Vereinigten Staaten drängten mir zunächst die Ueberzeugung auf, daß ich von einer breiten historischen Basis ausgehen müsse. Nur mit Widerstreben entschloß ich mich dazu, denn es ist — wie ich voraus sah — jetzt nach fünf Jahren nur ein Theil dieser geschichtlichen Studie vollendet, während ich mir anfänglich bloß etwa zwei Jahre für die ganze Arbeit gesetzt hatte. Mit um so größerer Bestimmtheit wage ich darum auch die Behauptung aufzustellen, daß eine eingehende Kenntniß der Geschichte der inneren Politik eine absolute Vorbedingung für ein wirkliches Verständniß der aktuellen Zustände in den Vereinigten Staaten ist. Und nicht minder gewiß ist es mir, daß eine gewisse Kenntniß des Verfassungsrechtes ebenso unbedingt dazu erforderlich ist.

Diesen Ansichten gemäß habe ich mich schließlich dafür entschieden, drei gesonderte Arbeiten zu schreiben, die einerseits in sich abgeschlossen sind und andererseits zusammen ein Ganzes bilden sollen, dem ich den Titel „Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika" gegeben. Der erste Theil, oder die erste Arbeit, soll die innere Geschichte der Vereinigten Staaten behandeln, so weit sie für die Entwickelung und das Verständniß des Verfassungsrechtes und der Demokratie von Belang ist. Werde ich durch die Aufnahme dieser Arbeit zur weiteren Ausführung des Planes ermuntert, so wird der zweite Theil das Verfassungsrecht enthalten und der dritte Theil die aktuellen politischen und sozial-politischen Zustände besprechen.

Aus dem Texte wird sich der Leser zur Genüge darüber unterrichten, welche ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden sind, wenn ein solches Werk auch nur halbwegs den heute von der Wissenschaft gestellten Anforderungen entsprechen soll. Hier reicht es hin, die Thatsache zu konstatiren, um den Anspruch auf eine mehr als in gewöhnlichem Grade nachsichtige Kritik geltend zu machen. Die sachliche Kritik kann im Interesse der Wissenschaft nicht zu streng sein. Will man dem Autor gerecht werden, so erinnere man sich aber der erdrückenden Masse des zu verarbeitenden Materials und vergesse auch

nicht, wie unzulänglich meist die Vorarbeiten sind, die bis jetzt einem Geschichtsschreiber der Vereinigten Staaten geboten sind.

Handschriftliches Material hat mir nicht zur Verfügung gestanden. Die von mir benutzten Quellen sind Jedem zugänglich und sind auch schon unzählige Male verwerthet worden. Ich kann nicht einmal beanspruchen, dem Entwickelungsgange der Vereinigten Staaten Seiten abgewonnen zu haben, die bisher nicht bemerkt oder verstanden worden. Trotzdem aber glaube ich, daß die Kritik das Werk nicht in die Kategorie der „Kompilationen" werfen wird. Meines Wissens gibt es noch keine Arbeit von der gleichen Weite des Vorwurfes, zu der die gleiche Menge von Material zusammengetragen, und bei der das Material so gewissenhaft verarbeitet worden. Das mag anmaßend klingen. Allein es ist kein dreistes Lob der eigenen Leistung, sondern im Gegentheil eine Entschuldigung für einen Theil der vielfältigen und großen Mängel, die ich selbst nur zu genau kenne. Bessere haben vor mir auf demselben Felde geackert, und die Früchte ihrer Arbeit sind das Beste in meiner. Allein sie haben sich auf kleinere Gebiete beschränkt. Weite Strecken lagen noch vollkommen brach, oder nur fanatische Doktrinäre, rücksichtslose Parteimänner und halbgebildete Handwerkspolitiker haben ihr Unwesen in ihnen getrieben.

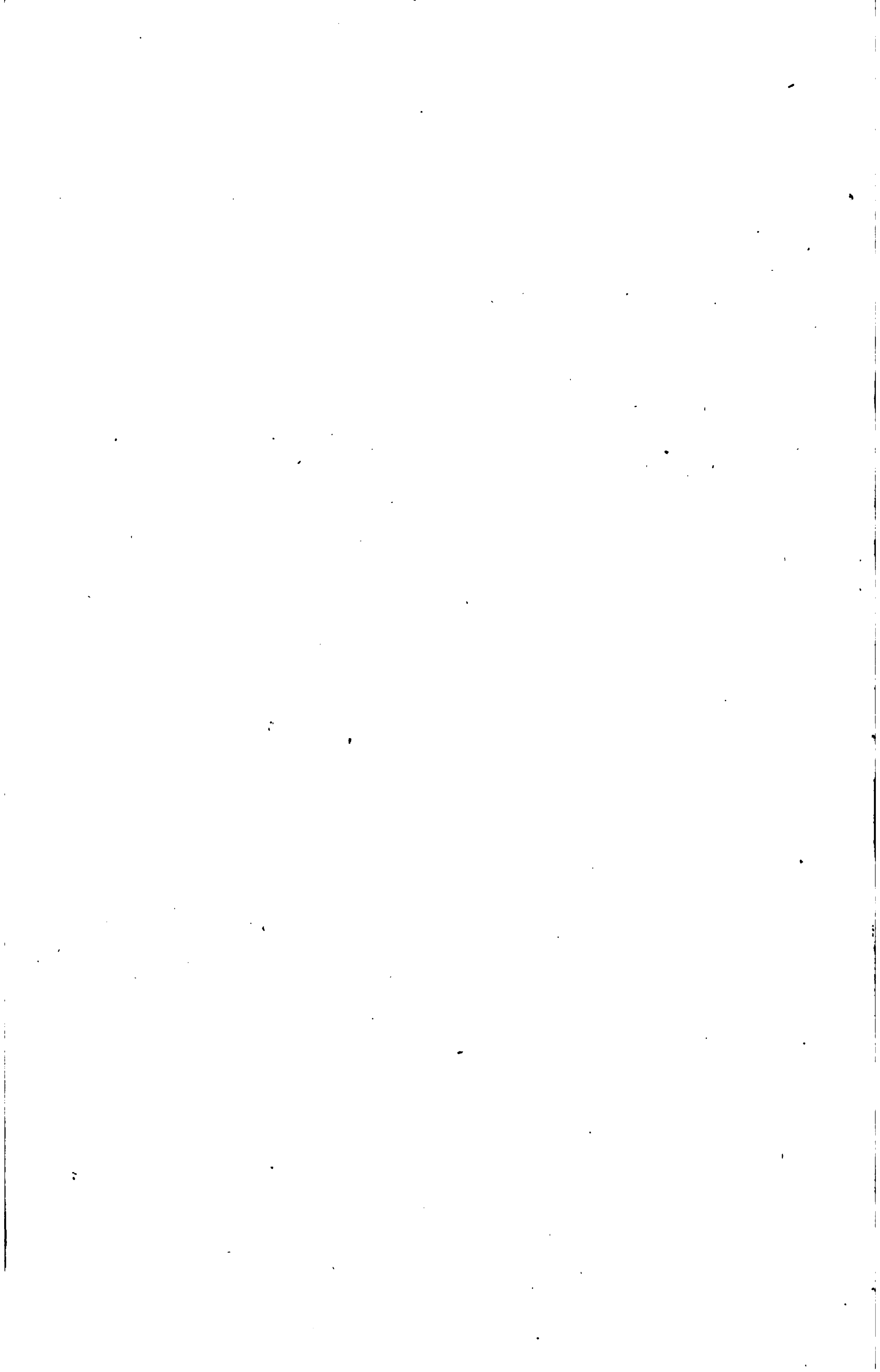
Letzteres hat es mir oft nöthig erscheinen lassen, so weit auf das Detail einzugehen, daß die Form leiden und die Geduld des Lesers stark in Anspruch genommen werden mußte. Ob ich darin zu weit gegangen, habe ich dem Urtheile Anderer zu überlassen. Ich gebe jedoch zu bedenken, daß ich einen Gegenstand behandelt, der auf dieser und namentlich auf der anderen Seite des Ozeans — und ich habe gehofft, daß auch dort das Buch nicht gänzlich unbeachtet bleiben wird — nur äußerst selten eine objektive Beurtheilung erfährt. Das Parteibekenntniß, halbverdaute politische Dogmen und Dünkel, das sind die Momente, welche dort bei den für die Mehrheit der Leser maßgebenden Kritiken die entscheidenden zu sein pflegen. Dieser Hechel kann man freilich unter keinen Umständen entgehen. Sie greift sich einige Urtheile heraus und kühlt an denen ihr Müthchen. Ihr Toben bleibt jedoch harmlos, wenn den Phrasen nicht nur Raisonnement sondern die geschichtliche Thatsache, genügend mit den Beweisstücken belegt, gegenüber steht, so daß sich der Leser selbst ein Urtheil zu bilden vermag.

dazu ihm das Material zu liefern, das aber ist mein wesentlichster Zweck, wenn ich auch stets mein eigenes Urtheil unumwunden ausspreche. Wie viel oder wie wenig auch von diesem als richtig anerkannt werden mag, ich verwahre mich nur gegen das Eine ausdrücklich und mit Nachdruck, daß man bereits aus dem ersten Theile des Werkes oder gar aus der ersten vorliegenden Abtheilung des ersten Theiles) mein End- und Gesammturtheil über das politische Leben der Vereinigten Staaten herauszulesen sucht, denn ich habe hier nur einige ganz bestimmte Seiten desselben, und zwar auch diese nur von gewissen Gesichtspunkten aus, zu schildern versucht.

H. v. Holst.

Straßburg, im März 1873.

Inhaltsverzeichniß.





Die Entstehung der Union, die Konföderation und der Kampf um die gegenwärtige Verfassung.

In Europa begegnet man häufig der Ansicht, daß die amerikanische Politik bis zum Ausbruche des Bürgerkrieges außerordentlich verwickelt und schwer verständlich gewesen sei. Dem ist nicht so. Läßt man sich nicht durch Nebensächliches verwirren und hat man einmal den richtigen Faden erfaßt, so gewinnt man vielmehr bald die Ueberzeugung, daß die Geschichte der Vereinigten Staaten, bis in die Kolonialperiode zurück, eine ungewöhnlich klare und ihr politischer Entwickelungsgang im hohem Grade folgerichtig ist.

Turgot[1]) und Choiseul[2]) hatten schon früh richtig erkannt, daß die Trennung der Kolonien vom Mutterlande nur eine Frage der Zeit sei, von welchen Prinzipien England sich auch in seiner Kolonialpolitik leiten ließe. Das ebenso kurzsichtige wie engherzige Verfahren, welches das Parlament in jeder Hinsicht den Kolonien gegenüber beobachtete, führte jedoch die entscheidende Krisis viel früher herbei, als die natürlichen Verhältnisse und die aus denselben erwachsende Verschiedenheit der Interessen den Bruch zu einer unvermeidlichen Nothwendigkeit gemacht hatten.

Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die Kolonisten noch immer von einer gütlichen Schlichtung der strittigen Fragen überzeugt waren, als England bereits die unzweideutigsten Beweise dafür geliefert hatte, daß es in der prinzipiellen Frage um keinen Preis nachgeben

[1]) 1750. De Witt „Th. Jefferson“ p. 40.

[2]) 1761. Bancroft, „History of the United States.“ IV p. 399: De Witt l. c. p. 42. Durand schrieb im August 1766: „Sie sind zu reich, um im Gehorsam zu beharren.“

werde. Einige Feuerköpfe, wie John Adams, hegten wohl schon während des englisch-französischen Kolonialkrieges vorübergehend den Wunsch, der englischen Bevormundung für immer ledig zu sein. Bald nach dem Friedensschlusse war aber auch nicht Einer zu finden, der sich nicht „des Namens Groß-Britannien gefreut" hätte [1].

Es währte lange, bis der Unwille, den die systematischen Rechtsverletzungen des Parlamentes hervorriefen, über dieses Gefühl triumphirte. Selbst noch im August und September 1775 — also ein halbes Jahr nach dem Gefecht bei Lexington — war der konservative und loyale angelsächsische Geist so mächtig in den Kolonisten, daß die wenigen Extremen, welche von einer gewaltsamen Zerreißung aller Bande zu reden wagten, sich allgemeinen Tadel und selbst Strafen zuzogen [2]. Allein soweit waren den Kolonien schon seit geraumer Zeit die Augen aufgegangen, daß sie nur noch durch die energischsten Maßnahmen einen Eindruck auf das Parlament und den König zu machen hofften. Sie hielten es durch den Ernst der Lage für gerechtfertigt und geboten, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Beides konnte aber offenbar nur dann in der richtigen Weise und mit dem gehörigen Nachdruck geschehen, wenn sie mit vereinten Kräften handelten.

Die Schwierigkeiten, welche dem im Wege standen, waren jedoch nicht unbedeutend. Die 13 Kolonien waren zu sehr verschiedenen Zeiten und unter sehr verschiedenen Umständen gegründet worden. Ihr ganzer Entwickelungsgang, ihre politischen Institutionen, ihre religiösen Anschauungen und ihre sozialen Verhältnisse wichen zum Theil so stark von einander ab, daß sich fast mehr wesentliche Unterschiede als Vergleichungspunkte und Aehnlichkeiten auffinden ließen. Außerdem war der Verkehr zwischen den entfernter gelegenen Kolonien in Folge der großen Ausdehnung des Landes, der dünnen Bevölkerung [3]) und der schlechten Kommunikationsmittel der Zeit, so gering, daß in hohem Grade jene Gleichartigkeit in der Weise zu fühlen und zu denken fehlte, die nur die Frucht eines steten und lebhaften Wechselverkehrs sein kann.

Die Solidarität der Interessen und — was zur Zeit von noch größerem Belang war — die klare Erkenntniß, daß eine Solidarität

---

[1]) Works of John Adams X p. 394.

[2]) American Archives III p. 21, 196, 644 etc. Siehe auch Dickinson's Betragen gegen John Adams in den Works of J. Adams II p. 423.

[3]) Der Census von 1790 gibt die Bevölkerung, die Sclaven mit eingeschlossen, auf 3,929,827 an.

der Interessen obwalte, beruhte daher vorwiegend auf der geographischen Lage der Kolonien. Durch den Ozean nicht nur von dem Mutterlande, sondern von der ganzen alten Kulturwelt getrennt, und auf einen Kontinent mit noch ungemessenen Grenzen gestellt, den die Natur in jeder Beziehung auf's Verschwenderischste ausgestattet, mußte ihnen der Gedanke frühe nahe treten, daß sie berufen seien, hier in der That eine „Neue Welt" zu schaffen. Zunächst schlummerte der Gedanke noch in ihrem Bewußtsein; als aber ein kräftiger äußerer Anstoß erfolgte, da zeigte es sich, wie verbreitet er war und wie tiefe Wurzeln er bereits geschlagen. An Vertrauen in die eigene Kraft konnte es ihnen nicht fehlen. Die natürlichen Verhältnisse hatten ja seit jeher das „Hilf Dir selbst" zu ihrem Wahlspruch gemacht. Dabei hatte ihnen die Erfahrung seit langen Jahren genugsam gezeigt, daß — auch ganz abgesehen von den steten Eingriffen in ihre Rechte — die Gängelbänder, mit denen das eigensüchtige Mutterland ihre Schritte zu lenken suchte, ihrer Entwickelung weit mehr hinderlich als förderlich waren, und zwar in Beziehungen, welche alle Kolonien gleich sehr betrafen.

Sie betrachteten deswegen von Anfang an[1]) den Streit als eine gemeinsame Sache. Wenn sich auch die Anmaßungen des Parlamentes in einigen Theilen des Landes viel schwerer fühlbar machen mochten als in anderen, so ging doch die prinzipielle Frage alle Kolonien gleich nahe an.

Massachusetts empfahl 1774 die Beschickung eines allgemeinen Kongresses, und den 4. September desselben Jahres traten „die von dem guten Volke dieser Kolonien ernannten Delegaten"[2]) in Philadelphia zusammen[3]).

So war, lange vor dem die Kolonien an eine Trennung vom Mutterlande dachten, eine revolutionäre Körperschaft geschaffen, die

---

[1]) Die Zollstreitigkeiten in Massachusetts und James Otis' berühmte Rede gegen die Writs of Assistance (Febr. 1761) fanden allerdings noch gar keinen Widerhall in den übrigen Kolonien. Schon im Juni 1765 aber veranlaßte Otis die Versammlung von Massachusetts die Stempelakte durch Berufung eines Kongresses zu beantworten. Derselbe trat auch den 7. Oktober desselben Jahres in New-York zusammen, war aber nur von 9 Kolonien beschickt worden.

[2]) Story, Commentaries on the Constitution of the United States I p. 138. Diese eigenthümliche Bezeichnung, deren sich der Kongreß in seinen formellen Erlassen bediente, ist in der Folgezeit nicht ohne Bedeutung geblieben.

[3]) Alle Kolonien, mit Ausnahme von Georgia, waren vertreten.

thatsächlich souveräne Gewalt ausübte[1]). Wie weit die Machtbefugnisse dieses ersten Kongresses nach den Instruktionen der Delegaten gingen, läßt sich heute nicht mehr mit Bestimmtheit feststellen. Vermuthlich aber war die ursprüngliche Absicht, daß er über die geeignetsten Mittel und Wege zur Abstellung der Beschwerden und zur Wahrung der Freiheiten und Rechte der Kolonien berathen und denselben Vorschläge in Bezug darauf machen sollte. Allein der Drang der Zeiten bewog ihn häufig direkt handelnd und gebietend aufzutreten, und das Volk hieß, durch widerspruchslose Befolgung seiner Befehle, diese Ueberschreitungen der schriftlichen Instruktionen thatsächlich gut. Der Kongreß war mithin nicht nur seinem Ursprunge nach eine revolutionäre Körperschaft, sondern auch seine Handlungen trugen einen durchaus revolutionären Charakter[2]). Und ebenso stellte sich das Volk durch Anerkennung seiner Autorität auf revolutionären Boden, und zwar nicht als die Angehörigen der verschiedenen Kolonien, sondern als eine moralische Person; denn so weit der Kongreß Gewalten an sich riß und Maßregeln ergriff, die ihrer Natur nach national waren, so weit erklärten sich die Kolonisten bereit, hinfort ein Volk zu bilden, da die Maßnahmen des Kongresses nur durch die Zustimmung des Volkes aus Worten zu Thaten werden konnten[3]).

Dieses Verhältniß blieb dem Wesen nach bis zum 1. März 1781 bestehen. Bis zu dieser Zeit, d. h. bis zur Annahme der Konföderations-Artikel durch sämmtliche Staaten, blieb der Kongreß eine revolutionäre Körperschaft, die von allen Kolonien thatsächlich als die Nationalregierung de facto und de jure anerkannt wurde und als solche mit

---

[1]) Story (Comm. I p. 138) behauptet, der Kongreß habe de facto und de jure souveräne Gewalt gehabt. Er stützt diese Ansicht darauf, daß ein Theil der Delegaten unmittelbar von dem Volke ernannt worden war. Allein er vergißt dabei, daß die Ansicht, welche in dem Volke den einzigen Souverän und die alleinige Quelle aller rechtmäßigen Gewalt sieht, damals in Amerika noch nicht ein anerkannter Rechtsgrundsatz war. Vgl. Cooley, On Limitations p. 7.

[2]) The powers of Congress originated from necessity, and arose out of and were only limited by events, or, in other words, they were revolutionary in their very nature. Their extent depended on the exigencies and necessities of public affairs.“ Jay in Ware v. Hylton. Dallas' Reports III p. 232; Curtis Decisions of the Supreme Court of the United States I p. 176.

[3]) cfr. Story, Comm. I. p. 149. Diese Ansicht wird von Ober-Richter Jay, Richter Patterson und Richter Chase, sämmtlich hervorragende Staatsmänner der Revolution, getheilt. cfr. Story l. c. I pp. 152 u. 153.

auswärtigen Mächten in Verbindung trat und Verpflichtungen einging, deren bindende Kraft für das gesammte Volk nie angestritten worden ist. Die einzelnen Kolonien dagegen sahen sich bis zur Unabhängigkeitserklärung nach wie vor rechtlich als von England abhängige Kolonien an und thaten keinerlei Schritte, welche sie dem Mutterlande oder dem Auslande gegenüber in das Licht souveräner Staaten de facto gestellt hätten. Die Kolonien blieben Kolonien, bis „die Repräsentanten der Vereinigten Staaten", „im Namen des guten Volkes dieser Kolonien", feierlich „diese vereinigten Kolonien" für „freie und unabhängige Staaten" erklärten[1]).

Die Wandelung der Kolonien in „Staaten" ist also nicht die Folge einer selbstständigen Handlung der einzelnen Kolonien, sondern sie wird durch die „Repräsentanten der Vereinigten Staaten", d. h. durch den revolutionären Kongreß, im Namen des gesammten Volkes vollzogen. Jede Kolonie ist mithin auch nur in sofern und in soweit ein Staat geworden, als sie den Vereinigten Staaten angehört und als ihre Bevölkerung einen Theil des Volkes bildet[2]). Es trafen nicht die 13 Kolonien, als 13 gesonderte und von einander unabhängige politische Gemeinwesen, eine Uebereinkunft, die Bande, durch welche jede von ihnen an das gemeinschaftliche Mutterland geknüpft war, zu gleicher Zeit zu zerreißen und in einem gemeinschaftlichen Manifeste die That der Welt zu verkünden; sondern „das eine Volk" der vereinigten Kolonien löste seine politische Verbindung mit dem englischen Volke und erklärte, hinfort das eine vollkommen selbstständige Volk der Vereinigten Staaten bilden zu wollen[3]). Die Unabhängig-

[1]) „We, therefore, the representatives of the United States — do, in the name of ... the good people of these colonies, solemnly publish ... that these united colonies are, and of right ought to be, free and independent states." Declaration of Independence. Vgl. auch C. C. Pinckney's Rede im Repräsentantenhause von South-Carolina am 18. Jan. 1788 (Elliot, Debates IV p. 301) und Ramsay, History of the United States III pp. 174 u. 175.

[2]) „The States have their *status* in the Union; and they have no other legal *status* ... The Union is older than any of the States, and, in fact, it created them as States. Originally, some independent (d. h. unabhängig von einander) colonies made the Union; and, in turn, the Union threw off their old dependence for them, and made them States, such as they are. Not one of them ever had a State constitution independent of the Union." Lincoln's Botschaft vom 4. Juli 1861. Siehe auch King's Rede im constituirenden Konvent, 19. Juni 1787. Madison Papers. Elliot, Deb. V p. 212.

[3]) Die Unabhängigkeitserklärung sagt: „When it becomes necessary for one people to dissolve the political bands which have connected them with an other

keitserklärung schuf nicht 13 souveräne Staaten, sondern die Abgeordneten des Volkes erklärten, daß die bisherigen englischen Kolonien mit dem 4. Juli 1776 als ein souveräner Staat, der sich den Namen „die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika" beigelegt, in die völkerrechtliche Staatenfamilie eingetreten seien, und das Volk stand mit Gut und Blut zu seinen Abgeordneten, um diese Erklärung zu einer allgemein anerkannten Thatsache zu machen. Weder der Kongreß noch das Volk fußte dabei auf irgend welchen positiven Rechten, die allen den einzelnen Kolonien oder den Kolonien in ihrer Gesammtheit zustanden. Die Unabhängigkeitserklärung wie der Krieg vernichteten vielmehr alle die bestehenden politischen Rechtsverhältnisse und leiteten ihre sittliche Berechtigung allein aus dem jedem Volke in äußersten Fällen zustehenden Rechte der Revolution ab.

Es ist wichtig, diese Punkte scharf im Auge zu behalten, denn sie sind in der Folgezeit von der größten Bedeutung geworden, so fern es auch den Kongressen von 1774 und 1775, und zum Theil selbst dem von 1776 gelegen, diese subtilen Fragen einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Inter arma silent leges. Der Kongreß hatte nicht Muße, seine Vollmachten einer peinlichen Analyse zu unterwerfen. Sobald man in dem Widerstand gegen das Mutterland über die legalen friedlichen Mittel hinausgegangen war und zur Gewalt seine Zuflucht

---

people etc." Calhoun's Ansicht, daß die Kolonien bei der Losreißung von England vollkommen unabhängig von einander geblieben wären, weil sie als Kolonien in keiner Weise von einander abhingen, ist vollständig unhaltbar. Calhoun steift sich in diesem Falle, wie in so vielen anderen, auf eine logische Abstraktion, unbekümmert darum, wie arg diese den unleugbarsten historischen Thatsachen in's Gesicht schlägt. cfr. Calhoun, A Disquisition on Government. Works I p. 190. Uebrigens ist Calhoun hierin, wie in seiner Nullifikationstheorie, der Schüler Jefferson's. Er nimmt durchweg die Praemissen des Meisters an, bleibt aber nicht, gleich diesem, auf halbem Wege stehn, sondern verfolgt sie mit unerbittlicher Logik bis zu ihren letzten Konsequenzen. Jefferson hielt die Union für eine Allianz, die nur zu dem Zwecke geschlossen worden, die Herrschaft des Mutterlandes abzuschütteln und die daher mit der Erreichung dieses Zweckes „von selbst" hätte aufhören sollen. Er sagt: „The alliance between the states, under the old articles of confederation, for the purpose of joint defence agaiust the aggressions of Great Britain, was found insufficient, as treaties of alliance generally are, to enforce compliance with their mutual stipulations; and these once fulfilled, that bond was to expire of itself, and each state to bekome sovereign and independent in all things." — Vgl. auch Curtis, History of the Constitution I pp. 39 ff.; Farrar, Manual of the Constitution pp. 50 u. 51; Hurd, Law of Freedom and Bondage I p. 408 u. II p. 354.

genommen hatte, mußten der Natur der Sache nach die Rechtsfragen in den Hintergrund treten. Die Unabhängigkeitserklärung beseitigte dieselben vollständig. Es handelt sich in dieser Zeit um Thatsachen, und die Thatsachen lagen in der oben angegebenen Weise.

Selbst in der Ordnung und Umgestaltung ihrer inneren Verhältnisse ergriffen nicht die einzelnen Kolonien selbstständig die Initiative, obschon sie thatsächlich den gesetzmäßigen Behörden — soweit dieselben auf Seiten Englands standen — den Gehorsam verweigert. Erst auf eine Empfehlung des Kongresses hin[1]) nahmen sie die Zügel in die eigenen Hände[2]).

Was die Legalität oder Illegalität des Schrittes betrifft, so war es freilich vollkommen gleichgiltig, ob die gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Kolonien, oder der Kongreß, oder ein spontaner Akt der Bevölkerung der einzelnen Kolonien den Anstoß dazu gab; er war in jedem Falle ungesetzmäßig. Die Kolonien waren in einer Revolution begriffen, und daher kann an und für sich von keiner gesetzlichen Sanktion ihrer Maßnahmen die Rede sein. Derselbe Streich aber, welcher die Verbindung zwischen den Kolonien und dem Mutterlande zerriß, warf auch die Scheidewände nieder, welche bisher eine politische Verbindung der 13 Kolonien verhindert hatten. Sie wurden thatsächlich in ein Volk zusammengeworfen, das sich mit dem Schwerte seine nationale Selbstständigkeit zu erringen suchte. An dieser Thatsache konnte nichts geändert werden, in welchem Grade man auch später bei der gesetzlichen Organisirung des neuen Staates an die frühere koloniale Sonderexistenz anknüpfen mochte.

Der Kongreß hatte, unter Zustimmung des Volkes, die Initiative in dieser Umwandlung der 13 Kolonien in einen thatsächlich souveränen Staat ergriffen. Er wurde dadurch per se zur Nationalregierung de facto, deren frühere wie spätere Handlungen durch den Erfolg der Revolution nachträglich auch eine rechtlich bindende Kraft erhielten.

---

[1]) 10. Mai 1776. Journal of Congress II pp. 166, 174. cfr. auch Farrar, Man. of the Const. p. 95; Story, Comm. I p. 141.

[2]) New-Hampshire allein hatte sich vor der Aufforderung des Kongresses eine Regierung gegeben (Dez. 1775), aber es erklärte die neue Ordnung der Dinge ausdrücklich nur für provisorisch: „during the unhappy and unnatural contest with Great Britain". Aehnliche, aber noch schärfer gefaßte Klauseln enthielten die Erklärungen von New-Jersey und South-Carolina. Nur Virginia „löste die Regierung dieses Landes, wie sie früher unter der Krone von Groß-Britannien bestand, vollständig" auf. Die übrigen Staaten kamen der Aufforderung des Kongresses erst nach Erlaß der Unabhängigkeitserklärung nach.

Politische und staatsrechtliche Theorien hatten mit dieser Entwickelung der Ereignisse nichts zu thun; sie war die naturgemäße Frucht der gegebenen Verhältnisse und stand als vollendete Thatsache da, ehe irgend Jemand an die rechtlichen Konsequenzen gedacht hatte, die einst aus dieser Thatsache gezogen werden konnten. Aber vom ersten Augenblick an zeigte es sich deutlich, daß die Masse des Volkes wie die Führer der Bewegung nahezu einstimmig sich auf's Aeußerste gegen die praktische Durchführung dieser rechtlichen Konsequenzen sträuben würden.

Brach die Revolution die Schranken nieder, welche die englischen Dependentien in Amerika in 13 von einander unabhängige Kolonien theilten, und schuf sie ein amerikanisches Volk, so erforderte selbstverständlich Recht und Billigkeit, daß in dem Kongresse nicht die ehemaligen Kolonien als solche vertreten seien, sondern die Bevölkerung derselben als ein Theil des Volkes. Diese Konsequenz lag zu offen auf der Hand, als daß sie vollkommen unbemerkt hätte bleiben können. Patrick Henry von Virginia wies zuerst scharf darauf hin, daß sie ebensowohl eine unabweisliche Forderung der Logik als auch die einzig richtige Politik sei. Schon im Kongreß von 1774 erklärte er mit feierlichem Nachdruck: „die Regierung ist aufgelöst ... Wo sind Eure Landmarken, Eure Grenzlinien der Kolonien ... Die Unterscheidungen zwischen Virginiern und Pennsylvaniern, Bürgern von New-York und von Neu-England sind nicht mehr. Ich bin nicht ein Virginier, ich bin ein Amerikaner. Sclaven sollen nicht in die Rechnung gezogen werden, und wenn die Freien nach ihrer Zahl vertreten sein können, so bin ich zufrieden ... Ich gehe von der Annahme aus, daß die Regierung nicht mehr existirt. Alle Unterscheidungen sind niedergeworfen. Ganz Amerika ist in eine Masse zusammengeworfen [1]).

Der Kongreß konnte sich nicht entschließen, sogleich eine entschiedene Stellung in dieser Frage einzunehmen. Er beschloß, „daß jede Kolonie oder Provinz eine Stimme haben soll, da der Kongreß keine Materialien besitzt oder für jetzt beschaffen kann, nach denen das Gewicht (the

---

[1]) Works of John Adams II pp. 365 — 368. Wirt in seinem Life of Patrick Henry pp. 124 u. 125 entwirft eine glühende Schilderung von dieser Rede. Die wenigen von Adams angeführten Sätze sind alles, was von ihr auf die Nachwelt gekommen ist, aber die Hörer bezeugten einstimmig, daß sie einen überwältigenden Eindruck gemacht. — Cfr. Curtis, Hist. of the Const. I p. 15; De Witt, Th. Jefferson p. 76; Greene, Historical View of the American Revolution p. 81.

importance) jeder Kolonie bestimmt werden könnte."[1]) Henry's Auffassung wurde somit indirekt als prinzipiell richtig anerkannt, während man thatsächlich vorerst das entgegengesetzte Prinzip adoptirte und geflissentlich jede bestimmte Erklärung darüber vermied, wofür man sich endgiltig entscheiden würde. Jene endlose Reihe von Kompromissen war damit eröffnet, durch welche die Amerikaner versucht haben, Schwierigkeiten, die bezwungen werden mußten, ohne Anstrengung bei Seite zu schieben, indem sie Beschlüsse ausklügelten und protokollirten, aus denen sich je nach Belieben Ja oder Nein herauslesen ließ. Durch dieses Verfahren ist allerdings stets Aufschub gewonnen worden, und das ist häufig von großem Werth gewesen. Allein wenn das direkte Aufeinanderprallen der entgegengesetzten Prinzipien nicht länger verzögert werden konnte, dann ist der Kampf auch immer um so hartnäckiger und erbitterter gewesen, je länger er hinausgeschoben worden. Ob in diesem Falle der Drang der Umstände, oder die erste Begeisterung, oder Unklarheit über die Bedeutung der Frage den Kongreß bewog, die definitive Entscheidung zu vertagen, läßt sich heute kaum mehr mit Bestimmtheit sagen; wahrscheinlich wirkten alle drei Ursachen zusammen. So viel steht fest, daß fast alle die Repräsentanten, sobald sie sich die Frage erst ernstlich vorgelegt, keinen Augenblick zögerten, sich gegen Henry zu erklären.

Franklin's Bundesprojekt von 1754 hatte den Kolonien ebenso wenig zugesagt als dem Mutterlande, weil sie sich nicht zur Förderung des allgemeinen Besten die geringsten Beschränkungen auferlegen wollten, obgleich die französische Invasion dringend gemeinschaftliches Handeln anrieth. Und diese Stimmung hatte bis jetzt keine wesentliche Aenderung erfahren, wenn auch die Größe der drohenden Gefahren und die Bedeutung der Streitobjekte sie geneigter machte, sich fester an einander zu schließen, so weit es galt, dem gemeinsamen Feinde zu widerstehen. Hinsichtlich ihrer Beziehungen zu einander aber waren sie in einem ebenso kurzsichtigen und engherzigen Partikularismus befangen wie je zuvor. „Eine kleine Kolonie wagt ebenso wie eine große ihr Alles daran", erwiederte der Major Sullivan scharf auf den patrio-

[1]) 6. September 1774. Elliot, Deb. V p. 181; Pitkin, A political and civil history of the United States of America I p. 283. — Die Delegaten von Connecticut schrieben den 10. Oktober 1774 an Gouverneur Trumbull: „The mode of voting in this Congress was first resolved upon; which was, that each Colony should have one voice; but, as this was objected to as unequal, an entry was made on the journals to prevent its being drawn into precedent."

tischen Erguß Henry's.[1]) Dieses Wort zeigte deutlich, daß nur das gemeinsame Interesse die Kolonien zu gemeinsamem Widerstande bewogen, oder wenigstens daß die Gemeinsamkeit der Interessen ungleich viel mehr dazu gethan als ein Nationalgefühl, das eigentlich erst durch den Kampf angebahnt wurde.

An einem gewissen Nationalgefühl fehlte es den Kolonisten allerdings nicht; allein das diente sehr viel mehr dazu, die Energie ihrer Opposition gegen England zu dämpfen, als sie zu steigern, während es auf ihre Stellung zu einander keinen irgend erheblichen Einfluß ausübte, denn es wurzelte nicht in dem Boden der Neuen Welt, sondern in der Heimath der Vorfahren[2]). So lange es nicht über allen Zweifel feststand, daß der Bruch mit England unheilbar sei, und so lange die alte Liebe und Verehrung gegen das Mutterland noch nicht in bitteren Haß verkehrt war, so lange waren fast alle Kolonisten zunächst

[1]) John Adams, Works II p. 366.

[2]) Diese Thatsache wird in Europa oft nicht genügend im Auge behalten. Die Kolonisten rissen sich mit blutendem Herzen von England los. Greene schildert ihre gemüthliche Stellung zu dem Mutterlande in den folgenden Worten: „They loved their mother country with the love of children, who, forsaking their homes under strong provocation, turn back to them in thought, when time has blunted the sense of injury, with a lively recollection of early associations and endearments, — a tenderness and a longing not altogether free from self-reproach. To go to England was to go home. To have been there was a claim to special consideration. They studied English history as the beginuing of their own; a first chapter which all must master thoroughly who would urderstand the sequel England's literature was their literature. Her great men were their great men. And when her flag waved over them, they felt as if the spirit which had borne it in triumph over so many bloody fields had descended upon them with all its inspiration and all its glory . . . They loved to talk of St. Paul's and Westminster Abbey; and, with the Hudson and the Potomac before their eyes, could hardly persuade themselves that the Thames was not the first of rivers. More especially did they rejoice to see Englishmen and converse with them. The very name was a talisman that opened every door, broke down the barriers of the most exclusive circle, and transformed the dull retailer of crude opinions and stale jests into a critic and a wit.“ (Hist. View of the Am. Rev. pp. 5 u. 6). Die Stellung Englands zu den Kolonien charakterisirt er dem gegenüber scharf als „eine bloße Geschäftsbeziehung“ (ibd. p. 13). Das gleiche Urtheil haben auch sehr hervorragende Engländer gefällt. Adam Smith sagt: „A great empire has been established for the sole purpose of raising up a nation of customers, who should be obliged to buy from the shops of our different producers all the goods with which those could supply them.“ (Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations II p. 517).

die Kinder ihrer besonderen Kolonie und dann Engländer. Der Name Amerikaner war bis dahin wenig mehr als eine schöne prophetische Vision; bestimmte und bleibende Wesenheit gewann er erst durch den Unabhängigkeitskrieg.[1])

Die Frage über die Art und Weise der Vertretung und den Stimmmodus im Kongreß war daher thatsächlich entschieden, ehe sie aufgeworfen worden war. Luther Martin sagt mit Recht in seinem berühmten Briefe an den Konvent von Maryland, das Stimmen nach Staaten sei nicht wegen der „Nothwendigkeit oder aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern nach den Grundsätzen der Rechte angenommen, welche Menschen und Staaten zustehen."[2]) Im Kongreß fand die Ansicht Henry's allerdings noch einige warme Befürworter[3]); allein die größeren Staaten fühlten sich nicht berechtigt, auf ihrer Forderung zu bestehen, so gern sie auch dieselbe anerkannt gesehen hätten. Unter den zahllosen Amendements, welche die Legislaturen der verschiedenen Staaten zu den Konföderations-Artikeln vorschlugen, findet sich nicht eines, das eine Aenderung des Punktes über die Vertretung und das Stimmverfahren beantragt[4]).

Die Logik stand unstreitig auf Seiten Derer, welche den nationalen Standpunkt vertraten. „Man hat gesagt, daß der Kongreß eine Vertretung von Staaten, nicht von Individuen ist. Ich sage, daß die Objekte seiner Fürsorge alle die Individuen der Staaten sind. Es ist sonderbar, daß 20,000 Menschen dadurch, daß man ihnen den Namen ‚Staat' anhängt, dasselbe Recht wie 40,000 Menschen haben sollen.

---

[1]) Vgl. einen Artikel des London Public Advertiser vom 14. März 1781. Moore, Diary of the Amer. Revolution II p. 395.

[2]) 1788. Cfr. Elliot, Deb. I p. 355.

[3]) Es ist nicht richtig, wenn Luther Martin in dem erwähnten Briefe sagt, daß Virginia allein diese Ansicht vertreten habe. Lynch stimmte mit Henry überein und wollte nur außer der Bevölkerungsziffer auch „Eigenthum" in die Rechnung gezogen sehen. Adams pflichtete gleichfalls bei, aber stieß sich freilich auch daran, daß der Kongreß im Augenblick die Bevölkerungsziffern nicht ermitteln könne. Später wurde Wilson einer der eifrigsten Verfechter der Vertretung nach der Kopfzahl. — Der Entwurf einer Bundesverfassung, den Franklin den 21. Juli 1775 dem Kongreß unterbreitete, bestimmte, daß auf je 5000 Köpfe ein Vertreter gesandt werden sollte. — G. Morris, nach einer im „New-York Congress" gehaltenen Rede zu urtheilen, betrachtete die Vertretung nach Kopfzahl als selbstverständlich. Sparks, Life of Gouv. Morris I p. 103. Vgl. Elliot, Deb. I pp. 74 — 76.

[4]) Vgl. Elliot, Deb. I pp. 85 — 92.

Das muß die Wirkung von Zauberei, nicht der Vernunft sein."[1]) Vernunftgründe ließen sich nicht leicht gegen dieses Raisonnement Wilson's vorbringen. Allein thatsächliche Verhältnisse sind in der Politik mächtiger als abstrakte Theorien, so sehr diese auch den Anforderungen der Vernunft gerecht werden mögen. Der Schluß, den Wilson aus diesen Vordersätzen zog, war daher falsch, obgleich er gegen keine Regel der Logik verstieß. Er schloß sein Argument mit den Worten: „In Bezug auf die Dinge, welche dem Kongreß überwiesen worden, sind wir nicht so und so viele Staaten, sondern ein großer Staat. Sobald wir hierher kommen, legen wir unsere Individualität bei Seite." Das mochte im höchsten Grade wünschenswerth sein; aber es war nicht so. „Die Individualität der Kolonien" war eben in Wirklichkeit nicht, wie Adams behauptete,[2]) „ein bloßer Ton", sondern sie war eine unleugbare Thatsache, die sich auf Schritt und Tritt geltend machte. Es hieß daher etwas Unmögliches fordern, wenn Wilson verlangte, daß die Repräsentanten der Kolonien sie, gleich einem Rock, ausziehen und zu Hause lassen sollten, wenn sie in den Kongreß kämen. Wilson mochte das möglich sein, weil er nicht in Amerika geboren worden und aufgewachsen war. Den eingeborenen Kolonisten aber war der Partikularismus dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß er nicht verleugnet werden konnte, ja, daß er, nachdem der erste Begeisterungsrausch verflogen war, maßgebend sein mußte, sobald das Sonderinteresse der einzelnen Staaten in den geringsten scheinbaren oder wirklichen Konflikt mit dem allgemeinen Interesse gerieth.

Den besten Beweis dafür liefert gerade John Adams, der Wilson am energischsten zur Seite stand. Der Verstand zwang ihn, sich auf den nationalen Standpunkt zu stellen, und darum vertheidigte er denselben mit dem größten Eifer, so lange und so weit der Verstand seine Gefühle nicht zur Geltung kommen ließ. Sobald er aber seinen unmittelbaren Empfindungen Raum gab, wurde auch der Pferdefuß des Partikularismus sichtbar.

Sein ganzes Raisonnement ist in Folge dieses inneren Konflikts ein sonderbares Gemisch innig verwobener Widersprüche und gibt eine schlagende Illustration für die Behauptung Hamilton's ab, daß die Menschen weit mehr „vernünftelnde als vernünftige" Wesen sind und

---

[1]) Wilson von Pennsylvania 1777 in der Debatte über die Konföderation. Cfr. Elliot, Deb. I p. 78.

[2]) Elliot, Deb. I p. 76.

daß daher bei der Lösung politischer Probleme keine werthvollen oder bleibenden Resultate durch alleinigen Verlaß auf die Vernunft erzielt werden können[1]).

In der Debatte über die Konföderations-Artikel sagte Adams: „Die Konföderation soll uns zu einem einzigen Individuum machen; sie soll uns, gleich verschiedenen Stücken Metall, in eine einheitliche Masse umformen. Wir sollen hinfort nicht mehr unsere besondere Individualität behalten, sondern in Bezug auf alle die Fragen, welche der Konföderation zuständig sind, ein einziges Individuum bilden[2])."

Adams zweifelte nicht daran, daß dieses möglich sei. Man kann ihm das kaum zum Vorwurf machen, da das ganze amerikanische Volk denselben Glauben bis tief in den Bürgerkrieg hinein gehegt hat und ihm in der Theorie noch bis heute zum größten Theile anhängt. Die Forderungen der Vernunft ließen sich nun einmal schlechterdings weder mit den Wünschen noch mit den thatsächlichen Verhältnissen, die nicht durch einen Kongreßbeschluß einfach fortdekretirt werden konnten, in Einklang bringen. Unwillkürlich führte das vom ersten Augenblick an zu unbewußten Versuchen, den unlösbaren Widerspruch durch Worte zu lösen:

„Wo die Begriffe fehlen, da stellt zu rechter Zeit ein Wort sich ein." Ein einziger Mann[3]) war sich von Anfang an vollkommen klar darüber, daß man mit der gleichen Aussicht auf Erfolg über die Quadratur des Zirkels hätte nachgrübeln können.

Das Wörterbuch der amerikanischen Staatsmänner wurde in gespaltenen Kolumnen geschrieben und alle die Stich- und Schlagworte wurden doppelt eingetragen; rechts wurden sie in der Bedeutung verzeichnet, welche den thatsächlichen Verhältnissen entsprach und den partikularistischen Neigungen genehm war; und links wurde ihnen der Sinn beigelegt, welcher der Logik gerecht wurde und den die Logik der Thatsachen langsam und unter harten Kämpfen immer mehr und mehr in den Vordergrund geschoben hat und endlich zu dem ausschließlichen machen wird.

---

[1]) „Nothing is more fallacious than to expect to produce any valuable or permanent results in political projects by relying merely on the reason of men. Men are rather reasoning than reasonable animals, for the most part governed by passion." Hamilton to J. A. Bayard. Apr. 1802. Hamilton's Works VI p. 540.

[2]) Elliot, Deb. I p. 76.

[3]) Alexander Hamilton.

Erst langjährige und schwere Erfahrungen haben es den amerikanischen Staatsmännern halbwegs zum Bewußtsein bringen können, daß sie sich in der That eines solchen doppelspaltigen Lexikons bedienten. Zunächst war ihnen das Wesen des Staates noch dermaßen ein Räthsel mit sieben Siegeln, daß sie bona fide dem gleichen Wort in demselben Athemzuge die allerverschiedensten Begriffe unterlegten, oder Worte als gleichbedeutend gebrauchten, die in Wahrheit absolut unversöhnbare Begriffe bezeichnen.

Es fiel dem scharfsinnigen Adams niemals ein, daß durch eine „Konföderation", d. h. durch eine Verbindung der 13 Staaten unmöglich „ein Individuum" geschaffen werden könne, daß es ein Widerspruch in sich war, wenn er verlangte, der „Bund" solle in Bezug auf die ihm zuständigen Fragen „ein einziges Individuum" sein. Operirt man aber so willkürlich mit den Worten, daß man „Verbindung", „Bund" und „Individuum" als identisch gebraucht, dann kann man allerdings auch das Unmöglichste möglich erscheinen lassen; dann kann man sich nicht mehr darüber wundern, daß die Amerikaner wähnten, das göttliche Geheimniß der Dreieinigkeit noch übertreffen und aus Dreizehn Eins machen zu können, und dabei doch die Eins Dreizehn bleiben zu lassen[1]).

Die praktische Realisirung des theoretischen Kunstücks war gleichfalls nicht schwer; aber die Resultate waren freilich ebenso traurig, als sie einfach waren. Washington zeichnete deutlich in einem einzigen Worte die Unhaltbarkeit der Theorie, das barocke Schauspiel, welches die Realisirung derselben darbot, und die verderblichen Folgen, welche sie nach sich zog. Er schreibt 1785: Das Ausland „muß sehen und fühlen, daß die Union, oder die einzelnen Staaten souverän sind, wie es gerade ihren Zwecken am besten paßt: mit einem Wort, daß wir heute **eine** und morgen **dreizehn** Nationen sind. Wer wird unter solchen Bedingungen mit uns verhandeln wollen[2])?"

„Einen großen Staat oder eine große Gesellschaft, ob sie nun monarchisch oder republikanisch sein mögen, auf allgemeine Gesetze zu basiren, ist ein Werk von so großer Schwierigkeit, daß kein menschlicher

---

[1]) . . . thirteen sovereignties were considered as emerged from the principles of the Revolution, combined with local convenience and considerrations; the people nevertheless continued to consider themselves, in a national point of view, as one people." Jay in Sachen Chisholm v. Georgia, Dallas, Rep. II p. 470; Curtis, Dec. of the Supr. C. I p. 60.

[2]) Marschall, Life of Wash. II p. 97; Life of Hamilton II p. 331.

Geist, so umfassend er auch sein mag, es allein kraft der Vernunft und Reflexion vollbringen kann. Das Urtheil Vieler muß sich in dem Werk vereinigen; Erfahrung muß ihre Arbeit leiten; die Zeit muß sie vervollkommnen; und das Empfinden der Mißstände muß die Fehler korrigiren, in die sie unvermeidlich verfallen[1])."

Als die Amerikaner sich genöthigt sahen, die ehemaligen 13 Kolonien in ein staatliches Gemeinwesen zu verwandeln, da fehlte es ihnen nicht nur an jeder praktischen Erfahrung, sondern sie waren sich auch noch gar nicht klar darüber geworden, wie weit sie überhaupt die Bildung eines staatlichen Gemeinwesens anstreben sollten[2]). Ferner mangelte ihnen sogar jede Uebung im theoretischen Denken über die Gesetze staatlichen Lebens. Und endlich war ihnen nicht einmal die Zeit vergönnt, sich einigermaßen in die vielen neuen und schwierigen Fragen zu vertiefen, ohne von Hause aus ihr ganzes künftiges Thun und Lassen zu kompromittiren.

Es darf daher nicht befremden, daß anfänglich „Vernunft und Reflexion" weit weniger zur Geltung kamen, als unter anderen Umständen von den Männern zu erwarten gewesen wäre, aus denen die ersten Kongresse zusammengesetzt waren. Man mußte vor allen Dingen den Forderungen des Augenblicks genügen, die von Tag zu Tag größer wurden und einen verwickelteren Charakter annahmen, weil die revolutionäre Bewegung Schritt für Schritt immer weiter und weiter über ihre ursprünglichen Endzwecke hinausgedrängt wurde. Es lag mithin in der Natur der Sache, daß man häufig in den wichtigsten Fragen dem Impuls des Augenblickes folgte, ohne zuvor ängstlich zu erwägen, was für logische Konsequenzen vielleicht einst daraus gezogen werden

---

[1]) Hume, The Rise of Arts and Sciences. Essays I p. 128.

[2]) Die Mississippi-Frage ist in allen ihren verschiedenen Stadien eines der lehrreichsten Kapitel in der Geschichte der allmählichen Erweiterung des engen kolonialen Horizontes zur Konzeption einer wahren Großmacht, und endlich einer kontinentalen Republik. Draper (Hist. of the American Civil War I p. 201) sagt, von der allgemeinen und vollständigen Verkennung ihrer Bedeutung auch noch nach Beendigung des Revolutionskrieges sprechend: „Even Washington, so late as 1784, did not think that the ownership of the Mississippi would be of benefit to the republic, but, on the contrary, was afraid that it might tend to separate the Western country from the Atlantic States. His ideas slowly expanded from an Atlantic border to a Continental republic. He wished to draw commerce down the little streams that run through the old colonies. In these views he was by no means singular, the general opinion of the time being that the chief value of the Western lands was for the payment of the public debt."

könnten, oder welche praktischen Folgen das nach sich ziehen würde, wenn die thatsächlichen Verhältnisse eine radikale Umgestaltung erfahren hätten, die gegenwärtig noch ganz außer dem Bereich aller Spekulation lag. Man mag das bedauern; aber es wäre eben so thöricht, den Gründern der Republik einen Vorwurf daraus zu machen, als es absurd ist, das Faktum zu leugnen.

Da nun, ferner, in den gegebenen thatsächlichen Verhältnissen ein schreiender Gegensatz obwaltete, so war es eine weitere naturgemäße und unvermeidliche Folge, daß auch die praktischen Maßnahmen des Kongresses gerade in der ersten Zeit oft grell mit einander kontrastirten. Der Kampf mit England verlangte ein energisches Zusammenstehen. Je stärker daher im Augenblick die Rücksichten auf ihn vorwalteten, desto mehr trugen die Schritte des Kongresses einen nationalen Charakter. Und je ausschließlicher es sich darum handelte, die Beziehungen der Kolonien, resp. Staaten, zu einander zu regeln, desto entschiedener machte sich der partikularistische Geist geltend. Die Kolonien waren noch nicht zu der Erkenntniß gelangt, daß, auch ganz abgesehen von dem Streit mit England, eine möglichst innige Verschmelzung in ihrem Interesse liege.

Dazu standen sich die Gegensätze nicht unvermittelt gegenüber, sondern in allen bedeutenderen Fragen forderten die divergirenden Interessen gebieterisch eine fast gleich große Berücksichtigung. Der Widerspruch zwischen den verschiedenen Handlungen des Kongresses wurde dadurch immer größer und bizarrer, während gleichzeitig in dem Kongreß, wie außerhalb desselben, die Unklarheit über die Bedeutung der Worte und die Verwirrung in den Theorien immer mehr zunahm, und thatsächlich die Sonderinteressen immer mehr die allein maßgebenden wurden.

In demselben Augenblick, da der Kongreß zuerst die vollständige Losreißung der Kolonien als die mögliche und selbst wahrscheinliche Folge des Streites mit dem Mutterlande anerkannte, in demselben Augenblick faßte er auch den Beschluß, der formell[1]) das Samenkorn

---

[1]) Ich hebe nochmals scharf hervor, daß die wahre Ursache nicht in irgend einem übel berathenen Beschluß des Kongresses sondern in den thatsächlichen Verhältnissen zu suchen ist. Das Geheimniß der amerikanischen Geschichte liegt in den Worten Gerry's enthalten: „We were neither the same nation nor different nations. We ought not, therefore, to pursue the one or the other of these ideas too closely.“ (Elliot, Deb. V p. 278). Aus dieser Thatsache erklären sich alle die innern Kämpfe der Union bis zum Jahre 1865. Und diese Thatsache konnte weder

gewesen ist, aus dem alle die inneren Kämpfe erwachsen sind, die bis 1865 und drüber hinaus die Union zerrüttet haben.

Den 7. Juni 1776 wurden gewisse Beschlüsse eingebracht, welche die Trennung der Kolonien vom Mutterlande in Aussicht nahmen, und den 10. Juni wurde beschlossen, einen Ausschuß zur Abfassung der Erklärung einzusetzen, „daß diese vereinigten Kolonien" „freie und unabhängige Staaten" sind. Den folgenden Tag wurde dieser Ausschuß und zugleich noch ein anderer Ausschuß gewählt, der den Plan einer Konföderation ausarbeiten sollte. Niemand wurde des Widerspruchs gewahr, der in diesen beiden Akten lag, wenn man sie einer genauen Worterklärung unterwarf.

Den 4. Juli wurde die Unabhängigkeitserklärung angenommen, deren Fassung, wie bereits erwähnt worden ist, mit dem Beschluß vom 10. Juni in Uebereinstimmung stand. Erst acht Tage später, den 12. Juli, unterbreitete der letztgenannte Ausschuß dem Kongreß den Plan der Konföderations-Artikel. Am 15. November 1777 wurde derselbe, nachdem er verschiedene Aenderungen erfahren hatte, von dem Kongreß angenommen, und es wurde beschlossen, ihn den Legislaturen der Staaten zur Annahme zu empfehlen. Die vereinigten Kolonien bestanden also bereits über ein Jahr nach dem souveränen Volkswillen als ein unabhängiges staatliches Gemeinwesen, als der Kongreß den Staatslegislaturen einen Plan unterbreitete, welcher dieses staatliche Gemeinwesen auf eine Basis stellte, welche wesentlich verschieden von derjenigen war, auf der es bisher geruht hatte.

Als am 1. März 1781 die Legislaturen sämmtlicher Staaten den Plan ratifizirt hatten, wurde die neue Verfassung allgemein als zu Recht bestehend angesehen. Daß den Legislaturen jedes Recht gefehlt, über ihre Annahme oder Verwerfung abzustimmen, wurde vollständig übersehen. Die Legislaturen waren nicht rein revolutionäre Gewalten, die nur eine de facto Regierung ausübten. Ihre Machtbefugnisse trugen einen rechtlichen Charakter und waren genau durch die Konstitutionen bestimmt, welche sich die Bevölkerung der resp. Staaten gegeben, nachdem sie von dem revolutionären und mithin unbeschränkten

durch ein Gesetz fortdekretirt werden, noch in Folge eines spontanen Willenaktes der Bevölkerung aufhören, eine Thatsache zu sein. Eine andere Frage ist es, wie viel politischer Unverstand und sittliche Schwäche oder Verderbtheit dazu gethan haben, die Gegensätze fortdauern zu machen und so zu verschärfen, daß ein gewaltsamer Bruch unvermeidlich wurde und die Verheilung nach glücklich überstandener Katastrophe sich ungebührlich verzögerte.

Kongreß dazu aufgefordert und durch die Deklaration desselben vom 4. Juli 1776 aller Verpflichtungen gegen England ledig erklärt worden waren. Jedem Schritt der Legislaturen, der über ihre konstitutionellen Befugnisse hinausging, fehlte daher ipso facto jede rechtlich bindende Kraft. Keine der Legislaturen aber hatte die konstitutionelle Befugniß, über einen Verfassungsplan für die Union abzustimmen.[1]) Was die Rechtsgiltigkeit des Aktes anlangt, so war er schlechtweg eine Usurpation, die sich auf eine unhaltbare Fiktion stützte. Allein man hielt zur Zeit diese Fiktion allgemein für ein unbestreitbares Recht und sah daher natürlich auch den Akt selbst nicht in dem Lichte einer Usurpation. Die Folge hiervon war, daß man mit der Zeit jene Fiktion nicht nur für ein unbestreitbares Recht, sondern auch für eine stets anerkannte offenkundige Thatsache hielt, während sie in Wahrheit erst durch diese Begriffsverwirrung allmählich wenigstens zum Theil eine Thatsache wurde.

In dem Bundesprojekt, welches Franklin den 21. Juli 1775 in dem Kongreß einbrachte, konnte selbstverständlich nicht von einer „Souveränetät" der Kolonien die Rede sein. Auch in den Konföderations-Artikeln, welche den 12. Juli 1776 — also nachdem die vereinigten Kolonien zu einem staatlichen Gemeinwesen geworden waren — von dem am 11. Juni eingesetzten Ausschuß eingebracht wurden, findet sich der Ausdruck nicht. Der dritte Artikel erklärt nur, daß „jede Kolonie so viel von ihren gegenwärtigen Gesetzen, Rechten und Gewohnheiten behalten soll, als ihr gut scheint", und sich die Leitung

---

[1]) Mehrere Staaten erklärten sich in ihren Konstitutionen für vollkommen souverän. So z. B. heißt es in der Konstitution von New-York: „Alle Gewalt in ihm (dem Staate New-York) ist wieder zu dem Volke desselben zurückgekehrt" (hath reverted). Erklärungen von derselben Tragweite finden sich in den Konstitutionen von Maryland, North Carolina, Massachusetts und New-Hampshire. (Cfr. Farrar, Manual of the Const. pp. 101 — 103). Aus dem bisher Gesagten und aus den Ausführungen in dem nächsten Absatz des Textes erhellt, daß diese Erklärungen sowohl den Thatsachen widersprechen, als auch jeder rechtlichen Begründung entbehren. Allein auch wenn die Staaten rechtlich und thatsächlich vollkommen souverän gewesen wären, so hätten sich die Legislaturen doch einer Usurpation schuldig gemacht. „... if the state in its political capacity had it (the right), it would not follow that the legislature possessed it. That must depend upon the powers confided to the state legislature by its own constitution. A State, and the legislature of a State, are quite different political beings." Story, Comm. I p. 435.

ihrer inneren Angelegenheiten „reserviren“ mag, so weit das nicht den Konföderations-Artikeln zuwiderlaufe[1]).

Ueber diese Vorlage wurde bis zum 20. August 1776 debattirt. Dann ließ man die ganze Frage bis zum 7. April 1777 vollständig ruhn. Erst in den nun folgenden Debatten, die den 15. November 1777 schlossen, wurde die radikale Aenderung vorgenommen, welche den Vertretern des partikularistischen Standpunktes den Rechtsboden gab, von dem aus sie operirten. In den drei früheren Vorlagen[2]) ging der Artikel bezüglich der Union dem über die reservirten Rechte der Kolonien, resp. Staaten, voraus. Jetzt dagegen wurde die Ordnung umgekehrt und ausdrücklich erklärt, daß „jeder Staat seine Souveränetät **behält**“[3]). John Quincy Adams fragte richtig, wie denn jeder Staat die Souveränetät behalten könne, die er nie gehabt[4]). „Die Unabhängigkeit jedes einzelnen Staates war nie **rechtlich** erklärt worden. Sie hatte nie **thatsächlich** existirt[5]).“

---

1) „Each colony shall retain as much of its present laws, rights, and customs, as it may think fit, and reserve to itself the sole and exclusive regulation and government of its internal police, in all matters that shall not interfere with the articles of this confederation.“

2) Die von Franklin im Juli 1775; die des ausgewählten Ausschusses im Juli 1776; und die des „Comittee of the whole“ vom 20. Aug. 1776.

3) „Each state retains its sovereignty, freedom, and independence, and every power, jurisdiction, and right, which is not by this Contederation expressly delegated to the United States in Congress assembled.“

4) „Where, then, did each State get the sovereignty, freedom and independence, which the articles of confederation declare it retains? — not from the whole people of the whole union — not from the Declaration of Independence — not from the people of the State itself. It was assumed by agreement between the legislatures of the several States, and their delegates in Congress, without authority from or consultation with the people at all.“ J. Q. Adams, Discourse on the Constitution p. 19. Calhoun bezeichnet die Konföderation als „strictly a union of the State Governments“ Calhoun's Works VI p. 159.

5) J. Q. Adams l. c. p. 15. Cfr. auch Ch. C. Pinckney in Elliot's Deb. IV p. 301. In Washington's Adresse vom 8. Juni 1783 an die Gouverneure heißt es: „It is only in our united character that we are known as an empire, that our independence is acknowledged.“ Marshall, Life of Wash. II p. 84. Vgl. auch Farrar, Manual of the Const. p. 52. The Foederalist Nro. II; Brownson, The Amer. Republ. p. 208; Curtis, Hist of the Const. I p. 39 u. a. v. a. O. Auch Madison erklärte am 29. Juni 1787 im Konvent zu Philadelphia: The states

Die Konföderations-Artikel gehen durchweg von der Voraussetzung aus, daß von dem Tage der Unabhängigkeitserklärung an jede Kolonie thatsächlich und rechtlich ein unabhängiger Staat sei, der jetzt erst, wenn und so weit es ihm beliebe, mit den anderen Staaten in ein Bundesverhältniß treten solle. Wie sich diese Voraussetzung mit der Thatsache reime, daß der Kongreß seit Jahren existirte und thatsächlich von dem ersten Augenblick seiner Existenz an bis zur Stunde souveräne Gewalt ausgeübt hatte, während die einzelnen Staaten weder theoretisch noch praktisch England oder dem übrigen Auslande gegenüber als souveräne Staaten aufgetreten waren, darüber blieb man sich die Rechenschaft schuldig. Der Widerspruch ist indeß leicht zu erklären.

Die Stellung des Kongresses war ausschließlich durch die Beziehungen der Kolonien zu England bedingt. Das Prinzip dagegen, welches den Konföderations-Artikeln zu Grunde lag, war ebenso ausschließlich den Beziehungen der Kolonien zu einander entlehnt. Bis man sich entschloß, die unselbstständige Kolonialexistenz gegen eine selbstständige staatliche Existenz zu vertauschen, waren die Rücksichten auf jene maßgebend gewesen; jetzt traten diese in den Vordergrund, weil der Krieg mit England nur als ein zeitweiliger Nothstand angesehen werden konnte, während die Regelung der inneren Verhältnisse bleibend sein sollte.

Scheinbar und formell wahrte man auch jetzt noch die Einheit, welche dieser Nothstand und präsumptive künftige Beziehungen der Vereinigten Staaten zu auswärtigen Mächten wünschenswerth erscheinen ließen. Die einzelnen Staaten legten sich auch in den Konföderations-Artikeln keinerlei Befugnisse bei, die sie dem Auslande gegenüber in das Licht souveräner Staaten gestellt hätten. Sie fühlten wohl, daß alle derartigen Ansprüche als lächerlich betrachtet worden wären, weil hinter den Ansprüchen keine entsprechende reale Macht gestanden hätte. Der Kongreß blieb daher nach Außen hin nach wie vor der alleinige Repräsentant aller souveränen Gewalt; man nahm ihm nur die Macht, seine Befugnisse auszuüben, und zwar ohne dieselbe in andere Hände zu legen.

Die Aenderungen, welche durch die Konföderations-Artikel bewirkt wurden, waren nicht sowohl positiver als vielmehr negativer Natur

---

never possessed the essential rights of sovereignty.“ (Yates's Minutes, Elliot, Deb. I p. 461). Vergleiche hiermit die 1798 und 1799 von ihm vertretene Ansicht, von der weiter unten ausführlich die Rede sein wird.

Sie brachten den im Entstehen begriffenen Staat nicht in eine bestimmte Form, sondern begannen ihn aufzulösen. Die wesentlichsten Befugnisse, die einem staatlichen Gemeinwesen anderen Mächten gegenüber zustehen müssen, beließen sie rechtlich in den Händen der Bundesgewalt, der sie thatsächlich alle Macht vorenthielten. Dagegen überwiesen sie alle thatsächliche Gewalt den integrirenden Theilen des Ganzen, denen sie nicht das Recht gaben noch geben konnten, für sich, geschweige denn für das Ganze, die Pflichten zu übernehmen und die Rechte geltend zu machen, durch welche die Beziehungen souveräner Staaten geregelt werden.

Das praktische Resultat davon war, daß die Vereinigten Staaten einerseits immer mehr in 13 unabhängige Republiken auseinanderfielen, und andererseits genau in dem gleichen Maße thatsächlich aufhörten, ein Glied der durch das Völkerrecht verbundenen Staatenfamilie zu sein. Die europäischen Mächte sahen mit Recht in der Union nur einen wesenlosen Schatten [1]), und dabei hatten sie weder Gelegenheit noch Lust, mit den einzelnen Staaten als souveränen Gemeinwesen in Beziehung zu treten [2]).

Alle die obwaltenden Umstände — in gewissen Hinsichten selbst der Krieg mit England — tendirten dahin, den Verhältnissen diese eigenthümliche Entwickelung zu geben.

Eine neue Regierung, die nicht auf Gewalt gegründet ist, wird nie sogleich Stärke und Stabilität erlangen, denn einerseits ist sie in

---

[1]) Washington schreibt im Oktober 1785: „In a word, the confederation appears to me to be little more than a shadow without the substance; and congress a nugatory body.“ Marschall, Life of Wash. II p. 92. Vgl. auch The Foederalist Nro. 15 — 22.

[2]) „The states were not „sovereigns“ in the sense contended for by some. They did not possess the peculiar features of sovereignty, — they could not make war, nor alliances, nor treaties. Considering them as political beings, they were dumb, for they could not speak to any foreign sovereign whatever. They were deaf, for they could not hear any propositions from such sovereign. They had not even the organs or faculties of defence or offence, for they could not of themselves raise troops, or equip vessels, for war.“ King den 19. Juni 1787 im Konvent zu Philadelphia. Mad. Pap. Elliot, Deb. V p. 212. — Ruffin wies in den Debatten der Friedenskonferenz zu Washington (Febr. 1861) darauf hin, daß North-Carolina während des Revolutionskrieges den Grund zu einer Flotte gelegt habe. Orth von Indiana entgegnete darauf: „There, then, we have a single instance of one of the States toking a step toward sovereignty.“ Keiner der Delegaten der Süd-Staaten konnte ein zweites Beispiel anführen. Chittenden, Debates of the Peace Convention p. 262.

der Regel selbst aus gewaltsamen Umwälzungen hervorgegangen, die immer bis auf einen gewissen Grad anarchische Tendenzen zur Folge haben, und andererseits fehlt ihr die mächtige Hülfe der Gewohnheit und ererbten Hochachtung. Die neue Regierung der Vereinigten Staaten hatte unter beiden Momenten besonders schwer zu leiden. Die Souveränetät der Union war eine Abstraktion, eine künstlich geschaffene Idee, die nur so weit Realität gewinnen konnte, als die Verhältnisse, welche diese Idee zu einer Nothwendigkeit gemacht hatten, es unabweislich erheischten. Die Souveränetät der Staaten war dagegen in dem Bewußtsein des ganzen Volkes das ursprünglichere, das natürliche Verhältniß. Jede Kolonie hatte seit ihrem Entstehen eine eigene Regierung, die zum großen Theil aus den Kolonisten selbst hervorging. Die Revolution legte nun auch noch denjenigen Theil der Gewalt in ihre Hände, der bisher von englischen Regierungsbeamten ausgeübt worden war. Die weiteren Veränderungen, welche die Regierungsmaschine erfuhr, waren nicht so wesentlich, daß sich das Volk in das Arbeiten derselben erst wie in etwas ganz Neues hätte hineinfinden müssen. Die ganze Umwandelung vollzog sich rasch und ohne gewaltsame Erschütterungen, die langdauernde Nachwirkungen hätten ausüben können. Acht Staaten[1]) hatten bereits 1776 ihre neuen Konstitutionen vollendet. In den Beziehungen der Einzelnen zu der Regierung machte es sich nicht fühlbar, welch' breiter Spalt das Früher von dem Jetzt trennte. Die Gerichte sprachen nach den alten Gesetzen Recht, und die aus der Volkswahl hervorgegangenen Legislaturen machten Gesetze und schrieben Steuern aus, wie sie früher gethan, nur ohne dabei von dem königlichen Gouverneur chicanirt und gemaßregelt zu werden. Mit einem Wort, in dem täglichen Weben und Treiben des bürgerlichen Lebens konnte man lange vor Beendigung des Krieges fast vergessen, daß sich eine gewaltige Revolution abspiele.

Es war den Kolonisten nicht leicht geworden, das Schwert zu ziehen. Allein so stark und ungeheuchelt ihre Loyalität war, ihre Liebe und Verehrung für das Mutterland wurzelten doch lange nicht so fest in den realen Verhältnissen, als sie es sich wohl selbst einredeten. Die große Mehrzahl kannte England nur durch die Erzählungen der Eltern oder Großeltern. Mit ihrer eigenen Kolonialregierung dagegen, so weit dieselbe aus ihrer eigenen Mitte hervorging und von ihnen selbst

---

[2]) New-Jersey, Delaware, Maryland, North-Carolina, New-Hampshire, South-Carolina, Virginia und Pennsylvania.

eingesetzt wurde, waren sie auf's Innigste verwachsen. Sie war Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut und war von ihnen in Wahrheit doch stets allein als ihre wirkliche Repräsentation angesehen worden. Es bedurfte nicht erst der Reflexion den Bürger von der Bedeutung der Kolonialregierung zu überzeugen. In steter, unmittelbarer Abhängigkeit von ihr groß gewachsen, war er von einem tiefen Gefühl ihrer Nothwendigkeit und Gesetzmäßigkeit durchdrungen. Liebe und Interesse knüpften ihn gleich stark an sie, denn er war sich wohl bewußt, durch sein Stimmrecht Theil an ihr zu haben. Auf sie blickte er als den natürlichen Hort seiner Freiheiten und Rechte.

War das schon früher so gewesen, so mußte es jetzt noch viel mehr so sein, denn alle diese Bande konnten durch die Machtvergrößerung, die den Kolonialregierungen durch die Revolution erwuchs, nur verstärkt werden.

Allen diesen Momenten gegenüber hatte die Bundesregierung nur den Krieg mit England in die Wagschale zu werfen. Von Liebe und Verehrung in dem Sinne, wie sie allgemein für die Staatsregierungen empfunden wurden, konnte ihr gegenüber nicht die Rede sein, weil sie ein Kind von gestern war, dem Niemand auch nur das Horoskop stellte. Es war eine Geburt der Revolution, und als solcher konnte der praktische Sinn der Amerikaner ihr nicht die vollste Anerkennung versagen. Was aber später aus ihm werden sollte, das war eine offene Frage, die erst nach und nach einer ernsten und nüchternen Ueberlegung gewürdigt wurde. Man stieß sich nicht daran, daß die Bundesregierung noch nahezu fünf Jahre lang nach Erlaß der Unabhängigkeitserklärung ihren revolutionären Charakter trug und alle Versuche vergeblich blieben, ihre Legitimität urkundlich festzustellen. Die Achtung vor ihr wurde dadurch weder vergrößert noch verringert.

Der Kongreß sah die Konföderations-Artikel vor dem 1. März 1781 nicht weniger als die Norm an, nach der er sich zu richten habe, als er es nachher that; und die Staaten berücksichtigten die Wünsche, Bitten und Befehle des Kongresses nach dem 1. März 1781 nicht mehr, als sie vorher gethan. Das Volk aber gewöhnte sich in den fünf Jahren immer mehr, den Kongreß als eine Schöpfung der Revolution anzusehen, die um des Krieges willen mit England existire und existiren müsse; darum sei ihm jeder gute Bürger so weit Gehorsam schuldig, als ihm von seiner legitimen Obrigkeit, der Staatsregierung, geheißen würde.

Die Staatsregierungen hatten in den fünf Jahren den kleinen

revolutionären Beigeschmack vollkommen verloren[1]), der sich anfänglich im bürgerlichen Leben fühlbar machen mochte. Mit der Bundesregierung hingegen war in dem Bewußtsein des Volkes so zu sagen gar keine unmittelbare Vorstellung verknüpft. Die Bundesregierung war ein Mittel, dessen sich die Staaten zu einem ganz bestimmten Zwecke bedienten; aber sie war nicht, wie die Staatsregierungen, die Verkörperung eines moralischen Begriffes, der in dem Bewußtsein des Volkes selbstständiges Leben hatte. Und hatte es während der ersten Stadien der Revolution dazwischen so scheinen können, als fände ein bewußtes Streben statt, die Abstraktion des einen amerikanischen Volkes allmählich zu einer Realität zu machen, so waren nicht nur alle derartigen Bemühungen, sondern selbst alle dahin zielenden Wünsche schon im Keime erstickt worden[2]).

Wäre es möglich gewesen, sogleich eine Verfassung auszuarbeiten, die in einigen wesentlichen Punkten auf nationaler Basis gestanden hätte, und ihre sofortige Annahme durch die Staaten durchzusetzen, so hätte sich das Volk nach und nach in sie hineingelebt. Die Wirren des Krieges, die häufig außerordentliche Maßnahmen nöthig machten, hätten dann viel dazu beitragen können, das Zusammenschweißen der Elemente zu einem Ganzen verhältnißmäßig rasch von Statten gehen zu lassen. Thatsächlich aber war, mit alleiniger Ausnahme der Unabhängigkeitserklärung, vom ersten Augenblick an Alles, was in feste und gesetzmäßige Form gebracht wurde und einen bleibenden Charakter tragen sollte, so abgefaßt, daß im Volke mit jedem Schritt weiter die Ansicht tiefere Wurzeln schlagen mußte, daß 13 vollkommen unabhängige und souveräne Völker — ohne in irgend einer Weise dazu verpflichtet zu sein — es für gut befunden hätten, Delegationen zu einem gemeinsamen Kongreß zu senden, dem, einem getroffenen Uebereinkommen gemäß, gewisse Angelegenheiten überwiesen werden sollten, die allen 13 Völkern von Interesse seien. Die Konföderations-Artikel selbst erklärten ausdrücklich, daß die Staaten „zu einem festen Freundschaftsbündniß zusammengetreten“ seien. Wohl hieß es zu gleicher Zeit, daß der Bund „ewig“ währen solle. Allein was für ein Grund lag für die An-

[1]) Webster sagt: „That revolution (of 1776), did not subvert government in all its forms. It did not subvert local laws and municipal administrations.“ Webster's Works III p. 460.

[2]) Noch 1792 schrieb Fisher Ames: „Instead of feeling as a Nation, a State is our country. We look with indifference, often with hatred, fear, and aversion, to the other States.“ Works I p. 113.

nahme vor, daß dieses „ewig“ buchstäblicher eingehalten werden würde, als das „ewig“ der unzähligen Schutz- und Trutzbündnisse anderer Mächte, das sich stets als inhaltslose Phrase erwiesen, sobald der eine oder andere Parte es für seinen Vortheil gehalten, den Pakt zu brechen?

Ein Grund lag allerdings für die Annahme vor; aber der wurde zur Zeit noch nicht verstanden, und so lange er nicht verstanden wurde, konnte der Kongreß nicht als die Spitze des amerikanischen Volkes angesehen werden, so lange mußte er eine außenstehende Macht[1], ein „Gesandtenkongreß“ bleiben, dessen Mitglieder Instruktionen von ihren Souveränen erhielten, und dessen Beschlüsse nur so weit durchgeführt wurden, als die Souveräne sie gut hießen.

Der Grund, welcher die Vereinigten Staaten bewegen konnte, ihr „festes Freundschaftsbündniß“ in der That „ewig“ bestehen zu lassen und mit der Zeit, durch Stärkung der Bundesregierung und entsprechende Schwächung der Staatenregierungen, immer unauflöslicher zu machen, war das dauernde und stets wachsende Interesse, welches die Bevölkerung sämmtlicher Staaten daran hatte. Dieses Interesse — soweit nicht die Sicherstellung der Unabhängigkeit von England in Frage stand — wurde vollkommen verkannt. Das Verständniß dafür konnte nur durch die Erfahrung gewonnen werden. Zunächst war man, von den Wünschen und Neigungen abgesehen, in dieser Hinsicht allein auf theoretische Spekulationen angewiesen[2], und die liefen, bei der herrschenden Stimmung, naturgemäß fast auf das direkte Gegentheil von dem hinaus, was die Erfahrung im Laufe der Zeit als das Richtige erwiesen hat.

„Die Revolution, unter der sie (die Kolonisten) nach Leben keuchten, der Krieg, welcher Verwüstung in alle ihre Wohnungen und Trauer in jede Familie trug, war durch den Mißbrauch von Gewalt — der Regierungsgewalt — entzündet worden. So wurde durch denselben Gang der Ereignisse, welcher eine Uebertragung von Gewalt (an die

---

[1]) „It is obvious that the continental government was considered in the light of a foreign one. Indeed the epithet was applied to it by one of the leaders in the Massachusetts conucils. It was submitted to as a matter of necessity, and because such submission was the only practicable way of concentrating the energies of the other states.“ Austin, Life of Gerry. Cfr. Rives, The Life and Times of J. Madison II p. 177.

[2]) Story, Comm. I p. 166.

Bundesregierung) nöthig gemacht hatte, ein unbezwingliches Widerstreben gegen eine solche Uebertragung erzeugt; und je unvermeidlicher sie wurde, desto mehr wurde die Eifersucht erweckt und desto intensiver wurde das Mißtrauen, durch das man sie in festen Schranken zu halten suchte[1])."

Jahre lang hatten die Kolonien gegen die Bevormundung des Mutterlandes angekämpft, die zum Theil offenbar nur deswegen so unnützer Weise verletzend und belästigend auftrat, weil man im Parlamente die in den Kolonien obwaltenden Verhältnisse nicht gehörig zu würdigen wußte[2]). Die Folge davon war eine tiefe Abneigung gegen jede Autorität von Außen her. Der Kongreß aber wurde, wie erwähnt, als eine außenstehende Gewalt angesehen, mochte er immerhin auch nur aus den eigenen Delegaten zusammengesetzt sein. Daher meinte man von ihm, wie von jeder Gewalt außer der eigenen Staatsregierung, steter Unannehmlichkeiten, Plagereien und Usurpationen gewärtig sein zu müssen.

Dieses Mißtrauen steigerte sich immer mehr und nahm allmählich einen anderen Charakter an. Die Zeit ging mit einer eigenthümlichen kühnen Phantasie schwanger. Rücksichtslos rüttelte sie an den verjährten Vorurtheilen, die sie von früheren Geschlechtern überkommen hatte; aber bald verlor sie den festen Boden unter den Füßen und schoß weit über ihre ursprünglichen Ziele hinaus. Den ersten Anstoß erhielt sie durch den Druck unleidlicher realer Verhältnisse, aber bald verirrte sie sich in wilde Abstraktionen und wurde zur Fratze, weil sie sich anmaßte, diese Abstraktionen realisiren zu wollen und die wirkliche Welt sogleich in jeder Hinsicht nach dem Richtscheit der Logik umzumeißeln, wie die Despoten sich angemaßt, die Menschen und die Gebilde der Natur nach ihrer Phantasie zurecht zu schneiden.

Es wäre Thorheit zu sagen, daß die Rousseau'schen Schriften einen Einfluß auf die Entwickelung in Amerika ausgeübt haben. Aber derselbe Geist, welcher die Rousseau'sche Philosophie geboren und sie von so ungeheurer Bedeutung für Europa machte, war — lange vordem Jefferson sich in Paris bis zur Thorheit an ihr berauschte — auch in Amerika lebendig[3]). Zu voller Entfaltung kam er freilich auch hier erst durch die französische Revolution, und eine Reihe glücklicher

---

[1]) J. Q. Adams, Disc. on the Const. p. 10.

[2]) Ich erinnere namentlich an die Stempeltaxe.

[3]) Vgl. Kapp, Geschichte der Sklaverei p. 7.

Umstände verhinderte ihn überhaupt sich bis zu den letzten Extremen zu entwickeln. Er tritt in der Neuen Welt modifizirt auf, aber er fehlt nicht. Es zeigt sich hier zum ersten Male recht deutlich, daß nicht ein unüberbrückter breiter Spalt die neue Kulturwelt von der alten trennt. Sie werden nicht nur von denselben historischen Gesetzen beherrscht, sondern die großen geistigen Revolutionen, welche sich in der einen vollziehen, bewegen auch zu derselben Zeit die andere, obgleich sie, den gegebenen natürlichen Bedingungen gemäß, sich nie ganz in derselben Weise manifestiren und genau in dem gleichen Maße geltend machen[1]. Man braucht nur die Unabhängigkeitserklärung zu lesen[2], um sich zu überzeugen, daß es auch in Amerika nur noch eines Anstoßes bedurfte, um jene vagen Theorien offen hervortreten zu lassen, welche, mit Nichtachtung des historisch Gewordenen, in Allem auf die Urgründe zurückgriffen, ihre willkürlichen Prämissen als unbestreitbare Wahrheiten hinstellten, und gerne von heute auf morgen Staat und Gesellschaft den Ideen gemäß umgegoßen hätten, welche sie „natürliche Rechte" zu nennen beliebten.

Die Verwechselung von Privilegium und Gewalt war die erste verhängnißvolle Ideenverwirrung, in welche die Amerikaner durch das Zusammenwirken ihrer Erfahrungen in dem Streit mit England und der Neigung, unklare philosophische Abstraktionen zu politischen Normen zu erheben, gelockt wurden[3]. Und von dieser Ideenverwirrung

---

[1]) Diese Wahrheit ist schon a priori so einleuchtend, daß es mindestens überflüssig wäre, sie zu betonen, wenn die Amerikaner nicht sogar häufig in den verderblichen Irrthum verfielen, sich zu schmeicheln, daß der Himmel sie nach ganz besonderen Gesetzen regiere. In sonderbarem Kontrast hierzu steht die Neigung, das politische Raisonnement mit — in der Regel durchaus nicht zutreffenden — Analogien aus der griechischen und römischen Geschichte zu überladen. Diese Neigung hat jedoch bereits beträchtlich abgenommen. Zum Theil ist das einer Klärung des politischen Denkens zuzuschreiben, zum Theil aber auch dem Umstande, daß die meisten Kongreß- und Legislaturmitglieder zu wenig von der griechischen und römischen Geschichte wissen.

[2]) Calhoun nannte die allgemeinen, prinzipiellen Erklärungen derselben mit einer die Amerikaner höchst verletzenden Schärfe „glitzernde Allgemeinheiten."

[3]) „It was a thing hardly to be expected that in a popular revolution the minds of men should stop at the happy mean which marks the salutary boundary between Power and Privilege, and combine the energy of Government with the security of private rights. A failure in this delicate and important point is the great source of the inconveniences we experience." Hamilton in Nr. XXVI des Foederalist.

war es nur ein Schritt weiter zu der Maxime, keine Gewalt zu verleihen, die mißbraucht werden könne, das hieß, thatsächlich gar keine Gewalt zu verleihen, weil jede mißbraucht werden kann[1]). Der Kongreß durfte „Alles erklären, aber Nichts thun"[2]). Hätte man die geringste Vorstellung davon gehabt, welche übelen Folgen das unvermeidlich nach sich ziehen müsse, so wäre man sicher nicht so weit gegangen. Die Befürchtung, jede im allgemeinen Interesse übertragene Gewalt gegen das Volk gekehrt zu sehen, war nicht von Hause aus so groß, daß man der Eifersucht und dem Mißtrauen nicht einige vernünftige Zugeständnisse hätte abgewinnen können, so lange man noch unter dem Impuls der ersten Begeisterung und der Furcht vor Englands Uebermacht handelte. Hier aber wurden die Amerikaner vollkommen von der Erfahrung im Stich gelassen. Sie konnten nur nach ihrer augenblicklichen Stimmung und nach Analogien urtheilen; und diese Wegweiser konnten allerdings in dem gegebenen Fall leicht mißleiten.

Man meinte, die Geschichte aller Völker liefre den Beweis, daß jede Regierung darnach strebe, ihre Macht auf Kosten der Freiheit zu vergrößern. Aber man übersah vollkommen, daß dieses nur für die Fälle gilt, wo die Macht „einen gewissen Grad von Unabhängigkeit und Energie erreicht hat", während sie ebenso stetig erschlafft und verfällt, wenn sie nicht diesen gewissen Grad von Unabhängigkeit und Energie besitzt[3]). Man lebte daher der ehrlichen Ueberzeugung, daß, wie wenig Macht man auch immer dem Kongreß geben mochte, die erste Sorge aller Patrioten und Freiheitsfreunde sein müsse, ein wachsames Auge auf ihn zu haben, um bei dem ersten Versuch, seine Befugnisse zu

---

[1]) „That power might be abused, was, (to persons of this opinion) a conclusive argument against its being bestowed." Marshall, Life of Wash. II p. 127.

[2]) Story, Comm. II p. 168.

[3]) Madison schreibt den 17. Oktober 1788 an Jefferson: „It has been remarked that there is a tendency in all government to an augmentation of power at the expense of liberty. But the remark, as usually understood, does not seem to me well founded. Power, when it has attained a certain degree of energy and independence, goes on generally to farther degrees. But, when below that degree, the direct tendency is to farther degrees of relaxation, until the abuses of liberty beget a sudden transition to an undue degree of power". Rives, The Life and Times of Mad. II. p. 641. Hamilton spricht denselben Gedanken aus. Cfr. Farrar, Man. of the Const. p. 106; Story, Comm. I p. 156.

überschreiten, die Alarmglocke zu ziehen. Daß einst die Staaten, resp. die Staatsregierungen, nicht gewillt sein könnten, billigen Forderungen des Kongresses nachzukommen, die offenbar nur im allgemeinen Interesse gestellt werden, die Befürchtung wäre im Beginn der Revolution als thöricht und kränkend kurzer Hand zurückgewiesen worden. Tocqueville rühmt den amerikanischen Gesetzgebern nach, daß sie in der Regel auf der Einsicht der Menschen fußen, d. h. es in dem persönlichen Interesse Aller sein lassen, den Gesetzen nachzuleben[1]). Im Allgemeinen läßt sich der Behauptung nicht eine gewisse Wahrheit absprechen. Gerade zur Zeit aber war es nicht nur „die damalige europäische Sentimentalität", welche die „schönste der Frauen, jene Dulcinea" „in den Urwäldern Amerikas, unter dem Namen Natur, Freiheit, Menschenrechte und Humanität suchte"[2]).

Es ist gewiß richtig, wenn Randall sagt, die Amerikaner hätten nicht für die Vertheidigung „natürlicher Rechte" das Schwert gezogen, sondern „als englische Unterthanen in jedem Sinne des Wortes", um der Unbill abzuhelfen, welche sie „von einer gesetzlichen, aber ungerechten Regierung" zu erleiden hatten[3]). Als das Schwert aber gezogen war, da begann man gleichfalls, trotz aller Nüchternheit und allem Realismus des amerikanischen Charakters, jenen idealistischen philosophirenden Träumereien nachzuhängen; und je mehr dieselben mit den praktischen Forderungen der Zeit und den in den realen Verhältnissen wurzelnden Neigungen der Einzelnen in Einklang standen oder in Einklang zu stehen schienen, desto widerstandsloser gab man sich ihnen hin. Jene naive Bewunderung der eigenen Vortrefflichkeit[4]),

---

[1]) „Les législateurs américains ne montrent que peu de confiance dans l'honnêteté humaine; mais ils supposent toujours l'homme intelligent. Ils se reposent donc le plus souvent sur l'intérêt personnel pour l'exécution des lois." La Démocratie en Amérique I p. 94.

[2]) Kapp, Leben des amerikanischen Generals Joh. Kalb p. 242.

[3]) Randall, Life of Jefferson I p. 117. Siehe auch Life and Writings of John Jay II p. 410. Edmund Burke schreibt; „They (the colonists) are therefore not only devoted to liberty, but to liberty according to English ideas, and on English principles. Abstract liberty, like other mere abstractions, is not to be found. Liberty inheres in some sensible object; and every nation has formed to itself some favorite point, which by way of eminence becomes the criterion of their happiness". Works II pp. 38 u. 39. Vgl. auch Brownson, The Amer. Rep. pp. 208 u. 209; Gibbs, Memoirs of the Administrations of Washington and J. Adams, edited from the Papers of O. Wollcott I pp. 2, 3.

[4]) Cfr. Works of Jefferson I p. 444, II pp. 97, 221, 350 u. a. v. a. O.; Works of Fisher Ames I p. 324, II 347, 359 u. s. w.

welche man für die naturgemäße Folge der demokratischen Institutionen oder der „Ursprünglichkeit" des Volkes hielt, nahm jetzt ihren Anfang, wenn sie gleich erst nach und nach durch Demagogen zu der pharisäischen Selbstgerechtigkeit großgezogen worden ist, die jetzt einen der charakteristischen Züge des politischen Denkens der Massen des amerikanischen Volkes bildet. In dieser Zeit vergaßen die amerikanischen Gesetzgeber, daß das Interesse die wesentlichste Garantie für die Beobachtung der Gesetze abgeben müsse.

Wohl meinten sie auch jetzt noch, daß wohlverstandenes Interesse die Staatsregierungen wie die einzelnen Bürger bewegen würde, vernünftige Maßnahmen des Kongresses zu unterstützen und seinen billigen Forderungen nachzukommen, wenn etwa hier und da der reine Patriotismus und die selbstsuchtlose republikanische Tugend nicht ganz so groß und dauernd sein sollten, als man mit Recht erwarten dürfe. Allein die Basis, von der aus sie — bewußt oder unbewußt — operirten, waren die höchsten ethischen Elemente der menschlichen Natur, die ihrer Ansicht nach unzweifelhaft während des großen und heiligen Kampfes, und wahrscheinlich auch in aller Folgezeit, der Kompaß sein würden, nach dem Kongreß, Staatsregierungen und Bürger, in voller Einmüthigkeit, das Staatsschiff in den Hafen des anbrechenden goldenen Zeitalters steuern würden.[1] Sie überschätzten sich selbst und das Volk, und zwar sowohl was die Urtheilskraft als was die sittliche Reinheit und Größe betraf[2]. „Wir wähnten", schrieb General Knox während der Unruhen in Massachusetts, „das die Milde der Regierung und die Tugend des Volkes so sehr einander entsprächen, daß wir nicht gleich anderen Nationen wären, bei denen es nöthig ist, die Gesetze durch brutale Gewalt zu stützen. Aber wir finden, daß wir Menschen, wirkliche Menschen sind, welche alle die turbulenten Eigenschaften haben, die

---

[1]) „Have we not already seen enough of the fallacy and extravagance of those idle theories which have amused us with promises of an exemption from the imperfections, weaknesses, and evils incident to society in every shape? Is it not time to awake from the deceitful dream of a golden age, and to adopt as a practical maxim for the direction of our political conduct, that we, as well as the other inhabitants of the globe, are yet remote from the happy empire of perfect wisdom and perfect virtue?" Hamilton in Nr. VI des Foederalist. Vergl. auch Life of J. Adams II p. 129.

[2]) Washington schreibt den 1. Aug. 1786 an Jay: „Wir haben Irrthümer zu verbessern; wir haben wahrscheinlich eine zu gute Meinung von der menschlichen Natur gehabt, als wir unsern Bund schlossen. Erfahrung hat uns gelehrt,

diesem Thiere eigen sind; und daß wir eine Regierung haben müssen, die ausreichend und ihm angemessen ist[1])."

Allein diese selbstgefällige Täuschung hatte zu feste Wurzeln geschlagen, als daß man sie sogleich mit Stumpf und Stiel hätte ausreißen können, als man ihre schlimmen Früchte zu ernten begann. Seit Jahren schon büßte man die Thorheit so hart, daß die eigentlichen Gründer der Republik oft nahe daran waren, an der Zukunft des Landes zu verzweifeln. Dazu waren immer noch erst einige Wenige sich vollkommen klar über die letzte Ursache des Uebels. Nicht nur der Staat, sondern sogar die Gesellschaft hatte thatsächlich begonnen, sich aufzulösen, und immer noch wußten Viele keinen besseren Rath, dem Verderben Einhalt zu thun, als den Einfluß Washington's geltend zu machen. Washington selbst gehörte zu den Wenigen, die weiter sahen; er antwortete treffend: „Einfluß ist nicht Regierung[2])."

Der Krieg hätte schwerlich zu einem glücklichen Ende geführt werden können, wenn schon während seiner Dauer das Mißtrauen gegen jede starke Regierungsgewalt — namentlich gegen jede Gewalt außerhalb der Staatsregierungen — und das phantastische Vertrauen in die Tugend des Volkes in dem Maße entwickelt gewesen wären, als es nachmals der Fall war. Richter Story sagt: „Sie (die Kolonien) sahen sich durch den Gang der Ereignisse gezwungen, nachdem sie zu einem allgemeinen Kongreß zusammengetreten, um einander zu rathen und zu ermuthigen, diese Körperschaft in der irregulärsten und summarischsten Weise mit souveräner Gewalt zu bekleiden und ihr zu erlauben, die allgemeinen Prärogativen von Krieg und Frieden in Anspruch zu nehmen, ohne daß vorher irgend ein Vertrag darüber abgeschlossen worden wäre, und nur durch die stillschweigende Einwilligung des Volkes sank-

---

daß Menschen Maßregeln, die für ihr eigenes Glück am besten berechnet sind, ohne Dazwischenkunft einer zwingenden Gewalt nicht annehmen und ausführen." Washingtons Works IX p. 187.

[1]) Marshall, Life of Wash. II p. 118. — Fisher Ames sagt: „Our mistake, and in which we choose to persevere because our vanity shrinks from the detection, is, that in political affairs, by only determining what men ought to think, we are sure how they will act; and when we know the facts, and are assiduous to collect and present the evidence, we dupe ourselves with the expectation that, as there is but one result which wise men can believe, there is but one course of conduct deduced from it, which honest men can approve or pursue. We forget that in framing the judgement every passion is both an advocate and a witness." Works II p. 358.

[2]) Marshall, Life of Wash. II p. 120.

tionirt."[1]) Dieselben Gründe aber, welche anfänglich ein solches „irreguläres und summarisches" Verfahren nöthig gemacht hatten, mußten der Natur der Sache nach bis auf einen gewissen Grad während der ganzen Dauer des Krieges fortwirken. Und dieselben Ursachen hatten auch dieselben Folgen. Allerdings existirte jetzt ein förmlicher „Vertrag." Aber die Existenz der Republik war von höherer Bedeutung als die peinliche Beobachtung der Vertragsbestimmungen. Wo ein nicht zu schlichtender Konflikt zwischen den beiden Pflichten entstand, verletzte daher der Kongreß — theils bewußt, theils unbewußt — den Vertrag.

Die Interessen der Union und die Bestimmungen des Vertrages kollidirten freilich auf Schritt und Tritt; denn der Kongreß hatte, wie wir sahen, in keiner einzigen Hinsicht die zur Durchsetzung seiner Beschlüsse nöthigen Befugnisse. Die Lage des Landes aber erforderte vor allen Dingen eine einheitliche, starke und rasch durchgreifende Exekutivgewalt. Wie sehr alle Operationen durch die Impotenz des Kongresses gelähmt wurden; welche entsetzlichen Nothstände das allerwärts, und namentlich in der Armee, hervorrief; ja, wie oft das Land dadurch bis an den äußersten Rand des Abgrundes gebracht wurde, davon legt der ganze Briefwechsel Washingtons ein lautredendes Zeugniß ab, das ihm zu ewigem Ruhme und den eifersüchtigen und eigennützigen Partikularisten in den Staatslegislaturen zu ewiger Schande gereichen wird. Der Kongreß aber wollte und konnte seine Befugnisse nur in den dringlichsten Fällen überschreiten. Freilich waren auch deren nicht wenig. Der Föderalist sagt: „Eine Liste der Fälle, in denen der Kongreß durch die Mängel der Konföderation verleitet oder gezwungen worden ist, seine verliehenen (chartered) Befugnisse zu überschreiten, würde diejenigen nicht wenig erstaunen, welche dem Gegenstande keine Aufmerksamkeit geschenkt haben[2])."

In den meisten Fällen zog er sich deswegen keinen Tadel zu, theils weil man — wie z. B. in der sog. Ordinanz von 1787[3]) — nicht dessen gewahr wurde, daß er sich einer Usurpation schuldig gemacht hatte, theils weil man stillschweigend zugeben mußte, daß die Usurpationen absolut nothwendig waren. Die verächtliche Ohnmacht des Kongresses war zu offenbar, als daß man sich direkt in allzu lauten Deklamationen gegen gelegentliche Uebergriffe desselben hätte ergehen dürfen.

---

[1]) Comm. I p. 167.

[2]) Nr. 42.

[3] Cfr. Nr. 38 des Foederalist.

brauchten ja doch auch deswegen keineswegs die allgemeinen Warnungen gegen die Gefahren eingestellt zu werden, die aus einer zu starken Regierungsgewalt und aus einer „Konsolidation" der Union erwüchsen. In denen erging man sich denn auch nach wie vor bei jeder Gelegenheit, und zwar nicht etwa nur aus unreinen persönlichen Motiven, sondern zum großen Theil aus vollkommen ehrlicher Ueberzeugung. Je unzulänglicher sich die Befugnisse der Regierung erwiesen, desto größer wurde das Widerstreben, sie zu erweitern. Die Abneigung, den Kongreß mit einer Macht zu betrauen, die irgend seinen Aufgaben entsprochen hätte, wurde endlich so groß, daß sie sich sogar in den Debatten des Kongresses selbst deutlich zu manifestiren begann[1].

Während des Krieges kam es aber doch nicht zum Aeußersten. Die Regierungsmaschine des Bundes war so schwerfällig und mangelhaft, als nur irgend denkbar. Oft schien es, als müßte sie gänzlich aufhören zu arbeiten. Im kritischsten Augenblick erhielt sie aber doch immer wieder einen neuen Anstoß[2]. So lange der Krieg noch nicht glücklich beendigt war, stand im Vordergrund ein bestimmtes Objekt, das die Union unumgänglich nothwendig machte; denn auch die heißblütigsten Schwärmer sahen ein, daß die Unabhängigkeit nur mit vereinten Kräften erstritten werden könne[3]. So bald aber der äußere Druck aufhörte[4], fing das lose Gefüge an mit einer Schnelligkeit auseinanderzubrechen, die selbst diejenigen in Erstaunen setzte, die während des Kampfes die beste Gelegenheit gehabt hatten, seine Schwächen kennen zu lernen.

---

[1]) Story, Comm. I p. 180.

[2]) „... the necessary unanimity of action and opinion was preserved by the individual influence of the great men who appeared together in the different colonies". Trescot, The Diplomatic History of the Administration of Washington and Adams p. 10. Dieselbe Ansicht vertritt mit der größten Entschiedenheit G. W. Greene. Cfr. Life of Nath. Greene passim.

[3]) J. Jay schreibt den 27. Juni 1786 an Washington: „I am uneasy and apprehensive, more so than during the war. Then, we had a fixed object, and though the means and time of obtaining it were often problematical, yet I did firmly believe that we should ultimately succeed, because I did firmly believe that justice was with us". Marshall, Life of Wash. II p. 107. — Trescot (l. c. p. 9) sagt unstreitig mit Recht: „For it must not be supposep that the treaty of peace secured the national life. Indeed, it would be more correct to say, that the most critical period of the country's history embraced the time between 1783 and the adoption of the constitution in 1788". Vgl. auch Story, Comm. I p. 170.

[4]) Story, Comm. I p. 173.

Hatten sich die Staaten früher begnügt, die Forderungen des Kongresses einfach unbeachtet zu lassen, oder sie doch nur gerade so weit zu beachten, als es ihnen gut dünkte, so begannen sie jetzt offen die Ohnmacht des Kongresses zu verspotten und sich ihrer Pflichtversäumnisse zu rühmen[1].

Die entsittlichenden Wirkungen, die jeder langwährende Krieg ausübt, fingen jetzt an in erschreckendem Maße hervorzutreten. Unreine Motive der verschiedensten Art beeinflußten das Thun und Lassen der Legislaturen immer mehr und immer unverhohlener. Schon während des Krieges hatten die bedeutendsten Männer nach und nach den Kongreß verlassen, weil sie in den Staaten ein Feld für die Bethätigung ihrer Kräfte fanden, auf dem sich mehr erzielen ließ, und das ihnen außerdem in den meisten Fällen weit mehr behagte[2]. Jetzt aber suchten sie sich vollständig ins Privatleben zurückzuziehen, oder sahen ihren Einfluß in den Legislaturen allmählich geringer werden. Unbedeutendere Männer, die wenig von dem reinen Patriotismus wußten, der die Leiter der Revolution erfüllt, bemächtigten sich immer mehr des Heftes. Das Vertrauen in die Tugend des Volkes und die Denunziationen der leisesten Versuche die Bundesgewalt zu stärken, wurden zum Theil zur Maske, hinter der sich die selbstsüchtigsten Zwecke verbargen. Und bald hielt man es kaum mehr der Mühe werth, sich überhaupt noch einer Maske zu bedienen, wie durchsichtig sie auch sein mochte. Die Errungenschaften des Krieges wurden als ein Raub angesehen und jeder Staat suchte sich den Löwenantheil zu sichern, ohne die geringste Rücksicht auf die Wohlfahrt und die Ehre des Ganzen zu nehmen. In vielen Staaten erhoben diejenigen immer dreister ihre Stirnen und immer lauter ihre Stimmen, welche auch die Ehre des eigenen Staates feil hatten, um ihren persönlichen Antheil möglichst hoch zu schrauben und möglichst rasch in klingender Münze einzuheimsen[3].

---

[1]) Washington schreibt Jay: „Requisitions are actually little better than a jest and a byword throughout the land. If you tell the legislatures they have violated the treaty of peace, and invaded the prerogatives of the confederacy, they will laugh in your face.“ Marshall, Life of Wash. II p. 108. Auch Richter Story sagt: „. . . the requisitions of Congress . . . were openly derided.“

[2]) Trescot, Dipl. Hist. p. 12.

[3]) „Public faith and public force were equally out of the question, for as it respected either authority or resources, the corporation of a college, or the missionary society were greater potentates than congress. Our federal govern-

Dem Kongreß fehlte es an den nöthigen Geldmitteln, auch nur seinen drängendsten Verpflichtungen nachzukommen[1]). Die englischen Truppen standen noch in New-York, als er von einer Handvoll aufrührerischer Rekruten gezwungen wurde, Philadelphia zu verlassen und nach Princeton überzusiedeln, weil er die oft wiederholten Versprechungen nicht erfüllen konnte, welche er den Truppen gemacht. Washington allein hatte er es zu verdanken, daß nicht die ganze Armee sich weigerte, die Waffen niederzulegen und auseinander zu gehen, bis man ihr gerecht geworden. Die Noth aber wurde von Jahr zu Jahr größer und drohte immer ernstere Verwickelungen herbeizuführen. Die ausländische Schuld begann fällig zu werden, und der Kongreß konnte nicht die Zinsen zahlen, geschweige denn an die Tilgung des Kapitals denken. Und alle Anstrengungen, die Staaten zu vermögen, ihm eine sichere und ausreichende Einnahmequelle zuzuweisen, blieben erfolglos. Sie hielten an dem Prinzip der Requisitionen fest und betrachteten es dabei fast als ein Verdienst und eine Gunst, wenn sie die Requisitionen noch irgend welcher Berücksichtigung würdigten[2]). Der Werth der Schuldscheine der inneren Anleihe sank in Folge dessen auf etwa ein Zehntel seines Nominalbetrages[3]).

---

ment had not merely fallen into imbecility, and of course into contempt, but the oligarchical factions in the large states had actually made great advances in the usurpation of its powers. The king of New-York levied imposts on Jersey and Connecticut; and the nobles of Virginia bore with impatience their tributary dependence on Baltimore and Philadelphia." Fisher Ames, Works II p. 370.

[1]) „The government of a great nation had barely revenue enough to buy stationery for its clerks, or to pay the salary of the doorkeeper. Fisher Ames l. c.

[2]) Hamilton erklärte im Februar 1787 in der Legislatur von New-York, daß in den letzten fünf Jahren New-Hampshire, North-Carolina, South-Carolina und Georgia nichts gezahlt hätten; Connecticut und Delaware etwa ein Drittel; Massachusetts, Rhode Island und Maryland etwa die Hälfte; Virginia drei Fünftel; Pennsylvania fast seine ganze Quote, und New-York mehr als seine Quote. Gerade New-York aber war es, an dessen hartnäckigem Widerstande der Versuch scheiterte, dem Kongreß auf 25 Jahre das Recht zu geben, gewisse Zölle von Spirituosen und einigen anderen Artikeln und einen Zoll von 5 % ad valorem von allen anderen importirten Waaren zu erheben. Marshall sagt in Bezug darauf: „New-York had given her final *veto* to the impost system, and in doing so, had virtually decreed the dissolution of the existing government". Life of Wash. II p. 123.

[3]) Es ist jedoch nicht zu vergessen, daß der Kongreß schon vor Jahren das Verhältniß des „Kontinental"-Papiergeldes zu gemünztem Gelde auf 40: 1

Noch schlimmer waren die Geldverhältnisse in den einzelnen Staaten; denn hier war nicht nur keine Möglichkeit zu zahlen, sondern es wurde auch mit jedem Tage der Wille dazu geringer. Selbst wenn sich den jeweiligen Legislaturen nicht der geringste Vorwurf machen ließ, so war es so unsicher, wessen man von den künftigen gewärtig sein müsse, daß die Staatsschuldscheine nur gegen erdrückende Prämien umgesetzt werden konnten. Und das wurde stetig schlimmer; denn die Zahl derer wuchs beständig, die darnach trachteten, sich ihrer Schulden durch einen ehrlosen Beschluß der gesetzgebenden Gewalt zu entledigen[1]) und in vielen Staaten wurde es immer zweifelhafter, ob sie sich nicht endlich doch eine Majorität in der Legislatur sichern würden. „Das öffentliche Vertrauen wurde dadurch dermaßen erschüttert, daß selbst Privatleute, deren Zahlungsfähigkeit vollkommen unbestritten war, ein Disconto von 30 bis 50 Prozent auf ihre Schuldverschreibungen zu zahlen hatten." Handel und Wandel lag in Folge dessen vollständig darnieder. „Grundeigenthum fand überhaupt keinen Markt, und Verkäufe irgend welcher Art gegen baares Geld konnten nur mit großem Verlust gemacht werden." Eine gewisse dumpfe Resignation begann sich der Gemüther zu bemächtigen. Man verzweifelte daran, durch Arbeit und Sparsamkeit eine Verbesserung der Verhältnisse herbeiführen zu können. Wilde Träumereien, die im Gewande von radikalistischen Reformtheorien auf den Umsturz aller Ordnung und alles Rechtes abzielten, traten allmählich an Stelle des nüchternen Geschäftssinnes, der sonst zu allen Zeiten die Amerikaner ausgezeichnet hat.

Unter diesen Umständen kann es nicht Verwunderung erregen, daß die exklusiven und partikularistischen Tendenzen sich immer schroffer herausbildeten. War das Vertrauen von Individuum zu Individuum untergraben, und war das Rechtsbewußtsein ganzer Gesellschaftsklassen so getrübt, daß sie unverhohlen darauf hinstrebten, sich gewaltsam durch den Ruin ihrer Nachbarn ihrer Verlegenheiten zu entledigen, so konnte nicht erwartet werden, daß die Politik der Staaten gegen einander von gesunden wirthschaftlichen Ideen, von großer Uneigennützigkeit und hohen sittlichen Prinzipien geleitet sein würde.

Jeder Staat hatte das ausschließliche Recht, seinen Handel zu

---

festgestellt hatte. — Siehe einige interessante Angaben über die Entwerthung des Papiergeldes in den Jahren 1779 und 1780 in Kapp's Leben Kalb's pp. 169 u. 170.

[1]) Life of J. Adams II p. 131.

regeln, und jeder Staat machte in engherzigster und kurzsichtigster Weise ausgedehnten Gebrauch von diesem Rechte. Nur das eigene Interesse wurde bei den Handelsreglements berücksichtigt und häufig gerade dadurch ein Vortheil zu erzielen gesucht, daß eine Politik verfolgt wurde, welche der der Nachbarstaaten direkt entgegengesetzt war. Das gab zu ewigen Verdrießlichkeiten und Eifersüchteleien Veranlassung. Die Zahl und die Größe der wirklichen wie der eingebildeten Beschwerden wuchs von Tag zu Tag auf allen Seiten, so daß die gegenseitigen Vorurtheile immer tiefere Wurzeln schlugen und die Animosität der Staaten gegen einander einen immer herberen Charakter annahm, während dem Geschäftsverkehr dadurch vollends der Garaus gemacht wurde.

Die Rückwirkungen, welche diese innere Zerfahrenheit auf die Beziehungen der Union zu den europäischen Mächten hatte, waren äußerst empfindlich. Die politische Emanzipation der Vereinigten Staaten war durch den Krieg festgestellt; ihre wirthschaftliche Emanzipation aber war zunächst nur formell. In dieser Hinsicht blieben sie noch lange in kolonialer Abhängigkeit. Eine wesentliche Aenderung in den Verhältnissen war nur insofern eingetreten, als das Wort Franklin's, welches „nicht England, sondern Europa" als das Mutterland von Amerika bezeichnete, eine neue Berechtigung gewonnen hatte. Der Vortheil, welcher aus dieser Aenderung hätte gezogen werden können, blieb aber fast gänzlich unausgenutzt. Die Vereinigten Staaten hatten jetzt allerdings das Recht, mit denjenigen europäischen Mächten in Handelsbeziehungen zu treten, die ihnen die besten Bedingungen gewährten; aber dieses Recht mußte vollkommen unfruchtbar bleiben, so lange die europäischen Mächte es nicht für in ihrem Interesse hielten, Handelsverträge mit ihnen abzuschließen. Und da es bei der gänzlichen Machtlosigkeit des Kongresses und bei der Unzuverlässigkeit der Legislaturen an jeder Garantie für die Beobachtung der Verträge fehlte, so waren die europäischen Mächte wenig geneigt, sich in irgend einer Weise zu binden [1].

---

[1] Der Herzog von Dorset schreibt den 26. März 1785 au die amerikanischen Kommissäre, die einen Handelsvertrag zu Wege bringen sollten: „... I have been ... instructed to learn from you, gentlemen, what is the real nature of the powers with which yon are invested, wether yon are merely commissioned by Congress, or wether you have received seperate powers from the respective states ... The apparent determination of the respective States to regulate their own separate interests, renders it absolutely necessary, towards forming a permanent system of commerce, that my court should be informed how far the commissioners can be duly authorized to

England hatte bereits die Erfahrung gemacht, wie wenig Verlaß auf die Versprechungen des Kongresses sei. Die Friedensbedingungen waren von amerikanischer Seite vielfach verletzt worden, wie John Jay, zur Zeit Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten, offen zugestand. Allein bei diesem Zugeständniß blieb es auch, denn die dringlichen Empfehlungen an die Staaten, sich hinfort die gewissenhafte Erfüllung derselben angelegen sein zu lassen, waren in den Wind geredet. England fühlte sich daher berechtigt, auch seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Es weigerte sich, die westlichen Posten zu räumen, und unter dem Schutz seiner Truppen, zum Theil vielleicht sogar durch sie angereizt, fuhren die Indianer fort, einen grausamen Grenzkrieg gegen die amerikanischen Ansiedler zu führen[1]).

Die Klagen über die Noth und das Elend, welche aus dieser traurigen Regierungslosigkeit erwuchsen, wurden immer lauter und allgemeiner. Was der Kongreß noch an Hülfsmitteln und an Energie besaß, das mußte aufgeboten werden, um die Bedürfnisse jedes folgenden Tages befriedigen zu können. Schon einmal war man dem vollständigen Ruin nur dadurch entgangen, daß Holland sich nochmals zu einer kleinen Anleihe bereit gefunden hatte. Allein das konnte nur die Henkersfrist um einige Monate verlängern.

Oberst Humphries schrieb Washington: „Die Räder der großen politischen Maschine können schwerlich noch lange fortfahren sich zu bewegen." Kurze Zeit darauf kamen sie in der That „zu einem schreck-

---

enter into any engagements with Great Britain which it may not be in the power of any one of the States to render totally useless and inefficient." Diplomatic Correspondence 1783 — 1789 II p. 297. Vgl. auch Marshall, Life of Wash. II pp. 96 u. 97; Pitkin, Hist. of the U. St. II pp. 189 u. 190.

[1]) Den meisten amerikanischen Schriftstellern ist es freilich eine ausgemachte Sache, daß England zuerst die Vertragsbedingungen gebrochen habe. Es muß auch zugegeben werden, daß Jefferson in seinem Schreiben vom 29. Mai 1792 an den englischen Gesandten Hammond mit einem gewissen Recht behaupten durfte, daß der Kongreß nur verpflichtet gewesen sei, den Staaten zu empfehlen, den englischen Gläubigern und den Loyalisten gegenüber in der von England gewünschten Weise zu verfahren. Allein jedenfalls hatte die Ohnmacht der Bundesregierung England einen vortrefflichen Vorwand abgegeben, seinen Verbindlichkeiten nicht nachzukommen, und der Kongreß hatte so direkt seine gänzliche Machtlosigkeit gegenüber den „souveränen" Staaten zugestehen müssen, daß schwerlich England oder irgend eine andere Macht neue Verpflichtungen übernehmen würde, um als Aequivalent neue Empfehlungen des Kongresses an die Staaten zu erhalten.

lichen Stillstand[1])". Die Vereinigten Staaten, die sich schon die Erlöser der Welt von aller politischen Knechtschaft geträumt hatten, waren daheim und im Auslande ein Gegenstand des Mitleids, des Spottes und der Verachtung[2]). Jedermann wußte das, und Niemand wagte es zu läugnen; aber die Legislaturen blieben verstockt. „Sie haben eine tödtliche Abneigung, sich des kleinsten Attributs unabhängiger und besonderer souveräner Staaten zu entkleiden", schrieb Oberst Humphries noch am 20. Januar 1787 an Washington. Ihre eigene Fortexistenz mußte in Frage gestellt sein, ehe sie mit Widerstreben zugestanden, daß eine Stärkung der Bundesregierung am Ende doch das einzige Rettungsmittel sei.

In Massachusetts erfolgten die ersten Erschütterungen, die keinen Zweifel mehr darüber ließen, daß auch die sozialen Verhältnisse bereits vollständig unterminirt und eine tiefgreifende politische Reform und das Fortbestehen gesellschaftlicher Ordnung nahezu identische Fragen seien. Die Unzufriedenen, welche entweder offen oder im Stillen zu Shays standen, waren den Freunden der Staatsregierung an Zahl gleich und ihr letztes Ziel war nichts anderes, als die öffentlichen und privaten Schulden für nichtig zu erklären und eine neue Vertheilung des Eigenthums vorzunehmen[3]). Das Schlimmste aber war, daß es lange sehr fraglich schien, ob die Legislatur sich zu energischem Eingreifen aufraffen würde, oder ob der Theil derselben die Oberhand behalten würde, welcher im Geheimen mit den Aufständischen sympathisirte.

Die Nachricht von dem Ausbruch dieser Wirren machte überall den tiefsten Eindruck. Die alten Führer der Revolution fühlten, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, da über das Sein oder Nichtsein der Nation entschieden werden müsse. Das Gespenst des Bürgerkrieges

---

[1]) „The delinquencies of the states have, step by step, matured themselves to an extreme, which has at leugth arrested all the wheels of the national government, and brought them to an awful stand. Congress at this time scarcely possess the means of keeping up the forms of administration till the states can have time to agree upon a more substantial substitute for the present shadow of a foederal government". Foederalist Nro. XV.

[2]) Washington schreibt Oberst Lee: „To be more exposed in the eyes of the world, and more contemptible than we already are, is hardly possible". Vgl. Works of Jefferson I pp. 509, 518 — 522, II pp. 193, 194 u. a. v. a. O.

[3]) Vgl. Curtis, Hist. of the Const. I p. 269; Sparks' Wash. IX p. 207; Marshall's Wash. II p. 117 ff.; Rives' Madis. II p. 175.

tauchte vor Aller Augen drohend auf[1]). Oberst Humphries beschwor bereits Washington nicht „neutral zu bleiben" wenn derselbe ausbräche. Washington selbst war weit davon entfernt, diese Befürchtungen für eitele Schreckbilder zu halten. „In jedem Staate sind Brennstoffe aufgehäuft, die ein Funke in Flammen setzen kann", schrieb er General Knox[2]). Und diese Ansicht hegte man allerwärts. „Es ist in der That schwer in zu grellen Farben das Gemälde der Düsterkeit und der Befürchtungen zu zeichnen, die damals sowohl die öffentlichen Berathungen als die stillen (private) Betrachtungen der fähigsten Männer des Landes erfüllten[3])".

---

[1]) „Our discontents were fermenting into civil war". Fisher Ames, Works II p. 370.

[2]) Marshall, Life of Wash. II p. 119.

[3]) Story, Comm. I p. 185. Ein gewisser Smith, der von sich selbst sagte: „I am a plain man and get my living by the plough", schilderte in dem Konvent von Massachusetts die Rebellion in den folgenden Worten: „There was a black cloud that rose in the east last winter, and spread over the west . . . I mean, sir, the county of Bristol; the cloud rose there, and burst upon us, and produced a dreadful effect. It brought on a state of anarchy, and that led to tyranny. I say, it brought anarchy. People that used to live peaceably, and were before good neighbors, got distracted and took up arms against government . . . I am going, Mr. President, to show you, my brother farmers, what were the effects of anarchy, that you may see the reasons why I wish for good government. People, I say, took up arms; and then, if you went to speak to them, you had the musket of death presented to your breast. They would rob you of your property, threaten to burn your houses; oblige you to be on your guard night and day; alarms spread from town to town; families were broken up; the tender mother would cry, „O, my son is among them! What shall I do for my child!" Some were taken captive, children taken out of their schools, and carried away. Then we should hear of an action, and the poor prisoners were set in the front, to be killed by their own friends. How dreadful, how distressing was this! Our distress was so great, that we should have been glad to snatch at any thing that looked like a government. Had any person, that was able to protect us, come and set up his standard, we should all have flocked to it, even if it had been a monarch; and that monarch might have proved a tyrant; — so that you see that anarchy leads to tyranny, and better to have one tyrant than so many at once." Elliot, Deb. II pp. 102 u. 103. Jameson, The Constitutional Convention p. 41 sagt: „. . . if they did not desire, within the borders of each State, to see a repetition of the rebellion kindled by Shay in Massachusetts, ending, perhaps, in a general civil war, they must substitute for the rotten structure of the Confederation a Constitution which would confirm and not undermine and break up their actual union". Vgl. a. Life of J. Adams II p. 131.

Diesem allgemeinen Gefühle, daß man an einer verzweifelten Krisis angelangt sei, war es zu danken, daß der Bericht des Konvents zu Annapolis nicht auf taube Ohren stieß. Im September 1786 war dieser Konvent auf die Einladung der Legislatur von Virginia zusammengetreten, um „darüber zu berathen, in wie weit ein einheitliches System in ihren (der Staaten) kommerziellen Verhältnissen für ihr gemeinschaftliches Interesse nothwendig sein dürfte.“ Allein, da nur fünf Staaten vertreten waren[1]) und die Kommissäre sich bald überzeugten, daß ihre Vollmachten nicht der kritischen Lage des Landes entsprächen, so begnügten sie sich, einen Bericht abzufassen, der den Legislaturen der einzelnen Staaten und dem Kongreß vorgelegt wurde. Die Kommissäre empfahlen darin die Berufung eines allgemeinen Konvents, der „den zweiten Montag im kommenden Mai in Philadelphia zusammentreten solle, um die Lage der Vereinigten Staaten in Erwägung zu ziehen; um solche weitere Maßnahmen zu ermitteln als ihnen (den Kommissären) nothwendig erschienen, um die Verfassung der Bundesregierung den Bedürfnissen der Union entsprechend zu machen; und um dem Kongreß der Vereinigten Staaten zu diesem Zwecke einen solchen Akt zu berichten, der die Erreichung desselben sicher stelle[2]), wenn er die Billigung des Kongresses erhalten und darauf von der Legislatur jedes Staates bestätigt worden sei.“

Dieser Bericht veranlaßte New-York, seine Delegirten im Kongreß zu instruiren[3]), den förmlichen Antrag zu stellen, daß der Kongreß den Staaten die Beschickung eines allgemeinen Konvents empfehle. Den 21. Februar 1787 wurde dieser Antrag angenommen und die Empfehlung im Sinne des Berichtes abgefaßt, den der Konvent zu Annapolis gemacht.

Die Thätigkeit der Befürworter einer starken Bundesregierung verdoppelte sich jetzt, denn es galt nunmehr nicht allein sämmtliche Legislaturen zu vermögen, den Konvent wirklich zu beschicken, sondern auch die Wahlen auf die ersten Männer des Landes zu lenken, damit schon die Namen der Delegaten genügten, die Partisanen der Regierungslosigkeit in gewissen Schranken zu halten.

In erster Linie kam es darauf an, sich Washington's zu verge-

---

[1]) New-York, New-Jersey, Pennsylvania, Delaware und Virginia.

[2]) „ . . . as . . . will effectually, provide for the same“.

[3]) Im Senat von New-York erhielt der betreffende Antrag nur eine Stimme Majorität. Marshall, Life of Wash. II p. 123.

wissern, denn er nahm eine Stellung in den Herzen des Volkes ein, wie keiner seiner großen Mitarbeiter an dem Werke der Unabhängigkeit, und wie sie auch nie wieder ein Anderer einnehmen kann. In Washington's Busen einen andern Gedanken als den der Wohlfahrt des Landes zu suchen, wäre damals als eine Art Hochverrath, als eine unverzeihliche Versündigung an dem Glauben an die menschliche Natur angesehen worden. Es blieb den Demagogen des kommenden Jahrzehnts vorbehalten, auch seinen Namen mit dem ekelsten Geifer zu besudeln. Jetzt verlieh derselbe noch jeder Sache, mit der er in Verbindung gebracht wurde, eine gewisse Weihe. Fehlte Washington, so fehlte der beste Mann, der Mann des Volkes; aber — erwies sich auch seine Mithülfe als fruchtlos, so war auch andererseits der beste und letzte Trumpf vergeblich ausgespielt worden und das Spiel mußte verloren gegeben werden. Das wußte Washington und das wußten alle diejenigen, welche die Bedeutung des Augenblicks erkannten. Es ist daher zum richtigen Verständniß der Lage unumgänglich nothwendig, scharf hervorzuheben, daß Washington zuerst das Mandat entschieden ablehnte und es endlich doch annahm, obgleich er nicht nur allen seinen persönlichen Wünschen die größte Gewalt anthun mußte, sondern auch von wohl zu berücksichtigenden Seiten her mit gewichtigen politischen Gründen davon abgemahnt wurde. Oberst Humphries und General Knox riethen entschieden ab, weil sie befürchteten, „daß die Dinge noch schlimmer werden müßten, ehe sie besser werden könnten". Washington wäre auch unstreitig ihrem Rathe gefolgt, wenn es ihm nicht nach reiflichster Ueberlegung vollkommen klar geworden wäre, daß dieses in der That der „letzte sterbende Versuch [1]" sei, das Fortbestehen der Union möglich zu machen [2].

Am festgesetzten Tage begannen die Delegaten in Philadelphia einzutreffen, aber erst am 25. Mai war eine Majorität der Staaten vertreten. Allein zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder der lässige Geist, der in Allem, was die Bundesregierung betraf, eingerissen war, so darf daraus doch nicht geschlossen werden, daß man mit Gleichgültigkeit den bevorstehenden Verhandlungen entgegensah. Es

---

[1] „The last dying essay". Siehe den Brief bei Marshall, Life of Wash. II p. 114.

[2] „The idea of dismemberment had recently made its appearance in the newspapers". Madison's Introduktion zu den Debates in the Federal Convention of 1787. Elliot V p. 120.

genügt das Namensregister der Delegaten durchzulesen, um sich zu überzeugen, wie tief man allerwärts von dem Ernst der Zeit durchdrungen war. Ließ sich überhaupt noch ein Ausweg aus dem Labyrinth widerstreitender Ansichten und Interessen finden, so mußte er von dieser Versammlung gefunden werden, denn sie bestand unstreitig aus den besten Männern der Union, sowohl was Einsicht und Erfahrung als was reinen Patriotismus betrifft.

Einerseits wurde dadurch allerdings der Muth und die Hoffnung auch der Verzagtesten wieder belebt, aber andererseits diente auch gerade derselbe Umstand dazu, die bangen Zweifel über die Zukunft des Landes auf eine krankhafte Höhe zu schrauben, denn wenn dieser Konvent resultatlos auseinanderging, so schien nichts übrig zu bleiben, als dem hereinbrechenden Chaos mit dumpfer Resignation zuzuschauen [1]).

Es war ein Glück, daß dieses Gefühl im Konvent selbst mit am stärksten war, denn dadurch kam ihm die ungeheure Verantwortlichkeit die auf seinen Schultern lastete, so lebendig zum Bewußtsein, daß er von Hause aus mit der äußersten Vorsicht zu Werke ging und die Majorität seiner Mitglieder einsah, daß die einzige Alternative zwischen gegenseitiger Nachgiebigkeit und allgemeinem Ruine läge [2]). Er beschloß daher sogleich, daß die Verhandlungen bei geschlossenen Thüren Statt finden und die Delegaten gehalten sein sollten, das strengste Stillschweigen über dieselben zu beobachten, damit die strittigen Fragen nicht sogleich vor das Forum des leidenschaftlich erregten Volkes gezerrt und von vornherein alle Aussichten auf eine Verständigung vernichtet würden. Dieser Beschluß wurde bald durch den Gang der Verhandlungen gerechtfertigt.

Schon in den ersten Tagen zeigte es sich deutlich, daß sich eine beträchtliche Zahl der Abgeordneten — und darunter gerade die hervorragendsten Männer der Versammlung — nicht genau an den Buchstaben ihrer Vollmachten halten würden. Ihre Mandate berechtigten sie nur, Vorschläge zur Aus- und Aufbesserung der existirenden staatenbundlichen Verfassung zu machen; sie aber waren der festen Ueberzeugung, daß alle derartigen Versuche das Verderben höchstens hinaus-

---

[1]) Vgl. Elliot, Deb. V pp. 553 u. 557.

[2]) Mason gab dieser Ueberzeugung am 5. Juli in kräftiger Weise Ausdruck: „It could not be more inconvenient for any gentleman to remain absent from his private affairs; but he would bury his bones in this city rather than expose his country to the consequences of a dissolution of the Convention without any thing being done". Elliot, Deb. V p. 287 Vergl. aber auch ibid. V p. 552.

schieben würden, die Wurzel des Uebels aber nur zerstört werden könne, wenn die Verfassung auf eine nationale Basis gestellt würde.

So wohl begründet auch diese Ueberzeugung sein mochte, und so gerechtfertigt die Vertreter derselben waren, nicht in der Wahl zwischen Ueberschreitung ihrer Befugnisse und der Rettung des Vaterlandes zu schwanken, das Veto des Volkes hätte unzweifelhaft ihr Vorhaben vereitelt, wenn in diesem Augenblick den Demagogen und den aufrichtigen Schwärmern für die atomisirenden Staatstheorien Gelegenheit geboten worden wäre, dasselbe zu denunziren. Als die Konstitution später dem Volke zur Annahme vorgelegt wurde, hing die Entscheidung nur an einem Haar. Da kann es nicht fraglich erscheinen, auf welche Seite sich die Wage geneigt haben würde, wenn die ruhigen Argumente Dickinson's und die feurigen Deklamationen Luther Martin's das Ohr des Volkes erreicht hätten, als der Verfassungsentwurf noch nicht vollendet war und die einzige Alternative noch nicht zwischen unbedingter Annahme und vollständiger Verwerfung desselben lag, sondern da der Konvent noch tagte und dermaßen in sich selbst zerfallen war, daß jeden Augenblick das Aeußerste zu befürchten stand. Zwei von den drei Abgeordneten New-Yorks, Lansing und Yates, verließen den Konvent mitten in seinen Arbeiten, indem sie erklärten, daß ihre Konstituenten nie Delegaten geschickt haben würden, wenn sie geahnt, daß derartige Projekte im Schilde geführt würden[1]). Und zu wiederholten Malen schien es, als würde die Hälfte der Deputirten bald diesem Beispiele folgen und der Konvent unverrichteter Sache auseinandergehen.

In zwei der wichtigsten Fragen standen sich die Ansichten schroff gegenüber und es schien unmöglich, eine Vermittelung zu finden. Vollständige Rathlosigkeit drohte sich der Abgeordneten zu bemächtigen, denn jeder Kompromißversuch machte die Kluft nur weiter, da die Verfechter der entgegenstehenden Ansichten durch die Disputation in immer extremere Positionen gedrängt wurden und sich hier und da bereits Spuren einer beginnenden persönlichen Bitterkeit zeigten.

---

[1]) Lansing erklärte den 16. Juni: „had the legislature of the State of New-York apprehended that their powers would have been construed to extend to the formation of a national government, to the extinguishment of their independency, no delegates would have appeared here on the part of that state". Yates's Minutes, Elliot, Deb. I p. 411. Vergl. auch Letter from the Hon. Rob. Yates and the Hon. John Lansing. Jun. Esquires to the governor of New-York. Elliot, Deb. 1 p. 480.

Als einst alle Aussicht auf eine Verständigung geschwunden zu sein schien, erhob sich der greise Franklin und stellte den Antrag, daß hinfort die Sitzungen mit Gebet eröffnet würden, denn nur noch vom Himmel sei Hülfe zu erwarten, Menschenwitz sei erschöpft[1]. Die Hoffnung auf endlichen Erfolg muß in der That gering gewesen sein, wenn ein solcher Vorschlag von dem stark zum Rationalismus neigenden Franklin gemacht werden konnte, dem alle religiösen Demonstrationen in der Seele zuwider waren und der auch in den dunkelsten Stunden der Kriegsjahre den Kopf hoch getragen hatte.

Pinckney erklärte mit leidenschaftlicher Emphase, daß South Carolina nie eine Konstitution annehmen würde, welche die Interessen der Sklavenhalter nicht in gehöriger Weise schütze[2]; und Gouverneur Morris, über das Verlangen der kleinen Staaten sprechend, gleiche Vertretung im Kongreß zu erhalten, rief mit prophetischem Geiste: „Dieses Land muß vereinigt sein. Wenn Ueberredung es nicht vereinigen kann, so wird das Schwert es thun[3]." Die wahrscheinliche Lösung beider strittigen Fragen aber schien durch lange bange Wochen in dem trüben Worte Gerry's gegeben zu sein: „Eine Sezession wird stattfinden; denn einige Herren scheinen dazu entschlossen zu sein[4])". Weigerte sich doch endlich selbst Edmund Randolph, der anfänglich einer der entschiedensten Vorfechter einer durchgreifenden Reform der Bundesverfassung in „nationalem" Sinn gewesen war, den Konstitutionsentwurf zu unterzeichnen, weil seine Annahme „in Tyrannei endigen würde[5])".

Nahezu vier Monate dauerte es, bis sich die Majorität der Delegaten auf einen Plan einigen konnte, von dem sie sich, mit Hamilton, sagten, daß es nicht möglich sei, zwischen der Aussicht „Gutes aus ihm hervorgehen zu sehen" und „Anarchie und Konvulsion" zu schwanken. Den 17. September wurde der Plan „einstimmig von den (zur Zeit vertretenen Staaten" angenommen. Während die letzten Abgeordneten, ihre Unterschrift unter das Dokument setzten, bemerkte Franklin, daß er sich häufig im Laufe der Verhandlungen gefragt, ob die Sonne

---

[1]) Elliot, Deb. V p. 254.

[2]) Ibid. V p. 457 u. a. a. O.

[3]) Ibid. V p. 276.

[4]) Ibid. V p. 278.

[5]) Ibid. V p. 534 u. a. pp. 491, 502, 552, 556. Vgl. auch Edmund Randolph's Letter to the Speaker of the House of Delegates, Virginia, ibid. I pp. 482 — 491.

welche auf der Lehne des Präsidentenstuhles dargestellt war, im Aufgang oder im Niedergang begriffen sei: „jetzt aber, endlich, habe ich das Glück zu wissen, daß es eine aufgehende und nicht eine untergehende Sonne ist."

Allendlich erwies sich diese Ueberzeugung freilich als richtig; allein im Augenblick streifte noch diese feste Zuversicht, daß nunmehr der Erfolg sicher gestellt sei, fast an Vermessenheit. Wohl war viel damit gewonnen worden, daß der Konvent mit verhältnißmäßig großer Einmüthigkeit dem Volke einen bestimmten Verfassungsentwurf zur Annahme empfahl; aber noch waren mindestens ebenso große Schwierigkeiten zu überwinden als diejenigen, deren man bis jetzt Herr geworden war.

Der Konvent hatte allerdings — im Gegensatz zu den Konföderations-Artikeln, die in allen wichtigeren Fragen Einstimmigkeit forderten — erklärt, daß die Zustimmung von neun Staaten genügen sollte, die Konstitution für diese neun in Kraft treten zu lassen; aber es war äußerst fraglich, ob sich auch nur diese Anzahl würde gewinnen lassen. In dem Konvent selbst hatte bis zuletzt nicht eine Versöhnung der verschiedenen Ansichten erzielt werden können. Franklin hatte seinem Antrage absichtlich eine so zweideutige Fassung gegeben, damit die letzte Abstimmung den Anschein vollständiger Einhelligkeit habe. Das mochte den Vortheil haben, daß im ersten Augenblick ein günstiger Eindruck auf das Volk gemacht wurde. Im nächsten Augenblick jedoch mußte Jeder wissen, daß Mason, Randolph, Gerry u. s. w. sich entschieden gegen das Projekt ausgesprochen und ihre Unterschrift verweigert hatten. Dann konnte der Kunstgriff leicht eine der Absicht Franklin's gerade entgegengesetzte Wirkung haben. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die dissentirenden Delegaten sich vor dem Publikum zu rechtfertigen und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen suchen würden. Dann war die kleine Phalanx gänzlich zersplittert, auf der das Schwergewicht des Kampfes gegen die Vorurtheile des Volkes, gegen die theoretisirenden Fanatiker und gegen die Demagogen ruhen mußte. Wohl standen die besten Namen unter der Konstitution; aber es fehlte eine beträchtliche Anzahl von Namen, die auch nur den besten nachstanden. Damit war dem Entwurf das Prestige genommen, welches er bei wirklicher Einstimmigkeit des Konvents gehabt hätte. Der Erfolg seiner Befürworter in den einzelnen Staaten hing wesentlich von den Gründen ab, die für ihn geltend gemacht werden konnten; aber die Abneigung der Darlegung und Entwickelung von Gründen aufmerksam und mit Ruhe zu folgen und die Argumente so wie die thatsächlich obwaltenden

Verhältnisse gegen einander abzuwägen, war noch größer, als vielleicht selbst die Kleinmüthigsten gefürchtet hatten[1].

Der Grund hiervon war nicht etwa eine inzwischen erfolgte Aenderung der Verhältnisse zum Bessern. Zwar war nichts geschehen, war die Mißhelligkeiten und den Nothstand im Innern besonders verschlimmert hätte, oder noch handgreiflicher nachgewiesen, wie gerechtfertigt die ebenso kränkende als bedenkliche Richtachtung war, mit der die europäischen Mächte auf die Republik blickten. Es blieb Alles zo ziemlich in statu quo. Allein das genügte auch, die radikale Umgestaltung der Bundesverfassung so dringlich erscheinen zu lassen, daß der Entwurf des Konvents noch in der elften Stunde eifrige Unterstützung von Leuten erfuhr, die man erwarten mußte in den ersten Reihen der Gegner zu sehen. Randolph z. B., der sich durch nichts hatte bewegen lassen, ihn in Philadelphia zu unterzeichnen, gehörte mit zu seinen kräftigsten Verfechtern in dem Konvent von Virginia, obgleich er auch dort mit Freimuth und Energie seine Ausstellungen machte[2].

Die Masse der Partikularisten scharte sich zu der erbittertsten Opposition zusammen, sobald der Entwurf veröffentlicht worden war. Alle Mäßigung, man konnte fast sagen alle Vernunft, schien sie in dem Augenblick zu verlassen, da sie sahen, daß die Kräftigung der Bundesgewalt und die verhältnißmäßige Konsolidirung der Staaten nicht mehr bloß ein Thema für anregende Diskussionen abgeben, sondern wirklich ins Werk gesetzt werden sollten. Die Führung übernahmen natürlich die Fanatischsten, denen keine Waffe so stumpf und ungeschlacht war, daß sie sich ihrer nicht bedient hätten. Ihre Argumente gingen bis zur äußersten Grenze des Absurden und ihre Behauptungen hätten oft

---

[1]) Der Vorwurf, den Lee von Westmoreland Henry machte, und die Mahnung, welche er an ihn richtete, hätten füglich die Adresse sämmtlicher Anti-Föderalisten tragen können. „. . . instead of proceding to investigate the merits of the new plan of government, the worthy character informed us of horrors which he felt, of apprehensions to his mind, which made him tremblingly fearful of the fate of the commonwealth. Mr. Chairman, was it proper to appeal to the fears of this house? The question before us belongs to the judgement of this house. I trust he is come to judge, and not to alarm.“ Elliot, Deb. III p. 42.

[2]) „As with me the only question has ever been between previous and subsequent amendments (der Konstitution), so will I express my apprehensions, that the postponement of this Convention to so late a day has extinguished the probability of the former w i t h o u t i n e v i t a b l e r u i n t o t h e U n i o n, and the Union is the anchor of our political salvation.“ Elliot, Deb. III p. 25.

lautes Gelächter erregen müssen, wenn es sich nicht um den Untergang und die Rettung des Staates gehandelt hätte. Alle die trüben Erfahrungen, welche man während des Krieges und nach seiner Beendigung gemacht hatte, wurden weggeläugnet und als eitle Hirngespinnste verspottet. Aus der projektirten Verfassung hingegen — auch ihre harmlosesten Bestimmungen nicht ausgenommen — ward Tag für Tag dasselbe Gespenst herausgequält, ein vages, absolut undefinirbares Etwas, dem der von Jedem anders verstandene Name „konsolidirte Regierung" beigelegt wurde, und das dann durch diesen Namen zu etwas Entsetzlichem gestempelt ward, dem unfehlbar alles zum Opfer fallen müsse, was bisher dem Amerikaner theuer gewesen. Derselbe Patrick Henry, der bei dem Ausbruch der Revolution mit solcher Emphase erklärt, daß er nicht mehr ein „Virginier" sondern ein „Amerikaner" sei, der erklärte jetzt mit gleicher Emphase, daß sich das Volk unter den Konföderations-Artikeln der größten Sicherheit und Zufriedenheit erfreut habe, und daß durch den Vorschlag, die Verfassung zu ändern, diese glücklichen Verhältnisse gestört und die Fortdauer der Union in Frage gestellt sei[1]).

Ueber solche Gegner den Sieg davon zu tragen, war sicher nicht leicht. In mehreren Staaten, und zwar gerade in den bedeutendsten, bildeten die Particularisten eine Majorität in den Konventen, die end-

---

[1]) „I consider myself as the servant of the people of this commonwealth, as a sentinel over their rights, liberty, and happiness. I represent their feelings when I say that they are exceedingly uneasy at being brought from that state of full security, which they enjoyed, to the present delusive appearance of things. A year ago, the minds of our citizens were at perfect repose. Before the meeting of the late federal Convention at Philadelphia, a general peace and universal tranquillity prevailed in this country; but, since that period, they are exceedingly uneasy and disquieted. When I wished for an appointment of this Convention, my mind was extremely agitated for the situation of public affairs. I conceived the republic to be in extreme danger. If our situation be thus uneasy, whence has arisen this federal jeopardy? It arises from this fatal system; it arises from a proposal to change our government — a proposal that goes to the utter annihilation of the most solemn engagements of the states — a proposal of establishing nine states into a confederacy, to the eventual exclusion of four states. It goes to the annihilation of those solemn treaties we have formed with other nations." Elliot, Deb. III p. 21. Pendleton antwortete darauf scharf: „If the public mind was then (before the meeting of the federal Convention) at ease, it did not result from a conviction of being in a happy and easy situation: it must have been an inactive, unaccountable stupor." ibid. III p. 36.

giltig über die Annahme oder Verwerfung der Konstitution zu entscheiden hatten. Die Aussichten der Föderalisten waren daher im höchsten Grade trübe. Es läßt sich in der That nur ein Grund dafür finden, daß sie in den betreffenden Staaten nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse oder doch nach den ersten Debatten nicht sogleich von allem weiteren Kampfe als nutzlos abstanden. Die Natur ihrer Waffen konnte ihnen nicht die Hoffnung einflößen, die entgegenstehende Majorität zu überwältigen. Sie fochten mit der Vernunft und — (den negativen Ergebnissen) — der Erfahrung. Unter gewöhnlichen Verhältnissen sind das freilich die stärksten Waffen, die es gibt. Hier aber war ihnen die Spitze abgebrochen, denn die Partikularisten waren nicht gekommen, um „zu erwägen, zu prüfen und zu urtheilen", sondern um „zu deklamiren und alarmiren[1])". Man wollte sich nicht den Urtheilssprüchen der Vernunft unterwerfen, man wollte nicht aus der Erfahrung lernen, wenn das nur auf Kosten der vollen Souveränetät der Staaten und auf Kosten der Theorien geschehen konnte, denen man sich gewöhnt, den Charakter unantastbarer Dogmen beizulegen.

Diese Behauptung scheint im Widerspruch mit den Thatsachen zu stehen, denn die Konstitution wurde schließlich doch angenommen, obgleich in mehreren Konventen die Partikularisten die Majorität hatten Allein die Frage war den Grenzen des Wollens entrückt: das Muß gab die Entscheidung. Das war es, was den Muth der Föderalisten nie vollständig sinken ließ und endlich eine genügende Anzahl von der partikularistischen Majorität zu ihnen herüberführte. Madison und mehrere andere Mitglieder des Virginia-Konventes sprechen es wiederholt in ihren Briefen aus, daß sie in der Minorität seien, und noch häufiger klagen sie darüber, daß die Majorität nicht überzeugt sein wolle. Und dennoch kehren sie stets wieder zum Angriff zurück, weil sie mit Recht[2]) der Ueberzeugung sind, die Nothwendigkeit werde endlich

---

[1]) Bis zu welcher seichten Abgeschmacktheit man schon damals in den Freiheitsdeklamationen gekommen war, mag ein Beispiel illustriren. In dem Konvent von Massachusetts ließ sich ein gewisser Nason in der folgenden Weise aus: And here, sir, I beg the indulgence of this honorable body to permit me to make a short apostrophe to Liberty. O Liberty! thou greatest good! thou fairest property! with thee I wish to live — with thee I wish to die! Pardon me if I drop a tear on the peril to which she is exposed: I cannot, sir, see the brightest of jewels tarnished — a jewel worth ten thousand worlds; and shall we part with it so soon? O no." Elliot, Deb. II p. 133.

[2]) Elliot, Deb. III p. 399 und passim.

selbst einem Henry das Geständniß abtrotzen, daß irgend eine Aenderung der Bundesverfassung unvermeidlich sei. War man aber erst zu dieser Einsicht gelangt, so stand zu erwarten, daß mindestens Einige auch zu der weiteren Erkenntniß kommen würden, daß im Augenblick gar keine andere Wahl geboten sei, als auf jede Veränderung zu verzichten und die Dinge sich selbst zu überlassen, oder bedingungslos diese Konstitution anzunehmen, wie gut oder wie schlecht sie auch immer sei.

Im Großen und Ganzen erwies sich diese Berechnung der Föderalisten als richtig. Rhode Island weigerte sich freilich einen Konvent zu berufen, und der Konvent von North Carolina ging auseinander, ohne der Konstitution seine Zustimmung gegeben zu haben[1]), obgleich sie bereits von zehn Staaten angenommen worden und mithin die Konföderation aufgelöst war. In Massachusetts, Virginia und New-York aber gaben die angeführten Gründe endlich zu Gunsten der Föderalisten den Ausschlag, obgleich die Wage bis zuletzt geschwankt hatte[2]).

In New-York war der Kampf am härtesten[3]). Zum Glück für

---

[1]) 184 gegen 84 Stimmen. Elliot, Deb. IV p. 251. Die Konstitution wurde erst Ende 1789 von North-Carolina und Mitte 1790 von Rhode-Island angenommen. Als ein interessantes Beispiel dafür, wie weit der Doktrinarismus der amerikanischen Politiker ging, die der Periode vom Missouri Kompromiß bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs angehören, mag hier angeführt werden, daß Brownson (The Amer. Rep. p. 288) folgende Behauptung aufstellt: „Hence if nine States had ratified the constitution, and the other four had stood out, and refused to do it, which was within their competency, they would not have been independent sovereign States, outside of the Union, but Territories under the Union." Die Thatsachen, daß der Beschluß des Konventes die Konstitution ausdrücklich nur für die ratifizirenden Staaten bindend machte, und daß es Niemandem je in den Sinn gekommen ist, North-Carolina und Rhode Island für Territorien anzusehen, bis sie die Konstitution angenommen hatten, sind ihm von keinem Belang. Der Satz scheint ihm eine logische Folge seiner allgemeinen Theorie über das Verhältniß der Staaten zur Union zu sein, und das ist ihm genügend.

[2]) Die Konstitution wurde angenommen in Massachusetts mit 187 gegen 168, in Virginia mit 89 gegen 79 und in New-York mit 30 gegen 27 Stimmen.

[3]) Als Hamilton gefragt wurde, was wohl die voraussichtliche Entscheidung des Konvents sein würde, antwortete er: „God only knows. Several votes have been taken, by which it appears that there are two to one against it (the Constitution)." Nach einer Pause fügte er dann hinzu: „Tell them, the Convention shall never rise, until the Constitution is adopted." J. C. Hamilton, Hist. of the Amer. Rep. III pp. 522, 523. Dieses Werk will allerdings mit sehr großer Vorsicht benutzt sein, allein in dem vorliegenden Falle sind keine inneren Gründe vorhanden, welche gegen die Aechtheit der Anekdote sprächen.

die föderalistische Partei hatte sie aber auch gerade hier ihren bedeutendsten Vorkämpfer: Alexander Hamilton [1]. Doch eine geraume Zeit schien es, als würde die Halsstarrigkeit der Anti-Föderalisten Allem Trotz bieten. Selbst als die Nachricht einlief, daß der neunte Staat — New-Hampshire — die Konstitution ratifizirt habe und somit die Konföderation zu Grabe getragen sei, erklärten Smith und Lansing, daß die Berathungen dadurch in keiner Weise beeinflußt werden dürften [2]. Sie fühlten wohl, daß, in Folge der geographischen Lage des Staates, der Beitritt New-Yorks der Union kaum minder wichtig wäre, als New-York die Zugehörigkeit zur Union. Das machte die Versuchung doppelt groß, den Widerstand bis aufs Aeußerste zu treiben [3]. Das Gebiet der Union war in zwei ungleiche Hälften getheilt, die ohne jeden geographischen Zusammenhang waren, wenn New-York ihr nicht beitrat. Und die weiten, noch fast gänzlich unbesiedelten Hinterlande, die bis an den St. Lorenz und bis an die Küsten des Ontario und Erie Sees reichten, sowie die mächtige Verkehrsader des Hudson flößten dem Staate ein Vertrauen in seine Bedeutung und Kraft ein, das nicht selten mit der einstigen großen Zukunft wie mit einem realen Faktor der Gegenwart rechnete. Zwar scheute man stets vor der Zersplitterung der Union zurück, in wie lauten Rodomontaden man sich auch darüber erging, daß „die Freiheit" um keinen Preis verkauft werden dürfe. Allein man hielt sich ehrlich für verpflichtet, seine eigenen Bedingungen an den Beitritt zu knüpfen, und wähnte lange, daß man nicht nur berechtigt sei, sondern auch die Kraft haben werde, dieselben der Union aufzuzwingen.

Der Gedanke, einen zweiten Generalkonvent zu berufen, war schon von dem Konvent zu Philadelphia und später in allen Staaten vielfach erörtert worden. Doch selbst unter den etwas besonneneren Partikularisten ließ sich keine Propaganda dafür machen, da es zu offen auf der Hand lag, welche Folgen ein derartiger Schritt haben müsse. Waren schon in Philadelphia alle die wichtigeren Bestimmungen der

---

[1] Jefferson, der heftigste Gegner Hamilton's, stellt ihm das folgende Zeugniß aus: „Hamilton is really a Colossus to the Anti-Republican party; without numbers he is a host in himself. In truth when he comes forward there is nobody but yourself (Madison) that can meet him." Van Buren, Political Parties p. 124.

[2] Elliot, Deb. II pp. 324. 325.

[3] Elliot, Deb. II p. 211.

Konstitution von den entgegengesetztesten Gesichtspunkten aus angegriffen worden, so wäre das auf einem Generalkonvent — ebenso wie jetzt in den Konventen der einzelnen Staaten — in noch viel höherem Grade geschehen. Der Wirrwarr wäre weit ärger geworden und das eine niederdrückende Gefühl hätte bald Alles absorbirt, daß dem Konvent eine im eigentlichsten Sinne des Wortes unmögliche Aufgabe gestellt sei, weil die Konstituenten jeder Fraktion die volle Annahme ihrer Ansichten und Grundsätze erwartet oder gar verlangt hätten[1]). Man hätte in der That das Uebel verschlimmert, dem man abhelfen wollte, und vielleicht sogar es dadurch unheilbar gemacht, daß man sich nach und nach daran gewöhnte, es für unheilbar zu halten.

Diese Wahrheiten waren so einleuchtend, daß man den Gedanken eines zweiten Generalkonvents fallen ließ und, wie bereits berührt wurde, ein anderes Auskunftsmittel in Vorschlag brachte. In Virginia hatten sich die Partikularisten bereit erklärt, die Konstitution anzunehmen, wenn vorher gewisse Amendements angenommen würden. Das hatte sehr eingehende Erörterungen hervorgerufen, in denen die Föderalisten unwiderleglich darthaten, daß damit nichts gewonnen wäre, ja, daß die Verwerfung der Konstitution einer Annahme unter solchen Bedingungen vorzuziehen sein würde[2]). In New-York verfiel man auf denselben Gedanken und änderte dann den Vorschlag dahin, daß die Konstitution mit dem Vorbehalt ratifizirt werden solle, wieder aus dem Bunde ausscheiden zu dürfen, falls die übrigen Staaten nicht nachträglich für die vorzuschlagenden Amendements gewonnen werden könnten. Es schien, als wenn dieses das Aeußerste wäre, zu dem sich die Partikularisten verstehen würden. Hamilton's Kräfte waren nahezu erschöpft. In einem Augenblick, da ihn der Kleinmuth übermannte, schrieb er Madison und fragte ihn, ob man nicht am Ende doch auf die harten Bedingungen eingehen solle. Madison antwortete ihm sogleich, daß eine solche Ratifikation nicht New-York wirklich zu einem

---

[1]) Amendements zu der Konstitution wurden vorgeschlagen: von South-Carolina 5, von Massachusetts 9, von New-Hampshire 12, von Virginia 20, von Rhode-Island 21, von North-Carolina 26, von New-York 33, (Madison to Stevenson, Nov. 27th. 1830. Elliot, Deb. IV p. 614). Diese Zahlen zeigen, was für eine Arbeit eines zweiten Generalkonventes gewartet hätte. Siehe auch Wash.'s Writ. IX p. 319.

[2]) Elliot, Deb. III pp. 25, 33, 93, 174, 194, 303, 304, 587, 591, 627—629, 630, 632, 643, 647, 649.

Gliede der Union mache und der Staat daher auf solche Bedingungen hin gar nicht aufgenommen werden könne [1]).

Hamilton raffte sich denn auch wieder auf und kehrte mit dem Entschluß zum Kampf zurück, sich nur mit einem vollständigen Siege zufrieden zu geben. Erkannte er doch auch im Grunde viel klarer als Madison die ganze ungeheure Tragweite einer bedingten Ratifikation. Die Konstitution hätte dadurch den Charakter eines Grundgesetzes verloren, unter das sich die Staaten stellten. Das aber war ja gerade der eine leitende Gedanke der Föderalisten in Philadelphia gewesen, ein bindendes Gesetz zu schaffen. Gab man hierin den Forderungen der Partikularisten nach, so willigte man darein, daß sie die Konstitution zu einem bloßen Protokoll einer von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemachten Uebereinkunft stempelten. Das Zugeständniß involvirte ein Prinzip, aus dem sie zu jeder Zeit das Recht nachweisen konnten, den Pakt wieder aufzulösen, wenn nicht erfüllt ward, was sie späterhin als weitere, stillschweigend gemachte oder aus irgend welchen Umständen oder Bestimmungen zu folgernde Voraussetzungen anzusehen und hinzustellen beliebten. Sie hätten damit das Spiel vollständig gewonnen gehabt. Den Föderalisten blieb mithin gar nichts übrig, als ihnen nur die Wahl zwischen unbedingter Annahme und unbedingter Verwerfung zu lassen. Die Partikularisten mußten zwischen diesem Entweder Oder wählen. Und als dieses Muß unbestreitbar festgestellt war, da fand sich doch so viel Besonnenheit und Patriotismus, daß eine genügende Anzahl die möglichen Uebel der Konstitution dem Ausscheiden aus der Union vorzog, wie sich in den anderen Staaten eine genügende Anzahl gefunden, welche diese möglichen Uebel den gewissen Gefahren eines

---

[1]) „I am sorry that your situation obliges you to listen to propositions of the nature you describe. My opinion is, that a reservation of the right to withdraw, if amendments be not decided upon, under the forms of the Constitution, within a certain time, is a conditional ratification; that it does not make New York a member of the new Union; and consequently, that she could not be received on that plan. Compacts must be reciprocal; this principle would not, in such a case, be preserved. The Constitution requires an adoption in toto and for ever. It has been so adopted by the other States. An adoption for a limited time would be as defective as an adoption of some articles only. In short, any condition whatever must vitiate the ratification . . . . The idea of reserving a right to withdraw was started at Richmond, and considered as a conditional ratification, which was itself abandoned as worse than a rejection." Hamiltons Works I p. 465.

zweiten Generalkonventes oder dem gewissen Verderben einer Fortdauer der alten Konföderation vorgezogen hatte.

Erwägt man die Verhältnisse, welche in den 13 Kolonien obwalteten, und die Beziehungen, in denen sie zu einander standen; verfolgt man die Entwicklung, welche in Folge davon die politischen Verhältnisse und das politische Ideenleben während des Revolutionskrieges und in den folgenden Jahren nahmen: und faßt man dann das Resultat in ein Wort zusammen, so muß man mit Richter Story sagen, daß man sich nicht über die Hartnäckigkeit des Kampfes von 1787 und 1788, sondern darüber wundern muß, daß die Konstitution endlich doch angenommen wurde [1]. Die Erklärung dafür aber liegt einfach und allein darin, daß es „ein Kampf um die Existenz", um die Existenz der Vereinigten Staaten war [2], und daß die Existenz, nach der Auflösung des Konvents zu Philadelphia, nur durch die Annahme der von ihm entworfenen Verfassung gerettet werden konnte [3], wie viel gerechtfertigte Ausstellungen auch immer an ihr zu machen sein mochten.

Die Masse der Amerikaner gefällt sich in ihrer Eitelkeit und Selbstüberschätzung darin, das furchtbare Ringen von 1787 und 1788 zu vergessen, oder es nur als Folie für die „göttliche Inspiration" zu gebrauchen, welche die „Väter" zu Philadelphia erleuchtet und geleitet [4].

---

[1]) Comm. I p. 194.

[2]) Washington schreibt Oberst Lee: „In our endeavors to establish a new general government, the contest, nationally considered, seems not to have been so much for glory, as existence. It was for a long time doubtful whether we were to survive as an independent republic, or decline from our federal dignity into insignificant and wretched fragments of empire." Marshall, Life of Wash. II p. 130.

[3]) „I will only say as a further opinion founded on the maturest deliberation, that there is no alternative, no hope of alteration, no intermediate resting place, between the adoption of this (constitution), and a recurrence to an unqualified state of anarchy, with all its deplorable consequences." Washington, den 7. Februar 1788. Writings IX p. 319.

[4]) Das ist nicht etwa nur eitle Phrase. Es ist eine von den stehenden Formeln, in denen sich die Selbstgefälligkeit und Ueberhebung dieses Volkes ausspricht, das aufrichtig wähnt, sich einer besonderen Berücksichtigung vom Lenker des Weltalls zu erfreuen. Ein Beispiel aus einer zahllosen Menge sei als Illustration angeführt. In der North American Review (1862. I p. 160 ff.), bekanntlich der besten Vierteljahrsschrift der Vereinigten Staaten, heißt es: „Such a government we regard as more than the expression of calm wisdom and lofty patriotism. It has its distinctively providential element. It was God's saving gift to a distracted and imperilled people. It was his creative fiat over a weltering chaos, „Let a nation be born in a day."

In Europa hat man vielfach auf Treu und Glauben diese Auffassung als richtig angenommen und „das einzig in der Geschichte dastehende Ereigniß" gerühmt, daß 13 zu einem lockeren staatenbundlichen Gefüge verbundene Staaten nicht in dem Schwerte den einzigen Hammer gesehen, mit dem die auseinanderbrechende politische Maschine wieder zusammengeschweißt werden könne, sondern friedlich mit einander getagt und sich wirklich auf eine Wandelung des Staatenbundes in einen Bundesstaat von meisterhafter Konstruktion geeinigt haben. In Amerika hat dieses ein unerschöpfliches Thema für Festreden am 4. Juli und in Europa nur zu oft einen Vorwurf für doktrinär-politische Moralvorträge abgegeben, aber mit der Geschichte hat es nichts zu thun. Die geschichtliche Thatsache ist, daß „die Konstitution einem widerstrebenden Volke **durch die zermalmende Nothwendigkeit** abgerungen worden ist[1])."

---

[1]) „.... that the Constitution itself had been extorted from the grinding necessity of a reluctant people." J. Q. Adams, Disc. on the Const. — Es ist mir unverständlich, wie ein so ruhiger Denker und so tüchtiger Forscher wie Jameson (The Constit. Convention p. 34) sagen kann: „.... in 1789 by thirteen (states), with less reluctance (als 1781 bei Bildung der Konföderation gezeigt wurde) — it may almost be said with eagerness — founding the present establishment."

Die Kanonisirung der Verfassung und ihr wahrer Charakter.

„Mr. Cobb sagte jüngst, die Bundesregierung habe sich nicht bewährt. Worin? Nicht bewährt? Wir sind die Bewunderung der gebildeten Welt und die glänzendsten Hoffnungen der Menschheit sind an uns geknüpft .... Nein! noch hat sich diese Regierung[1]) nicht als untauglich erwiesen.“[2]) — In diese Worte faßte Alexander H. Stephens am Vorabend des vierjährigen Bürgerkrieges sein Urtheil über die Verfassung und die politische Geschichte der Union seit dem Jahre 1789 zusammen. Wenige Wochen später nahm er die Wahl zum Vize-Präsidenten der Konföderirten Staaten an und blieb in dieser Stellung bis zur Beendigung des Krieges. Einige Jahre nach der Wiederherstellung der Union hat er ein umfassendes Werk veröffentlicht[3]), das gleichzeitig eine emphatische Wiederholung und weitere Ausführung der obigen Erklärung und eine Rechtfertigung der Rebellion sowie seiner persönlichen Theilnahme an derselben ist.

Nur ein eingehendes Studium der amerikanischen Geschichte kann den Schlüssel zu dem Räthsel geben, wie ein scharfdenkender, geistvoller

---

[1]) Unter „Regierung“ ist hier nicht etwa die derzeitige Administration, sondern das gesammte in der Verfassung niedergelegte und durch sie geschaffene Regierungssystem verstanden.

[2]) Gouverneur Hamilton von South-Carolina, einer der hervorragendsten Urheber der „Nullifikationsbewegung“, sagte nach seiner Wahl zum Präsidenten der Konvention, die im Nov. 1832 die berühmte Nullifikations-Ordinanz erließ: „Our present circumstances are a commentary on the safety and beauty of our constitution. In other countries we should render ourselves obnoxious to the charge of an attempt to disturb and change the very elements of government. Here, all goes on with tranquillity, and with the harmony of the spheres themselves.“ Niles' Register XLIII p. 219.

[3]) A constitutional view of the late war between the States. 2 Bde.

Mann, der sein ganzes Leben über dem Studium politischer Fragen verbracht, mit aller Ehrlichkeit behaupten kann, daß diese Ansicht und diese Handlungsweise vollkommen in Einklang mit einander ständen.

Stephens steht nicht allein da. Bis tief in den Bürgerkrieg hinein ist das ganze amerikanische Volk in dem Irrthum befangen gewesen, der diesem Widerspruch zu Grunde liegt, und voraussichtlich wird es noch geraume Zeit währen, bis man vollständig mit ihm abgethan hat.

Den Föderalisten, denen die Substituirung einer lebensfähigen Konstitution für die Konföderations-Artikel zu danken war, fiel auch die Aufgabe zu, die neue Verfassung in Wirksamkeit zu setzen. Kaum hatten sie dieses so weit zu Wege gebracht, daß das Volk sich der guten Früchte des Wechsels recht lebendig bewußt geworden war, so ging die Regierung in die Hände ihrer Gegner über, die lange Jahre in dem unbestrittenen Besitz derselben blieben. In demselben Grade, in dem sich auf allen Gebieten des praktischen Lebens ein Umschwung der Verhältnisse zum Besseren vollzog, hatten auch die Anti-Föderalisten ihr Kampfverfahren geändert. Mit wachsender Heftigkeit legten sie den Föderalisten zur Last, daß sie zur Erreichung ihrer verderblichen Absichten der Verfassung Gewalt anthäten. Ihre anfänglich so maßlosen Denunziationen der Verfassung selbst wurden dagegen immer seltener und immer leiser. Es währte nicht lange, so klagten sie die Föderalisten direkt hochverrätherischer Anschläge gegen die Konstitution an. Alle die Schreckgestalten hingegen, die sie in den Debatten von 1787 und 1788 heraufbeschworen, waren jetzt verschwunden. Schon vordem sie zur Macht gelangten, hörte man fast nie mehr aus ihrem Munde einen Tadel gegen die Verfassung. Sie wurde zum Feldzeichen in dem mit fanatischer Energie geführten Kampf gegen ihre Urheber erkoren.

Bis in diese frühe Zeit hinab lassen sich die ersten Anfänge zur Kanonisirung der Konstitution verfolgen. Man beginnt damit, sie als die bestmögliche Verfassung für die Vereinigten Staaten anzusehen, und nach und nach hält man sie immer mehr für eine allgemein giltige Musterverfassung. Unter fast ununterbrochenen inneren Kämpfen wird das mit solcher Einstimmigkeit und mit so aufrichtiger Ueberzeugung gepredigt, daß man selbst auf dem europäischen Kontinent Propaganda für den neuen Glauben macht. In den Vereinigten Staaten selbst wird derselbe stetig stärker, obwohl die Parteien nicht nur über die Zweckmäßigkeit gewisser praktischer Maßnahmen differiren, sondern von Anfang an in ihrer Auffassung von den Prinzipien, auf denen die

Konstitution ruht, diametral auseinandergehen. Seit dem Schluß des Jahrhunderts, d. h. von der Zeit ab, da dieser prinzipielle Gegensatz zuerst in einer bestimmten Formel scharf fixirt worden ist, beginnt die Verfassung recht eigentlich die politische Bibel des Volkes zu werden. Das Kind saugte mit der Muttermilch die Ueberzeugung ein, daß es sie dafür anzusehen habe. Das väterliche sic credo, stat fides mea pro ratione war die Bürgschaft für die Richtigkeit der Ueberzeugung. Was nachher aus der Konstitution herausgelesen wurde, war eine Sache für sich. Je wilder der Zungenkampf tobte, desto lauter erscholl auf allen Seiten der Ruf nach der Verfassung, desto nachdrücklicher schwor jeder Mund, um keines Haares Breite von ihr zu weichen. Vier Jahre lang hat sich das Volk im furchtbarsten Bürgerkriege aller Zeiten zerfleischt, und jedes Heerlager ließ sich in gutem Glauben die Konstitution als Panier vorantragen. — Es wird eine Zeit kommen, da man nur schwer verstehen wird, wie auch das unbetheiligte Europa den fünfundsiebenzigjährigen Verfassungskämpfen der Union gegenüber so laut und so allgemein in die kritiklosen Lobpreisungen auf diese Verfassung hat einstimmen können.

Um richtig zu ermessen, welchen Grad diese unbedingte Bewunderung der Verfassung erreicht und wie folgenschwer sie das politische Denken des Volkes beeinflußt hat, muß man dessen eingedenk bleiben, daß sie keineswegs auf die große Masse beschränkt geblieben ist. Die Konstitution hat mehrere gelehrte und geistvolle Kommentatoren gefunden, allein sie haben durchweg ihre Vortrefflichkeit als eine allgemein anerkannte und unbezweifelbare Thatsache angesehen. Was nur das Resultat ihrer Prüfung sein durfte, haben sie zur Voraussetzung ihrer Argumentation gemacht. Diese selbst ist auf die Prüfung der Bedeutung und Tragweite der einzelnen Verfassungsbestimmungen beschränkt geblieben. Viel Scharfsinn ist dabei oft auf den Nachweis verwandt worden, wie die einzelnen Bestimmungen mit einander und mit den besonderen Ideen des Autors von der eigenthümlichen Natur und Aufgabe der Bundesregierung in Einklang gebracht werden können. An namhaften Versuchen, das Einzelne als Theil des Ganzen zu betrachten und das Ganze im Lichte der Geschichte einer kritisch begründeten objektiven Prüfung zu unterwerfen, fehlt es bisher noch vollständig. Hier und da werden die bedeutendsten Kommentatoren, namentlich Story, auf Schlüsse hingedrängt, von denen aus nur noch ein Schritt zu einer solchen Behandlungsweise ist. Aber nie verfolgen

sie ihren Gedankengang so weit. Sie brechen stets bei der entscheidenden Wendung ab und gehen zur nächsten Frage über[1]).

Es ist hier nicht der Ort, eingehend den Ursachen nachzuforschen, die alle Schichten des Volkes zu einer Verehrung der Konstitution führten, welche gleichzeitig den Charakter einer sehr segensreich wirkenden wahren Hochachtung und den einer höchst verderblichen Götzendienerei trug, die in dem Götzen sich selbst anbetete. Nur auf zwei Momente, die sehr erheblich dazu beigetragen haben, muß an dieser Stelle hingewiesen werden, weil sie zum vollen Verständniß des Folgenden nothwendig erscheinen.

Die Entstehung der Verfassung und die ersten Jahre, in denen sie dem Volke durch eine tiefgreifende Umwandelung der unseligen Verhältnisse nach dem Kriege werth wurde, fielen in die Zeit der Prinzipienerfindungen. Das politische Raisonnement der den Ton angebenden Schule ging von dem einzelnen Individuum aus und behandelte dasselbe wie eine nach unabhängigen, ihr von Natur innewohnenden Gesetzen

---

[1]) Noch viel weniger hat die auffallend geringe Anzahl europäischer Schriftsteller über die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht geleistet. Sie bescheiden sich meist, in mehr oder minder geistvoller Weise die Preiswürdigkeit der einzelnen Verfassungsbestimmungen in allgemeinem Raisonnement darzuthun.

Auch Tocqueville's vielgepriesenes Werk trägt diesen Charakter, so weit es eine Besprechung der Verfassung ist. Und durch das Ganze geht ein Zug des Doktrinarismus und der Vagheit, der etwas ungemein Verführerisches für alle oberflächlichen Beurtheiler hat. Das ganze Werk liefert den Beweis, daß Tocqueville niemals die amerikanische Geschichte eingehend studirt hat, und darum trägt es ein so durchaus verschiedenes Gepräge von seinen meisterhaften Schriften über die französische Geschichte. In jedem Kapitel tritt es deutlich hervor, daß er wesentlich auf dem basirte, was er während seines verhältnißmäßig kurzen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten sah oder zu sehen glaubte, und besonders auf dem, was ihm die Amerikaner sagten. Seine hohe Begabung hat ihn freilich nichtsdestoweniger manchen tiefen Blick in die amerikanischen Verhältnisse und in den Geist des Volkes thun lassen. Allein die Geschichte hat bewiesen, daß viele der wesentlichsten Punkte ihm vollkommen entgangen sind, und in anderen sein Urtheil höchst verkehrt lag. Sein Werk will daher mit großer Vorsicht benutzt werden. — Daß die Amerikaner voll Lobes über das Buch sind, fällt nicht ins Gewicht. Es ist so geistvoll geschrieben und die Summe seiner Urtheile ergibt ein so günstiges Resultat daß es die Amerikaner bestechen muß, so lange sie so wenig Objektivität in der Beurtheilung ihrer selbst haben. Auch unter ihnen werden aber schon ab und an andere Urtheile laut. So sagt The Nation, ein ganz vortrefflich redigirtes Wochenblatt, in einem Artikel über Franz Lieber (17. Okt. 1872 p. 251): „He could not, and would not if he could, write a brilliant, superficial (!), and attractive work like De Tocqueville's „Democracy in America."

im Weltraum schwimmende Monade und nicht als Glied einer gegebenen Gesellschaft, in die es hineingeboren worden. Die Folge davon war, daß gewisse aus diesem Raisonnement resultirende Prinzipien für die wirklichen Zustände als Grundlage für die angestrebten sozialen und wirthschaftlichen Verhältnisse substituirt wurden. Da man die Prinzipien in der menschlichen Natur begründet gefunden hatte, so mußte man sie auch für unwandelbar, in allen Zeiten und für alle Völker giltig erklären. Dadurch wurde einerseits auf den Umsturz alles Bestehenden hingedrängt, denn alle mit diesen Prinzipien nicht in Einklang stehenden Rechtstitel waren Betrug und Usurpation, und die Geltendmachung von Zweckmäßigkeitsgründen mußte als schwächlicher und verdammlicher Handel mit dem vieltausendjährigen Unrecht denunzirt werden. Andererseits wurde aber auch dadurch Stagnation für den naturgemäßen Zustand aller sozialen und politischen Ordnung erklärt. Sollen die Prinzipien unwandelbar, d. h. der Läuterung und Fortbildung unfähig sein, so kann überhaupt keine Entwickelung Statt finden, denn Prinzipien sind nur die in die einfachsten Formeln gebrachte Quintessenz der gesammten geistigen und sittlichen Erkenntniß eines Volkes, resp. einer Zeit.

Wir haben gesehen, daß auch in Amerika bereits beim Ausbruch der Revolution der Boden für die Politik nach absoluten Prinzipien präparirt war. Die französische Revolution ließ hier die Saat so rasch und üppig aufkeimen, wie in keinem andern Staate der westlichen Kulturwelt. Man spielte jetzt mit Systemen wie früher mit Fußbällen, meinte Chauncey Goodrich.[1]) Von dem Verlangen, die neu erfundenen Prinzipien mit allen ihren praktischen Konsequenzen sogleich durchzuführen — so weit sich ein solches Verlangen überhaupt in den Vereinigten Staaten bemerkbar gemacht hatte — kam man bald in vielen Hinsichten zurück. Um so allgemeiner und um so fester wurzelten sie sich aber in der Gestalt von theoretischen Wahrheiten ein. Sie wurden in dem Volksbewußtsein zu dem Credo, zu dem sich jeder freiheitliebende Mann und namentlich jeder Republikaner selbstredend bekennen müsse. Daher war es auch selbstverständlich, daß die „Väter" ihre Vorkämpfer oder gar ihre Entdecker gewesen sein mußten. Daß in Wahrheit ein großer Theil der Begründer der Republik theils durch die eigenen Erfahrungen und theils durch die Ausschreitungen der französischen Revolution zur Erkenntniß der trügerischen und gefährlichen

[1]) Gibbs' Wolcott's Memoirs I p. 130.

Vagheit dieser politischen Dogmen gelangt war, hatte hinsichtlich jener aprioristischen Ueberzeugung der Masse des Volkes keine Bedeutung. Selbst die kleine Minorität der besser Unterrichteten hat sich meist von ihr nicht vollständig frei machen können.

Man blieb jedoch dabei nicht stehen. Je weiter der Revolutionskrieg und das Ringen nach lebensfähiger Gestaltung der Union in die Vergangenheit zurücksanken und je mehr sich die Reihen der hervorragenden Streiter in dem äußeren und inneren Kampf um staatliche Existenz lichteten, in desto blendenderem Schlaglicht sah das Volk diese ganze Zeit und ihre Repräsentanten. Wie viele und wie große Ausstellungen auch theils nüchterne Kritik und theils blinder Parteigeist an allen den einzelnen Persönlichkeiten — nur Washington bis auf einen gewissen Grad ausgenommen — machen ließen, die „Väter" in ihrer Gesammtheit wurden als ein einzig in der Geschichte dastehendes Phänomen an Reinheit der Gesinnungen und politischer Weisheit betrachtet. In der Verfassung aber hatten sie die ganze Summe ihres politischen Denkens und ihrer politischen Erfahrungen niedergelegt. Sie war somit die Gipfelung der angeblich phänomenalen Erscheinung der Sturm- und Drangperiode der jungen Republik, und als ihre tiefste Basis mußten jene absoluten politischen Prinzipien angesehen werden. — Beides wirkte zusammen, der Konstitution in dem Volksbewußtsein nach und nach immer schärfer den Stempel der Vollkommenheit aufzuprägen.[1])

Dem zweiten Moment, das wesentlich dazu beigetragen, die Verfassung in ihrer Totalität über alle Kritik hinauszuheben, liegen tiefere Ursachen zu Grunde und seine Wirkungen sind weitergreifend und länger andauernd gewesen.

Schon beim flüchtigen Durchblättern der Debatten des Kongresses muß man eines sehr bedeutsamen Umstandes gewahr werden, dem man in der Geschichte keines andern Verfassungsstaates begegnet. Bis zum Jahre 1861 sind wenige wichtige Gesetzesanträge von allgemeinem Charakter zur Verhandlung gekommen, welche die Minorität nicht als verfassungswidrig angegriffen hat. Ihre Argumentation ist fast nie auf den Werth oder den Unwerth der Sache an sich beschränkt. Die Opposition geht selbst in außerordentlich vielen Fällen von der Frage der Verfassungsmäßigkeit aus. Die Zweckmäßigkeitsbedenken kommen

---

[1]) Pomeroy, (An Introduction to the Constitutional Law of the United States p. 102) schreibt noch 1870: „Our fathers, by an almost divine prescience, struck the golden mean."

dann erst in zweiter Linie und erscheinen der Form nach nur als Verstärkungen jenes ersten entscheidenden Einwandes.

Es braucht hier nicht untersucht zu werden, wie aufrichtig diese chronischen Verfassungsskrupel der jedesmaligen Minorität gefühlt waren. Es genügt, die Thatsache festzustellen, daß über 70 Jahre lang alle Parteien diese Taktik befolgt haben, wenn sie sich in der Opposition befanden.[1]) Die Tragweite sämmtlicher allgemeinen Bestimmungen der Verfassung und selbst vieler einzelnen Worte derselben wurde daher im Laufe der Zeit auf's Verschiedenste bestimmt. Es gab in jedem Kongreß eine Anzahl von Leuten, die so aufmerksam beobachteten, daß ihnen diese Thatsache nicht entgehen konnte. Aber sie verfolgen die Ursachen des Phänomens nicht bis zu der Frage, ob sie nicht wenigstens zum Theil in einem prinzipiellen Fehler der Verfassung zu suchen seien. Das hätte nicht der Fall sein können, wenn ihr Denken nicht gerade in Bezug auf diese Frage unter einem starken Druck gelegen hätte.

Mit der fortschreitenden Demokratisirung hörten die politisch hervorragenden Männer immer mehr auf, die politischen Führer des Volkes zu sein. Scheinbar behaupteten sie natürlich diese Stellung, aber in Wahrheit trieben sie mit dem Strom und waren nur darauf bedacht, an der Spitze zu schwimmen. Wirklich unabhängig denkende und handelnde Männer wurden eine immer seltenere Erscheinung im Kongreß wie unter den Politikern außerhalb desselben.[2]) Die Idee der Repräsentation verlor ihren ursprünglichen und allein gerechtfertigten Charakter und wurde dahin verkehrt, daß die Repräsentanten die Mundstücke ihrer unmittelbaren Konstituenten sein müßten.[3]) In den Ein-

---

[1]) In einem Artikel der Nation vom 7. Nov. 1872 (No. 384 p. 300) heißt es: „In spite of its supposed (!) precision and its subjection to judicial construction, our Constitution has always been indirectly made to serve the turn of that sort of legislation which its friends call progressive and its enemies call revolutionary, quite as effectively as though Congress had the omnipotence of Parliament. The theory of latent powers to carry out those granted has been found elastic enough to satisfy almost any party demands in time of peace, to say nothing of its enormous extensions in time of war.“ Seit der Beendigung des Bürgerkrieges begegnet man öfter dergleichen Zugeständnissen, erfreulichen Anzeichen einer fortschreitenden Klärung des Urtheils der denkenden Leute.

[2]) Hamilton schreibt King schon 5. Januar 1800: „In the two houses of Congress we have a decided majority. But the dread of unpopularity is likely to paralyze it. Ham.'s Works VI p. 416.

[3]) Schon in der Debatte vom November 1791 über die Fixirung des Repräsentationsverhältnisses trat diese Tendenz sehr deutlich zu Tage. Siehe namentlich die

zelheiten mußte ihnen zureichender Spielraum gelassen werden, aber die unreifen politischen Vorstellungen, die vorgefaßten Meinungen, die vagen Instinkte, die willkürlichen Sympathien und Antipathien der Majorität ihrer Konstituenten wurden das Grundgerüste ihrer Arbeit. Schon seit den ersten Jahren der Administration Washington's war der Satz vox populi, vox dei von dem Jefferson'schen Anhange als eine unter allen Umständen stichhaltige theoretische Wahrheit gepredigt worden. Nach und nach wurde er denn auch immer mehr zur thatsächlichen Richtschnur der Politiker, bis es endlich nicht nur für Thorheit, sondern meist geradezu für eine Versündigung gegen den Geist republikanischer Institutionen angesehen wurde, auch dann noch die eigene abweichende Ansicht zu verfechten, wenn sich die vox populi mit einer gewissen Entschiedenheit hatte vernehmen lassen. Idealistischer Doktrinarismus und Demagogie hatten das Werk begonnen, die sittliche Feigheit und der kleinliche Eigennutz der Politiker führten es fort, und es endigte damit, daß es auch den sittlich Starken und den unabhängigen Denkern immer seltener in den Sinn kam, auch an Fragen der oben erwähnten Art mit skeptischem Geiste heranzutreten, oder vielmehr sie überhaupt als Fragen zu betrachten. In gleichem Schritt mit der Demokratie entwickelte sich die Tendenz zur Bildung politischer Dogmen.

An der Spitze aller dieser Dogmen — von den „natürlichen Rechten" und der mit diesen in Verbindung stehenden Lehre von dem Gesellschaftsvertrage zum Theil abgesehen — stand die Mustergiltigkeit der Verfassung. Nur Wenige, wie der bis zur Affektation unabhängige Macon von North Carolina, wagten es noch bis zu einem gewissen Grade den Ton beizubehalten, in dem sie 1787 und 1788 gesprochen hatten.[1]) Die Opposition der Anti-Föderalisten kleidete sich nun, wie schon bemerkt wurde, in die Prätension, ein Kampf für die Verfassung zu sein.[2]) Die Erfahrung lehrte dabei die Führer bald, daß sie bei dieser

---

Rede von Page von Virginia. Benton's, Abridgem. of the Deb. of Congr. I p. 325. Das Gleiche gilt von der Debatte über die Uebernahme der von den Staaten während des Revolutionskrieges kontrahirten Schulden durch die Union. l, c. I passim.

[1]) Fisher Ames schreibt schon den 2. Sept. 1795 an Wolcott: „Some opinions are general and well established; admiration of our Constitution and government" etc. Gibbs', Mem. of Wolc. I p. 229.

[2]) Die Virginia- und Kentucky-Beschlüsse waren die erste offizielle Deklaration der Prinzipien, auf denen die Lehre von den Staatenrechten aufgebaut wurde. In den Virginia-Beschlüssen heißt es: „Resolved, That the General Assembly of

Taktik auf eine viel bereitwilligere und energischere Unterstützung der Massen rechnen dürften.

Als die Opposition einmal diesen Ton angeschlagen hatte, konnten die Föderalisten schwer umhin, in denselben einzustimmen. Ursprünglich hatten sie theils den Standpunkt Hamiltons eingenommen, der in der Verfassung das Beste sah, was sich unter den obwaltenden Verhältnissen erreichen ließ, theils hatten sie sich mit dem Gedanken zufrieden gegeben, daß sie jedenfalls von den wesentlichsten Mängeln der Konföderations-Artikel frei sei. Von einer unbedingten Bewunderung waren sie sehr weit entfernt gewesen. Ihr ganzer Kampf um die Ratifikation trug den Charakter der Vertheidigung gegen ungerechte Angriffe. Direktes Lob wurde der Konstitution verhältnißmäßig wenig gespendet, und wo es geschah, war es meist in der Form eines Vergleiches mit den Konföderations-Artikeln.[1]) Nur mit Widerstreben ließen sich die Föderalisten aus dieser reservirten Haltung herausdrängen. Allein vollständig konnten sie dem Druck nicht widerstehen. Ihre Anhänger in der Masse des Volkes hätten das Räthsel nicht verstanden, wie sie in kritischer Kühle gegen die vorwiegend von ihnen entworfene und lediglich in Folge ihrer Anstrengungen angenommene Verfassung verharren konnten, während die Anti-Föderalisten ihr einen Schrein im Hauptaltare des Tempels der Freiheit einzuräumen begannen.

Ein solches Räthsel war damals und wäre noch heute in den Vereinigten Staaten von viel größerer praktischer Bedeutung als z. B. in England oder namentlich in Deutschland, weil in gewissen Hinsichten das politische Denken der Amerikaner viel oberflächlicher und unreifer ist. In konkreten politischen Fragen sind die Amerikaner im Durchschnitt urtheilsfähiger als irgend ein anderes Volk des europäischen Kontinents.[2]) Die politischen Institutionen, die sozialen und nament-

---

Virginia doth unequivocally express a firm resolution to maintain and defend the Constitution of the United States.“ Und später: „That the good people of this commonwealth, having ever felt, and continuing to feel .... the most scrupulous fidelity to that Constitution, which is the pledge of mutual friendship, and the instrument of mutual happiness.“ Aehnlich erklären die Kentucky-Resolutionen, der Staat „is sincerely anxious for its (der Konstitution) preservation.“

[1]) Wash.'s Writ. IX. pp. 318, 319.

[2]) Von der Masse der Bevölkerung der südlichen Staaten ist dabei abgesehen. Die Sklaverei hat in dieser wie in allen andern Hinsichten abnorme Verhältnisse herangebildet. — Auch die Adoptivbürger sind natürlich nicht in Betracht gezogen obgleich sich die höheren Schichten derselben in dieser Beziehung den geborenen Amerikanern sehr schnell assimiliren.

lich die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes erziehen sie von der Wiege ab dazu, in Fragen, welche reale Interessen involviren, selbstständig zu denken und die ganze Energie ihres Geistes zu ihrer Lösung aufzubieten. Allein in dem aufreibenden Kampfe des täglichen Lebens treten auch beständig neue derartige Aufgaben an sie heran, an denen sich ihre geistige Kraft nahezu erschöpft. Die Energie des Geistes ist nicht mehr groß genug, um das Denken über politischen Problemen eines allgemeinen Charakters zu vertiefen. Der Hang zum Generalisiren ist stark, aber die Beobachtungsreihen sind weder verschiedenartig, noch lang, noch zuverlässig genug, um Induktionsschlüsse von wirklichem Werthe zu gestatten. Halbwahre und verschwommene Ideen werden in Folge dessen zu unantastbaren Prinzipien erhoben. Bei jeder Gelegenheit fällt man auf diese zurück, so daß sie sich schnell zu souveränen Phrasen abflachen. Und je mehr sie diesen Charakter annehmen, desto fester wurzelt sich die Ueberzeugung ein, daß sie die Leitsterne sind, nach denen das Staatsschiff gesteuert werden müsse. Je weiter die Demokratisirung anfänglich in der Theorie und später in der Praxis getrieben wurde, desto mehr verkehrte sich in dem Bewußtsein der Massen die Lehre von der Gleichheit Aller in den Glauben von der gleichen Kompetenz Aller, über politische Fragen jeder Art zu entscheiden. Das Prinzip der bloßen Zahl gewann dem Wägen stetig weiteren Boden ab.

Die politische Philosophie der Massen aber war in jenen vagen Maximen begriffen. An ihnen hielten sie mit der ganzen selbstgefälligen Störrigkeit der unteren und größten Schichten des Nährstandes. In Nichts waren sie empfindlicher. Wer um ihre Gunst warb, konnte an diese Idole nicht rühren und selbst kaum sie ungestraft bei Seite liegen lassen. Die Führer hatten dem großen Haufen die Götzen gesetzt, und der große Haufe zwang die Führer niederzufallen und anzubeten. — In keiner Staatsform sind die Gefahren für die Aufrichtung politischer Götzen so groß wie in der demokratischen Republik, und sind sie aufgerichtet, dann ist es die politische Sünde wider den heiligen Geist, Hand an sie zu legen.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten liefert den stärksten und vielseitigsten Beweis für beide Behauptungen. Nicht nur die Kämpfe von 1787 und 1788, sondern auch die Umstände, unter denen die Verfassung zu Stande kam, hätten alles Andere eher vermuthen lassen sollen, als daß gerade die Konstitution zum obersten Götzen erkoren werden würde. Ihr glänzendes Abstechen gegen die Konföderations-

Artikel ist allein keine genügende Erklärung dafür, auch wenn man das übertriebene Maß, in dem die Amerikaner ihr das ungeheure wirthschaftliche Aufblühen des Landes zuzuschreiben pflegen, als richtig anerkennen wollte.[1])

Die landläufige Ansicht läßt das Werk des Konventes zu Philadelphia zum Theil in vollständig falschem Lichte erscheinen, aber die Schwierigkeiten, die er zu überwinden hatte, waren so bedeutend, daß sie kaum haben übertrieben werden können. Der Widerstreit zwischen den Ansichten und den vermeintlichen und wirklichen Interessen war zu groß, als daß eine den Theorien der Zeit entsprechende Formel hätte gefunden werden können, in der auch nur eine scheinbare Versöhnung gegeben gewesen wäre. Andererseits aber war eine Versöhnung für alle Theile eine Lebensfrage. Man mußte daher wohl oder übel auf Schritt und Tritt gegenseitig Opfer bringen, und zwar nicht nur in den Prinzipien, sondern auch in den Theorien, d. h. man mußte auf beiden Seiten durch prinzipielle Zugeständnisse dem Ideale untreu werden. Die schließliche Frucht konnte mithin unmöglich ein harmonisches, in sich vollendetes Ganze sein. Alles, was sich erzielen ließ, war eine mehr oder minder fest zusammenhängende Kette von Vereinbarungen, deren Gesammtresultat die Verhinderung einer Auflösung der Union und die Schöpfung einer Bundesgewalt war, welche insoweit den Charakter einer B u n d e s r e g i e r u n g trug, daß die M ö g l i c h k e i t eines innigeren Ineinanderwachsens der Bundesglieder gewonnen war.[2])

Mit einer Musterverfassung — so weit überhaupt von einer solchen die Rede sein kann — wäre den Vereinigten Staaten auch sehr schlecht

[1]) „It is to be feared we have grown giddy with good fortune; attributing the greatness of our prosperity to our wisdom, rather than to a course of events, and a guidance over which we had no influence.“ Quincy, den 19. April 1808 im Repräsentantenhause. Deb. of Congr. III p. 700.

[2]) Die Urheber der Konstitution waren sich auch im Augenblick der Vollendung ihres Werkes dessen bewußt, daß sie nicht mehr erreicht hätten. In ihrem Schreiben an den Kongreß, mit dem sie die Konstitution begleiteten, heißt es: „In all our deliberations on this subject, we kept steadily in our view that which appeared to us the greatest interest of every true American, — in which is involved our prosperity, felicity, safety, p e r h a p s o u r n a t i o n a l e x i s t e n c e. This important consideration, seriously and deeply impressed on our minds, lead each state, in the Convention, to be less rigid, in points of inferior magnitude (?!), than might have been otherwise expected. And thus the Constitution which we now present is the result of amity, and of that mutual deference and concession which the peculiarity of our political situation rendered indispensable.“ Elliot, Deb. I p. 305.

gedient gewesen. Zunächst wäre sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ratifizirt worden. Wenn sie aber angenommen worden wäre, so hätte sie sicher nur sehr kurze Zeit Bestand gehabt, weil sie in keiner Hinsicht den thatsächlichen Verhältnissen entsprochen hätte.

Die Verfassung mußte höchst elastischer Natur sein. Je nach dem Bedürfniß des Augenblicks mußte ihr Wortlaut große Ausdehnung und energisches Zusammenziehen gestatten. Ein spröderes Band wäre unfehlbar gerissen. Das ist eine Frage, die nicht der Spekulation unterworfen ist; die ganze Geschichte von 1789 bis 1861 liefert den Beweis dafür.

Fast mit dem Tage, da die neue Ordnung der Dinge ins Leben trat, entbrannte auch wiederum der Kampf zwischen den entgegenstehenden Richtungen, und bereits vor dem Schluß des Jahrhundertes erreichte er einen Grad der Heftigkeit, der Befürchtungen der ernstesten Art wachrief. Der Gedanke an die Auflösung der Union war beiden Parteien geläufig. Ihrer ganzen politischen Tendenz gemäß ließen sich die Anti-Föderalisten viel leichter und weit häufiger dazu treiben, solche extremste Schritte in's Auge zu fassen. Allein auch in den Spekulationen der Föderalisten über die Zukunft bilden sie ein Moment, das eben so selbstverständlich wie andere Eventualitäten in Erwägung gezogen wird. Oft waren es freilich nur eitele Drohungen, mit denen die Minorität einen Druck auf die Majorität auszuüben suchte. Die später immer allgemeiner werdende Auffassung, daß es in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der Republik mit den Trennungsgedanken überhaupt nicht ernstlich gemeint war, ist aber eine tendenziöse Entstellung der geschichtlichen Wahrheit. Bis in den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts hinein war die Auflösung der Union ein stehender Faktor in der politischen Spekulation und vorher und nachher hielt man es in erregten Augenblicken hüben und drüben wiederholt für möglich und selbst für wahrscheinlich, daß man zu diesem Radikalmittel werde greifen müssen.

Hätte der Buchstabe der Verfassung nicht allen Parteien gestattet, bis hart an die Grenze zu gehen, hinter der die thatsächliche Zerreißung des Bundes lag, ohne sich selbst eines Verfassungsbruches schuldig zu fühlen, so wäre vermuthlich lange vor 1861 ein ernstlicher dahin abzielender Versuch gemacht worden. Dank diesem Umstande war die Gefahr verderblicher Uebereilung bedeutend verringert. Die Leidenschaften gewannen Zeit sich auszutoben, und mit jedem weiteren Tage Verzug wuchs die Wahrscheinlichkeit, daß das Uebergewicht der

gemeinschaftlichen über die divergirenden Interessen wieder zum Bewußtsein kommen würde. Bei dem geringsten Nachgeben von der Gegenpartei war die Möglichkeit geboten, gleichfalls einzulenken, ehe der entscheidende Schritt gethan. Inzwischen assimilirten sich wenigstens in gewissen Hinsichten die „Vorurtheile und Sitten", deren große Verschiedenheit Nathan Strong noch 1790 als das größte Hinderniß einer vernünftigen Regelung der nationalen Angelegenheiten bezeichnete.[1] Handel und Wandel sowie Gewohnheit knüpften Tag für Tag neue materielle, geistige und sittliche Bande, so daß der Bruch immer schwerer ward.

Gleichzeitig verschärften sich freilich auch von Anfang an die realen und unvermittelbaren Gegensätze. Aber die Konstitution bot dem Wortgezänk einen so weiten Spielraum und dieser Spielraum wurde so gründlich ausgenutzt, daß in den rasch und innig mit einander verwachsenden nördlichen Staaten bereits in den dreißiger Jahren der irrige Glaube sich festzusetzen begann, daß es beim bloßen Zungenkampf sein Bewenden haben werde. Dem verderblichen Wahn lag jedoch zum Theil ein richtiger Instinkt zu Grunde. Während die „Ununterdrückbarkeit" des Streites mit jedem Jahre unverkennbarer zu Tage trat, erschloß sich auch in demselben Maße der vieldeutige Charakter der Konstitution mehr und mehr. Der Plan wurde stetig weiter und einladender zu einem Wortturnier, und die außerordentliche Dehnbarkeit der Schranken zögerte den Augenblick des Bruches lange genug hinaus. In der bevölkerteren, reicheren und geistig und sittlich entwickelteren Hälfte der Union konnte sich eine solche Solidarität der Interessen herausbilden und das Volk zu einer so lebendigen Erkenntniß dieser Solidarität der Interessen gelangen, daß es die Kraft hatte, die eine große Streitfrage über die Natur des Bundes, auf die aus dem Wortlaut der Verfassung nie eine unbezweifelbare Antwort gefunden war und nie gefunden werden konnte, durch das Schwert endgiltig im Sinne der fortschreitenden Kultur und dem Besten des gesammten Landes gemäß zu entscheiden.

Diese Behauptungen weichen zum großen Theil weit von der üblichen Auffassung ab, aber sie müssen der historischen Wahrheit entsprechen, denn nur dann ist die politische Geschichte der Vereinigten Staaten vernünftig und erklärbar.

---

[1]) Gibb's, Mem. of Wolcott I p. 40.

Die Frage der Nullifikation und Sezession ist nicht erst von Calhoun und seinen Schülern geschaffen worden; sie ist so alt als die Konstitution selbst und sie ist stets eine lebendige, wenngleich nicht immer eine brennende gewesen: ihre Wurzeln lagen in den gegebenen thatsächlichen Verhältnissen und die Konstitution war der lebendige Ausdruck dieser gegebenen thatsächlichen Verhältnisse.



Die inneren Kämpfe während der beiden Administrationen Washington's. Alexander Hamilton. Die erste Debatte über die Sklavenfrage. Einwirkungen der französischen Revolution. Konsolidirung der Parteien mit allmählicher Verschärfung der geographischen Scheidung.

Die Konstitution war 1789 in Kraft getreten und schon 1790 erschienen die konsolidirenden Tendenzen der strafferen Bundesregierung als ein so lästiger und gefährlicher Druck, daß die Anti-Föderalisten heftig an den ungewohnten Banden zu zerren begannen und thatsächlich wieder auf die alte lose Wirthschaft der Konföderation hinzutreiben suchten. Je mehr sich die Maßnahmen der Administration und der Majorität des Kongresses als Theile eines mit wahrhaft staatsmännischem Geiste geplanten Systemes offenbarten, desto fester organisirte sich die Opposition und desto mehr nahm ihr Widerstand einen prinzipiellen Charakter an.

Die Föderalisten waren dessen nicht gewärtig gewesen, obwohl sie nach den Kämpfen, welche die Ratifikation der Verfassung gekostet hatte, darauf hätten gefaßt sein müssen.

Washington gab sich der Illusion hin, daß sich ein einträchtiges Zusammenwirken aller Kräfte erzielen lassen würde; man müsse nur die Opposition überzeugen, daß man ehrlich und lediglich das Beste des Landes im Auge habe und ihr volle Gerechtigkeit angedeihen lassen wolle. Diese Illusion veranlaßte ihn zu einem Schritt, der anfänglich weise und von guten Folgen begleitet zu sein schien, im Laufe der Zeit aber viel dazu beitrug, die inneren Kämpfe während seiner Administration zu verschärfen.

Die Konstruktion des Bundes hatte eine so radikale Umgestaltung erfahren, daß sich keine organisirten Parteien gegenüberstanden, als die

neue Ordnung der Dinge in's Leben trat. Die Bildung der künftigen Parteien mußte selbstverständlich auf denselben Fragen vor sich gehen, die in dem Kampfe um die Konstitution als die prinzipiellen Differenzen zwischen ihren Vertheidigern und ihren Gegnern anzusehen sind. Durch die Annahme der Verfassung war aber der theoretische Streit für den Augenblick zu einem thatsächlichen Austrag gekommen und bis er in der praktischen Politik eine ganz fixirte konkrete Gestalt gewonnen, mußte einige Zeit vergehen. Vorerst gab es im Kongresse und im Volke nur divergirende politische Tendenzen. Wie, wann und wie scharf dieselben sich zu Gegensätzen abklären und in Parteien konsolidiren würden, mußte von Umständen abhängen.

Washington's Bestreben ging dahin, nicht nur selbst die Nation als einzige Partei zu kennen, sondern auch überall, wo er einen legitimen Einfluß ausüben konnte, der gleichen Gesinnung die Herrschaft über die beginnenden Regungen des Parteigeistes zu sichern. Ob und in welchem Grade er bei der Wahl seiner Kabinetsmitglieder von diesem Wunsche geleitet worden ist, läßt sich nicht bestimmen. Jefferson war in Paris gewesen, als die Frage über die Annahme oder Verwerfung der Verfassung schwebte, und wenn er auch einige Bedenken gegen dieselbe geäußert hatte, so nahm er bei seinem Eintritt in das Kabinet als Staatssekretär doch keine klar definirte Stellung ein. So viel aber unterlag keinem Zweifel, daß er weit mehr zu den Ansichten der Gegner der Verfassung als zu den Ansichten Hamilton's hinneigte, dem das Sekretariat der Finanzen übertragen worden war. Wenn daher auch nicht behauptet werden kann, daß Washington die beiden bedeutsamsten Stellen in seinem Kabinet absichtlich politischen Antipoden anvertraute, so hat er sich doch aller Wahrscheinlichkeit nach von Anfang an gesagt, daß sie nicht Fürsprecher derselben Politik sein würden, wenn die divergirenden Tendenzen sich zu bestimmten Parteiprogrammen zu entwickeln begannen. Daß ihm dieses nicht ein Grund gegen, sondern vielmehr für ihre Wahl war, geht aus seinen fast ängstlichen Bemühungen hervor, den Zerfall des Kabinets zu verhindern, als die Parteibildung sich vollzogen hatte und die beiden Sekretäre politische Antipoden geworden waren. Das Resultat dieser Bemühungen war nur der Beweis, daß die Hoffnung, mit der er die Präsidentschaft angetreten, ein idealistischer Traum gewesen. In einzelnen bestimmten Fällen konnte Washington wohl einen Vergleich zu Wege bringen, aber eine Versöhnung der Gegensätze durch seine eigene Parteilosigkeit lag ebenso wie die Verhinderung der Parteiungen außer dem Bereich der

Möglichkeit. Washington war in außerordentlichem Maße für eine Vermittlerrolle befähigt. Es ist erstaunlich, daß er das heterogene Kabinet so lange zusammenhalten konnte. Allein auch er vermochte es eben doch nur für eine Weile äußerlich zusammenzuhalten. Er selbst wurde sogar immer mehr von seiner Stellung über den Parteien abgedrängt. In einem Volksstaate kann die Exekutive nicht auf die Dauer systematisch und prinzipiell eine vermittelnde Haltung beobachten, wenn in dem Volke selbst keine Vermittelungspartei existirt. Washington überzeugte sich von der Nothwendigkeit, eine systematische Politik zu verfolgen und die Häupter seines Rathes waren auch die Hauptvertreter verschiedener Systeme, deren Gegensatz durch die Ereignisse mit jedem Tage weiter und schroffer wurde. Die Anti-Föderalisten wurden die erklärten Gegner der innern und äußern Politik des Präsidenten und Jefferson war ihr anerkannter Führer. Die Vermittelungsversuche hatten nur die formelle Deklarirung des Kampfes, der thatsächlich seit 1791 zwischen den beiden Sekretären so offen wie im Kongreß geführt wurde, auf einige Zeit hinausschieben können. Der Preis war das Knicken des Stabes nicht werth, der die nächste und eine absolut verlässige Stütze jedes Präsidenten sein muß.

Die Anti-Föderalisten ließen die Administration keinen Augenblick darüber in Zweifel, daß sie an der Maxime festhielten, welche Mißtrauen gegen die Regierung für den Eckstein des Fundamentes der Freiheit erklärt. Wo sich der geringste positive Anhaltspunkt für das Mißtrauen zu bieten schien, da ergingen sie sich mit derselben Befriedigung, wie in dem Kampfe gegen die Ratifikation der Verfassung, in den düsteren Bildern, die ihre reizbare Phantasie ihnen vormalte. Von der Gefährdung der Freiheiten des Einzelnen ward wenig mehr geredet, aber überall sah man die Rechte der Staaten bedroht. „Jede Frage wurde mit direkter Bezugnahme auf die Staaten-Souveränetät verhandelt.“ Je mehr sich die größere gesetzliche Konsolidirung der Union praktisch bethätigte, desto stärker reagirten die partikularistischen Tendenzen gegen den erhöhten Druck. Die bloße Thatsache der Annahme der Konstitution hatte weder die realen Verhältnisse noch die Denkweise des Volkes auf einen Schlag ändern können. Nur die Zeit konnte eine Aenderung dieser beiden wesentlichsten Faktoren bewirken. Vorerst war das Ueberwiegen der partikularistischen Tendenzen noch groß genug, um von Anfang an die stärksten Beweise für die Behauptung Hamilton's zu liefern, daß diese Verfassung das Geringste sei, was den realen Verhältnissen und der

Denkweise des Volkes zum Trotz die Union zusammenzuhalten vermöchte.[1])

Hamilton hatte richtig erkannt, daß die Regierung vor allen Dingen ihr Augenmerk auf die finanziellen Fragen richten müsse. Die Föderalisten theilten seine Ueberzeugung, daß die neue Ordnung der Dinge durch keine anderen Mittel so wirksam gefestigt werden könne, wie durch seine Finanzprojekte. Einige glaubten selbst, der Bestand der Union hinge von ihrer Annahme ab.[2]) Das mochte zu weit gegangen sein, aber sicher hat keine andere Maßnahme der Bundesregierung auch nur entfernt eben so viel zur thatsächlichen Konsolidirung der Union beigetragen.

Die unverhohlene Nichtachtung, mit der die europäischen Mächte auf die Vereinigten Staaten geblickt hatten, war von den Amerikanern bitter empfunden worden. Die Achtung des Auslandes konnte aber nur wiedergewonnen werden, wenn der Kredit der Union hergestellt wurde. Das war das einzige Mittel, die Vorzüge der neuen Verfassung vor der alten in so großem Maße und in so greifbarer Weise hervortreten zu lassen, daß in einer der wesentlichsten Hinsichten der Vergleich zwischen ihnen vollständig über die Spekulation hinausgerückt wurde. Handel und Wandel, deren Darniederliegen am wirksamsten der Erkenntniß von der Unzulänglichkeit der Konföderations-Artikel Bahn gebrochen hatte, mußten dadurch in hohem Grade günstig beeinflußt werden. Damit wäre ein reales Interessenband zwischen der Regierung und dem Volke geknüpft worden, das nicht leicht entzwei geredet werden konnte. Vollends vergeblich mußten alle derartigen

---

[1]) „I propose . . . to discuss the necessity of a government at least equally energetic with the one proposed to the attainment of this project," (the preservation of the Union). Foederalist I.

[2]) Der ältere Wolcott schreibt den 23. April 1790: „Your observations respecting the public debts as essential to the existence of the national government, are undoubtedly just, — there certainly cannot at present exist any other cement. The assumption of the State debts is as necessary, and indeed more so, for the existence of the national government than those of any other description; if the state governments are to provide for their payment, these creditors will for ever oppose all national provisions, as being inconsistent with their interest; which circumstances, together with the habits and pride of local jurisdictions, will render the states very refractory. A rejection to provide for the State debts, which it seems has been done by a Committee of Congress, if persisted in, I consider as an overthrow of the national government." Gibbs, Mem. of Wolcott I p. 45.

Versuche den Staatsgläubigern gegenüber bleiben, denn ihr Interesse verlangte noch viel unbedingter möglichste Kräftigung der Bundesregierung. Wurden auch die Gläubiger der einzelnen Staaten an die Bundesregierung verwiesen, so fand auf sie das Gleiche Anwendung. Die Fundirung der Bundesschuld und die Uebernahme der Staatenschulden durch den Bund waren daher in der That die beiden stärksten Eckpfeiler, auf die der neue politische Bau gestützt werden konnte. Konnte die Regierung auf eine stetig und rasch wachsende Prosperität statt des nahezu allgemeinen Bankerottes unter der Konföderation hinweisen und standen sämmtliche Bundes- und Staatengläubiger eng geschlossen zu ihr, so konnte sie mit Zuversicht schwereren Stürmen entgegensehen, als auch die Kleinmüthigsten 1789 prophezeit hätten. Es kamen schwerere Stürme und sie wurden überstanden.

Die Anti-Föderalisten verkannten nicht die Tragweite der sog. Funding Act und Assumption Bill. Letztere war unstreitig in mehreren Staaten zum Theil deswegen so unpopulär, weil die ehrlosen Absichten, die während der letzten Jahre der Konföderation mit so schamloser Dreistigkeit hervorgetreten waren, noch immer von Vielen verfolgt wurden. Der hauptsächlichste Grund der hartnäckigen Opposition, auf die beide Bills stießen, war jedoch ihre politische Bedeutung. Nur wo die direkt betroffenen materiellen Interessen sehr bedeutend waren, traten zum Theil die politischen Rücksichten in den Hintergrund.[1])

Selbst ein Theil Derjenigen, die von 1785 bis 1787 in Folge der drohenden Anarchie die eifrigsten Befürworter einer kräftigen Bundesregierung gewesen waren, ließ sich bei diesem ersten Versuch, den Geist des mühsam erstrittenen Buchstaben lebendig zu machen, durch die in Fleisch und Blut übergegangenen partikularistischen Instinkte nach entgegengesetzter Richtung fortreißen. Madison that jetzt den ersten Schritt auf der Bahn, die ihn bald zu einem vollständigen Bruch mit seinem alten Genossen Hamilton so wie mit seiner eigenen Vergangenheit führte. Allerdings war es dagegen Jefferson, der ein Kompromiß zu Stande brachte und die Annahme der Vorschläge Hamilton's bewirkte.[2]) Allein er erklärte später selbst, daß er nur von

---

[1]) South-Carolina ging in der Frage der Uebernahme der Staatenschulden mit Massachusetts zusammen, weil seine Schuld fünf Millionen Dollars überstieg. In New-Hampshire und Pennsylvania war dagegen die Opposition gegen die Bill stark und zum Theil hatte sie ein entschiedenes Uebergewicht.

[2]) 16. Juli 1790.

Hamilton überlistet worden sei, und er bedauerte diesen Fehler mehr als irgend einen anderen seines politischen Lebens.[1])

Hamilton hatte übrigens einen Preis für diesen Dienst zahlen müssen, der sich in der Folgezeit als höchst bedeutsam erwies. Er sah sich dazu genöthigt, weil die Assumption Bill vom Repräsentantenhause in dem Ausschuß des Ganzen verworfen worden war und die Bitterkeit der Parteien einen solchen Grad erreicht hatte, daß die Thätigkeit des Kongresses zu einem vollständigen Stillstande gekommen war. White und Lee von Virginia verstanden sich endlich zu einer Aenderung ihres Votums.

Hamilton's Gegendienst bestand darin, daß er einige seiner Freunde vermochte, für die Gründung der neuen Hauptstadt am Potomac statt am Susquehanna zu stimmen.

Das ganze Kompromiß war ein Handel zwischen Norden und Süden. Es gab allerdings im Süden entschiedene Föderalisten und einige der nordstaatlichen Kongreßmitglieder wetteiferten mit den hitzköpfigsten Anti-Föderalisten des Südens. Allein die Freunde der Finanzpolitik Hamilton's waren so überwiegend aus den nördlichen Staaten und ihre Feinde aus den südlichen, daß in den Debatten der „geographische" und „sektionelle" Charakter der Parteien wiederholt betont und bedauert wurde.[2]) Das muß scharf hervorgehoben werden, weil sich später vielfach die irrige Meinung festgesetzt hat, daß die unheilvolle politische Scheidung durch eine geographische Linie nur bis zum Missouri Kompromiß zurück datire.[3]) In dem vorliegenden Falle

---

[1]) Jefferson schreibt Washington den 9. September 1792: „The first and only iustance of variance with the former part of my resolution (to intermeddle not at all with the Legislature) I was duped into by the Secretary of the Treasury and made a tool for forwarding his schemes, not then sufficiently understood by me; and of all the errors of my political life, this has occasioned me the deepest regret." Jeff.'s Works III p. 460.

[2]) Deb. of Congr. I pp. 287, 292, 296. (Wenn die Kongreßdebatten angeführt sind, ist immer Benton's Abridgement gemeint, wo es nicht ausdrücklich anders gesagt ist. Ich ziehe es vor, als Regel auf diese zu verweisen, weil sie den meisten Lesern am Leichtesten zugänglich sein werden.) Gibbs, Mem. of Wolcott I p. 46.

[3]) Besonders häufig werden einige Briefe von Jefferson zur Unterstützung dieser Ansicht angeführt. Allein Jefferson selbst schreibt Washington d. 23. Mai 1792: „but the division of sentiment and interest happens unfortunately to be so geographical, that no mortal can say that what is most wise and temperate would prevail against what is most easy and obvious." Jeff.'s Works III

war die geographische Theilung der Parteien allerdings zum Theil durch die Verschiedenheit der wirthschaftlichen Verhältnisse beider Sektionen[1]) und durch besondere, der rein finanziellen Seite der Frage angehörende Momente bestimmt.[2]) Der Hauptgrund war jedoch die Verschiedenheit des politischen Denkens im Allgemeinen und die verschiedene Auffassung von dem Wesen und den Aufgaben der Union.[3]) In den Debatten suchte man diese Seite nicht allzu verletzend hervortreten zu lassen, aber sie bildete in allen Reden den deutlich durchscheinenden Untergrund. Als die Parteien sich mehr konsolidirt hatten und einander schroffer gegenüber standen, ließ man die Schleier fallen. Selbst Jefferson, der keineswegs ein Freund vom Kampf mit offenem Visir war, erklärte nach zwei Jahren direkt, daß Hamilton's System aus freiheitfeindlichen Prinzipien entspringe und die Verfassung umstürze.[4])

---

p. 363. Die im Text zurückgewiesene Ansicht ist jedoch insofern begründet, als in der geographischen Scheidung durch das Missouri Kompromiß ein neues und wichtiges Moment enthalten war, das seiner Zeit besprochen werden wird.

[1]) Die in dem nächsten Absatz erwähnte Denkschrift der Legislatur von Virginia bezeichnete „the prostration of agriculture at the feet of commerce“ als die eine der zwei möglichen Folgen von Hamilton's Finanzpolitik. — „The anti-Federalists . . . fearful that the interests of agriculture might be sacrificed to the protection of commerce and manufactures etc.“ Hildreth, Hist. of the U. S. IV p. 119.

[2]) The owners of the debt are in the Southern, and the holders of it in the Northern division.“ Jeff.'s Works III p. 363. Hildreth, (Hist. of the U. St. IV pp. 137, 138) weist mit Recht darauf hin, daß diese Behauptung allerdings nicht ganz unbegründet aber stark übertrieben war.

[3]) Hildreth (Hist. of the U. St. IV p. 119) sagt: „It may hence be concluded . . . that no question of fundamental principles as to the theory of government was really in debate between the Federalists and anti-Federalists and that the different views they took of the new Constitution grew much more out of difference of position and of local and personal interest', than out of any differences of opinion as to what ought to be the ends and functions of government or the method of its administration.“ Das ist nicht unrichtig, aber es kann leicht mißverstanden werden. In der Anwendung der Theorie gingen beide Parteien allerwärts so weit auseinander, daß die Uebereinstimmung in der Theorie der „Regierung“ nur einen negativen praktischen Werth hatte: beide Parteien benutzten sie zu ihrer Rechtfertigung, wenn ihre Interessen sie zu einem Wechsel des Standpunktes mit den Gegnern trieben.

[4]) „His (Hamilton's) system flowed from principles adverse to liberty, and was calculated to undermine and demolish the Republic . . . Thus the object of these plans, taken together, is to draw all the powers of government into the hands of the general Legislature, to establish means for corrupting a suffi-

Die Anklage war vor Washington's Richterstuhl erhoben, aber mittelbar war sie auch gegen ihn gerichtet, da er dem System seine Billigung gegeben hatte. Kleidete Jefferson sie trotzdem nicht in eine mildere Form, so mußte er weit getrieben sein, denn er war stets beflissen, die größte Hochachtung vor Washington zur Schau zu tragen.[1])

Außerhalb des Kongresses und des Administrationskreises machte die Opposition sogleich ihrem Ingrimm in vollstem Maße Luft. In North-Carolina und Georgia eiferten die Unzufriedenen mit besonderem Nachdruck. In Maryland wurde die Frage in der Legislatur agitirt. Eine Resolution, welche die Unabhängigkeit der Staatenregierungen durch die Uebernahme der Staatenschulden durch den Bund für gefährdet erklärte, wurde nur durch die entscheidende Stimme des Sprechers verworfen. In Virginia einigten sich die beiden Häuser der Legislatur auf eine Denkschrift an den Kongreß. Sie sprach die Hoffnung aus, daß der Fundirungs-Akt revidirt und die Uebernahme der Staatenschulden rückgängig gemacht werden würde. „Eine der amerikanischen Freiheit verhängnißvolle Aenderung in der gegenwärtigen Form der Bundesregierung" wurde als die muthmaßliche Folge des letztgenannten Aktes bezeichnet, den das Haus der Delegaten förmlich für „der Verfassung der Vereinigten Staaten zuwider" erklärte.

Diese Beschlüsse des Repräsentantenhauses von Virginia entlockten Hamilton das prophetische Wort: „Das ist das erste Symptom eines Geistes, der getödtet werden muß, oder die Konstitution tödten wird."[2]) Der Geist wurde nicht getödtet und die Symptome mehrten sich rasch und wurden bald von erschreckender Deutlichkeit.

Es war nicht bloßer Zufall, daß dieser Geist sich bereits jetzt in Verbindung mit der Frage offenbarte, an der er später so groß gezogen wurde, daß die beiden Hälften der Union endlich einen vier-

cient corps in that Legislature to divide the honest votes, and preponderate, by their own, the scale which suited, and to have the corps under the command of the Secretary of the Treasury, for the purpose of subverting, step by step, the principles of the Constitution, which he has so often declared to be a thing of nothing, which must be changed." Jeff.'s Works III pp. 461, 462.

[1]) Der Ausdruck ist mit Bedacht gewählt. Wenn Jefferson sich nicht der Gefahr ausgesetzt glaubte, daß seine Worte weiteren Kreisen bekannt werden könnten, dann ließ er seinem heimlichen Groll gegen Washington rücksichtslos die Zügel schießen. Ich erinnere nur an seinen berüchtigten Brief an Mazzei.

[2]) W. Jay, Life of J. Jay II p. 202.

jährigen Bürgerkrieg um die verschiedenen Seiten der von Hamilton prophezeiten Alternative führten. Es war ein an sich völlig bedeutungsloser und rasch vergessener Zwischenfall, allein die lodernde Flamme, zu der im Augenblick der kleine Funken angeblasen wurde, verrieth, was für ein Feuer hier entzündet werden konnte.

Im Februar 1790 richteten die Quäker-Versammlung zu Philadelphia und die Quäker von New-York Adressen an den Kongreß, in denen sie ihn ersuchten, den afrikanischen Sklavenhandel abzuschaffen. In demselben Monat wurde der Kongreß von der pennsylvanischen Gesellschaft für Beförderung der Abschaffung der Sklaverei aufgefordert, „bis an die letzte Grenze" seiner Macht zu gehen, um dem Menschenhandel ein Ende zu machen. Die Konstitution ließ nicht den geringsten Zweifel darüber, daß dem Kongreß vorerst in dieser Hinsicht keinerlei Befugnisse zustanden, außer daß er auf die importirten Neger eine Steuer von nicht mehr als zehn Dollars per Kopf legen durfte.[1]) Es wurde daher natürlich auch mit keinem Wort die Uebertretung dieser Bestimmung befürwortet. Es handelte sich lediglich darum, ob und wann die Petitionen an einen Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen werden sollten. Das genügte jedoch, viele der südstaatlichen Abgeordneten zu den leidenschaftlichsten Deklamationen und Drohungen fortzureißen. Das Noli me tangere wurde dem Norden in so emphatischem und hochfahrendem Tone entgegengeschleudert, wie je später von Calhoun oder Toombs. Hier ist in nuce der ganze siebzigjährige Streit. Alles, was später vorgebracht worden ist, sind nur Variationen auf die Themata dieser Debatte, die logische Fortbildung der jetzt aufgestellten Grundsätze und ihre praktische Anwendung auf konkrete Fragen gewesen.

Die völlige Unabhängigkeit der Staaten in dieser Frage war die Basis der Argumentation. Man sprach lediglich von der Bundesregierung unter der Verfassung in ihrer aktuellen Form. Allein es wurde für gewisse Eventualitäten eine Handlungsweise als gesetzlich in Aussicht genommen, die nur dann nicht Revolution gewesen wäre, wenn die Berechtigung jener Behauptung auch hinsichtlich des Bundes festgestellt, also die Unmöglichkeit einer verfassungsmäßigen Aenderung der Konstitution bezüglich der Machtbefugnisse der Bundesregierung in dieser Frage bewiesen und anerkannt worden wäre. Mit anderen Worten, man nahm thatsächlich die Staatensouveränetät zum Fußpunkt,

---

[1]) Art. I. Sect. 9. § 1.

obwohl man sie noch nicht klar als die eine Prämisse erkannte, aus der sich mit unanzweifelbarer Logik jede beliebige Forderung als berechtigt erweisen ließ.

Es war keine Veranlassung dazu geboten, das Wesen des Streites einer so gründlichen Untersuchung zu unterwerfen, wie sie zu einer vollkommenen Erkenntniß der Tragweite dieser Prämisse erforderlich gewesen wäre. Die Abgeordneten der Sklavenstaaten suchten nicht eine bestimmte praktische Forderung unter dem Titel eines verfassungsmäßigen Rechtes durchzusetzen. Sie berührten nur flüchtig die konkrete Frage, um die formell die Debatte geführt wurde, und verloren sich in allgemeines Raisonnement über die Sklaverei. Gleich bei dieser ersten Gelegenheit schlugen sie das Verfahren ein, an dem sie ausnahmslos bis zuletzt festgehalten haben. Theils von ihrem heißen Temperament und theils von den durch das böse Gewissen stets wachgehaltenen Befürchtungen gereizt, schossen sie weit über das Ziel hinaus. Die Gefahren, mit denen sie die Zukunft schwanger sahen, wurden zuerst zu erklärten Absichten der Gegner, die Wünsche derselben zu Behauptungen und Entschlüssen umgewandelt, dann ward mit äußerster Leidenschaftlichkeit gegen sie argumentirt, und endlich mit solchen Drohungen geschlossen, als wären die befürchteten Folgen der behaupteten feindseligen Pläne des Nordens bereits unerträgliche Thatsachen. Von gegnerischer Seite war nur, wie schon bemerkt, die Ueberweisung der Petitionen an einen Ausschuß beantragt worden. Die Repräsentanten der Sklavenstaaten kleideten aber ihre Opposition sogleich in eine solche Form, als ob jener Antrag darauf hindeute, daß den Petitionen Folge gegeben werden solle. Gegen diese untergeschobene Absicht waren alle ihre Argumente gerichtet. Tucker von South-Carolina begann mit der Erklärung, daß „die Ueberweisung an einen Ausschuß ein sehr alarmirender Umstand für die südlichen Staaten sein würde", weil die Bitte verfassungswidrig sei.[1]) Burke von South-Carolina war sogar „gewiß, daß die Ueberweisung ein Alarmsignal sein und die Trompete des Aufstandes in den südlichen Staaten blasen würde."[2]) Tucker vergaß nach wenigen Augenblicken, daß es sich nur um die Ueberweisung der Petitionen handle und ließ sich über die Folgen einer allgemeinen Emanzipation aus. Er sprach nicht vom Aufruhr, sondern erklärte, daß die Emanzipation durch's Gesetz unfehlbar zum Bürgerkriege

[1]) Deb. of Congr. I p. 208.

[2]) ibid.

führen werde.[1]) Jackson von Georgia schloß sich mit Nachdruck dieser Erklärung an.

Madison hatte richtig bemerkt, daß ernstliche Opposition das beste Mittel sei, Alarm zu erregen.[2]) Seine Mahnung blieb ungehört. Als die Debatte einmal auf die Frage der Emanzipation abgeschweift war, blieb man nicht dabei stehen, sie nur von dem einen Gesichtspunkte aus zu erörtern. Die Sklavenhalter und später namentlich auch ihre Partisanen in den Nordstaaten haben die Welt glauben machen wollen — und geraume Zeit lang nicht ohne Erfolg — daß bis zum Missouri Kompromiß oder gar ein halbes Menschenalter darüber hinaus die Sklaverei in den Sklavenstaaten so einstimmig und so aufrichtig verdammt worden sei, daß unfehlbar in kurzer Zeit Mittel und Wege zu ihrer allmählichen Abschaffung gefunden worden wären, wenn die unberufene Einmischung der Abolitionisten nicht im ganzen Süden einen Umschwung der öffentlichen Meinung veranlaßt hätte. Die Aeußerungen, die in dieser Debatte fielen, sind daher von besonderem Interesse, weil sie allein eine genügende Widerlegung dieser Behauptung sind.

Smith von South-Carolina „wies die Absurdität nach, den postnati die Freiheit zu geben und nicht auch allen den alten und jungen Negern, und die große Absurdität und selbst Unausführbarkeit sie allen Sklaven zu schenken." Seiner Ansicht nach konnte die „Emanzipation unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Landes lediglich üble Folgen nach sich ziehen."[3]) Er beschränkte jedoch die Behauptung nicht auf „die gegenwärtigen Verhältnisse des Landes" und ließ es mindestens dahin gestellt sein, ob die Sklaverei überhaupt ein Uebel sei.[4]) Der bis nach der Beendigung des Bürgerkrieges ewig wiederholte Satz, daß die Südstaaten nur von Sklaven bearbeitet werden könnten, wurde von ihm in aller Schärfe aufgestellt. Er stützte sich dabei nicht nur auf „das Klima und die Natur des Bodens", sondern wies auch auf den Kernpunkt des Fluches hin, der auf der Sklaverei

[1]) „Do these men expect a general emancipation by law? This would never be submitted to by the Southern States without a civil war." l. c.

[2]) l. c. I p. 202.

[3]) l. c. I p. 223.

[4]) „The truth was, that the best informed part of the citizens of the Northern States knew that slavery was so ingrafted into the policy of the Southern States, that it could not be eradicated without tearing up by the roots their happiness, tranquillity, and prosperity; that if it were an evil, it was one for which there was no remedy. l. c. I p. 232.

lastete, auf „die alte Gewohnheit, die den Weißen verbiete, die Arbeit zu thun.“[1])

Verlor man sich so weit von dem eigentlichen Gegenstande der Verhandlungen, so war auch eine Beurtheilung der ganzen Sklavereifrage vom allgemeinen sittlichen Standpunkte aus unvermeidlich. Der erste Anstoß dazu wurde von den Repräsentanten des Nordens gegeben, indem sie hervorhoben, daß die Petitionen einer so achtungswerthen Gemeinschaft, wie die der Quäker, in Betreff eines so großen moralischen Uebels besondere Berücksichtigung verdienten. Die südstaatlichen Abgeordneten antworteten darauf mit herausfordernder Ironie. Die Quäker wurden erbarmungslos gegeißelt und mancher scharfe Seitenhieb auch gegen den ganzen Norden geführt, der plötzlich einen solchen Abscheu gegen die Sklaverei bekommen habe und prätendire, Sittlichkeit und Tugend monopolisirt zu haben. Der Stachel wurde gefühlt und nun auch in der Erwiderung des Angriffes keine Schonung mehr beobachtet. Boudinot von New-Jersey beklagte sich darüber, daß man Paley „durch die Anschuldigung gebrandmarkt“, daß er der Sklaverei das Wort geredet habe. — Von beiden Seiten wurde die Bibel hineingezogen und die Debatte von allgemeinen sittlichen Gesichtspunkten aus zur Debatte auf der Basis der positiven Religion zugespitzt.

In grellem Kontrast hierzu stand die Ankündigung Jackson's, daß der Süden vor Nichts zurückschrecken werde, wenn man ernstlich an diese Frage rühre. Er blieb nicht bei „Aufruhr“ und „Bürgerkrieg“ stehen, sondern zeigte unter dünnem Schleier das Bild des Richters Lynch den Eiferern für die Freiheit, die etwa Lust verspüren könnten, sich in die Höhle des Löwen zu wagen.[2])

Unmittelbare praktische Folgen hatte dieses Aufeinanderplatzen der Geister in der Sklavenfrage — dem ersten seit der Annahme der Konstitution — nicht. Im Lichte der späteren Ereignisse tritt es bereits in diesen Debatten mit merkwürdiger Schärfe hervor, daß der Streit seiner Natur nach unschlichtbar war. Allein noch erkannte man ihn nicht als „den Felsen, an dem die Union zersplittern würde.“ So

---

[1]) l. c. I p. 233.

[2]) „The gentleman (Scott von Pennsylvania) says, if he was a Federal Judge, he does not know to what length he would go in emancipating these people; but I believe his judgement would be of short duration in Georgia, perhaps even the existence of such a judge might be in danger.“ l. c. I p. 209.

drohend er auch plötzlich am Horizont aufgetaucht war, die Blicke blieben doch nur einen Augenblick auf ihm haften, denn noch hatte es sich erst zu zeigen, ob das Schiff überhaupt seetüchtig sei. Die Wogen, die es im Augenblick heftig schaukelten und über sein Deck zu brechen begannen, nahmen die ganze Aufmerksamkeit in Anspruch.

Die Finanzpolitik Hamilton's, die zur Organisirung der Opposition gegen die Administration und die föderalistische Majorität des Kongresses geführt hatte, gab auch den Anlaß zum ersten thatsächlichen Auflehnen gegen die Autorität der Bundesregierung.

Die Kolonisten hatten von England eine tiefe Abneigung gegen Acciseauflagen mitgebracht, die sich ungeschwächt von Generation auf Generation forterbte. Der erste Kongreß nannte in seiner Adresse vom Oktober 1774 an die Bewohner von Canada mit besonderem Nachdruck die Accise als eines der Uebel, welche englische Unterthanenschaft mit sich brächte.[1]) In der Ratifikations-Konvention von New-York wurde zuerst von Williams und später in etwas beschränkterer Weise von Smith beantragt, daß dem Kongreß ausdrücklich das Recht vorenthalten werde, „irgend einen in Amerika gewachsenen oder verfertigten Artikel" einer Accise zu unterwerfen.[2]) Beide Anträge wurden jedoch nicht von der Konvention angenommen und auch die später vereinbarten Amendements zur Konstitution enthielten keine dahingehende Bestimmung. Nichts desto weniger aber blieben in den Ideen des Volkes Accise und eine willkürliche, tyrannische Regierung eng mit einander verbundene Begriffe. Die erste Accise-Bill, die im Kongreß eingebracht wurde, ward daher auch am 21. Juni 1790 verworfen.[3]) Hamilton veranlaßte jedoch die Einbringung einer neuen Bill, und durch den Akt vom 3. März 1791 wurde eine Steuer auf die in den Vereinigten Staaten distillirten geistigen Getränke gelegt.

---

[1]) You are „subjected . . . to the Imposition of Excise, the horror of all free States; thus wresting your property from you by the most odious of Taxes, and laying open to Tax-gatherers, Houses, the Scenes of domestic Peace and Comfort, and called Castles of English subjects in the Books of their Law." The Western Insurrection. Contributions to American History. 1858. p. 127.

[2]) Elliot's Deb. II pp. 331 u. 411.

[3]) Gale's und Seaton's Annals of I Congress p. 1644.

Die Unzufriedenheit über diese Maßnahme war sehr weit verbreitet und fand von Anfang an den lebhaftesten Ausdruck in den westlichen zur Zeit noch dünnbesiedelten Counties von Pennsylvania. Die erste Indignationsversammlung im westlichen Pennsylvania wurde am 27. Juli 1791 zu Red Stone Old Fort[1]) gehalten. Man ließ sich bitter über das Gesetz aus, griff aber doch noch nicht seine Verfassungsmäßigkeit an; die Leidenschaften mußten stärker erregt werden, um dieses gegenüber der ausdrücklichen Bestimmung der Verfassung[2]) zu thun. Es stand nicht lange an, bis man dahin kam. Den 23. August erklärte der Agitations-Ausschuß von Washington County Alle, die sich als Beamte zur Vollstreckung des Gesetzes anstellen lassen würden, für „Feinde der Interessen des Landes" und that sie in gesellschaftlichen Bann. Vierzehn Tage später wurde der Steuereinnehmer Robert Johnson getheert und gefedert und seines Pferdes beraubt. Bald folgten ähnliche Gewaltthaten gegen andere Beamte.

Die Administration stand anfänglich den Unruhestiftern machtlos gegenüber, denn noch waren ihr nicht die Mittel gegeben, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Der Kongreß beeilte sich jetzt, diesem Uebelstande abzuhelfen, um für alle Eventualitäten rechtzeitig vorzusehen. Der „Akt für Einberufung der Miliz zur Vollstreckung der Bundesgesetze, zur Unterdrückung von Aufständen und Invasionen zurückzuschlagen" wurde am 2. Mai 1792 Gesetz.[3]) Allein während der Kongreß einerseits die Administration in den Stand setzte, die Vollstreckung der Gesetze zu sichern, machte er andrerseits den Mißvergnügten Zugeständnisse, damit womöglich die Anwendung von Gewalt vermieden werden könne. Der Akt vom 8. Mai 1792 ermäßigte die Steuer erheblich und gewährte den Distillateuren andere wesentliche Erleichterungen.[4])

Die Administration hielt es gleichfalls für die richtige Politik, nicht Gewaltmaßregeln zu ergreifen, so lange es nicht absolut nothwendig erschien. Allein ihre Langmuth machte die Unzufriedenen nur dreister. Die rohen Hinterwäldler und Irländer, denen es überhaupt nicht in den Sinn wollte, daß auch sie zur Unterhaltung der Regierung bei-

---

[1]) Jetzt Brownsville.

[2]) „The Congress shall have power to lay and collect . . . excises." Art. I. Sect. 8 § 1.

[3]) Statutes at Large I. pp. 264, 265.

[4]) Stat. at L. I pp. 267—271.

zutragen hätten[1]) und die ungehindertes Distilliren als „natürliches Recht" in Anspruch nahmen[2]), hatten die Bewegung begonnen. Sehr bald aber übernahmen einem gleich angekündigten Entschlusse gemäß ganz andere Elemente theils offen, theils heimlich die Leitung derselben. Man gab ihr den Anschein, als schicke man sich zu einem großen und allgemeinen Kampfe für die Freiheiten des Volkes an. Die Maßnahmen der Patrioten im Beginn der Revolution wurden nachgeäfft und Korrespondenz-Ausschüsse eingesetzt, um mit den Mißvergnügten in allen den anderen Staaten der Union in Verbindung zu treten. Die Versammlungen passirten Resolutionen, welche die systematische Opposition weit über die Grenzen dieses unliebsamen Gesetzes ausdehnten. Selbst die Losreißung von der Union wurde in Erwägung gezogen.[3])

Man nahm den Mund, wie gewöhnlich, zu voll, aber es lag auch Ernst genug in diesen Dingen. Schon die einfache Thatsache, daß einige wenige Counties über drei Jahre lang sich mit Erfolg der Vollstreckung eines Bundesgesetzes widersetzen konnten, mußte den tiefer blickenden Staatsmännern große Besorgniß für die Zukunft der Union erregen. Und die Frage hatte noch eine andere und wichtigere Seite. Dem großen Haufen, der auf der Bühne sein Unwesen trieb, kam es immer nur darauf an, daß er seinen Branntwein steuerfrei trinken könne; aber die Dirigenten des Spieles verfolgten ganz andere Ziele.

Hamilton's nächster Zweck mit dem Accisegesetz war natürlich ein rein finanzieller gewesen. Allein er verband auch noch eine andere Absicht damit. Er erkannte, daß die Ausübung des ausdrücklich von der Konstitution verliehenen Rechtes unter allen Umständen auf heftigen Widerstand stoßen würde. Darum wollte er den Kampf sogleich aufnehmen und zur Entscheidung bringen, ehe die oppositionellen Ele-

---

[1]) „. . . every circumstance indicates that we must have a contest with these madmen . . . the people absolutely refuse to pay one shilling towards the public service . . . These men are so licentious and vain of their consequence that they consider the blood and treasure of the United States as their property. They arrogantly demand the public protection, and at the same time refuse to perform any of their duties to society." Ol. Wolcott an Fr. Wolcott. Gibb's Mem. I p. 156.

[2]) Petition of Inhabitants of Westmoreland. 1790. Contributions to American History 1858 p. 126.

[3]) „There was indeed a meeting to consult about a separation." Jefferson to Madison 28. Dec. 1794. Jeff.'s Works IV p. 111. Vergl. J. C. Hamilton, Hist. of the Rep. of the U. St. of Am. VI p. 96.

mente Zeit gewonnen hätten, sich zu konsolidiren. Je länger er hinausgeschoben wurde, desto schwerer mußte der Sieg werden, schon weil die Nicht-Ausübung des Rechtes als stillschweigender Verzicht angesehen worden wäre. Die sog. inneren Einkünfte sollten um so weniger thatsächlich von den Staaten monopolisirt werden, weil sie das Moment waren, durch welchesjedem einzelnen Bürger der nationale Charakter der Union auch in inneren Angelegenheiten am frühesten und am stärksten zum Bewußtsein gebracht werden konnte, da es jeden einzelnen Bürger unmittelbar in seinem täglichen Leben und Treiben betraf.[1])

Der Opposition entgingen alle diese Momente nicht. Es war nicht der Mißliebigkeit der Steuer an sich zuzuschreiben, daß „eine Majorität der südlichen und westlichen Mitglieder (des Kongresses) noch vor Passirung der Bill eine organisirte Agitation für ihren Widerruf ankündigte."[2]) Man begriff hüben wie drüben, daß der Kampf in Wahrheit um die große Verfassungsfrage geführt werde, die über den Bürgerkrieg hinaus die Rechtsbasis für alle die wichtigeren inneren Kämpfe abgegeben hat. Gesprochen wurde in den unmittelbar auf das Accisegesetz bezüglichen Debatten über die Staatenrechte und die Staatensouveränetät nur wenig, weil man über die ausdrückliche Bestimmung der Verfassung nicht hinweg konnte. Man stritt aber mit vollem Bewußtsein um den thatsächlichen Besitz einer Position, deren große Wichtigkeit für den ganzen folgenden thatsächlichen Kampf zwischen der Bundessuprematie und der Unabhängigkeit der Einzelstaaten vollkommen klar erkannt wurde. Das war so offenbar, daß es auch den Blicken ausländischer Beobachter nicht entging.[3])

---

[1]) „Other reasons co-operated in the minds of some able men to render an excise at an early period desirable. They thought it well to lay hold of so valuable a resource of revenue before it was generally preoccupied by the State governments. They supposed it not amiss that the authority of the National government should be visible in some branch of internal revenue, lest a total non-exercise of it should beget an impression that it was never to be exercised, and next, that a thing of the kind could not be introduced with a greater prospect of easy success than at a period when the government enjoyed the advantage of first impressions, when State factions to resist its authority were not yet matured, when so much aid was to be derived from the popularity and firmness of the actual Chief-Magistrate." Ham.'s Works IV p. 231.

[2]) Wharton's State Trials p. 102. Contributions to Amer. History. 1858. p. 127.

[3]) Der französische Gesandte Fauchet sagte in seiner berühmten Depesche No. 10

Diese tiefere Bedeutung des Streites war es mindestens eben so sehr wie das immer gewaltsamer werdende Auftreten der eigentlichen Insurgenten, die Hamilton dazu bestimmte, im Sommer 1794 darauf hinzudrängen, daß die Administration endlich mit ganzer Energie vorgehe. Er hielt den Augenblick für gekommen, da die Probe gemacht werden müsse, ob die neue Verfassung wirklich eine Regierung geschaffen habe.[1]) Nur wenige Counties boten den Bundesbeamten offen Trotz. Wandte man Zwang gegen sie an, so blieben sie entweder allein stehen und dann war ihre Ueberwältigung leicht, oder die übrigen Unzufriedenen schlossen sich ihnen an und dann war das Volk in unverkennbarer Weise vor die Alternative der Anarchie oder sofortiger wirksamer Unterstützung der Regierung gestellt. Trat das Erstere ein, so war mit geringer Anstrengung viel erreicht, denn mit den Aufständischen wurden auch die heimlichen Hetzer getroffen. Und in jedem Falle war dem langsamen, todten Treiben nach der Anarchie hin ein Ende gesetzt.

Hamilton war der Zuversicht, daß durch ein entschiedenes Auftreten der Widerstand rasch gebrochen werden könnte. Er rieth daher, sogleich eine so große Macht aufzustellen, daß die aufständischen Counties von vornherein jeden Gedanken an einen Kampf aufgeben müßten, wenn sie keine Unterstützung fänden. Dann konnte die Autorität der Regierung hergestellt werden, ohne sie mit dem Odium zu belasten, das dem Vergießen von Bürgerblut immer anklebt.[2])

Washington folgte dem Rath und Hamilton's Rechnung erwies sich als richtig. Den 7. August wurden 13000 Mann Milizen auf-

---

vom 31. Okt. 1794, die den Staatssekretär Randolph um seine Stelle und seinen guten Namen brachte, der Whisky-Aufstand sei „indubitably connected with a general explosion, for some time prepared in the public mind; but which this local and precipitate eruption would cause to miscarry, or at least check for a long time.“ Als die Elemente dieser Explosion bezeichnet er „the primitive divisions of opinion, as to the political form of the state; and the limits of the sovereignty of the whole over each state individually sovereign.“ (Ich kenne die Depesche nur in der englischen Uebersetzung.). Randolph's Vindication p. 41.

[1]) In seinem Brief vom 2. August 1794 an Washington erklärte er, „the very existence of government demands this course“ (die Requirirung der Milizen zur Unterdrückung des Aufstandes).

[1]) In dem oben angeführten Brief heißt es: „the force, ought, if attainable, to be imposing, to deter from opposition, save the effusion of the blood of citizens, and secure the object to be accomplished.“

geboten und ihr Erscheinen reichte hin, die insurgirten Distrikte zum Gehorsam zurückzubringen.

Die Galle, welche jetzt gegen die Administration und namentlich gegen Hamilton ausgespien wurde, zeigte, wie schwer der Schlag von den heimlichen Schürern des Feuers empfunden wurde. In ihrem Ingrimm erhoben sie die widersprechendsten Anklagen. Anfänglich hatten sie prophezeit, daß die Milizen den Gehorsam verweigern würden. Dann hatten sie einen Bürgerkrieg geweissagt und als sein unzweifelhaftes Ende die Vernichtung der Vermessenen, die zur Gewalt gegriffen. Jetzt klagten sie, daß der Finanzsekretär aus einer Maus einen Elephanten gemacht, um seinem despotischen Hange fröhnen zu können. Dabei verspotteten sie die thörichte Verblendung, die sich einrede, daß der Gehorsam erzwungen worden sei. Und in demselben Athemzuge erklärten sie, daß die brutale Vergewaltigung das Ausscheiden der insurgirten Counties aus der Union zur gewissen und beschlossenen Sache gemacht habe.[1])

Weder die Prophezeiungen noch die Anklagen wären von Bedeutung gewesen, wenn nicht eine gewisse Wahrheit in ihnen enthalten gewesen wäre. Washington verkannte diese ebenso wenig, als er sich über die Motive ihrer Urheber täuschte, oder sich durch ihre maßlosen Uebertreibungen bethören ließ. Hieraus und aus der Stellung der Leute, die ihn zu einer Politik unthätigen Zuwartens oder gar der Nachgiebigkeit zu bestimmen suchten, ist es zu erklären, daß er so lange zögerte, den Weg einzuschlagen, den jede Regierung eines geordneten Staatswesens bereits drei Jahre früher als den einzig richtigen angesehen haben würde. Zugleich sind dieses auch die Momente, die dem Sturm im Wasserglase eine so große Bedeutung geben.

In der gegen Hamilton erhobenen Anklage war so viel wahr, daß

---

[1]) „. . . a separation which perhaps was a very distant and problematical event, is now near, and certain, and determined in the mind of every man.“ Jeff.'s Works IV p. 112. Jefferson befürchtete selbst, daß eine gewaltsame Zerreißung der ganzen Union erfolgen könne. In demselben Briefe an Madison heißt es: „the third and last (error) will be, to make it (the excise law) the instrument of dismembering the Union, and setting us all afloat to choose what part of it we will adhere to.“ Sehr bezeichnend ist es, daß gleichzeitig in der gegnerischen Partei der Gedanke geäußert wurde, daß der Streit mit der Ausstoßung der insurgirten Distrikte endigen könnte. Wolcott schreibt den 26. Juli 1794: „I trust however, that they will be chastised or rejected from the union. The latter will not however be allowed without a vigorous contest.“ Gibb's Mem. of Wolc. I p. 156.

es, nur nach der Zahl der Aufständischen geurtheilt, vollkommen genügt hätte, 4000 oder 5000 Mann statt 15000 zu requiriren.[1]) Allein Hamilton war nicht so kurzsichtig, daß er seine Berechnung nur nach diesem Moment gemacht hätte. Es war um so sonderbarer, ihm dieses zuzumuthen, weil die von seinen Anklägern ausgesprochenen und auch von ihm getheilten[2]) Befürchtungen über die Unverläßlichkeit der Milizen nicht völlig grundlos waren. Ein Theil der Milizen von Pennsylvania hatte sich gleich anfänglich an der Bewegung betheiligt. Als Gouverneur Mifflin aufgefordert wurde, sie von sich aus zur Unterdrückung des Aufstandes aufzubieten, verweigerte er es als einen zu gewagten Schritt. Er erwartete davon nur eine Stärkung des Aufstandes und stellte es direkt in Frage, ob die Miliz „den Befehlen der Regierung einen passiven Gehorsam leisten würde.“ Und als die Miliz von dem Präsidenten aufgeboten wurde, leistete sie in Pennsylvania in der That nur sehr langsam und widerwillig dem Befehle Folge. Mifflin mußte selbst den Staat bereisen, um durch seine Beredtsamkeit die von Pennsylvania geforderte Quote aufzubringen.

Die Ankläger Hamilton's hatten übrigens in jedem Falle das Recht zur Klage über die Zahl der requirirten Milizen verloren, da sie ja seit dem Beginne der Unruhen die Unmöglichkeit ihrer gewaltsamen Dämpfung gepredigt hatten. Sie schlugen sich also mit ihren Vorwürfen gegen den Finanzsekretär in das eigene Gesicht. Hamilton's Armee war ihnen noch immer sowohl das Gespött der Aufständischen[3]) als das Instrument eines unerträglichen Despotismus.

Diese Art gegen mißliebige Maßnahmen der Regierung zu argumentiren, ist erregten Massen ganz gewöhnlich. Das Besondere in diesem Falle war, daß sie nicht von den Massen oder den Winkel- und Straßen-

---

[1]) Die anfänglich geforderten 13,000 Mann wurden später auf 15,000 erhöht. — Die Zahl der streitbaren Männer in den aufständischen Counties wurde auf 16,000 veranschlagt.

[2]) Hamilton schreibt den 2. Februar 1799 an Sedgwick: „In the expedition against the Western insurgents, I trembled every moment, lest a great part of the militia should take it into their heads to return home rather than go forward.“ J. C. Hamilton, History of the Rep. of the U. St. of America. VII p. 278.

[3]) „The information of our militia, returned from the westward, is uniform, that though the people there let them pass quietly, they were objects of their laughter, not of their fear; that one thousand men could have cut off their whole force in a thousand places of the Alleghany.“ Jeff.'s Works IV p. 112.

demagogen, sondern von Mitgliedern der Regierung ausging. Jefferson bediente sich der nach entgegengesetzten Richtungen zugespitzten Logik nicht erst, seit er sich in's Privatleben zurückgezogen hatte. Und Randolph, sein Nachfolger im Amte, folgte in dieser Frage auch seinem Beispiele. Beide handelten zum Theil aus unreinen Motiven und Jefferson wenigstens war sich auch bewußt, daß er in zu grellen Farben male — ein Fehler, in den die Vertheidiger einer schlechten Sache fast immer verfallen. Beide waren aber auch andrerseits zum großen Theile wirklich überzeugt, daß ihre Befürchtungen wohl begründet seien. Das ist sowohl für die Persönlichkeiten als für die Verhältnisse charakteristisch. In wie geringem Grade mußte bis jetzt noch das Band, welches die verschiedenen Theile der Union mit einander verknüpfte, ein organisches, d. h. ein wahrhaft nationales sein, wenn zwei Staatssekretäre bezweifeln konnten, daß die Bundesregierung die Erhebung einer verfassungsmäßigen Steuer durchzusetzen vermöge, obwohl sich die gewaltsame Opposition gegen dieselbe auf einen Theil eines einzigen Staates beschränkte [1]).

Die Zweifel waren aufrichtig, aber Jefferson und seine Gesinnungsgenossen traten durch die Weise, in der sie dieselben verwertheten, wiederum in Widerspruch mit sich selbst. Sie hatten systematisch darauf hingearbeitet, das Volk zu dem Glauben zu erziehen, daß eine impotente Bundesgewalt die Voraussetzung der Freiheit sei. Soweit sie darin Erfolg gehabt hatten, so weit hatten sie auch die Bundesregierung impotent gemacht. Waren ihre Befürchtungen gerechtfertigt, so war das mithin eine Thatsache, die ihnen nur hätte Befriedigung gewähren sollen. Zum Theil empfanden sie die auch und verhehlten sie keineswegs. Aber dabei machten sie die Schwäche der Regierung als Entschuldigung und Rechtfertigungsgrund für ihren Rath geltend, daß sie sich der Handvoll Aufständischen gegenüber ohnmächtig erklären sollte.

Auch hierin waren ehrliche Ueberzeugung, Selbstlügen und unwürdige Absichten eigenthümlich gemischt. Als Parteileute freuten sie

---

[1]) In dem Gutachten Randolph's über den Vorschlag Hamilton's, die Miliz aufzubieten heißt es: „the moment is big with a crisis which would convulse the eldest government, and if it should burst on ours, its extent and dominion can be but faintly conjectured.“ Er kommt zu dem Schluß: die Lage der Vereinigten Staaten „banishes every idea of calling the militia into immediate action.“ Er spricht sogar die Befürchtung aus, daß die Insurgenten die Engländer zu Hülfe rufen könnten und Zerreißung der Union und ein Krieg mit England die Folge des Versuches sein würde, Zwang auszuüben.

sich über die Verlegenheit der Regierung; als fanatische Doktrinäre argumentirten sie sich und der Welt die Bitterkeit dieser Früchte ihrer Lehren fort und logen ihnen mit bewußten Sophismen noch einen glänzenden Firniß an; und als Amerikaner schämten sie sich des verächtlichen Schauspiels, das dieser dreijährige Kampf der Bundesgewalten gegen die vier westlichen Counties von Pennsylvania darbot.

Bei Einigen, wie bei Gouverneur Mifflin, trug das letzte Gefühl schließlich den Sieg davon, und Alle schickten sich endlich in die vollendete Thatsache der Bewältigung des Aufstandes. Das wäre ihnen härter angekommen, wenn sie nicht bereits seit einiger Zeit zu ihrem Schrecken erfahren hätten, wie viel leichter es ist, einen Sturm zu erregen, als ihn zu beherrschen. Das galt jedoch nur von Gallatin, Findley und den wenigen Anderen, die sich direkt an der Bewegung betheiligt hatten, obwohl sie den höheren Gesellschaftsschichten angehörten. Die übrigen Führer der Anti-Föderalisten hätten mit unverstellter Entrüstung die Anklage zurückgewiesen, daß sie den Sturm heraufbeschworen hätten und die Verantwortung dafür trügen, daß die Frage aufgeworfen werden konnte, ob die Regierung ihm gewachsen sei. Darum lernten sie auch nichts aus der Erfahrung. Sie fuhren fort zu vertheidigen und zu rechtfertigen, was Hamilton als den Kernpunkt des Uebels ansah. Der Aufstand an sich war nur von geringer Bedeutung. Die wirkliche Gefahr lag in der Stellung des übrigen Volkes zur Frage. Wäre das übrige Volk von der Nothwendigkeit der absoluten Gesetzesherrschaft durchdrungen gewesen, so wäre es nicht nur absurd gewesen, den Erfolg des Aufstandes als möglich hinzustellen, sondern die Regierung wäre zu sofortigem energischem Einschreiten gezwungen worden, auch wenn sie selbst ein anderes Verfahren vorgezogen hätte. Bei mehr als der Hälfte des Volkes war diese Ueberzeugung nicht in dem gehörigen Grade vorhanden und bei einem großen Theile fehlte sie fast vollständig, so weit die Bundesgesetze in Frage standen. Das war die Fessel, die so lange die Hände der Regierung band, und die Anti-Föderalisten hatten sie ihr angelegt. In einem wahren Volksstaate ist die Herrschaft der Gesetze nur so lange möglich, als das Volk sie will. Dieser Wille mußte in den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Bundesgesetze genau so stark, resp. so schwach sein, als das Nationalgefühl und die Erkenntniß des Interesses, das die einzelnen Bundesglieder an nationalem Verwachsen hätten. Gegen diese beiden Momente aber hatten die Anti-Föderalisten von Anfang an mit aller Macht und aus Prinzip angekämpft. Ihre und Hamilton's Wege hatten daher von Anfang an

in jedem Punkte auseinander gehen müssen, da der leitende Grundgedanke seiner Politik die Schöpfung nationaler Interessen war.

Hamilton's Vorschlag, eine Nationalbank zu errichten, entsprang demselben großen staatsmännischen Gedanken wie die Assumption Bill, der Fundig Act und die Steuergesetzgebung und stieß deswegen auch auf denselben prinzipiellen Wider stand.[1])

Die Opposition fußte auch in diesem Falle hauptsächlich auf der Frage der Verfassungsmäßigkeit. Die Föderalisten argumentirten von staatsmännischen Gesichtspunkten aus und gingen auf die Verfassungsfrage nur so weit ein, als es zur Widerlegung der Gegner nothwendig war. Die Anti-Föderalisten dagegen berührten die wesentlichen Argumente nur ganz vorübergehend und wo sie es thaten, ließen sie sich von ihrem Doktrinarismus oft zu Absurditäten hinreißen.[2]) Die ganze Debatte wurde von ihnen in kleinlichem, tiftelndem Advokatengeiste geführt. Selbst Madison, der die bedeutendste Oppositionsrede hielt, erhob sich kaum auf einen höheren Standpunkt. Freilich war es nicht leicht, unter den obwaltenden Verhältnissen gewichtige staatsmännische Einwendungen zu erheben, und auch die konstitutionellen Bedenken wogen nicht schwer, da sie ausschließlich negativer Natur waren. Die Verfassung verließ dem Kongreß nicht ausdrücklich die Befugniß zur Gründung einer Bank und die Anti-Föderalisten versuchten nun den Beweis, daß dieselbe nicht zur Ausübung irgend einer der ausdrücklich verliehenen Befugnisse „nothwendig" sei.[3])

---

[1]) 1791.

[2]) So z. B. erklärte sich Jackson von Georgia gegen die Errichtung einer Bank, weil sie der Regierung das Borgen erleichtern würde. (Deb. of Congr. I p. 287.) Er hatte damit freilich noch lange nicht die von Jefferson erklommene Höhe erreicht. Dieser meinte, man könne durch ein einziges Amendement zur Verfassung „die Administration unserer Regierung zu den ächten Prinzipien der Konstitution zurückführen", nämlich durch ein Amendement, das der Bundesregierung die Befugniß entziehe, Anleihen zu machen. Jefferson an Taylor 26. Nov. 1798. Jeff.'s Works IV p. 260. — Ein anderer Einwand von Jackson war, „daß die Bank nur dem merkantilen Interesse zum Vortheil gereichen würde;" er habe nie eine Banknote in Georgia gesehen. (Deb. of Congr. I p. 272.) Es verdient Erwähnung, daß sowohl er als Madison auch bei dieser Gelegenheit die geographische Scheidung der Parteien scharf hervorhoben. Jackson schloß sein Argument mit den Worten: „not a gentleman scarcely to the eastward of a certain line is opposed to the Bank, and where is the gentleman to the southward that is for it?" (l. c. I p. 287.)

[3]) In Art. I Sect. 8 § 18 der Konstitution heißt es: der Kongreß soll Macht haben, „to make all laws which shall be necessary and proper for carrying

Die Anti-Föderalisten fühlten wohl die Schwäche dieser Position und sie haschten daher ängstlich nach anderen Gründen. Ihre Sache wurde dadurch nur schlechter. Die Staaten, hieß es, hätten das Recht, Banken zu errichten und zu verbieten. Staatsbanken aber könnten sich nicht gegenüber einer Nationalbank halten, daher sei diese verfassungswidrig, da eine Beeinträchtigung der Staatenrechte nicht statthaft sei, wo die Verfassung dieselbe nicht ausdrücklich erlaube.[1]) Ferner verbiete die Konstitution eine besondere Begünstigung irgend welcher Orte,[2]) der Ort aber, an dem die Bank ihren Sitz hätte, würde unstreitig vor allen anderen begünstigt sein.

Diese und ähnliche Einwendungen streiften in das Gebiet des Lächerlichen hinüber. Allein kein Grund war so absurd, daß er nicht gläubige Ohren gefunden hätte, wenn die Rechte der Staaten in Gefahr erklärt und die Dienste des alten Gespenstes „Konsolidation" requirirt wurden. Die Politiker hätten nicht in Fragen von so eminenter Bedeutung eine solche Opposition wagen, über zehn Jahre lang fortführen und endlich den Sieg gewinnen können, wenn sie nicht auf der breiten und festen Basis der in dem gesammten Volke[3]) prävalirenden anti-nationalen Tendenzen gestanden hätten.

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß das Ueberwiegen der anti-nationalen Tendenzen aus der verschiedenen politischen und sozialen Entwickelung der Staaten, aus ihrer politischen Zusammenhangslosigkeit bis zur Revolution, aus dem geringen Handels- und sonstigen Verkehr zwischen ihnen, und endlich aus mannigfachen Verschiedenheiten in ihren natürlichen Verhältnissen herzuleiten ist. Ein

into execution the foregoing powers" etc. Vrgl. dir Rede von Gerry über die Bankfrage. Deb. of Congr. I p. 300 ff. und Marshall in M'Culloch v. Maryland, Wheaton's Rep. IV pp. 414—422.

[1]) Deb. of Congr. I pp. 275 u. 285.

[2]) Art. I Sect. 9 §. 6.

[3]) Man muß sich durch die scheinbare Unvereinbarkeit dieses Satzes mit dem föderalistischen Programm nicht irre führen lassen. Die anti-nationalen Tendenzen der Föderalisten waren weit schwächer als die der Anti-Föderalisten. Allein, wenn die Föderalisten die Maßnahmen Hamilton's unterstützten, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß die Masse derselben, oder selbst nur alle die Führer, aus ganz den gleichen Motiven seiner Politik anhingen, oder auch nur seine Beweggründe und seine Endziele vollkommen verstanden hätten.

rasches Verwachsen konnte daher nicht Statt finden, und stete und heftige Reibungen waren unvermeidlich. Allein die rein amerikanischen Streitfragen dieser Periode waren doch nicht solcher Art, daß sich aus ihnen allein die krankhafte Leidenschaftlichkeit der inneren Kämpfe vollkommen erklären ließe. Durch die französische Revolution wurde von Außen her ein Moment hineingetragen, das unabhängig von den realen Verhältnissen und zum Theil in Widerspruch zu ihnen, die Erregung während mehrerer Jahre auf der Siedehöhe hielt.

Die Revolution wurde anfänglich in den Vereinigten Staaten von allen Parteien mit Freude begrüßt. Als aber nach dem Tode Mirabeau's die Haltlosigkeit und die groben Mißgriffe des rathlosen Hofes den Radikalen immer mehr das Uebergewicht gaben und die anarchischen Elemente sich immer dreister gebärdeten, da begannen die Föderalisten sich nach und nach von ihr abzukehren. Die Anti-Föderalisten schlossen sich ihr dagegen desto inniger an. Je schärfer Frankreich in die Idealpolitik mit brutalen Mitteln einlenkte, desto üppiger wucherte in den Vereinigten Staaten der radikalistische Doktrinarismus; je aufmerksamer und ängstlicher dort die Gesetzgeber der Nation nach der Donnerstimme Danton's und nach dem wüthigen Gezeter Marat's hinhörten, desto stirndreister wühlte hier die widrigste Demagogie.

Im Herbst 1791 gründete Freneau in Philadelphia die National-Gazette[1]), die den Einfluß von Fenno's föderalistischer United States Gazette neutralisiren sollte. Anfangs begnügte sie sich damit, Hamilton's Finanzpolitik herunterzureißen und John Adams zu geißeln, weil er der präsumptive Nachfolger Washington's war. Mit der Zeit aber tastete sie selbst den Präsidenten an.[2]) Ihr Witz ward zur Bosheit und an die Stelle der scharfen Polemik gegen die Zweckmäßigkeit bestimmter Maßnahmen traten die gehässigsten Anklagen gegen die Motive und Endzwecke der Gegner. Waren die hervorragendsten Föder-

---

[1]) Die erste Nummer erschien den 31. Oktober.

[2]) Washington schreibt den 21. Juli 1793 Henry Lee: „But in what will this abuse terminate? For the result, as it respects myself, I care not . . . The arrows of malevolence . . . however barbed and well pointed, never can reach the most vulnerable part of me; though while I am up as a mark they will be continually aimed. The publications in Freneau's and Bache's papers are outrages on common decency; and they progress in that style, in proportion as their pieces are treated with contempt, and are passed by in silence, by those at whom they are aimed.“ Wash.'s Works X p. 359. Vrgl. Jeff.'s Works IX p. 164.

alisten seit jeher eine „korrupte Schaar" gewesen,[1]) so wurde nun die alte Verläumdung der „monarchischen" Tendenzen mit steigendem Eifer aufgewärmt. „Die monarchische Faktion" wurde das große Stich- und Schlagwort. Der Gang der Ereignisse in Frankreich verlieh ihm besondere Kraft. Je unzweifelhafter dort der Sturz des Königthums wurde, desto vernichtender konnte hier gegen die Elenden gedonnert werden, denen angeblich das heilige Wort „Republik" ein Stachel im Fleisch war.

Es war nicht allein Demagogie, welche die anti-föderalistischen Politiker diese naheliegende und wirksame Waffe ergreifen ließ. Ihre geistige und moralische Trunkenheit war nicht nur fingirt. Sie hatten sich in der That ungleich viel stärker an der französischen Revolution als an ihrem eigenen Freiheitskampfe berauscht. Darum waren es nicht nur Dichter-Politiker wie Freneau und ehrgeizige Mischlinge von Staatsmann und Demagog wie Jefferson, die dem Volke beständig das furchtbare Bild einer Krone vor Augen hielten. Auch Männer wie Madison witterten überall Monarchismus.[2]) Nichts desto weniger aber waren die Befürchtungen völlig ungegründet.

Fr. Kapp hebt mit Recht hervor, daß die Kolonisten beim Ausbruch der Revolution durchaus nicht in einem prinzipiellen Gegensatz zu der monarchischen Staatsform standen.[3]) Trotzdem aber waren sie schon damals durch und durch republikanisch. Die Frage ob Monarchie

---

[1]) „The corrupt squadron." Die Anti-Föderalisten — und unter ihnen Jefferson mit am entschiedensten — behandelten es stets als eine erwiesene Thatsache, daß Hamilton seine großen Finanzgesetze nur habe durchsetzen können, weil er verschiedene Repräsentanten gekauft. Allein der einzige Beweis für die Wahrheit der Anklage war die Frechheit, mit der sie vorgebracht wurde. Die Aufforderungen, die Bestochenen zu bezeichnen oder die allgemeinen Bezüchtigungen sonst zu begründen, blieben vollständig fruchtlos.

[2]) In einem Briefe vom 13. Aug. 1792 an Edmund Randolph schreibt er von den „doctrines and discourses circulated in favor of monarchy and aristocracy" (Rives, Life and Times of Mad. III p. 196.) In den von ihm verfaßten Virginia-Resolutionen von 1798 wird der Bundesregierung vorgeworfen, daß ihre Politik dahin gehe, „to consolidate the states, by degrees, into one sovereignty, the obvious tendency and inevitable result of which would be, to transform the present republican system of the United States into an absolute, or, at best, a mixed monarchy." (Elliot, Deb. IV p. 528). Und noch im Mai 1824 sprach er von dem „monarchical spirit and partisanship of the British Government which characterized Fenno's paper". Randall, Life of Th. Jeff. II pp. 74, 75.

[3]) Preußische Jahrbücher 1871.

oder Republik konnte hier nicht nach freiem Belieben entschieden werden. Die Republik war die einzige den gegebenen Verhältnissen angemessene Staatsform und konnte daher auch allein Bestand haben. Eine Staatsform, die den Sitten und Gewohnheiten des Volkes zuwiderläuft, kann nicht von Dauer sein, und die Sitten und Gewohnheiten der Amerikaner waren durchweg in eminentem Maße republikanisch. Die Anhänglichkeit an das britische Königshaus und an den englischen Staat war eine Gewohnheit, deren Kraft in ihrem Alter lag und die, unter Verkennung der realen Verhältnisse, ihre Nahrung viel mehr aus der Phantasie als aus dem Gemüthe zog. Sie konnte den realen Verhältnissen nur so lange Stand halten, weil in England bereits in so hohem Grade die Monarchie nur noch die Form, das Wesen dagegen eine aristokratische Republik war, und weil das spezifisch Monarchische in den Kolonien noch weit weniger zur Geltung gelangte als in England selbst. Nachdem der passive Gewohnheits-Monarchismus der Kolonisten einmal über den Haufen geworfen worden war, konnte er unmöglich wieder hergestellt werden. Das Fundament, auf dem er geruht hatte, war bis auf den Grund zerstört und alle monarchischen Tendenzen mußten hinfort rein in der Luft schweben.

Der blinde Doktrinarismus der Anti-Föderalisten verhinderte sie, dieses zu erkennen. Sie brandschatzten wiederum die ganze Geschichte nach Analogien, aus denen sie die Existenz und die Größe der Gefahr bewiesen. Die angeblichen Monarchisten waren sich dagegen ganz klar darüber, daß alle die angezogenen Beispiele keine Anwendung auf den gegebenen Fall fänden. Ihre vernünftige Klage war, daß die Geschichte anderer Völker so wenig enthalte, was mit einiger Sicherheit als Analogie verwerthet werden könne.[1]) Und unter allen vorgeblichen Analogien schienen ihnen diejenigen die verkehrtesten, die eine Monarchie für das Damoklesschwert erklärten, welches das Leben der Republik bedrohe.[2]) Diese Ansicht wurde nicht nur von der Tribune und in der Presse als Vertheidigung gegen die Anklagen der Gegner vorgebracht, sondern sie findet sich wiederholt und mit Emphase in dem vertrau-

---

[1]) „. . . a case so anomalous as ours, so unlike every thing European in its ingredients, its action, and thus far in its operation, will baffle, for a long time, all the conjectures and prognostics that are drawn from other scenes." - Fisher Ames' Works I p. 324.

[2]) „I do not know one man of sense and information who seriously apprehends any danger from monarchical opinions." Wolcott an Jed. Morse. Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 190.

lichen Briefwechsel der leitenden Föderalisten ausgesprochen. Ihr Verbrechen war, daß sie nicht in der monarchischen Idee die Wurzel aller politischen Uebel sahen und der Ueberzeugung waren, daß auch unter republikanischer Regierungsform ein Volk politisch, geistig und sittlich zu Grunde gerichtet werden könne. Sie sahen vielfach zu schwarz, aber ihre Spekulationen ruhten auf den wirklichen Verhältnissen und nicht auf Abstraktionen und sie wußten, daß mit Menschen nicht wie mit todten Zahlen oder logischen Begriffen gerechnet werden dürfe. Wenn sie daher auch nicht in das gedankenlose Geschrei gegen die Monarchie im Allgemeinen einstimmten, so erkannten sie doch viel klarer als die Anti-Föderalisten, daß in den Vereinigten Staaten eine Monarchie unmöglich sei und wenn sie errichtet werden könnte, die Uebel nur verschlimmern würde, die ihnen so ernste Besorgnisse für die Zukunft der Republik einflößten.[1]) Selbst wenn sie in der That der konstitutionellen Monarchie in der Theorie den Vorzug vor der Republik gaben, blieb ihnen doch diese unbestreitbare Thatsache stets so vollkommen gegenwärtig, daß ihr Handeln und Streben nie in Widerspruch zu ihr stand.

Konnte Einer mit Recht ein Monarchist in der Theorie genannt werden, so war es Hamilton. Er bekannte sich in dem Konvente zu Philadelphia in den ausdrücklichsten Worten zu der Ueberzeugung, daß „die britische Regierung die beste der Welt" sei und daß er „nahezu daran verzweifle, daß eine republikanische Regierung über ein so ausgedehntes Gebiet (wie die Vereinigten Staaten) errichtet werden könne." Dem fügte er jedoch hinzu, „er erkenne dabei, daß es unklug sein würde, eine Regierung irgend einer anderen Form vorzuschlagen."[2]) Die letztere Ueberzeugung schwächte sich nicht mit der Zeit ab, sondern wurde beständig fester, bis das „unklug" zum bedingungslosen **unmöglich** geworden war.[3]) Sein bitterster Feind und rücksichtslosester Ankläger,

---

[1]) „Monarchy is no path to liberty, offers no hopes. It could not stand, and would, if tried, lead to more agitation and revolution than any thing else." Fisher Ames' Works I p. 324. Vrgl. Quincy, Life of J. Quincy p. 88.

[2]) Elliot, Deb. V. p. 202.

[3]) „It is past all doubt, that he (Burr) has blamed me for not having improved the situation I once was in (als General-Quartiermeister der Armee) to change the government. That when answered, that this could not have been done without guilt, he replied 'Les grandes âmes se soucient peu des petits moraux'; that when told **the thing was never practicable, from the genius and situation of the country**, he answered, that depends on

Jefferson, hat ihm endlich selbst das Zeugniß ausgestellt, als er (Jefferson) längst von der politischen Bühne abgetreten war und Hamilton schon zwanzig Jahre im Grabe lag.[1])

Einen praktischen Werth hatte die Thatsache, daß den Föderalisten kein Gedanke ferner lag, als monarchistische Intriguen zu spinnen, in so fern nicht, als die Anti-Föderalisten keinen Beweis für zureichend anerkannt hätten. Sie würdigten zu sehr den Werth der Anklage, als daß sie sie unter irgend welchen Umständen hätten fallen lassen. Das geht schon daraus hervor, daß sie nach und nach den Namen Republikaner annahmen, damit den Anspruch erhebend, allein vollkommen aufrichtig und mit ganzer Hingebung das republikanische Prinzip zu vertreten. Außerdem waren sie weder geistig noch gemüthlich in der Verfassung, daß man ruhig mit ihnen hätte raisonniren können, und mit jedem Tage wurde ihre Phantasie heftiger zu krankhafter Erregung aufgespornt. Hatten sie sich anfänglich in begeistertem Rausche von dem idealen Schwunge der französischen Revolution fortreißen lassen und hatte die Ueberreizung sie dann in das Stadium herabgedrückt, in dem apodiktische Unduldsamkeit für catonische Prinzipienstrenge gehalten wird, so sanken sie seit dem Frühling 1793 rasch in die Tiefen des zelotischen Fanatismus, der in's Bahnlose fortreißt. Die Ankunft des französischen Gesandten Genet am 9. April 1793[2]) in Charleston war das Signal zum Ausbruch der Gährung, die seit vier Jahren wesentlich in die Tiefe fortgeschritten war, weil es an Gelegenheit zu einem kräftigen Durchbruch gefehlt hatte.

---

the estimate we form of the human passions, and of the means of influencing them'" Hamilton an Bayard. Siehe den ganzen Brief in Ham.'s Works VI pp. 419 — 424. Durch ein Versehen ist er ein Jahr zu früh datirt. In einem Brief vom 18. Sept. 1803 über den Verfassungsentwurf, den er dem Konvent zu Philadelphia vorlegte, sagte er: „This plan was predicated upon these bases: 1. That the political principles of the people of this country would endure nothing but republican government.“ Ham.'s Works VI. p. 558.

[1]) Jefferson schreibt Van Buren am 29. Juni 1824: „For Hamilton frankly avowed that he considered the British Constitution, with all the corruptions of its administration, as the most perfect model of government that had ever been devised by the wit of man; professing, however, at the same time, that the spirit of this country was so fundamentally republican that it would be visionary to think of introducing monarchy here, and that therefore it was the duty of its administrators to conduct it upon the principles their constituents had elected.“ Van Buren, Political Parties p. 434.

[2]) De Witt, Th. Jefferson p. 218 gibt den 8. April an.

Genet war ein Diplomat von Erfahrung und nicht ohne Talent, bis zum Fanatismus erfüllt von den radikalen Doktrinen der Revolution und sein ganzes Sein und Denken übersättigt von dem charakteristischen naiven Nationalhochmuth der Franzosen. Er operirte mit dem Geschick und der rücksichtslosen Sicherheit, die ihm bei der Stimmung, in der er das Volk fand, anfänglich den größten Erfolg sichern mußte. In Charleston war er mit Begeisterung aufgenommen worden und seine ganze Reise nach Philadelphia glich einem Triumphzuge. Die Republikaner verfielen mit reißender Geschwindigkeit der Herrschaft der souveränen Phrase. Der unselige Freiheits-Missionsschwindel bemächtigte sich ihrer. Der Ozean, der zwischen ihnen und der alten Welt lag, ließ den Gedanken nicht aufkommen, Hand in Hand mit den Franzosen den Unterdrückten und Geknechteten Europas mit Kanonenschlünden das Evangelium der Gleichheit und Brüderlichkeit zu predigen[1]), und ihnen selbst hatte ein gütiges Geschick keine Nachbarn gegeben, die dessen bedürftig gewesen wären. Aber das blutige Erlösungswerk der Franzosen im Inneren und nach Außen hin sollte mindestens die größte moralische Unterstützung finden. Konnte es geschehen, so sollte ihnen auch praktisch nach Kräften unter die Arme gegriffen werden, ohne dabei zu peinlich nach den Pflichten zu fragen, die Völkerrecht und Verträge den Vereinigten Staaten anderen Mächten gegenüber auferlegten. Das war es, was Genet wollte. Die Vereinigten Staaten sollten thatsächlich ein Bundesgenosse Frankreichs sein und sich dabei von ihm dirigiren lassen. Von Anfang an gebärdete Genet sich als der Herr und behandelte jede Behinderung als einen Verrath an der Sache der Freiheit, der gegenüber es keinerlei Rechte noch Pflichten gebe.

Washington hatte befürchtet, daß die Sympathien für Frankreich sich in gefährlicher Weise äußern könnten und dem durch seine berühmte Neutralitätsproklamation[2]) vom 22. April 1793 vorzubeugen ge-

---

[1]) Schon in einem Dekret des Konvents vom 15. November 1792 heißt es: „Die französische Nation erklärt, daß sie das Volk als Feind behandeln wird, das Freiheit und Gleichheit verweigert oder aufgibt, darnach verlangt, seinen Fürsten und seine privilegirten Kasten zu behalten, oder mit ihnen in einen Vergleich zu treten." Und ein Dekret vom 19. November 1792 erklärte, daß die französische Nation jedem Volke, das seine Freiheit wieder zu erlangen wünsche, Beistand gewähren wolle.

[2]) Alle Mitglieder des Kabinets stimmten darin überein, daß eine Proklamation erlassen werden solle „for the purpose of preventing interferences of the citizens of the United States in the war between France and Great Britain"

sucht.[1]) Dieser Schritt war um so mehr angezeigt, als das Vorgehen Genet's den Vereinigten Staaten die aller ernstesten Verwickelungen mit England zu bereiten drohte. Die Republikaner aber fuhren fort, die Proklamation für „nicht an der Zeit und unnöthig"[2]) zu halten, auch als hierüber nicht der geringste Zweifel mehr obwaltete. Mit leidenschaftlicher Bitterkeit wurde angegriffen, was gar nicht erst einer ausdrücklichen Erklärung bedurft hätte, wenn nicht ein beträchtlicher Theil des Volkes vom Schwindel ergriffen gewesen wäre. Es wäre mehr als Thorheit gewesen, unthätig zuzuschauen in der Erwartung, daß die Ernüchterung von selbst rechtzeitig eintreten werde. Die blinde Heftigkeit, mit der gegen die Administration geeifert wurde, bewies am besten, wie nothwendig es gewesen war, ohne Verzug Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.[3]) Die republikanische Presse wühlte so energisch und mit solchem Erfolg, daß Hamilton es für geboten hielt, selbst für die Administration in die Schranken zu treten. Die Wucht seiner Schläge wurde stets so schwer von den Republikanern empfunden, daß sie nur ihre besten Streiter ihm entgegentreten ließen. Auch jetzt suchte Madison als Helvidius die Wirkung der sieben Briefe des Pacificus zu neutralisiren.[4])

(Jeff.'s Works III p. 591; Wash.'s Works X p. 534; Ham.'s Works IV p. 360). Das Wort „Neutralität" wurde jedoch nicht gebraucht auf die Einwendung hin, daß eine Neutralitätserklärung über die Kompetenz der Exekutivgewalt hinaus gehe und daß es besser wäre, eine Neutralitätserklärung zu verziehen, um sich „die am weitesten gehenden Privilegien" neutraler Mächte als Preis zahlen zu lassen. Jeff.'s Works III p. 591; IV pp. 18, 29, 30. Jefferson sagt jedoch richtig: „The public, however, soon took it up as a declaration of neutrality, and it came to be considered at length as such." Washington selbst brauchte das Wort wiederholt in seinen Antworten auf die Adressen, die in Bezug auf diese Frage an ihn gerichtet wurden.

[1]) Statesman's Manual I p. 46. Genet war noch nicht in Philadelphia angekommen. Seine Ankunft in Charleston wurde erst an dem Tage in Washington bekannt, an dem die Proklamation erlassen wurde. Die Nachricht von seinen Umtrieben folgte dieser Meldung auf den Fuß.

[2]) Letters of Pacificus No. VII.

[3]) Madison schreibt Jefferson am 19. Juni 1793: „Every gazette I see (except that of the 'United States') exhibits the spirit of criticism on the Anglified complexion charged on the executive politics . . . The proclamation was in truth a most unfortunate error. It wounds the national honor, by seeming to disregard the stipulated duties to France. It wounds the popular feelings, by a seeming indifference to the cause of liberty." Rives, Life and Times of J. Madison III pp. 334, 335.

[4]) In der Gideon'schen Ausgabe des Federalist von 1818 sind die Briefe des Pacificus und Helvidius im Anhange vollständig abgedruckt. Sehr charakteristisch

Jefferson war mit der Naivetät eines Kindes in die plumpen Schlingen des französischen Gesandten gegangen. Der prächtige Phrasenschwall, mit dem dieser im Namen der französischen Nation der Schwesterrepublik die Hand uneigennützigster Freundschaft bot, hatte für seine Ohren einen zu zauberhaft bestrickenden Klang. „Kurz, er bietet Alles an und verlangt Nichts", in das eine Wort faßte Jefferson mit Entzücken und richtig den Inhalt der Erklärungen Genet's zusammen.[1]) Es kennzeichnet den Grad der staatsmännischen Befähigung Jefferson's, daß er solche Erklärungen für bare Münze nehmen konnte. Es ließen sich Gründe genug dafür anführen, daß Frankreich im Augenblick sehr viel daran gelegen sein müsse, die Vereinigten Staaten auf's Aeußerste in seinem Interesse auszunutzen. Für die Annahme, daß es wirklich von einer in der Geschichte der Diplomatie so unerhörten Uneigennützigkeit beseelt sei, konnten selbst die Leute von Jefferson's Schlage nur den einen Umstand anführen, daß es Republik sei und einer Republik eine derartige hochherzige Gesinnung durchaus angemessen sei. Von einer Republik durfte nicht vorausgesetzt werden, daß es nur eine läppische Phrase war, die den gesunden Menschenverstand der Adressaten insultirte, wenn sie erklärte: „Wir sehen in Euch die einzigen Leute auf der Erde, die wir aufrichtig lieben können und die verdienen, so geliebt zu werden."[2]) Mit einem aus Bitterkeit und hochmüthigem Mitleid über die Kurzsichtigkeit und Verderbtheit seiner Gegner gemischten Aerger fügte Jefferson hinzu: „Und dennoch weiß ich, daß die Anerbietungen auf Widerstand stoßen werden und ich besorge, daß sie nicht werden angenommen werden."

Genet illustrirte die Uneigennützigkeit der Freundschaft Frankreichs in einer Weise, die bald selbst dem widerwilligen Jefferson die Augen über die Natur — wenn nicht der Schwesterrepublik, so doch mindestens ihres Gesandten öffnete. Den 14. Juli schrieb er an Monroe: „Sein (Genet's) Verhalten kann selbst von dem wüthendsten Jakobiner nicht gerechtfertigt werden."[3]) Allein er selbst hatte diesem Verhalten

---

ist der Anfang von Madison's erstem Briefe: „Several pieces with the signature of Pacificus were lately published, which have been read with singular pleasure and applause, by the foreigners and degenerate citizens among us, who hate our republican government, and the French revolution."

[1]) Jeff.'s Works III p. 563.

[2]) Jeff.'s Works l. c.

[3]) Jeff.'s Works IV p. 20.

gegenüber zu lange eine zweideutige Haltung eingenommen, als daß es kurzer Hand als absurde Verläumdung zurückgewiesen werden konnte, wenn er selbst ein Jakobiner gescholten wurde. Genet berichtete dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, daß Jefferson ihm anfänglich nützliche Winke gegeben habe, die von dem Staatssekretär gegenüber dem Gesandten einer fremden Macht mehr als taktlos waren.[1]) In mehr als einem Falle, in dem Genet die Vereinigten Staaten auf's Gefährlichste zu kompromittiren drohte, lähmte Jefferson die Aktion der Regierung dermaßen, daß ihm wenigstens mit einem starken Schein von Berechtigung der Vorwurf gemacht werden konnte, er spiele mit ihm unter einer Decke und schätze die Freundschaft Frankreichs höher als das Interesse und die Ehre des eigenen Landes.[2]) Noch den 5. Juli, also nur neun Tage vor dem angeführten Brief an Monroe, förderte er indirekt aber mit Bewußtsein den Plan Genet's, mit Hülfe der Kentuckier in Louisiana einen Aufstand gegen die spanische Herrschaft anzuzetteln.[3])

---

[1]) Dans les commencements, Jefferson, sécretaire d'Etat, m'a donné des notions utiles sur les hommes en place et ne m'a point caché que le senateur Morris et le sécretaire de la trésorerie Hamilton, attachés aux intérêts de l'Angleterre, avaient la plus grande influence sur l'esprit du président, et que ce n'était qu'avec peine qu'il contre-balançait leurs efforts." Depesche vom 7. Oktober 1793. Documents historiques No. VII, angeführt bei De Witt, Th. Jefferson p. 221.

[2]) Der bedeutendste Fall war der mit dem Little Democrat. Vrgl. Marshall, Life of Wash. II pp. 270—273. Randall's eingehende Vertheidigung von Jefferson's Handlungsweise bei dieser Gelegenheit (Life of Jeff. II pp. 157—172) ist, wie das ganze Buch, zu sehr vom Parteistandpunkte geschrieben. Es ist jedoch richtig, daß die gedrängte Erzählung Marshall's Jefferson nicht ganz gerecht wird.

[3]) Genet's Depesche vom 25. Juli, angeführt bei De Witt, Th. Jefferson p. 221. Es heißt darin: „M. Jefferson me parut sentir vivement l'utilité de ce projet; mais il me déclara que les Etats-Unis avaient entamé des négociations avec l'Espagne à ce sujet, qu'on lui demandait de donner aux Américains un entrepôt au-dessus de la Nouvelle-Orléans, et que tant que cette négociation ne serait point rompue, la délicatesse des Etats-Unis ne leur permettait pas de prendre part à nos opérations; cependant il me fit entendre qu'il pensait qu'une petite irruption spontanée des habitants du Kentucky dans la Nouvelle-Orléans pouvait avancer les choses; il me mit en relation avec plusieurs députés du Kentucky, et notamment avec M. Brown". Nach Jefferson's eigenem Bericht habe er Genet davor gewarnt, förmliche Anwerbungen in Kentucky zu machen und Offizierspatente auszugeben, weil er „damit den Leuten einen Strick um den Hals legen würde." Dann fährt er fort: „That leaving out that article (aus der be-

Gingen Jefferson und den meisten Republikanern die Augen auf, so war das lediglich der Verblendung Genet's zu danken. Was Chauncey Goodrich einige Jahre später aussprach, galt schon jetzt: Die Franzosen selbst ruhten nicht eher, als bis sie die „Liebeskrankheit" der Amerikaner geheilt hatten.[1]) Als die Behörden sich in dem Falle mit dem „Kleinen Demokraten" zu energischem Einschreiten anschickten, drohte Genet mit einer Appellation an das Volk und führte auch bald darauf seine Drohung aus. Das hieß den Bogen zu stark spannen. So weit waren, mit nur wenigen Ausnahmen, auch die Republikaner noch nicht nach Geist und Gemüth Frankreich verfallen, daß der französische Geschäftsträger sie ungestraft hätte auffordern können, offen und förmlich mit ihm und unter seiner Führung gegen die Administration zu gehen, namentlich so lange Washington an der Spitze derselben stand. Die Schritte, welche seine eigene Regierung als „strafbar" und „verbrecherisch"[2]) bezeichnete, hätten sie ihm noch allenfalls nachgesehen. Aber sie konnten es nicht ruhig hinnehmen, daß der Fremde es wagte, der aus freier Volkswahl hervorgegangenen Regierung im Namen des Volkes zu drohen. Das war nicht nur Widerstand gegen

---

absichtigten Adresse Genet's) I did not care what insurrections should be excited in Louisiana." Dem revolutionären Agenten Genet's, einem gewissen Michaud — (De Witt schreibt Michaux) — gab er ein Empfehlungsschreiben an Gouverneur Shelby. Er sprach in demselben von ihm nur „as a person of botanical and natural pursuits," änderte dann aber auf Genet's Bitten den Brief so, daß der Gouverneur mehr in ihm sehen mußte. Ana. Jeff.'s Works IX pp. 150, 151.

[1]) Goodrich den 18. Jan. 1797 an den älteren Wolcott: „Our Country must get over its love-sickness for France, and if one degree of insult and suffering won't answer that valuable purpose, they will have madness enough to administer sufficiency." Gibb's, Mem. of Wolc. I p. 436.

[2]) „. . . la conduite puinissable . . . les démarches et les manoeuvres criminelles du citoyen Genet." Deforgues, derzeitiger Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Frankreich, an G. Morris, Sparks, Life of G. Morris II p. 358. — Freilich hätte die Antwort Frankreichs auf die Klagen der Vereinigten Staaten wohl anders gelautet, wenn die Girondisten noch am Ruder gewesen wären, vorausgesetzt diese wären bei ihrer ursprünglichen Politik beharrt. Es ist aktenmäßig festgestellt, daß Genet ausdrücklich instrurirt war, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Der ganze Plan, nach dem er operirte, war ihm in allem Detail vorgezeichnet, und die Verantwortlichkeit ruht daher keineswegs vorwiegend auf ihm persönlich. Mémoire pour servir d'instruction au citoyen Genet; die Berathung des conseil exécutif, vom 17. Jan. 1793; die Depeschen des Ministers des Aeußeren an Genet vom 24. Februar und 10. März 1793. De Witt p. 218.

die auch ihnen unliebsame Politik der Administration, sondern eine freche Verhöhnung der republikanischen Idee und eine schwere Beleidigung des ganzen Landes. Die Republikaner wagten es nicht, die Administration dafür zu tadeln, daß sie Genet's Abberufung verlangt hatte, und mochten es auch nicht thun,[1]) obwohl die Reaktion in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Regierung sich natürlich nicht auf diesen speziellen Punkt beschränkte, als sie einmal eingetreten war. Sie konnten sich freilich leicht darin ergeben, weil sie von Anfang an die richtige Vermuthung hegten, daß die Masse ihrer Anhänger bald wieder in den alten Strom zurücktreiben würde.[2])

In dem neuen Kongreß, der den 2. Dezember 1793 zusammentrat, hatten die Republikaner im Repräsentantenhause die Majorität. Ihr Kandidat Mühlenberg wurde mit zehn Stimmen Mehrheit zum Sprecher gewählt. Die Administration befand sich somit von Hause aus in einer mißlichen Lage, deren Schwierigkeiten durch die ebenso schlaue als unpatriotische Taktik der Opposition noch bedeutend erhöht wurden. Der Grundsatz, den Jefferson 1798 als den leitenden in der Politik der Opposition anerkannt wissen wollte, war schon jetzt in hohem Grade von ihr adoptirt worden: „Nichts thun und Zeit gewinnen."[3]) Den Vorschlägen der Administration wurde mit Gegenvorschlägen begegnet, von denen man wußte, daß sie nicht von ihr angenommen werden konnten. Mußte irgend etwas geschehen, so bequemte man sich — oft erst nach langem Kampfe — zu durchaus ungenügenden Zugeständnissen und machte dann die Administration für die Halbheit aller Maßregeln verantwortlich. Dabei wurde stets mit viel Geschick der gefährlichen Nothwendigkeit vorgebeugt, selbst eine klare und entschiedene Initiative zu ergreifen. Kurz, die Opposition war in eminentem Sinne des Wortes Opposition und nichts weiter. Wolcott charakterisirte die Thätigkeit des Kongresses während dieser Session in der folgenden Weise: „Nichts sehr Verkehrtes (wrong) ist so weit

---

[1]) Einige Vertheidiger fand Genet jedoch noch immer. Jefferson schreibt Madison den 1. Sept. 1793: „He has still some defenders in Freneau, and Greenlief's paper, and who they are I know not: for even Hutcheson and Dallas give him up." Jeff.'s Works IV p. 53.

[2]) „Hutcheson says that Genet has totally overturned the republican interest in Philadelphia. However, the people going right themselves, if they always see their republican advocates with them, an accidental meeting with the monocrats will not be a coalescence." Jeff. l. c.

[3]) Jeff.'s Works IV p. 222.

gethan worden, obwohl viel versucht worden ist. Im Ganzen gereicht die Session der Regierung des Landes nicht zur Ehre. Schwäche, Leidenschaft und Verdacht haben hauptsächlich die öffentlichen Vorgänge charakterisirt."[1])

Der Austritt Jefferson's aus dem Kabinet[2]) bot keinen vollen Ersatz für diese Haltung des Repräsentantenhauses. Washington versuchte es allerdings nicht wieder, die Idee einer parteilosen Administration dadurch zu verwirklichen, daß er die Häupter beider Parteien in seinen Rath nahm. Allein der bisherige Generalanwalt Randolph, der an die Stelle von Jefferson trat, war doch keineswegs ein Tausch zum Besseren. Er hatte von Anfang an eine unklare und schwankende Stellung eingenommen, obwohl er in der Regel mit Jefferson zusammenging. Die Republikaner sahen ihn daher auch nicht unbedingt als Einen der Ihrigen, geschweige denn als ihren Führer an. Washington konnte mithin nicht mehr so nachdrücklich geltend machen, daß er, was die Zusammensetzung seines Kabinets anlangte, beiden Parteien vollkommen gleich gerecht geworden sei, und doch hatte er keine Stärkung seines Kabinets erzielt. Er war in der That aus dem Regen in die Traufe gekommen. Der wesentlichste Vorwurf, der Jefferson in seiner Thätigkeit als Staatssekretär gemacht werden konnte, war sein hart bis an die Grenze der Intrigue gehendes Liebäugeln mit Frankreich. Randolph überschritt diese Grenze weit. Bevor das an den Tag kam, hatte sich jedoch wieder ein großer Umschwung in der öffentlichen Meinung vollzogen.

Die französische Regierung hatte Genet vollständig desavouirt und der neue Gesandte Fauchet trat anfänglich mit Mäßigung und Takt auf.[3]) Man war daher schnell bereit, Frankreich von aller Schuld frei-

---

[1]) Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 1?4.

[2]) 1. Jan. 1794. Ch. Fr. Adams faßt die Gründe und die Wirkungen von Jefferson's Rücktritt in die folgenden Sätze zusammen: „For Mr. Jefferson to continue longer in the cabinet in which his influence was sinking, was not only distasteful to himself, but was putting a restraint on the ardor of opposition, and impairing the energies of his friends without any compensating prospect of good. He determined to withdraw; and his act became the signal for the consolidation of the party, which looked to him as its chief. Broad and general ground was now taken against the whole policy of the administration, and the arrows, shut up within the quiver so long as he remained liable to be hit, were now drawn forth and sharpened for use even against Washington himself." Life of J. Adams II p. 152.

[3]) Wash.'s Works X p. 401.

zusprechen und Genet persönlich für die erfahrene Unbill verantwortlich zu machen.

England leistete diesem Wiedererwachen der schwindenden Sympathien für Frankreich großen Vorschub. Statt die beginnende Aenderung in der Stimmung des amerikanischen Volkes durch Entgegenkommen zu fördern und für sich auszunutzen, ließ es sich noch rücksichtsloser in seiner gereizten und reizenden Politik gehen. Das englische Dekret (order in council) vom 6. November 1793, das thatsächlich den neutralen Mächten allen Handel mit den französischen Kolonien untersagte, wurde in den Vereinigten Staaten als Zeichen so feindseliger Gesinnung angesehen, daß man ernstlich an die Möglichkeit eines Krieges zu denken begann. Den 26. März 1794 votirte der Kongreß ein Embargo von 30 Tagen und verlängerte später dasselbe um weitere 30 Tage. Andere Maßnahmen, theils das Land in Vertheidigungszustand zu setzen, theils zureichende Repressalien für etwaige Schädigungen amerikanischer Bürger vorzusehen, wurden in Berathung genommen.[1]) Die Nachricht von den mildernden Beschränkungen, welche das Dekret vom 6. November durch ein neues Dekret vom 8. Januar 1794 erfahren hatte, besänftigte die Erregung nur zum geringen Theil. Clark von New Jersey beantragte den 7. April 1794 im Repräsentantenhause, das Kaufen von britischen Industrieerzeugnissen und Rohprodukten zu verbieten, bis die westlichen Posten ausgeliefert und volle Entschädigung für die Verluste gezahlt worden, welche die Amerikaner durch Verletzung ihrer neutralen Rechte erlitten hätten. Das Haus nahm die Resolution am 21. April in amendirter Form an[2]) und es schien nicht unwahr-

---

[1]) Auch hier kamen zum Theil unreine Motive in's Spiel. John Adams schreibt seiner Frau am 10. Mai: „The senators from Virginia moved, in consequence of an instruction from their constituents, that the execution of the fourth article of the treaty of peace, relative to bona fide debts, should be suspended until Britain should fulfil the seventh article. When the question was put, fourteen voted against it, two only, the Virginia delegates, for it; and all the rest, but one, ran out of the room to avoid voting at all. And that one excused himself This is the first instance of the kind.

„The motion disclosed all the real object of all the wild projects and mad motions which have been made during the whole session.“ Life of J. Adams II p. 177. — Es ist wohl bekannt, wie sehr seitdem im Kongreß die feige Praxis in Aufnahme gekommen ist, sich bei peinlichen Fragen durch Entfernung der Abstimmung zu entziehen.

[2]) Mit 58 gegen 38 Stimmen. Siehe die Resolution Deb. of Congr. I p. 498.

scheinlich, daß sie auch im Senat angenommen werden würde.[1]) Der Krieg wäre dadurch fast unvermeidlich geworden. Washington beschloß daher, einen außerordentlichen Gesandten nach England zu schicken, um einen letzten Versuch zur friedlichen Ausgleichung der Differenzen zu machen.[2]) Seine Wahl fiel auf den Oberrichter Jay, dessen Ernennung auch nach einiger Opposition vom Senat bestätigt wurde.[3])

Dank der staatsmännischen Mäßigung, mit der Jay zu Werke ging, hatte seine Mission Erfolg. Am 19. November 1794 zeichnete er in London den vereinbarten Vertrag[4]) und am 7. März 1795 gelangte derselbe in die Hände Washington's. Der Senat sprach sich mit der konstitutionellen Majorität von zwei Dritteln für die Ratifikation aus, die Klausel über den westindischen Handel (Art. 12) ausgeschlossen.[5]) Washington zögerte jedoch mit der Ratifikation, weil ihm verschiedene Bestimmungen des Vertrages nicht behagten. Den extremen Republikanern kam das sehr zu Statten. Sie hatten bereits gegen ihn zu agitiren begonnen, bevor noch sein Inhalt bekannt geworden war.[6]) Ihnen war jede Verständigung mit England unliebsam, weil sie von einer solchen unter allen Umständen eine Beeinträchtigung der moralischen und sonstigen Unterstützung erwarteten, die sie Frankreich gewährt zu sehen wünschten. Als dann durch die Indiskretion eines Senators[7]) der Vertrag vor der Zeit bekannt ward, wurde sogleich die leidenschaftlichste Opposition gegen ihn angefacht.

Die amerikanische Demokratie zeigte sich hier von einer neuen und bedeutsamen Seite, die nachmals wiederholt scharf hervorgetreten ist. Fisher Ames warf dem Volke vor, daß es sich zu viel bieten lasse.[8]) Die Haltung, welche es schon so lange Frankreich gegenüber einnahm, rechtfertigte unstreitig diesen Vorwurf. Allein in demselben Maße, in dem es von Frankreich zu viel hinnahm, sah es England zu wenig nach. Dort ließ es sich durch die Phantasie in eine ungesunde Politik

---

[1]) Das Votum im Senat stand bei der dritten Lesung 13 zu 13, die Stimme des Vize-Präsidenten gab den Ausschlag dagegen. Life of J. Adams II p. 154.

[2]) Wash.'s Works X pp, 403, 404; Life of J. Adams II p. 153.

[3]) Zwei Tage vor der Annahme der Clark'schen Resolution im Hause, aber nachdem sie im Ausschuß des Ganzen angenommen worden war.

[4]) Statutes at Large VIII pp. 116—129.

[5]) 24. Juni 1795.

[6]) Wash.'s Writings XI p. 513.

[7]) Stevens Thompson Mason von Virginia.

[8]) „We, the people, are in truth more kickable than I could have conceived." Den 24. April 1797 an Wolcott. Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 498.

treiben, durch die das Gefühl für die Forderungen der Ehre und Würde des Staates in hohem Grade abgestumpft wurde, und hier gab es seiner gemüthlichen Stimmung bis zum vollständigen Vergessen aller politischen Rücksichten nach. Die Frage, was für einen Vertrag die Vereinigten Staaten unter den Umständen hatten erwarten dürfen, legten sich die Republikaner gar nicht vor. Während in den inneren Angelegenheiten die politische Klugheit im Laufe der Jahre zur sittlichen Feigheit verbildet ward, wurde hier, wo ein Vertrag der Natur der Sache nach nur ein Kompromiß zwischen den gegenseitigen Forderungen sein konnte, der Gedanke an ein Kompromiß als schmähliche Verschacherung der nationalen Ehre gebrandmarkt. Die Möglichkeiten mit ihren verschiedenen Wahrscheinlichkeiten wurden nicht gegen einander abgewogen und es wurde nicht untersucht, ob nach den thatsächlichen Verhältnissen die Durchsetzung der von den Vereinigten Staaten aufgestellten Forderungen überhaupt unter die Möglichkeiten gerechnet werden dürfe. Das lebhafte Gefühl für die nationale Ehre und das ruhige Vertrauen in die nationale Kraft erschien zu empfindlichem Hochmuth und dünkelhafter Deklamation verzerrt. Wo nüchtern geprüft werden mußte, wurde das gereizte Gefühl durch die Phantasie künstlich bis zu blinder Leidenschaft aufgeregt und der Richterstuhl staatsmännischen Urtheils wurde für das bis zur Vagheit des Instinktes verschwommene Gefühl der Massen in Anspruch genommen. Volksversammlungen ohne jede gesetzliche Existenz redeten als „Volk" und leiteten aus der Volkssouveränetät die Berechtigung ab, den gesetzlichen Autoritäten in der Form von Meinungsäußerungen und Empfehlungen Vorschriften zu ertheilen[1]), die oft in einem befehlenden und fast drohenden Tone gehalten waren. Dabei gefiel man sich in Demonstrationen, die nicht nur gegen guten Geschmack und Anstand im höchsten Grade verstießen, sondern auch England schwer beleidigen mußten.[2])

In Boston, New York und Philadelphia brach der Sturm zuerst los. Seit die Segnungen der Konstitution fühlbar geworden waren, hatten im Norden die unteren Schichten der Bevölkerung der großen Städte begonnen, vornehmlich das anti-föderalistische Kontingent zu

[1]) „Such errors are unavoidable where the people, in crowds out of doors, undertake to receive ambassadors, and to dictate to their supreme executive." J. Adams den 19. Dez. 1793 an seine Frau. Life of J. Adams II p. 158.

[2]) In Philadelphia wurde der Vertrag vor dem Hause des englischen Gesandten Hammond verbrannt und in Charleston schleifte der Pöbel die englische Flagge durch den Straßenschmutz. Gibbs, Mem. of Wolc. I. pp. 218, 220.

stellen. Klingende Phrasen und alle Demagogenkünste konnten hier mit bestem Erfolge angewendet werden. Die großstädtische Plebs hat stets den fruchtbarsten Acker für den Doktrinarismus abgegeben. So finden wir sie denn auch in den Vereinigten Staaten bereits in enger Koalition mit dem aristokratischen Süden, bevor dieser noch zur eigentlichen Sklavokratie geworden und jene — mehr oder minder zum Proletariat herabgesunken — sich ihr ganz verschrieben hat. Der Süden war von Anfang an in diesem Bündniß der leitende Geist und zog auch von Anfang an allein aus ihm Vortheil.

Auch jetzt war der Süden der eigentliche Herd der Bewegung, obgleich sie in den großen Städten des Nordens zuerst zum Ausbruch gekommen war und dem äußern Anscheine nach auch am heftigsten auftrat.[1])

Diese Aufnahme des Vertrages läßt sich nicht allein aus den zwischen den Vereinigten Staaten und England obwaltenden Verhältnissen erklären. Nur in Folge der Francomanie nahm die Opposition so sehr den Charakter blinden Wüthens an. Die Francomanie war aber nicht sowohl einer der Gründe der Parteischeidung, als vielmehr nur eines der Momente, in denen gelegentlich die Parteischeidung in besonders folgenschwerer Weise zum Ausdruck gelangte. Bei der tiefgewurzelten Abneigung gegen England hätte wohl auch die Mehrzahl der Föderalisten trotz der Ausschreitungen der französischen Revolution fortgefahren mehr zu Frankreich hinzuneigen, wenn ihre realen Interessen sie nicht viel fester an England gebunden hätten. Bei den südlichen Staaten war das entweder nicht der Fall oder es wurde von ihnen verkannt. Sie behandelten in dieser Frage die Politik lediglich als eine Sache der Sympathie und Antipathie. In dem kommerziellen Norden gab der Dollar den Ausschlag in der schwankenden Wage. Sein Interesse bewahrte ihn davor, so gierig das süße Gift der Freiheitsphrase zu schlürfen, daß sein Blick für die Forderungen der nationalen Ehre getrübt wurde. Als während der Präsidentschaft von John Adams das Zerwürfniß zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen geführt hatte, drängte ein kleiner Theil der Föderalisten auf den Krieg hin. Von einem Kriege

---

[1]) „The treaty has received a most violent opposition from a certain party in most of our great towns, but in the southern states the opposition is pretty general." Wolcott an seinen Vater, 10. Aug. 1795. Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 224.

mit Frankreich erwarteten sie — und nicht ohne allen Grund — keine wesentliche Beeinträchtigung des amerikanischen Handels. Durch eine Verschärfung des Zwistes mit England konnten dagegen früher wie später die Vereinigten Staaten auch im besten Falle sehr wenig gewinnen, während die östlichen Staaten in jedem Falle schwer darunter hätten leiden müssen[1]). Es gehörte wenig mehr dazu, den Streit bis zum Kriege zu treiben[2]), und ein Krieg mit England bedeutete den Ruin des Handels der östlichen Staaten. Schon 1793, als der Friede mit England durch die Umtriebe Genet's und ihre Folgen gefährdet schien, wurden daher in den Neu England Staaten Stimmen laut, die unumwunden aussprachen, daß die Auflösung der Union einem Kriege mit England vorgezogen werden würde.[3]) Deswegen entging ihnen auch trotz des anfänglich täuschenden Anscheines die geographische Gruppirung der Freunde und der Feinde des Vertrages nicht. Ueber die unmittelbar vorliegende Frage hinausgehend wiesen sie wieder auf die Spaltung der Republik in „zwei große Sektionen" hin und erklärten eine baldige Verständigung zwischen ihnen für die Voraussetzung des Fortbestandes der Union.[4])

---

[1]) Die nach Frankreich und seinen Kolonien ausgeführten Waaren repräsentirten 1797 einen Werth von $ 12,449,076; 1798: $ 6,968,996; 1799: $ 2,780,504; 1800: $ 5,163,833. — Nach Groß-Britannien und seinen Kolonien wurden ausgeführt 1797 für $ 9,212,335; 1798 für $ 17,184,347; 1799 für $ 26,546,987; 1800 für $ 27,310,289. Pitkin, A Statistical View of the Commerce of the United States of America. p. 216.

[2]) Washington schreibt Hamilton den 31. August 1795: „... it would seem next to impossible to keep peace between the United States and Great Britain." Ham.'s Works VI p. 33.

[3]) „A war with Great Britain, we, at least, in New England, will not enter into. Sooner would ninety-nine out of a hundred of our inhabitants separate from the Union, than plunge themselves into such an abyss of misery." Th. Dwight an Wolcott. Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 107.

[4]) Wolcott den 1. August 1795 an Noah Webster: „We have every thing to hope from the virtue and reason of one part of the community, and every thing to fear from the vice and turbulence of another. It is however certain that the great sections of the United States will not long continue to be agitated as they have been. We must and shall come to some explanation with each other." Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 222. Es zeigt von der Schärfe seines Blickes, daß er bei dieser Gelegenheit die Sklaverei als die wesentlichste Ursache jener Spaltung bezeichnete, obwohl sie in keiner Hinsicht in direkter Verbindung zu dem Vertrage stand. Er schreibt den 10. August 1795 an seinen Vater: „I am, however, almost discouraged with respect to the southern states; the effect

Im Norden trat die Reaktion bald ein. Die Kaufleute, die sich in die Opposition hatten hineinziehen lassen, waren meist entweder übertölpelt oder terrorisirt worden. Die Farmer überstürzten ihr Urtheil nicht. Als sie es endlich abgaben, nachdem alle die einschlägigen Fragen genügend erörtert worden waren, lautete es im Allgemeinen entschieden für den Vertrag. Im Süden fand dagegen nur unter den Kaufleuten zum Theil ein Umschwung in der Stimmung Statt. Bei der Masse der Bevölkerung folgte bloß eine gewisse Abspannung auf die übergroße Erregung, während die Führer dadurch zu immer heftigeren Angriffen gegen den Vertrag und seine Urheber und Unterstützer fortgetrieben wurden. Madison stempelte die Föderalisten zur „britischen Partei" und klagte sie an, „die heiligsten Gebote der nationalen Ehre geopfert" zu haben.[1]) Jefferson entblödete sich nicht, Jay, den oft geprüften Patrioten und den Oberrichter der Vereinigten Staaten einen „Spitzbuben" zu schelten.[2]) In der Presse wurde mit einer Bitterkeit und einem Aufwande von Kraft gestritten, wie es seit dem Kampf um die Annahme der Konstitution nicht wieder geschehen. Wiederum warf sich Hamilton mit der ganzen Wucht seines überlegenen Geistes in die Schranken und wiederum konnte Niemand seinen Streichen Stand halten. Die 38 Nummern des „Camillus"[3]) schlugen so mächtig durch,

of the slave system has been such that I fear our government will never operate with efficacy .... Indeed, we must of necessity soon come to a sober explanation with that people and know upon what we are to depend. It is impossible to continue long in our present state." l. c. I p. 224.

[1]) Madison den 10. Aug. 1795 an Kanzler Livingston von New-York: „Indeed, the treaty, from one end to the other, must be regarded as a demonstration, that the party to which the envoy belongs, and of which he has been more the organ than of the United States, is a British party, systematically aiming at an exclusive connection with the British government, and ready to sacrifice to that object as well the dearest interests of our commerce as the most sacred dictates of national honor." Rives, Life and Times of J. Madison III p. 511.

[2]) Jeff.'s Works IV p. 120. Allerdings gebraucht er in seiner vorsichtigen Weise das Wort nur in einem Bilde. Sein ihm blind ergebener Biograph kann daher mindestens als fraglich hinstellen, ob er die Bezeichnung „in any personal sense" auf Jay habe anwenden wollen. Randall, Life of Jeff. II p. 267.

[3]) Ham.'s Works VII pp. 172—528. „The defence by Camillus was written in concert between Hamilton, King and Jay. The writings on the first ten articles of the treaty were written by Hamilton; the rest by King, till they come to the question of the constitutionality of the treaty which was discussed by Hamilton . . . This I have from King's own mouth. It is to pass however for Hamiltons." J. Adams den 31. Jan. 1796 an seine Frau. Life of J. Adams

daß sein bitterster Feind und Neider seiner Geistesgröße das glänzendste Zeugniß ausstellte, das ihr je ertheilt worden ist. Jefferson beschwor Madison in fast flehendem Tone, den Kampf mit dem „Koloß“ der Föderalisten aufzunehmen, weil alle die Angriffsschriften der Republikaner vor Hamilton's Vertheidigung platt zu Boden fielen.[1]) Dieses Zugeständniß war ein dreifaches Lob für Hamilton, da er[2]) ebenso wie Washington[3]) und die übrigen hervorragenden Föderalisten, Jay selbst mit eingeschlossen[4]), keineswegs unbedingt zufrieden mit dem Vertrage war, sondern nur, Alles in Allem genommen, trotz seiner verschiedenen mißliebigen Bestimmungen und seiner sehr wesentlichen Lücken die Verwerfung für ein größeres Unglück hielt als die Annahme.

Die Föderalisten blieben Sieger, aber der Kampf war hart. Washington erklärte ihn für die schwerste und bedenklichste Krisis seiner Administration.[5])

Mit der einmal getroffenen Entscheidung erreichte die Krisis im Wesentlichen ihr Ende, so weit die eigentliche Frage, die Beziehungen der Vereinigten Staaten und Groß-Britannien in Rede stand. Die mittelbar involvirten Fragen fuhren aber noch geraume Zeit fort, das Land in Erregung zu halten und übten einen erheblichen Einfluß auf die inneren politischen Kämpfe der nächsten Jahre aus.

Wiederum war es Frankreich, das als böser Geist zwischen die

II p. 195. Nach J. C. Hamilton (Hist. of the Rep. of the U. St. of Am. VI p. 273) sind dagegen „die ursprünglichen Entwürfe“ der ersten 22 Artikel und noch 6 andere in Hamilton's Handschrift, die Nummern 23 bis 30 und 34 und 35 von einer anderen Hand „with frequent alterations, interlineations and additions by Hamilton.“

[1]) Jeff.'s Works IV pp. 121, 122.

[2]) Ham.'s Works V p. 106; VI pp. 35 ff. Vgl. auch Gibbs, Mem. of Wolc. I pp. 223, 224.

[3]) Washington den 22. Juli 1795 an Edm. Randolph: „My opinion respecting the treaty is the same now that it was, namely, not favorable to it, but that it is better to ratify it in the manner the Senate have advised, and with the reservation already mentioned, than to suffer matters to remain as they are, unsettled.“ Wash.'s Writings XI p. 36.

[4]) Wash.'s Writings XI pp. 481, 482. App.; Life and Writings of J. Jay II pp. 257—259.

[5]) „To sum the whole up in a few words, I have never, since I have been in the admistration of the government, seen a crisis, which in my judgement has been so pregnant with interesting events, nor one from which more is to be apprehended, whether viewed on one side or the other.“ Wash.'s Writings XI p. 48. Vgl. a. Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 327.

Parteien trat und den äußeren Anstoß dazu gab, zunächst daß sie sich noch schroffer gegenübertraten und dann daß die Republikaner bleibend die Oberhand erhielten.

Washington war auch Frankreich gegenüber seiner maßvollen und entgegenkommenden Politik treu geblieben, die nach allen Richtungen hin die Erhaltung, resp. Wiederherstellung eines guten Einvernehmens als ihre Hauptaufgabe ansah, soweit andere und höhere Rücksichten das irgend gestatteten. Als Gouverneur Morris dem Wohlfahrtsausschuß wegen der Festigkeit, mit der er die Neutralitätspolitik Washington's vertrat, mißliebig geworden war und um seine Abberufung nachgesucht wurde, gab Washington dem Verlangen nach, obwohl er mit dem Verhalten seines Gesandten vollkommen zufrieden war. James Monroe wurde zu seinem Nachfolger ernannt, um nicht den geringsten Zweifel darüber zu lassen, daß die Administration sich noch sehr wohl der während des Revolutionskrieges von Frankreich geleisteten Dienste erinnere und gerne bereit sei, die lebhaften Sympathien zu berücksichtigen, die das Volk ihm noch entgegentrug.

Der Konvent bekundete seine Würdigung dieses Entgegenkommens dadurch, daß er Monroe einen öffentlichen Empfang votirte, bei dem dieser wetteifernd mit dem Präsidenten Merlin de Douai in phrasenreicher, übertriebener Sprache sich über den Freundschafts- und Freiheitsbund der beiden Nationen ausließ. Washington war hiermit keineswegs zufrieden. Das Antwortschreiben des Staatssekretärs auf den Bericht des Gesandten war in rügendem Tone abgefaßt, weil er über seine Instruktionen hinausgegangen sei und sich eine Sprache erlaubt habe, die nicht mit der durchaus neutralen Haltung der Vereinigten Staaten in Einklang stände.[1])

Die französischen Machthaber vermerkten diese reservirte Haltung der Administration um so übler, weil Monroe's ferneres Gebahren vollkommen den durch sein erstes Auftreten erregten Erwartungen entsprach. Er that, als habe sich die Administration vollständig seiner Diskretion in die Hände gegeben und übte diese rücksichtslos im Sinne der von den Republikanern gegen Frankreich und England eingenommenen Stellung aus. Seine Taktlosigkeiten nahmen einen so bedenklichen Charakter an, daß Washington endlich nicht umhin konnte, ihn abzuberufen.[2]) Obwohl Monroe zur Zeit, da sein Nachfolger

[1]) Wash.'s Writings XI p. 510; Monroe, View of the Conduct of the Executive p. 23.

[2]) Sept 1796.

Ch. C. Pinckney mit seiner Abberufung in Frankreich anlangte, auch in Paris nicht mehr in der früheren Gunst stand, so gab das Direktorium doch der Abschiedsceremonie einen ihm persönlich höchst schmeichelhaften Charakter. Allein die Antwort des Präsidenten auf Monroe's Ankündigung seiner Abberufung war nur formell an den Gesandten gerichtet; die eigentliche Adresse lautete theils an die Administration und theils an das amerikanische Volk. Phrase, Dünkel und Insolenz waren in der Rede auf die Spitze getrieben.[1]) Und bei den beleidigenden Worten blieb es nicht. Pinckney erhielt die Weisung, daß Frankreich keinen amerikanischen Gesandten mehr empfangen werde, bis seine Beschwerden abgestellt seien.[2])

Unter diesen Beschwerdegründen spielte der Vertrag Jay's eine Hauptrolle. Monroe hatte sich nach Kräften aber vergeblich bemüht, der französischen Regierung eine Abschrift desselben zu verschaffen, bevor noch sein Schicksal entschieden war.[3]) In welcher Weise Frankreich eine so frühzeitige Bekanntschaft mit dem Vertrage ausgenutzt haben würde, läßt sich aus der Heftigkeit schließen, mit der er nach

[1]) Es mag hier ein Passus angeführt werden, um zu zeigen, was für Beleidigungen die Anti-Föderalisten sich ruhig bieten ließen. Obwohl die Amerikaner sicher nicht nur dem Namen nach Republikaner waren oder sind, so sind sie doch stets fast ebenso sehr wie die Franzosen und mehr als irgend ein anderes europäisches Volk der Krankheit des Republikendusels unterworfen gewesen. Auch von Frankreich hätten sie nimmermehr eine solche Sprache hingenommen, wenn es nicht Republik gewesen wäre. — Ich gebe die Stelle in der englischen Uebersetzung, da mir das französische Original nicht zur Hand ist. „France, rich in her liberty, surrounded by a train of victories, strong in the esteem of her allies, will not abase herself by calculating the consequences of the condescension of the American government, to the suggestions of her former tyrants. Moreover, the French republic hoped that the successors of Columbus, of Raleigh, and of Penn, proud of their liberty, will never forget that they owe it to France. They will weigh in their wisdom, the magnanimous benevolence of the French people with the crafty caresses of certain perfidious persons who meditate bringing them back to their former slavery. Assure the good American people, sir, that like them we adore liberty; that they will always have our esteem, and that they will find in the French people republican generosity, which knows how to grant peace as it does to cause its sovereignty to be respected.“ Elliot, Diplomatic Code II p. 518.

[2]) Botschaft des Präsidenten an den Kongreß, 16. Mai 1797. Statesman's Manual I p. 108; State Papers II pp. 388—390, 397 ff.; Elliot, Dipl. Code II p. 523.

[3]) Wash.'s Writ. XI pp. 508, 511; Monroe a. a. O. p. 28; Monroe's Brief an Jay v. 17. Jan. 1795, Life of Jay I pp. 335. 336.

seiner Veröffentlichung sowohl in Paris als von dem französischen Gesandten in Washington denunzirt wurde.

Adet, dem bereits vor der Publikation des Vertrages Kenntniß von demselben gegeben worden war, hätte vielleicht auch mehr mit seinen Remonstrationen ausgerichtet, wenn nicht gerade jetzt die Berichte des früheren französischen Gesandten Fauchet, die Randolph so schwer kompromittirten, an den Tag gekommen wären.[1]) Adet ließ sich jedoch durch den ersten Mißerfolg nicht abschrecken. Ließ sich auch die inzwischen erfolgte Ratifikation des Vertrages nicht wieder rückgängig machen, so konnte er doch immerhin dazu ausgenutzt werden, auf die Bevölkerung in einer dem französischen Interesse günstigen Weise einzuwirken. Allein Adet nahm sich Genet zum Muster und überschoß wie dieser das Ziel. Man nahm es jetzt nicht besser auf als früher, daß der Gesandte seine amtlichen Mittheilungen an die Administration gleichzeitig in den Zeitungen der Republikaner veröffentlichte[2]), denn man sah darin jetzt wie früher eine Appellation von der Administration an das Volk. Hatte man aber damals, da die demokratischen Gesellschaften noch in Blüthe standen und der schwindelnde Enthusiasmus für den französischen Freiheitsrausch wenig über den Zenith hinaus war, eine solche Einmischung des Fremden nicht dulden wollen, so war man jetzt natürlich noch viel weniger dazu geneigt.[3])

Der Hauptgrund für dieses unkluge Vorgehen Adet's, das sein früheres Auftreten nicht hatte erwarten lassen, war offenbar der Wunsch, die bevorstehende Präsidentenwahl zu beeinflussen.

Wie tiefe Wurzeln die Parteigegensätze bereits geschlagen hatten, geht daraus hervor, daß Washington als die vorzüglichste Zielscheibe der republikanischen Presse herhalten mußte, so lange es dem weiteren Publikum noch nicht bekannt war, ob er sich bestimmen lassen würde, zum dritten Male als Kandidat aufzutreten. Als seine Abschiedsadresse

---

[1]) Der Plan dieses Werkes erlaubt es nicht, auf diese interessante Frage näher einzugehen. Es ist nie vollständig sicher festgestellt worden, wie weit Randolph's Schuld ging und was die wesentlichsten Motive seiner Handlungsweise waren. Gibbs behandelt in den Memoiren Wolcott's die Frage ausführlich, aber wohl etwas einseitig. Die Vertheidigungsschrift Randolph's ist ein schwaches Machwerk, das wenig Licht auf die Sache wirft.

[2]) Hildreth, Hist. of the U. St. IV pp. 681—685.

[3]) John Adams schreibt den 12. Dez. 1796: „Adet's note has had some effect in Pennsylvania, and proved a terror to some Quakers; and that is all the ill effect it has had. Even the Southern States seem to resent it." Life of J. Adams II p. 208.

(17. Sept. 1796) jeden Zweifel hierüber benahm, änderte sich sogleich das Bild vollständig. Das Resultat der Wahl war jetzt in hohem Grade zweifelhaft. Einen zweiten Mann, für den die gesammte Nation hätte gewonnen werden können, gab es nicht. Die Föderalisten, in deren Händen bisher die Leitung des Staates geruht, obwohl sie im Repräsentantenhause wiederholt die Minderheit gehabt hatten, konnten nicht einmal einen Kandidaten aufstellen, der innerhalb der Partei auf eine vollkommen einmüthige und freudige Unterstützung rechnen durfte.

Es herrschte damals noch ein Gefühl im Volke, als wenn der Vize-Präsident eine gewisse Anwartschaft auf die Nachfolge in der Präsidentschaft habe.[1]) Auch abgesehen davon wäre jedoch Adams stets einer der hervorragendsten Kandidaten der Föderalisten gewesen. Die große Mehrzahl derselben gab ihm bald entschieden den Vorzug vor allen den anderen möglichen Kandidaten. Einige der bedeutendsten und einflußreichsten Föderalisten dagegen fürchteten ernstliche Folgen für die Partei und das Land von der Eitelkeit und Heftigkeit wie von dem Eigensinn und Schwanken, die sie ihm vorwarfen. Ihn völlig bei Seite zu schieben, war weder möglich noch ihr Wunsch. Aber sie dachten an einen Versuch, Th. Pinckney, dem föderalistischen Kandidaten für die Vize-Präsidentschaft, eine größere Anzahl von Elektoralstimmen zu erwirken, wodurch dieser nach der damaligen Bestimmung der Verfassung Präsident und Adams Vize-Präsident geworden wäre. Obgleich dieser Plan ängstlich vor der Masse des Volkes verborgen gehalten wurde, so bewirkte er doch, daß der Wahlkampf nicht mit dem Nachdruck von der Partei geführt wurde, als es bei vollständiger Einmüthigkeit der Führer geschehen wäre.

Frankreich wünschte natürlich den Erfolg Jefferson's. Diesem Wunsche entsprang zum großen Theile das veränderte Auftreten Adet's seit dem Oktober. Wolcott wollte wissen, daß Adet offen erklärt habe, die fernere Politik Frankreichs gegen die Vereinigten Staaten werde von dem Ausgang der Wahl abhängen.[2]) Einige entblödeten sich

---

[1]) Life of J. Adams II pp. 192, 194, 197. Siehe auch die Adresse der Republikaner von Massachusetts an Gerry, 16. Februar 1813. Niles' Register IV p. 21.

[2]) „I have been informed in a most direct, and as I conceive, authentic manner, that M. Adet has said that the future conduct of France towards this country, would be influenced by the result of our election.“ Wolcott an seinen Vater, 27. Nov. 1796. Gibbs, Mem. of Wolc. I. p. 401.

nicht, diese Drohung als einen Grund dafür geltend zu machen, daß Jefferson der Vorzug gegeben werden solle.[1]) Auf die selbstbewußteren Föderalisten aber übte sie gerade die gegentheilige Wirkung aus.[2])

Es liegt jedoch kein Grund zu der Annahme vor, daß der Ausgang der Wahl ein anderer gewesen wäre, wenn Adet sich diskreter gezeigt hätte. Allein seine Indiskretion trug jedenfalls dazu bei, die erwartete kleine Majorität für Adams vollkommen sicher zu stellen, während das erwähnte Seitenmanoeuvre Hamilton's zu Gunsten Pinckney's Jefferson zur Vize-Präsidentschaft verhalf.

Die Möglichkeit, daß Präsident und Vize-Präsident in „entgegengesetzten Logen" sitzen könnten, hatte Adams lebhafte Befürchtungen eingeflößt.[3]) Ob diese sich begründet erweisen würden, konnte nur die Zukunft zeigen. Das Ergebniß der Wahl ließ aber unstreitig die Lage des Landes als eine sehr ernste erkennen. Der Rücktritt Washington's nahm den letzten Zügel von den Parteileidenschaften. Die Parteigrenzen waren jetzt scharf gezogen, und während die Luft „dick mit Ereignissen" war, schien ein Haar genügend, bei der nächsten Gelegenheit die Wage nach der anderen Seite hinübersinken zu machen.

Die Föderalisten hatten sich im Ganzen schärfer von den Republikanern geschieden, aber nicht sich in dem entsprechenden Maße konsolidirt. Die Gemäßigteren und die Extremen gingen vielmehr nach und nach immer weiter auseinander. Jene bildeten die große Majorität der Partei, aber diese zählten die bedeutendsten Talente derselben zu ihren Mitgliedern. Bei der geringen Majorität, mit der sie gesiegt hatten,[4]) konnte es daher kaum zweifelhaft erscheinen, daß ihnen die Herrschaft entrissen werden würde, wenn sich ihre inneren Differenzen

---

[1]) G. Cabot berichtet Wolcott über eine Unterredung mit Cutting, in welcher dieser ihm erklärt, daß die Föderalisten zu der Ueberzeugung gekommen sein, „we must sooth France by making their favourite, Jefferson, President, or we must take a war with them." Gibbs, l. c. I p. 492.

[2]) Der ältere Wolcott, der zu den extremsten aber auch einflußreichsten Föderalisten von New England gehörte, meinte, die nördlichen Staaten sollten sich, wenn Jefferson gewählt würde — was nur durch französische Intriguen geschehen könne — von dem Süden trennen und nie wieder mit ihm vereinigen, es sei denn zu militärischen Zwecken. Gibbs l. c. I p. 409.

[3]) Adams an seine Frau, 7. Jan. 1796: „It will be a dangerous crisis in public affairs, if the President and Vice-President should be in opposite boxes." Life of J. Adams II p. 192.

[4]) Adams erhielt 71 Elektoralstimmen, eine mehr als zur Wahl nöthig waren.

verschärften. Und daß dieses geschehen würde, war keineswegs unwahrscheinlich.

Hamilton, der trotz seines Rücktritts der leitende Geist von Washington's Kabinet geblieben war, wurde von den Extremen unbedingt als Führer anerkannt, und sein Charakter war nicht darnach angethan, einen Ausgleich leicht zu machen. Er war Staatsmann genug, um nicht blind dem Wünschenswerthen nachzujagen, sondern sich mit dem Streben nach dem Erreichbaren zu bescheiden. Was aber das Erreichbare sei, das ließ er sich nicht gerne von Anderen sagen. Wie fast alle staatsmännischen Talente ersten Ranges konnte er, nachdem er einmal die Führerschaft errungen hatte, nur führen und sich nie wieder in Fragen von Belang „majorisiren" lassen. Sein Genie allein konnte ihm aber jetzt nicht mehr die Führerschaft sichern; die Verhältnisse hätten einen nicht zu erwartenden günstigen Umschwung erfahren müssen, um sie ihm noch fernerhin zu erhalten. Jetzt hatte er nicht mehr nur gegen den Haß der Republikaner und eine sehr geringe Popularität bei den Massen seiner eigenen Partei anzukämpfen. Das offizielle Haupt der Partei, mit dem in jeder Frage stark gerechnet werden mußte, war ihm keineswegs gewogen. Adams war eifersüchtig auf Hamilton's Einfluß und grollte ihm außerdem nicht ohne Grund wegen der Pinckney-Intrigue. Ueberdieß war er ein unberechenbarer Charakter, der stark dazu neigte, nach augenblicklichen Impulsen zu handeln und dessen angeborene Festigkeit durch seine Eitelkeit von jedem Druck eines anderen Willens zu fast störrigem Eigensinn überreizt wurde. Die Gefahr, daß hierdurch die Mißhelligkeiten in der Partei bis zum Bruch getrieben werden konnten, wurde außerdem noch dadurch sehr erhöht, daß Adams das Kabinet Washington's beibehielt, das sich daran gewöhnt hatte, Hamilton als seinen Führer anzusehen.

Die Zwistigkeiten zwischen den Führern waren jedoch nicht das Einzige, was die Herrschaft der Föderalisten ernstlich gefährdet erscheinen ließ. In den Massen waren zu ihren Ungunsten Parteiverschiebungen erfolgt, die einen bleibenden Charakter zu haben drohten. New-York, wo bisher die anti-föderalistischen Tendenzen stark überwogen hatten, war wohl von den Föderalisten gewonnen worden, aber dieser Sieg war nur zufälligen oder ganz momentanen Ursachen zu danken. In den südlichen Staaten war dagegen ihr Anhang erheblich gelichtet, und auch ein großer Theil derer, die jetzt noch mit ihnen gegangen waren, hatte zu schwanken begonnen. Die beiden einzelnen Stimmen

in Virginia und North-Carolina, die den Ausschlag für Adams gaben, verdankte er nur der persönlichen Hochachtung und der Erinnerung an seine während der Revolutionszeit geleisteten Dienste. South-Carolina hatte allerdings alle seine Elektoralstimmen Pinckney gegeben, aber auch mit derselben Einmüthigkeit für Jefferson gestimmt. Der härteste Schlag hatte jedoch die Föderalisten in Pennsylvania getroffen, das seit jeher mit Neu England zusammengegangen war und nun mit einer einzigen Ausnahme für Jefferson und Burr gestimmt hatte. Hier konnte aber nicht wie in dem Falle von New-York behauptet werden, daß nur zufällige und momentane Ursachen dieses Resultat zu Wege gebracht hätten. In der ländlichen Bevölkerung der nördlichen Staaten hatte unverkennbar eine tiefgehende Umstimmung begonnen und in Pennsylvania hatte sich dieselbe in Folge verschiedener lokaler Ursachen am raschesten vollzogen. Der Eindruck, den die Ereignisse vor dem Zusammentritt des Konvents zu Philadelphia gemacht, war nach und nach verwischt, während der leidenschaftliche Haß gegen England und der Gegensatz zu dem kommerziellen Interesse schon seit geraumer Zeit eine Annäherung der kleinen Landbesitzer der Nordstaaten an die Pflanzer der Südstaaten angebahnt hatte.

Alle diese Momente zusammen genommen legten den Gedanken nahe, daß der Sieg der Föderalisten nur ein Pyrrhus-Sieg sein dürfte. Die Republikaner hatten guten Grund, sich zu beglückwünschen und ihren theilweisen Erfolg als ein günstiges Omen für einen baldigen vollständigen Triumph anzusehen. Je mehr sie sich aus der bloßen Opposition gegen die Politik der Föderalisten und der ebenso unklaren als übermäßigen Schwärmerei für die französische Revolution herausarbeiteten, desto mehr konsolidirten sie sich auch. Die doktrinäre Phrase übte auch auf sie nicht mehr die Zaubergewalt aus wie vor einigen Jahren, aber gleichzeitig mit der Dämpfung des ziellosen Schwarmgeistes hatten auch ihre Träumereien und verschwommenen Theorien begonnen, in einem positiven Programm Gestalt zu gewinnen.[1])

---

[1]) Es mag hier ein Beispiel angeführt werden, in wie sonderbarer Weise man bisweilen versuchte, die Doktrinen in der praktischen Politik zu verwerthen. Teneffee hatte auf eigene Hand mit der Territorialregierung abgethan und ohne Autorisation vom Kongreß eine Staatskonstitution entworfen und prätendirte jetzt ipso facto und ipso jure ein Staat zu sein. Chauncey Goodrich schreibt in Bezug darauf an den älteren Wolcott: „One of their spurious senators has arrived, and a few days since went into the Senate and claimed his seat by virtue of his credentials from our new sister Tennessee, as she is called, and the rights of man.“ Gibbs, Mem. of Wolc. I p. 388.

Beides, sowohl die relative Mäßigung als das allmähliche Hinüberlenken von der bloßen Negation zu einer positiven Politik, hatte sie innerlich gefestigt und Propaganda für sie gemacht. Die Instinkte der großen Majorität des Volkes hatten ja von Anfang an mit ihnen sympathisirt und sie waren nur in der Minorität geblieben, weil sie ihrem negirenden Feuereifer zu rücksichtslos die Zügel schießen ließen und in Folge dessen der Widerspruch zwischen den realen Interessen und den negativen Zielen ihrer Idealpolitik zu drastisch zu Tage trat.

Vielleicht hätten die Republikaner schon jetzt die Oberhand gewonnen, wenn sie nicht so unklug gewesen wären, noch immer die Fragen der äußeren Politik so scharf in den Vordergrund zu drängen, daß man sie für den eigentlichen Brennpunkt ihres Programmes halten konnte. Den tiefer blickenden Beobachtern entging es freilich nicht, daß jene Fragen in Wahrheit nur die zufällig gebotenen Anhaltspunkte für die allmähliche Herausbildung der wesentlichen, in den realen inneren Verhältnissen begründeten Differenzen waren. Es ist bereits wiederholt darauf hingewiesen worden, mit welchem Nachdruck schon jetzt bei den verschiedensten Anlässen hervorgehoben wurde, daß diese Differenzen das Land in zwei geographische Sektionen theilten. Es blieb aber den Fragen der äußeren Politik vorbehalten, die Veranlassung herbeizuführen, die dieses in solcher Weise hervortreten ließ, daß man einen Augenblick unter dünner Hülle deutlich den Abgrund erkennen konnte, der unter der Union gähnte.



Nullifikation. Die „Virginia und Kentucky Beschlüsse."

Durch die Anwesenheit Washington's wurde die Inauguration Adams' eine ergreifende Szene. Adams meinte, man wisse jedoch nicht recht zu sagen, warum die Thränen so reichlich geflossen.[1]) Ein unbestimmtes Gefühl erfüllte die Gemüther, daß man noch schwereren Stürmen entgegentreiben werde, da nicht mehr der eine Mann an der Spitze des Staates stünde, der sich trotz aller Anfeindungen einen Platz in den Herzen des gesammten Volkes zu bewahren gewußt. Die Föderalisten der Hamilton'schen Fraktion gaben diesen Befürchtungen sehr bestimmten Ausdruck[2]) und auch Adams selbst war sich sehr wohl bewußt, daß er nicht leichten Zeiten entgegen gehe.[3])

Es war natürlich, daß die Verwickelungen mit Frankreich für den Augenblick die größten Besorgnisse einflößten. Die Vermuthung, daß von dort her der neuen Administration die größten Gefahren drohten, wurde denn auch bald durch die Ereignisse bestätigt.

---

[1]) Gibbs, Mem. of Wolc. I pp. 461, 462.

[2]) Der ältere Wolcott schreibt: „Mr. Adams will judge right, if he considers the present calm no other than what precedes an earthquake. He can only contemplate as far as respects himself, whether he will meet a storm which will blow strong from one point or be involved in a tornado, which will throw him into the limbo of vanity. That he has to oppose more severe strokes than as yet it has been attempted to inflict on any one, I am very sure of, in case our affairs continue in their present situation, or shall progress to a greater extreme." ibid. I p. 476.

[3]) Adams schreibt in dem Bericht an seine Frau über die Inauguration: „He (Washington) seemed to me to enjoy a triumph over me. Methought I heard him say: „Ay! I am fairly out, and you fairly in! See which of us will be the happiest'." Life of J. Adams II p. 223.

Die Inauguraladresse berührte die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich nur leicht hin. Adams hatte sich damit begnügt, von seiner Hochachtung für das französische Volk zu sprechen und den Wunsch auszudrücken, daß die Freundschaft zwischen den beiden Nationen erhalten bleibe. Die Botschaft vom 16. Mai 1797 an den zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen berufenen Kongreß handelte dagegen ausschließlich von dieser Frage.[1]) Der Präsident theilt dem Kongresse mit, daß sich das Direktorium nicht nur geweigert habe, Pinckney zu empfangen, sondern ihn sogar geheißen, Frankreich zu verlassen; die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten seien nunmehr vollständig abgebrochen. In kräftiger aber gehaltener Sprache mahnt er zu einmüthigem Zusammenstehen und empfiehlt ohne Verzug „wirksame Maßregeln zur Vertheidigung" zu ergreifen. Es gelte jetzt, „Frankreich und der Welt zu zeigen, daß wir nicht ein degradirtes Volk sind, erniedrigt durch einen kolonialen Geist der Furcht und ein Gefühl von Inferiorität, tauglich die elenden Werkzeuge ausländischen Einflusses zu sein, und ohne Rücksicht auf nationale Ehre, Charakter und Interesse." Dabei aber versprach er, „einen neuen Versuch zur Unterhandlung" zu machen.

Pinckney, Marshall und Gerry wurden ausersehen, in Gemeinschaft den Versuch zu machen, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und die friedliche Ausgleichung der schwebenden Streitfragen herbeizuführen. Ihre Bemühungen blieben vollständig fruchtlos. Das Direktorium brusquirte sie allerdings nicht, aber sein Entgegenkommen geschah in der Weise, daß in der That den alten Insulten nur neue und größere hinzugefügt wurden. Gerry, für den Adams ein gewisses persönliches Freundschaftsgefühl hegte, war dem Direktorium als Anti-Föderalist am genehmsten. Talleyrand versuchte ihn zu bestimmen, allein zu unterhandeln. Es konnte gar kein Zweifel darüber herrschen, daß Gerry jede Befugniß dazu fehlte. Theils aus Eitelkeit und theils aus Furcht vor den Folgen eines vollständigen Bruches ging er aber doch gerade weit genug in die fein gelegten Schlingen Talleyrand's, um sich selbst, seine Mit-Gesandten und die Administration erheblich zu kompromittiren.[2]) Die Taktlosigkeit war um so größer,

---

[1]) Amer. State Papers II p. 387 ff.; Statesman's Man. I p. 107 ff.

[2]) Ch. Fr. Adams sagt in der Biographie seines Großvaters: „Mr. Gerry, though he permitted the Directory to create invidious and insulting distinction, gave them no opening for advantage over himself." (Life of J. Adams II p. 232.) Die Thatsachen rechtfertigen diese Behauptung nicht. Der Präsident war

als Talleyrand durch drei verschiedene Unterhändler[1]) den Gesandten in der unzweideutigsten Weise zu verstehen gegeben, daß die Zahlung einer bedeutenden Summe Geldes die Vorbedingnng eines Ausgleiches sei.

In den ersten Tagen des April 1798 legte der Präsident auf Verlangen des Repräsentantenhauses dem Kongresse alle auf diese Vorgänge bezüglichen Schriftstücke vor.[2]) Hatte sich schon seit dem Beginn seiner Administration die allgemeine Stimmung immer entschiedener gegen Frankreich zu wenden begonnen,[3]) so brach jetzt ein wahrer Sturmwind des Unwillens los. Die Anti-Föderalisten hätten gerne der Ansicht Eingang verschafft, daß die Gesandten von gewöhnlichen Schwindlern hinter's Licht geführt worden seien.[4]) Allein ihre Reihen lichteten sich so stark, daß sie mit Vorsicht auftreten mußten.[5])

---

selbst höchst verstimmt über Gerry's Verhalten. Auch die später persönlich abgegebenen Erklärungen desselben konnten den ungünstigen Eindruck, den Adams empfangen hatte, nur abschwächen, aber nicht ihn verwischen. Erst als Adams die entscheidende Schwenkung in seiner Stellung zur französischen Frage gemacht und der Zwiespalt zwischen ihm und seinem Kabinet sich zum Bruch erweitert, hatte er Gerry nichts mehr vorzuwerfen. — Das Urtheil von Ch. Fr. Adams ist in diesem Falle wie in vielen anderen von dem Wunsche beeinflußt, den Großvater in möglichst günstigem Lichte erscheinen zu lassen. Da außerdem fast nie die Quellen angegeben sind und der Leser mit der allgemeinen Versicherung zufrieden sein muß, daß sie mit größter Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit benutzt worden, so will die im Ganzen gute Biographie doch mit großer Vorsicht benutzt werden, namentlich in ihrer Darstellung der Handlungen und Motive Hamilton's. — In Gibbs Mem. of Wolcott erscheint Gerry wohl in etwas zu ungünstigem Lichte.

[1]) Der Staatssekretär Pickering unterdrückte die Namen derselben in seinen Mittheilungen an den Kongreß und bezeichnete sie mit X., Y., Z.; die ganze Angelegenheit wurde daher die „X., Y., Z. Korrespondenz" genannt.

[2]) Amer. State Papers III pp. 169—218.

[3]) Gibbs Mem. of Wolcott I pp. 493, 497, 499, 533, 542.

[4]) Selbst Randall gibt zu, daß kaum daran gezweifelt werden könne, daß X. Y. Z. die autorisirten Agenten Talleyrand's gewesen seien. Life of Jefferson II 387. Jefferson that, als wenn er vollkommen von Talleyrand's Unschuld überzeugt wäre. Jeff.'s Works IX pp. 265, 271, 274, 367, 436. Siehe den Beweis für das Gegentheil, Tucker, Hist. of the U. St. II p. 71.

[5]) „The Republicans were instantly reduced to a more feeble minority throughout the nation than they had been any day before, since their first organization as a party." Randall, l. c. Es waren vorzüglich die kleinen Grundeigenthümer des flachen Landes, die sich um die Administration schaarten. Washington schreibt den 25. Dez. 1798 an Lafayette: „... no sooner did the yeomanry of this country come to a right understanding of the nature of the dispute,

Während Jefferson die sehr maßvoll gehaltene Botschaft des Präsidenten vom 19. März[1]) „verrückt“ gescholten hatte, erklärte er jetzt: „Wir haben noch immer die Pflicht, zu versuchen, den Krieg zu vermeiden; aber wenn er thatsächlich ausbricht, einerlei durch wen herbeigeführt, so müssen wir uns vertheidigen. Wenn unser Haus in Flammen steht, so müssen wir sie zu ersticken suchen, ohne zu fragen, ob es von Innen oder von Außen angesteckt worden. Ich zweifle nicht, daß wir hierin wie ein Mann handeln werden.“[2]) Daß dieses der Fall gewesen wäre, wird heute kaum bestritten werden. Allein obgleich die Anti-Föderalisten sicher nicht daran dachten, die Rolle von Verräthern zu spielen und obwohl sie ihren französischen Sympathien meist nur in gedämpfterem Tone Ausdruck gaben, so sagte Jefferson doch mit Recht: „Die Parteileidenschaften gehen in der That hoch.“[3]) Die Schwärmer waren ernüchtert und der Nüchternen bemächtigte sich ein Rausch. Der Mißklang der Disharmonien erhielt dadurch eine so verletzende Schärfe wie kaum je zuvor.

Ein kleiner Theil der Föderalisten wünschte den Krieg und die übrigen hielten ihn mindestens für ebenso wahrscheinlich als die Erhaltung des Friedens. Die Rüstungen wurden daher mit Eifer betrieben. Allein man glaubte, mit den Vorbereitungen zum Empfange des äußeren Feindes sei nicht genug geschehen; auch die inneren Feinde müßten bei Zeiten gefesselt werden. Der wühlenden Fremden wollte man sich entledigen, so lange es noch nicht zu spät dazu geworden, und den extremen Anti-Föderalisten sollte die Lust benommen werden, in diesen ernsten Zeiten der Administration zu große Steine in den Weg zu werfen. Diesem Wunsche entsprangen die sog. Fremden- und Aufruhr-Gesetze[4]), die ein Nagel zum Sarge der föderalistischen Partei und die Veranlassung zur Fixirung der Nullifikationslehre wurden.

---

than they rose as one man with the tender of their services, their lives, and their fortunes to support the government of their choice, and to defend their country.“ Wash.'s Works XI p. 380.

[1]) Amer. State Papers III p. 168; Statesm.'s Man. I p. 116.

[2]) Jeff.'s Works IV p. 241. Siehe auch die Adresse an die Bevölkerung von Virginia, welche die Beschlüsse der Legislatur vom 24. Dez. 1798 begleitete. Elliot, Deb. IV p. 532.

[3]) Jeff.'s Works l. c.

[4]) Alien Laws 25. Juni und 6. Juli 1798; Sedition Law 14. Juli 1798. Stat. at Large I pp. 570—572, 577—578, 596—597.

Der Plan dieses Werkes erlaubt es nicht, näher auf den Inhalt dieser Gesetze einzugehen. Es genügt, zu bemerken, daß es in den Vereinigten Staaten bereits seit längerer Zeit für unbestreitbar und unbestritten gilt, daß sie verfassungswidrig waren. Unter allen den hervorragenden Föderalisten der Zeit herrschte dagegen nicht der geringste Zweifel über ihre Verfassungsmäßigkeit. Auch Hamilton bestritt dieselbe ebenso wenig wie ihre Zweckmäßigkeit. Allein er verhehlte sich auch nicht, daß man mit ihnen eine gefährliche Bahn betreten habe. Lloyd von Maryland hatte am 26. Juni zur Unterdrückung aller Manifestationen von französischen Sympathien und zum besseren Schutz der Regierung gegen die Angriffe der Anti-Föderalisten eine Bill eingebracht, „genauer das Verbrechen des Verrathes zu definiren und das Verbrechen des Aufruhrs zu bestrafen." Hamilton schrieb in Bezug auf diese Bill an Wolcott, daß sie den inneren Frieden gefährde und dem Faktionsgeiste „Gestalt und Solidität" geben würde.[1])

Lloyd's Bill kam nicht in ihrer ursprünglichen Gestalt zur Abstimmung, aber die Fremden- und Aufruhr-Gesetze waren allein hinreichend, Hamilton's Befürchtungen wahr zu machen. Dem Süden war „die Herrschaft von Massachusetts und Connecticut" so unleidlich geworden, daß schon im Mai wieder Trennungsgedanken aufgetaucht waren. Der einflußreiche John Taylor von Virginia meinte, „daß es nicht unweise sei, jetzt die gesonderte Masse von Virginia und North-Carolina im Hinblick auf ihre gesonderte Existenz abzuschätzen." Jefferson schrieb ihm in Bezug auf diesen Rath am 1. Juni 1798,[2]) daß es nicht klug wäre, sogleich zu einer Zerreißung der Union zu schreiten, wenn die Parteileidenschaften heftig erregt wären. „Wenn wir jetzt unsere Union auf Virginia und North-Carolina beschränken, so wird sogleich der Streit zwischen den Repräsentanten dieser beiden Staaten beginnen und sie werden damit endigen, daß sie in ihre Einheiten auseinander brechen." Da man einmal Jemand haben müsse,

---

[1]) „There are provisions in this bill, which, according to a cursory view, appear to me highly exceptionable, and such as, more than any thing else, may endanger civil war. I have not time to point out my objections by this post; but I will do it to-morrow. I hope sincerely, the thing may not be hurried through. Let us not establish a tyranny. Energy is a very different thing from violence. If we make no false step, we shall be essentially united; but if we push things to an extreme, we shall then give to faction body and solidity." Ham.'s Works VI 307; Gibbs, Mem. of Wolc. II p. 68,

[2]) Jeff'.s Works IV pp. 245—248.

mit dem man streite, so sei es besser, die Neu England Staaten zu diesem Zwecke zu behalten. Gegen die Berechtigung des Schrittes hat er nichts zu erinnern; er beschränkt sich gänzlich darauf, aus Zweckmäßigkeitsgründen von ihm abzurathen. Er ermahnt zur Geduld, bis das Glück sich wende und die „verlorenen Prinzipien" wieder gewonnen werden könnten. „Denn dieses ist ein Spiel, in dem um Prinzipien gerungen wird."

Bei diesen Anschauungen ist es nicht zu verwundern, daß Jefferson in Folge der Fremden- und Aufruhr-Gesetze die Frage in anderem Lichte zu sehen begann. Es wird später ein Wort darüber zu sagen sein, ob und wie weit er es jetzt für an der Zeit hielt, das Ausscheiden Virginia's aus der Union in Erwägung zu ziehen. Darüber war er bald mit sich einig, daß die Gegner den Bogen zu straff gespannt hätten, als daß geduldiges Warten auf besseres Glück noch fernerhin die richtige Politik sein könne. Man durfte nicht mehr bei privatem Meinungsaustausch und bei den Erklärungen Einzelner stehn bleiben. Jetzt war der Augenblick gekommen, da die „Prinzipien" scharf formulirt und als Prinzipien offiziell anerkannt und proklamirt werden mußten. Geschah das nicht, so lief man offenbar Gefahr, so weit auf der Bahn der Thatsachen fortgetrieben zu werden, daß es schwer und bald vielleicht unmöglich werden würde, auf die Prinzipien zurückzugreifen. War hingegen das geschehen, so konnte man ruhig das Weitere abwarten und wiederum die Zweckmäßigkeitsgründe bestimmend in den Vordergrund treten lassen. Der Protest war offiziell zu Protokoll gegeben und so lange er nicht — freiwillig oder gezwungen — ebenso offiziell widerrufen oder mindestens zurückgezogen wurde, so lange durfte er als Theil der Akten angesehen werden und man konnte in jedem Stadium des Prozesses wieder auf ihn zurückfallen. — Darin liegt die ungeheure Bedeutung der sog. Virginia und Kentucky Resolutionen.

Eine weitere Bedeutung erhalten sie dadurch, daß Madison, der mit das größte Verdienst um die Abfassung und Annahme der Konstitution hatte und dessen Auslegung derselben daher von besonderem Gewichte ist, der Verfasser der Virginia Resolutionen vom 24. Dezember 1798[1]) war und Jefferson, das Orakel der Anti-Föderalisten, den

---

[1]) Den 21. Dezember wurden sie vom Hause, aber erst am 24. vom Senate angenommen.

ursprünglichen Entwurf der Kentucky Resolutionen vom 10. November 1798[1]) geschrieben hatte.[2])

Obwohl es gegen die chronologische Ordnung verstößt, ist es doch angezeigt, die Virginia Beschlüsse zuerst zu besprechen, weil sie weniger weit gehen. Nach dem Zeugniß der Autoren sind die Beschlüsse beider Legislaturen aus einer Quelle geflossen[3]) und es walteten besondere Gründe dafür ob, die Virginia Resolutionen gemäßigter zu halten.[4]) Trotz der Verletzung der chronologischen Folge erscheint es daher gerechtfertigt, diese als die Basis der Kentucky Beschlüsse, oder vielleicht richtiger gesagt, als eine tiefere Stufe einer und derselben Leiter zu betrachten.

---

[1]) Randall (Life of Jeff. II p. 452) datirt sie irrthümlich vom 14. Nov. Das Haus passirte sie den 10. Nov., der Senat stimmte ihnen am 13. zu und der Gouverneur bestätigte sie am 19. (Elliot, Deb. IV p. 544) Randall stützt vorzüglich auf das falsche Datum seine Behauptung, daß die Zustimmung Jefferson's zu den mäßigenden Aenderungen seines Entwurfes eingeholt worden sei.

[2]) Es wirft ein scharfes Streiflicht auf den Charakter Jefferson's, daß er G. Nicholas, der die Resolutionen in der Legislatur von Kentucky einbringen sollte, die „feierliche Versicherung" geben ließ, „that it should not be known from what quarter they came.". Er selbst berichtet weiter über diesen Punkt: „I drew and delivered them to him, and in keeping their origin secret, he fulfilled his pledge of honor. Some years after this, colonel Nicholas asked me, if I would have any objection to its being known that I had drawn them. I pointedly enjoined, that it should not." (Jeff.'s Works VII p. 299) Erst im Dezember 1821 bekannte er sich auf eine vertrauliche Anfrage von Nicholas' Sohn zur Urheberschaft.

[3]) Jefferson sagt, die Berathung über die Kentucky-Resolutionen habe zwischen ihm und den beiden Brüdern Nicholas Statt gefunden und fügt dann hinzu: „I think Mr. Madison was either with us or consulted, but my memory is uncertain as to minute details." Jeff.'s Works VII p. 230; J. C. Hamilton, Hist. of the Rep. of the U. St. of Amer. VII p. 264.

[4]) Madison machte selbst sehr begründete Bedenken über die Verfassungsmäßigkeit des in Aussicht genommenen Vorgehens geltend und bezeichnete sie als die Gründe, die ihn veranlaßt, sich „allgemeiner Ausdrücke" in den Virginia-Resolutionen zu bedienen. Er schreibt den 29. Dez. an Jefferson: „Have you ever considered thoroughly the distinction between the power of the State and that of the legislature, on questions relating to the Federal pact? On the supposition that the former is clearly the ultimate judge of infractions, it does not follow that the latter is the legitimate organ by which the compact was made." J. C. Hamilton, Hist of the Rep. of the U. St. of Amer. VII p. 275) — Madison's konstitutionelle Bedenken hätten natürlich auch auf die Beschlüsse der Kentucky Legislatur Anwendung finden sollen. Jefferson erwähnt aber in einem Briefe an J. Taylor vom 26. Nov. (Jeff.'s Works IV p. 259) einen sehr gewich-

Der für die Verfassungsgeschichte wichtige Punkt der Virginia-Resolutionen lautet wörtlich: „Beschlossen, daß diese Versammlung ausdrücklich und peremtorisch erklärt, daß sie die Beschlüsse der Bundesregierung als aus dem Vertrage hervorgehend ansieht, dessen Parten die Staaten sind, als beschränkt durch den offenbaren Sinn und die Absicht der diesen Vertrag bestimmenden Urkunde; und daß im Falle einer wohlüberlegten, handgreiflichen und gefährlichen Ausübung von Gewalten, die nicht durch den besagten Vertrag gewährt sind, die Staaten, welche die Parten desselben bilden, das Recht haben und in Pflicht gehalten sind sich in's Mittel zu legen (to interpose), um dem Fortschritte des Uebels Einhalt zu thun und, innerhalb ihrer resp. Grenzen, die Befugnisse, Rechte und Freiheiten aufrecht zu erhalten, welche ihnen zustehen."

Die Legislatur von Kentucky hatte es verschmäht, sich einer so vagen und verschwommenen Ausdrucksweise zu bedienen, aus der man, je nach Bedürfniß, sehr viel oder sehr wenig herauslesen konnte. Im ersten Punkte ihrer Resolutionen vom 10. November 1798 heißt es: „Beschlossen .... daß wenn immer die Bundesregierung sich Gewalten anmaßt, ihre Handlungen nicht bindend, ungiltig und ohne Kraft sind; daß jeder Staat diesem Vertrage als Staat und als ein ungetheilter (integral) Parte beitrat, seine Mit-Staaten, in Bezug auf ihn, den anderen Parten bildend, daß die durch diesen Vertrag geschaffene Regierung nicht zum ausschließlichen oder letzten (final) Richter über die Ausdehnung der Gewalten gemacht worden ist, welche ihr übertragen sind, weil das ihr Belieben und nicht die Konstitution zum Maße ihrer Gewalten gemacht haben würde; sondern daß, wie in allen anderen Fällen eines Vertrages zwischen Gewalten, die keinen gemeinschaftlichen Richter haben, jeder Parte ein gleiches Recht hat, für sich selbst zu richten, sowohl was die Vertragsverletzungen als was die Weise und das Maß der Abhülfe anlangt."

Die „Prinzipien" waren damit festgestellt. Damit sie nicht in der Luft schweben blieben, war aber noch eine Form zu ermitteln, in der

---

tigen Grund, warum gerade in Virginia mit besonderer Vorsicht zu Werke gegangen werden müsse. Er schreibt: „There are many considerations dehors of the State, which will occur to you without enumeration. I should not apprehend them, if all was sound within. But there is a most respectable part of our State who have been enveloped in the X Y Z delusion and who destroy our unanimity for the present moment."

die Staaten die beanspruchten Rechte geltend machen konnten, oder wenigstens ein Wort zu erfinden, das vorgeblich eine solche Form angab; das genügte, so lange man sich auf die theoretische Erörterung der Frage beschränkte. Die Legislatur von Kentucky gab in ihren Beschlüssen vom 14. November 1799 den Vertretern der Staatenrechte dieses Wort in dem Satz: „Beschlossen daß .... die verschiedenen Staaten .... da sie souverän und unabhängig sind, das unbestreitbare Recht haben, über Verfassungsverletzungen zu richten und daß eine Nullifikation der angeblich in Gemäßheit dieser Urkunde (der Konstitution) vollzogenen unautorisirten Akte durch diese souveränen Gewalten (die Staaten) das rechtmäßige Abhülfsmittel ist."

Die unionstreuen Verehrer von Madison und Jefferson haben später der Deutung dieser Beschlüsse so enge Grenzen zu ziehen gesucht, daß im Grunde jedes geistige Erfassen ihres Inhaltes als eine willkürliche und verläumderische Interpretation hingestellt wurde. Als am Ende der zwanziger und im Anfang der dreißiger Jahre in Georgia und namentlich in South-Carolina der Widerstand gegen die Bundesregierung eine besorgnißerregende Gestalt anzunehmen begann, protestirte der greise Madison nachdrücklich dagegen, daß Virginia 1798 „einem einzelnen Staate ein konstitutionelles Recht" habe zuschreiben wollen, „die Vollstreckung eines Gesetzes der Vereinigten Staaten mit Gewalt zu hindern." „Die Resolution", schrieb er am 27. März 1831 an J. Robertson, war „ausdrücklich deklaratorisch und konnte nur eine Ansicht aussprechen, da sie von der Legislatur ausging, welche nicht einmal zu der Konstitution die Stellung eines Parten einnahm." In gewissem Sinne läßt sich diese Behauptung nicht bestreiten. In dem Bericht des Komites der Virginia-Legislatur über die Antworten der anderen Staaten auf die Beschlüsse von 1798 heißt es: „Die Erklärungen .... sind der Ausdruck einer Ansicht, welcher von keiner anderen Wirkung begleitet ist, als derjenigen, welche er durch Anregung zum Nachdenken auf die Meinung ausüben mag."[1]) Allein, gibt man zu, daß dieses in der That die einzige Absicht der Beschlüsse vom 24. Dezember war, so spricht man dem Satze jeden Sinn ab, nach dem „die Staaten das Recht haben und in Pflicht gehalten sind, sich in's Mittel zu legen", wenn die Bundesregierung sich ihrer Ansicht nach Uebergriffe erlaubt hatte. Es ist aber noch nie geleugnet worden,

[1]) Elliot, Deb. IV 578.

daß gerade dieser Satz die Summa sämmtlicher Beschlüsse in wenige Worte zusammenfassen sollte. Man beanspruchte mehr als das nie beanstandete Recht, „Meinungen zu äußern.“ Sagte man nicht klar und scharf heraus, was man in Wahrheit beanspruchte, so geschah das, „um den anderen Staaten die Wahl zwischen allen möglichen Weisen zu lassen, im Wesentlichen (in the substance) zuzustimmen.“[1])

Jefferson war in diesem Falle weniger vorsichtig als Madison und sah schärfer. Er „glaubte ‚die Krisis‘ der Konstitution gekommen“[2]) und stellte sich daher auf einen Standpunkt von dem man nicht sogleich auf die werthlose Position zurückgedrängt werden konnte, die Madison in seinem berühmten „Bericht“ von 1800[3]) einnahm. Jefferson machte es von dem weiteren Gange der Ereignisse abhängig, ob Gewalt angewandt oder nur ausdrücklich und förmlich das Recht zur Anwendung von Gewalt in Anspruch genommen werden solle. Zunächst wollte er eine Mittelstellung eingenommen sehen, aber eine Mittelstellung, auf der man festen Fuß fassen konnte. Die Legislatur von Kentucky hatte dieses gethan, indem sie aus seinem Entwurfe den Passus adoptirte, der die Bundesregierung und die Staaten als gleichberechtigte Parten hinstellte und diesen „ein gleiches Recht“ zuerkannte, über Verfassungsverletzungen wie über die Weise und das Maß der Abhülfe „zu richten.“

Madison[4]) und später Benton[5]), so wie alle anderen Bewunderer des „Weisen von Monticello“, welche der späteren Schule der Sezessionisten feindlich gegenüber standen, haben großes Gewicht darauf gelegt, daß nur in den Kentucky Beschlüssen von 1799, die nicht von Jefferson herrühren, das Wort „Nullifikation“ oder „irgend etwas von ähnlicher Tragweite“ vorkommt. Dieses advokatenhafte Plaidoyer für Jefferson ist durch die Veröffentlichung seiner Werke widerlegt worden. Unter seinen Papieren haben sich zwei Exemplare des Originalentwurfes der Kentucky-Resolutionen von 1798 in seiner eigenen Handschrift gefunden. In diesen heißt es: Beschlossen, daß wo die Bundesregierung „sich Gewalten anmaßt, die nicht verliehen (delegated) worden sind,

[1]) Madison in dem oben angeführten Brief an Jefferson.

[2]) Randall, Life of Jeff. II p. 451.

[3]) Elliot, Deb. IV pp. 546—580.

[4]) Madison an Cabell, 31. Mai 1830. Siehe Jeff.'s Corresp. IV p. 429 Ausgabe von Randolph; und Madison's Correspondenz herausgegeben von Maguire p. 286.

[5]) Thirty Years' View I p. 148.

eine Nullifikation des Aktes das rechtmäßige Abhülfsmittel ist; daß jeder Staat ein natürliches Recht hat in Fällen, die nicht in dem Vertrage begriffen sind (casus non foederis), kraft seiner eigenen Autorität alle Anmaßungen von Gewalten Anderer innerhalb seiner Grenzen zu nullifiziren."[1])

Daß Jefferson nicht nur ein Anhänger, sondern der Vater der Nullifikationslehre war, steht mithin fest. Es mag sein, daß Nicholas seine Zustimmung zur Streichung dieser Sätze einholte, aber eine Thatsache, auf die sich die Annahme stützte, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Noch mehr fehlt es an einem positiven Grunde für die Annahme, daß Jefferson selbst an der Richtigkeit der von ihm eingenommenen Position zu zweifeln begonnen. Verschiedene Aeußerungen in seinen späteren Briefen sprechen vielmehr sehr bestimmt für das Gegentheil.

Allein alles das ist nur in so fern von Interesse, als es eine Fälschung der geschichtlichen Thatsachen berichtigt. Für die eigentliche Frage ist es von keinem Belang. Hätte Jefferson in der That nicht das Wort Nullifikation ausgesprochen, so wäre das ein negatives Verdienst von derselben Bedeutung wie das negative Verdienst Madison's, daß er sich des unbestimmten „sich in's Mittel legen" statt der bestimmten Ausdrücke in den Kentucky-Resolutionen von 1798 bediente. Es stand Madison nicht zu, in dieser Frage den Advokaten Jefferson's zu spielen, weil er in dem gleichen Maße für sich selbst zu reden hatte. Die „Prinzipien", die in den drei Resolutionen aufgestellt und begründet wurden, waren durchaus die gleichen; nur die Form ändert sich und zwar wird sie dem Wesen der Sache immer entsprechender. Der Stein ist auf abschüssiger Bahn in's Rollen gesetzt und er rollt fort.

Wenn die praktischen Maßnahmen, die in Vorschlag gebracht wurden, nicht den Prinzipien entsprachen, so mochte das für den Augenblick von der größten Bedeutung sein. Wo aber war eine Garantie dafür geboten, daß sie ihnen nie entsprechen würden? Der Knopf auf der Degenspitze schützt, so lange er sie bedeckt; aber er kann jeden Augenblick entfernt werden und dann ist die Waffe so gefährlich, als wenn sie nie durch den Knopf unschädlich gemacht worden wäre. Und die drei Resolutionen waren sich auch vollkommen darin gleich, daß die vorgeschlagenen praktischen Maßnahmen nicht den aufgestellten

---

[1]) Jeff.'s Works IX p. 469.

Prinzipien entsprachen. Während die Legislatur von Kentucky das verhängnißvolle Wort „Nullifikation“ aussprach, verwahrte sie sich feierlich dagegen, anders als „in einer konstitutionellen Weise“ widerstehen zu wollen. Das Jahr vorher hatte sie sogar erklärt, nur die übrigen Staaten auffordern zu wollen, „sich mit diesem Staate zu vereinigen, um in der nächsten Session des Kongresses um Widerruf (der mißliebigen Gesetze) zu bitten.“[1]) Virginia, das eine so übervorsichtige, oder vielleicht richtiger gesagt, eine so überschlaue Sprache in seinen Resolutionen geführt hatte, ließ sich erst 1800 zu einer ähnlichen Erklärung herbei, nachdem die übrigen Staaten[2]) sein Gebaren unzweideutig verdammt hatten. Während die Legislatur von Kentucky erklärte, den Kongreß um Widerruf der Gesetze „bitten“ zu wollen, „beschloß“ sie, daß dieselben alle „vollständig nichtig und ohne Kraft“ seien und forderte die übrigen Staaten zu dem gleichen Beschlusse auf. Und erließ die Legislatur von Virginia nicht im Wesen durchaus die gleiche Aufforderung, indem sie die Staaten für „in Pflicht gehalten“ erklärte, „sich in's Mittel zu legen“ und dann weiter hinzufügte: Beschlossen, daß „die General Assembly feierlich an die gleichen Dispositionen in den anderen Staaten appellirt in dem Vertrauen, daß sie sich mit diesem Gemeinwesen zu der hiermit abgegebenen Erklärung vereinigen werden, daß die vorgenannten Akte verfassungswidrig sind; und daß von jedem (Staate) die nöthigen und geeigneten Maßregeln werden ergriffen werden, die Befugnisse, Rechte und Freiheiten ungeschädigt zu erhalten, die den einzelnen Staaten oder dem Volke vorbehalten worden sind“. Und endlich, wurde nicht 1799 von der Legislatur von Kentucky die „Nullifikation“ ausdrücklich für ein „verfassungsmäßiges“ Rechtsmittel erklärt? Mit einem Wort: da die in den drei Resolutionen aufgestellten „Prinzipien“ die gleichen waren, so liefen sie auch auf die gleiche logische Konsequenz hinaus, die in den Kentucky Resolutionen klar ausgesprochen war, nämlich das Recht der Staaten — und zwar durch das Organ ihrer Legislaturen — zu „beschließen“, daß Bundesgesetze verfassungswidrig und mithin ungiltig und kraftlos seien.

---

[1]) Dieser Punkt fehlt in dem Jefferson'schen Entwurf. Er wurde für die im Punkt 8 gestrichenen Sätze des Entwurfes substituirt. Der Rest desselben bildet Punkt 9 der von der Legislatur angenommenen Resolutionen.

[2]) Delaware, Rhode-Island, Massachusetts, New-York, Connecticut, New-Hampshire und Vermont. Massachusetts beantwortete die Resolutionen mit einer eingehenden Widerlegung. Elliot, Deb. IV pp. 533—537.

War der Anspruch auf dieses Recht begründet, so war die Konstitution wohl in Einzelheiten von den Konföderations-Artikeln verschieden, aber das Wesen des staatlichen Charakters der Union war unverändert geblieben: sie war nach wie vor ein Staatenbund von lockerstem Gefüge. Wurde das Recht anerkannt, so war man wieder an demselben Punkte angelangt, an dem man gestanden, als Washington erklärte: „Wir sind heute eine Nation und morgen dreizehn."[1] An die Stelle des organischen Lebens wäre wiederum — so weit die Praxis der Theorie entsprochen hätte — eine blos mechanische Bewegung getreten. Ueber kurz oder lang hätte dann auch diese aufhören müssen, weil nun einmal der Staat nicht eine Maschine sondern ein Organismus ist.

So gewiß aus dem Samenkorn der Distel ein Distelstrauch erwachsen muß, wenn es auf den rechten Boden fällt, so unausbleiblich mußte unter den gegebenen Verhältnissen alles das aus dem „sich in's Mittel legen" Madison's folgen. Es ist lächerlich, dieses Wort, wie es noch heute öfters in den Vereinigten Staaten geschieht, für unverfänglich oder gar verdienstvoll zu erklären, und das andere Wort „Nullifikation" für den Urquell des ganzen Uebels anzusehen. Der Zauberlehrling schmäht die Geister, daß sie nicht auf das unrechte Sprüchlein hin wieder zu Besen werden wollen. Hier ruft man die Geister, aber dreht ihnen den Rücken, nachdem sie das gewünschte Bad bereitet, und klagt Himmel und Erde, nur nicht sich selbst an, als end-

---

[1]) Washington erklärte auch jetzt: „the constitution . . . according to their (der Anti-Föderalisten) interpretation of it, would be a mere cipher." Washington den 25. Dez. 1798 an Lafayette. Works XI p. 378. Drei Wochen später schrieb er an P. Henry: „measures are systematically and pertinaciously pursued, which must eventually dissolve the Union or produce coercion." Works XI p. 398. — Schon sehr bald nachher wurden von bedeutender Seite her in aller Schärfe die letzten Konsequenzen dieser Auffassung von dem Verhältniß der Staaten zu der Union gezogen. Tucker, dessen Ausgabe der Commentare Blackstone's 1803 erschien, schreibt (Vol. I, App. p. 175): „The Federal Government, then, appears to be the organ through which the united Republics communicate with foreign Nations, and with each other. Their submission to its operation is voluntary; its councils, its engagements, its authority, are theirs, modified and united. Its Sovereignty is an emanition from theirs, not a flame, in which they have been consumed, nor a vortex, in which they have been swallowed up. Each is still a perfect State, still Sovereign, still independent, and still capable, should the occasion require, to resume the exercise of its functions, in the most unlimited extent." Vrgl. auch Rawle, pp. 302 ff.

lich die Fluth brüllend zum Hause hinaus auf die Straße stürzt. Als wenn die Geister sich je aus freien Stücken wieder als Besen in die Ecke stellten, wenn sie gethan, was ihnen geheißen.

Es blieb einer späteren Zeit und einem anderen Manne aufbehalten, die Nullifikationstheorie bis in die Einzelheiten auszuarbeiten. John C. Calhoun löste auf dem Papiere das Räthsel, das Nullifikationsrecht nicht nur als verträglich mit dem Bestande der Union erscheinen zu lassen, sondern auch es zur Voraussetzung sowohl der freiheitlichen Fortentwickelung als der erforderlichen Stärke derselben zu machen. Jetzt fehlte es an Zeit zu einem Versuche, den gesunden Menschenverstand mit einem Netze von logischen Schlüssen zu erdrosseln. „Das X. Y. Z. Fieber", wie Jefferson sich ausdrückte, hatte die Anti-Föderalisten fürchten lassen, daß das Gefährte über sie weggehen würde. Diese Befürchtung hatte sie nach kurzem Zögern zu dem Entschluß getrieben, den Rädern in die Speichen zu fallen. Vielleicht gelang es ihnen, sie zum Stillstande zu bringen, und dann vermuthlich auch, sie rückwärts zu drehen. Allein sie verhehlten sich auch nicht, daß sie bei dem Versuche niedergeworfen werden oder die Speichen brechen könnten. Wurde das wahrscheinlich und war ihnen die Wahl gelassen, so waren sie geneigt, das Gefährte in Stücke gehen zu lassen. Mit anderen Worten, sie blieben eine erschöpfende verfassungsrechtliche Begründung der Nullifikationstheorie zunächst noch schuldig[1]), aber sie faßten die letzte praktische Konsequenz derselben als eine von verschiedenen Eventualitäten in's Auge.

Bestand eine Minorität der Staaten auf der Ausübung des beanspruchten Nullifikationsrechtes und behauptete die Majorität mit der gleichen Entschiedenheit die Verfassungswidrigkeit desselben, so konnte die Sezession von der Minorität nur als eine Frage der Zweckmäßigkeit betrachtet werden. Die Bundesregierung mußte sich entweder thatsächlich darin fügen, daß jedes Bundesgesetz die stillschweigende Ratifikation jedes Staates zu erhalten habe, um in demselben in Kraft treten zu können, oder sie mußte dieselben unter allen Umständen zum Vollzuge bringen, wenn nöthig auch mit Gewalt. Wurde aber von der Bundesregierung der Versuch gemacht, ein nullifizirtes Gesetz zu vollstrecken, so war das nach der Lehre der Nullifikatoren ein Bruch des Paktes, der die Staaten zusammenband. Der betreffende

---

[1]) Diese wird daher auch erst später eingehender mitgetheilt und besprochen werden.

Staat war mithin nicht mehr rechtlich an denselben gebunden. Es mußte vollständig seinem Ermessen anheimstehen, in dem bestimmten Falle den Vertragsbruch unter Protest hinzunehmen, oder sich mit der Bundesregierung — falls diese dazu bereit war — auf ein thatsächliches Kompromiß unter Vorbehalt der endgiltigen Entscheidung der Rechtsfrage zu einigen, oder unter vorläufigem Verbleiben im Bunde der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, oder endlich sogleich sein Ausscheiden aus dem von der Bundesregierung durch Bruch des Vertrages gelösten Bunde anzukündigen.

Ein Theil der Anti-Föderalisten war der Ansicht, daß es in dem vorliegenden Falle leicht zweckmäßig werden könnte, Gewalt anzuwenden. Dafür liegen die Beweisstücke in genügender Menge vor. In welchen Eventualitäten sie aber zur Gewalt greifen wollten, und ob sie dabei an sofortige Sezession dachten, das kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, weil sie sich meist zu vager Ausdrücke bedienten.

Jefferson schrieb seiner Gewohnheit gemäß in besonders vorsichtig gewählten Ausdrücken. Allein sie sind doch unzweideutig genug, um so viel festzustellen, das er unter den früher angedeuteten Bedingungen die Appellation an das Schwert oder die Sezession als berechtigt ansah und es für möglich hielt, daß er über kurz oder lang diesen, resp. jenen Schritt für rathsam oder nothwendig erklären würde. Den 17. November 1798 schreibt er an Madison: „Ich schließe eine Abschrift des Entwurfes der Kentucky-Resolutionen ein. Ich denke, wir sollten alle die wichtigen Prinzipien, welche sie enthalten, deutlich aufstellen, so daß wir in Zukunft auf diesem Grunde stehen bleiben können, und die Sache in solchem Zuge lassen, daß wir uns nicht absolut binden, sie bis zum Aeußersten zu treiben,[1]) und doch frei sind, sie so weit zu treiben, als die Ereignisse klug erscheinen lassen werden."[2]) Neun Tage später schreibt er J. Taylor: „Für jetzt würde ich dafür sein, die Fremden- und Aufruhr-Gesetze für verfassungswidrig und einfach nichtig (merely void) zu erklären ..... und ich würde in diesem Augenblick nichts thun, was uns weiter binden (commit) würde, sondern uns vorbehalten, unsere zukünftigen Maßnahmen oder Nicht-Maßnahmen nach den Ereignissen zu formen, die Statt haben mögen."[3])

---

[1]) „.... and leave the matter in such a train as that we may not be committed absolutely to push the matter to extremities."

[2]) Jeff.'s Works IV p. 258.

[3]) Ibid. IV p. 260.

Genau den gleichen Standpunkt nahm er auch noch ein Jahr später ein. Er wählte jetzt sogar weniger vage Worte. Es war seiner Ansicht nach „wesentlich nothwendig", daß die Legislaturen von Virginia und Kentucky eine Antwort an die Staaten erließen, deren Legislaturen sich gegen die Resolutionen von 1798 und 1799 erklärt hatten, „damit nicht gefolgert werde, daß man sich gefügt habe." Am 5. September 1799 sandte er Wilson C. Nicholas den Entwurf zu einer solchen Antwort.[1]) Der zweite Punkt desselben lautet „Making firm protestation against the precedent and principle, and reserving the right to make this palpable violation of the federal compact the ground of doing in future whatever we might now rightfully do, should repetitions of these and other violations of the compact render it expedient." Drittens sollte „warme Anhänglichkeit" an die Union und die Konstitution ausgesprochen werden. Ferner: „that we are willing to sacrifice to this everything but the right of self-government in those important points which we have never yielded, and in which alone we see liberty, safety, and happiness; that not at all disposed to make every measure of error or of wrong a cause of **scission**, we are willing to look on with indulgence, and to wait with patience till those passions and delusions shall have passed over," etc.

Madison wünschte nicht, daß die in dem zweiten Punkte enthaltene Reservation in die Antwort aufgenommen würde. Jefferson schrieb darauf hin an Nicholas: „Ich lasse sie bereitwillig fallen, nicht nur aus Hochachtung vor seinem (Madison's) Urtheile, sondern auch weil man nie an Trennung denken sollte, es sei denn wegen wiederholter und ungeheurer Verletzungen (der Verfassung), die an sich Grund genug sein würden, wenn sie vorfallen." — Wie man allen diesen Auslassungen gegenüber behaupten kann, daß Jefferson nicht den Staaten die Sezession und, als unabweisliche logische Konsequenz davon, das Einstehen mit dem Schwerte für ihre Interpretation der Konstitution als verfassungsmäßiges Recht zuerkannte, ist schwer zu verstehen.[2])

---

[1]) Ibid. IV pp. 305, 306.

[2]) John Quincy Adams sagt in seiner Lobrede auf Madison: „Concurring in the doctrines that the separate States have a right to interpose in cases of palpable infractions of the Constitution by the Government of the United States, and that the Alien and Sedition Acts presented a case of such in-

Den Vertheidigern Jefferson's kann nicht mehr zugegeben werden, als daß er es aufrichtig meinte, wenn er erklärte, nur sehr ungern zu „äußersten Maßnahmen" greifen zu wollen. Das Gleiche darf wohl auch so gut wie ausnahmslos von den übrigen Führern der Anti-Föderalisten gesagt werden. Allein es ist bereits eine Fälschung der geschichtlichen Wahrheit, wenn prätendirt wird, daß sie jetzt ausschließlich an die Feststellung der „Prinzipien" gedacht hätten. Washington meinte, die Ruhe Virginia's und der Union eile „einer schrecklichen Krisis" entgegen.[1]) Er war so tief durchdrungen von dieser Ueberzeugung, daß er Patrick Henry einen langen Brief schrieb, ihn beschwörend, als Kandidat für die Legislatur aufzutreten, um sich mit dem ganzen Gewicht seiner Erfahrung und seiner Popularität dem Verderben drohenden Strome entgegen zu stemmen.[2]) Freilich haben die Anti-Föderalisten und ihre Nachfolger, die Republikaner und Demokraten, stets behauptet, er sei von Hamilton und seinen Genossen umstrickt und durch Schreckbilder eingeängstigt gewesen, die nur durch ihre Phantasie und ihre unbändige Herrschsucht in's Leben gerufen wurden. Es ist ein schlechtes Kompliment, das sie mit dieser Entschuldigung machen. Obgleich Washington jetzt am Rande des Grabes stand, so sah er doch noch scharf genug, um sich nicht abdisputiren zu lassen, was unmittelbar unter seinen Augen vor sich ging. Es war eine Thatsache, daß Virginia nicht nur die Minen grub, um sich ihrer vielleicht einmal zu irgend einer unbestimmten Zeit in der fernen Zukunft zu bedienen. Es dachte an das Morgen und trug schon jetzt mit geschäftigen Händen das Pulver hinein, wenn es auch noch nicht die Lunte anzündete.

Hamilton sagt in einem ausführlichen Schreiben an Oberst Dayton, den Sprecher des Repräsentantenhauses, über die Lage der Union im Allgemeinen und speziell über die Virginia und Kentucky Beschlüsse: „Der neuliche Versuch von Virginia und Kentucky, die Staatslegislaturen zu einem direkten Widerstande gegen gewisse Gesetze der Union zu vereinigen, kann in keinem anderen Lichte gesehen wer-

---

fraction, Mr. Jefferson considered them as absolutely null and void, and thought the State legislatures competent, not only to declare, but to make them so, to resist their execution within their respective borders by physical force and to secede from the Union, rather than to submit to them, if attempted to be carried into execution by force."

[1]) Wash.'s Works XI p. 391.

[2]) Ibid. XI pp. 387 ff.

den als ein Versuch, die Regierung zu ändern. Es wird außerdem versichert, daß die Oppositionspartei in Virginia — das Hauptquartier der Faktion — die feindseligen Erklärungen, die in den Resolutionen ihrer General Assembly zu finden sind, durch die thatsächliche Vorbereitung der Mittel, sie mit Gewalt zu unterstützen, weiter verfolge. Daß sie Maßregeln getroffen, ihre Miliz auf einen wehrhaften Fuß zu setzen — bedeutende Arsenale und Magazine einrichte, und (ein unzweideutiger Beweis wie ernst es ihr zu Sinn ist) so weit gegangen sei, ihren Bürgern neue Steuern aufzulegen."[1]) Er mißt diesen Gerüchten vollkommenen Glauben bei und erklärt es auch noch im Januar 1800 für seine Ueberzeugung, daß die Führer in Virginia bereit seien, die Regierung „mit Gewalt" an sich zu reißen.[2]) Randall, der Biograph Jefferson's, übergeht diese Anklagen mit Stillschweigen, obgleich er den Brief an Dayton vollständig abdruckt und eingehend bespricht. Ob dieses Stillschweigen als Bekenntniß anzusehen ist, oder ob damit gesagt sein soll, daß die Person des Anklägers jede Widerlegung überflüssig mache, muß dahingestellt bleiben. Der Leser hat sich mit der Erklärung zufrieden zu geben, daß er aus diesem „Programm" Hamilton's für die Kongreß-Session ersehen wird, „ob es Jefferson war, oder seine Gegner, die versuchten, sie (die Zwecke der Parteien) der Nachwelt in falschem Lichte erscheinen zu lassen."[3])

Als die Partei der Staatenrechtler längst im gesicherten Besitz der Macht war, trug ein hervorragendes Mitglied derselben aus Virginia dafür Sorge, „die Nachwelt" wissen zu lassen, ob Hamilton's Anklagen Verläumdungen und Spukgestalten seines Gehirnes gewesen, das ja nach Ansicht der Anti-Föderalisten in beständigem Königsfieber glühte. Es war eine bekannte Thatsache, daß um die Zeit, da Washington „eine schreckliche Krisis heraneilen" sah, in Richmond eine große Waffenfabrik eingerichtet worden war, in der die Arbeiten erst mehrere Jahre später eingestellt wurden. John Randolph meinte es dem Ruhme seines Staates schuldig zu sein, jeden Zweifel darüber zu

[1]) Ham.'s Works VI p. 384.

[2]) „The spirit of faction is abated nowhere. In Virginia it is more violent than ever. It seems demonstrated that the leaders there, who possess completely all the powers of the local government are resolved to possess those of the national, by the most dangerous combinations; and, if they cannot effect this, to resort to the employment of physical force. The want of disposition in the people to second them, will be the only preventive. It is believed that it will be an effectual one." Ham.'s Works VI p. 416.

[3]) Randall, Life of Jefferson II p. 458.

benehmen, welche Absicht bei der Errichtung dieser Fabrik verfolgt worden war. Er erklärte 1817 im Repräsentantenhause: „Es liegt länger kein Grund vor, die Thatsache zu verhehlen, daß die große Rüstkammer zu Richmond gebaut wurde, um den Staat Virginia zu befähigen — gemäß den offenbarsten und klarsten Bestimmungen der Konstitution — mit Gewalt den Uebergriffen in seine unbestreitbaren Rechte von Seiten der damaligen Administration zu widerstehen, falls dieselbe bei ihrem empörenden Verhalten beharrte."[1])

Ob und wie weit die direkte Anregung zu diesen Rüstungen von Jefferson und Madison ausging, läßt sich nicht sagen. Der Verdacht gegen Jefferson ist offenbar größer, da Madison von Anfang an bis zuletzt maßvoller auftritt. Auch darauf kann bis jetzt keine bestimmte Antwort gegeben werden, wie weit Madison's gemäßigtere Rathschläge von kluger Politik eingegeben wurden und wie weit ihnen eine abweichende Interpretation der Verfassung zu Grunde lag. Alle seine Schritte waren mit ängstlicherem Bedacht gethan und diese angeborene Vorsicht, die sich gelegentlich selbst bis zu schwächlichem Schwanken steigerte, trug unstreitig dazu bei, daß er zu leiserem, mehr tastendem Vorgehen ermahnte. Außerdem mochte der innere Streit zwischen seinem staatlichen und nationalen Patriotismus, die beide gleich aufrichtig waren, ihn abhalten, sich selbst genügende Rechenschaft über das „sich in's Mittel legen" zu geben. Vielleicht wollte er sich selbst ebenso wie den Legislaturen der anderen Staaten „alle möglichen Weisen" freilassen, sich mit einer „Zustimmung im Wesen" zufrieden gebend. Vielleicht hegte er auch noch wirklich Zweifel darüber, ob Wortlaut und Geist der Verfassung vollkommen den letzten Schluß rechtfertigten, der in den Kentucky-Resolutionen von 1799 aus den (seiner Ansicht nach) richtigen Prinzipien gezogen war, welche die gemeinschaftliche Basis der Virginia und Kentucky-Resolutionen bildeten. Wie man auch immer das relative Gewicht bemessen mag, in dem diese verschiedenen Motive zu einander standen, in jedem Falle wirft die Rolle, welche Madison in dem 1798 und 1799 kulminirenden Verfassungsstreit gespielt hat, ein starkes Licht auf den wahren Charakter der Konstitution und auf die Entwickelungsgeschichte des nationalen Geistes während des verflossenen Jahrzehntes.

Wenn Jefferson sich die Verfassung so zurecht las, daß der Bund der Staaten im Prinzip vielleicht lockerer und jedenfalls nicht fester

---

[1]) Reminiscences of J. A. Hamilton. p. 39; nach dem National Intelligencer.

als unter den Konföderations-Artikeln geworden sei[1]), so ist dem nicht viel Gewicht beizumessen. Jefferson kam es nicht sehr hart an, seinen Theorien entgegen zu handeln, und noch weit leichter nahm er es mit einem Widerspruch zwischen seinen Worten und seinem Thun. Ehrgeiz war die beherrschende Eigenschaft seines Charakters. Dem brennenden Verlangen nach Macht und Auszeichnung war er stets bereit, manches Stück seiner Lieblingsdoktrinen zu opfern, besonders da sein eminent praktischer Instinkt ihn oft an der Haltbarkeit seiner Ideengebäude zweifeln ließ. Da er dabei — theils aus Berechnung und theils durch seine idealistischen Träumereien verführt — seinen Ehrgeiz unter der Maske größter Einfachheit und stoischer Gleichgiltigkeit, ja sogar der Abneigung gegen alle politischen Ehren und Würden verbarg, so war sein Gewissen nicht gerade zart beim Wägen und Messen von Worten, ob es nun die eigenen oder die Anderer waren. Ein solcher Charakter konnte schwerlich immer der Versuchung widerstehen, ein Stück Papier sagen zu machen, was seiner Ansicht nach in ihm stehen sollte. Seine Denkweise, die fast zu gleichen Theilen aus dialektischer Schärfe und dem ebenso kurzsichtigen wie verwegenen Fanatismus der Oberflächlichkeit gemischt war, ließ ihm das nicht schwer fallen. Seiner Interpretation der Verfassung darf daher nicht das geringste Gewicht a priori zugestanden werden.

Gerade das Gegentheil gilt von Madison. Ein so harmonisch durchgebildeter Charakter wie Washington ist er nicht. Auch er birgt unter dem bescheidenen und schlichten Aeußeren einen tiefen Ehrgeiz. Wird dieser oder sein zu empfindliches Gefühl verletzt, so wird er wohl auch ungerecht gegen den Gegner. Die Leidenschaft, mit welcher der Parteikampf geführt wurde, riß auch ihn nach und nach so weit

---

[1]) Artikel 13 der Konföderations-Artikel lautet: „Every state shall abide by the determination of the United States in Congress assembled, on all questions which, by this Confederation, are submitted to them.“ Die Gegner der Nullifikationstheorie haben diese Bestimmung dahin aufgefaßt, daß Kongreßgesetze rechtlich absolut bindend für die Staaten gewesen seien. In der Konstitution finden sich jedoch Bestimmungen, die noch viel unzweifelhafter die Suprematie der Bundesgesetze feststellen. Wenn sich trotzdem das Nullifikationsrecht logisch aus ihr ableiten läßt, so muß das mithin noch viel leichter aus den Konföderations-Artikeln geschehen können, denn viele der wesentlichsten Beweisglieder sind hier ausdrücklich ausgesprochen, während sie dort erst aus anderen Bestimmungen oder Worten gefolgert werden müssen. Der indirekte Beweis gegen die Nullifikationstheorie aus Artikel 13 der Konföderations-Artikel hat somit keinen Werth.

mit fort, daß er sein Spiel mehr unter der Decke spielte, als durch die Entschuldigung der politischen Nothwendigkeit vollständig gerechtfertigt werden konnte. Und wenn es eine Maßnahme zu bekämpfen galt, die mit dem eigenen Parteiprogramme allzusehr in Widerspruch stand, dann stieg auch er zum Buchstaben und zu kleinlichen Tifteleien herab, wenn von dem höheren Standpunkte des Staatsmannes dem Angriff nicht der nöthige Nachdruck gegeben werden konnte. Trotzdem aber hatte er nichts vom Demagogen an sich. Er ist eine rein angelegte Natur, wenn ihn auch seine sittlichen Prinzipien nicht so unbedingt beherrschen, daß sein Urtheil gänzlich unbeeinflußt von seinen Wünschen bliebe. Man kann ihm nicht nachsagen, daß er je mit der bewußten Absicht an die Konstitution herangetreten sei, irgend ein Wörtchen in ihr aufzustöbern, das durch dialektische Kunstgriffe in den Dienst seiner Wünsche gezwungen werden könnte. Seiner Auslegung der Verfassung muß daher ein großes Gewicht zuerkannt werden, da er eine leitende Rolle auf dem Konvente zu Philadelphia gespielt, dann der hervorragendste Vertheidiger des Entwurfes in der Konvention von Virginia gewesen und endlich in Gemeinschaft mit Hamilton und Jay den Foederalist geschrieben, also die Geschichte der Konstitution genau kannte und ihre Bestimmungen bis in die geringsten Einzelheiten hinein durchdacht hatte. Es läßt sich aber nachweisen, daß er jetzt etwas aus ihr herauslas, was wesentlich verschieden von dem war, was er in Philadelphia befürwortet und dann in dem vollendeten Entwurfe zu finden gemeint hatte. Gibt man nun zu, daß er nicht absichtlich etwas in die Verfassung hineingelesen habe — und das wird heute kaum geleugnet werden — so kann diese verschiedene Interpretation nur durch zwei Annahmen erklärt werden: der Wortlaut der Verfassung muß ohne Sophisterei eine wesentlich verschiedene Deutung zulassen, und die politische Stimmung so wie das politische Urtheil Madison's muß seit 1787 und 1788 eine tiefgreifende Wandelung erfahren haben. Das letztere Moment ist von Wichtigkeit für das Verständniß der Verfassungsgeschichte, weil die Ursachen der Wandelung von Madison's politischer Stimmung nicht persönlicher sondern allgemeiner Natur sind; Madison ist in dieser Hinsicht nur der bedeutendste Repräsentant eines großen Bruchtheiles der gesammten Bevölkerung.

Madison pflichtete 1787 nicht der landläufig gewordenen Ansicht bei, daß die Staaten im eigentlichen Sinne des Wortes souverän seien. Am 29. Juni erklärte er im Konvent zu Philadelphia: „Ihre (der Staaten) Gesetze stünden in einem analogen Verhältniß zu dem

obersten (paramount) Gesetze der Konföderation wie die Nebengesetze eines Staates zu dessen Grundgesetz.[1]) Unter der vorgeschlagenen Regierung werden die Befugnisse der Staaten noch weit mehr verkürzt werden."[2]) Dieser Satz charakterisirt seine Stellung vollkommen. Alle seine damaligen Bestrebungen gehen von diesem Grundgedanken aus und er verfolgt die logischen Konsequenzen desselben mit ebenso großer Schärfe wie praktischer Einsicht. Zu wiederholten Malen warnt er eindringlich vor den verderblichen Folgen, die nicht ausbleiben könnten, wenn man auf halbem Wege stehen bliebe. Die Rechtsbasis des Verhältnisses der Staaten zur Union will er nicht verändern, denn das ist nach seiner Auffassung von der Konföderation nicht nöthig. Er will nur die Theorie der Konföderations-Artikel durch die Konstitution zu einer lebendigen Thatsache machen. Der Bundesregierung soll in der Konstitution ausdrücklich ein bestimmtes Rechtsmittel gegeben werden, durch welches jeder Versuch der Staaten, die rechtliche und thatsächliche Suprematie der Union zu beschneiden, im Keime erstickt werden könnte.

Schon vor dem Zusammentritt des Bundeskonventes schreibt er an Edmund Randolph[3]): „Laßt sie (die Bundesregierung) in allen Fällen eine Negative gegenüber den legislativen Akten der Staaten haben, wie der König von Groß Britannien sie früher hatte. Ich halte das für wesentlich und für die geringst mögliche Verkürzung der Staatensouveränetät. Ohne eine solche Defensivgewalt wird jede positive Gewalt, die auf dem Papier verliehen werden kann, unnütz sein." In den Verhandlungen des Konventes kehrt er immer und immer wieder zu diesem Punkte als „absolut nothwendig zu einem vollkommenen Systeme" zurück und weicht bis zuletzt nicht um Haaresbreite von seiner ursprünglichen Forderung. „Um der Negative diese Wirksamkeit zu geben", erklärt er am 8. Juni, „muß sie sich auf alle Fälle erstrecken. Eine Unterscheidung würde nur eine neue Quelle des Streites zwischen den beiden Gewalten sein. Mit einem Wort, um zu dem Bilde von dem planetarischen Systeme zurückzukehren, diese Prärogative der Bundesregierung ist das große alles durchdringende Prinzip, welches die centrifugale Tendenz der Staaten kontrolliren muß, die ohne dasselbe beständig aus ihren Bahnen heraus-

---

[1]) Vergleiche die vorhergehende Anmerkung.
[2]) Elliot. Deb. V p. 256.
[3]) 8. Apr. 1787. Elliot, Deb. V p. 108.

fliegen und die Ordnung und Harmonie des politischen Systemes stören würden."[1]) Und als nun der Konvent den Entwurf ohne irgend eine derartige Bestimmung endgiltig annahm, erklärte er nochmals, daß sie allein „allen den Formen hätte begegnen können", welche „die nachtheiligen Akte der Staaten" annehmen könnten.[2])

Nach diesen Aeußerungen muß die Aenderung seiner persönlichen Ansichten über die Vorbedingungen eines lebensfähigen und starken staatlichen Gemeinwesens auf föderativer Grundlage bemessen werden. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß oder wie weit diese Aenderung seiner persönlichen Ansicht seine Interpretation der Verfassung beeinflußt hat. Das Urtheil hierüber muß davon abhängen, in wie weit er 1787 und 1788 seinen Hauptzweck für erreicht hielt, obgleich er es nicht durchzusetzen vermocht hatte, daß der Bundesregierung eine „unbegrenzte" Negative verliehen wurde.

Die spätere Schule Calhoun's hat sich oft auf ein Wort Madison's im konstituirenden Konvent berufen, um zu beweisen, daß selbst diejenigen Mitglieder desselben, welche am kräftigsten eine „Konsolidirung" der Staaten befürworteten, der Bundesregierung nicht das Recht hätten geben wollen, einen Staat mit Gewalt zum Gehorsam zu zwingen. In der Debatte über die Klausel „die Anwendung der Macht des Ganzen gegen einen delinquenten Staat zu autorisiren", äußerte er: „Die Anwendung von Gewalt gegen einen Staat würde mehr einer Kriegserklärung als der Verhängung einer Strafe gleich sehen und wahrscheinlich von dem angegriffenen Theile als eine Auflösung aller früheren Verträge angesehen werden, durch welche er gebunden sein mochte."[3]) Allein dieses Wort darf nicht aus seinem Zusammenhange gerissen werden, wenn man seine Bedeutung richtig erfassen will. Madison leitete seine Bemerkung mit der Erklärung ein, „daß je mehr er über die Anwendung von Gewalt nachdenke, desto mehr müsse er die Zweckmäßigkeit, Gerechtigkeit und Wirksamkeit derselben bezweifeln"; und zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, „daß man ein System entwerfen werde, welches diesen Rückhalt unnöthig machen würde." Den Ausschlag in der Frage schien ihm lediglich die Zweckmäßigkeit zu geben. Er stritt nicht das Recht der Bundesregierung an, nicht nur ihre Existenz sondern auch ihre Rechte mit Ge-

---

[1]) Elliot, Deb. V p. 171.
[2]) Ibid. V p. 539.
[3]) Ibid. V p. 140.

walt zu wahren, sondern er bezweifelte die Rathsamkeit, den Gebrauch dieses extremen Mittels nöthig zu machen, und die Möglichkeit, es mit Erfolg anzuwenden. Deswegen verlangte er für die Bundesregierung das absolute Veto, denn ein drittes Mittel wußte er nicht zu finden, und daß die Bundesregierung irgend ein Mittel haben mußte, die Staaten „zu kontrolliren", war für ihn gar keiner Frage unterworfen. Sah er doch überhaupt die einzige Gefahr in den Uebergriffen der Staaten, denn selbst wenn sich „in der Bundesregierung eine Tendenz, die Staaten zu absorbiren", offenbaren sollte, so konnte das, seiner Ansicht nach, „keine verhängnißvollen (fatal) Folgen nach sich ziehen."[1]) Die Negative war ihm nur „das mildeste Auskunftsmittel, welches gefunden werden konnte, um das Unheil zu verhüten", welches aus den verfassungswidrigen Anmaßungen der Staatsregierungen erwachsen war. „Die Existenz eines solchen Schaches würde die Versuche verhindern, sich ihrer schuldig zu machen. Sollte eine solche Vorsichtsmaßregel nicht aufgenommen werden, so würde das einzige Hülfsmittel ein Appell an die Gewalt sein. Wäre ein solches Hülfsmittel rathsam? Wäre es praktisch? Könnten die nationalen Hülfsmittel, auch wenn sie auf's Aeußerste angespannt würden, einen nationalen Beschluß mit Gewalt gegen Massachusetts durchsetzen, zu dem vielleicht mehrere seiner Nachbarn stünden? Es würde nicht möglich sein."[2])

Madison mochte darin Recht haben, daß die Ausübung von Zwang gegen einen Staat zur Zeit unmöglich sein würde und daß es deswegen nöthig wäre, der Bundesregierung ein friedliches Mittel zu geben, mit dem sie jeden Auflehnungsversuch ersticken könne, ehe die Gährung so intensiv geworden und sich so weiten Kreisen mitgetheilt, daß die Autorität der Bundesregierung ernsthaft gefährdet wäre. Allein es ist auffallend, daß er, und mit ihm alle hervorragenden Mitglieder des Konvents, so hartnäckig das absolute Veto für das einzige Mittel erklären, durch welches dieses erzielt werden könne. Die Debatten waren bereits ziemlich weit vorgeschritten, als er seinen entscheidenden Grund dafür angab und in demselben Worte deutlich aussprach, auf welche konstitutionellen Rechtsmittel die Bundesregierung ohne eine derartige Bestimmung beschränkt sein würde. Am 17. Juli erklärte er: „Sie (die Staaten) werden Gesetze passiren, welche ihre

---

[1]) Ibid. V p. 222.
[2]) Ibid. V p. 171.

unheilvollen Zwecke erreichen werden, ehe sie durch die Bundeslegislatur widerrufen oder durch die Bundesgerichte bei Seite gesetzt werden können."[1]) Abgesehen von der unzweideutigeren Präcisirung des Rechtsmittels ist die Zeit der einzige wesentliche Unterschied zwischen dem absoluten Veto und den Widerstandsmitteln, welche der Bundesregierung nach der von dem Konvent beliebten Form der Verfassung gegen die Uebergriffe der Staaten zur Verfügung stehen. Da er „eine gewisse Emanation" der Vetogewalt in die Staaten vorschlägt, so könnte in dringlichen Fällen stets sogleich verhindert werden, daß ein Gesetz in Kraft trete, welches die konstitutionellen Prärogativen der Bundesregierung antastete. Würde dagegen das Veto vorenthalten, so sei Verzug unvermeidlich; verziehen aber heiße dem Samenkorn eines bedeutungslosen Zwiespaltes Zeit geben, zur offenen Rebellion heranzureifen.

Im Foederalist vertritt er die gleiche Anschauung. Allerdings sagt er: „ehrgeizige Uebergriffe der Bundesregierung . . . würden die Signale zu einem allgemeinen Alarm sein. Jede Staatsregierung würde zur gemeinsamen Sache stehen. Eine Korrespondenz würde eröffnet werden. Man würde Pläne vereinbaren, Widerstand zu leisten. Ein Geist würde das Ganze beleben und leiten. Kurz, die Furcht vor dem Bundesjoche würde dieselbe Verbindung ergeben, welche durch die Furcht vor einem fremden Joche hervorgerufen wurde; und wenn man nicht freiwillig auf die projektirten Veränderungen verzichtete, so würde in dem einen Fall derselbe Appell an die Gewalt gemacht werden, der in dem anderen gemacht ward."[2]) Allein er spricht hier nicht von einem Rechte der Staaten, sondern konstatirt einfach die Wahrscheinlichkeit eines Faktums. Das zeigt schon der angezogene Vergleich. Der gewaltsame Widerstand der Staaten gegen die Bundesregierung mochte ebenso berechtigt sein wie der gewaltsame Widerstand der Kolonien gegen England; aber rechtlich wäre er in jedem Falle, gleich wie in diesem, eine Revolution und nicht ein von der Verfassung gebilligtes Rechtsverfahren gewesen. In dem einen wie in dem anderen Falle hätte nur eine nackte Thatsache vorgelegen, die Thatsache, daß die Frage über das Gesetz hinausgerückt worden und vor dem Richterstuhl der ultima ratio aller Völker und aller Zeiten gebracht sei. Madison läßt gar keinen Zweifel darüber, welches — im Gegensatz zu diesem

---

[1]) Elliot, Deb. V p. 321.

[2]) Foederalist XLVI.

thatsächlichen Hülfsmittel — die den Staaten zuständigen Rechtsmittel seien. „Erstens", sagt er, „wird der Erfolg der Usurpation von der Bundesexekutive und von den Bundesgerichten abhängen, welche die legislativen Akte auslegen und zum Vollzug bringen müssen; und in der letzten Instanz muß Abhülfe von dem Volke erlangt werden, welches durch die Wahl treuerer Repräsentanten die Akte der Usurpatoren vernichten kann."[1]) Hier ist nicht von der „Pflicht" der Staatsregierungen die Rede, „sich in's Mittel zu legen." Den Bundesgewalten wird ausdrücklich das ausschließliche Recht der Entscheidung zugestanden; und der einzige Weg, diese Entscheidung umzustoßen, ist, darauf hinzuwirken, daß zur gesetzlich bestimmten Zeit anders gesinnte Persönlichkeiten mit denselben betraut werden. Wie hätte auch eine Verfassung, die den Staaten den Gebrauch anderer Abwehrmittel zugestand, von dem Manne befürwortet werden können, der seine aus der Geschichte gewonnene Erkenntniß in die Worte zusammenfaßte: „Die bedeutsame Wahrheit, welche sie (die Erfahrung) unzweideutig in dem gegenwärtigen Falle ausspricht, ist, daß wie eine Souveränetät über souveräne Gewalten, eine Regierung über Regierungen, eine Gesetzgebung für Gemeinwesen im Gegensatz zu Individuen, in der Theorie ein Widerspruch in sich, so in der Praxis der Umsturz der Ordnung und der Zwecke bürgerlicher Institutionen ist, indem sie Gewalt an die Stelle des Gesetzes, oder den zerstörenden Zwang des Schwertes an die Stelle des milden und heilsamen Zwanges der friedlich waltenden Obrigkeit (of the magistracy) setzt."[2])

„Die Konstitution selbst ist einem widerwilligen Volke durch die zermalmende Nothwendigkeit abgerungen worden." Dieses schon früher angeführte Wort von John Quincy Adams wird jetzt besser verstanden werden, „denn der kommende Tag zeigt die Begebenheiten im Erfolg von neuen Seiten."

---

[1]) Ibid. XLIV.
[2]) Ibid. XX.



Die Präsidentenwahl von 1801. Verfall der föderalistischen Partei. Jefferson und der Ankauf von Louisiana. Die Intriguen der Burriten und Föderalisten.

Die Virginia und Kentucky Resolutionen hatten keine unmittelbaren weiteren Folgen. Die anerkannten Führer der Anti-Föderalisten oder Republikaner hatten ihre Auffassung von der Konstitution und dem durch sie geschaffenen Bunde ad acta gegeben. Dort blieben die Erklärungen geraume Zeit unbenutzt, aber auch unwiderrufen und unvergessen liegen. Die inneren Kämpfe währten fort und ihr Charakter blieb derselbe. Der Umschwung in den Parteiverhältnissen veranlaßte nur auf beiden Seiten eine Frontveränderung, und für eine Weile wurden die Treffen auf anderen Punkten und zum Theile auch in anderer Weise geliefert.

Der nächste Zusammenstoß war ein rein thatsächliches Ringen um die Herrschaft. Eine unzulängliche Bestimmung der Verfassung gab den Föderalisten allein die Möglichkeit zu diesem Kampfe, aber der Streit über die Verfassungsfrage wurde doch nur wie ein mehr zufälliger Nebenumstand angesehen.

Die Republikaner hatten in der Präsidentenwahl mit einer Majorität von acht, resp. neun Elektoralstimmen gesiegt. Ihre beiden Kandidaten, Jefferson und Aaron Burr, hatten je 73 Stimmen erhalten. Jefferson war von ihnen für die Präsidentschaft und Burr für die Vize-Präsidentschaft beabsichtigt. Trotzdem hatten sie Beiden die gleiche Stimmenzahl gegeben, entweder um die Wahl Burr's nicht zu gefährden, oder weil er die Kandidatur nur unter dieser Bedingung ange-

nommen hatte.[1]) Der verwegene, völlig prinzipienlose Charakter Burr's machte das zu einem gefährlichen Experiment. Richter Woodworth wollte wissen, daß Burr einen der Elektoren von New-York gewonnen hatte, seine Stimme Jefferson zu entziehen, und daß dieses nur habe verhindert werden können, weil die übrigen Elektoren des Staates noch rechtzeitig Kenntniß davon erhalten.[2]) Ist diese Anklage begründet, so war man nur durch einen Zufall davor bewahrt worden, einen Mann zum Präsidenten zu erhalten, dessen Namen bisher noch von keiner Partei in Verbindung mit der Präsidentschaft genannt worden war. Allein wie dem auch sein mochte, die Gefahr war jedenfalls noch keineswegs beseitigt, daß der bankerotte, gesinnungslose Wollüstling, dem bei den abenteuerlichen Planen seines tolldreisten Ehrgeizes kein Mittel zu gemein war, zum Haupte der Republik gemacht werden würde.

Waren für zwei oder mehr Kandidaten eine gleiche Anzahl von Elektoralstimmen abgegeben worden, so hatte das Repräsentantenhaus einen derselben zum Präsidenten zu wählen. Es wurde dabei nach Staaten gestimmt und eine Majorität sämmtlicher Staaten mußte für einen der Kandidaten stimmen, um eine giltige Wahl zu Stande zu bringen. Die Föderalisten hatten nach der Kopfzahl die Majorität im Repräsentantenhause, konnten aber bei einem Votum nach Staaten nur gerade die Hälfte der Stimmen kontrolliren. Das war gerade genügend, um eine Wahl zu verhindern:

Niemand leugnete, daß sowohl die Majorität des Volkes als der republikanischen Elektoren Jefferson zum Präsidenten habe wählen wollen. Allein die Parteileidenschaft war zu einer so krankhaften Höhe gesteigert, daß die Föderalisten trotzdem beschlossen, sich auf den Buchstaben der Verfassung zu steifen und die Wahl Jefferson's zu hinter-

---

[1]) Wolcott behauptete, daß Burr diese Bedingung gestellt habe und daß sie von hervorragenden Republikanern angenommen worden sei. (Gibbs, Mem. of Wolc. II. p. 488). Randall (Life of Jeff. II p. 573) nennt diese Behauptung „absurd", führt aber als Beweis nur einen Brief Jefferson's vom 15. Dez. 1800 an Burr an, in dem er zu verstehen gibt, daß er eine größere Anzahl von Stimmen zu haben erwarte. J. C. Hamilton (Hist. of the Rep. of the U. St. of Amer. VII pp. 425 u. 426) gibt jedoch gewichtige Gründe für die Annahme, daß Jefferson um diese Zeit bereits von der Gleichheit der Stimmenzahl gewußt habe. Ein von J. C. Hamilton (ibid. VII p. 424) angeführter Brief Madison's an Monroe spricht gleichfalls ehr dafür als dagegen, daß man eine derartige Verpflichtung gegen Burr eingegangen war.

[2]) J. C. Hamilton, ibid. VII pp. 424, 425.

treiben. Die Möglichkeit der Wahl ihrer eigenen Kandidaten[1]) war durch die Verfassung vollständig ausgeschlossen. Sie konnten also nur entweder den Versuch machen, Burr eine Majorität der Staatenstimmen zu verschaffen, oder überhaupt keine Wahl zu Stande kommen lassen. Für den letzteren Fall dachte man daran, dem Senate die Wahl zuzuschieben. Dieser sollte sich einen provisorischen Präsidenten erwählen — einerlei ob aus seiner eigenen Mitte oder nicht[2]) — der dann für den Präsidenten der Vereinigten Staaten erklärt werden könnte. Ein solches Verfahren hätte durch keine Bestimmung der Verfassung gerechtfertigt werden können; der Fall war in keiner Weise vorgesehen worden[3]). Ob dieses der Grund war, daß der Plan bald fallen gelassen wurde, muß dahingestellt bleiben; jedenfalls ist die Behauptung Gibb's unrichtig, daß nie ein solcher Plan existirt habe.[4])

Nach einigem Schwanken entschied man sich für den Versuch, Burr zu erwählen. Es stimmten zwar bloß sechs Staaten für ihn, aber nur vier Stimmen brauchten gewonnen zu werden,[5]) um ihm die gesetzmäßige Majorität von neun Staaten zu geben.

Beide Pläne schienen mindestens so viel Aussicht auf Erfolg zu haben, daß die Republikaner ernstliche Besorgnisse zu hegen begannen. Jefferson hatte am 15. Dezember Burr geschrieben, daß „Schicklichkeit"

---

[1]) Adams und Pinckney.

[2] Man dachte z. B. auch an Oberrichter Marshall.

[3]) Es ist nicht zu verstehen, wie Adams trotzdem schreiben konnte: „I know no more danger of a political convulsion, if a President pro tempore, of the Senate, or a Secretary of State, or Speaker of the House should be made President by Congress, than if Mr. Jefferson or Mr. Burr is declared such. The President would be as legal (!) in one case as in either of the others, in my opinion and the people as well satisfied." Adams' Works IX p. 98.

[4]) Mem. of Wolc. II p. 489.

[5]) Bailey und Livingston von New-York, Lynn von New-Jersey und Dent von Maryland. New-Jersey und Maryland gaben ein gleich getheiltes Votum. Lynn neigte zu den Föderalisten hin und Dent war ein entschiedener Föderalist. Die beiden genannten Repräsentanten von New-York galten nicht für besondere Freunde Jefferson's. Die Annahme, daß unter Umständen eine Majorität von Burr gewonnen werden konnte, erscheint mithin nicht ganz so absurd, als Randall (Life of. Jeff. II. p. 605) sie hinzustellen versucht. Ihre Wahrscheinlichkeit wird indirekt dadurch erhöht, daß die Föderalisten, welche ausschließlich den Ausschlag für Jefferson gaben, den Verdacht einer unreinen Beeinflussung auf sich geladen haben. Cfr. J. C. Hamilton, Hist. of the Rep. of the U. St. of Amer. VII 464, 465, 467, 468. Benton läßt in dem Abridg. of the Deb. of Congr. die von Hamilton angeführte Stelle aus der Rede Bayard's aus.

ihn genöthigt, sich „vollständig passiv“ in dem Wahlkampfe zu verhalten.[1]) Jetzt hielt er die Lage für so bedenklich, daß er sich nicht mehr durch die „Schicklichkeit“ gebunden erachtete. Er ersuchte persönlich Adams, mit seinem Veto dazwischen zu treten, wenn die Föderalisten dem provisorischen Präsidenten des Senates „während eines Interregnums“ die Regierung übertragen sollten. Obgleich er erklärte, „daß eine solche Maßnahme wahrscheinlich gewaltsamen Widerstand hervorrufen würde“, wies Adams doch den Rath zurück.[2])

Madison schlug ein anderes Auskunftsmittel vor. Er meinte, ein Interregnum bis zum Zusammentritt des Kongresses im Dezember 1801 sei zu gefährlich; Jefferson und Burr sollten daher den Kongreß durch „eine gemeinschaftliche Proklamation oder Empfehlung“ berufen. Dieser Schritt hätte eben so wenig wie ein Interregnum unter dem provisorischen Präsidenten des Senates durch irgend eine Bestimmung der Verfassung gerechtfertigt werden können. Madison gab selbst zu, daß er nicht „ganz regulär“ sein würde.[3]) Die buchstäbliche Interpretation war aber vorgeblich das A und das O des politischen Glaubensbekenntnisses der Republikaner. Trotzdem fand der Gedanke auch den Beifall Jefferson's.[4])

Zwischen den beiden Parteien, oder vielmehr über ihnen, stand der eigentliche Schöpfer der föderalistischen Partei. Auch Hamilton rieth dazu, den Rücksichten politischer Zweckmäßigkeit ein Zugeständniß zu machen.[5]) Die Möglichkeiten, welche das gleiche Elektoralvotum den Föderalisten des Repräsentantenhauses gaben, sollten womöglich dazu

---

[1]) Jeff.'s Works IV p. 340.

[2]) The Anas. Jeff.'s Works IX p. 210.

[3]) Madison den 10. Jan. 1801 an Jefferson: „And if, in reference to the Constitution, the proceeding be not strictly regular, the irregularity will be less in form, than any other adequate to the emergency, and will be in form only, rather than in substance.“ J. C. Hamilton, Hist. of the Rep. of the U. St. of Amer. VII pp. 431, 432. Vrgl. a. Ham.'s Works VI p. 509.

[4]) Jeff.'s Works IV p. 355. Ausgabe von 1854.

[5]) Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Zugeständniß größer war, als man für den politischen Nachruhm Hamilton's wünschen dürfte. Er schreibt den 16. Dez. Wolcott: „Yet it may be well enough to throw out a lure for him (Burr), in order to tempt him to start for the plate, and to lay the foundation of dissension between the two chiefs.“ (Ham.'s Works VI p. 486). Es ist bezeichnend für das öfters angeführte Werk von Hamilton's Sohn, daß er diese Stelle nicht abdruckt, obgleich er einen großen Theil des Briefes wörtlich anführt (Hist. of the Rep. of the U. St. of Amer. VII pp. 434, 435). Uebrigens ist dieses keineswegs das einzige

benutzt werden, Jefferson gewisse Versprechungen abzupressen. Weiter wollte aber Hamilton nicht gehen. Das Interregnum-Projekt erklärte er für „gefährlich und unziemlich“ und behauptete, daß es unmöglich Erfolg haben könne.[1]) Jefferson oder Burr, das sei die einzige Frage. Als seine Parteigenossen dann auch zu dieser Ansicht gelangt zu sein schienen, bot er seinen ganzen Einfluß auf, sie von dem Gedanken abzubringen, Burr in das Weiße Haus zu schmuggeln. Schon den 16. Dezember hatte er Wolcott geschrieben, daß er „erwarte, wenigstens Neu England werde seinen Kopf nicht so weit verlieren, um in diese Schlinge zu fallen.“ Als diese Erwartung getäuscht wurde, schrieb er Brief über Brief an die hervorragendsten Föderalisten, die direkt oder indirekt einen Einfluß auf die Wahl ausüben konnten. „Wenn es“, schrieb er an Morris, „einen Menschen in der Welt gibt, den ich hassen sollte, so ist es Jefferson.“[2]) Trotzdem plaidirte er schärfer und feuriger für die Wahl Jefferson's als irgend ein Republikaner, „denn es würde niedrig sein, in einem solchen Falle persönlichen Rücksichten Gehör zu schenken.“[3]) Dabei betonte er stets mit gleichem Nachdrucke das „Thörichte und Unwürdige“, das „Unpolitische und Unreine“ der Intrigue für Burr. In allen diesen Briefen, die zum Theil eine große Länge haben, ist er der weitsehende, ebenso scharf wie ruhig prüfende Staatsmann; aber gelegentlich steigert sich ihr Ton zu feierlichem Pathos. Mit äußerster Entschiedenheit aber auch mit einer gewissen Wehmuth schreibt er Bayard: „Wenn die Partei Burr als ihren offiziellen Führer adoptirt, indem sie ihn für die Präsidentschaft unterstützt, so werde ich genöthigt sein, mich als einen isolirten Mann anzusehen. Es wird mir unmöglich sein, mit meinen Begriffen von Ehre oder Politik mein Verharren in einer Partei zu vereinigen, die meiner Befürchtung nach sich selbst und das Land erniedrigt (degraded) haben wird.“[4])

Beispiel dafür, daß auch Hamilton's politische Moral durch die Heftigkeit des Parteikampfes geschädigt worden war.

[1]) „It has occurred to me that perhaps the federalists may be disposed to play the game of preventing an election, and leaving the executive power in the hands of a future President of the Senate. This, if it could succeed, would be, for obvious reasons a most dangerous and unbecoming policy. But it is well it should be understood that it cannot succeed.“ Ham.'s Works VI p. 508.

[2]) Ham.'s Works VI p. 499.

[3]) Ibid. VI p. 501.

[4]) Ibid. VI p. 419. Dieser Brief ist fälschlich vom 16. Janur 1801 datirt.

Der überlegene Geist Hamilton's wurde noch immer von den Föderalisten anerkannt, aber trotzdem stand er in der That nahezu isolirt da. Die widrige Leidenschaftlichkeit, mit welcher der Parteikampf alle die Jahre hindurch geführt worden war, und das Bewußtsein, daß ihre Niederlage zum großen Theil dem bitteren und unerquicklichen Hader in ihrer eigenen Partei zuzuschreiben war, hatte sowohl das politische Urtheil wie die politische Moral der meisten anderen Führer zu sehr getrübt. Hamilton's Mahnungen blieben nicht wirkungslos, aber ein völliges Aufgeben des in der That ebenso unpolitischen wie unreinen Planes vermochte er nicht durchzusetzen. Der Wahlkampf im Repräsentantenhause dauerte vom 11. bis zum 17. Februar. Erst beim 36. Ballotement stimmten so viele Föderalisten mit weißen Stimmzetteln, daß Jefferson das Votum von zehn Staaten erhielt und für den gesetzlich erwählten Präsidenten erklärt werden konnte. Nach dem eigenen Zeugniß der föderalistischen Repräsentanten wäre das Feld auch jetzt noch nicht geräumt worden, wenn Burr aus seiner zweideutigen Haltung herausgetreten wäre. Er konnte seinen republikanischen Freunden nicht vollständig und förmlich absagen und die Föderalisten erhielten daher nur ganz vage nichtssagende Versicherungen von ihm. Unter diesen Umständen hätte es an Wahnwitz gegrenzt, alle Hebel für die Erwählung Burr's anzusetzen, den sie trotz seiner glänzenden Gaben für einen durch und durch verächtlichen Menschen hielten.[1]) Alle die Gefahren für die Partei und für das ganze Land, welche die Konsequenz des Erfolges ihrer Intrigue sein mußten, hätten sie wissentlich heraufbeschworen, um an die Spitze des Staates einen Unwürdigen zu stellen, der ihnen den Rücken gekehrt haben würde, sobald sie ihm zur Macht verholfen. Sie hätten um die Zukunft der Union gewürfelt, lediglich um ihrem Haß gegen Jefferson Genüge zu thun.[2])

Man war sich der Größe der Krisis wohl bewußt. Bayard schrieb Hamilton am 8. März über die letzten „Caucuse" der Föderalisten: „Alle erkannten an, daß nur verzweifelte Maßregeln übrig blieben. Mehrere waren geneigt, dieselben zu adoptiren, und nur Wenige waren

[1]) Sedgwick an Hamilton: „As to the other candidate (Burr), there is no disagreement as to his character. He is ambitious — selfish — profligate. His ambition is of the worst kind, it is a mere love of power, regardless of fame, but as its instrument; his selfishness excludes all social affections, and his profligacy unrestrained by any moral sentiment, and defying all decency. This is agreed." Ibid. VI pp. 512, 513.

[2]) Die „Wahlcampagne" von 1872 bietet viele Analogien dar. Vgl. den vortrefflichen Leitartikel in der Nation vom 17. Okt. 1872. pp. 244, 245.

gewillt, sie offen zu mißbilligen. Jedes Mal gingen wir in Verwirrung und Uneinigkeit auseinander und das letzte Ballotement wurde nur wenige Minuten vor der Abstimmung arrangirt.“[1]). Einige Jahre später wiederholte er unter Eid die Aussage, daß „Einige es für besser hielten, bei unserem Votum auszuharren und lieber ohne Präsidenten zu bleiben, als Jefferson zu erwählen.“[2]) Vernunft und Patriotismus behielten aber endlich doch die Oberhand. Bayard scheint die Entscheidung gegeben zu haben.[3])

Wie viel Hamilton dazu beigetragen, daß die Befürworter des va banque! nicht durchdrangen, kann nicht genau bemessen werden. Randolph, zur Zeit Mitglied des Repräsentantenhauses, „sprach später oft die Ueberzeugung aus, daß wir die Sicherheit der Republik Hamilton zu danken hätten.“[4]) Darüber herrschte in beiden Parteien keine Meinungsverschiedenheit, daß ein Sieg der föderalistischen Starrköpfe die Sicherheit der Republik sehr ernstlich gefährdet haben würde.

Schon einen Monat vor dem Beginn des Ballotements begegnet man unter den Föderalisten der Ueberzeugung, daß die Republikaner sich unter keinen Umständen der Wahl Burr's oder einem Interregnum gefügt haben würden. James Gunn, Bundessenator von Georgia, schreibt den 9. Januar Hamilton: „In Betreff der Wahl eines Präsidenten gewinnen einige revolutionäre Ansichten Boden und die Jakobiner sind entschlossen, der Wahl Burr's *auf jede Gefahr hin* zu widerstehen . . Ich bin überzeugt, daß die Demokraten ihren Standpunkt mit dem festen Entschlusse eingenommen haben, ehr die Regierung zu zerstören, als nachzugeben.[5])

Die Republikaner traten dieser Ueberzeugung nicht entgegen, sondern erklärten sie mit all' der Emphase für begründet, mit der in Amerika stets derartige Erklärungen abgegeben worden sind. Jefferson schrieb den 15. Februar, zwei Tage vor der Wahl, Monroe: „Wenn man ihnen (den Föderalisten) hätte gestatten können, ein Gesetz zu passiren, das die Regierung in die Hände eines Beamten legen würde, so würden sie unstreitig eine Wahl verhindert haben. Aber wir hielten es für das Beste, offen und fest zu erklären, Einer und Alle, daß an

---

[1]) Ham.'s Works VI p. 523.

[2]) Randall, Life of Jeff. II p. 608.

[3]) John Adams an Jefferson, 14. Juni 1813: „You and Mr. Madison are indebted to Bayard for an evasion of the contest.“ Adams' Works X p. 43.

[4]) Garland, Life of Randolph I p. 187.

[5]) Ham.'s Works VI p. 509.

dem Tage, da ein solcher Akt passirt würde, die Mittelstaaten rüsten würden und daß wir uns auch nicht einen einzigen Tag einer solchen Usurpation unterwerfen würden. Dieses erschütterte sie zuerst; und sie waren vollständig durch das Auskunftsmittel alarmirt, für das wir uns erklärten, nämlich eine Konvention, die Regierung zu reorganisiren und amendiren."[1]) Bewaffneter Widerstand, gefolgt von einer friedlichen Revolution[2]), das war das letzte Wort der Republikaner. Die Föderalisten hielten mit Recht dieses Ultimatum nicht für eine eitle Drohung. Jefferson spricht den Tag nach der Wahl in einem Briefe an Madison von der „Gewißheit", daß einer legislativen Usurpation mit Waffengewalt widerstanden werden würde.[3]) Und Jefferson's Zeugniß steht keineswegs allein da.[4]) Begann doch sogar schon die Presse die Frage der „Bella, horrida Bella!" zu verhandeln[5].) Ja, noch mehr! In Virginia, wo die Erregung am größten war, hatte man bereits Anstalten getroffen, sich in einem Augenblicke die nöthigen Waffen und selbst Truppen zu verschaffen. John Randolph hat in der früher angeführten Rede auch in dieser Hinsicht den Schleier vollkommen gelüftet. Man durfte auf die Brigade von Dark rechnen, der versprochen hatte, sich der Waffen im Rüsthause der Vereinigten Staaten zu Harper's Ferry zu bemächtigen.[6]) Der Gedanke, die Union mit ihren eigenen Waffen zu bekriegen,

---

[1]) Jeff.'s Works IV p. 354.

[2]) Der Ausdruck Revolution erscheint gerechtfertigt, weil nicht anzunehmen ist, daß Jefferson hier von der Berufung einer Konvention in der von der Verfassung vorgeschriebenen Weise reden will.

[3]) Jeff.'s Works IV p. 355.

[4]) Siehe die von J. C. Hamilton (Hist. of the Rep. of the U. St. of Amer. VII p. 432) angeführten Briefe von St. George Tucker an Monroe (7. Jan. 1801.) und von Th. Mann Randolph, Jeffersons Schwiegersohn, an Monroe (14. Febr. 1801.)

[5]) Siehe einen interessanten Auszug aus Porcupine's (Cobbet's) Gazette bei Randall, Life of Jeff. II p. 603.

[6]) „We did not then rely upon the Richmond Armory, not yet in operation, but on the United States Armory at Harper's Ferry. At that day when the Constitution itself was put at hazard, rather than relinquish the long enjoyed sweets of power, when the sun rose upon the house balloting — balloting through the night, and through successive days for a chief magistrate — had we not the promise of Dark's brigade, and of the arms at Harper's Ferry, which he engaged to secure in case of an attempt to set up a pageant under color of law to supersede the public will, after defeating the election by the pertinacious abuse under the pretence of the exercise of constitutional right to support one of the persons returned by artifice whom they professed to abhor. General Hamilton had frowned indignantly upon this unworthy procedure, for which he had paid the forfeit of his life."

ist mithin sehr alt; die Sezessionisten haben nur den eventuellen Plan der „Väter" der Republik thatsächlich ausgeführt.

Der Sieg der Republikaner veranlaßte bei weitem nicht einen so radikalen Umschwung in der inneren Politik, als man hätte erwarten sollen. Als das Elektoralvotum bekannt geworden war, stieß Jefferson im ersten Siegesjubel mit aller Macht in die Oppositionstrompete. Dem Kanzler Livingston bot er einen Platz in seinem Kabinet an, um bei der „Neugründung des Republikanismus" behülflich zu sein; „ich sage bei seiner Neugründung, weil wir bisher nur seine Travestie gehabt haben."[1]) Der zähe Widerstand der Föderalisten, der seine Eitelkeit nicht wenig verletzte, erhöhte noch seine feindselige Stimmung gegen sie. Den 18. Februar erstattet er Madison Bericht über den Ausgang der Wahl. Er legt besonderes Gewicht darauf, daß die Föderalisten nicht schließlich für ihn gestimmt hatten, sondern die Wahl nur dadurch zu Stande gekommen war, daß ein Theil derselben sich des Stimmens enthalten oder weiße Stimmzettel abgegeben. „Wir betrachten dieses", erklärt er, „als eine Kriegserklärung Seitens dieser Bande."[2])

Diese Aeußerungen standen durchaus im Einklange mit dem bisherigen Verhalten Jefferson's in Wort und That gegenüber den Föderalisten und ihrer Politik. Trotzdem durfte man nicht aus ihnen auf seine künftige Politik schließen. Hamilton verfiel nicht in diesen Fehler, weil er die Grundzüge von Jefferson's Charakter klar erkannt hatte und sie in ihrer relativen Bedeutung richtig abschätzte, wenn auch sein Gesammturtheil etwas zu hart sein mochte. Er sah und sagte daher den Charakter der Jefferson'schen Politik richtiger voraus, als Jefferson es während der Zeit, da die Erregung des Wahlkampfes auf ihn einwirkte, selbst gekonnt hätte. Hamilton schreibt den 16. Januar 1801 Bayard: „Auch ist es nicht wahr, daß Jefferson Schwärmer (zealot) genug ist, um irgend Etwas um seiner Prinzipien willen zu thun, was seine Popularität beeinträchtigen oder seinem Interesse zuwiderlaufen würde. Es steht von ihm so sehr wie von irgend einem Manne, den ich kenne, zu erwarten, daß er temporisiren und berechnen wird, was wahrscheinlich seine eigene Reputation und seinen eigenen Vortheil fördern wird; und die wahrscheinliche Folge eines solchen Naturells (temper) ist die Erhaltung von Systemen — wenn sie auch

[1]) Jeff.'s Works IV p. 339.
[2]) Ibid. IV p. 355.

ursprünglich bekämpft wurden — die, wenn sie einmal in Wirksamkeit gesetzt worden sind, nicht ohne Gefahr für die Person, die es thut, über den Haufen geworfen werden können. Nach meiner Ansicht berechtigt eine richtige Würdigung von Mr. Jefferson's Charakter vielmehr zur Erwartung eines temporisirenden als eines heftigen (violent) Systems."[1])

Dieses Urtheil Hamilton's fand bereits in der Inauguraladresse des neuen Präsidenten zum Theil seine Bestätigung. Jefferson ermahnte in derselben, die Rechte der Minorität heilig zu halten, „sich mit einem Herzen und einer Seele zu vereinigen" und die „despotische politische Intoleranz" abzuthun, wie man bereits mit der religiösen Intoleranz abgethan habe. „Wir haben mit verschiedenen Namen Brüder mit demselben Prinzip benannt. Wir sind Alle Republikaner — wir sind Alle Föderalisten."[2])

Jefferson durfte nicht nur ohne Gefahr eine solche Sprache führen, sondern es war auch unstreitig der beste Ton, den er anschlagen konnte obwohl die extremen Republikaner weit lieber ein vae victis! gehört hätten. Er hatte schon Anfang 1796 behauptet, daß „das ganze ländliche Interesse",[3]) also eine beträchtliche Majorität des Volkes, der republikanischen Partei angehöre.[4]) Es herrscht auch jetzt wenig Meinungsverschiedenheit mehr darüber, daß Jefferson bereits unmittelbar auf Washington in der Präsidentschaft gefolgt wäre, wenn die Elektoren schon damals die vollständigen Strohmänner gewesen wären, zu denen sie später herabsanken. Selbst wenn das mit Recht bestritten werden könnte, so wäre damit aber doch noch nicht gesagt, daß die Majorität des Volkes damals wirklich föderalistisch gesinnt war. Die Republikaner standen den Föderalisten weit in der Zahl wie in der Größe der Talente unter den Führern nach und außerdem bildete das große Geldinteresse der nördlichen Staaten den Grundstock der föderalistischen Partei. Das waren zwei Momente, die sie sehr wohl noch eine Weile in der Macht erhalten konnten, wenn auch in Wahrheit bereits die Majorität des Volkes den Grundsätzen ihrer Gegner mehr zugethan war. Allein das waren keine

---

[1]) Ham.'s Works VI p. 420.

[2]) State Papers IV p. 10; Statesm.'s Man. I p. 150.

[3]) „The landed interest." Van Buren (Political Parties p. 176) bemerkt richtig, daß dieser Ausdruck sowohl die Eigenthümer des Bodens als die Bebauer desselben umfasse.

[4]) Jeff.'s Works IV p. 139.

Stützen, auf denen sie ihre dauernde Herrschaft gründen konnten. In einer demokratischen Republik ist der politische Einfluß des Geldinteresses, wenn dasselbe nicht die ungeheure Größe wie in dem heutigen Amerika erreicht hat, in der Regel nur ein sehr beschränkter, und der des Talentes ist sehr häufig noch viel geringer. Man folgte der Führung Hamilton's, so lange die Nothwendigkeit einen genügenden Druck ausübte. Sobald aber die schwierigste Arbeit des Organisirens gethan, war gerade seine Ueberlegenheit eines der größten Hindernisse, das seiner öffentlichen Wirksamkeit überall im Wege stand. Die Föderalisten ließen ihn nicht nur nach und nach immer mehr bei Seite liegen, sondern ihre Bemängelungen seines Thuns und Lassens begannen selbst hier und da den gehässigen Ton der republikanischen Anfeindungen seiner Politik anzunehmen.[1]) Das war ein Zeichen der Zeit, das ernste Beachtung verdiente. Findet in einer politischen Partei eines Volksstaates ein Bruch zwischen ihren Begründern und der Masse derselben Statt, so sind in der Regel ihre Tage gezählt. Vollzieht sich der Bruch, nachdem die eine wesentliche Idee, auf der die Partei begründet wurde, verwirklicht worden ist, so wird und kann er nie lange überlebt werden.

Diese eine wesentliche Idee, die den eigentlichen Lebenskern der föderalistischen Partei bildete, war bereits vor dem Ablaufe der zweiten Präsidentschaft Washington's verwirklicht und der Bestand des Werkes so weit gesichert worden, als es unter den Umständen möglich war. Die Kraft, die den Pendel vorwärts geschwungen, war erschöpft. Trat trotzdem nicht sogleich der Rückschwung ein, sondern wurde er eine Weile gleichsam in der Schwebe gehalten, so war das die Folge eines zufälligen von Außen einwirkenden Momentes. Die Verlängerung der föderalistischen Herrschaft war vorwiegend der krankhaften Stellung zuzuschreiben, welche die Anti-Föderalisten Frankreich gegenüber einnahmen. Als die Früchte derselben in den Unterhandlungen während der Direktorialherrschaft geerntet wurden, da wurde die sinkende Macht der Föderalisten wie mit einem Schlage auf ihren Gipfel erhoben.[2]) Die Kongreßwahlen von 1799 fielen außerordentlich günstig für sie aus.[3])

---

[1]) „Hamilton is obnoxious and persecuted by popular clamors, in which federalists, to their shame, join." F. Ames' Works I p. 289.

[2]) „Then they were very strong". F. Ames l. c.

[3]) Besonders in den südlichen Staaten war der Umschwung sehr groß. In Georgia wurden zwei Föderalisten gewählt. Von den 6 Repräsentanten South-Carolina's waren 5, von den 10 North Carolina's 7, und von den 19 Virginia's 8

Der Werth dieser Erfolge durfte jedoch nicht überschätzt werden, da sie einer Frage der äußeren Politik zu danken waren. Nur wenn diese durch den Ausbruch eines Krieges als die beherrschende im Vordergrunde blieb, konnten sie einen mehr dauernden Charakter gewinnen. Allein die Spannung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten hatte mit der X Y Z Angelegenheit und der Rückkehr Gerry's ihren Höhepunkt erreicht. Als Adams, im Widerspruch mit einer früheren feierlichen Versicherung, eine neue Gesandtschaft nach Frankreich zu schicken beschloß, gewannen daher die Republikaner rasch wieder den verlorenen Boden zurück, da die Stellung des Volkes in den bestimmenden inneren Fragen im Wesentlichen unverändert geblieben war.

Die Position der Föderalisten in der Präsidentenwahl von 1801 war eine verzweifelte gewesen. Die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage trieb sie zu dem ebenso schimpflichen wie verwegenen Spiele im Repräsentantenhause. Sie wären davor zurückgeschreckt, wenn sie ihre Niederlage zufälligen und vorübergehenden Ursachen hätten zuschreiben können. Der Briefwechsel der Führer zeigt jedoch deutlich, daß ihre schwache Hoffnung, nach vier Jahren besseren Erfolg zu haben, nur eine Hoffnung wider ihre bessere Erkenntniß war. Die Reaktion war zum vollen Durchbruch gekommen. Die Republikaner wagten nicht an die wesentlichsten Errungenschaften des zwölfjährigen siegreichen Kampfes gegen sie zu rühren und mochten es auch kaum thun, denn dasselbe Ding sieht sich von der Regierungs- und von der Oppositionsbank aus oft sehr verschieden an. Eine geflissentliche Mehrung der Erbschaft mochte nicht von ihnen zu erwarten sein, aber wurde sie nicht gleich verschleudert, so mußte das Kapital schon durch Selbstverzinsung anwachsen. Mehr stand vorab nicht zu hoffen. Die Niederlage der Föderalisten war eine entscheidende gewesen, denn auch der Hauptsitz ihrer Macht war unterhöhlt. Während in den südlichen Staaten eine gemäßigtere Stimmung Platz gegriffen hatte, fingen die Republikaner an, in den Neu England Staaten Triumphe zu feiern.[1]) Das entscheidende Moment dabei war, daß sie im flachen Lande festen Fuß faßten, während sie bisher fast nur in der leichter beweglichen städtischen Bevölke-

---

Föderalisten. In den Neu England Staaten war nur ein Anti-Föderalist gewählt worden. Nur in den Mittel-Staaten hatten sich die Föderalisten keiner größeren Erfolge zu rühmen.

[1]) „While the eastern States have grown worse, I verily believe the southern have grown better.“ F. Ames' Works I p. 288.

rung Anhänger gezählt hatten.[1]) Die Kerntruppen der Föderalisten waren überall in's Schwanken gerathen und die Intrigue der Führer im Repräsentantenhause gab den Anstoß zur vollständigen Auflösung der Reihen. Auch in den Massen fehlte es nicht an dem Ehrgefühl und dem gesunden Urtheil, die Hamilton zu der Erklärung getrieben, daß er einer Partei absagen müsse, die ihren guten Namen mit einem solchen „Flecken" besudelt. Es zeigte sich im Augenblick, wie groß der begangene Fehler war. Schon während des Ballotements im Repräsentantenhause gingen die Föderalisten in hellen Haufen zum Feinde über: jedes Votum für Burr war ein weiterer Nagel zum Sarge der Partei.[2]).

Dieser jähe Sturz der föderalistischen Partei ist die Erklärung der Sicherheit, die der Fortbestand der Union in den nächsten zwei Jahrzehnten gewann. Die Partei, welche die partikularistischen Tendenzen vertreten, war im Besitz der Macht und hatte eine überwältigende Majorität. In der nächsten Präsidentenwahl fielen auf Jefferson und Clinton je 162 Elektoralstimmen, während Charles C. Pinckney und R. King nur je 14 erhielten[3]) und 1805 hatten die Föderalisten nur noch sieben Sitze im Senat. Allein wenn auch die Wahrscheinlichkeit für einen Bruch somit nur gering war, so blieb der Charakter der inneren Kämpfe doch derselbe. Er wurde sogar dadurch in noch viel schärferes Licht gestellt, daß die Rollen hinsichtlich der Rechtsfrage gewechselt wurden und daß die Opposition trotz ihrer Schwäche nicht bei Trennungsgelüsten und Trennungsdrohungen stehen blieb, sondern wirklich Trennungspläne zu schmieden wagte.

Je mehr es sich zeigte, in welcher Weise Jefferson die allgemeinen Sätze der Inauguraladresse im Einzelnen zur Ausführung zu bringen

---

[1]) „Jacobinism is certainly spreading from towns and cities into the country places. It is less watched and less warmly resisted in the latter than in the former. It is, therefore, getting to be much at home in the country, and will remain till the convulsion of some great internal events shall change the whole political and moral order of our nation." F. Ames an Wolcott, 12. Jan 1800. Gibbs, Mem. of Wolc. II p. 321.

[2]) Jefferson schreibt den Tag nach der Wahl Madison: „But their conduct seems to have brought over to us the whole body of Federalists, who being alarmed with the danger of a dissolution of the Government, had been made most anxiously to wish the very Administration they had opposed, and to view it, when obtained, as a child of their own." Jeff.'s Works IV pp. 355, 356.

[3]) Selbst in New-Hampshire und Massachusetts hatten die Republikaner gesiegt.

gedachte, desto fester schlossen sich auch wieder die aufgelösten Reihen der Föderalisten zusammen. Ein großer Theil war bleibend zu den Republikanern übergegangen, aber die Führer nahmen mit verdoppelter Energie und Bitterkeit den Kampf wieder auf. Eine Spaltung in dem republikanischen Lager, die durch die ehrgeizigen Pläne Burr's allmählich erweitert wurde, ließ sie sogar neue Hoffnung fassen, daß sie über kurz oder lang doch noch einmal das Heft in die Hand bekommen könnten.

Auch Hamilton näherte sich wieder seinen frühern Genossen. Er konnte der Politik nicht entsagen und stand natürlich in der Opposition, obwohl er Jefferson gegen die übertriebenen Anklagen der übrigen Föderalisten in Schutz genommen und vorhergesagt hatte, daß seine Administration einen verhältnißmäßig konservativen Charakter tragen würde. Eine Versöhnung oder auch nur eine momentane Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den alten Rivalen war nicht möglich. Schon die erste Botschaft des Präsidenten unterwarf Hamilton einer eingehenden Kritik, die eine starke Beimischung schneidender Ironie enthielt.[1]) Noch schärfer und nachdrücklicher trat er gegen die Angriffe auf das bisherige Besteuerungssystem und das Bundes-Gerichtswesen auf. In diesen Fragen war seine Stellung die der übrigen Föderalisten und sie sahen es daher gern, daß er wieder seinen früheren Posten als ihr Vorkämpfer einnahm. In der wichtigsten Frage dagegen, die während der ersten Präsidentschaft Jefferson's zur Erledigung kam, ging er ebenso weit mit ihnen auseinander wie in dem Wahlkampf von 1801.

Die Mississippi-Frage, die schon in den Zeiten der Konföderation eine so hervorragende Rolle gespielt hatte, war wieder aufgetaucht und verlangte eine Lösung, da Spanien am 1. Oktober 1800 ganz Louisiana an Frankreich abgetreten hatte. Man hatte bereits genugsam erfahren, wie hinderlich für die kommerzielle Entwickelung und sogar wie gefährlich es werden konnte, wenn die Mündung des Mississippi im Besitze einer fremden Macht war, selbst wenn es das schwache Spanien wäre. Diese Erfahrungen waren nicht fruchtlos an Jefferson vorübergegangen. Es war dieses einer der Fälle, in denen er einen wirklich staatsmännischen Blick zeigte. Den 18. April 1802 schrieb er seinem Gesandten Livingston in Paris: Diese Abtretung „wirft alle politischen Beziehungen der Vereinigten Staaten über den Haufen und wird eine neue Epoche in der Richtung unserer Politik bilden . . . Es ist ein einziger Fleck auf der Erde, dessen Besitzer unser natürlicher und beständiger (habitual)

---

[1]) Die Artikel waren Lucius Crassus gezeichnet.

Feind ist."[1]) Livingston wurde instruirt, sogleich über die Abtretung von New-Orleans und der Floridas in Unterhandlung zu treten, „falls Frankreich den Besitz von Louisiana für unumgänglich nothwendig halte." Da Bonaparte sich in dieser Zeit gerade mit der Idee trug, die alte französische Kolonialpolitik wieder aufzunehmen, so blieben die Unterhandlungen lange fruchtlos. Erst der Erfolg des Negeraufstandes in San Domingo und die kriegerische Wendung, welche die Dinge abermals in Europa zu nehmen begannen, stimmten ihn günstiger für die amerikanischen Anträge. Am 30. April 1803 wurde in Paris der Vertrag abgeschlossen, der den Vereinigten Staaten ganz Louisiana für $ 15,000,000 überließ.[2])

Hamilton theilte die Ansicht Jefferson's, daß die Erwerbung von Louisiana eine Frage von größter und selbst von vitaler Bedeutung für die Union sei.[3]) Seine sonstige Opposition gegen die Politik der Administration und seine persönliche Feindschaft gegen den Präsidenten verhinderten ihn nicht, ihm in dieser Frage an die Hand zu gehen, wo sich Gelegenheit dazu bot.[4])

Die große Mehrzahl der Föderalisten war ebenso entschieden gegen diese Vergrößerung des Unionsgebietes als Hamilton sie befürwortete. Sie zeigten in dieser Frage eine Kurzsichtigkeit, die selbst bei den Doktrinären der Gegenpartei auffallend gewesen wäre. Die große Ausdehnung der Südstaaten und ihre dominirende Stellung in der Politik ließen die Ansicht Wurzel greifen, daß ihre innere Entwickelung rascher sein würde, als die der Nordstaaten und daß sie in aller Zukunft das

---

[1]) Jeff.'s Works IV pp. 431, 432.

[2]) Stat. at L. VIII p. 200.

[3]) Er schreibt am 29. Dez. 1802 Ch. C. Pinckney: „You know my general theory as to our Western affairs. I have always held that the Unity of the Empire, and the best interests of our nation require, that we should annex to the United States all the territory east of the Mississippi, New Orleans included." Ham.'s Works VI pp. 541, 552. Randall (Life of Jeff. VII p. 87) erklärt, nichts über die Stellung Hamilton's zu der Frage zu wissen. Wo in der Politik Hamilton's ein Punkt ist, dem er seine Anerkennung nicht versagen konnte, zeigt er sich durchweg so unwissend, daß Absichtlichkeit die einzig mögliche Erklärung ist. Hamilton schrieb auch in einem 'Pericles' gezeichneten Artikel in der 'Evening Post': „Two courses only present (themselves): First, to negociate, and endeavor to purchase, and if this fails, to go to war. Secondly, to seize at once on the Floridas and New Orleans and then negociate."

[4]) Cfr. J. C. Hamilton, Hist. of the Rep. of the U. St. of Am. VII p. 604.

herrschende Element in der Union bleiben müßten.[1]) Die Erwerbung so ungeheurer Landstrecken im Süden erfüllte daher Neu England mit den lebhaftesten Besorgnissen, da das Uebergewicht der Südstaaten dadurch vollends für alle Zeiten entschieden zu sein schien. An die Erweiterung des Sklavereigebietes — in Wahrheit der einzige aber allerdings auch sehr bedeutsame Uebelstand, der mit dem Ankauf Louisiana's verknüpft war — wurde dabei nur wenig gedacht. Ganz übersehen wurde dieser Punkt auch schon jetzt nicht, aber in den Vordergrund trat er erst mehrere Jahre später, als man den verderblichen Einfluß, den die Sklaverei auf das gesammte Leben des Volkes ausübte, besser verstehen gelernt hatte. In den späteren Parteikämpfen um die Sklaverei ist dieses übersehen oder absichtlich verdeckt worden. Dadurch ist der Streit um die Louisiana Frage in ihrer ersten Phase in ein vollständig falsches Licht gestellt worden. Man hat die Föderalisten zu Vorkämpfern der Freiheit gemacht, während sie thatsächlich nur eine kurzsichtige, engherzige und partikularistische Politik vertraten.

Das Gebiet, welches den Namen Louisiana führte, umfaßte mehrere der heutigen Mittel- und nordwestlichen Staaten[2].) Schon deswegen ist also die später oft gegen Jefferson und seine Partei erhobene Anklage, daß sie den Kauf wesentlich oder gar lediglich im Interesse der Sklaverei abgeschlossen hätten, gänzlich ungerechtfertigt. Die Wahrheit ist, daß die Neu England Staaten noch vielmehr gerade gegen die Erwerbung dieser westlichen Gebiete als gegen die im Süden

[1]) „The balance of power under the present Government is decidedly in favor of the Southern States, nor can that balance be changed or destroyed. The extent and increasing population of those States must for ever secure to them the preponderance which they now possess. Whatever changes, therefore, take place, they cannot permanently restore to the Northern States their influence in the Government; and a temporary relief can be of no importance.“ Der höchst interessante Brief, dem diese Stelle entnommen ist, findet sich bei J. C. Hamilton (VII 781—786) abgedruckt. Nach ihm rührt er von einem „leitenden Mitgliede des Kongresses“ her und ist an „ein Mitglied von Washington's Kabinet“ (wohl Pickering) gerichtet. — Al. Hamilton lieferte auch in dieser Frage einen Beweis von der durchdringenden Schärfe seines Geistes. Major Hoops erzählt, Hamilton habe ihm in einer Unterredung im Februar 1804 gesagt: „The bare attempt to carry such a Disunion into effect, would necessarily throw the people of the United States into two great parties, geographically defined; that the Northern division must prevail in the struggle that must ensue, etc.“ J. C. Hamilton, Hist. of the Rep. of the U. St. of Amer. VII p. 779.

[2]) Es erstreckte sich von der Mündung des Mississippi über das heutige Jowa, Minnesota, Dakotah und Kansas und reichte im Westen bis an die Felsengebirge.

waren. Gouverneur Morris erklärte sie freilich für „die besondere Erbschaft" der östlichen Staaten[1]). Allein die meisten Föderalisten standen noch immer auf demselben Standpunkte, den die Neu England Staaten in den Zeiten der Konföderation in der Mississippi Frage eingenommen hatten. Sie erwarteten von der Einverleibung der westlichen Gebiete in die Union und von der wirthschaftlichen Entwickelung derselben eine Beeinträchtigung ihres Handels und fürchteten eine Störung des politischen Gleichgewichtes von dieser Seite her ebenso sehr wie hinsichtlich des Südens[2]). Beide Momente zusammen hatten ihnen Gewicht genug,

---

[1]) „To the Eastern States, when separately considered, this (das Verbleiben Louisiana's im Besitze einer fremden Macht) may appear a matter of less moment, than to the other great divisions of our country. But they will perceive in it the loss of their navigation; they will see the theatre of their industrious exertions contracted; they will feel the loss of the productions of that western world in the mass of their commercial operations; and above all they will feel the loss of an ample resource of their children. These western regions are peculiarly their heritage. It is the property of the fathers of America, which they hold in trust for their children. The exuberant population of the Eastern States flows in a steady stream to the western world, and if that be rendered useless, or pass under the dominion of a foreign power, the fairest hope of posterity is destroyed." Rede vom 24. Febr. 1803 im Senat. Sparks, Life of G. Morris III pp. 418, 419.

[2]) Auch elf Jahre später hatte sich das Urtheil der Neu England Föderalisten noch nicht geklärt. In den Beschlüssen der später zu besprechenden Hartford-Konvention wurde ein Amendement zur Konstitution für nothwendig erklärt, welches das Recht des Kongresses, neue Staaten in die Union aufzunehmen, mehr beschränke. Die Begründung der Forderung ist folgende: „At the adoption of the constitution, a certain balance of power among the original parties was considered to exist, and there was at that time, and yet is among those parties, a strong affinity between their great and general interests. — By the admission of these states that balance has been materially affected, and unless the practice be modified, must ultimately be destroyed. The southern states will first avail themselves of their new confederates to govern the east, and finally the western states, multiplied in number, and augmented in population, will control the interests of the whole. Thus for the sake of present power, the southern states will be common sufferers with the east, in the loss of permanent advantages. None of the old states can find an interest in creating prematurely an overwhelming western influence, which may hereafter discern (as it has heretofore) benefits to be derived to them by wars and commercial restrictions." (Dwight, Hist. of the Hartford Convention p. 371). Um dieselbe Zeit schrieb eine Neu England Zeitung: „The Western States beyond the moutains are not taken into view, in this connection, for any other purpose than to show, that they do not, ought not, and never can, belong to the

um die Erklärung abzugeben, daß sie durch dieselben zur Trennung von der Union gezwungen werden würden.[1])

In der Debatte über diese Seite der Frage sahen sich die Föderalisten der Natur der Sache nach auf eine schwache Defensive beschränkt. Sie halfen sich jetzt, wie der Süden sich von Anfang an in der Sklavenfrage geholfen. Da sie die Argumente der Gegner nicht widerlegen konnten, sondern ihnen nur Behauptungen entgegenzustellen hatten, so spielten sie Trumpf aus: Drohungen ersetzten die Gründe. Nach der anderen Seite hin dagegen hatten sie eine so starke Position inne, daß die Gegner selbst sie zum Theil für unangreifbar erklärten. Der Ankauf von Louisiana war eine Frage, die lediglich nach staatsmännischen Gesichtspunkten beurtheilt und entschieden werden mußte. In Wahrheit wurde auch nur durch sie die Stellung beider Parteien bestimmt, aber die Verfassung mußte wiederum der Minorität als Schild und Schwert herhalten.

Die Föderalisten behaupteten, die Verfassung autorisire die Bundesregierung nicht zu einem solchen Handel; er dürfe daher nicht abgeschlossen werden, bevor die Befugniß dazu durch einen Zusatzartikel ertheilt worden sei. Nicholson von Maryland entgegnete darauf: „Wäre ich irgendwo anders als in diesem Hause gefragt worden, ob eine souveräne Nation das Recht hat, neues Territorium zu erwerben, so würde ich die Frage für eine absurde gehalten haben. Es scheint mir zu offenbar und unleugbar zu sein, als daß ein Nachweis gestattet wäre." Es ließ sich sicher nicht bestreiten, daß der Begriff der Souveränetät dieses Recht in sich schließe. Allein das Recht konnte sehr wohl der „souveränen Nation" und doch nicht der Bundesregierung zustehn. Diese hatte nach der republikanischen Lehre nur die Befugnisse, die ihr ausdrücklich von der Verfassung verliehen worden, und das

Union. Let the Western States go off and take care of themselves." Ingersoll, Second War between the U. St. of America and Great Britain. II p. 225.

[1]) Plumer von New Hampshire erklärte im Senat: „Admit this western (!) world into the Union, and you destroy at once the weight and importance of the Eastern States, and compel them to establish a separate independent empire." Ebenso sagte Griswold von Connecticut, der als Führer der Föderalisten angesehen wurde, am 25. Okt. 1803 im Repräsentantenhause: „The vast, unmanageable extent which the accession of Louisiana will give to the United States, the consequent dispersion of our population, and the distribution of the balance which it is so important to maintain between the Eastern and Western (!) States, threatens, at no very distant day, the subversion of our Union."

in Rede stehende Recht fand sich nicht in ihr. Die einzige Bestimmung, die hier angezogen werden konnte, ist Art. IV, Sect. 3, § 2: „Der Kongreß soll Macht haben bezüglich des Territoriums und sonstigen Eigenthums, das den Vereinigten Staaten gehört, zu disponiren und alle nöthigen Regeln und Regulationen zu machen." Hier wird aber selbstredend nur von dem Territorium gesprochen, das zur Zeit im Besitze der Vereinigten Staaten war oder von ihnen als ihr Eigenthum in Anspruch genommen wurde.[1]) Die Republikaner konnten das nicht in Abrede stellen.[2]) Ihre Beweisführung für die Verfassungsmäßigkeit war daher nur ein Raisonnement von allgemeinen staatsrechtlichen Grundsätzen aus, eine Weise die Verfassung zu interpretiren, die sie stets für absolut unstatthaft erklärt hatten.

Die Föderalisten nahmen nicht alle ganz den gleichen Standpunkt in der Verfassungsfrage ein. Der bedeutendste unter den verschiedenen Einwänden stützte sich auf die Grundfrage von der Natur des Bundes. Th. Pickering von Massachusetts erklärte im Senat, weder der Präsident und Senat noch der Präsident und Kongreß seien befugt, das Territorium, wie es der Vertrag verlange, der Union einzuverleiben. „Er glaube, daß unsere Administration zugebe, daß diese Einverleibung nicht ohne ein Amendement zur Konstitution vollzogen werden könne, und er meine, daß dieses Amendement nicht in der gewöhnlichen Weise durch Zustimmung von zwei Dritteln beider Häuser des Kongresses und durch Ratifikation von drei Vierteln der Staaten gemacht werden könne. Er glaube, die Zustimmung jedes einzelnen Staates sei nothwendig zur Zulassung eines fremden Landes als Genosse in der Union, wie in einem Handlungshause die Zustimmung jedes Mitgliedes nothwendig sein würde, um einen neuen Theilnehmer aufzunehmen."[3]) War die Konstitution ein Vertrag zwischen souveränen Staaten, so war dieses Argument unangreifbar. Wie aber kamen die Föderalisten dazu, ihr jetzt diesen Charakter beizulegen, nachdem sie zwölf Jahre lang das Land von der Voraussetzung aus regiert hatten, daß die Verfassung die Konföderation in einen nationalen Staat verwandelt habe? Die

---

[1]) Scott v. Sandford, Howard's Rep. XIX p. 615. Das Ober-Bundesgericht stützte die Verfassungsmäßigkeit der Erwerbung von fremden Gebieten auch nicht auf diesen Paragraphen der Verfassung, sondern auf die Befugniß des Präsidenten und Senates, Verträge zu schließen. American Insurance Company v. Canter. Peters' Rep. I p. 542.

[2]) Jeff.'s Works IV pp. 505, 506.

[3]) Deb. of Congr. III p. 13.

Republikaner beten mit größtem Ernste den föderalistischen Katechismus ab und die Föderalisten predigen mit dem gleichen Nachdruck den republikanischen Glauben.

Unter diesen Umständen konnte sehr viel über die Verfassungsfrage geredet, aber durch alles Reden nichts gefördert werden. John Quincy Adams fühlte das heraus. Er meinte, man solle sich nicht durch die vorgebrachten Verfassungsbedenken behindern lassen, selbst wenn sie alle begründet wären, denn sicher würden alle Legislaturen ein Amendement annehmen, „das für die Einhaltung aller von uns eingegangenen Verpflichtungen zureichend wäre."[1]) Das war nicht nur eine neue Art um Indemnität einzukommen, sondern es sollte dort um Indemnität nachgesucht werden, wo kein Recht zu ihrer Ertheilung bestand. War Pickering's Anschauung richtig, so wurde ein derartiges Amendement auch durch die Ratifikation sämmtlicher Legislaturen nicht rechtsgiltig. Die Konstitution war dann ein Vertrag zwischen den Staaten und nicht zwischen den Staatslegislaturen, und eine nicht in dem Vertrage vorgesehene Aenderung desselben konnte mithin nur durch die Staaten vorgenommen werden, deren gesetzliches Organ in einem Falle nicht die Legislaturen waren, da die Bundesverfassung ihnen nicht dieses Recht gewährleistete und die Staatsverfassungen Bestimmungen enthielten, durch welche dasselbe ihnen direkt oder indirekt vorenthalten war.[2])

Der von Adams vorgeschlagene Ausweg war also von Pickering's Standpunkte aus gleichfalls ein Hinausgehen über die Verfassung und somit wäre durch seine Annahme nichts gewonnen worden. Wollte man die Forderung Pickering's mit allen ihren logischen Folgerungen zugestehen, so mußte das betreffende Amendement von allen Staaten ratifizirt werden, d. h. von Staatskonventionen oder von den Legislaturen, nachdem dieselben in einer der verschiedenen verfassungsmäßigen Weisen dazu autorisirt worden waren. Eine unabweisliche Konsequenz davon war, daß jedem Staate, der die Ratifikation verweigerte, der Austritt aus der Union freistehen, oder die Weigerung eo ipso als eine An-

[1]) Ibid. IV p. 19.

[2]) Der Satz muß in dieser Weise gestellt werden, weil es ein allgemein anerkannter Grundsatz des amerikanischen Verfassungsrechtes ist, daß der Bundesregierung nur die ihr verliehenen Rechte zustehen, die Befugnisse der Staatslegislaturen hingegen nur durch die Vorbehalte der Bundesverfassung und der Staatskonstitutionen beschränkt sind. Cooley, Constitutional Limitations, pp. 87, 88, 168, 173, wo auch eine Anzahl richterlicher Entscheidungen in diesem Sinne angeführt sind; Jameson, The Constitutional Convention, pp. 86, 87; Tiffany, Government and Constitutional Law pp. 81, 175.

nullirung des Kaufvertrages angesehen werden mußte. Die Bundesregierung konnte selbstredend diese Alternative unter keinen Umständen annehmen. Ihr blieb also — von dem Standpunkte der opponirenden Föderalisten aus geredet — nur die Wahl zwischen einer Verfassungsverletzung und dem Aufgeben des Kaufes, den sie mit Recht durch das nationale Interesse für im höchsten Grade geboten und selbst für nothwendig hielt. Sie entschied sich für den Abschluß des Kaufes und zwar brachte sie ihn in einer solchen Weise zu Stande, daß sie selbst eine Verfassungsverletzung zugestehen mußte.

Jefferson selbst gab unbedingt zu, daß die Konstitution nicht die Erwerbung von fremden Gebieten und noch weniger ihre Einverleibung in die Union gestatte. Er hielt es daher für durchaus nothwendig, daß der Bundesregierung durch ein nachträgliches Amendement Indemnität ertheilt werde.[1]) Auch die Einwendungen einiger Freunde vermochten seine Ansicht von der Verfassungsfrage nicht zu ändern. Trotzdem erklärte er sich gerne bereit, darauf weiter kein Gewicht zu legen, wenn die Freunde anders dächten. Der Herleitung von Befugnissen durch „Konstruktion", welche die einzige Rechtsbasis seiner maßlosen Anfeindung der Politik Hamilton's abgegeben hatte, sollte jetzt durch den gesunden Sinn des Volkes gesteuert werden, „wenn" Uebel daraus entsprängen.[2]) — Von dem Amendement war weiter keine Rede mehr.

Diese frivole Weise, mit der eigenen Ueberzeugung von der Gesetzmäßigkeit eines Schrittes umzuspringen, war nicht nur für die Persön-

---

[1]) Er schreibt Senator Breckenridge von Kentucky am 12. August 1803: „But I suppose they (both houses of Congress) must then appeal to the nation for an additional article to the Constitution, approving and confirming an act which the nation had not previously authorized. The Constitution has made no provision for our holding foreign territory, still less for incorporating foreign nations into our Union. The Executive, in seizing the fugitive occurrence which so much advances the good of their country, have done an act beyond the Constitution. The Legislature, in casting behind them metaphysical subtbeties, and risking themselves like faithful servants, must ratify and pay for it, and throw themselves on their country for doing for them unauthorized what we know they would have done for themselves had they been in a situation to do it." Jeff.'s Works IV p. 500.

[2]) „I confess, then, I think it important, in the present case, to set an example against broad construction, by appealing for new power to the people. If, however, our friends shall think differently, certainly I shall acquiesce with satisfaction; confiding, that the good sense of our country will correct the evil of construction when it shall produce ill effects." Den 7. Sep. 1803 an W. C. Nicholas. Ibid. IV p. 507.

lichkeit charakteristisch. Lange bevor die üblen Folgen sich in vollem Maße geltend gemacht, die der Ankauf von Louisiana durch die Erweiterung des Sklavereigebietes hatte, wurde er dem Lande durch diese dreiste Nichtachtung der Verfassung verderblich. „Dem Lande und namentlich dem Süden" war ein ganz unschätzbarer Präzedenzfall dafür geliefert, „daß er eine Verfassungsverletzung vom Willen der Majorität abhängig machte, daß er das Prinzip dem Interesse unterordnete und daß in Folge dessen den Wünschen und Interessen des Südens kein Hinderniß mehr im Wege stand."[1])

Einer Gefahr setzten sich die Urheber der Verfassungsverletzung nicht aus, da ihre Behauptung berechtigt war, daß die Masse des Volkes den Ankauf von Louisiana entschieden billige. So sehr die Föderalisten nach dem Buchstaben der Verfassung im Rechte waren, so mußte daher doch der Versuch, ihn zur Agitation gegen die herrschende Majorität zu verwenden, fruchtlos bleiben. Sie verkannten das auch nicht. Fisher Ames schrieb schon den 24. Februar 1803: „Sie sind faul oder in Verzweiflung und demonstriren mit wunderbarem Eifer die Nichtigkeit aller Anstrengungen, die öffentliche Meinung von ihren Irrthümern zurückzubringen oder ihre Folgen zu verhüten"[2]). Das bezog sich nicht nur auf die Louisiana-Frage, sondern auf die ganze innere und äußere Politik. Jefferson sagte mit Recht: „Die Föderalisten wissen, daß es mit ihnen eo nomine für immer vorbei ist."[3]) Nur noch drei Staatslegislaturen waren föderalistisch. „Connecticut", sagte Fisher Ames, „steht, aber seine guten Männer sollten unaufhörlich sagen, sehen wir zu, daß wir nicht fallen." Massachusetts dagegen, klagte er, habe nur noch „den Schein (a show) des Föderalismus. Vielleicht wird er noch ein Jahr länger dauern"[4]). Trotzdem gab der radikale Flügel der Föderalisten noch nicht alle Hoffnung auf. Der unleugbare Ruin der Partei bewog ihn zu einem Wechsel der Operationsbasis, aber im Uebrigen wurde er durch ihn nur zu immer extremeren Plänen gedrängt.

Es ist später oft versucht worden, es als eine der vielen böswilligen und völlig unbegründeten Verläumdungen hinzustellen, daß in dieser Zeit ernstlich an eine Zerreißung der Union gedacht wurde. Es ist das ein Beispiel jenes „Weißwaschungs-" und Schönfärbungsprinzipes,

---

1) Kapp, Geschichte der Sklaverei pp. 98, 99.
2) F. Ames' Works I p. 318.
3) Jeff.'s Works IV p. 542.
4) F. Ames' Works I pp. 320, 321.

das die Mehrzahl der amerikanischen Geschichtswerke charakterisirt.[1]) In dem Briefwechsel der Föderalisten werden nicht nur Wünsche geäußert, sondern förmliche Pläne ausgesponnen. Freilich fehlte denselben jede Aussicht auf Erfolg. Unter den Führern selbst herrschte die größte Uneinigkeit. Einige — darunter namentlich Hamilton — waren mit aller Entschiedenheit gegen das Projekt und die Mehrzahl hielt entweder die Zeit noch nicht für gekommen, oder es gebrach ihr an Muth oder Thatkraft.[2]) In Folge dessen blieb die offene Agitation unter den Massen in den ersten Anfängen stecken, und wäre sie in größerem Maßstabe versucht worden, so hätte sie unstreitig ein rasches und klägliches Ende gefunden. Allein die Intrigue, welche die Verwirklichung des Planes einleiten sollte, war so fein angelegt, daß im Falle ihres Erfolges doch gegründete Besorgnisse gehegt werden durften.

Hamilton war weder gewohnt am hellen Tage Gespenster zu sehen, noch wird man ihn „böswilliger Verläumdungen" gegen die Föderalisten anklagen, und doch erklärte er den Trennungsplan für eine Thatsache und er hielt es für nöthig, seine Befürchtungen eingehend darzulegen. Am 10. Februar 1804 verlas er zu Albany in einer formlosen Versammlung hervorragender Föderalisten, die sich über die bevorstehende Gouverneurswahl in New York verständigen wollten, eine Denkschrift unter dem Titel: „Gründe, warum es wünschenswerth ist, daß lieber Mr. Lansing als Oberst Burr Erfolg habe." In Punkt 6 dieser Denkschrift heißt es: „Diese Ursachen führen zu einer Ansicht, daß eine Zertheilung (dismemberment) der Union angezeigt (expedient) ist. Es würde wahrscheinlich den Ansichten Mr. Burr's passen, dieses Resultat zn fördern, um das Haupt des nördlichen Theiles zu sein; und, an die Spitze des Staates New York gestellt, würde kein Mann mehr Wahrscheinlichkeit für Erfolg haben."[3]). Das war, in wenige Worte zusammengefaßt, Inhalt und Zweck der Intrigue der vereinigten Burriten und radikalen Föderalisten. Burr sollte zum

---

[1]) In demselben Maße als die Freunde in zu glänzendes Licht gestellt werden, ist natürlich die Zeichnung der Gegner zu dunkel gehalten.

[2]) In dem früher angeführten Briefe eines „leitenden Kongreßmitgliedes" an ein Mitglied von Washington's Kabinet aus Massachusetts heißt es: „We have endeavored during this session to rouse our friends in New England to make some bold exertions in that quarter. They generally tell us that they are sensible of the danger, that the Northern States must unite, but they think the time has not yet arrived . . . it appears impossible to induce our friends to make any decisive exertions.“

[3]) J. C. Hamilton, Hist. of the Repub. of the U. St. of Amer. VII p. 771.

Gouverneur von New-York gemacht werden, um von dieser Staffel aus den Sitz im weißen Hause einnehmen zu können. So weit theilte das Organ Burr's den Plan mit aller Offenherzigkeit dem Publikum mit.[1] Ob er von Burr oder seinen föderalistischen Unterstützern ausgeheckt und ob Burr von diesen förmlich über ihre Endabsichten unterrichtet worden war, läßt sich nicht ermitteln.

Die Thatsache, daß die betreffenden Föderalisten sich Burr's zu bedienen gedachten, ist schon an sich eine Verurtheilung ihrer selbst und ihrer Sache und zeigt genügend, wie mißlich ihre Aussichten auf Erfolg waren. Die sittliche Verachtung, die ihnen der Charakter Burr's früher eingeflößt, war noch ungeschwächt und sie gaben ihr in ihren Briefen unverhohlen Ausdruck. Außerdem fürchteten sie, daß er sie täuschen würde, weil das durch ihren Plan gebotene Feld seinem Ehrgeize nicht weit genug erscheinen könnte. Und trotzdem erklärten sie: „Aber was sonst können wir thun? Wenn wir unthätig bleiben, so ist unser Ruin gewiß. Unsere Freunde werden allein keine Versuche machen. Indem wir Mr. Burr unterstützen, erhalten wir einige Hülfe, obgleich sie zweifelhafter Natur ist und obgleich wir — Gott weiß es — Grund genug haben, eifersüchtig auf dieselbe zu sein."

Dieses Raisonnement war richtig. Konnte ihr Plan überhaupt verwirklicht werden, so konnte es nur durch eine Vereinigung mit den Burriten geschehen. Und war Burr einmal durch Hülfe der Föderalisten Gouverneur von New York geworden, so war eine solche Vereinigung schon denkbar, da, wie Hamilton hervorhob, die Führer der Republikaner in Neu England Burriten waren und Burr sich auch einer erheblichen Popularität bei den Massen der Neu England Föderalisten erfreute. Kam die Vereinigung zu Stande, dann war auch das Wesentliche erreicht. Die Föderalisten wünschten gar nicht, Burr zur Präsidentschaft erhoben zu sehen. Die wahre Bedeutung des ganzen Projektes lag in dem Gedanken der Fusion, und die praktischen Konse-

[1]) Burr war am 20. Febr. 1804 in der Stadt New York zum Gouverneur nominirt worden. Zwei Tage darauf schrieb das Morning Chronicle; „They offer Burr, as a man who must be supported, or the weight of the Northern States in the scale of the Union is irrecoverably lost. If the Southern, and particularly the Virginia interests, are allowed to destroy this man, we may give up all hope of ever furnishing a President to the United States. The influence of these Northern States in the affairs of the Union; their future prosperity, imperiously demand, therefore, that we sustain Aaron Burr from sinking in the fury of this contest. We can only do this by making him our Governor." Angeführt bei J. C. Hamilton l. c. VII p. 777.

quenzen, welche die föderalistischen Befürworter desselben aus ihr zu ziehen hofften, entsprachen dem Grunde, der zum Aufgreifen und Verfolgen des Gedankens geführt hatte.

Als es 1796 möglich schien, daß Jefferson der nächste Präsident sein würde, erschienen im Connecticut Courant Artikel, welche für diesen Fall die Nordstaaten einer Theilung der Union geneigt zu machen versuchten. „Die nördlichen Staaten", hieß es, „können ohne irgend welche Verbindung mit den südlichen als eine Nation, als eine Republik bestehen . . . Ich werde in einigen späteren Artikeln einige der großen Ereignisse betrachten, die zu einer Trennung der Union führen werden; . . . sowohl aus den sittlichen wie aus den politischen Gewohnheiten der Bürger der südlichen Staaten die Unmöglichkeit einer Union für längere Zeit zu beweisen versuchen; und endlich sorgfältig prüfen, ob wir uns nicht schon der Zeit genähert haben, da sie sich trennen müssen."[1]) Dieser Gedanke, der damals keinen Boden hatte gewinnen können, war jetzt wieder von den Föderalisten aufgenommen worden. Die Parteien waren von Anfang an in hohem Grade mit den geographischen Sektionen zusammengefallen; von nun ab sollte aber der Name Föderalisten fallen gelassen werden und das Kriegsgeschrei ausdrücklich und ausschließlich „hie Nord! hie Süd!" lauten. Für ein solches Projekt boten sich der realen Anhaltspunkte genug, um es ernster Beachtung zu würdigen. Stand jetzt seine Realisirung auch vielleicht nicht zu fürchten, so konnten die Bedingungen dafür über kurz oder lang anders werden. Und traten einmal an Stelle der nationalen spezifisch sektionelle Parteien, so hing der Bestand der Union nur noch von der Natur der Kardinalfrage ab, in der die Parteien auseinander gingen. Allein selbst angenommen, daß nie eine Frage auftauchte, welche die sektionelle Parteiung zur naturgemäßen, d. h. zur einzig möglichen machte und somit die Fortdauer der Union in der alten Weise unmöglich wurde, so mußte doch schon der bloße Plan mit aller Energie in den ersten Keimen erstickt werden. Geschah das nicht, so konnte er oft noch die größten Verlegenheiten bereiten, wenn er auch nie zur Ausführung kommen mochte.

Das Fusionsprojekt war nicht auf die Ultras der föderalistischen Agitatoren beschränkt. Die Artikel des „New Englander" im Connecticut Courant wollten nur ein enges Zusammenschließen der Nordstaaten, um die „Tyrannei des Südens" abzuschütteln und „ein gerechtes Gleich-

---

[1]) Randolph, Jefferson III pp. 634, 635.

gewicht der Macht" herzustellen.[1]) Die Ultras hielten das nicht mehr für möglich. Sie stützten diese Ansicht auf die Verschiedenheit der realen Interessen und die behauptete Geflissentlichkeit, mit welcher der Süden — (und die Mittelstaaten) — dieselbe so nähre, daß eine Versöhnung nie würde Statt finden können.[2]) Daher sollte die nördliche Partei nur aus Männern gebildet werden, die bereit wären bis zum Aeußersten, d. h. bis zur Trennung von der Union zu gehen.[3]) Die Initiative zur Bildung der nördlichen Partei hätten die drei föderalistischen Neu England Staaten, und zwar zuerst Massachusetts, zu ergreifen. Gelänge es New-York durch die Wahl Burr's zu gewinnen, so würde vielleicht der ganze Plan durchführbar sein.[4])

Der Plan der Ultras zog nur die logischen Konsequenzen von dem des „Neu-Engländers", da, wie Jefferson sagte, die „Idee, sieben östliche Staaten zu bilden, offenbar darauf hinausläuft, die Basis für eine Zertheilung der Union zu bilden."[5]) Seine Erwartung, daß das Projekt scheitern würde, war gleichfalls gerechtfertigt. Daß seine Verwirklichung nicht einmal weit genug gedieh, um irgend welche Verlegenheiten zu bereiten,

---

[1]) „Are we to submit to the guidance and the tyranny of the South? . . . The purchase of Louisiana at the expense of fifteen millions of dollars for the augmentation of the Southern interest must finally convince the States north of the Chesapeake, that they must unite in the common Northern interest. — Let therefore the disinterested among our Federal and Democratic Republicans lay aside their fatal dissensions which serve to no purpose, but to the purpose of their enemies. We shall then be able to fix a just balance of power in the United States."

[2]) In dem mehrfach angeführten Briefe an das ehemalige Mitglied von Washington's Kabinet heißt es: „Their (der südlichen Staaten) enmity of commerce, on which our prosperity depends, is rivetted and unyielding. Besides there is an inveterate enmity and jealousy of the Northern States, which pervades every part of the Southern and Middle States. This spirit is evidently increasing. Since they have obtained the power they have become arrogant, and appear determined to carry this spirit into all classes of society, with a view of rivetting the prejudices so strongly as to prevent a union of views between North and South, under all future circumstances."

[3]) „In forming the Northern party, it is important to consider what the ultimate views of that party ought to be, and to avoid, as much as possible, embarrassing the party, with men who will oppose the accomplishment of those ultimate objects. — I have no hesitation myself, in saying, that there can be no safety to the Northern States without a separation from the Confederacy." l. c.

[4]) l. c.

[5]) Jeff.'s Works IV p. 542.

hatte Jefferson wieder seinem bittersten Feinde zu danken.[1]) Hamilton vereitelte die Wahl Burr's zum Gouverneur von New-York, die von den Föderalisten wie von den Burriten als Vorbedingung der Fusion angesehen wurde. Freilich war es mehr als fraglich, ob sie in ehrlicher Weise hätte zu Stande kommen können, auch wenn Burr gewählt worden wäre, denn es bestanden keine tieferen Differenzen zwischen dem Burr'schen und Jefferson'schen Flügel der Republikaner. Die nördlichen Republikaner waren eifersüchtig auf die südlichen und ihre Führer trachteten nach den Plätzen an der Spitze der Tafel. Da sie als Repräsentanten der Minorität keine Aussicht hatten, von der Majorität der eigenen Partei zu denselben eingeladen zu werden, so waren sie bereit, sich auf die Gegenpartei zu stützen, die ihnen die Schulter darbot. Wären alle die beiderseitigen Führer von den Urhebern des Planes für denselben gewonnen worden, so hätten sie vielleicht so viel Einfluß auf die Massen gehabt, daß der Stand der von Virginia geführten Republikaner in einem Präsidentenwahlkampfe ziemlich hart gewesen wäre. Der Endzweck der Föderalisten konnte aber auf diese Weise nie erreicht werden. Die Motive der Burriten reichten gerade hin, eine momentane Fusion zu bewerkstelligen, aber nicht eine lebensfähige politische Partei zu bilden, und vollends nicht eine Partei von so extremer Tendenz, wie die von den Föderalisten gewollte. Es handelte sich eben in der ganzen Sache nicht um eine politische Idee, sondern nur um eine unreine politische Intrigue. Die Bedeutung derselben beruht lediglich darin, daß nach ihr bemessen werden kann, wie weit sich bis zu der Zeit das Nationalgefühl entwickelt hatte, und daß sie einen Gedanken zur Basis nahm, der im Laufe der Jahre durch eine andere Frage zu einer Idee von fürchterlicher Lebensenergie groß gezogen wurde.

---

[1]) Die spätere Aussage Plumer's von New Hampshire, auf die Ingersoll (Hist. Sketch of the Second War between the U. St. of America and Great Britain II p. 221 ff.) so viel Gewicht legt, daß Hamilton der beabsichtigten Versammlung der Verschwörer in Boston habe beiwohnen wollen, ist offenbar ganz werthlos. Selbst wenn man die von Hamilton's Sohn (J. C. Hamilton l. c. VII p. 822) berichtete Botschaft nach Boston nicht als historisch beglaubigt gelten lassen will, so liefert doch die in Albany verlesene Denkschrift den Beweis dafür, daß Hamilton dem Projekt feindlich gegenüber stand. Wollte er daher nach Boston gehen, so konnte das nur in der Absicht geschehen, das weitere Verfolgen des Planes zu hintertreiben. Es braucht daher kaum noch angeführt zu werden, daß die gegentheilige Insinuation in der Darstellung Ingersoll's schon deswegen unberechtigt ist, weil Plumer dadurch Absolution für seine Theilnahme an der Intrigue zu erhalten wünschte, daß er seine Genossen anklagte.

Die einzige unmittelbare Folge der Intrigue war eine weitere Verminderung des politischen Kredites der Burriten wie der Föderalisten. In New-York dauerten die Zwistigkeiten unter den Republikanern allerdings noch fort und in Pennsylvania brachen gleichfalls heftige Streitigkeiten zwischen ihnen aus. Allein vom nationalen Gesichtspunkte aus gesehen waren die Unzufriedenen doch nur eine Faktion, die wohl noch lästig sein, aber nicht mehr gefährlich werden konnte, während die Föderalisten sich durch ihre Abkehrung von gesunder politischer Moral völlig fluglahm gemacht hatten. Die Administrationspartei hatte ein so großes Uebergewicht, daß es nur von ihrem Takte und ihrer Mäßigung abzuhängen schien, ob dem Lande jetzt endlich einige Jahre innerer Ruhe gesichert werden würden. Nur die äußere Politik drohte neue Verlegenheiten zu bereiten. Der Charakter, den der Kampf zwischen England und Frankreich anzunehmen begann, brachte die Vereinigten Staaten in eine Lage, aus der sie nicht leicht ganz ungeschädigt hervorgehen konnten. Einer festen und vernünftigen Realpolitik wäre es jedoch sehr wohl möglich gewesen, die äußeren Gefahren zur inneren Festigung auszunutzen. Jefferson war aber nicht der Mann für eine solche Politik, wenn seine Antipathie gegen England und seine Sympathie für Frankreich in's Spiel kamen und volkswirthschaftliche Fragen einen wesentlichen Faktor in den zu lösenden Problemen bildeten.

Das Embargo[1]. Madison und der zweite Krieg mit England. Die Hartford Konvention.

Der Vertrag Jay's hatte nicht alle die gerechten Beschwerden der Vereinigten Staaten gegen England abgestellt und nach und nach waren neue zu den alten hinzugekommen. Die Aussichten auf eine gütliche Verständigung waren gering, theils weil Jefferson ein sehr hohes Pferd ritt und Nichts nehmen wollte, wenn er nicht Alles erhalten konnte, theils weil das Auftreten England's trotz allem gelegentlichen Entgegenkommen im Ganzen immer rücksichtsloser wurde. Napoleon fand darin einen gelegenen Vorwand, das „Macht vor Recht" in noch brutalerer Weise geltend zu machen, und bald wetteiferten England und Frankreich förmlich mit einander in willkürlichen Veränderungen der bisher anerkannten Neutralitätsgesetze. Englands Blockadeverhängung vom 16. Mai 1806 und der Kabinetsbefehl vom 11. November 1807 einerseits und Napoleon's Dekrete von Berlin (21. November 1806) und Mailand (17. Dezember 1807) andrerseits waren eine Scylla und Charybdis, zwischen denen die neutralen seefahrenden Nationen unmöglich unverletzt hindurchschiffen konnten. Weder die Ehre noch das Interesse erlaubten den Vereinigten Staaten diese Vergewaltigungen ruhig hinzunehmen. Die Föderalisten wünschten bald den Knoten durchhauen zu

[1]) Siehe Hildreth (Hist. of the United States) über die Diplomatische Vorgeschichte des Streites, der zunächst zu dem Embargo führte und endlich in den Krieg von 1812 auslief. In Dwight's Hist. of the Hartford Convention sind viele von den wichtigsten Aktenstücken theils vollständig und theils im Auszuge mitgetheilt. Darauf beschränkt sich der Werth des weitangelegten und schlecht geschriebenen Buches.

sehen. Ihr Programm lautete: gegen Frankreich entschieden Front gemacht und dadurch England zu einer billigeren Politik bewogen, vorausgesetzt man könne sich nicht zu einem förmlichen Bündniß mit diesem entschließen. Das war unstreitig die beste „politische Politik", die verfolgt werden konnte. Die Administrationspartei wollte dagegen nichts von einem Kriege wissen; mit Frankreich wollte sie ihn nicht und mit England fürchtete sie ihn. Demnach blieb ihr nur eine Wahl: entweder mußte sie es mit Repressalien versuchen, oder sie mußte auf den überseeischen Handel der Vereinigten Staaten verzichten, bis es den beiden europäischen Großmächten gefiel, Frieden zu schließen.

Schon 1806 hatte man versucht, durch Erschwerung der Importation britischer Waaren einen Druck auf England auszuüben. Die betreffenden Bestimmungen sollten Mitte November in Kraft treten, aber im Dezember wurde die Frist bis zum nächsten Juli verlängert. Die Maßnahmen wären an sich nicht zureichend gewesen, den erstrebten Zweck zu erreichen, und durch dieses Schwanken wurde der geringe Eindruck, den sie auf England gemacht hatten, noch mehr abgeschwächt. Jefferson und die Kongreß-Majorität wurden denn auch bald selbst der Ueberzeugung, daß man seinen Standpunkt mit größerer Entschiedenheit einnehmen müsse. Sie entschlossen sich, wie sie meinten, zu durchgreifenden Repressalien, thatsächlich aber opferten sie den überseeischen Handel.

Am 18. Dezember empfahl der Präsident ein Embargo [1]). Der Kongreß zog die Botschaft sogleich bei verschlossenen Thüren in Berathung. Ohne sich die geringste Zeit zur Ueberlegung zu lassen, nahm der Senat eine entsprechende Bill an [2]). Im Repräsentantenhause wurde der Opposition nicht viel mehr Zeit gelassen, und da die Debatten gleichfalls bei geschlossenen Thüren geführt wurden, so war sie dem Volke gegenüber vollständig mundtodt gemacht, bis eine vollendete Thatsache vorlag. Den 21. Dezember wurde die Bill mit einigen Abänderungen passirt [3]), denen der Senat gleich zustimmte.

Das Gesetz wurde von der Bevölkerung der handeltreibenden

---

[1]) Amer. State Papers V p. 258. Statesm.'s Man. I p. 204.

[2]) Die Uebereilung des Senates hatte einen fast lächerlichen Anstrich. John Quincy Adams rief: „The president has recommended this measure on his high responsibility. I would not consider, I would not deliberate, I would act. Doubtless the president possesses further information as will justify the measure." Hildreth, Hist. of the U. St. VI p. 37.

[3]) Mit 82 gegen 44 Stimmen. Deb. of Congr. III p. 641.

Staaten mit Schweigen aufgenommen. Seit der Revolution hatte man der Ansicht gelebt, daß der Abbruch jeglichen Handelsverkehrs ein höchst einfaches und ganz unfehlbares Abwehrmittel gegen jede Unbill der europäischen Mächte sei[1]. Der National Intelligencer, der als halboffizielles Organ der Administration angesehen werden durfte, hatte schon vor zwei Jahren in hochtönenden Phrasen mit der Wiederaufnahme dieser Politik gedroht. Das Embargo konnte daher nicht ganz überraschen, und auch in den handeltreibenden Staaten war die Tradition von seiner wunderbaren Kraft noch so weit lebendig, daß es mit Resignation hingenommen wurde. Das wurde jedoch bald anders. Das Volk empfand den Druck und begann desto lauter zu murren, je offenbarer es wurde, daß die verheißenen Wirkungen nicht eintraten und je schlagender im Kongreß nachgewiesen wurde, daß diese Wirkungen nie eintreten konnten. Der Beweis war so unwiderleglich, daß er nach langem Kampfe thatsächlich als stichhaltig anerkannt werden mußte. Jefferson und seinen unbedingten Anhängern kam das um so härter an, weil die Argumente der Gegner scharfe Stacheln in die wundesten Flecken ihrer Politik stießen, die schon so oft die Republik ernstlich gefährdet hatten. Darin liegt auch die Bedeutung des Embargo-Streites für die Geschichte der Demokratie und der inneren Kämpfe der Vereinigten Staaten. Die Republikaner lieferten bei dieser Gelegenheit ein glänzendes Beispiel von der frivolen Unfähigkeit, mit der wirthschaftliche Fragen von nationaler Bedeutung in der Regel im Kongreß behandelt worden sind. Die halbgebildete Mittelmäßigkeit, der in dem politischen Leben reiner Demokratien stets ein sehr weiter Spielraum geboten ist, hat sich vielleicht in keinem Gebiete rücksichtsloser und anmaßender gezeigt. Die Föderalisten erklärten es mit Recht für ein einzig in der Geschichte dastehendes Phänomen, daß eine Regierung in so roher Weise Hand an die wirthschaftliche Existenz von Hunderttausenden der Staatsbürger gelegt. Die Republikaner würde daher schon deswegen der schärfste Tadel treffen müssen, auch wenn ihre unvernünftige Politik nicht den alten Spalt zwischen Nord und Süden wieder weiter aufgerissen hätte, nachdem eben einige Aussicht dafür gewonnen zu sein schien, daß er nun sich zu schließen beginnen würde.

Die Opposition, zu der auch einige Republikaner wie John Randolph gehörten, warf auch bei dieser Gelegenheit die Verfassungsfrage

[1] Quincy im Repräsentantenhause Deb. of Congr. IV p. 107. Vrgl. auch den interessanten Brief John Adams' an Quincy vom 23. Dez. 1808. Quincy, Life of J. Quincy p. 162.

auf. In den Debatten des Konventes zu Philadelphia war das Recht, ein Embargo zu verhängen, nur ganz gelegentlich zur Sprache gekommen. Madison verstand die Klausel, welche die Besteuerung des Ausfuhrhandels verbietet, dahin, daß der Bundesregierung durch sie jenes Recht vorenthalten werden solle. Ellsworth erklärte sich gegen diese Auffassung und der Konvent pflichtete offenbar seiner Ansicht bei[1]. Eine ausdrückliche Bestimmung wurde nicht in die Verfassung aufgenommen. Das vom Kongreß in Anspruch genommene Recht mußte daher aus seiner Befugniß, „den Handel zu regeln", hergeleitet werden[2]. Die Opposition erkannte diese Konstruktion als berechtigt an[3]. Sie bestritt nicht das Recht des Kongresses, ein Embargo zu verhängen, was ja auch bereits 1794 geschehen war. Nur das bestimmte Embargo von 1807 erklärte sie für verfassungswidrig und zwar weil es, ungleich dem von 1794, nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt war; ein unlimitirtes Embargo sei nicht eine „Regelung", sondern eine „Vernichtung" des Handels und zu der ermächtige die Konstitution den Kongreß nicht[4]. Mancherlei wurde für diese Ansicht vorgebracht, was recht plausibel klang oder doch wirksame Deklamation war. Erwähnenswerth aus der ganzen Debatte über die Verfassungsfrage ist jedoch nur,

---

[1]) Elliot, Deb. V p. 455.

[2]) Art. I Sect. 8. §. 3. „Mr. M'Henry conceived that power to be included in the power of war." Elliot, Deb. V p. 455.

[3]) Später wurde ein Versuch gemacht, der Tragweite dieser Klausel sehr enge Grenzen zu weisen, aber das Ober-Bundesgericht entschied für die weiteste Konstruktion, welche der Wortlaut erlaubt. „Commerce . . . is intercourse. It describes the commercial intercourse between nations, and parts of nations, in all its branches, and is regulated by prescribing rules for carrying on that intercourse . . . It is the power to regulate; that is, to prescribe the rule by which commerce is to be governed. This power, like all others vested in Congress, is complete in itself, may be exercised to its utmost extent, and acknowledges no limitations other than are prescribed in the constitution . . . The wisdom and the discretion of Congress, their identity with the people, and the influence which their constituents possess at elections, are, in this, as in many other instances . . . the sole restraints on which they have relied to secure them from its abuses." Marshall in Gibbons v. Ogden. Wheaton's Rep. IX pp. 190, 196.

[4]) Ibid. p. 192. Story, der gelehrte Kommentator der Konstitution, der zur Zeit selbst zur republikanischen Partei gehörte, sagt: „I have ever considered the embargo a measure, which went to the utmost limit of constructive power under the Constitution. It stands upon the extreme verge of the Constitution, being in its very form and terms an unlimited prohibition, or suspension of foreign commerce." Life and Letters of J. Story I pp. 185, 186.

daß sich die Majorität einer charakteristischen Inkonsequenz schuldig machte. Die Republikaner verschmähten es nicht, sich auf die einleitenden Worte der Verfassung zu stützen, obwohl die von ihnen aufgestellte orthodoxe Verfassungsinterpretation es für eine Absurdität erklärte, aus ihnen irgend welche Befugnisse der Bundesregierung herleiten zu wollen[1]). Es war kaum eine Veranlassung zu einer solchen Verleugnung ihres alten Glaubensbekenntnisses geboten. Die Verfassungsfrage war mindestens so zweifelhaft, daß sie die Opposition wenig zu fürchten gehabt hätten, wenn diese keine anderen Argumente gegen das Embargo hätte anführen können. Die Majorität ging daher auch sehr bereitwillig auf die Verfassungsfrage ein, während die Opposition sie bald nebenbei liegen ließ und die politische und wirthschaftliche Seite der Frage immer schärfer urgirte, weil sie hier den festesten Boden unter ihren Füßen fühlte.

Die Majorität hob hervor, daß die Vereinigten Staaten nicht zu gleicher Zeit Frankreich und England bekriegen könnten. Die Ehre und die Rechte der Nation seien aber von beiden Mächten in gleicher Weise angetastet worden und Ehre und Interesse verlangten daher auch beiden Mächten gegenüber die gleiche Abwehr der Unbill. Da dieses nicht mit dem Schwerte geschehen könne, so sei das Embargo das einzig mögliche und wirksame Mittel.

Die Opposition erklärte dieses Raisonnement nicht nur für falsch, sondern auch für unlauter. Sie behauptete, die Administrationspartei messe den beiden angreifenden Mächten nicht mit gleichem Maße und wolle es auch nicht thun. Die Welt wisse ja doch, welche Folgen der langjährige Krieg mit England für die Kriegs- und Handelsflotte Frankreichs gehabt, und daraus könne jedes Kind sich abnehmen, daß das Embargo seine Spitze lediglich gegen England kehre; es diene Frankreich gegen England, und das sei mit ihm beabsichtigt.

Dieser Vorwurf war ein Schlag mit doppelt geschliffenem Schwerte. Das alte Stichwort der französischen und englischen Faktion war wieder ausgegeben und wurde auch wieder mit Begierde aufgegriffen. Jetzt konnte es aber nicht mehr als selbstverständlich hingestellt werden, daß Sympathie mit Frankreich gegen das übrige Europa gleichbedeutend mit Sympathie für die Freiheit gegen die konspirirenden Tyrannen sei. Napoleon trachtete jeden Tag unverkennbarer nach der Weltherrschaft und England schien das

---

[1]) Deb. of Congr. III p. 679. Vergl. Madison's Brief vom 27. Nov. 1830 an Stevenson. Niles' Reg. Supplementband zu Bd. XLIII p. 29.

einzige unüberwindliche Hinderniß der Verwirklichung seines Traumes zu sein. Die Dienste der Phrase aber waren zu lange und zu stark requirirt worden, als daß sie aus dem Munde des Imperators ihre alte Zaubermacht auf die Amerikaner hätte ausüben können. Jefferson und seine Genossen hüteten sich daher auch wohl, ihre Politik so offen wie ehemals mit der französischen Kokarde zu schmücken. Sie hatten aber keineswegs mit diesem Theile ihrer Vergangenheit vollkommen gebrochen. Ob ihre Ergebenheit gegen Frankreich noch immer so groß war, daß sie ihm wirklich in seinem Kampfe gegen England indirekte Unterstützung zu gewähren wünschten, ist bis jetzt noch nicht sicher ermittelt worden und wird auch schwerlich je ermittelt werden können. Darüber aber waren sie nachweislich unterrichtet, daß das Embargo Frankreich gegenüber nicht als Repressalie wirkte und auch von Napoleon nicht als solche angesehen wurde.[1]) Das war genügend, einen Schatten auf die politische Moral der Administration und der Kongreß-Majorität zu werfen und ihr oben angeführtes Argument für das Embargo zu widerlegen. Sie konnten wenigstens nicht den Verdacht einer politisch ebenso wenig wie moralisch zu rechtfertigenden Parteilichkeit von sich abwälzen und konnten dabei nicht einmal mit Recht behaupten, daß sie mindestens einer der beleidigenden Mächte den Daumen auf's Auge gedrückt hätten.

Auch England hatte verhältnißmäßig nur sehr wenig unter dem Embargo zu leiden. Anfänglich wurde es kaum beachtet, da die Aufmerksamkeit durch andere größere Ereignisse in Anspruch genommen

[1]) General Armstrong, der amerikanische Gesandte in Frankreich, schrieb schon den 30. Aug. 1808: „We have somewhat overrated our means of coercion of the two great belligerents to a course of justice. The embargo is a measure calculated above any other, to keep us whole, and keep us in peace, but beyond this you must not count upon it.“ (Dwight, Hist. of the Hartf. Conv. p. 96). Jefferson selbst schrieb den 15. Okt. 1808 Rob. L. Livingston (Jeff.'s Works V p. 370): „He (Napoleon) concludes, therefore, as every rational man must, that the embargo, the only remaining alternative, was a wise measure.“ Der Herzog von Cadore drückte das später noch schärfer aus. Er schreibt General Armstrong den 5. Aug. 1810: „The emperor had applauded the general embargo.“ Dwight l. c. p. 163. Vergl. auch Deb. of Congr. IV p. 9. Im Repräsentantenhause hatte Fisk von Vermont, ein eifriger Vertheidiger des Embargos, schon im April 1808 zugestanden, daß es Frankreich gegenüber völlig bedeutungslos sei. In der Debatte über die Suspension des Embargos rief er: „What do gentlemen now ask? That we should open our ports to Great Britain alone; for that would be the effect of raising the embargo.“ Deb. of Congr. III p. 691.

wurde[1]). Dann zeigte es sich bald, daß der Schaden, den England durch das Embargo erlitt, durch mancherlei Vortheile wieder kompensirt wurde[2]). Außerdem war der Schaden sehr viel geringer, als man in England selbst erwartet hatte. Hillhouse im Senate und Quincy und Key im Repräsentantenhause wurden nicht müde darauf hinzuweisen, daß es bei der großen Küstenausdehnung schlechterdings unmöglich sei, eine strenge Beobachtung des Embargos zu erzwingen[3]). Sie erzielten jedoch nichts mit der Fülle von thatsächlichen Belegen für ihre Behauptung, daß nur die Gewissenhaften zu leiden hätten, während die Gewissenlosen reich würden und England mit geringen Schwierigkeiten fast jede beliebige Menge von amerikanischen Gütern erhalten könnte. Das sei ja eben das Unglück, wurde darauf erwidert, daß das Embargo nicht gewissenhaft beobachtet würde; geschehe das nur, so würde es unfehlbar die versprochenen Folgen haben. Wurde darauf entgegnet, daß in der Politik nur mit dem was *ist* und nicht mit dem was *sein sollte* gerechnet werden dürfe, so wurde mit Deklamationen geantwortet: sei das Volk so sehr gesunken, daß es aus Gier nach elendem Gewinne sich nicht ein solches Opfer zur Wahrung der nationalen Ehre auferlegen könne, so verdiene es nicht mehr, frei und unabhängig zu sein und es würde besser thun, gleich wieder unter englische Botmäßigkeit zurückzukehren.

So viel wurde also jetzt doch zugegeben, daß man sich mit dem

---

[1]) Armstrong schreibt: „in England (in the midst of the more interesting events of the day) it is forgotten." Foreign Relations III p. 256; Annals of Congr. 2. X p. 1684.

[2]) „The British Ministry also became acquainted about this time (June) with the unexpected and unexampled prosperity of their colonies of Canada and Nova Scotia. It was perceived that one year of an American embargo was worth to them twenty years of peace or war under any other circumstances; that the usual order of things was reversed; that in lieu of American merchants making estates from the use of British merchandise and British capital, the Canadian merchants were making fortunes of from ten to thirty or forty thousand pounds in a year, from the use of American merchandise and American capital." Lloyd von Massachusetts am 21. Nov. im Repräsentantenhause. Deb. of Congr. IV p. 9. „I consider the embargo as a premium to the commerce of Great Britain." Key von Maryland ebendas. 8. Dez. 1808 l. c. IV p. 66.

[3]) Selbst John Quincy Adams, der sich so eben von den Föderalisten losgesagt und der Administrationspartei angeschlossen hatte, erklärte in einem Briefe vom 21. Dez. 1808: „The law will not be executed. It will be resisted under the organized sanction of state authority." Niles' Register XXXV p. 220.

Embargo ein Opfer auferlegt habe. Jefferson's Botschaft vom 18. Dezember 1807 hatte den Schutz des amerikanischen Handels als Zweck desselben angegeben. Die Debatten im Kongreß lassen jedoch keinen Zweifel darüber, daß in Wahrheit die Verhängung von Repressalien der leitende Gedanke war. Erst nachdem die Erfahrung gelehrt, daß es als solche eine verkehrte Maßregel war, wurde die vom Präsidenten ausgegebene Parole schärfer betont. Gewonnen war durch den Tausch nicht viel. Quincy's schneidende Ironie geißelte die Doktrinären unter dem einen Unterschlupf so hart wie unter dem anderen, so daß sie sich durch Springen von einem zum anderen zu helfen suchen mußten. Hatte er das Embargo als Repressalie nur für ein „zweifelhaftes, ungewisses, schwieriges und höchst kostspieliges" Mittel erklärt, so bezeichnete er es als Schutz des amerikanischen Handels einfach als absurd: um die goldenen Eier zu retten, tödte man das Huhn, das sie lege [1].

Widerlegen ließen sich die Argumente Quincy's nicht. Die Wahl des Schildes, mit dem man endlich seine und seiner Genossen Pfeile aufzufangen suchte, schloß in würdiger Weise den Kreislauf einander widersprechender Absurditäten. Die Vertreter des Pflanzer- und Ackerbauinteresses wollten nicht zugeben, daß die handeltreibende Bevölkerung am meisten unter dem Embargo litte. Man stritt sich mit solchem Eifer um die Ehre der schwersten Märtyrerkrone, daß man den Eindruck bekommen konnte, das Embargo sei eigens dazu verhängt worden, um den Grad der patriotischen Opferfreudigkeit zu ermitteln.

Die Frage war freilich wichtig genug, auf welchen Interessen das Embargo überhaupt und auf welchen es am schwersten laste. Auch wurde sie dadurch nur noch interessanter, daß man immer weniger befriedigende Auskunft darüber erhalten konnte, was man mit der sinnlosen Politik wolle. Nur so viel ging unmittelbar aus der Thatsache jenes eigenthümlichen Streites hervor, daß sämmtliche Interessen hart durch das Embargo betroffen wurden. Um die Schiffe und ihre Ladung zu retten, welche die Vereinigten Staaten durch das widerrechtliche Verfahren von England und Frankreich verloren hätten, mußten alle Schiffe in den Docks faulen, ein großer Theil der Exportgüter vollstän-

---

[1]) „When all the property of a multitude is at hazard, the simplest and surest way of securing the greatest portion, is not to limit individual exertion but to stimulate it; not to conceal the nature of the exposure, but, by giving a full knowledge of the state of things, to leave the wit of every proprietor free, to work out the salvation of his property, according to the opportunities he may discern." Deb. of Congr. III p. 698.

dig zu Grunde gehen und der Rest lange unverwerthet bleiben. Die Rechnung war so einfach, daß selbst Finanzkünstler wie Jefferson das richtige Resultat hätten finden müssen, wenn sie sich nicht in den Gedanken der Repressalien verbissen hätten.

Ebenso leicht ließ sich das Verhältniß ermitteln, in dem die verschiedenen Interessen zu leiden hatten. Den Pflanzern blieben ihre Stapelartikel (namentlich Tabak und Baumwolle) liegen, aber dieselben erlitten dadurch verhältnißmäßig geringen Schaden; sobald die Häfen wieder geöffnet wurden, waren sie auch sicher ihren Markt zu finden. Die Ackerbauer setzten einen beträchtlichen Theil ihrer Produkte im Lande selbst ab; der Rest war meist ein reiner Verlust. Die produktive Thätigkeit der Neu England Fischer, der Schiffsbauer, Schiffseigenthümer, Export- und Importkaufleute mit Allen, die von ihnen abhingen, hörte fast ganz auf[1].

Auch in diesem Zwiste läßt sich also eine aus den realen Interessen hervorgehende geographische Scheidung der Parteien nicht verkennen, und jeder Streit, in den dieses Moment hineinspielte, nahm jetzt schon an und für sich dadurch einen doppelt herben Charakter an. Der Süden, der als bestimmendes Element in der herrschenden Partei vorwiegend die Verantwortung trug, mußte am wenigsten zu leiden haben, wenn die Erwartung einer nicht allzu langen Dauer des Embargos erfüllt wurde. Die machtlose Minorität der Neu England Staaten, deren Interessen vorgeblich das maßgebende Moment in der Politik der Administration waren, hatte sich am meisten zu beklagen. Die mittleren Staaten standen in der Mitte; ihr Interesse wies sie unstreitig mehr nach dem Norden hin, aber noch schwankten sie unentschieden hinüber und herüber.

Die Art und Weise, in der die Minorität ihre Herrschaft ausübte, goß weiteres Oel in's Feuer. Die Administration erlaubte sich eine Geheimnißkrämerei, die in einem Volksstaate nur da statthaft sein kann, wo es das Interesse des Landes unzweifelhaft erfordert. Das konnte hier nicht prätendirt werden und war in jedem Falle gegenüber der Minorität im Kongresse unzulässig. Die Majorität nahm thatsächlich den Standpunkt von John Quincy Adams ein, wenn sie ihn auch nicht so unumwunden erklärte: Der Präsident wird Gründe haben, daher — das war der Kernpunkt der Vertheidigung, mit der die Partei, der als Opposition keine Schranken der Macht der Regierungsgewalten

[1]) Siehe Deb. of Congr. III p. 692; IV p. 64 u. a. v. a. O.

eng genug erschienen waren, ihre brutale Politik rechtfertigte. Lehnte sich die Minorität in gerechtem Unwillen dagegen auf, so wurden die alten abgebrauchten Trümpfe „Mangel an Patriotismus", „britische Faktion" u. s. w. ausgespielt. Als dem heißblütigen Gardinier von New York, der wenig Schulbildung aber ein gesundes Urtheil besaß, endlich die Galle überlief und er dem erstaunten Repräsentantenhause in derben Worten die ungeschminkte Wahrheit sagte[1]), da trug ihm seine Kühnheit ein Duell ein, in dem er schwer verwundet wurde. Der ganze Kampf, wie er von der Administration und der Majorität geführt wurde, war ein unwürdiges Schauspiel und ein drastischer Beleg dafür, daß die Tyrannei der Majoritäten in Volksstaaten oft dreist der Tyrannei absolut regierender Fürsten an die Seite treten darf. Sind dort einerseits die Vertheidigungsmittel weit größer als hier, so sind andererseits auch die Gefahren bedeutender, weil die Tyrannei im Gewande freiheitlicher Institutionen auftritt. In diesem Falle gewann sie dadurch noch besondere Bedeutung, daß sie von der Partei ausgeübt wurde, die in der Theorie der politischen Freiheit die weitesten Grenzen steckte und sich aufrichtig im Alleinbesitze freiheitlicher Tendenzen glaubte.

Die Tyrannei mußte ihr Ziel finden, wie groß auch die Majorität der Administrationspartei war. Die Taschen hatten die Richtigkeit der von der Opposition verfochtenen Ansicht jeden Tag schwerer zu empfinden und diesem Argumente widersteht kein Volk lange. Es ist sehr auffallend, daß mehr als ein Jahr erforderlich war, um es durchdringen zu lassen. Die einzige Erklärung dafür ist, daß eine große Majorität des Volkes ebenso fest wie der Präsident und die Mehrheit

---

[1]) „All our surplus produce shall rot on our hands. God knows what all this means; I can not understand it. I am astonished; I am dismayed. I see effects, but I can trace them to no cause. I fear there is an unknown hand guiding us to the most dreadful destinies, unseen because it can not endure the light. Darkness and mystery overshadow this House and the whole nation. We know nothing, we are permitted to know nothing. We sit here as mere automata. We legislate without knowing, yea, without wishing to know why or wherefore. We are told what to do, and we do it. We are put in motion; but how, I, for one, can not tell ... We are treated as enemies of our country. We are permitted to know nothing, and are execrated because we do not approve of measures, the origin and tendency of which are carefully concealed from us. We are denounced because we have no confidence in an executive that refuses to discover to us or to the nation its actual position!" Hildreth, Hist. of the U. St. VI pp. 54, 55.

im Kongresse dem verkehrten Glauben der Revolutionszeit von den Wirkungen anhing, die ein Abbruch des Verkehrs mit den europäischen Nationen haben müsse. Der Embargostreit ist eine der besten Illustrationen dafür, mit welcher Zähigkeit dieses praktischste Volk allen Erfahrungen zum Trotz an politischen Doktrinen festhält, wenn es sie einmal als wahr angenommen hat.

Fast alle Legislaturen billigten in förmlicher Weise das Embargo. Selbst Neu England war durch New Hampshire vertreten, und die Legislaturen von Massachusetts, Vermont und Rhode Island sprachen den Wunsch aus, daß Jefferson zum dritten Male als Kandidat für die Präsidentschaft auftreten möge. Die Majorität überschätzte jedoch den Werth dieser Manifestationen. Im Norden stand bald die Mehrheit der Bevölkerung in bitterer Opposition gegen das Embargo, selbst wenn sie im Uebrigen noch zur Administration hielt. In den Mittelstaaten gewann die Gegenströmung gleichfalls rasch an Kraft. In der Legislatur von New York wurde der das Embargo billigende Beschluß nur durch den übermächtigen Einfluß von Clinton durchgesetzt, der in dieser Frage aus persönlichen Gründen eine Schwenkung gemacht hatte. In Maryland erhielten sogar die Gegner durch eine günstige Kombination zeitweilig die Oberhand im Repräsentantenhause. Auch in Pennsylvania wuchs die Zahl der Mißvergnügten zusehends. Erhielt der Präsident eine große Menge von zustimmenden Adressen, so wurde andererseits der Kongreß immer heftiger mit Petitionen um Aufhebung des Embargos bestürmt[1]. Kurz, es wurde mit jedem Tage deutlicher, nach welcher Richtung hin die öffentliche Meinung tendirte.

Die Administration und ihre Anhänger im Kongresse ließen sich zunächst dadurch nicht eines Besseren belehren, sondern wurden nur hartnäckiger. Ein Akt nach dem anderen wurde passirt, um mit immer schärferen Mitteln die Beobachtung des Embargos zu erzwingen.[2]

---

[1] Fisk, ein warmer Vertheidiger des Embargos, erklärte schon am 13. April 1809 im Repräsentantenhause: „The table of this House has been loaded with petitions against the embargo.“ Deb. of Congr. III p. 690.

[2] Von der Administrationspartei wurde wiederholt als wesentlicher Rechtfertigungsgrund vorgebracht, daß die Probe gemacht werden müsse, ob die Bundesgewalten die Beobachtung der Bundesgesetze durchsetzen könnten. Quincy berichtet in seinem Tagebuche über eine Unterredung mit Giles von Virginia: „As to removing the Embargo, he was in favor of adhering to it at all hazards. He was in favor of putting to trial what the strength of the federal arm was, and if it was not sufficient to enforce its own laws, it might as well be known

Das war das geeignetste Mittel die Opposition so schnell in die Breite wie in die Tiefe wachsen zu machen, daß es tolldreist gewesen wäre, ihr länger zu widerstehen. Ermahnte der Präsident, die Milizen zur Vollstreckung des Gesetzes aufzubieten, so zogen die Schleichhändler in großen bewaffneten Trupps über die canadische Grenze; setzte er die widerwilligen Steuereinnehmer ab, so sprachen die Geschworengerichte die Uebertreter des Gesetzes frei [1]); schickte er Kanonenboote in die östlichen Häfen, so schlug die Oppositionspresse wieder mit steigendem Nachdruck den drohenden Ton an, in dem sie 1801, 1803 und 1804 geredet. [2]) Wie emphatisch auch die Administration und der Kongreß versicherten, daß sie nur das Beste der Neu England Staaten im Auge hätten, diese waren nun einmal fest entschlossen, sich nicht den Theorien der Machthaber zu Liebe widerstandslos wirthschaftlich zu Grunde richten zu lassen. Und woher sollte die Administration die Entschlossenheit nehmen, es darauf ankommen zu lassen, ob gewaltsamer Widerstand in größerem Maßstabe versucht werden würde, da sie selbst der Ueberzeugung war, daß bald Krieg dem Embargo vorzuziehen sein werde?

Jefferson legte in seiner Privatkorrespondenz dieses Bekenntniß schon im Juni 1808 ab [3]). Trotzdem mußte sich die Opposition noch ein halbes Jahr lang mit unverminderter Bitterkeit sagen lassen, daß

---

now as hereafter. Quincy, Life of J. Quincy p. 143. Vergl. a. ibid. p. 151. Die Union hat schwer dafür büßen müssen, daß die Probe nicht öfter gemacht worden ist. Die Forderung stand nur schlecht im Einklange mit dem Verhalten der Partei während der Administrationen Washington's und Adams'.

[1]) Ein von John Quincy Adams autorisirter Artikel im National Intelligencer sagt: „The people were constantly instigated to forcible resistance against it (the embargo), and juries after juries acquitted the violators of it, upon the ground that it was unconstitutional, assumed in the face of a solemn decision of the district court of the United States.“ Niles' Reg. XXXV p. 138. Schon in einem Briefe vom 21. Dez. 1808 schildert Adams genau in gleicher Weise das Vorgehen der Opposition in Massachusetts. ibid. XXXV p. 220.

[2]) Siehe eine Anzahl von charakteristischen Beispielen bei Randall, Life of Jeff. III pp. 282, 283.

[3]) Er schreibt den 23. Juni an Dr. Leib: „It is true, the time will come when we must abandon it. But if this is before the repeal of the orders of council, we must abandon it only for a state of war. The day is not distant when that will be preferable to a longer continuance of the Embargo. But we can never remove that, and let our vessels go out and be taken under these orders, without making reprisals. Yet this is the very state of things which these Federal monarchists (!) are endeavoring to bring about; and in this it is but too possible they may succeed.“ Jeff.'s Works V p. 304.

sie die Ehre und Unabhängigkeit des Landes um einen Judaslohn verfeilschen wolle. Erst am 25. Januar 1809 machte Nicholas von Virginia, der Führer der Administrationspartei im Repräsentantenhause und das spezielle Sprachrohr des Präsidenten, öffentlich dasselbe Zugeständniß. Er brachte eine Resolution ein, die wörtlich angeführt zu werden verdient. Sie lautete: „Resolved, as the opinion of this House, that the United States ought not to delay beyond the — day of — to repeal the Embargo laws, and to resume, maintain and defend the navigation of the high seas against any nation or nations having in force edicts, orders, or decrees, violating the lawful commerce and neutral rights of the United States.“ Den Tag des Widerrufes wünschte er auf den 1. Juni festgesetzt zu sehen.

In die dürre Sprache des alltäglichen Lebens übersetzt, hieß diese Resolution: England und Frankreich haben sich eine Vergewaltigung der Rechte erlaubt, die uns nach dem Völkerrechte zustehen. Um uns zu schützen und um diese Mächte zu strafen, haben wir dreizehn Monate lang vollständig auf die Ausübung der Rechte verzichtet, die sie zum Theil angetastet hatten. Wir theilen ihnen jetzt mit, daß wir noch vier weitere Monate bei dieser Politik beharren wollen. Versprechen sie auch dann noch nicht ein billigeres Verfahren, so müssen wir diese Politik aufgeben, weil wir zu sehr unter ihr leiden. Wir werden dann die Ausübung unserer Rechte wieder aufnehmen und sie, wenn nöthig, auch vertheidigen. — Konnte man in wenigen Worten eine vernichtendere Kritik der Administrationspolitik geben, als sie hier von der Administrationspartei selbst ausgesprochen wurde?

Die Opposition wollte natürlich von dieser „bedingungsweisen Kriegserklärung“, wie Dana von Massachusetts die Resolution bezeichnete, nichts wissen. Die Administrationspartei hatte thatsächlich ihre Sache verloren gegeben und die Opposition wollte ihr nicht ein so billiges Abfinden zugestehen. In einer demokratischen Republik kann eine den Interessen des Landes direkt entgegenlaufende Politik nur so lange verfolgt werden als die Majorität des Volkes den wahren Charakter und die Folgen derselben verkennt und die Regierungsgewalten konsequent in ihrem Irrthum bleiben. Erwacht das Volk zu einem richtigen Verständniß und die Regierung gesteht bedingt oder zum Theil ihren Irrthum ein, so muß die Opposition außerordentlich schlecht geführt werden, wenn sie nicht in kurzer Zeit einen vollständigen Sieg erringt.

In den oppositionellen Staaten wurde der Administration rückhaltloser als je die Meinung gesagt[1]. Im Kongreß fuhr die Opposition mit doppelter Energie in ihren Angriffen fort und die bisher so fest geschlossenen Reihen der Administrationspartei begannen sich mit reißender Geschwindigkeit zu demoralisiren. Aus ihrer eigenen Mitte mußte sie sich den Grundsatz in's Gedächtniß rufen lassen, der den Kernpunkt der republikanischen Staatsidee bildet: „Es ist der Geist und die Pflicht republikanischer Regierungen, Gesetze zu machen, die dem Volke genehm sind, und nicht zu versuchen, das Volk den Gesetzen anzupassen." Ihre Anklage, daß die Opposition nur von der „britischen" und „monarchischen" Faktion genährt würde, mußte verstummen, denn ihre entschiedensten Anhänger erklärten jetzt mit feierlichem Ernste, daß der ganze Norden in dieser Frage einer Ansicht sei.[2] Den Beleg dafür bildete das Geschick von Nicholas' Resolution. Den treu gebliebenen Anhängern der Administration wurde gar keine Zeit gelassen, sich zu besinnen. Die Abtrünnigen boten sogar die Hand zu einer Uebertölpelung durch einen parlamentarischen Handstreich. Nicholas hatte seine Resolution am 30. Januar dahin amendirt, daß Kaperbriefe ausgegeben werden sollten, wenn die beanstandeten Verfügungen der Mächte nicht bis zu dem zu bestimmenden Datum widerrufen wären. Die Opposition verlangte Theilung der Frage und konnte sie durchsetzen, weil die Majorität vollständig durch den Antrag überrascht wurde. Der von der Administration befürwortete Antrag, die Aufhebung des Embargos auf den 1. Juni festzusetzen, wurde verworfen

---

[1] So z. B. erklärte der Senat von Massachusetts: „The people of New England perfectly understand the distinction between the Constitution and the administration . . . On such occasions passive obedience would, on the part of the people, be a breach of their allegiance, and on our part, treachery and perjury. The people have not sent us here to surrender their rights, but to maintain and defend them; and we have no authority to dispense with the duties thus solemnly imposed." Hildreth, Hist. of the U. St. VI p. 116.

[2] Cook, ein republikanisches Mitglied des Repräsentantenhauses von Massachusetts, sagte: „The South say embargo or war; the North and East say no embargo, no war . . . To comply with the general wish of the North, the Embargo Acts must be repealed at an early day." Ibid. VI p. 127. Story schreibt den 4. Januar 1809: „The Southern States are all for a continuance; the Middle and Western are all ready to unite in any measure. But with very few exceptions the Republicans from New England receive almost daily letters which urge a repeal." Life and Letters of J. Story I p. 174.

und statt dessen der 4. März festgesetzt.[1]) Nachdem der erste Theil der Resolution mit diesem Amendement mit 76 Stimmen angenommen worden war, wurde der zweite Theil mit 57 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Jefferson wurde durch diese Niederlage unmittelbar vor seinem Rücktritt in's Privatleben sehr empfindlich überrascht.[2]) Ihm war diese „plötzliche Revolution in den Ansichten unerklärbar."[3]) Trotz seines vor sieben Monaten dem Dr. Leib abgelegten Bekenntnisses trug jetzt der „Pseudo-Republikaner Story" die ganze Schuld an dem Unglück und die Aufhebung des Embargos hatte den Interessen des Landes „eine nie zu heilende Wunde geschlagen."[4])

---

[1]) Mit Ja stimmten 70 Mitglieder, die Nein sind nicht angegeben. Annals of Congr. 1808—9. p. 1334. Hildreth (VI p. 128) gibt irrthümlich den 1. März an

[2]) Quincy schreibt John Adams am 18. Dez. 1808: „Fear of responsibility and love of popularity are now master-passions and regulate all the movements. The policy is to keep things as they are, and wait for European events . . . The Presidential term will have expired, and then away to Monticello, and let the — take the hindmost. I do believe that not a whit deeper project than this fills the august mind of your successor." (Quincy, Life of J. Quincy p. 146) Jefferson's Charakter und seine persönliche Stellung zum Embargo während der letzten Monate seiner Administration sind in diesen wenigen Worten mit wahrer Meisterschaft gezeichnet.

[3]) „I thought Congress had taken their ground firmly for continuing their embargo till June, and then war. But a sudden and unaccountable revolution of opinion took place the last week, chiefly among the New England and New York members, and in a kind of panic they voted the 4th of March for removing the embargo, and by such a majority as gave all reason to believe they would not agree either to war or non-intercourse." Jeffers. to Th. M. Randolph, Febr. 7th 1809. Jeff.'s Works V p. 424.

[4]) Den 16. Juli 1810 schreibt er Dearborn: „The Federalists during their short-lived ascendency, have nevertheless, by forcing us from the Embargo, inflicted a wound on our interests which can never be cured, and on our affections which will require time to cicatrize. I ascribe all this to one pseudo-Republican, Story. He came on . . . and staid only a few days; long enough, however, to get complete hold of Bacon, who giving in to his representations became panic-struck, and communicated his panic to his colleagues, and they to a majority of the sound members of Congress. They believed in the alternative of repeal or civil war, and produced this fatal measure of repeal." Jeff.'s Works V p. 529. In einem Briefe vom 25. Dez. 1825 an W. B. Giles sagt er dagegen: „He (John Quincy Adams) assured me that there was eminent danger that the convention (der Neu England Staaten) would take place; . . . and that, to enable its (der Union) friends to make head against it, the repeal of the embargo was absolutely necessary. I ex-

Ein richtiges Moment fehlte in dieser Auffassung Jefferson's nicht. Der Schrecken, der die Majorität ergriffen hatte, war allerdings übertrieben. So schwer das Embargo auch auf den nördlichen Staaten gelastet hatte, es hätte doch noch eine geraume Zeit aufrecht erhalten werden können, ohne daß man sich der Gefahr eines Bürgerkrieges ausgesetzt hätte. Die Majorität wurde denn auch bald gewahr, daß sie zu voreilig die Flinte in den Busch geworfen hatte und die theilweise Wiederaufnahme der bisher von ihr verfolgten Politik war weit davon entfernt, unmittelbar zu einer Krisis zu führen. Die Gemäßigteren beider Parteien einigten sich noch vor der Vertagung des Kongresses auf den Non Intercourse Act[1]), der die Aufhebung des Embargos bis zum 15. März hinausschob und es in Bezug auf Frankreich und England bis zum Ende der nächsten Kongreßsession in Kraft ließ. Selbst dieser theilweise Erfolg der Opposition war genügend, eine starke Herabstimmung der Erregung zu bewirken. Die Massen gaben sich noch so wenig Rechenschaft über

---

pressed a just sense of the merit of this information, and of the importance of the disclosure to the safety and even the salvation of our country; and however reluctant I was to abandon the measure (a measure which persevered in a little longer, we had subsequent and satisfactory assurance would have effected its object completely,) from that moment, and influenced by that information, I saw the necessity of abandoning it, and instead of effecting our purpose by this peacable weapon, we must fight it out, or break the Union. I then recommended to yield to the necessity of a repeal of the embargo, and to endeavor to supply its place by the best substitute in which they could procure a general concurrence.“ Jeff.'s Works VII pp. 425, 426. Es liegt wohl kein Grund vor, diesen offenbaren Widerspruch einer unreinen Absicht zuzuschreiben. Jefferson war damals 83 Jahre alt und sein Gedächtniß konnte ihm daher leicht einen Streich spielen. Story schreibt in seiner Selbstbiographie: „Mr. Jefferson has honored me by attributing to my influence the repeal of the embargo. I freely admit that I did all I could to accomplish it, though I returned home before the act passed. The very eagerness with which the repeal was supported by a majority of the Republican party ought to have taught Mr. Jefferson that it was already considered by them as a miserable and mischievous failure . . . The truth is, that if the measure had not been abandoned when it was, it would have overturned the Administration itself, and the Republican party would have been driven from power by the indignation of the people, goaded on to madness by their sufferings.“ Story, Life and Letters of J. Story I p. 185. In einem Briefe an Everett sagt er: „The credit of it (the repeal of the embargo) is due to the firmness and integrity of Mr. Bacon.“ Ibid I p. 187. Quincy stimmt dem Urtheile bei. Life of J. Quincy p. 185.

[1]) Annals of Congr. 2. X 1824; Stat. at L. II p. 528.

die Verderblichkeit der Administrationspolitik, daß die Herrschaft der Republikaner durchaus nicht ernstlich bedroht war. Sie konnten gleich wieder langsam aber stetig in die Bahn zurücktreiben, die naturgemäß in einen unnöthigen und zum großen Theil wenig ehrenvollen Krieg hinauslief, der zwar nicht resultatlos war, aber alle die Fragen, um die er geführt wurde, ungelöst ließ. Ungestraft konnten sie es wagen, ihn durch ein neues Embargo auf 90 Tage einzuleiten und während seiner Dauer ein Drittes zu verhängen. Die Föderalisten feierten denn freilich zuletzt einen großen moralischen Triumph, da der Präsident selbst den Widerruf desselben empfahl, aber die unselige Politik Jefferson's hatte ihre Früchte bereits im reichsten Maße getragen.

Die Hast, mit der die Föderalisten zugriffen, als der Schrecken der nördlichen Republikaner ihnen im Februar 1809 die Gelegenheit zu einem theilweisen Siege bot, war somit ein großer politischer Fehler. Seit Hamilton gestorben war, fehlte es ihnen an einem Führer mit der Kälte des Urtheils, die zur vollen Ausnutzung der Fehler der Gegner unbedingt nothwendig war. Sie verschossen ihr Pulver in nutzlosen Demonstrationen und kleinen Scharmützeln und konnten daher nie einen Hauptschlag führen. Hätten sie es mit staatsmännischen Talenten höheren Grades zu thun gehabt, so wären sie vielleicht durch den Kampf dazu geschult worden, die Verwirklichungsversuche ihrer richtigeren politischen Ideen auch in wirksamerer Weise zu betreiben.

Der letzte Grund ihres Fehlers war, wie schon so oft bei früheren Gelegenheiten, daß ihnen die richtige politische Perspektive fehlte. Sie schlugen die augenblickliche Erregung der Massen zu hoch und ihre Loyalität gegen die gesetzlichen Bundesgewalten und ihre Unionstreue zu gering an. Die Republikaner waren wiederholt in denselben Irrthum verfallen, als sie in der Opposition standen, und sie begingen auch jetzt wieder den nämlichen Rechnungsfehler. Daher ihrerseits der „panische Schrecken" und Seitens der Föderalisten die vorschnelle Benutzung desselben. Die meisten amerikanischen Geschichtsschreiber haben diesen Umstand dazu benutzt, in den einzelnen konkreten Fällen den Widerstands- und Trennungsgelüsten der gegnerischen Partei einen zu grellen Anstrich zu geben, resp. es in Abrede zu stellen, daß von ihrer eigenen Partei illoyale Pläne geschmiedet oder gar Sezessionsgedanken ernstlich gehegt worden seien. Von einem parteilosen Standpunkte beurtheilt, wird die Thatsache, daß auf beiden Seiten so häufig bei verhältnißmäßig geringfügigen Veranlassungen fälschlicher Weise an die Möglichkeit eines Bürgerkrieges oder einer Theilung der Union ge-

dacht wird, als Gradmesser der jeweiligen Konsolidirung der Union benutzt werden können. Die Führer unterschätzten die bereits gewonnene Solidarität der realen Interessen und die Instinkte der Massen lagen daher richtiger als die wohlerwogenen Urtheile der Führer. Einerseits war der Widerstreit der realen Interessen und der partikularistische Hang in den Massen noch so groß, daß die Führer immer wieder in eine Politik mit illoyaler und partikularistischer Tendenz hineingetrieben wurden und eine solche Sympathie bei den Massen fanden, daß ihre Gedanken zu Plänen reiften. Andererseits aber waren die Solidarität der Interessen und das durch sie genährte Nationalgefühl bereits so stark, daß die Massen stets ihre Dienste versagten, bevor noch die Pläne bis zum Versuch der That gereift waren.[1]) Gebaren die kreißenden Berge auch so lange nur Mäuse, so darf man darum doch weder ihr Kreißen für bedeutungslos halten noch die politische Urtheilsfähigkeit der amerikanischen Staatsmänner gering schätzen. Die realen Verhältnisse boten ein ungewöhnliches Gewirr von positiven und negativen Faktoren dar und sie waren so eigenthümlich gruppirt, daß es wahrlich nicht leicht war, das richtige Facit zu ziehen.

Europäische Staatsmänner, die aus der nächsten Nähe beobachteten, verfielen in dieselben Irrthümer. Im Februar 1809 sandte Sir James Craig, der Generalgouverneur von Canada, einen geheimen Agenten Namens Henry nach Boston. Seine wesentlichste Aufgabe war, sich ein Urtheil darüber zu bilden, wie große oder wie geringe Aussichten die Föderalisten hätten, wieder zur Herrschaft zu gelangen, und wie weit sie im Falle einer Trennung von der Union geneigt sein

---

[1]) „It is a melancholy reflection — a subject that excites our best and inmost feelings, that projects, or speculations, as to a dissolution of this union, have been so frequently indulged. That leading men in Virginia looked to a dismemberment in 1798—9, when the armory was built, etc. — that Burr, and his confederates, had an eye to the establishment of a western government, in 1805—6 — that many contemplated a building up of the „nation of New England“ from 1808 to 1815 — and that now (1828) some in the South are calculating a division at the Potomac, seems to us undoubted; but the lengths to which either party proceeded, or will proceed, rests very much on conjecture, or depends on opinion . . . These are fearful things to think of. But whatever has been, or may be, the designs of individuals, we have always believed, and yet trust, that the vast body of the people, ever have been, and are, warmly attached to the union; and that it never, perhaps, was really more strong, than when it seemed most endangered, even during the darkest period of the late war.“ Niles' Reg. XXXV p. 210.

würden, sich an England anzulehnen.[1]) In sehr allgemeinen aber doch vollkommen verständlichen Worten wiesen seine Instruktionen ihn ferner an, die Führer der Föderalisten darauf hin zu sondiren, ob England im Falle eines Krieges mit den Vereinigten Staaten bis auf einen gewissen Grad auf sie würde zählen können und in welcher Weise man sich eine indirekte Unterstützung von ihnen zu denken habe. Nach Jefferson's Aussage habe John Quincy Adams zur Zeit erklärt, daß nach Craig's Plan dieses in Form einer Neutralitätserklärung geschehen sollte.[2])

Henry gewann nach kurzer Zeit selbst die Ueberzeugung, daß seine Mission für jetzt resultatlos bleiben müsse.[3]) Die Föderalisten haben später, auf diese Erklärung gestützt, den ganzen Plan als eine Absurdität ab initio hingestellt. Sicher waren Henry's Enthüllungen nicht die $ 50,000 werth, die Madison für sie zahlte, aber man kann den Plan nicht zur plumpen Mystifikation eines gemeinen Schwindlers stempeln, nur weil er resultatlos blieb. Henry war im ungünstigsten Augenblick nach Boston gekommen. Nach der theilweisen Aufhebung des Embargos und „der bereitwilligen Annahme der freundschaftlichen Vorschläge Groß Britanniens durch Mr. Madison" konnte er auch von

[1]) Sir James Craig to Mr. Henry, Febr. 6. 1809: „It has been supposed that if the federalists of the eastern States should be successful in obtaining that decided influence which may enable them to direct the publick (sic) opinion it is not improbable that rather than submit to a continuance of the difficulties and distress to which they are now subject, they will exert that influence to bring about a separation of the general union. The earliest information on this subject may be of great consequence to our government, as it may also be, that it should be informed, how far in such an event they would look up to England for assistance, or be disposed to enter into a connection with us." Dwight, Hist. of the Hartford Convention p. 200.

[2]) Jefferson to John Adams, Apr. 20. 1812: „He (J. Q. Adams) stated a particular which Henry has not distinctly brought forward, which was, that the eastern States were not to be required to make a formal act of separation from the Union, and to take a part in the war against it, a measure deemed much too strong for their people: but to declare themselves in a state of neutrality, in consideration of which they were to have peace and free commerce, the lure most likely to ensure popular acquiescence." Jeff.'s Works VI p. 50.

[3]) Er schreibt den 25. Mai 1809: „I beg leave to suggest that in the present state of things in this country, my presence can contribute very little to the interests of Great Britain." Niles' Reg. II p. 25. Die ganze auf diese Sache bezügliche Korrespondenz findet sich Ann. of Congr. 1. XII p. 1162 ff.; Foreign Relations III, p. 545 ff.; Niles' Reg. II p. 19 ff.

den extremsten Föderalisten kein Entgegenkommen erwarten.[1]) Daraus geht aber noch nicht hervor, daß er dieselbe Aufnahme erfahren haben würde, wenn die Administrationspartei, wie es bis zum Februar den Anschein gehabt, nicht nachgegeben hätte. Einer der ausgezeichnetsten Söhne, deren Massachusetts sich zu rühmen hat, war der Ansicht, daß Henry Anhaltspunkte genug für seine Operationen gefunden haben würde, wenn man bei der bisherigen Politik geblieben wäre. John Quincy Adams sprach schon im November 1808 die Furcht aus, daß dieses zu einem Bürgerkriege führen könnte.[2]) Später behauptete er sogar, „unanfechtbare Beweise" dafür zu haben, daß planmäßig auf die Auflösung der Union hingearbeitet worden sei. Seiner Ansicht nach würde Neu England sich unzweifelhaft der Hülfe Groß Britanniens vergewissert haben, wenn die Administration durch einen Versuch, den Widerstand gegen das Embargo mit Gewalt zu brechen, den Bürgerkrieg unvermeidlich gemacht hätte[3].)

---

[1]) Siehe Henry's Briefe vom 5. und 25. Mai.

[2]) Between the embargo and the non-intercourse system, under my present state of information, I should strongly incline to the last. It would indeed incur a new hazard of eventual war abroad, but I think it would remove the risk of war at home for the present." 17. Nov. 1808. Niles' Reg. XXXV p. 220. Vrgl. auch die Briefe von Desaussure (7. Dez. 1808 und 21. Jan. 1809) und von Crafts (30. Jan. 1809) an Quincy. Life of Quincy pp. 189—192.

[3]) In einem von Adams autorisirten Artikel des National Intelligencer vom 21. Okt. 1828 heißt es: „A separation of the union was openly stimulated in the public prints, and a convention of delegates of the New England states, to meet at New Haven, was intended and proposed . . . He (Adams) urged that a continuance of the embargo much longer would certainly be met by forcible resistance, supported by the legislature, and probably by the judiciary of the state. That to quell that resistance, if force should be resorted to by the government, it would produce a civil war; and that in that event, he had no doubt the leaders of the party would secure the cooperation with them of Great Britain. That their object was, and had been for several years, a dissolution of the union, and the establishment of a separate confederation, he knew from unequivocal evidence, although not proveable in a court of law; and that, in a case of a civil war, the aid of Great Britain to effect that purpose would be as surely resorted to, as it would be indispensably necessary to the design." Niles' Reg. XXXV p. 138. — Story schreibt den 4. Jan. 1809: „If I may judge from the letters I have seen from the various districts of Massachusetts, it is a prevalent opinion there — and, in truth, many friends from the New England States write us — that there is great danger of resistance to the laws, and great probability that the Essex Junto have resolved to attempt a sepeation of the Eastern States from the

Die Föderalisten, auf die vornehmlich der Verdacht fallen mußte, erklärten Adams' „Enthüllungen" für böswillige Verläumdungen, die jeder thatsächlichen Begründung ermangelten. Wie weit Adams' Korrespondenz und Werke, deren Veröffentlichung in Aussicht genommen worden ist, „Beweise" für seine Behauptung enthalten werden, entzieht sich jeder Vermuthung. Der Kläger und die Beklagten waren Ehrenmänner, deren Wort gleich großes Gewicht hat, selbstverständlich fällt aber jenem die Last des Beweises zu. So lange derselbe schuldig bleibt, erfordert außerdem die Billigkeit, daß die besondere Lage, in der Adams sich zur Zeit befand, für die Angeklagten geltend gemacht wird. Adams hatte sich gerade von den Föderalisten losgesagt und war ein eifriger Unterstützer der wesentlichsten Punkte der Administrationspolitik geworden, wenn er auch gleich nicht förmlich und vollständig in's republikanische Lager übergegangen war. Das Odium, welches er dadurch auf sich lud, mochte ihn wohl so weit beeinflussen, daß er mehr zu sehen glaubte, als wirklich zu sehen war. Diese Annahme gewinnt dadurch noch an Wahrscheinlichkeit, daß er nicht frei von dem krankhaften Mißtrauen und der daraus hervorgehenden Leichtgläubigkeit war, die so hervorstechende Züge in dem Charakter des Vaters bildeten. Andererseits gibt aber auch sein ganzes politisches Leben ausreichende Bürgschaft dafür, daß er die Anklage nicht erhoben haben würde, wenn er nicht vollkommen von ihrer Berechtigung überzeugt gewesen wäre, und er befand sich in der Lage, eingehende und verlässige Informationen zu erhalten. Der endgiltige geschichtliche Spruch muß daher noch suspendirt bleiben. Auf die wichtigere Frage aber, wie viel Aussicht auf Erfolg muthmaßlich der Plan Craig's und Henry's gehabt hätte, wenn sich die herrschende Partei nicht zu einem theilweisen Einlenken verstanden, gibt die Geschichte der folgenden Jahre eine genügende Antwort.

Eines der hauptsächlichsten Argumente, mit dem die Administrationspartei von Anfang an das Embargo vertheidigt hatte, war die Behauptung, daß die Wahl nur zwischen dem Embargo und einem Kriege läge und ein Krieg so lange als irgend thunlich vermieden werden müsse.[1]) Die „Ultra-Föderalisten" geißelten diesen Standpunkt als

---

Union; and if the embargo continues, that their plan may receive support from our yeomanry." Life and Letters of J. Story I p. 174. Vergl. auch ibid. p. 182.

[1]) „If we had put the question to every man in the nation, the head of a family, whether we should go to war or lay an embargo, (the only choice we

impotente Feigheit. Im Winter 1805/6 hatten die bedeutendsten Handelsstädte der nördlichen und mittleren Staaten Denkschriften an den Kongreß gesandt, in denen sie ihn zur nachdrücklichen Verfechtung der völkerrechtlichen Neutralitätsgesetze im Interesse des amerikanischen Handels ermahnten. Die Memoriale waren durchweg in sehr entschiedenem Tone abgefaßt und zum Theil wurde selbst ein Krieg als vielleicht „nothwendig" zur Wahrung der Ehre und Rechte des Landes bezeichnet.[1]) Später mußte sich die Administrationspartei selbst sagen lassen, daß es nicht möglich sei, sie in einen Krieg zu „fußtritten" (to kick). Je mehr aber der Schaden fühlbar wurde, den der Handel durch die Verletzung der Neutralitätsgesetze und durch die unvernünftige Politik der Administration erlitt, desto mehr wurde der kriegerische Ton der Föderalisten herabgestimmt. Zuerst bestritten sie, daß die Wahl wirklich nur zwischen „Unterwerfung, Embargo und Krieg" liege; dann warfen sie der Majorität vor, daß sie mit ihrer kriegsscheuen Politik den Krieg unvermeidlich mache und dabei nicht begreife, daß, wenn einmal Krieg geführt werden solle oder müsse, dieses besser geschehe, bevor die Kräfte des Landes durch das Embargo lahm gelegt worden; und endlich gaben sie unbedingte Opposition gegen einen Krieg mit England als Losungswort in dem Kampf gegen die Republikaner aus.

Die Administrationspartei machte gleichzeitig eine noch radikalere Schwenkung nach der entgegengesetzten Richtung. Der bestimmende Einfluß wurde dabei von den extremen Republikanern des Südens und den Vertretern der jungen westlichen Staaten ausgeübt. Williams von South Carolina meinte noch im Dezember 1808, daß durch einen Krieg Nichts gewonnen und Alles verloren werden könne.[2]) Und noch war das Embargo nicht aufgehoben, so erklärte er sich „erfreut über die durch Jackson's Antrag gebotene Gelegenheit, sein Votum für Krieg abzugeben."[3]) Ein Jahr später gab Clay, der trotz seiner Jugend bereits eine gewichtige Stimme hatte, eine ebenso offenherzige Erklärung im Senate ab. In der überschwänglichen Redeweise der Jugend und

had) nineteen out of twenty would have voted for an embargo." Williams von South Carolina, 9. Dez. 1808 im Repräsentantenhause. Deb. of Congr. IV p. 76. Siehe auch ebendas. pp. 13, 14, 41, 57, 78.

[1]) Siehe Auszüge aus einer Anzahl dieser Denkschriften in Niles' Reg. VII pp. 327—329.

[2]) „The people have nothing to gain by war, nothing by bloodshed; but they have every thing to lose." Deb. of Congr. IV p. 76.

[3]) Hildreth, Hist. of the U. St. VI p. 136.

in ächt amerikanischer Selbstbewunderung wies er dabei schon jetzt ganz unverhohlen darauf hin, daß man im Falle eines Krieges nicht nur an eine Vertheidigung der Rechte des Landes denken dürfe, sondern die Eroberung von Canada in's Auge zu fassen habe.[1])

Im nächsten Jahre wurde Clay Mitglied des Repräsentantenhauses und wurde zum Sprecher gewählt. Den unverhältnißmäßigen Einfluß, den dieser auszuüben vermag[2]), benutzte er mit meisterhaftem Geschicke und imponirender Rücksichtslosigkeit zur Verwirklichung des in der obigen Rede angedeuteten Programmes. Calhoun, der zum ersten Male in den Kongreß gewählt worden war, ernannte er an zweiter Stelle in den wichtigen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und er (Calhoun) wurde bald das thatsächliche Haupt desselben. Noch war der erste Monat der Session nicht verflossen, so hatten die beiden jugendlichen Heißsporne es bereits dahin gebracht, daß sie als festen Beschluß proklamiren durften, was Clay ungefähr anderthalb Jahre früher als eventuellen Wunsch ausgesprochen hatte. Den 29. Nov. 1811 stattete der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten Bericht ab und legte dem Hause eine Reihe von Resolutionen vor.[3]) Der Bericht erklärte, daß „Geduld aufgehört habe, eine Tugend zu sein . . die Zeit gekommen sei, da nach Ansicht des Ausschusses der Kongreß die heilige Pflicht habe, den Patriotismus und die Hülfsquellen des Landes auf-

---

[1]) „Your whole circle of commercial restrictions . . . presented resistance — the peaceful resistance of the law. When this is abandoned without effect, I am for resistance by the sword . . . It is said, however, that no object is attainable by war with Great Britain. In its fortunes we are to estimate not only the benefit to be derived to ourselves, but the injury to be done the enemy. The conquest of Canada is in your power. I trust I shall not be deemed presemptuous when I state that I verily believe that the militia of Kentucky are alone competent to place Montreal and Upper Canada at your feet . . Is there no danger that we shall become enervated by the spirit of avarice unfortunately so predominant? . . . A certain portion of military ardor (and that is what I desire) is essential to the protection of the country . . . We shall want the presence and living example of a new race of heroes to supply their (der Helden des Revolutionskrieges) places and to animate us to preserve what they have achieved.“ Deb. of Congr. IV pp. 177, 178. — Der Plan spukte jedoch schon ein Jahr früher in den Köpfen der jungen Politiker. Siehe Quincy's Rede vom 19. Jan. 1809, Life of Quincy p. 176. Vrgl. auch ebendas. p. 203.

[2]) Man hat den Sprecher des Hauses mit Recht die zweite Persönlichkeit der Republik genannt.

[3]) Niles' Reg. I pp. 252—254.

zubieten." Die Resolutionen forderten u. A. eine Vermehrung der regulären Armee um 10,000 Mann und die Autorisirung für den Präsidenten, Freiwillige bis zu 50,000 Mann unter die Waffen zu rufen. Randolph meinte in der Debatte über den Bericht, die Frage liege zwischen Frieden oder Krieg, und zwar Eroberungskrieg gegen England.[1]) Wright von Maryland behauptete dagegen, von Frieden sei nicht mehr die Rede; man habe nur noch die Wahl zwischen Unterwerfung oder Krieg.[2]) Der Ausschuß selbst ließ keinen Zweifel darüber, was er mit den Resolutionen bezwecke. Calhoun gab die bestimmte Erklärung ab, daß sie nur einen Sinn hätten, wenn man die in ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen als Vorbereitung für den Krieg ansehe[3]); der Krieg könne nur deswegen nicht sogleich erklärt werden, weil man noch nicht vorbereitet sei.[4]) — Das Haus nahm die angeführten beiden Resolutionen mit 110 gegen 22, resp. mit 113 gegen 16 Stimmen an.[5]) Mit überwältigender Majorität beschloß es also, daß der Krieg begonnen werden solle, sobald die nöthigen Vorbereitungen getroffen seien, denn das ist die legitime Bedeutung, die nach den Erklärungen Calhoun's dem Votum gegeben werden muß.

Randolph hatte in seiner großen Rede vom 10. Dezember gesagt, der Ausschuß sei über den Präsidenten hinausgegangen. Madison war in der That sehr weit davon entfernt, die Situation zu beherrschen. Von Natur mit einem viel schärferen staatsmännischen Blicke begabt und weit sittlicher angelegt als Jefferson, wurde er doch zum bildsamen Thone in dessen Händen, als die republikanische Partei bleibend die Oberhand in Virginia erhielt. Seine eminente Gabe der Ueberredung, die ihn zum unschätzbaren Bundesgenossen machte, wurde ihm selbst verderblich. Wo sich seinem Ehrgeize Klippen in den Weg stellten, deren Umgehung sein sittliches Gefühl ihm verboten haben würde, da wurde sein eigenes Urtheil von einer ebenso schneidigen als einschmeichelnden Dialektik bestochen. Den Anstoß dazu erhielt er stets

---

1) Deb. of Congr. IV pp. 436, 438.

2) Ibid. IV p. 445.

3) „I certainly understood that the committee recommended the measures now before the House as a preparation for war; and such, in fact, was its express resolve, agreed to, I believe, by every member, except that gentleman (Randolph) . . . Indeed, the Report could mean nothing but war or empty menace." Calhoun's Works II p. 2.

4) „He (Randolph) asked, why not declare war immediately? The answer is obvious: because we are not yet prepared." Ibid. II p. 13.

5) Deb. of Congr. VI p. 465.

von Anderen. Ihm ging die Selbstständigkeit und Energie des Willens ab, die unbedingte Requisite eines großen politischen Führers sind. Er blieb darum immer nur ein politischer Sachwalter von außerordentlicher Befähigung, aber erhob sich nie zur Höhe des Staatsmannes. Das waren Eigenschaften, die ihn vorzüglich geeignet machten, die rechte Hand seines Vorgängers in der Präsidentschaft abzugeben. Als er dann aber selbst an die Spitze des Staates gestellt wurde, da fand er sich in ein furchtbares Netz verstrickt, dessen Maschen er selbst auf Geheiß des Meisters mit geschäftigen Händen geknüpft. Sie mit rascher Entschlossenheit zu zerreißen, dazu war er nicht der Mann. Und seine Theilhaberschaft an dem verderblichen Werke war so groß, daß er nicht einsah, daß eine Lösung der Maschen nur Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn die Arbeit ohne Verzug mit fester Hand und nach wohl überlegtem Plane begonnen werde. Allein auch wenn er es eingesehen hätte, würde er sich schwerlich dazu entschlossen haben, denn er hätte damit nicht nur über Jefferson, sondern auch über sich selbst das Urtheil gesprochen. Außerdem erlangte jetzt, da bei ihm die Entscheidung stand, seine wahre Natur wieder die Oberhand. Maßvoll in seinem Denken und Urtheilen war er seit jeher vorsichtig tastend einen Mittelweg gegangen, wo er lediglich seinen Neigungen und seinem eigenen Ermessen gefolgt war. Unter dem Druck der Verantwortlichkeit wurde jetzt diese anerkennenswerthe Mäßigung zur ängstlichen Unsicherheit. Das Positive in dem von Jefferson ererbten Programme zerbröckelte ihm mit jedem Tage mehr wie zusammengebackener Sand in den Händen. Die Verhältnisse forderten immer gebieterischer eine entschiedene Initiative, und dem Manne, der sie zunächst zu ergreifen hatte, fehlten nicht nur die nöthigen Charaktereigenschaften dazu, sondern sein ganzes Programm wurde, gleich dem der Opposition, immer mehr ein lediglich negatives.[1])

In solchen Lagen gehört in einem Volksstaate Denjenigen das Feld, die den Muth zu einem Entschluß und zur Aktion haben. Die homines novi im Kongreß hatten den Muth und darum wurde Madison ihr Werkzeug. Ihr unbefriedigter Ehrgeiz meinte in einem Kriege in reicher Fülle die Lorbeeren pflücken zu können, für die der Kampf um die inneren Fragen in nächster Zukunft wenig Aussicht zu bieten schien, weil die Demokraten[2]) ein erdrückendes Uebergewicht hatten.

---

[1]) Vrgl. Quincy's Urtheil, Life of Quincy p. 204.

[2]) Die Namen Republikaner und Demokraten wurden längere Zeit promiscue gebraucht. Von dem 9. Kongreß ab begann die letztere Bezeichnung immer mehr die erstere zu verdrängen.

Daß seit Jahren genügende Veranlassung zu einem Kriege vorlag, läßt sich nicht bestreiten, aber trotzdem war er das Werk einer kleinen ehrgeizigen Fraktion im Kongresse. Das Land wurde in ihn hineingezerrt, obwohl die Oppositionspartei ihn in einem Maße und in einer Weise verdammte, die die Furcht vor gewaltsamem Widerstande und Verrath erweckten; obwohl der Träger der Exekutivgewalt und das Haupt der herrschenden Partei ihn nicht wollte, und obwohl nur eine geringe Minorität ihn wirklich für unvermeidlich hielt und ihn mit ungekünsteltem Enthusiasmus verlangte. Es ist dieses ein merkwürdiges Beispiel dafür, wie wenig unter Umständen auch bei den Völkern, die sich gesetzlich der unbeschränktesten Selbstregierung erfreuen, in Wahrheit Selbstregierung Statt hat, wie sehr die Thatsachen oft den Satz von der Herrschaft der Majorität in Republiken Lügen strafen.

Im Kongresse gelangte die Kriegspartei zur Herrschaft, weil Eitelkeit und Parteiinteresse der Majorität verboten, ihre früheren Fehler zu bekennen. Mit den Handelsbeschränkungen war es in allen möglichen Formen versucht worden und man hatte mit ihnen nur eine empfindliche Schädigung der eigenen Interessen erzielt.[1]) Wollte man nicht zugeben, daß der Gedanke, der ihnen zu Grunde gelegen, falsch war, so mußte man an dem Satze festhalten, daß man nur die Wahl zwischen ihnen und Krieg gehabt habe und Politik und Moral die Entscheidung für das kleinere Uebel gefordert hätten, so lange dadurch noch die Erreichung des angestrebten Zieles möglich erschienen. Daraus

[1]) Es ist früher gesagt worden, daß die Pflanzer am wenigsten unter dem Embargo zu leiden hatten. Es liegt jedoch auf der Hand, daß die dort angeführten Gründe nur eine kurze Zeit die angegebene Wirkung haben konnten. Als sich die Handelsbeschränkungen auf Jahre ausdehnten, waren die kapitalarmen und industrielosen Pflanzerstaaten, die selbst den größeren Theil ihres Bedarfes an Lebensmitteln vom Westen beziehen mußten, mit am schlimmsten daran. Randolph sagt in seiner Rede vom 10. Dez. 1811: „By a series of most impolitic and ruinous measures, utterly incomprehensible to every rational, sober-minded man, the Southern planters, by their own votes, had succeeded in knocking down the price of cotton to seven cents and of tobacco (a few choice crops excepted) to nothing — and in raising the price of blankets, coarse woollens, and every article of first necessity, three or four hundred percent.“ Deb. of Congr. IV p. 438. Th. Pinckney von South Carolina schrieb schon den 25. Mai 1808: „We are here smarting under the effect of the Embargo.“ Quincy, Life of J. Quincy p. 140. Quincy schreibt am 8. Nov. 1808 in seinem Tagebuche: „In the evening Lewis of Virginia called on us. He represented the sufferings of that State under the Embargo as extreme“; und am 16. Nov.: Conversation with J. Randolph. He said the Embargo was ruining Virginia“ ibid. p. 143.

folgte dann unmittelbar, daß der Krieg jetzt nicht nur für gerechtfertigt, sondern auch für nothwendig erklärt werden mußte.

Auf Madison lastete derselbe Druck der logischen Konsequenzen aus selbstgeschaffenen Praemissen. Ihm gegenüber konnten die Kriegsenthusiasten aber noch ein anderes Moment geltend machen und das gab den Ausschlag. Die Präsidentenwahl stand vor der Thür und die Kriegspartei machte unbedingte Annahme ihrer Politik zur Conditio sine qua non seiner Renomination.[1]) Daß die Drohung wahr gemacht werden würde, mußte als gewiß angesehen werden, denn Monroe und Clinton waren gleich bereit, die Nomination aus den Händen der Kriegspartei anzunehmen und diese konnten mithin nicht in Verlegenheit kommen. Madison war nicht ein so sittlich fester Charakter, daß seine Ueberzeugung einer solchen Versuchung Stand gehalten hätte. Er fiel dem Präsidentenfieber zum Opfer wie Andere vor ihm und wie die größten politischen Talente nach ihm. Clay und Calhoun, die ihn vornehmlich zu dem auf Kosten des Landes geschlossenen Handel vermochten, verzehrten sich später an dieser unheilbaren Krankheit.

Madison wurde Schritt vor Schritt weiter gedrängt. Zunächst wurde ihm eine vertrauliche Botschaft abgenöthigt, die ein neues Embargo auf 60 Tage empfahl.[2]) Grundy von Tennessee erwiderte auf Anfrage im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, daß es als unmittelbarer Vorläufer des Krieges anzusehen sei.[3]) Clay und Smilie schlossen sich dieser Ansicht an und sprachen ihre lebhafte Befriedigung darüber aus, daß man so weit gekommen sei[4]).

---

[1]) Die Thatsache war so offenkundig, daß im Kongreß ihrer in direktester Weise Erwähnung gethan wurde. Quincy sagte am 5. Jan. 1813 im Repräsentantenhause: „The great mistake of all those, who reasoned concerning the war and the invasion of Canada, and concluded that it was impossible that either should be seriously intended, resulted from this that they never took into consideration the connection of both those events with the great election for the Chief magistracy which was then pending. It never was sufficiently considered by them, that plunging into war with Great Britain was among the conditions on which the support for the Presidency was made dependent.“ Deb. of Congr. IV. pp. 629, 630.

[2]) 1. Apr. 1812. Statesm.'s Man. I 292.

[3]) „Mr. Grundy said . . . that he understands it as a war measure, and it is meant that it shall lead directly to it; that with any other view there was no propriety in it; as a peace measure he had no idea that the President would have recommended it, nor would the committee have agreed to it.“ Deb. of Congr. IV p. 544.

[4]) Ibid. IV. pp. 545, 546.

Randolph hatte darauf hingewiesen, daß in Wahrheit das Embargo nicht von Madison ausgehe.[1]) Calhoun und Grundy bestritten zwar seine Angaben, aber es war ihre wohlberechnete Politik, den Präsidenten zum Sprachrohr zu machen, durch welches sie ihre Entschließungen verkündeten. Madison hatte schon seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, eine Kriegserklärung zu unterzeichnen. Das genügte der Kriegspartei aber nicht. Er sollte sich ihr nicht nur fügen, sondern sich vollständig mit ihr identifiziren. Es wurde ihm mitgetheilt, daß er entweder auf ihre Unterstützung zu verzichten habe oder selbst den Kongreß zur Kriegserklärung auffordern müsse. Er unterwarf sich und sandte dem Kongreß abermals eine vertrauliche Botschaft, die in eingehender Weise die erfahrene Unbill erörterte. England, erklärte er, befände sich bereits im Kriegszustande gegen die Vereinigten Staaten und dem Kongresse liege es jetzt ob, darüber zu entscheiden, ob der Gewalt mit Gewalt begegnet werden solle.[2])

Der Triumph der Kriegspartei war damit thatsächlich entschieden, aber trotzdem verfolgte sie ihren Sieg mit solchem Ungestüm, als fühle sie sich nicht vollkommen sicher, so lange sie nicht nur mit der vollendeten Thatsache zu rechnen habe. Schon am 3. Juni stattete Calhoun im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten dem Hause Bericht über die Botschaft ab und empfahl „sofortige Appellation an die Waffen."[3]) Gleichzeitig beantragte er die förmliche Kriegserklärung gegen Groß Britannien und bereits den folgenden Tag wurde sie mit 79 gegen 49 Stimmen in dritter Lesung passirt.[4])

---

[1]) Ibid. IV p. 546.

[2]) „We behold, in fine, on the side of Great Britain, a state of war against the United States; and on the side of the United States, a state of peace toward Great Britain.

„Whether the United States shall continue passive under the progressive usurpations and these accumulating wrongs, or opposing force to force in defence of their national rights, shall commit a just cause into the hands of the Almighty Disposer of events . . . is a solemn question which the constitution wisely confides to the legislative department of the government. In recommending it to their early deliberations, I am happy in the assurance that the decision will be worthy the enlightened and patriotic councils of a virtuous, free and a powerful nation." State Papers VIII p. 132; Statesm.'s Man. I pp. 297, 298.

[3]) Deb. of Congr. IV pp. 554—558.

[4]) Ibid. IV p. 559. Die Kriegserklärung erhielt also nur eine Majorität von 30 Stimmen, obwohl die demokratische Majorität im vollen Hause (142 Mitglieder) 70 betrug.

Der Senat zeigte nicht den gleichen Feuereifer. Jetzt, da die letzte Brücke abgebrochen werden sollte, begann ein Theil der Demokraten so stark zu schwanken, daß der Antrag Gregg's von Pennsylvania, die Kriegserklärungs-Bill des Hauses an den betreffenden Ausschuß zurück zu verweisen, am 11. Juni mit 17 gegen 13 Stimmen angenommen wurde.[1]) Erst am 17. Juni gaben so viele von den widerwilligen Demokraten nach, daß die Bill in amendirter Form mit 19 gegen 13 Stimmen in dritter Lesung passirt werden konnte.[2]) Den folgenden Tag stimmte das Haus den Amendements zu.

Die Majorität hatte wiederholt anerkannt, daß die Föderalisten sich während der ganzen Session dieses Kongresses einer durchaus würdigen Weise in ihrer Opposition befleißigt hätten. Die Kriegspartei vergalt das durch den rücksichtslosesten Gebrauch ihrer Gewalt. Die Verhandlungen im Hause wurden in einer Weise geführt, die mehr an ein Konklave von Tyrannen als an die gesetzgebende Körperschaft eines freien Volkes erinnerte. Seit dem Beginn der neuen Zwistigkeiten mit England wurden dem Kongreß wiederholt von der Exekutivgewalt die wichtigsten Aktenstücke vorenthalten und die Minorität mußte sich noch glücklich schätzen, wenn ihr Verlangen nach den „unterdrückten Dokumenten" wenigstens mit Wahrung des äußeren Anstandes abgewiesen wurde. Und die Majorität des Volkes sprach Ja und Amen dazu, daß sie mit verbundenen Augen aus einer Thorheit in die andere und schließlich in den Krieg hineingestoßen wurde. Die hochtönenden Lobgesänge auf „Freiheit", „Volk", „Selbstregierung" u. s. w. machten sie völlig blind gegen das unwürdige Spiel, das ihre Mandatare mit ihr spielten. Der Satz von der Nothwendigkeit der Majoritätsherrschaft wurde auf die äußerste Spitze getrieben, und der nicht minder wahre Satz, daß die gewissenhafte Beobachtung der Rechte der Minorität die Vorbedingung einer vernünftigen Republik ist, wurde vergessen, ja, kaum überhaupt noch begriffen. Gerade in den wichtigsten Fragen wurde der Opposition weder die Zeit gelassen, ihre Ansichten

---

[1]) Ibid. IV p. 416.

[2]) Sechs Demokraten stimmten bis zuletzt mit den Föderalisten. Bayard erklärte am 16. Juni: „When the bill before us was first brought up from the other House, it was the opinion of very few that it would obtain the support of a majority of this body; and, even now, it was likely to pass, not because it was approved by a majority, but of the differences of opinion which existed among gentlemen as to other courses which had been proposed." Deb. of Congr. IV p. 419.

gehörig zu entwickeln, noch ihr Gelegenheit geboten, sie rechtzeitig vor das Volk zu bringen. Schon die Debatte über das Embargo, das Madison am 1. April 1812 empfahl, wurde bei geschlossenen Thüren geführt und die Kriegspartei wollte nach der Berichterstattung des Ausschusses seine Annahme an einem Tage durchsetzen. Nelson verlangte Zeit zur Ueberlegung. Quincy ersuchte das Haus, nur noch einen zweiten Tag für die Debatte zu bewilligen, damit er Theil an derselben nehmen könnte. Widgery antwortete, die Verantwortlichkeit liege ja auf der Majorität, und Quincy's Antrag wurde mit 57 gegen 54 Stimmen abgelehnt.[1]) Ebenso verfuhr man in der Debatte über die Kriegserklärung selbst. Randolph's Antrag, die Thüren zu öffnen, wurde mit 77 gegen 45 Stimmen verworfen. Den folgenden Tag erneuerte Milnor den Antrag, aber er hatte dasselbe Geschick. Als dann die dritte Lesung der Bill beschlossen worden, forderte Stow die Vertagung derselben auf den nächsten Tag. Auch dieser Antrag erhielt nur 48 Ja gegen 78 Nein.[2])

In dieser Weise wurde dem Volke die Ueberraschung bereitet, am 18. Juni zu vernehmen, daß es sich im Kriege mit der größten Seemacht der Welt befände. Man bemühte sich nicht, eine andere Rechtfertigung dafür zu finden, als die in dem naiven Worte Widgery's enthaltene.

Vierundreißig Abgeordnete der Minorität veröffentlichten in der Form einer Adresse an ihre Konstituenten einen entschiedenen Protest sowohl gegen den Krieg als gegen die Art und Weise, in der die Kriegserklärung zu Stande gebracht worden war.[3]) Sie hätten keinen Theil an dem Unheile, das daraus erwachsen würde. Als ihnen die öffentliche Debatte verweigert worden, hätten sie sich überhaupt der Diskussion enthalten, da dieselbe nutzlos gewesen wäre und sie in keiner Weise einem „so flagranten Mißbrauche der Gewalt zu einer zu folgernden Giltigkeit" hätten verhelfen wollen.

Die Erörterung der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges, die in dieser Adresse wie in fast allen Reden eingehend abgehandelt wurde, liegt außerhalb der Grenzen dieses Buches. Nur ein Punkt des Protestes muß hervorgehoben werden, weil er in wenige Worte das zusammengefaßt, was den Krieg von 1812 für die Verfassungsgeschichte

---

[1]) Ibid. IV p. 547.
[2]) Ibid. IV pp. 558, 559.
[3]) Niles' Reg. II pp. 309—315.

der Vereinigten Staaten und zum Theil auch für die Geschichte der amerikanischen Demokratie von Bedeutung werden ließ.

Die Protestanten weisen darauf hin, daß den Vereinigten Staaten jeder Krieg wegen der Natur des Bundes ganz besondere Gefahren mit sich bringe. Das „moralische Band", „welches die mächtigen und unabhängigen Souveränetäten" verbinde, hätte nicht der Probe einer solchen Spannung unterworfen werden sollen, so lange die neuen Institutionen nicht mehr gereift. In diesem Falle sei es doppelt thöricht gewesen, es zu thun, weil das Volk in Folge der gewichtigsten „politischen und moralischen Einwände" von Anfang an getheilt in den Krieg trete.[1])

Der letztgenannte Grund wurde von den Protestanten als der von dem größten Belang bezeichnet. Die Präsidentenwahl verlieh diesem Worte besonderen Nachdruck. Der Krieg war die entscheidende Frage in dem Wahlkampfe und das Resultat zeigte wieder die geographische Scheidung der Parteien schärfer als seit Jahren. Mit Ausnahme von Vermont gaben alle Neu England Staaten, New York, New Jersey und Delaware ihr ganzes Elektoralvotum De Witt Clinton. Maryland war getheilt und Pennsylvania ging mit den westlichen und den eigentlichen südlichen Staaten, deren Votum einstimmig auf Madison fiel.

Allein, wenn auch die „Theilung" nicht in so hohem Grade einen sektionellen Charakter getragen hätte, so wäre doch immer ein Moment von der größten Bedeutung geblieben. Nur die Jugend der Führer der Kriegspartei vermag zu erklären, daß es mehr als Sporn denn als Dämpfer auf ihren blinden Kriegseifer einwirkte. Nicht erst

[1]) „In addition to the many moral and prudential considerations, which should deter thoughtful men from hastening into the perils of such a war, there were some peculiar to the United States, resulting from the texture of the government, in no small degree experimental, composed of powerful and independent sovereignties associated in relations, some of which are critical, as well as novel; should not be hastily precipitated into situations calculated to put to trial, the strength of the moral bond, by which they are united. Of all states, that of war is most likely to call into activity the passions, which are hostile and dangerous to such a form of government. Time is yet important to our country to settle and mature its recent institutions. Above all, it appeared to the undersigned from signs not to be mistaken, that if we entered upon this war, we did it as a divided people; not only from a sense of the inadequacy of our means to success, but from moral and political objections of great weight and very general influence."

Webster war es vorbehalten, ihnen, nachdem sie sich schon anderthalb Jahre mit dem tolldreisten Experimente abquälten, die einleuchtende Wahrheit vorzuhalten, daß in einem Volksstaate, und namentlich in einem Volksstaate von so eigenthümlicher Konstruktion, ein Parteikrieg von solchen Dimensionen nicht erfolgreich geführt werden könne.[1]) Schon ein halbes Jahr vor der Kriegserklärung war es aus ihrer eigenen Mitte, und zwar von sehr gewichtiger Seite her, mit Emphase ausgesprochen worden, daß nur durch einen wahrhaften Nationalkrieg der Zweck erreicht werden könne, für den man stritte.[2])

Daß der Krieg anfänglich scharf ausgeprägt den Charakter eines bloßen Parteikrieges trug, war eine so offenbare Thatsache, daß selbst die dreistesten Raisonneurs der Kriegspartei es nicht zu leugnen wagten. Damit war freilich durchaus noch nicht festgestellt, daß er nicht zu einem Nationalkriege werden würde, aber die Hoffnung, daß dieses geschehen würde, stützte sich lediglich auf den alten Erfahrungssatz, daß in einem Kriege das Nationalgefühl in der Regel alle anderen Rücksichten zum Schweigen bringt. Die Kriegspartei hatte mit solcher Bestimmtheit erwartet, daß dieses eintreten würde, daß sie die einfache Thatsache des Krieges für eine zwingende Verpflichtung erklärte, jede weitere Opposition in irgend welcher Form aufzugeben. Die Föderalisten und ihre demokratischen Bundesgenossen antworteten darauf, wenn es unpolitisch und unrecht gewesen, den Krieg zu beginnen, so könne es nicht politisch und gerecht sein, ihn fortzuführen, nur weil er einmal begonnen worden. Daß sie zum Unglück des Landes die Kriegserklärung nicht hätten verhindern können, verpflichte sie nun nicht, zur

---

[1]) „The truth is, sir, that party support is not the kind of support necessary to sustain the country through a long, expensive, and bloody contest; and this should have been considered before the war was declared. The cause, to be successfull, must be upheld by other sentiments, and higher motives. It must draw to itself the sober approbation of the great mass of the people. It must enlist, not their temporary or party feelings, but their steady patriotism, and their constant zeal. Unlike the old nations of Europe, there are in this country no dregs of population, fit only to supply the constant waste of war, and out of which an army can be raised, for hire at any time, and for any purpose. Armies of any magnitude can here be nothing but the people embodied — and if the object be one for which the people will not embody, there can be no armies.“ Deb. of Congr. V p. 139.

[2]) Macon von North Carolina sagte: „And here, sir, permit me to say, that I hope this is to be no party war, but a national war . . . Such a war, if war we shall have, can alone, in my judgement, obtain the end for which we mean to contend, without any disgrace.“ Ibid. IV p. 452.

unendlichen Vergrößerung dieses Unglücks die Hand zu bieten. Als Menschen wie als Bürger müßten sie alle gesetzlichen Mittel aufbieten, dem ihrer Ansicht nach frevlen Treiben so bald als möglich ein Ziel zu setzen. — Die Kriegspartei pochte dagegen auf die engagirte Ehre des Landes und schalt jene Ansichten „moralischen Hochverrath".

Vom absoluten Standpunkte ließ sich viel für beide Ansichten sagen, aber nur der politische Philosoph und nicht der praktische Staatsmann darf solche Fragen vom absoluten Standpunkte beurtheilen. Darin hatte es die Kriegspartei versehen. Webster wies ihr in meisterhafter Rede nach, daß die gegebenen Verhältnisse die Wandelung dieses Parteikrieges in einen Nationalkrieg wesentlich erschwerten, und daß sie außerdem Alles dazu gethan hätte und noch dazu thäte, sie unmöglich zu machen. Ihr Grundfehler sei gewesen, daß sie die ganze Sache nur als Rechtsfrage behandelt hätte. Wohl hätte auf dem Papiere nachgewiesen werden müssen, daß zureichende Ursachen für eine Kriegserklärung vorlägen, aber das sei nicht genügend gewesen; auch ihre Klugheit und Zweckmäßigkeit hätte dargethan werden müssen. Die Stärke dieser Regierung beruhe auf der einheitlichen Ueberzeugung des Volkes und eine vernünftige Regierung hätte daher nicht einen so wichtigen Schritt ohne Rücksicht darauf gethan, ob eine solche einheitliche Ueberzeugung Statt habe. Namentlich hätte die öffentliche Meinung derjenigen Staaten in Betracht gezogen werden müssen, deren Interessen vorgeblich in erster Reihe durch den Krieg gewahrt werden sollten. Auch damit wäre aber noch nicht das Nöthige geschehen gewesen. „Die Natur und Struktur der Regierung; die allgemeinen Gewohnheiten und Berufsarten der Bevölkerung; . . . die Verschiedenheit wichtiger lokaler Interessen" hätten in's Auge gefaßt werden müssen. Mit einem Worte, „Gründe allgemeiner Natur, die bis auf den Ursprung unserer Institutionen zurückgehen", hätten in Erwägung gezogen werden sollen. Eine Rechtfertigung des Krieges durch solche Gründe habe er nicht gehört.[1]) Wenn seine Vertheidiger — hatte er einige Tage früher gesagt — nachweisen können, daß es ein offenbar gerechter, unvermeidlicher, lediglich auf amerikanischen Gründen ruhender Krieg ist, „dann wird er seinen Charakter ändern. Dann wird er eben so energisch werden, als er jetzt schwach ist. Dann wird er die Sache des Volkes werden, und nicht mehr die Sache einer Partei bleiben."[2])

---

[1]) Deb. of Congr. V pp. 137, 138.
[2]) Curtis, Life of Webster I pp. 117, 118.

Dieses „Wenn" konnte nie zur Befriedigung der Föderalisten erfüllt werden, und damit war denn auch gesagt, daß sie den Krieg nie vollständig als einen nationalen betrachten würden. Die anderthalb Jahre, die seit seinem Beginne verflossen waren, hätten wohl auch hinreichend sein müssen, sie dahin zu führen, wenn das überhaupt geschehen konnte. Die Wahrscheinlichkeit dafür war um so geringer, weil die Momente, auf die so stark von der Kriegspartei gerechnet worden war, von Anfang an nicht wirkungslos geblieben waren. Selbst Monroe gestand schon im September 1812 zu, daß sowohl die Erfolge als die Niederlagen dazu gedient hätten, die Opposition der Kriegspartei näher zu bringen. Aber er blieb in dem Irrthum befangen, daß dieser Einfluß genügen würde, den Krieg nun bald zu einem nationalen zu machen.[1])

Dieser folgenschwere Irrthum der Kriegspartei hatte einen tiefliegenden Grund, der sowohl in dem erwähnten Protest der Minorität des Repräsentantenhauses als von Webster angedeutet worden war. Wo überhaupt ein lebendiges Nationalgefühl existirt, da wird es stets bei einer sehr überwiegenden Majorität des Volkes alle anderen Rücksichten in den Hintergrund drängen, wenn es sich in einem aus so triftigen Gründen wie in dem vorliegenden Falle begonnenen Kriege befindet, selbst wenn ein ansehnlicher Bruchtheil der Bevölkerung in Folge von Zweifeln über die Möglichkeit einer erfolgreichen Durchführung desselben und wegen besonderer Gefährdung bedeutender Spezialinteressen entschieden gegen die Kriegserklärung gewesen ist. Ein lebendiges Nationalgefühl kann sich aber selbstredend nur bei einem Volke finden,

---

[1]) Monroe an Clay, 12. Sept. 1812: „From the northern army we have nothing which inspires a confident hope of any brilliant success. The disaffection in that quarter has paralized every effort of the government, and rendered inoperative every law of Congress; I speak comparatively with what might have been expected. On the public mind, however, a salutary effect is produced even there, by the events which have occurred. Misfortune and success have alike diminished the influence of foreign attachments and party animosities, and contributed to draw the people closer together. The surrender of our army excited a general grief, and the naval victory a general joy. Inveterate Toryism itself was compelled, in both instances to disguise its character and hide its feelings, by appearing to sympathize with those of the nation. If Great Britain does not come forth soon and propose honorable conditions, I am convinced that the war will become a national one, and will terminate in the expulsion of her force and power from the continent." Private Corresp. of H. Clay. pp. 23, 24.

das im eigentlichen Sinne des Wortes eine Nation ist. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten war aber noch sehr weit davon entfernt, eine Nation in diesem Sinne zu sein, wenn sie gleich seit jeher einige wesentliche Vorbedingungen eines raschen nationalen Verwachsens in sich getragen hatte und obwohl dasselbe seit dem Revolutionskriege rasch fortgeschritten war. Die Kriegspartei hatte mit einem Nationalgefühle gerechnet, das jetzt nicht existirte, wenn auch der Krieg viel dazu beitragen mochte, es zu erzeugen. Das wirklich vorhandene Nationalgefühl war nicht einmal so stark, daß ihm allein oder auch nur vorzüglich die von Monroe zugegebene Annäherung der Opposition an die Majorität zu danken war. Das Pflichtbewußtsein und die Interessenerkenntniß, die in der politischen Zusammengehörigkeit der Staaten ruhten, wirkten viel stärker darauf hin.

Die Führer der Opposition erklärten von Anfang an in ausdrücklichen Worten, daß sie sich auf diesen Boden stellen würden. Sie waren loyal, aber sie wogen kalt prüfend mit großer Genauigkeit ab, wozu sie durch das Gesetz verpflichtet waren und weigerten sich bestimmt mehr zu thun.[1]) Schon im Januar 1812, in der Debatte über die

---

[1]) Neumann spricht in seiner „Geschichte der Vereinigten Staaten“ von dem „gesetzlosen Benehmen der Staaten Massachusetts und Connecticut“ (II p. 168), der „Niederträchtigkeit der feindlichen Föderalisten“ (II p. 176), und den „längst widerlegten Vorwürfen“ der föderalistischen Gegner der Administration.

Neumann hat kaum die aller oberflächlichste Kenntniß des amerikanischen Verfassungsrechtes und ohne eine gründliche Kenntniß desselben ist es einfach unmöglich, eine Geschichte der Vereinigten Staaten zu schreiben. Die Commentaries von Kent und Story, der Foederalist, Curtis' Entstehungsgeschichte der Verfassung, Whiting über die Kriegsbefugnisse und eine Schrift von Luther sind die einzigen auf die Verfassung bezüglichen Werke, die in dem dreibändigen Werke angeführt sind, die der Verfasser aber offenbar auch nicht einmal wirklich studirt hat. Selbst die Entscheidungen des Oberbundesgerichtes und die Opinions of the Attorneys general hat er gar nicht benutzt. Auch die übrigen recht zahlreichen Quellen, die der Autor benutzt hat, sind zum großen Theile nur sehr oberflächlich von ihm durchgearbeitet worden. Es läßt sich sonst nicht erklären, wie er so oft das Wichtigste von dem Inhalte der angeführten Aktenstücke hat übersehen oder vollständig mißverstehen können. Letzteres erklärt sich jedoch auch zum Theil daraus, daß er die Vereinigten Staaten nicht aus eigener Anschauung gekannt hat und seine idealistischen republikanischen Doktrinen der Ariadnefaden sind, an dem er das Labyrinth ihrer Geschichte durchwandert. Er hat eben nicht schlechthin ihre Geschichte schreiben wollen — „for worse, or for better“ — sondern, wie er selbst sagt, „ein Lehrbuch für alle anderen Nationen“ (Vorrede (III p. IX). Das Buch hat jedoch seine Verdienste. Namentlich hat es das eine Verdienst gehabt, in den dunkelsten Stunden der Republik mit einem wenn auch oft kritiklosen, so doch stets

Vermehrung der Marine, hatte Quincy erklärt, daß die Interessen der Staaten jedem amerikanischen Staatsmanne der „Leitstern" in der Beurtheilung jeder Frage von vitaler Bedeutung sein müßten. Das sei durch die „Souveränetät" der Staaten bedingt, „und die künstlichen Pergamentbande der Verfassung" müßten zu schwach befunden werden, sobald das Staateninteresse die Union nicht mehr zusammen halte.[1] Die Anti-Föderalisten hatten selbst in den Zeiten der größten Erregung während der Administrationen von Washington und Adams die staatenbundliche Natur der Union nicht schärfer betont. Quincy betrachtet es nicht nur als unbestrittene Thatsache, daß der Bund rechtlich nicht ein nationaler Staat ist. Seiner Ansicht nach ist es auch unbestreitbar, daß nicht ein Nationalgefühl und nicht nationale Interessen vorhanden sind, die in einem andauernden und tiefgreifenden Streite mit den Sonderinteressen einzelner Staaten obsiegen könnten.

Webster hob mehr die andere Seite der Frage hervor. Abgesehen von den allgemeinen politischen und moralischen Gründen konnte und

---

aufrichtigen Enthusiasmus ihre guten und gesunden Seiten zu preisen und aus tiefster Ueberzeugung zu predigen, daß ganz unzweifelhaft der auf freier Arbeit und auf freiheitlichen politischen Institutionen gegründete Norden den Sieg über den auf dem Privilegium in seiner unsittlichsten und kulturfeindlichsten Gestalt gegründeten Süden davontragen müsse. Als Geschichtswerk ist es jedoch meiner Ansicht nach von so geringem Werthe, daß ich nur ganz gelegentlich darauf Bezug nehme, um auf einige der gröbsten Fehler aufmerksam zu machen. Hier habe ich besonders darauf hinweisen wollen, daß man über verfassungsrechtliche Fragen nie bei ihm Belehrung suchen darf.

[1]) „I confess to you, Mr. Speaker, I never can look — indeed, in my opinion, no American statesman ought ever to look — on any question touching the vital interests of this nation, or of any of its component parts, without keeping at all times in distinct view the nature of our political association, and the character of the independent sovereignties which compose it. Among States, the only sure and permanent bond of union is interest. And the vital interests of States, although they may be sometimes obscured, can never, for a very long time, be misapprehended . . . And need I tell statesmen, that, when great local discontent is combined in those sections (the States) with great physical power, and with acknowledged portions of sovereignty the ties of nature will be too strong for the artificial ties of parchment compact. Hence it results that the essential interests of the great component parts of our association ought to be the polar lights of all our statesmen — by them they should guide their course . . . no political connection among free States can be lasting, or ought to be, which systematically refuses to protect, the vital interests of any of the sovereignties which compose it." Deb. of Congr. IV pp. 499, 500; Ann. of Congr. 2. XII p. 208.

sollte seiner Ueberzeugung nach auch schon wegen der besonders verletzten Interessen der nördlichen und östlichen Staaten der Krieg nicht ein nationaler werden. Auch er klagte die herrschende Partei an, daß ihre Maßnahmen den Fortbestand der Union gefährdeten, denn sie könne nicht allein durch das Gesetz erhalten werden.[1]) Dabei gab er die Versicherung, daß den Forderungen der Regierung „bis zur genauen Ausdehnung der konstitutionellen Verpflichtung" nachgekommen werden würde, weil der Krieg „Landesgesetz" sei.[2])

Die übertriebenen und beleidigenden Anklagen der Majorität gegen die Opposition waren wenig geeignet, diese zu einer Aenderung ihres Standpunktes zu bewegen. Selbst in Massachusetts benutzte die Administrationspartei trotz der unzweifelhaften Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung ihre augenblickliche Ueberlegenheit im Senate dazu, eine Adresse zu erlassen, die den Ton einer gemeinen Schmähschrift gegen die Führer der Opposition anschlug.[3]) Sie wurden nicht nur als „Feinde von Republiken" gebrandmarkt, die sich selbst als Monarchisten bekannt hätten und ihre „Absicht" nicht verhehlten, „eine Revolution zu versuchen", sondern es wurde auch mit Bestimmtheit (with assurance) erklärt, daß sie „einen tiefen und tödtlichen Plan gegen unsere glückliche Union geschmiedet hätten." In diesem Tone sprach die Majorität allerwärts und nicht gerade am leisesten im Kongreß.[4]) Die Maßlosigkeit im Lobe wie im Tadel ist nicht erst in neuerer Zeit charakteristisch für das politische Leben der Vereinigten Staaten geworden; sie ist so alt als die Republik und es ist leicht nachzuweisen, daß

---

[1]) Im Rockingham Memorial. Curtis, Life of D. Webster I pp. 107, 108.

[2]) In einer Rede am 4. Juli 1812 vor der Washington Benevolent Society von Portsmouth sagte er: „With respect to the war in which we are now involved, the course which our principles require us to pursue cannot be doubtful. It is now the law of the land, and as such we are bound to regard it. Resistance and insurrection form no part of our creed. The disciples of Washington are neither tyrants in power nor rebels out. If we are taxed, to carry on this war, we shall disregard certain distinguished examples, and shall pay. If our personal services are required, we shall yield them to the precise extent of our constitutional liability." Ibid. I p. 105. Vrgl. a. seine Rede vom 14. Jan. 1814 im Repräsentantenhaus. Deb. of Congr. V p. 138.

[3]) Niles' Reg. II pp. 308, 309.

[4]) So z. B. sagte H. Clay: „His (Jefferson's) own beloved Monticello is not more moved by the storms that beat against its sides, than is this illustrious man, by the howlings of the whole British pack, set loose from the Essex kennel!" Life and Speeches of H. Clay I p. 38.

demokratische Republiken stets mehr unter diesem Uebel zu leiden haben werden als Staaten einer anderen Verfassungsform.

Die Minorität des Repräsentantenhauses der Legislatur von Massachusetts drückte sich aus Klugheitsgründen in ihrer Denkschrift an den Kongreß gemäßigter aus, aber suchte die Grenzen, bis zu denen gesetzmäßige Opposition gehen dürfe, noch weit enger zu ziehen. Als während Adams' Präsidentschaft die Virginia Resolutionen von Massachusetts und anderen Staaten entschieden mißbilligt wurden, da begegnete Madison den Vorwürfen mit der Erklärung, daß die Legislatur nur ihre Ansicht aussprechen und die anderen Legislaturen zu gleichen Meinungsäußerungen habe veranlassen wollen. Damals hatten auch die extremsten Föderalisten nicht angestritten, daß die Legislatur von Virginia innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse geblieben wäre, wenn zugegeben werden könnte, daß ihre Resolutionen nur das besagten. Den demokratischen Repräsentanten von Massachusetts blieb es vorbehalten, „sowohl die Zweckmäßigkeit als die Verfassungsmäßigkeit" davon anzuzweifeln, daß ihre föderalistischen Kollegen „in ihrer Eigenschaft als Gesetzgeber den Kongreß über die Frage von Frieden oder Krieg adressirt."[1])

Die föderalistische Majorität des Repräsentantenhauses von Massachusetts stellte in ihrer Adresse an die Bevölkerung des Staates genau das gleiche Programm wie Webster in seiner Rede vom 4. Juli auf.[2]) Sie erklärte den Krieg für „ein Beispiel unbegreiflicher Thorheit und Verzweiflung", aber ermahnte dabei die Bevölkerung, „allen Versuchen Abstellung der Beschwerden durch irgend welche Gewaltakte oder durch Verbindungen gegen das Gesetz zu erlangen, entgegen zu treten", denn die Bürger seien „verpflichtet, alle verfassungsmäßigen Gesetze zu unterstützen." Wie weit in diesem Falle die Unterstützung nach Ansicht der Legislatur zu gehen habe, war mit genügender Schärfe angedeutet. Als Pflicht der Bürger wurde hingestellt, „das Land gegen Invasionen eines fremden Feindes zu vertheidigen, ohne die Gerechtigkeit und Nothwendigkeit des Krieges abzuwägen", und sich der „Konskription" nicht zu widersetzen; Freiwillige dagegen sollten nur im Vertheidigungskriege die Waffen ergreifen. Als die einzig gerechtfertigten Mittel zur Abstellung der Beschwerden wurde die Wahl anderer Männer in die Bundes-Exekutive und -Legislative und die Organisirung einer Friedenspartei angegeben.

Die anderen Neu England Staaten, mit Ausnahme von Vermont,

[1]) Niles' Reg. II p. 274.
[2]) Ibid. II pp. 417—419.

nahmen denselben Standpunkt wie Massachusetts ein und New Jersey schloß sich ihnen gleichfalls an.[1]) Die beiden führenden Staaten des Nordostens, Massachusetts und Connecticut, und das kleine Rhode Island gaben auch sogleich eine praktische Illustration zu ihren Erklärungen. General Dearborn forderte die Gouverneure auf, eine gewisse Quote der Staatsmilizen einzuberufen und sie in den Dienst der Vereinigten Staaten zu stellen. Die Gouverneure weigerten sich unter Aufwerfung der Verfassungsfrage dieser Aufforderung nachzukommen[2]) und die Legislaturen billigten diese Entscheidung. In Rhode Island gab ein vom Gouverneur berufener Kriegsrath sein Urtheil dahin ab, daß der Gouverneur allein darüber zu entscheiden habe, ob einer von den Fällen eingetreten sei, in denen die Bundesverfassung eine solche Forderung der Bundesexekutive rechtfertige.[3]) Der oberste Gerichtshof von Massachusetts sprach auf die Anfrage des Gouverneurs dieselbe Ansicht aus.[4]) Der Präsident klagte in seiner Botschaft vom 4. November 1812, daß bei dieser Auffassung der bezüglichen Verfassungsbestimmung „die Vereinigten Staaten nicht einmal in der Hinsicht, in der es am nothwendigsten ist, eine Nation" wären.[5]) Die Klage war nur zu gerechtfertigt; aber welche Partei hatte sich zwölf Jahre lang mit rastlosem Eifer bemüht, die nationalen Bande, welche die Verfassung hatte knüpfen sollen, Faden um Faden aufzudrehen, oder gar zu zerschneiden? Mit welchem Rechte hatten die Anti-Föderalisten gemeint annehmen zu dürfen, das alte Wort werde auf sie nicht Anwendung finden, daß den Sturm erntet, wer den Wind gesäet? Hatte Madison nicht zehn Jahre in den ersten Reihen Derer gestanden, die

---

[1]) Siehe die „Deklaration" der Legislatur. Ibid. III p. 179.

[2]) Ibid. III pp. 24, 117, 179.

[3]) Official Documents of the State of Connecticut, Aug. 1812; Niles' Reg. III p. 180.

[4]) Dwight, Hist. of the Hartford Convention p. 256. Das Oberbundesgericht hat 1827 in Sachen Martin v. Mott entschieden: „We are all of opinion, that the authority to decide whether the exigency (of calling forth the militia) has arisen, belongs exclusively to the President, and that his decision is conclusive upon all other persons." Wheaton's Reports XII p. 30; Curtis, Decisions of the Supr. Court VII p. 12. Siehe a. Kent, Comm. I pp. 278, 279; Story, Comm. § 1210—1215. Vrgl. a. den Akt des Kongresses v. 3. März 1863, Stat. at L. XII pp. 731 ff. In den einzelnen Staaten ist über die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes verschieden entschieden worden. Cfr. Paschal, Const. of the U. St. p. 136.

[5]) Amer. State Papers VIII p. 317; Statesm.'s Man. I p. 300.

mit solchem Eifer gegen die weitere nationale Festigung gepredigt und gestritten, daß jetzt die ursprünglich nationale Partei es wagen durfte, in der allerdings wesentlichsten Hinsicht dem nationalen Charakter des Staates an die Wurzeln zu greifen?

Das Vorgehen der Neu England Staaten in der Milizfrage mußte die Administration überzeugen, daß die Gegner des Krieges sich nicht in eitelen Drohungen ergangen hätten, wenn sie erklärten, in der Unterstützung des Krieges nur genau bis an die Grenze der gesetzlichen Verpflichtung gehen zu wollen, so weit es nicht die Vertheidigung des eigenen Bodens gelte. Die Neu England Staaten verstanden sich allerdings bald zu einer Art von Kompromiß in der Milizfrage, allein die nächsten Wahlen zeigten, daß die Partei, die nur die Hand zum Defensivkriege bot, an Stärke gewann. In dem besonders wichtigen New York setzte freilich die Koalition der eigentlichen Kriegspartei und Derer, die in der Kriegsfrage einen im Sinne der Kriegspartei nationalen Standpunkt einnahmen, ihren Gouverneurskandidaten durch. Tompkins erhielt jedoch nur 3506 Stimmen mehr als sein Gegenkandidat Van Renßelaer, und im Repräsentantenhause hatten sogar die Föderalisten eine Majorität von acht Stimmen.[1]) Delaware war in beiden Häusern des Kongresses durch Friedensmitglieder repräsentirt und in Maryland hatten die Gegner des Krieges in der Legislatur die Majorität.[2]) Im Repräsentantenhause des (13.) Kongresses, dessen Mitgliederzahl von 142 auf 182 erhöht worden war, schrumpfte die demokratische Majorität von 70 im 12. Kongresse auf 46 zusammen.

Eine Aenderung des Standpunktes der Minorität im Kongresse fand nicht Statt. Sie drängte auf den Frieden hin, bereit die nöthigen Mittel zu einem Defensivkriege zu votiren, aber standhaft ihre Zustimmung zu den von der Administration geforderten Bewilligungen an Mannschaften und an Geld verweigernd, weil sie den Kriegsplan als ein Offensivprogramm ansah. Die Majorität gab das nicht zu und fußte ihre Verwahrung darauf, daß Angriff oft die beste Vertheidigung sei. Als allgemeine Wahrheit ließ sich das nicht bestreiten und vom rein militärischen Gesichtspunkte mochte es auch in diesem Falle ganz richtig sein. Allein es war jetzt zu spät, die Eroberung von Canada nur als Mittel zum Zweck hinzustellen, und noch weniger durfte man darauf verzichten, sie dem Volke als glänzendste Frucht

---

[1]) Niles' Reg. IV p. 432.

[2]) Ingersoll, Second War between the United States and Great Britain II p. 20.

des Krieges vor Augen zu halten. Diesem Köder war zum großen Theile die Popularität des Krieges im Westen und sogar im Süden zu danken, und jetzt war man seiner doppelt benöthigt, weil die großsprecherischen Verheißungen im ersten Kriegsjahre schmählich zu Schanden geworden waren. Die Föderalisten übertrieben in lächerlicher Weise, wenn sie oft das Gelüste nach Canada als die wesentlichste Ursache des Krieges hinstellten. Als die von England erlittene Unbill einen solchen Grad erreicht hatte, daß eine Kriegserklärung gerechtfertigt war, da brachte aber die Hoffnung auf jene Erwerbung viele Bedenken zum Schweigen, die anders leicht den Ausschlag für die Friedenspartei hätten geben können. Daß der Herd der Eroberungslust jetzt wie später im aristokratischen Süden und im Westen — seit jeher der Hauptsitz der amerikanischen Größensucht — lag, war nicht zufällig. Der Nordosten, dem die Gewinnung von Canada am schnellsten und am meisten zu Gute gekommen wäre, konnte — freilich zum Theil wegen derselben engen, das eigene Interesse verkennenden Ansichten, die seine Politik in der Frage des Louisiana-Ankaufes und der Zulassung westlicher Staaten in die Union beherrscht hatten — durchaus nicht für das Projekt gewonnen werden.[1])

Die sektionelle Scheidung der Parteien trat mithin nicht nur in der Kriegsfrage im Allgemeinen sondern auch hinsichtlich der Weise der Kriegführung[2]) und eines der vornehmsten Kriegszwecke zu

---

[1]) Ueber die angebliche Gewinnung von Goodrich für die Pläne der Kriegspartei siehe Ingersoll, Second War betw. the U. St. and Gr. Br. II pp. 236, 237.

[2]) In Bezug auf diesen Punkt drehte sich der Streit wesentlich um die Frage, ob die Entscheidung des Kampfes auf dem festen Lande oder auf dem Wasser gesucht werden sollte. Der Süden und der Westen zeigten hier dieselbe Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit wie der Norden in den im Text berührten Fragen. Der Verlauf der Ereignisse entschied den Streit mit überraschender Bestimmtheit zu Gunsten der vom Norden befürworteten Politik. So wenig auch für die Flotte geschah, so errang sie doch den größten Theil der Erfolge, deren sich die Amerikaner zu rühmen hatten. Hätten der Süden und Westen im ersten Jahre des Krieges ihre unverständigen Vorurtheile aufgegeben, so hätte er vielleicht einen günstigeren Verlauf genommen. Webster] versprach unter dieser Bedingung selbst die kräftige Unterstützung der Neu England Staaten. Er schloß seine Rede vom 14. Jan. 1814 mit den Worten: „If, then, the war must be continued, go to the ocean. If you are seriously contending for maritime rights, go to the theatre where alone those rights can be defended. Thither every indication of your fortune points you. There the united wishes and exertions of the nation will go with you. Even our party divisions, acrimonious as they are, cease at the water's edge. They are lost in attachment to national character

Tage. Die verderblichen Folgen davon wurden mit jedem Tage fühlbarer, aber die Majorität schlug alle Rücksichten politischer Klugheit in den Wind. Endlos wurde das alte Thema variirt, daß die Thatsache des Krieges genüge, alle Bürger zur kräftigsten Förderung desselben zu verpflichten. Die Opposition entgegnete darauf, die Majorität solle sich doch endlich wirklich auf den Boden der Thatsachen stellen. Es sei nun einmal eine Thatsache, daß der Bund aus Sektionen bestehe und darum müsse die Gesetzgebung des Kongresses wohl oder übel diesen Umstand berücksichtigen.[1]) Die Majorität wurde gewarnt, daß sie die Voraussetzung der Union untergrabe, wenn sie die Billigkeit dieser Forderung nicht anerkenne, aber die Warnung ging dieses Mal nicht von einem Neu Engländer, sondern von einem Abgeordneten von Virginia aus.[2])

---

on the element where that character is made respectable. In protecting naval interests by naval means, you will arm yourselves with the whole power of national sentiment, and may command the whole abundance of the national resources. In time you may enable yourselves to redress injuries, in the place where they may be offered, and, if need be, accompany your own flag throughout the world, with the protection of your own cannon.“ Deb. of Congr. V pp. 140, 141. Zur Ehre von H. Clay muß bemerkt werden, daß er nicht den engen Standpunkt der Mehrzahl seiner Parteigenossen einnahm. Schon im Jan. 1812 erklärte er: It appears a little extraordinary, that so much unreasonable jealousy should exist against the naval establishment“. Life and Speeches of H. Clay I p. 23. Allein er blieb doch beträchtlich hinter der weiten, wahrhaft staatsmännischen Anschauung Webster's zurück. In derselben Rede sagt er: „Indeed, I should consider it as madness in the extreme in this government to attempt to provide a navy able to cope with the fleets of Great Britain.“ Ibid. p. 25. Er beschied sich, eine Flotte zu wünschen, die zur Küstenvertheidigung hinreichte, meinte aber, daß auch diese erst in etwa zehn Jahren beschafft werden könne. Für jetzt erklärte er sich mit einer Seemacht zufrieden, die Angriffe einzelner Schiffe mit Erfolg zurückweisen könnte. — John Adams hatte schon den 23. Dez. 1807 geschrieben: „The resources of the country ought at present to be appropriated to the sea“. Quincy, Life of Quincy p. 162. Vrgl. auch die Aeußerungen von Ch. C. Pinckney 1788 in der Konvention von South Carolina. Elliot, Deb. IV p. 284. Was unmittelbar vor dem Kriege und während desselben für die Flotte geschah, ist zu finden in den Stat. at Large II pp. 699, 788, 821; III pp. 104, 144.

[1]) Siehe die Rede Bleeker's von New York, Deb. of Congr. IV p. 645. Randolph weist in einem Briefe vom 15. Dez. 1814 darauf hin, wie sehr das sektionelle und partikularistische Wesen noch immer durch die Unwissenheit hinsichtlich der Verhältnisse und Zustände in anderen Staaten genährt wurde. Niles VII p. 260.

[2]) Siehe die Rede Sheffey's Deb. of Congr. IV p. 666.

Es war die Politik der Majorität, die ganze Schale ihres Zornes über die Neu England Staaten auszugießen, als wenn dort allein die Opposition zu finden sei. Dadurch wurde der falsche Schein erweckt, daß die geographische Scheidung der Parteien noch weit schärfer sei, als sie es in der That war. Die sogenannten Mittelstaaten nahmen wie schon so oft auch jetzt wiederum eine Mittelstellung ein. Pennsylvania blieb mit großer Majorität seinem engen Bündnisse mit dem Süden treu. In New Jersey hielten sich die Parteien nahezu die Wage, so daß bald die eine und bald die andere das Uebergewicht hatte. In New York war die Friedenspartei so mächtig, daß Gouverneur Tompkins sie nur mit Mühe so weit niederzuhalten vermochte, daß die Majorität den Staat zu den „patriotischen" zählen durfte. Delaware und Maryland konnten von keiner Partei unbedingt in Anspruch genommen werden, aber zeitweise überwogen entschieden die Friedenstendenzen, und endlich hatte die Administration auch in Virginia eine ansehnliche Minorität gegen sich. Man braucht nur die Abstimmungen im Repräsentantenhause über einige der wichtigeren Gesetze zu prüfen, um sich zu überzeugen, wie unberechtigt es gewesen, das ganze Odium der Opposition auf die Neu England Staaten zu wälzen.[1]) Muß trotz gebührender Würdigung der thatsächlichen Verhältnisse, die allen demokratischen Schriftstellern über diese Periode abgegangen ist, den Neu England Staaten der Vorwurf gemacht werden, daß sie durch ihre Opposition ihrem Namen einen Schandfleck aufgeheftet haben, so muß der Vorwurf — wenn gleich mehr oder minder abgeschwächt — auf einen großen Theil der Bevölkerung der anderen genannten Staaten ausgedehnt werden: es ist nicht billig, in diesem Falle immer nur von den Staaten statt von der Bevölkerung der Staaten zu reden. Die einfache Wiederholung der Unwahrheit ist in Folge der Beimischung von Wahrheit in der Anklage genügend gewesen, um auf Jahrzehnte das historische Urtheil zu fälschen.

Die demokratische Presse suchte den Nachweis zu liefern, daß der Wohlstand der Neu England Staaten am wenigsten durch den Krieg

[1]) Unter den 42 Abgeordneten, die am 14. Jan. 1813 gegen die Vermehrung der Armee stimmten, waren 1 von Delaware, 2 von Maryland, 6 von New York und 8 von Virginia. Deb. of Congr. IV p. 702. In dem Votum über die Bill zur weiteren Ausdehnung der Anwerbungen waren unter den 58 Abgeordneten, die dagegen stimmten, 2 von Delaware, 4 von New Jersey, 4 von Virginia und 15 von New York. Ibid. V p. 147. Am 3. März 1814 stimmten 55 Abgeordnete gegen die Autorisation einer Anleihe von nicht mehr als 25 Mill. Doll.; darunter waren 6 von Virginia und 15 von New York. Ibid. V p. 287.

gelitten oder gar direkt durch ihn gewonnen hätte und daß daher ihre Opposition um so unverantwortlicher sei.[1]) Eine gewisse Wahrheit lag auch in dieser Behauptung, obwohl die angestellten Berechnungen sich vielfach anfechten ließen.[2]) Hinsichtlich der drängenden Fragen politischer Zweckmäßigkeit, die aus ihrer Unzufriedenheit erwuchsen, war es jedoch ganz gleichgiltig, ob und wie weit ihre Klagen übertrieben waren. Die Vortheile, die sie im Beginn des Krieges genossen hatten, waren außerdem zum großen Theile auch nicht von Dauer. England hatte sie anfänglich mit großer Rücksicht behandelt. Als es sich aber überzeugt hatte, wie wenig Aussicht zu einem gewaltsamen Auflehnen gegen die Bundesregierung oder zu einem Separatabkommen[3]) mit ihnen war, da mußten auch ihre Häfen eine strenge Blockade erdulden. In Folge dessen so wie in Folge der wachsenden Verluste an Menschenleben und aller anderen Uebel, die jeder Krieg mit sich führt, und endlich wegen der Erfolglosigkeit, mit der im Allgemeinen der Krieg geführt wurde, wuchs die Mißstimmung stetig. Die Legislatur von Massachusetts votirte am 12. Juni 1813 wiederum die Absendung einer Denkschrift an den Kongreß, die in viel entschiedenerem und gereizterem Tone gehalten

---

[1]) Siehe Niles VII pp. 193—197.

[2]) Zur Charakterisirung der wirthschaftlichen Unbildung der Zeit mag angeführt werden, daß unter den Demokraten die Ansicht sehr verbreitet war, der Verlust des überseeischen Frachtgeschäftes (carrying trade) Neu England's würde für die übrige Union bedeutungslos oder wohl gar vortheilhaft sein.

[3]) Die demokratische Presse der Zeit und viele spätere Geschichtsschreiber von derselben politischen Färbung haben eine Korrespondenz des Boston Daily Advertiser als eines der gravirendsten Beweisstücke für die verrätherischen Pläne angeführt, die in den Neu England Staaten geschmiedet worden seien. In Wahrheit hat die Korrespondenz weiter keine Bedeutung, als daß sie eine drastische Illustration dafür ist, mit welcher Naivetät der Mangel an nationalem Gefühle und die Ansicht von der staatenbundlichen Natur der Union gelegentlich zum Ausdruck kam. Der Korrespondent schlug vor, die Neu England Staaten sollten einen Separatvertrag mit England abschließen. Einen verfassungswidrigen Schritt hatte er dabei nicht im Auge, denn er meinte, der Kongreß solle vorher um seine Erlaubniß dazu ersucht werden; die Konstitution verbiete den Einzelstaaten nur, Verträge mit auswärtigen Mächten ohne Zustimmung des Kongresses abzuschließen. Die Niederlande und Deutschland wurden als Beweis dafür angeführt, daß solche Sonderverträge und Sonderkriege nicht der Idee eines Föderativstaates widersprächen. Sollte aber der Kongreß „unvernünftiger Weise" dieses „gerechte und vernünftige verfassungsmäßige Ersuchen abweisen, dann würden die Weisen und Klugen zu entscheiden haben", was weiter geschehen solle. — Die ganze Korrespondenz ist abgedruckt bei Niles V pp. 199, 200.

war als die des vorhergehenden Jahres.[1]) Die Kriegserklärung wurde für „übereilt" und die Fortführung des Krieges nach Bekanntwerden des Widerrufs der englischen orders in council für „ungehörig, unpolitisch und ungerecht" erklärt. Alle die sonstigen Beschwerden älteren und neueren Datums wurden gleichfalls wieder vorgebracht. Gegen die Aufnahme neuer Staaten, die aus Gebieten gebildet worden, welche außerhalb der Grenzen der ursprünglichen Union lagen, wurde „sehr wohl erwogener und feierlicher Protest" erhoben. Die Adresse schloß mit dem dringenden Ersuchen, unverzüglich alle Anstrengungen zu machen, einen gerechten und ehrenhaften Frieden herbeizuführen.

Diese und ähnliche Demonstrationen in den anderen Neu England Staaten hatten ebenso schlechten Erfolg wie die früheren. Statt Versöhnung anzustreben, wurde durch beleidigende Insinuationen noch mehr gereizt; statt auf Abstellung der begründeten Beschwerden zu sinnen, wurde durch übertriebenes Mißtrauen[2]) und offenbare Ungerechtigkeiten der Stachel noch tiefer in's Fleisch gepreßt. Die Minorität der Legislatur von Massachusetts erließ einen Protest gegen die Denkschrift der Majorität und erklärte darin, daß nur Leute, die „vollständig und ausschließlich britisch" seien, diese „erniedrigende Vorstellung" ohne die tiefste Entrüstung lesen" könnten.[3]) Die Administration ließ die Neu England Staaten bitter empfinden, daß sie durch ihr Verhalten die Behandlung von Stiefkindern verdient hätten. Vom rein militärischen Gesichtspunkte aus mochte es gerechtfertigt sein, daß die Administration so viel als möglich alle Kräfte zur Ausführung des Eroberungsplanes von Canada verwandte und der Miliz der atlantischen Staaten die Vertheidigung ihrer Küsten überließ. Allein eine solche Kriegführung ist in einem lockeren Staatengefüge immer bedenklich und namentlich dann gewagt, wenn die am meisten exponirten Theile nur mit Wider-

---

[1]) Niles IV pp. 297—301.

[2]) Story, der sich selbst zu den Republikanern — aber freilich nicht zu den Republikanern Jefferson'scher Schule — rechnete, behauptete, daß Jefferson dieses Mißtrauen auch auf die Neu England Republikaner ausgedehnt habe. Er schreibt: „One thing, however, I did learn . . . while I was a member of Congress; and that was, that New England was expected, so for as the Republicans were concerned, to do every thing, and to have nothing. They were to obey, but not to be trusted. This, in my humble judgement, was the steady policy of Mr. Jefferson at all times. We were to be kept divided, and thus used to neutralize each other. So it will always be, unless we learn wisdom for ourselves and our own interests." Life and Letters of J. Story I p. 187.

[3]) Niles IV p. 301.

streben an dem Kriege Theil nehmen. Sie erhält ihre politische Rechtfertigung nur dadurch, daß die scharf zusammengefaßte Gesammtmacht auch wirklich Schläge von voller Wucht ausführt. Die Madison'sche Kriegführung aber war durch kühne, weit angelegte Pläne und langsame, schwächliche Ausführung derselben charakterisirt. Doch auch abgesehen davon ließ sich das Verfahren der Administration nicht rechtfertigen. Sie überließ nicht nur die Neu England Staaten sich selbst, sondern weigerte auch Massachusetts die Waffen, deren es zu seiner Vertheidigung benöthigt war, und auf die es ein Recht hatte. Das war nicht nur ein verächtlicher Nadelstich, sondern es zeigte auch, daß es der Administration unter Umständen ebenso sehr wie den Neu England Staaten an nationaler Gesinnung fehlte. Noch mehr aber mangelte es ihr an politischem Verständniß. Die bereits so reichlich gemachten Erfahrungen schienen spurlos an ihr vorübergegangen zu sein; sie saß noch immer in dem Sumpfe fest, in den der Altmeister der demokratischen Partei den Handel und die Politik des Landes verfahren. Den 9. Dezember 1813 empfahl Madison in einer vertraulichen Botschaft dem Kongreß ein neues Embargo und starke Beschränkung der Importation.[1]) Als Grund dafür gab er den ausgedehnten Schleichhandel mit dem Feinde, die Einführung britischer Produkte und Fabrikate und sonstige ungesetzliche Importationen an.

Mason von New Hampshire legte in kurzer klarer Rede im Senat das Thörichte und Verderbliche der Maßnahme dar.[2]) Der Senat mußte sich wieder sagen lassen, daß er im Dunkelen nach der Pfeife des Präsidenten tanze. Beziehe der Feind, wie die Botschaft behaupte, bedeutende Mundvorräthe aus den Vereinigten Staaten, so müsse der Präsident Beweise dafür in Händen haben, und wenn er Beweise habe, so hätten sie dem Kongreß vorgelegt werden sollen. Welche Vernunft liege außerdem in einem Verbot aller Ausfuhr, um zu verhindern, daß dem Feinde Proviant zugeführt werde?

Mason hatte nicht erwartet, einen Eindruck zu machen; er erklärte, nur seinen „feierlichen Protest" abgeben zu wollen. Die Opposition hatte sich bereits daran gewöhnt, ihre Vorstellungen nur als Redeübungen betrachtet zu sehen. In geheimer Sitzung wurde in beiden Häusern das Embargo beschlossen und eine Bill votirt, die selbst dem Handel auf den Binnengewässern die unerträglichsten Fesseln anlegte.[3])

---

[1]) Amer. State Papers VIII p. 503; Statesm.'s Man. I p. 317.
[2]) Deb. of Congr. V p. 79.
[3]) Stat. at L. III pp. 88—93.

Die Administration und die Majorität verfuhren, als gelte es eine Probe anzustellen, wie viel sie der Geduld der handeltreibenden Staaten ungestraft aufbürden könnten. Was sie bezweckt hatten, erreichten sie nicht, aber über die Stimmung in den Neu England Staaten erhielten sie genügenden Aufschluß.

Zahlreiche Petitionen, die um Abhülfe der stetig wachsenden Uebelstände baten, liefen an die Legislatur von Massachusetts ein. Den 18. Februar[1]) erstattete der vereinigte Ausschuß beider Häuser über dieselben Bericht.[2]) In Uebereinstimmung mit den Bittstellern erklärt der Ausschuß das Embargo für verfassungswidrig. „Eine Befugniß den Handel zu regeln, wird mißbraucht, wenn sie dazu verwandt wird, ihn zu zerstören, und ein freiwilliger Mißbrauch befugt ebenso sehr als eine direkte und offenbare Usurpation zum Recht des Widerstandes. Die den Staaten vorbehaltene Souveränetät wurde ihnen reservirt, sowohl um die Bürger vor Gewaltakten der Vereinigten Staaten zu schützen als zum Behuf der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten. Mit Verachtung weisen wir den Gedanken zurück, daß der freie, souveräne und unabhängige Staat von Massachusetts zu einer bloßen munizipalen Korporation herabgewürdigt ist, ohne Macht seine Angehörigen zu schützen oder sie gegen Unterdrückung zu vertheidigen, von welcher Seite her dieselbe auch immer kommen mag. Wenn der nationale Vertrag verletzt ist und die Bürger dieses Staates durch grausame und unautorisirte Verordnungen unterdrückt werden, so ist diese Legislatur gehalten, ihre Macht in's Mittel zu legen und dem Unterdrücker sein Opfer zu entreißen."

So ist die Spitze des Schwertes gegen Die gekehrt, welche es vor fünfzehn Jahren geschmiedet. Wörtlich ist das „gehalten, sich in's Mittel zu legen" (bound to interpose) den Virginia Resolutionen entlehnt, und die Legislatur von Massachusetts war sich dessen wohl bewußt. Der Bericht fährt fort: „Das ist der Geist unserer Union, und so ist er von dem Manne selbst (Madison) erklärt worden, der jetzt allen den Prinzipien seines früheren politischen Lebens Trotz bietet. Die Frage ist mithin nicht eine Frage der Macht oder des Rechtes, sondern der Zeit und der Zweckmäßigkeit."[3])

---

[1]) Hildreth, Hist. of the U. St. VI p. 470 gibt irrthümlich den 16. Febr. an.

[2]) Niles VI pp. 4—8.

[3]) Jetzt wurde auch schon im Kongreß selbst das Recht des Widerstandes in Anspruch genommen. Webster schreibt den 5. Februar 1814 seinem Bruder: „I do not

Der „Weise von Monticello" wußte sich gewiß noch zu erinnern, wo sich die letzten bedeutsamen Worte zum ersten Male finden ließen. Der ganze Bericht war in der That nur eine zweite Auflage der Virginia und Kentucky Beschlüsse. Vollständiger haben politische Parteien nie ihre Rollen gewechselt. Die Urheber der zersetzenden Doktrinen schreien jetzt wie mit einem Munde „Verrath!", und die Föderalisten, welche sie bei ihrem ersten Erscheinen als Verrath gebrandmarkt, erkennen jetzt in ihnen den „Geist der Union"; beide Parteien aber behaupten 1798 und 1799 wie 1814, daß sie, und sie allein, auf dem Boden der Verfassung stehe.

Einen kleinen aber nicht bedeutungslosen Schritt that der Bericht noch über die Virginia und Kentucky Resolutionen hinaus. Unter verschiedenen Mitteln zur Abstellung der Beschwerdegründe war von den Bittstellern auch in Vorschlag gebracht worden, eine Konvention von Delegaten der kommerziellen Staaten zu berufen, welche die nöthigen Amendements zur Bundesverfassung berathen und ihre Annahme erwirken solle. Der Bericht sprach sich dahin aus, daß ein solcher Schritt vollkommen gerechtfertigt sein würde und berief sich wiederum auf Madison. Nur aus verschiedenen Zweckmäßigkeitsgründen wurde dazu gerathen, der nächsten Legislatur die Entscheidung zu überlassen, ob dieser Weg eingeschlagen werden solle.

Die „Jakobiner" — wie jetzt in sonderbarer Verkehrung der Sprechweise der neunziger Jahre die Ultra-Föderalisten genannt wurden — ließen es also noch immer beim Reden bewenden. Diese tröstliche Ueberzeugung gewonnen zu haben, das war die einzige gute Frucht, welche das neue Experiment mit der Embargo-Politik der Administration eintrug. Ihre Lage war jedoch keineswegs beneidenswerth. Um den Kredit war es traurig bestellt und es hielt immer schwerer, die nöthigen Truppen zu beschaffen. Von einer Erschöpfung des Landes in der einen oder anderen Hinsicht konnte dabei nicht die Rede sein. Das wäre auch der letzte Grund gewesen, den die Kriegspartei zugegeben hätte. Allein ebenso wenig wollte sie eingestehen, daß der Krieg nicht die Popularität habe, die sie von Anfang an für ihn in Anspruch genommen hatte. Je schwieriger es ihr wurde, ihn fortzuführen, mit desto größerer Entschiedenheit behauptete sie vielmehr, daß fast das

know how it happened, but one thing led to another till Mr. King came out in plump terms on the right of remonstrance and of resistance; he said it was a question of mere prudence, how far any State would bear the present state of things, etc., etc." Private Corresp. of D. Webster. I p. 241.

ganze Volk mit Enthusiasmus hinter ihr stände und nur das wüste Gekeife weniger Unzufriedenen den Schein einer bedeutenden Opposition erwecke, und dabei sollte doch die Opposition die Schuld an allen Mißerfolgen tragen. Webster wies in schlagender Weise den Widerspruch in diesem Raisonnement selbst und zwischen dem Raisonnement und den thatsächlichen Forderungen nach, zu denen sie sich genöthigt sah.[1])

Die Botschaft, welche der Präsident am 20. September 1814 dem Kongreß sandte, war gleichfalls in diesem eigenthümlichen Doppelton gehalten. Madison versicherte, die direkten und indirekten Steuern seien „mit der größten Pünktlichkeit und Bereitwilligkeit" gezahlt worden und die Bürger seien „mit Enthusiasmus zu den Feldern geeilt, wohin Gefahr und Pflicht sie gerufen."[2]) Der Feind, meinte er, habe wenig Ursache, mit Stolz auf seine letzten Waffenthaten zu blicken. Dabei aber erklärte er, daß die Lage des Landes „die größten Anstrengungen" nöthig mache.

Der Kriegssekretär gab näheren Aufschluß darüber, was unter den vagen Andeutungen zu verstehen sei, die der Präsident in seiner Botschaft gemacht. Nach der Zuversicht, mit der so lange Canada als leichter und gewisser Preis des Krieges hingestellt worden, war es sonderbar jetzt zu hören, daß die Vereinigten Staaten wieder um ihre „Unabhängigkeit" und sogar für ihre „Existenz" stritten.[3]) Die Ver-

[1]) „Gentlemen, sir, fall into strange inconsistencies on this subject. They tell us that the war is popular; that the invasion of Canada is popular; that it would have succeeded before this time, had it not been for the force of opposition in this country. Sir, what gives force to opposition in this country? Certainly nothing but the popularity of the cause of opposition, and the members who espouse it. Upon this argument, then, in what an unprecidented condition are the people of these States? We have on our hands a most popular war; we have also a most popular opposition to that war. We cannot push the measure, the opposition is so popular. We cannot retract it, the measure itself is so popular. We can neither go forward, nor backward. We are at the very centre of gravity — the point of perpetual rest . . . Look to the bill before you. Does not that speak a language exceeding every thing I have said? You last year gave a bounty of sixteen dollars, and now propose to give a bounty of one hundred and twenty-four dollars, and you say you have no hope of obtaining men at a lower rate. This is sufficient to convince me, it will be sufficient to convince the enemy and the whole world, yourselves only excepted, what progress your Canada war is making in the affections of the people." Deb. of Congr. V p. 139.

[2]) Amer. State Papers VIII p. 637.

[3]) Dwight, „Hist. of the Hartford Convention" p. 313. Die betreffenden Aktenstücke sind auch abgedruckt bei Niles VII pp. 137—141.

theidigung der Küsten und die weitere Verfolgung des Planes gegen Canada, meinte Monroe, erforderten eine Erhöhung der regulären Armee auf 100,000 Mann. Für wie unmöglich er es hielt, diese bedeutende Macht durch Anwerbung von Freiwilligen aufzubringen, ging aus dem Plane hervor, den er dem Kongresse empfahl.[1]) Die ganze freie männliche Bevölkerung vom 18. bis 45. Jahre sollte in Klassen von je 100 getheilt werden und jede Klasse eine noch näher zu bestimmende Anzahl von Rekruten zu stellen haben. Komme eine Klasse der Verpflichtung nicht nach, so seien die Rekruten auszulosen. Der bisher von den Vereinigten Staaten gezahlte Werbelohn sei von jeder Klasse für die von ihr gestellten Rekruten aufzubringen; wenn er nicht zu einem bestimmten Termine entrichtet worden, so müsse er auf alles steuerbare Eigenthum der Mitglieder der Klasse umgelegt und erhoben werden. Zur Rekrutirung der Flotte wurde eine ähnliche Klasseneintheilung der seefahrenden Bevölkerung aber mit viel weiter gehender Dienstverpflichtung vorgeschlagen.[2]) — Zur selben Zeit, da der Kriegssekretär diese Pläne dem Kongreß unterbreitete, kam im Senat eine Bill zur Berathung, die u. A. die Anwerbung von Minderjährigen ohne schriftliche Zustimmung der Eltern, Vormünder oder Lehrmeister gestattete.

Alle diese projektirten Maßnahmen erregten in vielen Theilen des Landes Unzufriedenheit und Bestürzung. Am größten war das Mißvergnügen natürlich wieder in den Neu England Staaten. Die Legislatur von Massachusetts nahm jetzt wieder den Gedanken auf, von dessen sofortiger Ausführung der Ausschußbericht vom 18. Februar abgerathen hatte. Die Aussicht auf Mitwirkung der anderen Neu England Staaten schien gut zu sein. Hatte doch die Legislatur von Rhode Island schon in ihrer vorhergehenden Session den Gouverneur beauftragt, sich mit Hinblick auf ein Zusammenwirken in ähnlichem Sinne mit den übrigen Gouverneuren in Verbindung zu setzen.[3])

Das Programm, das der von Otis im Repräsentantenhause von Massachusetts eingebrachte Bericht entwarf, war vorsichtig und vag gehalten.[4]) Die übrigen Neu England Staaten sollten aufgefordert werden, Delegaten zu einer Konvention zu ernennen, welche die ihr zweckdienlich erscheinenden Maßnahmen hinsichtlich der „die Allgemein-

---

[1]) Dwight pp. 318—322.

[2]) Ibid. p. 333.

[3]) Niles VII p. 181.

[4]) 8. Oktober 1814. Niles VII pp. 149—152.

heit betreffenden Beschwerden und Angelegenheiten in Vorschlag bringen" solle[1]); halte sie es für wünschenswerth, so solle sie auch Maßnahmen ergreifen, eine Konvention sämmtlicher Staaten der Union zum Behuf einer Revision der Bundesverfassung zu erwirken.

Diesen Resolutionen gingen andere voran, die einen tieferen Blick in den Geist zu thun erlaubten, der die Einladung zur Konvention diktirt hatte. Gouverneur Strong hatte schon den 7. September 1814 dem Kriegssekretär mitgetheilt, daß er im Interesse des Staates es für nöthig erachtet habe, die zur Küstenvertheidigung einberufene Miliz nicht mehr wie früher unter den Oberbefehl eines Offiziers der Bundesarmee zu stellen. Gleichzeitig fragte er an, ob die Bundesregierung die Kosten ersetzen werde, die dem Staate durch die zu seiner Vertheidigung nothwendigen Maßnahmen erwüchsen.[2]) Monroe antwortete hierauf, daß dieses nicht geschehen könne, wenn der Staat aus eigener Initiative handle und selbst den Befehl über die einberufenen Milizen behalte. Strong legte die Korrespondenz der Legislatur vor und diese hieß sein Verhalten gut. Außerdem beschloß sie gemäß den in dem genannten Berichte gemachten Vorschlägen „zur Vertheidigung des Staates durch Anwerbung auf zwölf Monate oder für die Dauer des Krieges eine Truppenmacht von nicht mehr als 10000 Mann zu organisiren", die unter dem Befehl des Gouverneurs stehen sollte. Der Gouverneur wurde überdies autorisirt, „von Zeit zu Zeit eine Summe im Betrage von nicht mehr als einer Million zu borgen."

Man brauchte diesen Beschlüssen nicht die schlimmste Deutung zu geben, um sie für sehr bedenklicher Natur zu halten. Hatte Madison mit Recht behauptet, daß der nationale Charakter der Union in der wesentlichsten Hinsicht aufgehoben sei, wenn den Gouverneuren die Entscheidung darüber zustehe, wann der Präsident zur Requirirung der Miliz in den Dienst des Landes befugt sei, so konnte der nationale Charakter der Union noch viel schärfer durch das Recht der Staaten angetastet werden, reguläre Truppen in beliebiger Menge anzuwerben und in ihrem ausschließlichen Dienste zu behalten. Die Verfassung erklärt freilich nur: „Kein Staat soll ohne Zustimmung des Kongresses

[1]) Otis hatte bereits im Dez. 1808 die Abhaltung einer solchen Konvention und zwar zu Hartford vorgeschlagen. Der Anspruch auf die Vaterschaft des Gedankens scheint ihm zu gehören. Siehe seinen Brief vom 15. Dez. 1808 an Quincy. Life of Quincy p. 165.

[2]) Niles VII p. 143.

im Frieden Truppen halten".[1]) Connecticut hatte gleich im Anfange des Krieges diese Bestimmung dahin gedeutet, daß den Staaten im Kriege das Recht zustehe.[2]) Der Wortlaut der Klausel läßt diese Interpretation auch ganz gerechtfertigt erscheinen, und wenn die Frage je vor das Oberbundesgericht gebracht werden sollte[3]), so wird dieses vermuthlich auch dahin entscheiden. Aus der Verfassungsmäßigkeit würde aber noch nicht hervorgehen, daß die Befugniß nicht unter Umständen für den inneren Frieden der Union gefährlich werden könnte. Und noch weniger würde aus ihr erhellen, daß Connecticut und Massachusetts durch den Gebrauch des Rechtes in dem vorliegenden Falle nicht eine bedenkliche Steigerung des partikularistischen Geistes bekundet.

Man übersah zur Zeit nicht, was für Folgen dieser Beschluß der Legislatur von Massachusetts eventuell nach sich ziehen könne. Größere Aufmerksamkeit wurde jedoch der Einladung zum Konvent nach Hartford geschenkt, da Massachusetts auch bei den schlimmsten Absichten nicht gefährlich werden konnte, wenn es allein stehen blieb.

Bei ruhiger Beurtheilung hätte die Aufnahme, welche die Einladung erfuhr, die übertriebenen Befürchtungen beruhigen müssen, die ein Theil der Republikaner hegte. In Vermont beantragte der Ausschuß, an den die Aufforderung zur Berichterstattung überwiesen worden war, einstimmig die Ablehnung derselben, obgleich er zum größten Theile aus Föderalisten bestand, und das Repräsentantenhaus hieß den Bericht einstimmig gut.[4]) Von New Hampshire wurden keine Delegaten ernannt, weil die Legislatur nicht in Sitzung war und im Rath (council), der ihre Berufung autorisiren mußte, die Demokraten die Mehrheit hatten. Rhode Island[5]) und Connecticut[6]) nahmen die Einladung an. Beide Staaten beschränkten jedoch, gleich Massachusetts, die Vollmacht ihrer Delegaten darauf, Vorschläge zu machen und verpflich-

---

[1]) Art. I Sect. 10. § 3.

[2]) Niles V p. 199.

[3]) Meines Wissens ist dieses bisher nicht geschehen. In Sachen Luther v. Borden lehnte das Oberbundesgericht es ab, die den Staaten in dieser Hinsicht zustehenden Befugnisse näher zu erörtern. Es entschied nur: „The government of a State by its legislature, has the power to protect itself from destruction by armed rebellion, by declaring martial law." Howard's Rep. VII pp. 33, 45; Curtis XVII pp. 2,13. Vrgl. Story, Comm. § 1401—1409.

[4]) Niles VII p. 167.

[5]) Ibid. VII p. 181; im Repräsentantenhause mit 39 gegen 23 Stimmen.

[6]) Ibid. VII p. 158; im Repräsentantenhause mit 153 gegen 36 Stimmen.

teten sie ausdrücklich dazu, daß die Vorschläge im Einklange mit den Bundesverpflichtungen stünden.

Die Ultra-Demokraten sahen in diesen Erklärungen einen plumpen politischen Kniff, durch den die schwankenden Elemente gewonnen werden sollten, die sich entschieden gegen die Föderalisten erklärt haben würden, wenn diese ihre wahre Endabsicht, die Zerreißung der Union, offen bekannt hätten. Nur Parteileidenschaft konnte die wahre Lage der Verhältnisse so sehr verkennen. Sicher fanden sich nur wenige Föderalisten — wenn es überhaupt welche gab — die einen Bund der Neu England Staaten unbedingt den bestehenden Verhältnissen vorgezogen hätten. Auch wenn man aus einzelnen Aeußerungen der extremsten föderalistischen Blätter[1]) schließen wollte, daß diese Ansicht weit verbreitet war, so würde dadurch doch noch nicht die Existenz eines Trennungsplanes bewiesen sein, denn zwischen einem Wunsch und dem Glauben an die Realisirbarkeit desselben ist noch ein großer Unterschied. Die Möglichkeit der Verwirklichung eines solchen Planes war aber jetzt offenbar noch geringer als 1804. Alles in Allem genommen hatte der Krieg die Bande der Union nicht gelockert, sondern gefestigt. Das war in der That seine beste Frucht. Obwohl er den Neu England Staaten mehr Grund zur Klage gegeben, so wären sie doch 1808, als das Embargo auf ihrem Handel lastete, weit empfänglicher für ein derartiges Projekt gewesen. In den Massen eines lebenskräftigen Volkes lebt stets ein starkes Ehrgefühl und in Demokratien wird es hinsichtlich der Stellung des Staates zu auswärtigen Mächten, die ihm gegenüber eine feindliche Haltung beobachten, fast immer sogar zu hoch gespannt sein. Darin lag der große Fehler der föderalistischen Führer, daß sie in ihrer kalt rechnenden Interessenpolitik diesen Faktor nicht gehörig würdigten. Die früher gemachten Erfahrungen waren aber doch nicht spurlos an ihnen vorübergegangen. Dahin hatten sie die Majorität der Bevölkerung der Neu England Staaten durch Appellation an ihre Interessen und an ihre Vorurtheile bringen können, der Administration möglichst lässige Unterstützung zu gewähren, so lange ihnen das Feuer nicht zu heiß auf die eigenen Nägel brannte. Allein sie hätten nicht nur weit schlechtere Patrioten sondern auch weit schlechtere Politiker sein müssen, als sie waren, wenn sie davon hätten träumen wollen, die Staaten während des Krieges zum offenen Abfall — sei es durch Trennung von der Union, sei es durch Abschluß eines Separatfriedens — be-

---

[1]) Cfr. Randall, Life of Jeff. II pp. 412—414.

wegen zu können. Die Feigheit, die darin gelegen, hätte allein genügt, jeden solchen Vorschlag mit Entrüstung zurückweisen zu lassen.

Abgesehen von diesen allgemeinen Gründen war der Augenblick, in dem die Konvention berufen wurde und zusammentrat, ganz besonders ungünstig für derartige Anschläge. Der Sieg bei Plattsburg, die Erfolge von Chauncey und Brown, die patriotische Haltung von Gouverneur Tompkins von New York und das energische Auftreten Jackson's im Süden hatten einen Eindruck gemacht, der auch durch die Sprengung des Forts Erie, die Blockirung von Chauncey's Geschwader und die traurige Lage der Finanzen nicht verwischt werden konnte. Außerdem dauerten die Friedensunterhandlungen in Gent fort und so lange sie nicht abgebrochen waren, brauchte man nicht zu verzweifeln, wenn auch die Berichte nicht günstig lauteten. Mit dem Abschluß des Friedens fielen aber die wesentlichsten Beschwerden der Neu England Staaten von selbst fort. Alles wirkte mithin zusammen, selbst in den radikalsten Kreisen keinen Enthusiasmus für das Konventionsprojekt aufkommen zu lassen. Sogar in Massachusetts erfuhr es eine überraschend laue Aufnahme. Das konnte von den Urhebern des Planes nicht verkannt werden und ebenso wenig unberücksichtigt bleiben, wenn sie auch alle anderen Gründe in den Wind geschlagen hätten. Nichts war vorgefallen, was sie dazu hätte bestimmen können, plötzlich sich selbst jeden Rückzug abzuschneiden. Alle inneren und äußeren Gründe führen vielmehr zu dem Schluß, daß in Wahrheit nicht mehr im Schilde geführt wurde, als gesagt worden war. Den weiteren Verlauf der Ereignisse abwartend, wollte man sich auf ein gemeinschaftliches Programm zu einigen suchen, um — was auch immer beschlossen werden mochte — durch einmüthiges Vorgehen einen stärkeren Druck auf die herrschende Partei auszuüben. Die Art und Weise, in der die Konvention zu Werke ging, und das Resultat, das sie zu Tage förderte, sind die thatsächliche Bestätigung dieser Annahme.

Den 15. Dezember 1814 traten 26 Delegaten[1]) in Hartford zusammen und begannen ihre Berathungen bei geschlossenen Thüren. Wäre, wie die Demokraten glauben machen wollten, eine Verschwörung im Werke gewesen, welche die Trennung der Neu England Staaten von der Union bezweckte, so wäre bereits damit der Stab über die Sache gebrochen gewesen. Eine Verschwörung, die eine Staatsum-

[1]) Darunter drei irreguläre, zwei von New Hampshire und einer von Vermont, die von lokalen Konventionen gewählt worden waren.

wälzung bezweckt, ist in den Vereinigten Staaten überhaupt ein Unding, und wenn die Verschworenen am öffentlich angekündigten Tage zusammentreten, die Berathungen über den Modus der Ausführung ihres Vorhabens aber dem Publikum vorenthalten, so ist sie vollends eine Absurdität. Tiefgreifende politische Aenderungen können hier nur durch direkte und energische Parteinahme des Volkes bewirkt werden und der einzige Weg, sich dieser zu versichern, ist offene und lang andauernde Agitation. So weit die Demokraten in gutem Glauben eine Auflösung des Bundes von den in Hartford zu fassenden Beschlüssen fürchteten, unterschätzten sie daher nicht nur die Anhänglichkeit der Föderalisten an die Union, sondern schlugen sie auch das Maß zu gering an, in dem das Volk wahrhaft von demokratischem Geiste erfüllt war.

Die Demokraten haben sich damals und später darin gefallen, rundweg abzuleugnen, daß sie je irgend welche Befürchtungen gehegt hätten. Jefferson schreibt den 15. Februar 1815 an La Fayette: Die britischen Minister „haben größere Hoffnung in ihren (!) Konvent zu Hartford gesetzt . . . Der Kitt dieser Union ist in dem Herzblut jedes Amerikaners. Ich glaube nicht, daß auf der ganzen Erde eine Regierung gefunden werden kann, die auf einer so unerschütterlichen Basis gegründet ist . . . Sie (die Mitglieder der Konvention) sind nicht einmal im Stande gewesen, sich zum Gegenstande des Gespräches zu machen, sei es öffentlicher oder privater Gesellschaften. Eine stillschweigende Verachtung ist alle die Berücksichtigung, die sie erfahren haben."[1]) Es ist richtig, daß Jefferson nie gefürchtet hatte, der Union könne durch die Konvention ein Ende gemacht werden. Allein vor dem Siege Jackson's bei New Orleans und vor dem Eintreffen der Nachricht von der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Gent hatte er eine solche Sprache nicht geführt. Es entsprach seinem Charakter, jetzt,

---

[1]) Jeff.'s Works VI pp. 425, 426. Die im Text ausgelassene Stelle mag zeigen, mit welcher Seichtheit Jefferson die Verhältnisse beurtheilte. „Their (der englischen Minister) fears of republican France béing now done away, they are directed to republican America, and they are playing the same game for disorganization here, which they played in your country. The Marats, the Dantons and Robespierres of Massachusetts are in the same pay, under the same orders, and making the same efforts to anarchise us, that their prototypes in France did there. I do not say that all who met at Hartford were under the same motives of money. Some of them are Outs and wish to be Inns; some the mere dupes of the agitators, or of their own party passions, while the Maratists alone are in the real secret."

da die Konvention, was ihre unmittelbare Bedeutung für den Augenblick anlangte, als eine traurige Farce dastand, mit aller Macht in das große Horn zu stoßen. Es ist wahrlich nicht schwer, aus seinen Schriften den Nachweis zu liefern, daß er keineswegs ein so unbedingtes Vertrauen in jenen „Kitt" hatte. Doch wie er auch immer denken mochte, die Behauptung, daß die Konvention nicht einmal Gegenstand des Gesprächs geworden, entstellte die Thatsachen in einer geradezu albernen Weise. Schon im Frühling 1814 erregte die Stimmung der Neu England Staaten selbst bei den Gesandten in Europa ernstliche Befürchtungen, obwohl sie sich einen freieren Blick bewahren mußten, da sie nicht unter dem unmittelbaren Einflusse der täglichen Zänkereien und übertriebenen Schilderungen der Presse standen.[1]) So bald dann die drei Staaten, welche die Konvention beschickten, eine Haltung einnahmen, die eine neue Phase des Streites einleiten mußte, so begann die demokratische Presse mit dreifachem Eifer ihre Anathemas gegen die „Jakobiner" zu schleudern. Gleichzeitig spendete sie freilich dem edelen Volke, das die Hochverräther in den Abgrund ewiger Schmach und politischer Vergessenheit stürzen würde, lautes Lob. Sie übertrieb aus leicht verständlicher Politik nach beiden Seiten hin und sieht man von diesen einander so ziemlich ausgleichenden Uebertreibungen ab, so findet man doch noch mehr Besorgniß, als gerechtfertigt war. Das gilt fast noch mehr von der Administration als von der Presse. Die Verfassung gab dem Präsidenten nicht die Befugniß, die Abhaltung der Konvention zu verhindern. Dazu war auch in so fern keine Veranlassung, als die Delegaten ja nur befugt waren, ihren resp. Legislaturen Vorschläge zu machen. Es war also nicht wohl abzusehen, wie die 26 Männer die Regierung durch plötzliches Entzünden der revolutionären Fackel hätten überraschen können. Trotzdem wurde es für angezeigt gehalten, den Oberst Jessup zu beauftragen, sie sorgfältig zu überwachen. Der Briefwechsel zwischen Jessup und dem Präsidenten ist leider zum größten Theile verloren gegangen, aber man weiß doch genug über denselben, um den Beweis liefern zu können, daß Madison die Sache sehr ernst nahm. Vom 15. Dezember 1814 bis zum 23. Januar 1815 sandte Jessup täglich einen Bericht an den

---

[1]) So schreibt z. B. Gallatin am 22. April 1814: „above all, our own divisions and the hostile attitude of the Eastern States give room to apprehend that a continuance of the war might prove vitally fatal to the United States." Priv. Corresp. of H. Clay p. 30.

Präsidenten.[1]) Die Briefe wurden meist auf privatem Wege befördert und zuweilen brachte der Oberst sie selbst nach New York, damit sie nicht unterschlagen würden. Diese Vorsicht war deswegen schon überflüssig, weil das, was es zu berichten gab, durchaus nicht so dringlicher Natur war. Jessup schrieb schon am Versammlungstage der Konvention von New Haven aus: „Ich bin erstaunt, wie wenig Interesse die Versammlung (d. h. unter den Föderalisten) erregt"[2]). Später von Hartford aus hatte er auch nur zu melden, daß, so viel er in Erfahrung bringen könne, die Konvention sich ganz in den Schranken der Gesetze hielte.

Wenn er trotz dem noch 14 Tage nach Vertagung der Konvention mit seinen täglichen Berichten fortfuhr und von „Plänen die Regierung zu stürzen", „Versuchen, sich in den Besitz der öffentlichen Vorräthe zu setzen" und dergl. m. sprach, so wird man daraus wohl schließen dürfen, daß Madison nicht die vorgebliche Ansicht Jefferson's theilte.

Man war in Washington und im ganzen Lande überrascht, und zwar nicht lediglich angenehm überrascht, daß der Bericht der Konvention, in dem die Resultate der geheimen Verhandlungen niedergelegt waren, nicht eine mehr revolutionäre Sprache führte. Wie die Dinge sich jetzt zu gestalten begannen, hätte man ein etwas entschiedeneres Auftreten gewünscht, um der „Verschwörung" mit größerem Eclat Herr zu werden. Man war nicht zufrieden damit, nur mit Hohn und „Verachtung" züchtigen zu können.

Nach eingehender Rekapitulation der oft erörterten Klagen empfiehlt der Bericht den Legislaturen der repräsentirten Staaten gewisse Maßnahmen zur Abstellung der dringlichsten Beschwerden, schlägt dann eine Reihe von Amendements zur Bundesverfassung vor, befürwortet für gewisse Eventualitäten die Berufung einer neuen Konvention und autorisirt endlich einige der Delegaten die gegenwärtige Konvention wieder zusammenzuberufen.[3]) Der Bericht geht von der Annahme aus, daß eine „summarische" Abstellung der Uebelstände nur durch „direkten und offenen Widerstand" möglich sein würde, da sie zu einem „System" geworden. Die Ansicht habe bereits Wurzel gefaßt,

[1]) Ingersoll, Second War betw. the U. St. of Am. and Gr. Br. II p. 238.

[2]) Ibid. II p. 235.

[3]) Der ganze Bericht ist abgedruckt bei Niles VII pp. 305—313 und bei Dwight, Hist. of the Hartf. Conv. pp. 352—379. Niles VII pp. 328—332 bringt auch die statistischen Listen, die dem Berichte beigelegt waren, und Dwight pp. 383—398 druckt das ganze Journal der Konvention ab. Letzteres ist jedoch vollkommen werthlos, da es nur über Zusammentritt, Vertagungen u. s. w. berichtet.

daß die letzten Gründe davon in „wesentlichen (intrinsic) und unheilbaren Mängeln der Konstitution“ zu suchen seien. Die Delegaten halten jedoch das bis jetzt noch nicht für genügend erwiesen, bekennen sich aber auch zu der Ueberzeugung, daß nur durch verschiedene Amendements zur Verfassung dauernde Abhülfe geschafft werden könne. Ihrer Auffassung nach bilden mithin diese den wesentlichsten Theil des Berichtes. Der Inhalt derselben ist in Kürze folgender: Die Vertretung im Repräsentantenhause des Kongresses sei hinfort allein auf die freie Bevölkerung zu basiren; die Wiederwählbarkeit des Präsidenten müsse abgeschafft werden; Staatsämter dürften allein an eingeborene Bürger verliehen werden; Embargos seien auf 60 Tage zu beschränken; zu einem Verbot des Handelsverkehrs, der Aufnahme neuer Staaten in die Union, der Autorisirung von Feindseligkeiten (ausgenommen im Falle der Invasion) und zu einer Kriegserklärung solle ein Votum von zwei Dritteln beider Häuser des Kongresses erforderlich sein.

Mit der Substituirung dieser Verfassungsänderungen für die summarische Abhülfe durch direkten und offenen Widerstand war jedoch nicht gemeint, daß man bis zur Annahme, resp. Verwerfung derselben ruhig die Mißstände ertragen solle, die durch den Unverstand und die usurpatorischen Verfassungsverletzungen der Regierung hervorgerufen seien. Die Konvention empfahl die energischste Opposition gegen die folgenden schon ausgeführten oder projektirten Maßnahmen der Bundesgewalten: Einberufung der Milizen durch den Präsidenten ohne Mitwirkung der Staatsregierungen; die Uebertragung des Befehls über die Milizen an Offiziere der regulären Armee; die von Monroe vorgeschlagene Klassifikation der „Milizen“;[1]) die Rekrutirung der regulären Armee durch „gewaltsame Auslosung oder Konskription;“ und die Anwerbung von Minderjährigen ohne Zustimmung der Eltern oder des Vormundes. Endlich sollte bei der Bundesregierung noch darauf hingewirkt werden, daß den betreffenden Staaten gestattet würde „gesondert oder in Gemeinschaft selbst die Vertheidigung ihres Gebietes gegen den Feind zu übernehmen.“ Zu diesem Behufe solle ein Theil der erhobenen Bundessteuer in den Schatz der Staaten fließen. Diesem Beschlusse gemäß wurde dann noch den Legislaturen ange-

[1]) Monroe's Klassifikationsplan streifte an das Abenteuerliche, aber er bestritt gewiß mit Recht, daß er irgend wie mit den Milizen in Verbindung gebracht werden könne oder in die Rechte der Staaten auf dieselben eingriffe. Dwight a. a. O. pp. 323—331 macht einen sehr unglücklichen Versuch, das Gegentheil zu beweisen.

rathen, sich gegenseitig zu verpflichten, einen Theil ihrer Miliz oder eigens dazu gebildete Freiwilligenregimenter und ihre regulären Truppen einander zu Hülfe zu senden, um Invasionen zurückzuschlagen.

In den letztgenannten Beschlüssen erreichte die Sonderbündlerei ihren Höhepunkt. Weitere praktische Folgen sollten dem engeren oppositionellen Aneinanderschluß der drei Staaten zunächst nicht gegeben werden. Die Auflösung der Union war allerdings auch in's Auge gefaßt, aber nur als vielleicht in der Zukunft wünschenswerth. Gelange man einst zu dieser Ueberzeugung, so solle jedoch die Trennung „womöglich das Werk friedlicher Zeiten und wohlerwogener Zustimmung sein." „Aber eine Zerreißung der Union durch einen oder mehrere Staaten gegen den Willen der übrigen, besonders in Kriegszeiten, kann nur durch absolute Nothwendigkeit gerechtfertigt werden." Diese „Einwände gegen übereilte Maßnahmen mit einer Tendenz, die Staaten zu veruneinigen ... müssen als entscheidend angesehen werden."

Die Form dieser Sätze ist so vorsichtig gewählt, daß nicht bestimmt gesagt werden kann, ob die Konvention aus der Natur des Bundes ein positives Recht der Einzelstaaten ableitete, die Union aufzukündigen, oder ob sie nur die sittliche Berechtigung zur Revolution in Anspruch nahm. Sie war klug genug, in der Deklarirung ihres verfassungsrechtlichen Standpunktes nur so weit aus der doppeldeutigen Vagheit herauszutreten, als sie sich auf ihre Gegner berufen konnte. Allein genau so weit ging sie auch, fast wörtlich das in den Kentucky Resolutionen von 1798 niedergelegte Glaubensbekenntniß wiederholend. Waren die Mitglieder der Konvention und ihre Gesinnungsgenossen „Maratisten", so konnten sie behaupten, daß sie es in der Schule von Madison und Jefferson geworden. Von Madison hatten sie gelernt, daß ein Staat nicht nur das Recht sondern die Pflicht habe, „seine Autorität" als Schild zwischen seine Bürger und die Bundesgewalten zu setzen; Jefferson hatte sie gelehrt, daß der Grundsatz von dem selbstherrlichen Entscheidungsrecht in Streitigkeiten zwischen Parteien ohne gemeinschaftlichen Richter in dem Verhältniß der Staaten zur Union Anwendung finde.[1])

---

[1]) Der betreffende Passus in dem Berichte des Konventes lautet: „It does not, however, consist with the respect and forbearance due from a confederate state towards the general government, to fly to open resistance upon every infraction of the constitution. The mode and the energy of the opposition, should always conform to the nature of the violation, the intention of its authors, the extent of the injury inflicted, the determination manifested to

Der Bericht wurde von den Legislaturen von Massachusetts und Connecticut angenommen und diese beiden Staaten erklärten somit förmlich die in ihm niedergelegten verfassungsrechtlichen Theorien für die ihrigen. Die amerikanischen Geschichtsschreiber haben hierauf nur wenig Gewicht gelegt. Sie haben sich fast ganz darauf beschränkt, den Beweis zu liefern, resp. die Behauptung zu widerlegen, daß die Urheber und Mitglieder der Konvention vaterlandsfeindliche oder gar hochverrätherische Pläne verfolgt hätten. Die gemüthliche und sittliche Seite der Frage ist von ihnen so stark in den Vordergrund gestellt worden, daß sie den richtigen Blick dafür verloren haben, worin ihre politische Bedeutung vornehmlich zu suchen sei. Die Konvention und ihre Beschlüsse sind nur in soweit von Wichtigkeit, als sie nicht bloß das Produkt einiger vereinzelt dastehender, „catilinarischer Existenzen" waren, sondern den in einem ansehnlichen Bruchtheile des Volkes oder in dem gesammten Volke lebenden Stimmungen und Ansichten Ausdruck geben. Wäre die Konvention eine so ganz besondere Schandthat, wie es nach der Schilderung der Geschichtsschreiber mit demokratischer Parteifärbung erscheint, so wäre sie einfach bedeutungslos. Wie des fast ein halbes Jahrhundert später von Fernando Wood gemachten Vorschlages, die Stadt New York von der Union loszulösen und als besonderen Staat zu konstituiren, so würde man auch der Hartford Konvention nur als einer ergötzlichen historischen Anekdote Erwähnung thun, wenn sie nicht die Gipfelung der inneren Kämpfe von 1801 bis 1815 wäre.

Haß gegen England und Vorliebe für Frankreich ließ den dominirenden Süden in der Frage der Verletzung neutraler Rechte die Schuld der kriegführenden Mächte nicht mit gleicher Wage wägen. Unverständniß der Gesetze, die das wirthschaftliche Leben beherrschen, trieb ihn in eine Politik der Abwehr, die thatsächlich eine rücksichtslose Angriffspolitik gegen die kommerziellen Interessen des eigenen Landes war. Lang gehegte Vorurtheile gegen die kommerziellen Interessen und gegen die vorwiegend kommerziellen Staaten und Verkennen der innigen

---

persist in it, and the danger of delay. But in cases of deliberate, dangerous, and palpable infractions of the constitution, affecting the sovereignty of a state, and the liberties of the people; it is not only the right but the duty of such a state to interpose its authority for their protection, in the manner best calculated to secure that end. When emergencies occur which are either beyond the reach of the judicial tribunals, or too pressing to admit of the delay incident to their forms, states which have no common umpire, must be their own judges, and execute their own decisions."

Verquickung dieser Interessen mit den sonstigen wirthschaftlichen Interessen des gesammten Landes ließ ihn sich immer tiefer in die unselige Politik verrennen, bis Parteiinteresse die Umkehr unmöglich machte. Völlig unvorbereitet für den Krieg mußte die Partei die Kriegspolitik adoptiren, die ihr einige ehrgeizige junge Führer diktirten. Der deklarirte Zweck des Krieges war die Vindikation der Rechte, deren Verletzung vorzüglich die Interessen der kommerziellen Staaten schädigte. Diese aber redeten sich ein, die herrschende Partei habe von Anfang an unter falscher Maske die kommerziellen Interessen bekämpfen wollen, erwarteten von dem Kriege gegen England nur eine Verschlimmerung der Uebel und verdammten die Weise der Kriegführung als die Krönung einer verwerflichen, von sektionellem Geiste erfüllten Politik. Je fester diese Ueberzeugung wurde, desto nachdrücklicher reagirten sie, indem sie selbst dem Streite eine immer schärfer sektionelle Zuspitzung gaben. Sie fochten den Kampf nicht als eine nationale Partei, sondern als eine geographisch abgeschlossene Sektion, deren Wohlfahrt auf dem Handel beruhe und deren Opposition daher ein Ankämpfen gegen den Ruin sei, weil die übrige Union dieses Interesse systematisch, vielleicht sogar prinzipiell befehde. Demgemäß beschränkten sie sich auch nicht darauf, als Staaten ihre Vorstellungen zu machen und ihre Proteste zu erheben, sondern sie strebten eine förmliche Verbindung unter einander an, die sie zum Bunde im Bunde gemacht haben würde. Und alle diese Schritte wurden nicht durch das eiserne Gesetz der Nothwendigkeit gerechtfertigt, sondern auf den Boden des positiven Verfassungsrechtes gestellt. Nicht mit **Revolution** wird gedroht, sondern **kraft der Souveränetät der Staaten** wird in den Worten der Begründer der Gegenpartei und der Urheber ihres Glaubensbekenntnisses ein **Ultimatum** vorbehalten.

In diesen Sätzen ist die wahre Bedeutung des Kampfes zusammengefaßt, der in der Hartford Konvention seinen Höhepunkt erreichte und durch den Abschluß des Friedens mit England zu einem plötzlichen Ende kam. Die Konvention bestand aus den Delegaten von drei Staatslegislaturen und die Staatslegislaturen repräsentirten nicht nur gesetzlich sondern auch thatsächlich die Majorität der Bevölkerung der Staaten, denn diese hatte wiederholt Gelegenheit gehabt, Männer von anderen Gesinnungen zu wählen. Und in mehreren anderen Staaten huldigte eine sehr bedeutende Minorität denselben oder ähnlichen Ansichten. Es ist daher lächerlich, die Konvention zu einer Ver-

sammlung hirnverbrannter Verschworener zu machen, obwohl zugegeben werden wird, daß die Führer den radikalen Flügel der von ihnen vertretenen Partei bildeten. Das Programm der Konvention war aber immerhin ein Parteiprogramm, und dieses Parteiprogramm adoptirte in der fundamentalen Verfassungsfrage den einst von dem radikalen Flügel der Gegenpartei gewählten Standpunkt. Ultra=Föderalisten und Ultra=Republikaner begegneten sich in einem verfassungsrechtlichen Grundsatze, dessen logische Konsequenz die Abhängigkeit des Bestandes der Union von dem freien Belieben jedes einzelnen Staates war. Wurde in keinem der beiden Fälle die praktische Anwendung des Grundsatzes in einer Weise versucht, die den Bestand der Union im Augenblick ernstlich gefährdet hätte, so war das nur von sekundärer Bedeutung. Die eine oder die andere Partei konnte früher oder später die Zeit zu einem solchen Versuche für gekommen halten und weder die eine noch die andere konnte einem solchen Versuche mit dem positiven Rechte entgegentreten, ohne sich mit ihrer eigenen Vergangenheit in Widerspruch zu setzen.



Geschichte der Sklavenfrage bis 1787. Die Kompromisse der Verfassung in der Sklavenfrage.

Die Nachricht, daß der Friedensvertrag zu Gent unterzeichnet worden sei, wurde mit lautem Jubel aufgenommen. Jay war ein britischer Söldling und ein Verräther gescholten worden, ehe noch der Inhalt des von ihm unterhandelten Vertrages der Oeffentlichkeit übergeben war. Dieselbe Partei rühmte sich jetzt eines herrlichen Triumphes, ehe sie die Stipulationen des von ihren Gesandten abgeschlossenen Friedens kannte. Dieses voreilige Jubeln lieferte den besten Beweis dafür, in wie bedrängter Lage sich die Administration befunden hatte und wie müde das ganze Volk des Krieges war.

Die außerordentliche Fähigkeit politischer Parteien nach den Bedürfnissen des Augenblicks zu vergessen, kam den Demokraten vortrefflich zu Statten. Wäre die Kriegserklärung nur kurze Zeit hinausgeschoben worden, so hätten die Vereinigten Staaten gehört, daß die früher erwähnten orders in council widerrufen worden seien. Von den offiziell deklarirten Ursachen der Kriegserklärung blieb mithin im Grunde seit dem Beginn des Krieges nur das sog. Pressen angeblich britischer Unterthanen von amerikanischen Schiffen bestehen.[1] Der dem Repräsentantenhause am 3. Juni 1812 von seinem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten abgestattete Bericht erklärte, daß „es den Vereinigten Staaten unmöglich ist, sich als unabhängige Nation zu betrachten", so lange dieses Unwesen nicht abgestellt sei.[2] Im Verlaufe

[1] Amer. State Papers VIII p. 125.
[2] Ibid. VIII p. 159.

des Krieges wurde dann noch wiederholt von der Exekutive so wie vom Kongresse scharf hervorgehoben, daß ein Hauptzweck des Krieges sei, England zum Aufgeben dieses prätendirten Rechtes zu zwingen[1]); selbst der Abschluß eines Waffenstillstandes wurde davon abhängig gemacht, daß England sich der Ausübung desselben enthalte.[2]) Monroe erklärte in seinen Instruktionen vom 13. April 1813 an die Bevollmächtigten, die den Frieden unterhandeln sollten: „Eine Unterwerfung der Vereinigten Staaten unter dasselbe würde ein Aufgeben zu Gunsten Groß Britanniens aller Ansprüche auf neutrale Rechte und auf alle anderen Rechte auf dem Ozeane sein.“[3]) Am 27. Juni 1814 ertheilte er dagegen den Friedenskommissaren im Auftrage des Präsidenten die Weisung, den Vertrag ohne jede Stipulation über diese Frage abzuschließen, wenn sie ein unübersteigliches Hinderniß bilde.[4]) Es geschah denn auch in dem Friedenstraktate weder dieser Frage noch der ganzen Frage der neutralen Rechte mit einer Silbe Erwähnung.[5])

Unter diesen Umständen gehörte eine dreiste Stirn dazu, die Botschaft, in welcher der Präsident dem Kongresse den Abschluß des Friedens anzeigte, mit den Worten zu beginnen: „Ich beglückwünsche Euch und unsere Konstituenten wegen eines Ereignisses, das im hohen Grade ehrenvoll für die Nation ist und mit besonderem Glück einen Feldzug beendigt, der durch die glänzendsten Erfolge ausgezeichnet gewesen ist.“[6]) Die Föderalisten verfehlten natürlich nicht, den Widerspruch zwischen den Thatsachen und dieser anmaßenden Behauptung mit beißendem Spotte aufzudecken. Allein das Volk sieht keineswegs immer die Ereignisse durch den Erfolg in neuem Lichte. Man wollte den Frieden, wenn er nicht geradezu schmachvoll erkauft werden müsse und man hatte geraume Zeit gefürchtet, daß er vielleicht nicht unerhebliche Opfer kosten würde. Mit Hülfe der nationalen Eitelkeit fiel es dann nicht schwer, sich zu überreden, daß die Erhaltung des status ante „in hohem Grade ehrenvoll“ sei. „Hinter dem Rauche von Jackson's Siege“ nahm sich das Bild gut genug aus. Dazu kam, daß die europäischen Verhältnisse einen langen Frieden verhießen und somit wirklich wenig

---

[1]) Ibid. VIII pp. 333, 425, 560.

[2]) Ibid. VIII pp. 318, 336, 345.

[3]) Ibid. VIII p. 567.

[4]) Ibid. VIII pp. 593, 594.

[5]) Siehe Stat. at L. VIII pp. 218—223.

[6]) Amer. State Pap. VIII p. 653; Statesm.'s Man. I p. 325; hier ist die Botschaft irrthümlich vom 20. statt vom 18. Febr. datirt.

Grund zu der Befürchtung vorlag, daß England bald wieder Veranlassung haben würde, eine Verletzung der neutralen Rechte oder das Pressen von Matrosen zu versuchen. Und seine Neigung, einen solchen Versuch zu wagen, mußte bei dem gewaltigen Wachsthum der Vereinigten Staaten an Bevölkerung wie an Reichthum mit jedem Tage geringer werden.

Trotz des in gewisser Hinsicht durchaus gerechtfertigten Spottes und Tadels der Föderalisten ging daher die demokratische Partei doch gekräftigt aus dem Kriege hervor, während es um die Föderalisten nun vollends geschehen war. Holmes hatte sie gewarnt, daß sie dem „Schiffbruch ihrer Partei" entgegen trieben.[1]) Jetzt, da die Leiden des Krieges und der ganzen „Restriktionspolitik" vorüber waren und in Folge der großen Prosperität des Landes rasch vergessen wurden, erinnerte man sich nur dessen, wie zögernd die Föderalisten der Union in der Stunde der Noth ihren pflichtschuldigen Beistand geleistet hatten. Sie konnten sich nicht von dem Verdachte reinigen, daß sie ihre Hand ganz von dem Lande abziehen oder gar sie gegen dasselbe hätten kehren wollen, denn ein überzeugender Beweis gegen einen solchen Verdacht kann nie beigebracht werden, wenn man nicht überzeugt werden mag. Die zuversichtlichen Behauptungen der Gegner ließen einen Schatten auf ihnen haften bleiben und die Masse der Partei war es daher wohl zufrieden, sich als unschuldig verführt hinstellen zu lassen. Aller Tadel gegen die Föderalisten wegen ihres Verhaltens während des Krieges wurde immer mehr in das eine Wort „Hartford Konvention" zusammengefaßt und die unsühnbare Schuld, die in diesem Worte ausgesprochen lag, lediglich auf die Führer gewälzt. Diese geschickte Taktik isolirte die Führer immer mehr und ließ die Zahl ihrer Nachfolger bald zu einem bedeutungslosen Häuflein zusammenschwinden[2]).

---

[1]) Siehe die ganze Rede bei Niles VI Suppl. pp. 180—184.

[2]) In der nächsten Präsidentenwahl fielen von den 217 Elektoralstimmen nur 34 auf den föderalistischen Kandidaten. Selbst Rhode Island hatte sich jetzt von der Gemeinschaft mit Massachusetts und Connecticut losgesagt, dagegen stimmte das kleine Delaware auch für Rufus King. Wie haltlos die Partei geworden war, geht noch deutlicher daraus hervor, daß die drei Staaten ihr Votum für die Vize-Präsidentschaft vollständig zersplitterten. Massachusetts stimmte für Howard, Delaware für Harper und Connecticut theilte seine Stimmen zwischen Roß und Marshall. (Deb. of Congr. V p. 662) Die Vereinigung der föderalistischen Stimmen auf King ist wegen seiner besonderen Stellung zur Kriegsfrage gleichfalls bezeichnend dafür, wie tief die Partei in der öffentlichen Achtung gesunken war. Er war gleich den übrigen Föderalisten entschieden gegen die Kriegserklärung gewesen,

Die Demokraten hatten das Feld so gut wie unbestritten inne und bis durch die Verhältnisse neue Streitfragen so weit entwickelt waren, daß sie die Basis für Parteiprogramme abzugeben vermochten, konnte ihre Herrschaft nicht mehr gefährdet werden. Die europäischen Wirren, die seit der ersten Administration Washington's die äußeren Anlässe zu den gefährlichen Krisen in den Parteikämpfen abgegeben hatten, waren endlich zum Austrag gekommen. Auch von dieser Seite her stand daher nicht mehr so bald eine ernstliche Bedrohung des inneren Friedens der Union zu besorgen. Der Vorabend der „Aera des guten Einvernehmens" war angebrochen.

Diese Zeit der äußeren Ruhe war von nicht geringem Werthe für die innere Festigung der Union. In diesem sich mit wahrhaft wunderbarer Geschwindigkeit entwickelnden Gemeinwesen wird oft in Monaten so viel gezeitigt als in den fester krystallisirten Staaten Europas in Jahren. Allein es war eine verderbliche Illusion, die sich jetzt vieler Köpfe bemächtigte, daß die momentane Ruhe einen bleibenden Charakter gewinnen würde. War eine republikanische Regierungsform die Vorbedingung für das tausendjährige Reich, da Löwe und Lamm sich zusammen lagern werden, waren mithin die Vereinigten Staaten das vom Geschick auserwählte Land, so war die Verwirklichung der Utopie ferner gerückt als am Tage der Entstehung der Union.. Die Drachensaat der Sklaverei war stetig fortgewuchert und bereits so üppig aufgekeimt, daß ihre wahre Natur schon oft erkannt und mit scharfen Worten gezeichnet worden war. Die Heftigkeit, mit der die übrigen Streitfragen ausgefochten wurden, und ihr dringlicher Charakter hatte nur bisher diese wichtigste aller Fragen immer wieder bald in den Hintergrund gedrängt. Jetzt aber begann sie sich mit jedem Tage mehr in den Vordergrund zu schieben und in wenigen Jahren führte sie zu einer Krisis, die gefährlicher als alle die anderen war, welche die Union seit der Annahme der neuen Konstitution durchgemacht hatte. Der Kampf um die Bedingungen der Aufnahme von Missouri in die Union kann jedoch erst behandelt werden, nachdem die Geschichte der Sklavenfrage bis zu der Zeit nachgeholt worden ist.

Beim Ausbruche der amerikanischen Revolution war die Sklaverei in allen dreizehn Kolonien eine anerkannte Thatsache. Ob sie voll-

---

hatte aber verlangt, als der Krieg einmal erklärt worden war, daß er auch von ihnen mit ganzer Kraft unterstützt werde. Cfr. Niles VII pp. 318, 326, 327.

kommen zu Recht bestand, kann mindestens einer Frage unterworfen werden. Weder nach dem common law noch nach dem statutarischen Rechte Englands hatte die Sklaverei eine legale Existenz und common law und statutarisches Recht hatten für die Kolonien Rechtsgiltigkeit, so weit sie Anwendung auf ihre Verhältnisse fanden und nicht mit ihren besonderen Rechten und Privilegien in Widerspruch standen.[1]) Die Freibriefe der Kolonien thaten aber der Sklaverei keine Erwähnung und ertheilten ihnen keine Befugnisse, aus denen sich ein unbestreitbares Recht zur Einführung der Negersklaverei ableiten ließ. Einen praktischen Werth hat es jedoch nicht gehabt, daß, auf diese Gründe basirt, die Frage aufgeworfen werden konnte, ob die kolonialen Gesetze, die von der Annahme der Gesetzlichkeit der bestehenden Thatsache ausgingen, im Stande gewesen seien, der Sklaverei eine wirklich legale Existenz zu geben.[2]) Von dem Mutterlande war die Thatsache nicht nur stets anerkannt worden, sondern die königliche Regierung hatte von jeher die Einfuhr von Sklaven befördert und als verschiedene Kolonien die weitere Importation zu verbieten wünschten, hatte sie wiederholt ihr entschiedenes Veto eingelegt.[3]) Die Kolonisten waren vollkommen überzeugt von der Rechtsbeständigkeit der Sklaverei und bis zum Beginn der Revolutionszeit wurden selbst gegen ihre sittliche Berechtigung nur hier und da

---

[1]) Das Oberbundesgericht erklärte 1815 in Sachen Town of Powlet v. Clark; „Independent, however, of such a provision (wie sie in der ersten „königlichen Kommission" für die Provinz enthalten war), we take it to be a clear principle that the common law in force at the emigration of our ancestors is deemed the birthright of the colonies, unless so far as it is inapplicable to their situation or repugnant to their other rights and privileges. A fortiori, the principle applies to a royal province." Cranch's Rep. IX p. 333; Curtis, Dec. of the Supr. C. III pp. 370, 371. Der erste Kongreß nannte in seiner Declaration of Rights vom 14. Okt. 1774 das common law unter den „indubitable rights and liberties to which the respective colonies are entitled." Journ. of Congr. I p. 28.

[2]) S. Hopkins, einer der ersten und energischsten Bekämpfer der Sklaverei, erklärte 1776 in seiner dem Kongresse gewidmeten Schrift A Dialogue concerning the Slavery of the Africans, showing it to be the duty and interest of the American States to emancipate all their African Slaves: „the slavery that now takes place" is „without the express sanction of civil government." Cfr. Goodell, Slavery and Anti-Slavery p. 76. Siehe auch p. 112, wo aus Washburn's Judicial History of Massachusetts p. 202 eine richterliche Entscheidung des Obergerichtes von Massachusetts angeführt wird, welche diese Ansicht bestätigt.

[3]) Lord Dartmouth erklärte 1774: „We cannot allow the colonies to check or discourage in any degree a traffic so beneficial to the nation." W. Jay, Miscellaneous Writings on Slavery p. 210. Siehe auch Bancroft, Hist. of the U. St. VI pp. 413—415.

Zweifel laut.[1]) Mancherlei spricht für die Annahme, daß in einigen Staaten, wie namentlich in Virginia, sogar die Erkenntniß ihrer politischen und wirthschaftlichen Verwerflichkeit diesen Zweifeln vorausgegangen ist. Erst in Folge des Streites mit dem Mutterlande um die kolonialen Rechte wurde in etwas weiteren Kreisen die Aufmerksamkeit auf die sittliche Seite der Frage gelenkt. Bis dahin war diese fast ausschließlich im Lichte der positiven Religion betrachtet worden. Die Quäker haben das Verdienst, am frühesten und am radikalsten die Agitation von diesem Standpunkte aus begonnen zu haben. Dank dem feurigen Eifer einzelner Mitglieder der Sekte wurden schon am Ende des 17. Jahrhunderts die geistliche und sittliche Unterweisung der Sklaven und der Kampf gegen weitere Importation von Negern und um die Mitte des 18. Jahrhunderts dann auch nach und nach die Emanzipation der Sklaven zur Sache der Glaubensgemeinschaft gemacht,[2]) während ähnliche Bestrebungen in anderen Sekten mehr vereinzelt blieben.[3]) Wäre die Agitation ganz den Kirchen überlassen geblieben, so hätte es wohl noch lange angestanden, bis überhaupt mit Recht von einer Sklavenfrage hätte geredet werden können.

Der politischen Philosophie des 18. Jahrhunderts ist es zu danken, daß die amerikanischen Politiker sich jetzt in viel höherem Maße und von ganz neuen Gesichtspunkten aus mit der Sklaverei zu beschäftigen begannen. Man hatte die Neger lange aufrichtig und ehrlich nur als Vieh angesehen und war sich daher gar keines Unrechtes gegen sie bewußt geworden. Als sich dann das Gewissen allmählich doch zu regen begann, wurde es damit beruhigt, daß man ja die der Hölle verfallenen Heiden durch die Ueberführung nach Amerika der Segnungen des Christenthums theilhaftig mache. Der denkfaule Glaube konnte sich mit dieser Lüge zufrieden geben, da sie dem Interesse das Wort redete, aber vor dem „gesunden Menschenverstand“ hielt sie nicht Stich. Das bedeutendste Moment in dieser Periode der Geschichte

---

[1]) Siehe Life of J. Jay I p. 233; Adams' Works X p. 380.

[2]) „By a resolution of that year (1774 in der Jahresversammlung zu Philadelphia) all members concerned in importing, selling, purchasing, giving, or transferring negroes or other slaves, or otherwise acting in such a manner as to continue them in slavery beyond the term limited by law or custom (für Weiße) were directed to be excluded from membership, or disowned.“ Clarkson p. 60. Zwei Jahre später wurde der Beschluß auch auf Diejenigen ausgedehnt, die sich weigerten, ihre Sklaven in Freiheit zu setzen.

[3]) Siehe einige interessante Notizen bei Goodell a. a. O. pp. 106–108.

westlichen Kulturlebens aber war, daß die französischen Philosophen in ihren politischen Spekulationen von den Forderungen des gesunden Menschenverstandes ausgingen und die revolutionären Politiker die Resultate dieser Spekulationen zur Richtschnur und zu den Zielen der praktischen Politik machen wollten. Die amerikanische Revolution ging nicht davon aus, aber die Mehrzahl der leitenden Männer wurde mehr oder minder dahinein gezogen. Je mehr der Kampf für bestimmte politische Rechte in das glänzende Gewand eines Kampfes für „Freiheit“ im Allgemeinen gekleidet wurde, desto unvermeidlicher wurde es, daß man sich ernstlicher fragte, wie die idealistischen Theorien sich mit der Thatsache der Sklaverei vereinigen ließen.[1]) Der idealistische Schwung war nicht groß genug, um alle Rücksichten des Interesses und der politischen Zweckmäßigkeit hintan zu setzen, aber er war doch so groß, daß der Widerspruch zwischen der Institution der Sklaverei und der Theorie der Menschenrechte als eine Frage der praktischen Politik anerkannt wurde, deren Lösung ohne Verzug angebahnt werden müsse.

An ein direktes Antasten der Sklaverei wurde nicht gedacht. Man meinte durch Verbot der weiteren Einfuhr von Sklaven das allmähliche Absterben der Institution bewirken zu können. So irrig sich auch diese Hoffnung erwiesen hat, so ist sie doch leicht erklärlich. Die Zahl der Sklaven betrug beim Ausbruch der Revolution ungefähr eine halbe Million.[2]) Da aber die Vermehrung der freien Bevölkerung stärker war als die der Sklaven, so mußte die Verhältnißzahl sich mit jedem Jahre mehr zu Gunsten jener verändern. Außerdem erwartete man die Emanzipation überall stetig Fortschritte machen zu sehen, da fast aus-

[1]) Life of Jay I pp. 229, 231; Laurens von South Carolina in der Collection of the Zenger Club pp. 20, 21, angeführt bei Greeley, The American Conflict I p. 36; Bancroft VI p. 417; u. a. v. a. O.

[2]) Nach der Zählung von 1790 gab es in den Vereinigten Staaten 697,897 Sklaven. Diese vertheilten sich auf die verschiedenen Staaten wie folgt:

Norden.		Süden.	
New Hampshire	158	Delaware	8,887
Vermont	17	Maryland	103,036
Rhode Island	952	Virginia	293,427
Connecticut	2,759	North Carolina	100,572
Massachusetts (6)	—	South Carolina	107,094
New York	21,324	Georgia	29,264
New Jersey	11,423	Kentucky	11,830
Pennsylvania	3,737	Tennessee	3,417
Summa	40,370	Summa	657,527

nahmslos zugegeben wurde, daß die Abschaffung der Sklaverei aus politischen und wirthschaftlichen so wie aus sittlichen Gründen zu erstreben sei. Nach den Bekenntnissen, die allerwärts abgelegt wurden, mußte man vermuthen, daß früher oder später alle Sklavenbesitzer mit Laurens von South Carolina sagen würden: „Ich plane Mittel und Wege, vielen meiner Sklaven die Freiheit zu geben ... Große Gewalten stellen sich mir in den Weg, — die Gesetze und Gewohnheiten meines Landes, mein eigener Geiz und der Geiz meiner Landsleute ... Das sind große Schwierigkeiten, aber sie sind nicht unüberwindlich. Ich werde in meiner Zeit so viel thun, als ich kann und das Uebrige einer besseren Hand überlassen."

So weit man es jetzt überhaupt für angezeigt hielt, den Wünschen praktische Folge zu geben, so weit ging man auch mit großer Einhelligkeit. In den Artikeln der sog. Association, die der erste Kongreß am 20. Oktober 1774 abschloß und die den „Grundstein" der Union bildete, wurde bestimmt, daß vom 1. Dezember ab keine Sklaven mehr importirt werden sollten, noch der Importation in irgend einer Weise Vorschub geleistet werden dürfe.[1]) Artikel 11 erklärte, daß Diejenigen, die diesen Vereinbarungen zuwiderhandelten, „allgemein als Feinde der amerikanischen Freiheit verdammt" werden sollten, und Artikel 14 kündigte „jeder Kolonie oder Provinz", die nicht der Verbindung beiträte, als „unwürdig der Rechte von freien Männern" jeglichen Verkehr. Diese Artikel wurden, wie Chase von Ohio sich 1850 im Senate ausdrückte, „von Kolonial-Konventionen, County-Tagen und geringeren Versammlungen im ganzen Lande angenommen und wurden das Gesetz Amerika's — so zu sagen die Grundverfassung der ersten amerikanischen Union". Es ist bemerkenswerth, daß einige der emphatischsten Erklärungen für den Artikel 2 gegen die Sklavenimportation aus Sklavenstaaten kamen, welche die ersten und entschiedensten Verfechter der sklavokratischen Interessen wurden.[2])

[1]) Americ. Archiv. 4th Series p. 915.

[2]) So heißt es z. B. in der Erklärung der Repräsentanten des Darien-Distriktes in Georgia: „To show the world that we are not influenced by any contracted or interested motives, but a general philanthropy for All Mankind, of whatever climate, language, or complexion, we hereby declare our disapprobation and abhorrence of the unnatural practice of slavery in America, (however the uncultivated state of our country, or other specious arguments may plead for it) a practice founded in injustice and cruelty, and highly dangerous to our liberties, (as well as lives,) debasing part of our fellow-creatures below men, and corrupting the virtue and morals of the rest, and is laying the basis of that

In den nächsten zwei Jahren wurde derselbe Standpunkt beibehalten. Den 6. April 1776 wiederholte der Kongreß das Verbot der Sklaveneinfuhr, ohne daß von irgend einer Seite her Widerspruch erhoben worden wäre.[1]) Schon nach wenigen Monaten aber zeigte es sich, daß man in einigen Staaten mehr auf die Stimme des augenblicklichen Interesses zu hören begonnen. Jefferson hatte in dem Entwurf der Unabhängigkeitserklärung Georg III mit scharfen Worten angeklagt, weil er die Versuche verboten, „diesen abscheulichen Handel zu verhindern oder einzuschränken.“ Diese Stelle wurde, vornehmlich auf das Verlangen der Delegaten von South Carolina und Georgia, gestrichen.[2]) Denkt man an die spätere Redeweise der Sklavenbarone, so muß man es noch anerkennen, daß South Carolina und Georgia nicht gerade deswegen noch eine Verschärfung des Passus forderten, weil sie mit Patrick Henry zu dem Entschluß gekommen, „die Schuld an die Tugend“ in Spielpfennigen zu entrichten, d. h. sich mit dem Gewissen abzufinden, indem man die Schuld offen bekannte und dabei unter Berufung auf die Schwäche des Fleisches ankündigte, daß man in der süßen Sünde beharren wolle.[3])

---

liberty we contend for . . upon a very wrong foundation. We, therefore, Resolve, at all times to use our utmost endeavors for the manumission of our slaves in this colony, upon the most safe and equitable footing for the master and themselves.“ Amer. Archives, 4th Series p. 1136.

[1]) Elliot's Deb. I p. 54; Adams' Works III p. 39.

[2]) Jefferson schreibt: „the clause was struck out in complaisance to South Carolina and Georgia, who had never attempted to restrain the importation of slaves, and who, on the contrary, still wished to continue it.“ Jeff.'s Works I p. 170. Diese Stelle wird nahezu in jedem Werke über diese Periode angeführt, aber fast nie dahin berichtigt, daß in South Carolina wohl derartige Versuche gemacht worden waren. Die Bestrebungen hatten jedoch allerdings nie eine solche Bedeutung erlangt, daß England, wie in dem Falle mit Virginia, dagegen einzuschreiten gebraucht hätte. Elliot, Deb. V p. 459.

[3]) P. Henry schreibt im Jan. 1773 einem Quäker: „Is it not amazing that, at a time when the rights of humanity are defined and understood with precision, in a country above all others fond of liberty, in such an age, we find men, professing a religion the most humane, mild, meek, gentle, and generous, adopting a principle as repugnant to humanity as it is inconsistent with the Bible and destructive of liberty? Every thinking honest man rejects it in speculation, but how few in practice from conscientious motives! . . . Would any one believe that I am master of slaves of my own purchase? I am drawn along by the general inconvenience of living without them. I will not, I can not justify it; however culpable my conduct, I will so far pay my devoir to virtue, as to own the excellence and rectitude of her precepts; and lament my want of conformity to them . . . We owe to the purity of our religion, to

Die Streichung der erwähnten Stelle aus der Unabhängigkeitserklärung bildet einen Wendepunkt in dem Verhalten des Kongresses in der Sklavenfrage. Man ging nicht sogleich rückwärts, aber man blieb stehen und verlor damit eo ipso den bisher gewonnenen Boden. Bisher hatte der Kongreß als revolutionäre Körperschaft nur thatsächliche Gewalt ausgeübt. Jetzt, da man ihm gesetzliche Befugnisse ertheilte, wurde ihm jede Macht über die Sklaverei vorenthalten. Die Verantwortlichkeit dafür liegt zunächst auf dem Kongresse selbst, da er den Entwurf der Konföderations-Artikel ausarbeitete. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Staaten sich zu erheblichen Zugeständnissen verstanden haben würden, aber es hätte mindestens der Versuch gemacht werden müssen, zu erhalten, was bis dahin erreicht worden war. Die Beschlüsse von 1774 und 1776 hatten keine Gesetzeskraft, und mit dem Vorschlage, alle Handelsregulationen den Einzelstaaten zu überlassen, leistete der Kongreß Verzicht darauf, die Frage der Sklaveneinfuhr in irgend einer Weise wieder vor sein Forum zu bringen.

Die Entwickelung der Verhältnisse hat die Größe des begangenen Fehlers nachgewiesen. Der Tadel darf jedoch nicht lediglich nach der Größe des Fehlers bemessen werden. Während der Kriegsjahre konnte die Sklavenfrage nur wenig Berücksichtigung finden, da der Kongreß durch viel dringlichere Aufgaben in Anspruch genommen war. Selbst im Norden wurde sie vertagt, so weit sie eine nationale war. Hinsichtlich ihrer eigenen Sklaven gingen mehrere der nördlichen Staaten viel weiter, als die Kontinentalkongresse gethan. In New York kam die allmähliche Emanzipation ernstlich zur Sprache und konnten die betreffenden Vorschläge auch nicht gleich durchdringen, so gewann man doch die richtige Ueberzeugung, daß es nicht mehr lange damit anstehen werde; Pennsylvania schob die Entscheidung nicht in die unbestimmte Zukunft hinaus, sondern sicherte sich sogleich baldige und vollständige Befreiung von dem Uebel; in Massachusetts waren bereits vor der Unabhängigkeitserklärung von den Geschworenengerichten wiederholt Urtheile abgegeben worden, die nur von der Annahme aus zu rechtfertigen waren, daß die Sklaverei keine gesetzliche Existenz in der Kolonie habe; u. s. w.[1]) Erst nach Beendigung des Krieges erhielten aber die Anti-

---

show that it is at variance with that law which warrants slavery . . . I could say many things on this subject, a serious view of which gives a gloomy prospect to future times." Bancroft VI pp. 416, 417.

[1]) Siehe das Nähere bei Goodell pp. 109—117. — Mit der vollständigen Abschaffung der Sklaverei ging es jedoch auch im Norden sehr langsam. Vielen

Sklavereibestrebungen wieder mehr einen nationalen Charakter. Die Abolitionsgesellschaft von Pennsylvania nahm ihre Thätigkeit mit größerer Energie und erweitertem Programme wieder auf und in New-York, Rhode Island, Connecticut, Maryland, Virginia und New Jersey wurden unter Mitwirkung der hervorragendsten Männer Abolitionsgesellschaften gegründet.[1]) Die Südstaaten sahen hierin keineswegs von Anfang an eine Verletzung ihres „souveränen" Selbstbestimmungsrechtes und eine Kriegserklärung gegen ein vitales, ihnen eigenthümliches Interesse. Noch war auch in ihnen der Geist nicht ganz ausgestorben, der die ausnahmslose praktische Anerkennung der Menschenrechte nicht nur wünschte, sondern auch für möglich hielt und zu verwirklichen suchte. So wurde z. B. in Virginia 1778 die Importation von Sklaven verboten und ein Ausschuß, der mit der Revision der Gesetze beauftragt war, entwarf sogar einen Plan einer allmählichen Emanzipation aller Sklaven durch das Gesetz. Allein wo Bundesangelegenheiten, welche die Sklaverei betrafen, zur Berathung und Beschlußnahme kamen, da traten die Südstaaten in einer Weise fordernd auf, die da verrieth, wie wenig sie im Grunde an das baldige Ende der „verabscheuungswürdigen Institution" glaubten.

Am 12. Juli 1777 kam die Frage der Bundesbesteuerung im Kongresse zur Debatte. Der betreffende Artikel in dem Entwurfe der Konföderations-Artikel schlug vor, die Bundessteuern nach dem Verhältniß der gesammten Einwohnerzahl der verschiedenen Staaten umzulegen. Chase von Maryland beantragte statt dessen die Umlage nach Verhältniß der „weißen Einwohner", denn man wolle die Besteuerung nach der Bevölkerungsziffer regeln, die Sklaven aber seien „Eigenthum" und die Südstaaten würden daher bei Annahme des Paragraphen in seiner gegenwärtigen Fassung doppelt besteuert werden. Diese Argumentation wurde von Abgeordneten der nördlichen Staaten beanstandet. Es ist bemerkenswerth, daß John Adams seine Einwendungen auf die Behauptung stützte, daß die Einwohnerzahl als Maßstab für den Reichthum eines Staates adoptirt werden sollte und Sklaven nicht weniger überschüssigen Reichthum als freie Männer pro-

---

Lesern wird die Thatsache überraschend sein, daß noch 1840 Massachusetts, Maine, Vermont und Michigan die einzigen Staaten waren, die gar keine Sklaven hatten. Die Gesammtzahl der Sklaven in den sog. freien Staaten betrug in diesem Jahre noch 1,129. Census of 1840.

[1]) In den fünf letztgenannten Staaten wurden die Gesellschaften jedoch erst organisirt, nachdem die neue Konstitution in Kraft getreten war.

duzirten. Wilson schloß sich dieser Ansicht an, indem er sie weiter dahin erläuterte, daß freie Arbeiter allerdings mehr produzirten, aber auch in demselben Verhältnisse mehr konsumirten.[1])

Am 13. Oktober kam die Frage wieder vor den Kongreß. Nachdem der Antrag, die Bundessteuern nach dem gesammten Eigenthume umzulegen, verworfen worden war, wurde beantragt, die Sklaven vollständig von der Besteuerung auszunehmen. Die vier Neu England Staaten stimmten dagegen, Virginia, Maryland und die beiden Carolinas dafür. Die Entscheidung lag mithin bei den Mittelstaaten. Das Votum von Pennsylvania und New York war getheilt. New Jersey hatte daher den Ausschlag zu geben und gab ihn zu Gunsten des Südens.[2]) Harrison hatte in der Debatte vom 12. Juli den Vorschlag gemacht, hinsichtlich der Besteuerung zwei Sklaven gleich einem Freien zu rechnen. Wilson hatte darauf entgegnet, daß dieses eine Prämie auf die weitere Importation von Sklaven aussetzen hieße. Ein nördlicher Staat und zwar ein nördlicher Staat dritten Ranges zahlte jetzt auf Kosten der Union den Südstaaten diese Prämie.[3])

Weder im Süden noch im Norden wurde die Tragweite dieses ersten Sieges des Sklavenhalterinteresses ermessen. Die Südstaaten waren bis jetzt nur auf die Wahrung ihres eigenen unmittelbaren Interesses bedacht; der Gedanke einer sklavokratischen Propaganda lag ihnen noch vollständig fern. Nachdem Virginia (1. März 1784) sein Gebiet nordwestlich vom Ohio der Union abgetreten hatte, unterbreitete ein auf Jefferson's Antrag eingesetzter Ausschuß dem Kongresse einen Plan für die Regierung des „schon abgetretenen oder noch von Einzelstaaten den Vereinigten Staaten abzutretenden Gebietes". Unter der letzteren Bezeichnung war das North Carolina und Georgia gehörige Gebiet zwischen 31° und 47° nördl. Br. verstanden, das die heutigen

---

[1]) Siehe die ganze Debatte nach Jefferson's Aufzeichnungen in Elliot's Deb. I pp. 70—74.

[2]) Bancroft IX p. 442; Wilson, Rise and Fall of the Slave Power in America I p. 16.

[3]) Im März 1783 brachte der Bericht über Einkünfte die Frage nochmals vor den Kongreß. Der Ausschuß kam auf den 1777 von Harrison gemachten Vorschlag zurück. Madison beantragte statt dessen, 5 Sklaven gleich 3 Freien zu rechnen. Das Amendement wurde angenommen, aber gleich darauf die ganze Klausel gestrichen. (Elliot Deb. V p. 79) Hamilton beantragte jedoch am 1 Apr. Rekonsideration und darauf wurde Madison's Antrag ohne Opposition angenommen. (ibid V p. 81). So wurde hier der Keim zu dem berüchtigten Dreifünftel-Kompromiß gepflanzt.

Staaten Tennessee, Alabama und Mississippi umfaßte. Der Entwurf legte das ganze Gebiet in künftige Staaten aus und bestimmte u. A., daß in denselben nach dem Jahre 1800 „weder Sklaverei noch unfreiwillige Knechtschaft“ bestehen solle. Spaight von North Carolina beantragte am 19. April die Streichung dieses Punktes. Die vier Neu England Staaten, New York und Pennsylvania stimmten für seine Beibehaltung, Maryland, Virginia und South Carolina gegen dieselbe, und das Votum von North Carolina fiel wegen Theilung seiner Stimmen fort. Die Entscheidung lag somit wieder bei New Jersey, da die Konföderations-Artikel ein Votum der Majorität aller Staaten zur Annahme eines Beschlusses erforderten. Da jedoch nur ein Delegat von New Jersey anwesend war, so konnte das Votum des Staates nicht abgegeben werden und das Sklavenhalterinteresse trug durch diesen Zufall wiederum den Sieg davon. Die Bedeutung desselben war weit größer als die des ersten in der Besteuerungsfrage. Wären Kentucky, Tennessee, Alabama und Mississippi der Sklaverei entrissen worden, so hätten die freien Staaten sehr bald ein entscheidendes Uebergewicht gehabt. Unzweifelhaft wurde dadurch das Votum von Maryland, Virginia und South Carolina bestimmt. Allein man würde den Geist einer späteren Periode in diese Zeit hineintragen, wenn man das so auffassen wollte, als hätten sie damit die Perpetuirung der Sklaverei und die Aufrichtung der Sklavokratie bezweckt. Die in Rede stehenden Gebiete wurden von Sklavenstaaten der Union abgetreten und diese hielten es daher nur für recht und billig, daß die Sklaverei in denselben gestattet bleibe, da sie selbst ihrer noch nicht ledig waren. Ihr sittliches und politisches Urtheil über die Sklaverei war nicht in dem Votum angezeigt. Noch hatte sich das Interesse nicht mit solcher Gewalt geltend gemacht, daß die Selbsttäuschung zur bewußten Selbstlüge geworden wäre.

Die sog. Ordinanz von 1787 gibt den thatsächlichen Beweis für die Richtigkeit der vorstehenden Ansicht. Den 11. Juli legte ein Ausschuß, dem Nathan Dane von Massachusetts präsidirte, dem Kongreß einen Plan für die Regierung des nordwestlich vom Ohio gelegenen Territoriums vor. Artikel VI des „Vertrages (compact) zwischen den ursprünglichen Staaten und dem Volke und den Staaten in dem genannten Territorium“ verbot für immer Sklaverei und unfreiwillige Knechtschaft, verpflichtete aber zur Auslieferung von Flüchtlingen, „von denen in den ursprünglichen Staaten gesetzlich Arbeit oder Dienst gefordert werden darf“. Der ganze Entwurf wurde den 13. Juli einstim-

mig von den Staaten angenommen und das einzige Kongreßmitglied, das gegen ihn stimmte, war Yates von New York.[1])

Der Bereitwilligkeit, mit der die nördliche Hälfte des Territorialgebietes der freien Arbeit zugewiesen wurde, stand die Hartnäckigkeit schroff gegenüber, mit der gleichzeitig das Sklavenhalterinteresse der Südstaaten verfochten wurde. Während der Kongreß in New York die Ordinanz von 1787 votirte, tagte in Philadelphia die Konvention, welche die Bundesverfassung lebensfähig machen sollte. Einige der südstaatlichen Delegaten blieben auch hier ihren Grundsätzen aus der Revolutionszeit treu, die entscheidende Stimme aber gehörte denen, die Freiheit und Menschenrechte mit Worten abfänden und Privilegium über Privilegium zur Stütze der Sklaverei forderten.

Eine alle Einzelheiten erschöpfende Geschichte des Kampfes um diese Forderungen geht über die Grenzen hinaus, die diesem Buche haben gesteckt werden müssen.[2]) Die bloße Angabe der Resultate reicht jedoch gleichfalls nicht hin. In diesen Debatten zerreißen zum ersten Male die Nebel, die bisher ein scharfes Erfassen des wahren Standes der Sklavenfrage unmöglich gemacht. Die Risse sind weit genug, um erkennen zu lassen, daß hinter ihnen eine Welt von Kampf, von Kampf bis zum Messer liegt, wenn sich auch noch nicht bestimmen läßt, wie er sich abspinnen und wie er enden wird.

Der Streit entbrannte über der Frage der Repräsentation und der direkten Besteuerung. Wilson von Pennsylvania, ein klarer staatsmännisch denkender Kopf und entschiedener Gegner der Sklaverei, stellte den Antrag, daß hinsichtlich der Repräsentation fünf Sklaven gleich drei Freien gerechnet werden sollten.[3]) Wer in der Politik seine Erleuchtung einzig und allein aus seiner Prinzipienbibel schöpft, der macht sich zum Don Quixote: „Die politische Politik" ist eine Nothwendigkeit. Ein Zugeständniß aber, das ein weder sittlich noch politisch zu rechtfertigendes Prinzip involvirt, ist ein Bleigewicht, das auch dem stärksten politischen Schwimmer früher oder später zu schwer wird. Wilson hatte 1777 den ähnlichen Vorschlag Harrison's eine Prämie auf die Sklavenimportation gescholten. Jetzt bot er selbst die Prämie an,

---

[1]) Der erste Kongreß unter der neuen Konstitution bestätigte den 7. Aug. 1789 die Ordinanz. Beide Akte stehen Stat. at L. I pp. 50—53.

[2]) Der Leser, der sich genauer unterrichten will, ohne selbst die Quellen (Elliot's Debates) zu durchforschen, findet eine genaue und eingehende Schilderung in Curtis' History of the Constitution.

[3]) Elliot's Deb. V p. 181.

nur noch in viel werthvollerer Münze gezahlt. Der Vorschlag wurde vorläufig mit neun gegen zwei[1]) Stimmen angenommen und später noch von einem Ausschusse wieder vor die Konvention gebracht.[2]) Wilson traf also nicht nur ganz persönlich der Vorwurf, daß er seinen Grundsätzen untreu geworden sei: Die große Majorität der Konvention hieß seinen Antrag gut, und es wurde dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich ja der Kongreß schon in der Steuerfrage auf dasselbe Kompromiß zwischen den nördlichen und südlichen Staaten geeinigt habe.

Wilson rechtfertigte sich mit der „Nothwendigkeit eines Kompromisses"[3]). Sherman und Ellsworth suchten im weiteren Verlauf der Debatten gleichfalls die Parteien dadurch einander näher zu bringen, daß sie die Unvermeidlichkeit eines Kompromisses urgirten, und nach und nach wurden denn auch Propositionen gefunden, auf die sich eine genügende Majorität verständigte. Noch war das Geschlecht der nördlichen Politiker nicht entstanden, das seinen Ehrgeiz darein setzte, die Schleppenträger der Sklavokratie zu sein. Der Kampf war daher hart. Als das Dreifünftel-Kompromiß wieder zur Abstimmung kam, stimmten nur Connecticut, Virginia, North Carolina und Georgia dafür und Massachusetts, New Jersey, Pennsylvania, Delaware, Maryland und South Carolina dagegen.[4]) Unter den verneinenden Staaten wurden natürlich die drei ersten und South Carolina durch gerade entgegengesetzte Gründe zu ihrem Votum bestimmt.[5]) Alle Südstaaten stimmten darin mit Randolph überein, daß sie eine „ausdrückliche Sicherheit" für Berücksichtigung der Sklaven bei Berechnung der Repräsentationsrate verlangen müßten.[6]) Pinckney genügte das jedoch nicht. Er forderte die vollständige Gleichstellung der Sklaven und Freien in dieser Beziehung.[7]) Auf der anderen Seite weigerten sich Abgeordnete der nördlichen Staaten, „dem Sklavenhandel eine solche Ermuthigung zu geben, wie es durch eine Repräsentationsbewilligung für die Neger geschehen würde". Gouverneur Morris gestand zu, daß der vollständige Ausschluß derselben unbillig gegen die Südstaaten sein würde; allein, da er nur die Wahl habe, gegen diese oder gegen „die mensch-

---

1) Delaware und New Jersey.
2) Elliot's Deb. V p. 190.
3) Ibid. V p. 301.
4) Elliot's Deb. V p. 301.
5) Maryland wünschte nur eine andere Phraseologie.
6) Elliot's Deb. V p. 304.
7) Ibid. V p. 305.

liche Natur ungerecht" zu sein, so könne seine Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Dabei sprach er aber die Ueberzeugung aus, daß die Südstaaten „nie unter Bedingungen konföderiren würden, die sie des Sklavenhandels beraubten.[1]") Legalisirung und direkte Begünstigung einer schreienden Verletzung der Menschenrechte durch das Staatsgrundgesetz oder Verzicht auf die Union, das war also nach Morris' Ansicht die Alternative, vor der man stand. Ihre Rechtfertigung fand diese Ueberzeugung in den Erklärungen eines Theiles der südstaatlichen Delegaten in der Debatte über die Frage des Sklavenhandels.

In dem Ausschußberichte, den Rutledge am 6. August der Konvention vorlegte, bestimmte Art. VII Sect. 5. des Verfassungsentwurfes: „Keine Steuer noch Zoll soll von der Legislatur . . auf die Einwanderung oder Importation solcher Personen gelegt werden, deren Zulassung die verschiedenen Staaten für angemessen erachten; noch soll diese Einwanderung oder Importation verboten werden." Die beiden Pinckney's erklärten, daß South Carolina, Baldwin daß Georgia, Williamson daß die südlichen Staaten im Allgemeinen die Verfassung nicht annehmen könnten, wenn der Bundeslegislative nicht jede Befugniß in den genannten beiden Hinsichten vorenthalten würde.[2]) Die nördlichen Staaten sollten sich damit zufrieden geben, daß „vielleicht" alle Südstaaten nach dem Beispiele von Virginia und Maryland von sich aus die Sklavenimportation verbieten würden, wenn man sie ganz ihren eigenen Entschließungen überließe. Ch. C. Pinckney verschmähte es, sich mit einer solchen Spiegelfechterei zu decken. Er gestand freimüthig, daß von South Carolina höchstens ein zeitweiliges (occasionally) Verbot der Importation zu erwarten sei[3]). Die Delegaten von Connecticut haben den traurigen Ruhm, auch die anderen südstaatlichen Delegaten dazu ermuthigt zu haben, gleichfalls das Visir weit zurückzuschlagen. Roger Sherman mißbilligte den Sklavenhandel, meinte aber dabei, „das öffentliche Wohl verlange nicht", daß den Staaten das Recht der Sklavenimportation entzogen würde. Ellsworth ging noch viel weiter. Dem künftigen Oberrichter der Vereinigten Staaten waren „Moralität und Weisheit der Sklaverei" Dinge, welche die Union nichts angingen. Mit dreister Hand warf er den Dollar als entscheidendes Gewicht in die Wagschale.[4]) Beurtheilten schon jetzt

---

[1]) Ibid. V p. 301.

[2]) Ibid. V p. 379, 459, 460.

[3]) Ibid. V p. 460; vergl. a. IV pp. 272, 273.

[4]) „Let every state import what it pleases. The morality or wisdom of

einige der gebildetsten Männer des Nordens die Sklavenfrage mit solcher sittlichen und politischen Stumpfheit, so ist es begreiflich, daß sich auch schon jetzt im Süden Männer fanden, die mit den Träumereien der Revolutionszeit von einer baldigen allgemeinen Emanzipation vollständig abgethan hatten. Ch. C. Pinckney sagte es rund heraus: „South Carolina und Georgia können der Sklaven nicht entbehren.“ Weit entfernt nach Entschuldigungen dafür zu suchen, rechnete er vielmehr das Exempel Ellsworth's im Einzelnen nach.[1]) Rutledge that den letzten Schritt. Er wies prinzipiell jede Einsprache der „Religion und Menschlichkeit“ zurück, denn „Nationen ist allein Interesse das leitende Prinzip.“[2]) South Carolina, Georgia und North Carolina würden nicht „solche Narren“ sein, sich eines so wichtigen Interesses zu begeben.[3]) So sprach ein anderer Mann, der später zum Oberrichter der Vereinigten Staaten ausersehen wurde.

Den extremen Vertretern des Sklavenhalterinteresses konnte also sicher nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie ihre Stellung nicht scharf definirt hätten. Mit offenen Augen und vollkommen unterrichtet schlossen die Delegaten der Nordstaaten den Pakt. Ihr Beweggrund, wie sie in Philadelphia und später in den Ratifikationskonventionen der verschiedenen Staaten wiederholt erklärten, war die feste Ueberzeugung, nur auf diese Weise die Union erhalten zu können.

Das Kompromiß, wie der Handel genannt wurde, enthält zwei Punkte: 1) Repräsentation und direkte Besteuerung sollten in gleichem Verhältniß Statt finden und fünf Sklaven dabei gleich drei Freien gerechnet werden[4]); 2) dem Kongresse wurde untersagt, den zur Zeit

slavery are considerations belonging to the states themselves. What enriches a part enriches the whole, and the states are the best judges of their particular interest. The old Confederation had not meddled with this point; and he did not see any greater necessity for bringing it within the policy of the new one.“ Ibid. V p. 457.

[1]) „He contended that the importation of slaves would be for the interest of the whole Union. The more slaves, the more produce to employ the carrying trade; the more consumption also; and the more of this, the more revenue for the common treasury.“ Ibid. V p. 459. Vrgl. a. IV p. 296.

[2]) „Religion and humanity had nothing to do with this question. Interest alone is the governing principle with nations. The true question at present is, whether the Southern States shall or shall not be parties to the Union. If the Northern States consult their interest, they will not oppose the increase of slaves which will increase the commodities of which they will become the carriers.“ Ibid. V p. 457.

[3]) Ibid. V p. 460.

[4]) Art. I. Sect. 2. § 3.

existirenden Staaten vor dem Jahre 1808 die Importation von Sklaven zu verbieten, aber es wurde ihm gestattet, dieselbe mit einer Steuer bis zu $ 10 per Kopf zu belegen.[1])

In diesen Bestimmungen war nicht alles bewilligt, was von einigen südstaatlichen Delegaten verlangt worden war. Ob und wie weit sie sonst noch als Kompromiß bezeichnet werden können, bedarf einer genaueren Prüfung.

Unter der Konföderation waren die Staaten als solche vertreten und jeder hatte daher eine gleiche Stimme. Dieses Prinzip wurde in modifizirter Form hinsichtlich der Vertretung im Senate beibehalten. Hinsichtlich der Repräsentation im Hause wurde dagegen die Bevölkerungsziffer als Basis genommen. Man ging jedoch dabei nicht von einem bestimmten und ganz klar formulirten Gedanken aus. In den Debatten wurde wohl am häufigsten hervorgehoben, daß die Bevölkerungsziffer der sicherste Maßstab für die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit, resp. für den Volkswohlstand sei. War die Annahme richtig und sollte die Repräsentation allein nach dem Volkswohlstande bemessen werden, so ließ sich nichts gegen den ersten Punkt des Kompromisses einwenden, vorausgesetzt das Verhältniß zwischen den Leistungen des Sklaven und des Freien war annähernd richtig bestimmt. Der Süden prätendirte jedoch, daß er den Norden weit an Reichthum übertreffe, und benutzte diesen Umstand stets zur nachdrücklicheren Urgirung seiner Forderungen. War diese Behauptung begründet, so war mithin sowohl seine Repräsentations- als seine Steuerquote zu niedrig angesetzt. Seinen Anspruch auf größeren Reichthum stützte er nicht auf höhere wirthschaftliche Befähigung oder größeren Fleiß. Die Ausdehnung der Staaten, die Fruchtbarkeit des Bodens, der bedeutende Werth seiner Produkte und die Sklaven waren die wesentlichsten Faktoren seiner Rechnung. Er gab damit zu, daß außer der Bevölkerungszahl noch viele andere Momente in Anschlag gebracht werden müßten, um auch nur annähernd die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit zu bestimmen. Es war also offenbar unbillig, die Repräsentation und die direkten Steuern lediglich nach der Bevölkerungszahl zu repartiren, wenn diese dabei nur als volkswirthschaftlicher Werthmesser betrachtet wurde. Außerdem und vor allen Dingen aber steht es mit der Idee nicht nur einer demokratischen Republik, sondern jedes Repräsentativstaates in Widerspruch, der Repräsentation ausschließlich volkswirthschaftliche Momente zu Grunde zu

---

[1]) Art. I Sect. 9. § 1.

legen. Die Idee der Repräsentation geht stets mehr oder minder auf das Individuum zurück, dem als Glied der staatlichen Gemeinschaft durch die Repräsentation ein indirekter Antheil an der Regelung der staatlichen Angelegenheiten zusteht. Daß die politischen Institutionen in keinem Staate je die Idee vollkommen realisirt haben und nie vollkommen realisiren können, ändert hieran nichts. Die Institutionen nähern sich mehr oder minder der Realisirung der Idee und es waltet nur ein gradueller Unterschied ob, wenn von allen volljährigen Männern oder nur von einem Theil derselben jenes Recht in so zu sagen vormundschaftlicher Weise für die Gesammtheit der Bevölkerung ausgeübt wird. Auch wo eine sog. Interessenvertretung oder eine Gruppirung der Bevölkerung mit graduirter Repräsentationsquote Statt hat, bleibt die Idee der Repräsentation dieselbe. Nicht Interessen als solche werden vertreten, sondern eine Anzahl von Individuen als Träger gewisser Interessen, und die Graduirung des Repräsentationsrechtes erkennt nur den Grundsatz an, daß es nach dem Verhältniß gewisser Leistungen für die Gesammtheit normirt werden soll, aber es stößt nicht den Grundsatz um, daß dem Individuum als Glied der staatlichen Gemeinschaft durch die Repräsentation ein indirekter Antheil an der Regelung der staatlichen Angelegenheiten zusteht. Die Voraussetzung dieses Rechtes muß aber der Natur der Sache nach die staatsbürgerliche Existenz des Individuums oder mindestens die volle Anerkennung seiner persönlichen Existenz durch den Staat sein. Die Sklaven waren selbstverständlich nicht Staatsbürger und in den Südstaaten fehlte ihnen im rechtlichen Sinne thatsächlich auch die persönliche Existenz, obgleich die Bundesverfassung sie als „Personen" bezeichnete. Die Sklaven hatten überhaupt keine Rechte, denn jedes Recht ist positiv, während die sogenannten Rechte der Sklaven nur negativ, d. h. Beschränkungen der Willkür ihrer Herren waren. Es war daher ein Widerspruch in sich, von einer Repräsentation der Sklaven zu reden. Nicht die Rechte und Interessen der Sklaven waren vertreten, sondern die Leute, die es für ihr Interesse ansahen, sie absolut rechtlos zu halten, waren als Eigner der Dingmenschen oder Menschendinge stärker vertreten als die übrigen zur Vertretung berechtigten Individuen. Es ist nie bestritten worden, daß nicht nur die Staaten im Verhältniß zu ihrer Bevölkerungszahl vertreten waren, sondern auch die Bevökerung der Staaten vertreten sein sollte. Ch. C. Pinckney erklärte jedoch ausdrücklich in den Debatten der Legislatur von South Carolina über die Konstitution, daß die Sklaven als Eigenthum in der Repräsentation veranschlagt

worden seien, die Sklavenhalter mithin außer dem allen freien und auf bestimmte Zeit zu Dienst verpflichteten „Personen" der Bevölkerung gleich zugemessenen Repräsentationsrechte als Inhaber dieser bestimmten Art von Eigenthum noch ein weiteres Repräsentationsrecht erhalten hätten.[1]) In der Verfassung stand das freilich nicht in deutlichen Worten zu lesen. Sie sagte überhaupt nicht, Wer oder Was repräsentirt sein sollte, sondern sprach nur von **Vertheilung** der Repräsentation. Dieser Umstand ist im höchsten Grade von den nördlichen Politikern ausgenutzt worden, die den Handel nicht nur durch die traurige Nothwendigkeit rechtfertigten, sondern seine vollständige Billigkeit darzuthun suchten. Durch all das Gewirr von Trugschlüssen kommt man aber doch immer auf die einfachen Thatsachen heraus, daß dem Süden eine Eigenthumsrepräsentation zugestanden war, die der Norden nicht hatte und daß in Folge dessen hinsichtlich der Vertretung im Repräsentantenhause die Stimme eines Besitzers von 50 Sklaven so viel wie die von 30 Freien wog.

In den Ratifikationskonventionen der nördlichen Staaten wurde von den Vertheidigern der Konstitution die weitere Bestimmung, daß bei der direkten Besteuerung die Sklaven gleichfalls in dem Verhältniß von 5 zu 3 belastet werden sollten, als eine dem Norden für dieses Zugeständniß bewilligte Entschädigung geltend gemacht. Dieser Ersatz erwies sich jedoch als ein gänzlich fiktiver, weil die direkten Steuern, die erhoben werden mußten, nicht der Rede werth waren. Außerdem zahlte der Norden ungleich viel mehr an indirekten Steuern, da von der ganzen Sklavenbevölkerung auf diesem Wege so gut wie nichts in den Bundesschatz floß. Der Süden hat wie in der Repräsentation so auch in der Beisteuer zur Unterhaltung der Bundesregierung den Vortheil gehabt.

Für den zweiten Punkt des Kompromisses konnte von den nordstaatlichen Delegaten gleichfalls angeführt werden, daß die Erhaltung der Union von seiner Annahme abgehangen hätte, vorausgesetzt die Drohungen der Delegaten der beiden Carolinas und Georgia's wären von ihren resp. Staaten wahr gemacht worden.[2]) Viele Vertheidiger der Konstitu-

---

[1]) „We thus obtained a representation **for our property**; and I confess I did not expect that we had conceded too much to the Eastern States, when they allowed us a representation for a species of property which they have not among them." Elliot's Deb. IV p. 283.

[2]) Einige spätere Aeußerungen der Delegaten sprachen freilich dafür, daß man die Probe hätte wagen dürfen. So sagte z. B. Ch. C. Pinckney in der Legislatur von South Carolina: „The honorable gentleman alleges that the Southern States are weak. I sincerely agree with him. We are so weak by ourselves

tion priesen aber auch die Bestimmung über die Sklavenimportation als eine große Errungenschaft für den Norden und für die Freiheit. Diese Ansicht ließ sich auch ebenso gut wie die gegentheilige vertheidigen, je nachdem wie weit zurück man seinen Standpunkt für die Beurtheilung wählte. Unter den Konföderations-Artikeln, hieß es, habe der Kongreß gar keine Macht über die Sklavenimportation. Es sei daher offenbar ein Fortschritt, daß er sie jetzt durch eine Besteuerung erschweren und nach zwanzig Jahren vollständig solle verbieten können. Darauf wurde mit der Bemerkung Madison's in der Konvention geantwortet, daß zwanzig Jahre für das Unheil hinreichen würden, das von der Freigebung der Sklaveneinfuhr befürchtet werden könne.[1]) Mason war derselben Meinung gewesen und hatte zur Begründung derselben darauf hingewiesen, daß der Westen schon jetzt stark nach Sklaven verlange. Auf der anderen Seite wiegte man sich noch immer in der Hoffnung, daß ein Verbot der Zufuhr von Afrika auch nach zwanzig Jahren noch hinreichen würde, das allmähliche Absterben der Sklaverei zu sichern[2]). Dieser Ansicht wurde von sehr gewichtiger Seite mit größter Entschiedenheit widersprochen. In der Legislatur von South Carolina war die Klausel über die Sklavenimportation mit der wesentlichste Einwand, der gegen die Konstitution erhoben wurde. Ch. C. Pinckney hielt die ausbedungene zwanzigjährige Frist für vollkommen zureichend und erklärte dabei, daß er sich jeder Beschränkung der Importation widersetzen würde, „so lange noch ein Acker Morast in South Carolina ungerodet sei." Barnwell bespöttelte sogar die Furcht, daß die östlichen Staaten noch nach zwanzig Jahren ihr wahres Interesse so wenig begreifen würden, der Importation Hindernisse in den Weg zu legen: „wenn wir ihm nicht selbst ein Ende machen, so wird der Negerhandel

we could not form a union strong enough for the purpose of effectually protecting each other. Without union with the other states, South Carolina must soon fall. Is there any one among us so much a Quixote as to suppose that this state could long maintain her independence if she stood alone, or was only connected with the Southern States? I scarcely believe there is." Elliot's Deb. IV pp. 283, 284.

[1]) Ibid. V p. 477.

[2]) „But we may say, that, althoug slavery is not smitten by apoplexy, yet it has received a mortal wound, and will die of a consumption." Dawes in der Ratifikationskonvention vou Massachusetts. Elliot's Deb. II p. 41. Vrgl. auch Wilson in der Konvention von Pennsylvania ibid. II p. 452. J. Adams schrieb noch 1801 in schwer zu verstehender Verkennung der Thatsachen: „the practice of slavery is fast diminishing." Adams' Works IX p. 92.

[4]) Elliot's Deb. IV p. 285.

ewig fortdauern."[1]) Das bedenkliche Ansehen, daß der vorgebliche Sieg der Sache der Freiheit durch derartige Aeußerungen gewann, erschien noch zweifelhafter, wenn man auf die Geschichte von 1774 und 1776 zurückging. Damals waren die Delegaten aller Kolonien dafür gewesen, dem Sklavenhandel sogleich und für immer ein Ende zu machen. Jetzt wurde Virginia angeklagt, nur aus „Interesse" sich der unbeschränkten Importation zu widersetzen, und South Carolina wußte nur noch von „religiösen und politischen Vorurtheilen" der östlichen Staaten gegen die Sklaverei.

Man brauchte jedoch nicht so weit zurückzugehen, um Belege dafür zu finden, daß das öffentliche Urtheil über die Sklaverei laxer werde. Die Verfassung enthielt noch eine dritte die Sklaverei betreffende Bestimmung, die bezeichnender Weise sehr geringe Beachtung in den Ratifikationskonventionen der nördlichen Staaten fand. Art. IV, Sekt. 2, § 3 setzte fest, daß in einem Staate gesetzlich zu „Dienst oder Arbeit" verpflichtete Personen, die in einen anderen Staat flüchteten, nicht durch ein Gesetz oder „eine Regulation" desselben des Dienstes oder der Arbeit entbunden, sondern auf Verlangen ausgeliefert werden sollten. Dieser Artikel war von der Konvention zu Philadelphia ohne Debatte einstimmig angenommen worden[2].) Das war ein großer und folgenschwerer Rückschritt. Die Konföderations-Artikel hatten keine ähnliche Bestimmung enthalten und es war nie prätendirt worden, daß die Auslieferung flüchtiger Sklaven eine selbstverständliche Verpflichtung sei. Selbst Ch. C. Pinckney gab zu, daß der Süden hiermit ein neues Recht erworben habe.[3]) Hatten die Konföderations-Artikel den Staaten keinerlei Schranken hinsichtlich der Sklaverei gezogen, so hatten sie auch andererseits der Union keinerlei Verpflichtungen auferlegt. Die neue Konstitution that dieses und das ist der wunde Punkt des Sklaverei-Kompromisses der Verfassung. Die Sklaverei war nicht zu einer Bundesinstitution gemacht und die Verfassung enthielt nicht, wie später behauptet wurde, eine förmliche „Garantie"[4])

---

[1]) Ibid. IV pp. 296, 297.

[2]) Ibid. V p. 492. Nur die Wortfassung wurde in der Schlußredaktion der Verfassung geändert. — Die Klausel fand auch auf Lehrlinge und auf die sog. bound servants Anwendung, selbstverständlich war sie aber vorwiegend gegen flüchtige Sklaven gerichtet.

[3]) Ibid. IV p. 286; s. a. p. 176.

[4]) In Sachen Prigg v. The Commonwealth of Pennsylvania erklärt jedoch das Oberbundesgericht: „Historically, it is well known that the object of this

der „besonderen Institution", aber sie erkannte sie auch nicht nur, wie die Konföderations-Artikel gethan, stillschweigend an: es waren drei Bestimmungen von der größten Wichtigkeit zu Gunsten der Sklaverei in das Grundgesetz des Bundes aufgenommen und, ganz abgesehen von dem Inhalte dieser Bestimmungen, **dadurch** dem morschen Bau ein mächtiger Pfeiler zur Stütze untergeschoben. Wenn dabei die Worte Sklave und Sklaverei nicht gebraucht waren, so hatte das nicht nur keinen Werth, sondern es machte die Sache noch schlimmer. Nie hat man es mit einem erbärmlicheren Kniffe versucht, sich selbst und die Welt über Thatsachen zu belügen, die so wenig wie die Sonne vom Firmamente weggelogen werden konnten. Das Schlimmste aber war, daß man sich nicht auf Verlangen des Südens sondern des Nordens der Umschreibungen bediente.[1]). Die Plantagenbesitzer waren schon in solchem Grade Sklavokraten geworden, daß ihre Ohren nicht mehr von dem Worte beleidigt wurden, das schon in seinem Klange seine Verdammung in sich trägt; und der Norden, der hinfort allein das Panier der Freiheit zu tragen hatte, war schon so sittlich feige geworden, daß er sich durch Vermeidung des Wortes vor der Verantwortlichkeit für die gesetzliche Anerkennung des Dinges zu flüchten suchte.

Einige der entschiedensten Gegner der Sklaverei haben sonderbarer Weise später die rechtliche Basis für ihren Kampf gegen dieselbe darin gesucht, daß die Konstitution keine „Sklaven" sondern nur „Personen" kenne. Das mochte ein gutes Thema für sehr folgerichtige Dissertationen abgeben, aber die Dissertationen zerschnitten nicht das starke Seil der Logik der Thatsachen, an dem der Süden den Norden Schritt für Schritt auf seinen Bahnen weiter zerrte. In einem anderen Kapitel ist bereits erzählt worden, mit welcher Anmaßung der Süden gleich bei der ersten Gelegenheit auftrat. Antworten konnte man ihm, aber ihm Schweigen aufzuerlegen, war unmöglich. Aus der Distelsaat

---

clause was to secure to the citizens of the slaveholding States the complete right and title of ownership in their slaves, as property, in every State in the Union into which they might escape from the State where they were held in servitude. The full recognition (!) of this right and title was indispensable to the security of this species of property in all the slaveholding States; and, indeed, was so vital to the preservation of their domestic interests and institutions, that it cannot be doubted that it constituted a fundamental article without the adoption of which the Union could not have been formed." Peters' Rep. XVI p. 611; Curtis XIV pp. 420, 421.

[1]) Elliot's Deb. II pp. 451, 452; IV pp. 102, 176; V p. 477.

keimten in Amerika so wenig als anderwärts Feigenbäume. Das Prinzip war um der Union willen verhandelt worden, darum sah man sich bei jeder neuen Forderung, welche der Sklavokratie von ihrem Selbsterhaltungstriebe diktirt wurde, abermals vor die Alternative gestellt, nachzugeben und damit sich um einen weiteren Schritt, von dem richtigen Prinzip zu entfernen, oder die Union zu gefährden. Das war die Folgerung, welche die unerbittliche Logik der geschichtlichen Gerechtigkeit, d. h. der sittlichen Weltordnung zog. Das Steuer konnte ohne Zerreißung der Union gewendet werden, wenn nur so lange im Süden die Interessen an der Union die sklavokratischen Interessen überwogen. Je länger man vor der Probe zurückscheute, desto herrischer mußte der Süden reden, desto mehr mußte er fordern, desto mehr mußte ihm bewilligt werden, desto mehr mußte das sklavokratische Sonderinteresse das Interesse an der Union überwuchern. — Ein ernster Kampf aus eigener Initiative der Südstaaten gegen die Sklaverei war so lange unmöglich, als sie nicht nur ihren wirthschaftlichen Wohlstand sondern ihre wirthschaftliche Existenz für abhängig von ihr hielten. Diese Ueberzeugung bestand aber jetzt schon wenigstens in South Carolina und Georgia.[1]) Blieb sie auf diese Staaten beschränkt und schwächte sie sich dort ab,

[1]) In den Debatten der Legislatur von South Carolina über die Konstitution sagte Lowndes: „Without negroes this state would degenerate into one of the most contemptible in the Union"; und Ch. C. Pinckney; „I am as thoroughly convinced as that gentleman is, that the nature of our climate, and the flat, swampy situation of our country, obliges us to cultivate our lands with negroes, and that without them South Carolina would soon be a desert waste .... We ... assigned reasons for our insisting on the importation, which there is no occasion to repeat, as they must occur to every gentleman in the house." Elliot's Deb. IV pp. 272, 285. Die Debatten der Konvention von Georgia sind nicht erhalten, aber die Abstimmungen seiner Delegaten in Philadelphia und die Weise, in der sie die Delegaten von South Carolina für sich das Wort führen ließen, rechtfertigt vollkommen die im Texte aufgestellte Behauptung. Im Mai 1789 fand im Kongreß das erste Scharmützel über die Sklavenfrage Statt. Die Veranlassung gab der Antrag Parker's von Virginia, die importirten Sklaven mit einer Steuer von $ 10 per Kopf zu belegen. Jackson von Georgia äußerte bei der Gelegenheit: „They (gentlemen) do not wish to charge us for every comfort und enjoyment of life, and at the same time take away the means of procuring them; they do not wish to break us down at once." Deb. of Congr. I p. 73. Georgia war lange Zeit der einzige Staat, der die Importation gestattete. South Carolina hob das Verbot derselben, das schon zur Zeit der Konvention von Philadelphia existirte, erst 1803 auf. Georgia hatte sie dann freilich schon wieder verboten und zwar durch eine Klausel der Verfassung von 1798. Opinions of the Attorneys General I p. 449.

dann mußten Menschenrechte und die Segnungen der freien Arbeit stetig an Terrain gewinnen; schlug sie tiefere Wurzeln und verbreitete sie sich weiter, so mußten Menschenrechte, freie Arbeit und jede Freiheit, politische, geistige und sittliche, sich immer tiefer unter das Joch der Sklavokratie beugen, so lange man weder die Union opfern noch einen Kampf um die Union wagen wollte. Die Erhaltung des status quo war unmöglich.

Geschichte der Sklavenfrage von 1789 bis zum Missouri Kompromiß.

Washington hatte schon 1786 La Fayette geschrieben, daß er daran „verzweifle", den freiheitlichen Geist die Oberhand gewinnen zu sehen.[1]) Politiker und Volk fuhren jedoch fort, von dem Gegentheile überzeugt zu sein, obwohl sich unter der neuen Verfassung die Beweise für die Richtigkeit von Washington's Ansicht rasch häuften. Das bedenklichste Symptom dabei war, daß Niemand erkannte, wie schnell man auf der abwärts führenden Bahn fortglitt. Das stete Reden und Schreiben über die Freiheit während der Revolution trug üble Früchte. Die Kluft zwischen dem abstrakten politischen Raisonnement und der thatsächlichen freiheitlichen Entwickelung hatte eine für diese verderbliche Weite erreicht. Nicht nur die politische Urtheilsfähigkeit war geschädigt, sondern auch das politische Wollen hatte gelitten. Man wurde unduldsam und ungerecht, weil man sich in die schmeichelhafte Täuschung hineingeredet, daß man in dem Kampfe gegen die Unbilligkeit Anderer von dem absoluten Prinzip der Billigkeit ausginge: das flüchtigste Roß auf dem Wege zum Despotismus ist ein zügellos gerittenes Prinzip. Hatte man sich anfänglich groben Illusionen hinsichtlich der Bereitwilligkeit hingegeben, mit der reale Interessen dem Prinzipe zum Opfer gebracht werden würden, so warf man nun bloßen Vorurtheilen zu Liebe ohne Kampf das Prinzip über den Haufen. Die Haltung in der Sklavenfrage hatte mit der traurigen politischen Nothwendigkeit mehr oder minder entschuldigt werden können. Für die

---

[1]) Wash.'s Writ. IX p. 163.

schmähliche Behandlung, die man den freien Farbigen widerfahren ließ, konnte dagegen — wenigstens jetzt noch nicht — auch diese zweifelhafte Rechtfertigung nicht vorgebracht werden und sie wirft daher ein besonders helles Licht darauf, wie weit die Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung mit ihren Konsequenzen dem Volke in Fleisch und Blut übergegangen waren.

Die freien Farbigen, namentlich der nördlichen Staaten hatten einen ehrenvollen Antheil an dem Unabhängigkeitskriege. Bei verschiedenen Gelegenheiten wie z. B. der Vertheidigung von Red Bank hatten sie sich sogar bedeutend ausgezeichnet. Die Republik lohnte ihnen jetzt dafür, indem der Kongreß sie für unwürdig erklärte, in der Miliz zu dienen.[1]) Den Sklavenhaltern war damit ein Dienst von der größten Tragweite geleistet, denn es war als Grundsatz anerkannt worden, daß Rasse und Pigment Prinzipien seien, die in der Gesetzgebung zur Geltung kommen müßten.

Die aus diesem Grundsatze sich ergebenden logischen Konsequenzen wurden so weit praktisch verfolgt, daß sie einer ausdrücklichen Anerkennung der Sklaverei als nationale Institution fast gleich kamen. In den Südstaaten wurde die Sklaverei gewissermaßen als der natürliche Zustand der Farbigen angesehen, d. h. nach dem Gesetze galt jedem Farbigen gegenüber die Präsumption, daß er Sklave sei.[2]) Wurde von irgend Jemand die Freiheit eines Farbigen in Frage gezogen, so ruhte auf diesem die Last des Beweises für das Gegentheil. Diese Umstoßung des von allen Kulturvölkern anerkannten obersten Rechtsgrundsatzes — affirmanti, non neganti, incumbit probatio — wurde von dem Kongreß förmlich gebilligt, indem er beschloß, daß in dem Distrikte von Columbia, über den die Konstitution ihm unbeschränkte Gewalt verlieh,[3]) die Gesetze von Maryland, resp. Virginia in Kraft bleiben sollten.[4])

[1]) Gesetz vom 8. Mai 1792. Stat. at. L. I p. 271.

[2]) „In a State where slavery is allowed, every colored person is presumed to be a slave.“ Prigg v. Commonwealth of Pennsylvania. Peters' Rep. XVI p. 669; Curtis XIV p. 470.

[3]) Art. I Sect. 8 § 17.

[4]) Gesetz vom 27. Febr. 1801. Stat. at L. II p. 105. Der von Virginia abgetretene Theil des Distriktes fiel später wieder an den Staat zurück. — In dem Berichte des Ausschusses für den Distrikt vom 11. Jan. 1827 heißt es: „in this District, as in all slave-holding States in the Union, the legal presumption is, that persons of color going at large without any evidences of their freedom, are absconding slaves, and prima facie liable to all legal provisions applicable to that class of persons.“ Reports of Committees XIX Congr. 2. Sess. Vol. I No. 43.

Doch das nicht allein. In dem Distrikte bestand hinfort lediglich kraft dieses Gesetzes die Sklaverei, eine Sklaverei mit einem Kodex, der eine wahre Musterlese von Scheußlichkeiten aufzuweisen hatte. Es ist wohl möglich und sogar wahrscheinlich, daß die meisten Mitglieder des Kongresses nicht wußten, was für Ungeheuerlichkeiten sie namentlich durch die Annahme des zum Theil an hundert Jahre alten Sklavenkodex von Maryland zu Bundesgesetzen machten.[1]) Wie weit aber reicht die Entschuldigung? Waren die Menschenrechte schon jetzt der Rasse und Farbe gegenüber so weit zur Lüge geworden, daß man es nicht mehr der Mühe werth erachtete, darnach zu fragen, was man zum Gesetze mache, so war man nur noch einen Schritt davon entfernt, mit vollem Bewußtsein solche Verbrechen gegen die ersten Forderungen der Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Sittlichkeit — von freiheitlichen Prinzipien gar nicht zu reden — als Gesetze fortbestehen zu lassen. Die Geschichte hat den Beweis dafür geliefert.[2]) Mehrere Jahrzehnte hindurch ist es durch direkte Aktion des Kongresses am Sitze der Bundesregierung Gesetz gewesen, daß **anerkannt freie** Leute als Sklaven verkauft werden sollten, um die Gefängnißkosten für die Haft zu decken, in der sie auf den **falschen** Verdacht hin, entsprungene Sklaven zu sein, gehalten worden, und dieses Gesetz ist wiederholt zur Voll-

[1]) Bundesgesetze insofern, als nach der Entscheidung des Oberbundesgerichtes der Kongreß nicht gleichzeitig lokale Legislatur des Distriktes ist, sondern auch in dieser Hinsicht als Bundeslegislatur handelt. In Sachen Cohens v. Virginia (1821) heißt es: „This power . . . is conferred on Congress as the legislature of the Union; for, strip them of that character, and they would not possess it. In legislating for the district, they necessarily preserve the character ot the legislature of the Union . . . . Those who contend that acts of congress, made in pursuance of this power, do not, like acts, made in pursuance of other powers, bind the nation, ought to show some safe and clear rule which shall support this construction, and prove that an act of congress, clothed in all the forms which attend other legislative acts, and passed in virtue of a power conferred on, and exercised by congress as the legislature of the Union, is not a law of the United States, and does not bind them." Wheaton's Rep. VI pp. 424, 425; Curtis V p. 112.

[2]) In dem oben angeführten Berichte des Ausschusses für den Distrikt von Columbia heißt es: „If a free man of color should be apprehended as a runaway, he is subjected to the payment of all fees and rewards (!) given by law for apprehending runaways; and upon failure to make such payment, is liable to be sold as a slave." Der Ausschuß empfahl „die Korporation von Washington" mit den Kosten zu belasten, aber das Gesetz blieb unverändert bestehen.

streckung gekommen. Wie viele gekrönte Despoten lassen sich aus der Geschichte der alten Welt namhaft machen, die Thaten begangen haben, welche dieser Gesetzesausgeburt der demokratischen Republik an Verruchtheit gleich stehen? Hat die ganze Geschichte ein zweites Beispiel aufzuführen, da von einem Volke eine so große Lüge mit solcher Frechheit der Welt in das Gesicht geschmissen worden ist, wie es die Vereinigten Staaten fast ein Jahrhundert lang mit ihrem Glauben an die Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung gethan?

Das Urtheil ist hart, aber gerecht. Viele werden das wenigstens für diese Periode nicht zugeben, weil es mit ihrer Bewunderung der „Väter" nicht zusammenstimmt und weil sie ohne eigene Prüfung die allgemeine Ansicht adoptirt haben, daß die tieferen Schatten der Sklaverei und Sklavokratie erst verhältnißmäßig spät hervortraten. Sieht man den Geist, der die Gesetzgeber erfüllte, als das Wesentliche an, so kann man jedoch dieser Ansicht nur eine bedingte Berechtigung zugestehen. Um den Geist richtig zu beurtheilen, darf man aber allerdings nicht in den sehr gewöhnlichen Fehler verfallen, die Unterlassungssünden des Kongresses zu übersehen. Beim Durchlesen der Debatten machen den tiefsten Eindruck nicht die einzelnen schreienden Unbilligkeiten, sondern die durchgehende Widerwilligkeit, den Farbigen gegenüber Gerechtigkeit zu üben, ja, sie überhaupt als berechtigte Wesen anzuerkennen. Wo die Vertheidigung ihrer Rechte gefordert wird, da hat der Kongreß stets ein taubes Ohr. Jeder Forderung stellen die Vertreter der Sklavenstaaten mit einer Konsequenz und Energie, die der päpstlichen Kurie Ehre gemacht hätten, ihr starres und dabei leidenschaftliches Non possumus entgegen und in den meisten Fällen gewinnen sie die Majorität für sich.

Swanwick von Pennsylvania legte am 30. Januar 1797 dem Repräsentantenhause eine Petition von vier Negern aus North Carolina vor, die von ihren Herren freigelassen worden waren. Da ein Staatsgesetz sie verdammte, wieder verkauft zu werden, so waren sie nach Philadelphia geflohen. Hier waren sie unter dem Sklaven-Flüchtlingsgesetz, dessen später ausführlicher Erwähnung geschehen wird, ergriffen worden und baten nun den Kongreß um seine Intervention. Blount von North Carolina behauptete, „nur wenn bewiesen würde, daß diese Männer frei seien, dürfe der Kongreß die Petition berücksichtigen." Sitgreaves von Pennsylvania fragte dagegen, was für ein Beweis dafür vorliege, daß die Leute nicht frei seien. Auf diese Frage blieb man die Antwort schuldig. Smith von South Carolina und Christie von

Maryland sprachen nur ihre Verwunderung darüber aus, daß irgend ein Mitglied eine Petition „so ungehöriger Natur“ habe vorlegen können. Swanwick und einige andere Repräsentanten bestanden darauf, daß die Petition einem Ausschuß zur Untersuchung und Begutachtung überwiesen werden müsse, weil die Petenten sich über eine Verletzung ihrer Rechte unter einem Bundesgesetze beschwerten. Hierauf ließ sich nichts antworten und wurde auch nichts geantwortet. Dieser entscheidende Punkt wurde einfach bei Seite geschoben und mit 50 gegen 33 Stimmen entschieden, die Petition nicht zu empfangen.[1]) Der Kongreß bekannte sich durch dieses Votum zu der von Christie ausgesprochenen Ansicht, daß unter dem Sklaven-Flüchtlingsgesetz keinem Freien Unbill widerfahren könne. Um dieses Resultat zu erzielen, hatte Smith den gewöhnlichen Druck durch die Erklärung ausgeübt, daß man durch Verweigerung der von den südstaatlichen Repräsentanten gestellten Forderung einen „Keil“ in die Union treiben würde. Als drei Jahre später durch eine Petition freier Neger von Philadelphia dieselbe Frage wieder vor den Kongreß kam, sprach Rutledge von South Carolina es noch unumwundener aus, daß man den Süden in die traurige Nothwendigkeit versetzen werde, seinen eigenen Weg zu gehen.[2])

Es war den Vertretern des Südens allerdings besonders empfindlich, die Verbrechen der Sklaverei von Farbigen im Kongreß zur Sprache gebracht zu sehen. Besseren Erfolg aber hatten auch die Weißen nicht, die sich der Sklaven oder freien Farbigen annahmen. Die Quäker kamen unverdrossen Jahr um Jahr mit neuen Petitionen und mußten jedes Mal dieselben Schmähungen hinnehmen. Das jährliche Meeting von Philadelphia erhob 1797 in einer Petition verschiedene Beschwerden. Die vornehmste Stelle darunter nahm die Klage gegen die Gesetze von North Carolina ein, welche freigelassene Sklaven zum Wiederverkauf verurtheilte. Mehrere südstaatliche Abgeordnete machten ihrem Zorn über die Zähigkeit, mit der die ernstgläubigen Männer immer wieder zu dem hoffnungslosen Werke zurückkehrten, in Raufboldmanier Luft. Rutledge und Parker forderten auf, die Petition „unter den Tisch“ zu legen.[3]) Rutledge verlangte sogar, daß den Petenten „eine scharfe Rüge“ ertheilt werde. Allein die Vertheidiger des

---

[1]) Siehe die Debatte in den Deb. of Congr. II pp. 57—60.

[2]) Ibid. II p. 443.

[3]) Deb. of Congr. II pp. 183, 185. Der Vorschlag fand Anklang. Christie und Jones von Georgia wiederholten ihn 1800 bei einer ähnlichen Gelegenheit. Ibid. II p. 439.

Petitionsrechtes setzten es dieses Mal doch durch, daß die Petition an einen Spezialausschuß verwiesen wurde. Damit hatte es jedoch auch sein Bewenden.

Das Jahr vorher hatte Delaware dem Kongreß ein Memorial bezüglich des „Negerdiebstahles" (kidnapping) eingereicht. Auf Anfrage von Murray erklärte Swanwick, daß darunter sowohl die Entführung von Sklaven, um sie zu befreien, als der Raub freier Neger, um sie als Sklaven zu verkaufen, zu verstehen sei.[1]) Obgleich der Kongreß in diesem Falle von einem Sklavenstaate zur Aktion aufgefordert worden war, so wollten die übrigen Repräsentanten des Südens ihm doch keine „Einmengung" in Sklavereiangelegenheiten gestatten, die später gegen ihre Interessen ausgebeutet werden könnte. W. Smith meinte, es handle sich um eine „rein munizipale" Angelegenheit. Abgeordnete der nördlichen Staaten unterstützten aus verschiedenen Motiven diese Ansicht. Coit von Connecticut behauptete, „die Gesetze der verschiedenen Staaten seien vollkommen zureichend", dem Uebel zu steuern. Auf seinen Antrag wurde mit 46 gegen 30 Stimmen die Vertagung der Frage beschlossen, um sie nicht wieder vorkommen zu lassen. Die Versicherung der zumeist betroffenen Staaten, daß ihre Gesetze nicht zureichend sein könnten, namentlich weil sie auf dem Wasser keine Jurisdiktion hätten, fand keine Berücksichtigung, obwohl allgemein zugegeben wurde, daß das Uebel in bedeutendem Umfange existire.

In allen den angeführten Fällen war die Taktik der Vertreter des Sklavenhalterinteresses die gleiche und sie haben sie bis zuletzt unverändert beibehalten. Wurde der Kongreß zum Eingreifen aufgefordert, wo es ihnen nicht behagte, da war die Sklaverei stets eine „rein munizipale Angelegenheit." Dann wurde auf der buchstäblichen Interpretation der Verfassung bestanden, jede konstruktive Kompetenz des Kongresses wurde für unstatthaft erklärt und ihm mithin jede Kompetenz abgestritten, da ihm, von der Sklavenimportation abgesehen, keine Befugnisse über die Sklaverei verliehen waren. Lag dagegen ein Eingreifen des Kongresses in ihrem Interesse, so wurde ebenso unveränderlich gerade der entgegengesetzte Weg eingeschlagen. Dann lautete das Raisonnement: Die Südstaaten hätten nimmermehr die Verfassung angenommen, wenn ihnen nicht volle Sicherheit hinsichtlich der Sklaverei geboten worden wäre; alle Interessen hätten gleiche Berechtigung und

---

[1]) Aus einer Aeußerung von J. Nicholas aus Virginia geht jedoch hervor, daß man vorzüglich der Jagd auf freie Farbige ein Ende machen wollte.

gleichen Anspruch auf den Schutz der Union. Und vom ersten Augenblick an bot eine genügende Anzahl von nördlichen Abgeordneten dem Süden die Hand, das Wort von der wächsernen Nase des Gesetzes in glänzendster Weise wahr zu machen. Das Sklavenhalterinteresse fand es ebenso leicht, seine Forderungen durchzusetzen, als die Forderungen seiner Gegner zurückzuweisen.

North Carolina trat den 22. Dezember 1789 das von ihm in Anspruch genommene Territorium der Union ab. Das Abtretungsinstrument stipulirte zehn Bedingungen, darunter „daß von dem Kongreß keine Regulationen gemacht werden sollen, die dahin tendiren, Sklaven zu emanzipiren." Der Kongreß nahm am 2. April 1790 die Abtretung ohne jeden Kommentar an.[1]) Den 2. April 1802 trat Georgia gleichfalls sein westliches Territorium ab und stellte dabei die Bedingung, daß die Ordinanz von 1787 in allen ihren Theilen darin Geltung haben solle, „nur den Artikel ausgenommen, der die Sklaverei verbietet."[2]) Daß der Kongreß die Abtretungen in dieser Form annahm, ohne auch nur den Versuch einer Aenderung der Bedingungen zu machen, ist um so bezeichnender, weil in diesem Falle mit gutem Grunde die Verfassungsfrage aufgeworfen werden konnte. Die Verfassung bestimmt: „Der Kongreß soll Macht haben, über das Territorium und anderes den Vereinigten Staaten gehöriges Eigenthum zu disponiren und alle nöthigen Regeln und Regulationen für dieselben zu machen."[3]) Die Klausel ist ganz absolut und peremptorisch. Der Kongreß hatte also unstreitig das Recht, wenn es ihm gut dünkte, die Sklaverei in den Territorien zu gestatten, aber er durfte nicht sich und alle künftigen Kongresse — denn das hatten die abtretenden Staaten offenbar verstanden wissen wollen — zu einer Beschränkung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse verbindlich machen.

In demselben Jahre, da der Kongreß unter den angegebenen Verpflichtungen das westliche Territorium von North Carolina für die Vereinigten Staaten in Besitz nahm, wurde auch bereits die Vertragsgewalt zu Gunsten der Sklavenhalter ausgeübt; — die Ironie des Geschickes wollte es, daß dieses der erste Vertrag war, der unter der neuen Konstitution abgeschlossen wurde. Am 7. August 1790 wurde

---

[1]) Stat. at L. I pp. 106—109.

[2]) In der von mir benutzten Ausgabe der Stat. at L. von Little, Brown & Co. ist die Abtretungsurkunde und ihre Annahme durch den Kongreß nicht abgedruckt. In der Ausgabe von Bioren und Duane finden sie sich Bd. I p. 488.

[3]) Art. IV, Sect. 3, § 2.

zu New York ein Vertrag mit den Creeks vereinbart.[1]) Diese verpflichteten sich in demselben, die aus Georgia zu ihnen geflüchteten Sklaven auszuliefern und die in dem spanischen Florida seßhaften Seminolen gleichfalls dazu anzuhalten. Daß der Präsident und Senat das Recht hatten, in einem Vertrage Stipulationen zu Gunsten von Sklavenhaltern aufzunehmen, kann nicht bestritten werden, denn die Vertragsgewalt ist innerhalb der Verfassungsbestimmungen unbeschränkt. Allein eine Verpflichtung konnte unter keinen Umständen vorliegen, wenn die Sklaverei lediglich eine Institution der Einzelstaaten, nicht aber der Vereinigten Staaten war. Die Union machte sich daher zum direkten Mitschuldigen an dem Verbrechen der Sklaverei, wenn sie freiwillig mit ihrer Macht für ganz spezifische Interessen der Sklavenhalter eintrat. Konnte überhaupt noch den Sklavereikompromissen der Verfassung zum Trotz behauptet werden, daß, was die Union betrifft, die Sklaverei nur eine anerkannte Thatsache sei, mit der sie nichts zu schaffen habe, so war das jetzt jedenfalls nicht mehr wahr. Verträge sind nach der Verfassung „das oberste Gesetz des Landes." Durch derartige Vertragsstipulationen wurde mithin thatsächlich anerkannt, daß die Sklaverei eine Institution sei, in deren Interesse die legislatorische Gewalt des Bundes ausgeübt werden solle.

Drei Jahre später geschah dieses in noch viel direkterer Weise. Es ist bereits die Verfassungsbestimmung erwähnt worden, in der es heißt, daß zu Dienst oder Arbeit verpflichtete Personen, die in einen anderen Staat flüchten, nicht in Folge irgend welcher Gesetze oder Regulationen desselben des Dienstes oder der Arbeit entbunden, sondern auf Verlangen des zu dem Dienste oder der Arbeit Berechtigten ausgeliefert werden sollen. Die Klausel beschränkt also die legislative Gewalt der Staaten und legt zunächst den Staaten eine Verpflichtung auf.[2]) Eine Aktion des Kongresses war somit wenigstens un-

---

[1]) Stat. at L. VII p. 35.

[2]) Diese Ansicht steht in Widerspruch mit dem Urtheile des Oberbundesgerichtes. In Sachen Prigg v. Commonwealth of Pennsylvania heißt es: „The clause is found in the national constitution, and not in that of any State. It does not point out any state functionaries, or any state action to carry its provisions into effect. The states cannot, therefore, be compelled to enforce them; and it might well be deemed an unconstitutional exercise of the power of interpretation, to insist that the States are bound to provide means to carry into effect the duties of the national government, nowhere delegated or intrusted to them by the constitution. On the contrary, the natural, if not the necessary conclusion is, that the national government, in the absence of all positive

mittelbar nicht geboten. Trotzdem erließ er aus eigenem Antriebe[1]) 1793 ein Sklaven-Flüchtlingsgesetz.[2]) Im Repräsentantenhause wurde

provisions to the contrary, is bound, through its own proper departments, legislative, judicial, or executive, as the case may require, to carry into effect all the rights and duties imposed upon it by the constitution.“ Peters' Rep. XVI pp. 615, 616; Curtis XIV p. 424. Allein es ist ein Grundsatz des amerikanischen Verfassungsrechtes, der nie bestritten worden, daß „die Bundesverfassung ein Theil der Verfassung jedes Staates ist.“ (Oberrichter Taney sagt in demselben Prozeß: „And the words of the article which direct that the fugitive „shall be delivered up“, seem evidently designed to impose it as a duty upon the people of the several States to pass laws to carry into execution, in good faith, the compact into which they thus solemnly entered with each other. The constitution of the United States, and every article and clause in it, is a part of the law of every State in the Union; and is the paramount law.“ Peters' Rep. XVI p. 628; Curtis XIV p. 435.) Sie wendet sich wiederholt direkt an die Staaten, sowohl prohibirend (Art. I Sect. 10) als gebietend (Art. I Sect. 4 § 1). Aus der bloßen Thatsache, daß die Klausel sich in der Bundesverfassung findet, darf daher nicht gefolgert werden, daß sie nicht die Staaten zu einer direkten Aktion verpflichten kann; die Ansicht des Oberbundesgerichtes ist aber lediglich auf diese Thatsache gestützt. Eine ausdrückliche Adresse trägt die Klausel nicht, aber nach dem Wortlaute wendet sie sich unfraglich viel direkter an die Staaten als an die Bundesgewalten. — So großes Gewicht ich im Allgemeinen Story's Raisonnement zuerkenne, vermag ich in diesem Falle doch weder einen äußeren noch inneren stichhaltigen Grund in ihm gegen meine Ansicht zu finden, daß die Staaten nicht nur berechtigt sondern verpflichtet waren, bis zur Erlassung eines Bundesgesetzes von sich aus einen Modus festzusetzen, in dem die den Sklavenhaltern durch die Klausel gewährleisteten Rechte geltend gemacht werden konnten. Das widerstreitet nicht dem weiteren, offenbar richtigen Satze des Oberbundesgerichtes, daß der Kongreß das Recht und eventuell auch die Pflicht hatte, die Frage durch ein Bundesgesetz zu regeln, das dann selbstredend und eo ipso alle die betreffenden Staatengesetze bei Seite gesetzt hätte. Art. I Sect. 8 § 4 (die Bestimmung über ein Bankerottgesetz) liefert den Beweis dafür, daß die Verfassung Rechte kennt, die der Kongreß ausüben darf, aber nicht auszuüben braucht, und die den einzelnen Staaten zustehen, bis er ihre Ausübung für gut befindet. Derselbe Grundsatz scheint mir auch auf Pflichten anwendbar zu sein. Nur ist hier die Aktionsfreiheit des Kongresses der Zeit nach beschränkt. Sie hört auf, so bald eine bestimmte Veranlassung die bedingte Pflicht zu einer unbedingten macht.

[1]) Um dem Vorwurfe der Ungenauigkeit vorzubeugen, muß die Geschichte dieses Gesetzes etwas näher angegeben werden. Die unmittelbare Veranlassung zu demselben gab eine Botschaft Washington's. Diese war durch den Gouverneur von Pennsylvania veranlaßt, der einen nach Virginia geflüchteten Verbrecher reklamirte. Die in dem Text gebrauchte Ausdrucksweise ist daher insofern gerechtfertigt, als nicht über die vergebliche Reklamation eines flüchtigen Sklaven Klage geführt worden war.

[2]) Den 12. Febr. vom Präsidenten gebilligt. Stat. at L. I pp. 302—305.

die Bill mit 48 gegen 7 Stimmen passirt und wie es scheint ohne vorherige Debatten von irgend welchem Belang.[1]) Diese Abstimmung über dieses wahrhaft barbarische Gesetz zeigt, welchen Anspruch Farbige auf Menschenrechte hatten, — wie viel Wahrheit in den überschwänglichen Klagen darüber war, daß ein grausames Geschick den Fluch der Sklaverei über das Land verhängt, — wie furchtbar ernst es nicht nur dem Süden sondern auch dem Kongreß der Union mit der „legalen Präsumption" der Sklaverei jedes Farbigen war.

Das Gesetz ermächtigte den angeblichen Eigenthümer oder dessen Agent den vorgeblichen Flüchtling „vor irgend einen Beamten (magistrate)[2]) eines County, einer Stadt oder inkorporirten Ortschaft" zu bringen, um eine Bescheinigung zu erhalten, welche die Abführung des Flüchtlings nach dem Staate oder Territorium, aus dem er entsprungen, gestattete. Das Oberbundesgericht hat später zugegeben, daß gegen die Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmung Zweifel erhoben werden könnten. Es erklärte nur, daß „Staatsbeamte die (ihnen verliehene) Autorität ausüben dürfen, wenn sie nicht durch Staatsgesetze daran verhindert werden."[3]) Selbst das kann aber wohl angezweifelt werden. Verpflichten konnte der Kongreß diese Staatsbeamten unstreitig nicht, die ihnen ertheilten Befugnisse auszuüben, da er ihnen in ihrer Eigenschaft als Beamte überhaupt keine Pflichten auferlegen durfte. Die freiwillige Ausübung der Befugniß scheint daher auch bei stillschweigender Genehmigung der Staaten nur unter der Fiktion statthaft, daß der Kongreß alle die betreffenden Beamten der Staaten für ganz bestimmte Fälle zu Bundesbeamten machte. Dieses formelle Bedenken ist jedoch der geringste Vorwurf, der gegen die Bestimmung erhoben werden muß. Rechtlich war allerdings durch jene Erlaubniß zur Abführung des Ergriffenen die Entscheidung der Frage, ob er ein entsprungener Sklave sei, nicht im Geringsten präjudizirt; thatsächlich war aber damit in fast allen Fällen sein Geschick besiegelt.

---

[1]) Deb. of Congr. I p. 417. Es ist nicht ersichtlich, was für Motive die 7 verneinenden Repräsentanten (darunter 2 von Sklavenstaaten) bestimmten.

[2]) Bouvier's Law Dictionary II p. 86 definirt magistrate: „A public civil officer, invested with some part of the legislative, executive or judicial power given by the constitution. In a narrower sense this term includes only inferior judicial officers, or justices of the peace." Mir ist keine richterliche Entscheidung bekannt, in der genau festgestellt wäre, was in diesem Falle unter magistrate zu verstehen sei.

[3]) Prigg v. Commonwealth of Pennsylvania. Peters' Rep. XVI p. 622; Curtis XIV p. 430.

Was dem Menschen das Theuerste ist, das war dem Urtheile eines Einzelnen, eines untergeordneten Beamten Preis gegeben. Das war nicht nur eine empörende Nichtachtung der ersten Forderungen der Billigkeit, Humanität und Freiheit, sondern auch eine schreiende Verletzung des Geistes der Verfassung, vorausgesetzt, allerdings, daß die „legale Präsumption" der Sklaverei jedes Farbigen nicht bereits in der Konstitution zu finden war.[1]) Artikel VII bestimmt: „In Rechtsstreitigkeiten unter dem common law, in denen der streitige Werth mehr als $ 20 beträgt, soll das Recht des Prozesses vor Geschworenen erhalten werden." Rechtsgelehrte mochten bestreiten, daß die Frage ob Freier oder Sklave eine „Rechtsstreitigkeit unter dem common law" sei; Sklavenhalter mochten leugnen, daß die Freiheit eines Farbigen $ 20 werth sei, aber den gesunden Menschenverstand jedes billig denkenden Menschen muß es empören, daß in einem Lande, wo Streitigkeiten um einen Werth von $ 21 auf Verlangen vor ein Geschworengericht gebracht werden mußten, von jedem beliebigen Dorfrichter ein Mensch lebenslänglicher Sklaverei überantwortet werden konnte. Und dazu sollte das „mündliche Zeugniß" des vorgeblichen Herren oder seines Agenten, wenn es den Beamten zufrieden stellte, zur Ertheilung der „Bescheinigung" hinreichend sein. — Wenn die gesetzgebende Gewalt eines Volksstaates, ohne selbst dessen gewahr zu werden, ein solches Spiel mit den höchsten Fragen treibt, dann darf a priori geschlossen werden, daß an dem politischen, sozialen und sittlichen, ja, an dem gesammten Gedankenleben des Volkes ein Uebel frißt, von dem es einem unvermeidlichen Tode entgegengeführt wird, wenn es sich seiner nicht bei Zeiten mit Messer und Brenneisen entledigt.

Ruhte die ganze Verantwortlichkeit und Schuld auf dem Kongreß, wie man nach der in Amerika üblichen Sprech- und Schreibweise glauben sollte, so wären alle die vorstehenden Thatsachen von wenig

[1]) Richter M'Lean sagt in Prigg v. Comm. of Pennsylvania: „Both the constitution and the act of 1793, require the fugitive from labor to be delivered up on claim being made, by the party or his agent, to whom the service is due. Not that a suit should be regularly instituted." (Peters XVI p. 667; Curtis XIV p. 469). Muß dieses aus dem Wortlaut der Konstitution herausgelesen werden — und es läßt sich allerdings viel für diese Ansicht sagen — dann mußte freilich auch „the proceeding authorized by the law summary and informal" sein. Jene ruchlose Bestimmung des Gesetzes würde dann nur zum geringeren Theile dem Kongreß und zum größeren der Konvention zu Philadelphia zur Last gelegt werden müssen.

Belang für die Geschichte der Demokratie in den Vereinigten Staaten. Allein man vergißt doch sonst nicht so leicht, daß der Kongreß nicht außer dem Volke steht. Konnten die Repräsentanten des Nordens ungestraft gewissen Interessen der Sklavenhalter so bereitwillig zu Dienst sein, so mußte die nordstaatliche Bevölkerung mindestens in hohem Grade indifferent gegen die Rechte und Interessen der Farbigen sein. Das allein ist aber auch die Anklage, die gegen die Repräsentanten des Nordens im Kongreß erhoben werden kann. Zu ergebenen Knechten der Sklavokratie waren sie noch nicht herabgesunken. Wenn, wie in den Kompromissen der Verfassung über die Sklaverei, politische Interessen der nördlichen Staaten, d. h. der weißen Bevölkerung des Nordens beeinträchtigt wurden, dann hatte der Süden noch immer einen harten Kampf zu bestehen; nur wenn es sich um humane, direkt nur die Farbigen betreffende Fragen handelte, ließ man ihn fast ohne Opposition gewähren. Der sittliche Abscheu vor der Sklaverei war nicht einmal so groß, daß er hingereicht hätte, die Theilnahme nördlicher Männer an den schwärzesten Verbrechen der Sklaverei zu verhindern.

Hopkins klagt schon 1785, daß „einige Neu England Staaten und andere Staaten" wieder begonnen hätten, Sklaven aus Afrika zu importiren. In West Indien und einigen südlichen Staaten, „namentlich in South Carolina", seien so außerordentliche Preise für sie bezahlt worden, daß bald das Uebel eine ebenso große Ausdehnung wie früher erreichen würde, wenn ihm nicht ohne Verzug gesteuert werde.[1]) Nach Annahme der Konstitution wurde die Klage oft wiederholt. Waln von Pennsylvania erklärte 1800 im Kongreß, daß der Sklavenhandel zum großen Theile von Rhode Island, Boston und Pennsylvania betrieben werde.[2]) Bard von Pennsylvania erhob 1804 dieselbe Anklage in noch viel schärferer Form.[3]) Niemand leugnete auch die Thatsache, denn sie war zu offenkundig. Wurde im Kongreß ein Angriff auf die Sklaverei gemacht, so waren die südstaatlichen Repräsentanten stets mit der höhnenden Aufforderung bereit, man solle vor der eigenen Thüre fegen; im Norden werde ja das schmutzigste Geschäft der Sklaverei verrichtet. Irgend welche Entschuldigungen zur Abschwächung des begründeten Vorwurfes konnten um so weniger vorge-

---

[1]) Goodell, Slavery and Anti-Slavery p. 122.
[2]) Deb. of Congr. II. p. 438.
[3]) Ibid. III p. 132.

bracht werden, als sich bereits Abgeordnete des Nordens fanden, die den Sklavenhandel mit einer Dreistigkeit rechtfertigten, die selbst von den Süd Caroliniern nicht übertroffen wurde.[1])

Die einzige praktische Folgerung, die mit Recht aus der Unleugbarkeit der Thatsache gezogen werden durfte, war offenbar die dringende Nothwendigkeit, mit größter Energie einzuschreiten. Ein großer Theil der nördlichen Repräsentanten wünschte auch so weit zu gehen, als die Verfassung es zur Zeit gestattete. Die Repräsentanten derjenigen südlichen Staaten, die eine weitere Zufuhr von Sklaven wünschten, thaten aber, als sei der Norden durch jene Thatsache der moralischen Berechtigung beraubt, ihren Wünschen in dieser Hinsicht entgegenzutreten. Sie erreichten dadurch wenigstens so viel, daß der Kongreß lange Zeit nicht einmal indirekt seine Mißbilligung aussprach. Wiederholt wurde der Antrag gestellt, eine Steuer von $ 10 auf jeden importirten Sklaven zu legen. Die Hauptveranlassung dazu gab die Aufhebung des Importationsverbotes in South Carolina. Die Repräsentanten des Staates wagten sie nicht zu vertheidigen, sondern suchten nur zu entschuldigen. Lowndes gab die Erklärung ab, daß die stete Uebertretung des Verbots nicht habe verhindert werden können und daß es deswegen besser gewesen sei, zu gestatten, was doch geschehe, als die Bürger an eine solche Nichtachtung der Gesetze zu gewöhnen.[2]) Die übrigen Mitglieder des Repräsentantenhauses waren einstimmig in ihrer Verdammung der Legislatur von South Carolina. Trotzdem aber wurde unter den mannigfachsten Vorwänden hintertrieben, daß diesem Urtheile durch Votirung der Steuer offiziell Ausdruck gegeben würde. Einige behaupteten, der Kongreß würde dadurch der

[1]) Brown von Rhode Island sagte 1800: „He was certain that this nation having an act against the slave trade, did not prevent the exportation of a slave from Africa. He believed we might as well, therefore, enjoy that trade, as to leave it wholly to others. It was the law of that country to export those whom they held in slavery — who were as much slaves there as those who were slaves in this country — and with as much right. The very idea of making a law against this trade, which all other nations enjoyed, and which was allowed to be very profitable, was ill policy. He would further say that it was wrong, when considered in a moral (!) point of view, since, by the operation of the trade, the very people themselves much bettered their condition. It ought to be a matter of national policy, since it would bring in a good revenue to our Treasury.“ Deb. of Congr. II p. 475. Rutledge sprach dieselben Ansichten aus, aber selbst er scheute sich, sie in so frecher Nacktheit hinzustellen. Ibid. II p. 476.

[2]) Ibid. III p. 129.

Sklavenimportation seine Sanktion geben und die Händler würden sofort sogar seinen Schutz in Anspruch nehmen; Andere wollten aus einer so unreinen Quelle keine Einnahme für den Staat gewinnen, oder stritten die Billigkeit der Steuer an, weil sie nur auf einem Staate lasten würde; Andere versicherten, die Vertreter der verschiedenen Ansichten seien nahezu gleich stark in der Legislatur und sie werde daher gewiß bald das Verbot erneuern, wenn man nur etwas Geduld habe. Der wesentlichste Einwand war jedoch, daß es gehässig, unbillig und unklug sein würde, mit Fingern auf einen Staat der Union hinzuweisen und damit die Welt förmlich zur Verachtung desselben einzuladen. Erst nachdem vergeblich South Carolina über zwei Jahre Zeit gelassen worden war, wurde vom Repräsentantenhause die Steuer von $ 10 votirt.[1]) Wäre das Interesse der nördlichen Sklavenstaaten in dieser Frage nicht mit den Wünschen des Nordens zusammengefallen, so hätte die Opposition der Minorität auch jetzt noch leicht Erfolg haben können.

Diesem Umstande war es auch zu danken, daß im folgenden Jahre vom 1. Januar 1808 ab — also von dem Tage an, da der Kongreß das Recht dazu hatte — die Sklavenimportation mit völliger Einstimmigkeit des Kongresses vollständig verboten wurde.[2]) Eine Opposition wurde nicht versucht, weil sie als vergeblich erkannt wurde und man sich nicht nutzlos das Odium aufladen wollte. Die Einstimmigkeit wird erst durch die Verhandlungen und Beschlüsse über die Detailfragen in das rechte Licht gestellt.

Der Streit drehte sich zunächst um die Disposition, welche über die eingeschmuggelten Neger getroffen werden sollte. Nach der im Repräsentantenhause eingebrachten Bill sollten sie den Vereinigten Staaten verfallen. Die Opposition dagegen ging namentlich von Abgeordneten des Nordens aus. Ihr Einwand war, daß dieses eine direkte Anerkennung der Sklaverei sein würde, denn die Vereinigten Staaten würden dadurch thatsächlich selbst zu Sklavenhändlern werden. So wie die Bill gefaßt war, konnte das allerdings nicht nur ein doktrinäres Bedenken gescholten werden. Die Bill nahm auf die Vorschriften eines gewissen Steueraktes Bezug und Pitkin von Connecticut wies nach, daß denselben gemäß die verwirkten Neger in öffentlicher Auktion an den Meistbietenden verkauft werden müßten und wenigstens

[1]) 22. Jan. 1806 Deb. of Congr. III p. 391.

[2]) Der Akt wurde den 2. März 1807 vom Präsidenten gebilligt. Stat. at L. II pp. 426—430.

die Hälfte des Ertrages in den Schatz der Vereinigten Staaten zu fließen habe.[1]) Quincy meinte jedoch, der Kongreß könne und, wie er nicht bezweifle, werde auch Mittel finden, sie „ohne Verletzung der Menschenrechte zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu machen.“[2]) Allein, wenn gerade die eifrigsten Verfechter der Sklavenhalterinteressen sich entschieden für die Bestimmung aussprachen, so geschah das sicher ohne alle Rücksicht auf die „Menschenrechte“ lediglich in der Voraussetzung, daß die Neger als Sklaven verkauft werden würden.[3]) Es war daher gerechtfertigt, daß die Opposition nicht nachgab, aber sie rettete doch wiederum nur einen dürftigen Schein. Auf den Vorschlag Bidwell's von Massachusetts blieb die Disposition über die eingeschmuggelten Neger vollständig den Legislaturen der verschiedenen Staaten und Territorien überlassen. Quincy hatte gefragt, ob man sie dadurch nicht „ebenso absolut wie durch ein Votum des Hauses zu Sklaven mache?“

Obwohl es sich nicht nur um eine Frage der Zweckmäßigkeit gehandelt hatte, sondern auch ein Prinzip involvirt war, hatte sich die Debatte doch durch einen maßvollen Ton ausgezeichnet. Die Verhandlungen über die Strafbedingungen waren dagegen nicht frei von der Heftigkeit und Bitterkeit, die sich bei jeder Erwähnung der Sklaverei zu zeigen pflegten. Dem Verbrechen des Sklavenhandels sollte, wie Tallmadge von Connecticut sich ausdrückte, der Charakter der „Felonie“ genommen werden. Die Repräsentanten des Südens sträubten sich auf's Aeußerste gegen die Verhängung der Todesstrafe, die von einem Theile der nördlichen Delegaten als das einzige wirksame Abschreckungsmittel verlangt wurde. Die negative Erfahrung sprach für diese Ansicht und hat auch später für sie gesprochen; alle anderen Strafen haben dem Sklavenhandel nicht ein Ende machen können. Auf der anderen Seite wurde aber auch die Wahrscheinlichkeit nachgewiesen, daß die Androhung der Todesstrafe gleichfalls fruchtlos sein würde. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß die Wirksamkeit eines Strafgesetzes viel weniger von der Größe der Strafe als von der Gewißheit seiner Vollstreckung abhängt. Hierauf fußend urgirten die Gegner der Klausel, daß in den Südstaaten, auf die es ja im Grunde allein ankäme, das Gesetz ein

[1]) Deb. of Congr. III p. 496.

[2]) Ibid. III p. 499.

[3]) Macon von North Carolina behauptete, es handle sich nur um eine „kommerzielle Frage.“ „It is in vain to talk of turning these creatures loose to cut our throats.“

todter Buchstabe bleiben würde.[1]) Die Argumente waren schlagend, aber sie eröffneten auch einen unheimlichen Blick in die Zukunft, die des Landes wartete, wenn man fortfuhr, die Sklavenfrage in der bisherigen Weise zu behandeln. Early von Georgia sagte: „Ich möchte wohl wissen, wie die Todesfurcht auf einen Menschen wirken wird, der mit seinen Sklaven in ein Land geht, wo die Strafe, wie er weiß, nicht vollstreckt werden würde. Er geht nach einem Lande, wo die Bevölkerung jede Stunde ihres Lebens Sklaven sieht; wo kein solcher Abscheu vor dem Verbrechen ihrer Importation existirt, und wo kein Mann es wagt, ihn anzuzeigen. Mein Wort darauf, ich verpfände es heute und ich wünsche, daß man sich dessen erinnern möge: Kein Mann in der südlichen Sektion wird es **wagen**, den Anzeiger zu machen. Es würde ihn mehr kosten, als sein Leben werth ist. . . . Eine große Mehrheit des Volkes in den südlichen Staaten sieht die Sklaverei nicht als ein Verbrechen an. Sie halten es nicht für **unsittlich** Menschenfleisch in Knechtschaft zu halten. . . . Ich will die Wahrheit sagen. Eine große Majorität des Volkes der südlichen Staaten betrachtet nicht einmal die Sklaverei als ein **Uebel**."[2]) — Dachte die Mehrzahl der südstaatlichen Bevölkerung so und mehrte sich die Zahl der nördlichen Politiker, die mit Brown von Rhode Island sich dessen rühmten, daß sie für „die Rechte und das Eigenthum" der Sklavenhalter einträten, als wenn sie selbst welche wären,[3]) dann brauchte es nicht erst der Sklavenimportation, um die Union bald in vollem Sinne des Wortes zu einer sklavokratischen Republik zu machen; — dann brauchte kein Neger mehr in Afrika eingehandelt zu werden, die Zeit mußte doch kommen, da Diejenigen für wahnwitzig erklärt würden, die nicht das Wort nachsagten, das Sedgwick von Massachusetts (!) schon 1795 ausgesprochen hatte: „Die Abschaffung der Sklaverei vorzuschlagen, würde die Höhe des Wahnsinnes sein. Hier sind die Sklaven und hier müssen sie bleiben;"[4]) — dann mußte ein Gesetz zum Spotte werden, das den Sklavenimporteur mit dem Tode bedrohte.

---

[1]) Clay von Pennsylvania behauptete, daß die Todesstrafe selbst in seinem Staate nicht vollstreckt werden könne. Seine Kollegen stimmten jedoch darin nicht mit ihm überein, denn der Antrag war von Smilie von Pennsylvania gestellt worden.

[2]) Deb. of Congr. III p. 501. Holland von North Carolina schloß sich dieser Ansicht in allen wesentlichen Punkten an.

[3]) Ibid. II p. 438.

[4]) Ibid. I p. 559.

Early hatte die angeführten Sätze mit der beachtenswerthen Randbemerkung begleitet, daß im Süden „denkende Männer in der fernen Zukunft Uebel, unberechenbare Uebel von der Sklaverei befürchteten." Die Hoffnungslosigkeit, die Strafe vollstreckt zu sehen, und unfraglich zum großen Theile auch die von Lloyd ausgesprochene Ueberzeugung, daß die Strafe außer Verhältniß zum Verbrechen stehe, ließen jedoch die Befürworter der Todesstrafe mit zehn Stimmen in der Minorität bleiben.[1]) Auch andere Momente mochten aber zu der Niederlage beigetragen haben. Die Union hätte ein eigenthümliches Gericht über sich selbst gehalten, wenn sie die Sklavenimportation jetzt mit dem Tode bestraft hätte, nachdem sie in ihrem Grundgesetze zwanzig Jahre lang dem Kongreß ausdrücklich untersagt hatte, sie überhaupt zu untersagen. Die Bill verhängte in ihrer schließlichen Fassung Gefängniß von nicht weniger als 5 und nicht mehr als 10 Jahren und eine Geldbuße von nicht weniger als 1000 und nicht mehr als 10000 Dollars über den Sklavenimporteur. Schon dieses Strafmaß stimmte nicht sonderlich mit der bestimmten Erwartung zusammen, daß die Sklavenstaaten, wie es schon jetzt in mehreren geschah, die verwirkten Neger zum Besten ihres Schatzes als Sklaven verkaufen würden.[2]) Auch die Erlaubniß, den Sklavenhandel innerhalb der Union nach wie vor forttreiben zu können, stand kaum damit im Einklange.[3])

Politisch ungleich wichtiger als die Strafbedingungen gegen Sklavenimporteure war eine andere Seite der Sklavenfrage, die bereits seit Jahren zur Sprache gekommen war, aber bisher nur verhältnißmäßig wenig Aufmerksamkeit erregt hatte. Das Wort Mason's in der Kon-

---

[1]) Ibid. III p. 502.

[2]) Vrgl. Goodell, Slavery and Anti-Slavery. pp. 261, 262. Generalanwalt Wirt sagt 1820 in einem auf dieses Gesetz bezüglichen Gutachten: „Should they have been turned loose as freemen in the State? The impolicy of such a course is too palpable to find an advocate in any one who is acquainted with the condition of the slaveholding States." Opin. of the Attorn. Gen. I p. 451.

[3]) Die Senatsbill hatte auch diesen Handel verboten, das Haus strich die Klausel aus, der Senat aber verweigerte seine Zustimmung zu dem Amendement. Ein Konferenzausschuß beantragte dann, daß nur die „Verschiffung von Sklaven in Fahrzeugen von weniger als 40 Tonnen, mit der Absicht sie zu verkaufen", verboten werden sollte. Diesem Vorschlage stimmten beide Häuser zu. — Die Klausel in der Senatsbill lag offenbar in der Kompetenz des Kongresses, denn die Konstitution gibt ihm Macht, den „Handel . . . zwischen den verschiedenen Staaten

vention zu Philadelphia, daß der Westen Sklaven zur Bebauung seiner unermeßlichen Landstrecken zu verlangen beginne, hatte seine Bestätigung gefunden. Das Territorium Indiana lag den Kongreß seit 1802 an, das Verbot der Ordinanz von 1787 für eine Reihe von Jahren aufzuheben. Anfänglich wurde das Gesuch unbedingt abgewiesen. Später wurde es zwar von verschiedenen Ausschüssen der beiden Häuser des Kongresses befürwortet, aber dabei blieb es, bis im Territorium selbst die Gegner des Gesuches die Oberhand bekommen hatten. Allein volle fünf Jahre war es trotz der Ordinanz von 1787 eine schwebende Frage geblieben, ob der Nordwesten der freien Arbeit gerettet werden würde.[1])

---

zu reguliren." (Art. I Sect. 8 § 3.) Es ist interessant, daß H. Clay auf denselben Grund gestützt, dessen sich die Föderalisten im Embargostreite gegen ihn und seine Partei bedient, für unzulässig erklärte, daß die in Rede stehende Macht aus dieser Klausel hergeleitet werde. Er sagt in seiner Rede vom 7. Febr. 1839 über Abolitions-Petitionen: „I deny that the general government has any authority whatever from the constitution, to abolish what is called the slave trade . . . The grant in the constitution is of a power of regulation, and not prohibition. (Clay's Speeches II p. 407.) — Oberrichter Taney sagt in Sachen Groves v. Slaughter: „In my judgement, the power over this subject is exclusively with the several States; and each of them has a right to decide for itself, whether it will or will not allow persons of this description to be brought within its limits, from another State, either for sale, or for any other purpose; and also, to prescribe the manner and mode in which they may be introduced, and to determine their condition and treatment within their respective territories; and the action of several States upon this subject, cannot be controlled by congress either by virtue of its power to regulate commerce, or by virtue of any other power conferred by the constitution of the United States. (Peters' Rep. XV p. 508; Curtis XIV p. 148) Das ist jedoch nicht das Urtheil des Gerichtes sondern nur Taney's persönliche Ansicht. — Die Streichung der Klausel der Senatsbill darf unstreitig eine indirekte Sanktion der Sklaverei durch den Kongreß genannt werden. Die schließlich vereinbarte und vom Präsidenten unterzeichnete Bill, also das Gesetz, enthielt aber eine ganz direkte Sanktion, indem es den Sklavenhandel unter gewissen Bedingungen „autorisirte." In Sektion 9 heißt es: Der Kapitain eines Schiffes von über 40 Tonnen, der Neger oder Mulatten an Bord hat, „shall, previous to the departure of such ship or vessel, make out and subscribe duplicate manifests of every such negro, mulatto, or person of colour . . . and shall deliver such manifests to the collector of the port . . . whereupon the said collector or surveyor shall certify . . . with a permit . . . and authorizing him to proceed to the port of his destination."

[1]) Cfr. Deb. of Congr. III pp. 383, 406, 503, 519, 550, 551. Ueber die späteren Versuche, die Sklaverei in Illinois einzuführen, siehe Ford, History of Illinois p. 50 ff.

Für das Mississippi-Territorium war die Frage schon 1798 zu Gunsten der Sklaverei entschieden worden. Im März dieses Jahres nahm das Repräsentantenhaus die Organisirung der Territorialregierung in Berathung. Es war beantragt worden, die Ordinanz von 1787 auch hier in Kraft treten zu lassen, nur das Verbot der Sklaverei ausgenommen. Thatcher von Massachusetts, bei jeder Gelegenheit mit der entschiedenste Vorkämpfer der Freiheit, verlangte die Streichung dieser Ausnahmsklausel.[1]) Sowohl er als Gallatin nahmen ausdrücklich für den Kongreß die Befugniß in Anspruch, in allen Territorien die Sklaverei verbieten zu dürfen.[2]) Nicht eine einzige Stimme erhob sich gegen die Richtigkeit dieser Behauptung, und ebenso wenig wurde vorgebracht, daß die Bedingungen an die Georgia die Abtretung des Territoriums geknüpft, in diesem besonderen Falle die Ausübung der Macht untersagten.[3]) Nur Zweckmäßigkeits- und Billigkeitsgründe wurden gegen Thatcher's Antrag geltend gemacht. Nicholas meinte, der Kongreß habe nicht zu versuchen, einen Theil der Union glücklicher als den anderen zu machen. Der Süden solle nicht allein an dem Uebel der Sklaverei tragen, sondern ihm die Möglichkeit zur Anbahnung einer allgemeinen Emanzipation durch Verbreitung seiner Sklaven über weitere Gebietsstrecken geboten werden. Trotz der Haltlosigkeit dieser Einwendungen erhielt Thatcher's Antrag nur 12 Stimmen.[4])

---

[1]) Deb. of Congr. II p. 221.

[2]) Ibid. II p. 223.

[3]) Erst 1808 erhoben Bibb und Troup bei einer anderen Gelegenheit den Anspruch, daß der Kongreß nicht das Recht habe, die von dem früheren Kongreß angenommenen Bedingungen ohne Zustimmung Georgia's zu verletzen. (Deb. of Congr. IV pp, 42, 44, 46; vergl. a. p. 324) Poindexter, der Delegat vom Mississippi-Territorium entgegnete darauf: „it was decided (at the last session) by both Houses that the United States had a right to rule the territory without the consent of Georgia.

The Constitution of the United States says that Congress shall „have power to dispose of and make all needful rules and regulations respecting the territory or other property belonging to the United States.“ Can an agreement arising from the exercise of this power, supersede the right of exercising the power expressly delegated by the constitution itself? Certainly not.“ (Deb. of Congr. IV p. 43) Nur sieben Monate später verfocht jedoch Poindexter den von Bibb und Troup gemachten Anspruch. (Ibid. IV p. 141) Das ist eines von den vielen Beispielen, da hervorragenden amerikanischen Politikern nicht nur „Gründe“ sondern auch Ueberzeugungen „feil wie Brombeeren“ gewesen sind.

[4]) Deb. of Congr. II p. 224.

Vollkommen spurlos gingen diese „Zeichen der Zeit" nicht an dem Norden vorüber, hier und da fand sich wohl Einer, der sie in ihrer ganzen Bedeutung zu lesen verstand und bei einer starken Minorität hielten sie die alte Eifersucht und das alte Mißtrauen gegen den Süden wach. Daß aber die Sklavenfrage der Angelpunkt sei, um den sich die Geschicke der Union Jahrzehnte lang drehen würden, das erkannten nur sehr Wenige. Das Verbot der Sklavenimportation schläferte vollends die Befürchtungen ein, die in dieser Hinsicht gelegentlich mit ziemlicher Lebhaftigkeit aufgetaucht waren. Man gratulirte sich, wiederum der Welt auf dem Wege der Freiheit und wahren Humanität vorangegangen zu sein, und wandte sich dann mit jedem Tage gleichgiltiger und gedankenloser von der Frage ab, denn man glaubte ehrlich, der Institution die Lebensader unterbunden zu haben und sie daher ruhig sich selbst überlassen zu können.[1]) Seit 1794 hatte eine Anti-Sklavereigesellschaft nach der anderen ihre Thätigkeit eingestellt[2]) und diejenigen, die unverdrossen ausharrten, hatten von nun ab bitter darüber zu klagen, daß sie in dem Publikum keine Sympathie mehr für ihre Bestrebungen fänden.[3]) Ein volles Jahrzehnt konnte die Sklaverei ohne alle nennenswerthe Störung in die Breite und in die Tiefe wachsen. Sowohl in der Presse wie in den Debatten des Kongresses geschah ihrer nur selten Erwähnung und auch dann meist in indifferenter Weise. Allerlei Fragen kamen zur Verhandlung, die im engsten Zusammenhange mit ihr standen und zum Theil direkt aus ihr entsprangen, aber man muß mit Mühe bis auf ihren Ursprung zurückgehen, um diese innige Verquickung aufzufinden. Das Sklavenhalterinteresse knüpfte Masche um Masche an dem Netz, in dem es die Union zu verstricken suchte, aber man sah es nicht oder wollte es nicht sehen.

---

[1]) „Owing to this mistaken expectation of the Act of 1808 (1807) abolishing the slave-trade, the attention of philanthropists was in a great measure withdrawn from the subject of slavery for ten years or more." May, Some Recollections of our Anti-Slavery Conflict p. 6.

[2]) Die Abolitionsgesellschaft von Pennsylvania klagte 1833: „Since that time we have seen one after another discontinue its labors, until we were left almost alone." Wilson a. a. O. I p. 25. Vrgl. H. Clay. Speeches II p. 400.

[3]) Dieselbe Gesellschaft klagte 1809: „ Hitherto the approving voice of the community and the liberal interpretation of the laws have smoothed the path of duty and promoted a satisfactory issue to our humane exertions. At present, however, the sentiments of our fellow-citizens and the decisions of our courts are less auspicious."

Man gestattete ihm seine wahren Zwecke zu verschleiern, und auch wo es verschmähte, das zu thun, legte man ihm keine Hindernisse in den Weg. Die Funken, die von den früheren Streitigkeiten übrig geblieben waren, schienen zu verglimmen. Man überdeckte sie, aber nicht mit Asche, sondern mit Materialien, die langsam Feuer fangen, aber mit desto größerer Gluth brennen.

Wäre das Verbot der Sklavenimportation der einzige oder auch nur der wesentlichste Grund der Apathie gewesen, so hätte sie nicht lange andauern können. Der Sklavenhandel war ein zu einträgliches Geschäft, um völlig aufgegeben zu werden, so lange nicht einige Beispiele statuirt worden waren. Die Bundesregierung that jedoch nichts zu seiner Unterdrückung und die Importation nahm daher bald größere Dimensionen an. Unwissenheit konnte nicht als Entschuldigung vorgeschützt werden, denn es fanden sich einige Beamte, die ein wachsames Auge hatten und die Administration gewissenhaft unterrichteten. Allein ihre Berichte blieben unberücksichtigt.[1]) Die reguläre Station für Sklavenschiffe in Amelia Island wurde allerdings endlich aufgehoben, aber man schritt erst ein, nachdem das Unwesen allzu arg geworden war. Das gesetzlose Volk, das sich dort festgesetzt hatte, trieb außerdem auch anderen Schmuggel und Unfug aller Art. Es bleibt daher eine offene Frage, wie weit ihre Unterdrückung dem Vorschub zuzuschreiben ist, den sie den Sklavenhändlern leisteten.[2]) Das sonstige Verhalten der Exekutive so wie des Kongresses spricht nicht dafür, daß gerade hierin der wesentlichste Grund des Einschreitens zu suchen sei. Schon 1813 hatte die Pennsylvania Anti-Sklavereigesellschaft die Aufmerksamkeit des Kongresses darauf gelenkt, daß amerikanische Schiffe unter fremden Flaggen dem Sklavenhandel oblägen.[3]) Der Kongreß verwies die Denkschrift an einen Ausschuß und die Sklavenhändler trieben ihr Wesen weiter. Nach und nach wurde der Handel mit solcher Dreistig-

---

[1]) Jay, Misc. Writ. p. 278 ff. gibt eine Anzahl wörtlicher Auszüge aus solchen Berichten.

[2]) Monroe sagt in seiner Botschaft vom 2. Dez. 1817: „the island being made a channel for the illicit introduction of slaves from Africa into the United States, an asylum for fugitive slaves from the neighboring states (!) and a port for smuggling of every kind.“ Statesm.'s Man. I pp. 398, 399. Vrgl. die Botschaft vom 4. Jan. 1818; Deb. of Congr. VI p. 19 und Niles' Reg. II p. 93; X p. 400; XIII pp. 12, 28, 47, 62, 78, 221, 296; XIV p. 100.

[3]) Deb. of Congr. IV p. 714. Siehe a. Niles X p. 334. Da Spanien und Portugal noch den Sklavenhandel gestatteten, so wurden namentlich die Flaggen dieser beiden Mächte benutzt.

keit betrieben, daß weitere Kreise die Lethargie abzuschütteln begannen. Anti-Sklaverei-Petitionen gingen dem Kongreß — namentlich seit 1818 — wieder in größerer Anzahl zu. Aus der Mitte des Oberbundesgerichts wurde die Klage erhoben, daß dem Verbrechen kein Einhalt geschehe, obwohl der Präsident autorisirt worden, sich dazu der Kriegsschiffe zu bedienen.[1]) Joseph Story, als Mensch und als Richter eine der größten Zierden des höchsten Gerichtshofes der Union, deckte wiederholt der Groß-Jury seines Kreises und damit dem ganzen Volke das scheußliche Bild der Thatsachen auf, das unter der Hülle der strengen Strafgesetze lag.[2]) Im Kongreß selbst wurde nicht bestritten, daß Veranlassung zu den Klagen vorläge. Südstaatliche Abgeordnete schätzten die jährlich eingeschmuggelten Neger auf 13000 bis 15000. In demselben Jahre aber theilte der Registrator des Schatzamtes offiziell dem Kongreß mit, daß in den Akten des Departements auch nicht eine einzige Verwirkung unter dem Gesetz von 1807 verzeichnet sei.[3]) Diesen Thatsachen gegenüber ist die Behauptung lächerlich, daß die Bundesregierung ehrlich und nach Kräften die Vollstreckung der Gesetze angestrebt habe. So lange ihr der Wille dazu fehlte, diente jede Verschärfung der Strafgesetze nur dazu, dem Volke und der Welt mehr Sand über den wahren Stand der Dinge in die Augen zu streuen. War der Verdacht auch nicht gerechtfertigt, so lag er doch nahe, daß die Bundesregierung dieses absichtlich gethan.

Im Artikel 10 des Friedens von Gent verpflichteten sich England und die Vereinigten Staaten zu den „besten Anstrengungen" die „vollständige Abschaffung" des Sklavenhandels zu fördern, weil er „unver-

---

[1]) Gesetz vom 3. März 1819. Stat. at. L. III p. 532.

[2]) In einer dieser Mahnungen (1819) heißt es: „We have but too many melancholy proofs from unquestionable sources, that it (the slave trade) is still carried on with all the implacable ferocity and insatiable rapacity of former times. Avarice has grown more subtle in its evasions; it watches and seizes its prey with an appetite quickened rather than suppressed by its guilty vigils. American citizens are steeped up to their very mouths (I scarcely use too bold a figure) in this stream of iniquity. They throng to the coasts of Africa under the stained flags of Spain and Portugal, sometimes selling abroad 'their cargoes of despair', and sometimes bringing them into some of our southern ports, and there, under the forms of the law, defeating the purposes of the law itself, and legalizing their inhuman but profitable adventures. I wish I could say that New England and New England men were free from this deep pollution." Life and Letters of J. Story I p. 340.

[3]) Jay, Misc. Writ. p. 281.

einbar mit den Prinzipien der Menschlichkeit und Gerechtigkeit" sei.[1] Auf Grundlage dieses Artikels beantragte Senator Burrill von Rhode Island im Januar 1818, einen Ausschuß zur Begutachtung der Frage einzusetzen, ob es zweckmäßig sei, zur Erreichung dieses Zweckes mit anderen Mächten in Verbindung zu treten. Der Antrag wurde mit einer Stimme Majorität angenommen.[2] Die Minorität, die sich vorzüglich auf Washington's Warnung vor „verwickelnden Bündnissen" berief, erreichte aber schließlich doch ihren Zweck. Das Entgegenkommen Englands im folgenden Jahre blieb unberücksichtigt. Der Kongreß that der öffentlichen Meinung und seinem eigenen Gewissen Genüge, indem er ungefähr ein Jahr später den Sklavenhandel für Piraterie erklärte.[3] Wie weit die Vollziehung dieses Gesetzes zu erwarten stand, konnte daraus abgenommen werden, daß Gerichte[4]), Kongreß[5]) und

[1]) Stat. at L. VIII p. 223.

[2]) Siehe die Debatten Deb. of Congr. VI pp. 11—19.

[3]) Gesetz vom 15. Mai 1820; Stat. at L. III p. 600. Magrath, Ver. Staaten Richter des Distriktes von South Carolina entschied in Sachen The United States v. Corrie, daß nicht der Sklavenhandel sondern nur die einzelnen in dem Gesetze aufgezählten Verbrechen Piraterie seien. Kent's Comm. I p. 196. — Als England 1823 wieder Unterhandlungen einleitete, wurde von Seiten der Ver. Staaten die Bedingung gestellt, gemeinschaftlich darauf hinzuwirken, daß der Sklavenhandel völkerrechtlich für Piraterie erklärt würde. Man konnte auf die Vermuthung kommen, daß zu viel geboten wurde, um nichts zu erreichen, denn noch war er es nach englischem Rechte nicht. Das Parlament passirte jedoch ein dahin gehendes Gesetz und ein am 13. März 1824 in London gezeichneter Vertrag wurde nach Washington zur Ratifikation gesandt. Der Senat entschloß sich nach langem Zögern auf das Dringen des Präsidenten dazu, verstümmelte den Vertrag aber vorher dermaßen, daß er völlig werthlos wurde. England verwarf ihn in dieser Fassung, ließ aber in seinen Bemühungen nicht nach, bis H. Clay, zur Zeit Staatssekretär, die Erklärung abgab, daß es „unnöthig und unzweckmäßig erscheine, die Unterhandlungen fortzusetzen."

[4]) Der Zolleinnehmer von Mobile berichtet dem Sekretär des Schatzamtes am 15. Nov. 1818, daß drei Sklavenschiffe gefangen worden seien, „but this was owing rather to accident than any well-timed arrangement to prevent the trade." Und in einem späteren Briefe berichtet er: „The Grand-Jury found true bills against the owners of the vessels, masters and supercargo, all of whom have been discharged — why or wherefore, I cannot say, except that it could not be for want of proof against them." Jay, Misc. Writ. p. 281.

[5]) Im April 1820 erließ das Repräsentantenhaus drei Leuten das Verwirkungsgeld für importirte Sklaven, so weit dasselbe nach dem Gesetz den Ver. Staaten zufiel. Der Vorwand dafür war, daß es Haussklaven seien und die Uebertreter des Gesetzes auf ihre Anfrage von einem amerikanischen Konsul dahin

Präsident[1]) von der Vollziehung der früheren milderen Gesetze Abstand nahmen, wo sich ihnen einmal die Gelegenheit zur Statuirung eines Beispieles darbot.

Der Eifer, mit dem der Kongreß seit 1817 die Verschärfung der Gesetze gegen den Sklavenhandel betrieb, hing mit einer anderen Frage zusammen, die viel zur Festigung des Sklavenhalterinteresses beigetragen hat. War die weitere Sklavenimportation schon früher gegen das Interesse der nördlichen Sklavenstaaten gewesen, so war das jetzt noch viel mehr der Fall. Schon das allein stellte ihre Vertreter vor der Anklage sicher, daß sie mit den ergänzenden Gesetzen zu dem Akt von 1807 nur eine betrügerische Komödie gespielt. Allein die damals gegen die Verhängung der Todesstrafe vorgebrachten Bedenken hätten wohl auch jetzt noch größeres Gewicht bei ihnen gehabt, wenn sie nicht gerade jetzt einen Grund gehabt hätten, den Schein zu erwecken, als seien sie nunmehr ernstlich entschlossen, die einleitenden Schritte zu einer gründlichen und allseitigen Bekämpfung des Uebels zu thun. Im Januar 1817 legte Randolph dem Repräsentantenhause eine Petition der am 28. Dezember 1816 in Washington gegründeten „Kolonisationsgesellschaft"[2]) vor, die den Kongreß ersuchte, ihren Plan der Kolonisirung freier Neger — wo möglich in Afrika — zu befördern.[3]) Der Plan zur Gründung einer solchen Gesellschaft war in Virginia entsprungen und seine ersten Anfänge reichen bis in die Revolutionszeit zurück. In den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts begann er nach und nach festere Gestalt zu gewinnen.[4]) Die Veranlassung dazu war die wachsende Furcht vor Sklavenaufständen, die von freien Negern angezettelt werden könnten.[5]) Eine rücksichtsvolle Aufnahme war der

---

berichtet worden seien, daß solche eingeführt werden dürfen. Deb. of Congr. VI p. 573, 574.

[1]) Ein Sklavenhändler Namens Lacoste wurde 1820 in Boston zu drei Jahren Gefängniß und $ 3000 Geldstrafe verurtheilt. Monroe ertheilte ihm Anfang 1822 vollständige Amnestie, obgleich der Sklavenhandel inzwischen für Piraterie erklärt worden war und daher Todesstrafe auf ihm stand. Niles XXII p. 114.

[2]) Niles XI p. 296.

[3]) Ibid. XI p. 355.

[4]) Siehe Jeff.'s Works IV pp. 419—422, 442—444; V 563—565.

[5]) Derartige Befürchtungen waren schon vor dem Schluß des Jahrhunderts gehegt worden. Siehe Gibbs', Mem. of Wolc. I pp. 482, 486, 496; Jeff.'s Works IV pp. 196, 422. Randolph sagt in einer Rede vom 10. Dez. 1811: „Within the last ten years, repeated alarms of insurrection among the slaves; some of them awful indeed . . . I speak from facts when I say, that the night-

Petition schon dadurch gesichert, daß eine Anzahl von den ersten Männern aus den Sklavenstaaten zu den Gründern der Gesellschaft gehörten[1]) und die Legislatur von Virginia kurz zuvor einen förmlichen, denselben Zweck verfolgenden Beschluß passirt hatte.[2]) Im Repräsentantenhause wurde das Gesuch an einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Randolph verwiesen, der am 11. Februar Bericht erstattete.[3]) Der Ausschuß hielt es nicht für zweckdienlich, daß das Haus sogleich endgiltige Beschlüsse fasse, empfahl aber, den Präsidenten zu autorisiren, mit allen fremden Mächten über „die vollständige und sofortige Unterdrückung des Sklavenhandels in Unterhandlung zu treten und mit England eine Konvention bezüglich der Ansiedelung freier Neger aus den Vereinigten Staaten in Sierra Leone abzuschließen." Diese Verkoppelung fand die vollständige Billigung der Kolonisationsgesellschaft.[4]) Das Haus wurde jedoch nicht schlüssig. In der nächsten Session kam aber die Frage wieder zur Verhandlung und durch ein Gesetz vom 3. März 1819 gegen den Sklavenhandel wurde der Präsident ermächtigt, die nöthigen Anordnungen zur Transportation der widerrechtlich eingeführten Neger nach Afrika zu treffen.[5]) Diese Bestimmung wurde als eine Billigung des Kolonisationsplanes angesehen und kam daher der Gesellschaft sehr zu Statten. Außerdem bezog sie eine erhebliche Geldunterstützung aus dem Bundesschatze, da Monroe, der seit dem Beginne des Jahrhunderts für den Plan eingenommen war, die erwähnte Klausel in mehr als liberaler Weise konstruirte. Die Regierung war weit davon entfernt, die Sache der Gesellschaft zu der ihrigen zu machen, aber sie bekundete doch ein solches Interesse für sie, daß die Propaganda unter den Philanthropen im Norden mächtig dadurch gefördert wurde.

Sowohl die Petition der Gesellschaft, in der sie ihre Tendenzen darlegte, als ihre Konstitution waren äußerst diskret gehalten. Sie prätendirte nicht, für die Abschaffung der Sklaverei vorarbeiten zu wollen, und die Presse hob ausdrücklich hervor, daß ihr ein derartiger Zweck auch für die fernste Zukunft vollkommen fremd sei.[6]) Auf die

---

bell never tolls for fire in Richmond, that the mother does not hug the infant more closely to her bosom." Garland, Life of J. Randolph I pp. 294, 295.

[1]) Bushrod Washington, H. Clay, J. Randolph, R. Wright u. s. w.

[2]) Niles XI p. 275.

[3]) Der Bericht ist abgedruckt bei Niles XII p. 103.

[4]) Siehe ihre Adresse Niles XVI p. 65.

[5]) Stat. at L. III p. 533.

[6]) „It is scarcely necessary to add, that all connection of this proposition

Sklaven nahm die Petition überhaupt nur in so weit Bezug, als sie darauf hinwies, daß die Emanzipation durch Anwachsen der Zahl freier Neger erschwert werde. Das „Humane" in den Motiven und Absichten der Urheber des Planes wurde aber mit solchem Geschick betont, daß man im Norden doch thatsächlich der Ansicht wurde, hier sei ein Weg gefunden, auf dem man sich allmählich der Sklaverei entledigen könne. Man dachte sich den Prozeß in der Weise, daß durch die Fortschaffung der freien Farbigen die wesentlichsten Bedenken der humaner gesinnten Sklavenhalter gegen die Freilassung ihrer Sklaven gehoben werden und Emanzipation und Transportation der Emanzipirten hinfort gleichen Schritt halten würden, bis die Vereinigten Staaten vollkommen von der farbigen Bevölkerung befreit worden. Diese Rechnung sah zunächst ganz von der wirklichen Stimmung der Sklavenhalter ab. Begann doch jetzt sogar Jefferson an den Illusionen zu zweifeln, denen er sich in dieser Hinsicht sein ganzes Leben hingegeben.[1]) Allein der Plan wäre unter allen Umständen eine Absurdität gewesen. Das lag so offen auf der Hand, daß sich auch vom ersten Augenblick an Leute fanden, die in nüchternen Zahlen den Beweis dafür lieferten.[2]) Die Zahl der Sklaven überstieg bereits weit eine Million. Wenn also auch alle Freigelassenen sich transportiren ließen[3]) und wenn jedes Jahr so viel Sklaven freigelassen wurden, als transportirt und kolonisirt werden konnten, so mußte der Zuwachs der Sklaven durch natürliche Vermehrung doch stets ihre Verminderung durch Kolonisation weit übertreffen.[4]) Wer nicht überzeugt sein will, dem beweisen aber auch Zahlen nichts. Eine, ich möchte sagen, gemüthlichere Weise, sich des furchtbaren Uebels zu entledigen, konnte nicht leicht erdacht werden und darum glaubte man an die Realisirbarkeit des Planes.

---

with the emancipation of slaves, present or future, is explicitly disclaimed." Niles XI p. 296.

[1]) Jeff.'s Works VII p. 58.

[2]) Siehe die Artikel in Niles XIII pp. 82, 177.

[3]) Es war ausdrücklich versichert worden, daß ihre freiwillige Zustimmung eingeholt werden solle.

[4]) Bis zu dem achtzehnten Jahre ihres Bestehens (1. Jan. 1835) waren 809 Freigelassene nach Afrika befördert, d. h. eine Anzahl, die dem natürlichen Zuwachs der Sklavenbevölkerung während $5^1/_2$ Tagen entsprach. (Jay, Misc. Writ. p. 80) Daraus erhellt, wohin man nach dem Verlauf der „Jahrhunderte" gelangt sein mußte, welche die Gesellschaft forderte, um das Land von den Negern zu befreien. African Repository I p. 217; IV p. 344; u. a. v. a. O.

Die Sklavenstaaten, in denen das Projekt seinen Ursprung hatte, gaben sich durchaus keiner Täuschung hin. Sie wußten genau was sie wollten und lachten sich in's Fäustchen, daß die Philanthropen des Nordens so bereitwillig in die plumpe Falle gingen.[1]) Ein Köder, den die Gründer der Gesellschaft ausgeworfen hatten, war die Eroberung Afrika's für die christliche Religion und abendländische Kultur durch die Negeransiedelung. Dabei aber brandmarkten sie bei jeder Gelegenheit die freien Farbigen als den schlimmsten Auswurf der Bevölkerung, dessen Entfernung mit keinem Opfer zu theuer bezahlt sein würde.[2]) Gleichzeitig verwahrte sich aber die Kolonisationsgesellschaft entschieden dagegen, daß sie in irgend einer Hinsicht die Hebung der freien Farbigen anstrebe.[3]) Damit war ihre „Humanität" gekennzeichnet und auch ihre wahren Endzwecke ließen sich unschwer daraus entnehmen. Uebrigens machte sie auch gar keinen Hehl aus denselben. Randolph hatte schon in der ersten Versammlung zur Gründung der Gesellschaft erklärt, daß sie „wesentlich dahin tendiren müsse, das Sklaveneigenthum zu sichern." Und mit jedem Jahre stellte es sich nicht nur deutlicher heraus, sondern wurde es auch unumwundener ausgesprochen, daß ihr wahrer Zweck in der That die Reinigung des Landes von der Pest der freien farbigen Bevölkerung zur Sicherung der Sklaverei sei.[4]) Es kam die Zeit, da Männer des Nordens, welche

---

[1]) Daß es unter den Betrügern auch Betrogene gab, ist gewiß. Schon die brutale Energie, mit der man den freien Negern ihre „freiwillige Zustimmung" zur Transportation abrang, liefert den Beweis dafür. Siehe darüber Jay, Misc. Writ. pp. 50—58. Ein Sklavenhalter von Florida schreibt in einer „A Treatise on the Patriarchal System of Society" betitelten Schrift: „Colonization in Africa has been proposed to the free colored people: to forward which, a general system of persecution against them, upheld from the pulpit, has been legalized throughout the Southern States."

[2]) Auf einer Seite einer 1827 von H. Clay gehaltenen Rede finden sich die folgenden Sätze: „They will carry back to their native soil the rich fruits of religion, civilization, law, and liberty . . . Of all classes of our population, the most vicious is that of the free colored . . . Every emigrant to Africa is a missionary carrying with him credentials in the holy cause of civilization, religion, and free institutions." (Speeches I p. 282) Das ist ein Beispiel der Logik sklavokratischer Demokraten. — Siehe Wilson, The Rise and Fall of the Slave Power in America I p 213; Jay, Misc. Writ. pp. 22—24.

[3]) In einer Adresse der Gesellschaft heißt es: „The moral, intellectual and political improvement of free people of color within the United States are objects foreign to the powers of the society."

[4]) Clay leugnete das, aber in derselben Rede sagt er: „Any project . . . .

die Idee eines Kompromisses zwischen Sklaverei und Freiheit nicht zu fassen vermochten, das Heuchlerische und Lügnerische des Kolonisationsplanes so nackt zu Tage legten, daß er kaum noch die Würde eines possenhaften Zwischenspieles in der furchtbaren Tragödie beanspruchen konnte, die mit Riesenschritten ihrer Lösung entgegenging. Für geraume Zeit aber waren die aufrichtigen Philanthropen und Freiheitsfreunde des Nordens auf falsche Fährte gelockt. Das war es und nicht die kaum nennenswerthe Anzahl freier Neger, die nach Afrika hinüber geschafft wurde, was den Kolonisationsschwindel von unschätzbarem Werthe für die Sklavokratie machte. Nie ist eine solche Don Quixoterie sonder Gleichen von bittererem Ernste erfüllt gewesen. Sie wäre nicht möglich gewesen, wenn das politische Denken nicht bereits unter dem Einfluß der Sklaverei schwer zu kranken begonnen hätte.

Während man Gesetz über Gesetz gegen den afrikanischen Sklavenhandel erließ und keine Worte zu finden wußte, die ihn scharf genug verdammten, nahm der Sklavenhandel im Inneren immer größere Dimensionen und eine immer empörendere Gestalt an. Und ein Hauptsitz dieses Handels war die Hauptstadt des Landes. Nicht im Dunkel der Nacht und wider das Gesetz trieben die Händler ihr Wesen. Sie zahlten ihren Blutpfennig für die Erlaubniß, das Geschäft betreiben zu dürfen, die Zeitungen waren gefüllt mit ihren Anzeigen und von den Fenstern des Kapitols konnte man lange Züge gefesselter Sklaven auf dem Transport nach den Zuckerpflanzungen und Baumwollplantagen des Südens sehen. Und hinter jenen Fenstern orakelten die Weisen der Republik über Menschenrechte und Freiheit. Das Schauspiel war so entwürdigend, daß ein Virginier — ein Sklavenhalter, der am ganzen Leibe vor Wuth bebte, wo er die geringste Absicht zur Verletzung der „Rechte" der Sklavenhalter zu ent-

---

by which, in a material degree, the dangerous element in the general mass can be diminished or rendered stationary, deserves deliberate consideration," und „The execution of its (der Gesellschaft) scheme would augment instead of diminishing the value of the property (d. h. der Sklaven) left behind." Speeches I pp. 275, 283. Selbst Webster sagte in seiner berüchtigten Rede vom 7. März. 1850: „If Virginia and the South see fit to adopt any proposition to relieve themselves from the free people of color among them, or such as may be made free, they have my full consent that the government shall pay them any sum out of the proceeds of that cession (der westlichen Gebiete) which may be adequate to the purpose." Webst.'s Works V p. 364.

decken meinte — dem Kongreß in Donnerworten die Schmach vor Augen hielt. John Randolph's langer Finger, der Schrecken aller kleinen und aller unreinen Geister im Repräsentantenhause, war nicht auf ein einzelnes Opfer, sondern auf den ganzen Kongreß gerichtet und man konnte glauben, er wolle seine schrille Stimme dem ganzen Lande in das Gewissen gellen lassen, als er am 1. März 1816 nach vernichtender Strafrede den Antrag stellte, einen Ausschuß einzusetzen, um zu untersuchen, „ob ein unmenschlicher und ungesetzlicher Handel in Sklaven im Distrikt“ betrieben werde und zu berichten, ob und was für Mittel gegen denselben ergriffen werden könnten.[1]) Man wagte nicht die Forderung abzuweisen. Randolph selbst wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt. Sein Bericht enthielt eine Menge Thatsachen, die seine Anklagen nur zu sehr rechtfertigten, aber einen Vorschlag brachte er nicht ein und die ganze Sache wurde, wie alle früheren Klagen gegen die Sklaverei, zu den Akten gelegt. Die Tragi-Komödie war um eine Scene, und nicht gerade die schlechteste, bereichert.

Wo es für die Sklavenhalter einzutreten galt, da begnügte man sich nicht mit nutzlosen Resolutionen. Im ersten Artikel des Friedens von Gent waren auch Sklaven unter den Gegenständen aufgezählt, die zurückerstattet werden sollten. Bei der Ausführung des Friedensvertrages erhob sich ein Streit darüber, ob darunter nur die Sklaven zu verstehen seien, die sich in den von den Engländern genommenen Plätzen befunden, oder auch diejenigen, welche sich auf ihre Schiffe oder in die Reihen ihrer Armeen geflüchtet hatten. Die Amerikaner beanspruchten sämmtliche Sklaven, während die Engländer nur die erstgenannte Klasse ausliefern wollten. Zwölf Jahre lang wurden die Unterhandlungen über diesen Punkt geführt. Durch ihre unvergleichliche Zähigkeit setzte die amerikanische Regierung den Abschluß von drei Konventionen durch, deren Endresultat die Zahlung von $ 1,204,000 war. Die Eigenthümer der entlaufenen Sklaven machten ein gutes Geschäft dabei. Nachdem sie den festgesetzten Durchschnittswerth nebst zwölfjährigen Interessen erhalten hatten, blieb noch ein Ueberschuß, der gleichfalls unter sie vertheilt wurde. Es ist nicht wohl abzusehen, wie

---

[1]) Deb. of Congr. V p. 609. Dieser stolzeste Sklavenbaron, der so eben erklärt, „he would **never weaken** the form of the contract between the owner and the slave“, der bekannte: „It was not necessary that we should have, here in the very streets of our new metropolis, a depot for this nefarious traffic — in comparison with which the traffic from Africa to Charleston or Jamaica was mercy, was virtue.“

die Bundesregierung in greifbarerer Weise die Sklaven als **Eigenthum** anerkennen konnte, das, gleich allem anderen Eigenthume, mit der gesammten **Bundesmacht** geschützt werden müsse. Allein es blieb bei dem alten Satz: die Sklaverei war nur eine munizipale Institution, von der die Union als solche nichts wußte.

Lange vordem diese Sache zum Austrag kam, hatte die Regierung in Florida auch die bewaffnete Macht des Bundes im Interesse der Sklavenhalter zur Verwendung gebracht. Die Abolitionisten haben später in ihrem Eifer oft die Behauptung aufgestellt, daß die langjährigen Kämpfe, die sich hier abspielten, nur eine Sklavenhetze gewesen seien und die schließliche Erwerbung des Territoriums nur zur Erweiterung des Sklavereigebietes geschehen sei. Die Behauptung ist in diesem Falle so wenig gerechtfertigt wie in dem von Louisiana. Schon seit dem Anfange des Jahrhunderts hatten die Vereinigten Staaten aus allgemein politischen und sehr triftigen Gründen ihr Augenmerk auf die Floridas gerichtet. In Folge der Verletzung vertragsmäßig stipulirter Rechte der Vereinigten Staaten in New Orleans setzte das Repräsentantenhaus 1813 einen Ausschuß ein, um über die Ziemlichkeit und Durchführbarkeit der Annexion der Floridas Bericht zu erstatten. Der Ausschuß kam zu der Ueberzeugung, daß „New Orleans und die Floridas ein Theil der Vereinigten Staaten werden müßten, **entweder durch Kauf oder durch Eroberung**."[1] Diesem Berichte wurde weiter keine praktische Folge gegeben, bis die Verlegenheiten Spaniens durch die europäischen Wirren eine günstige Gelegenheit boten. Ein Akt vom 15. Januar 1811 ermächtigte den Präsidenten „unter gewissen Umständen aus schuldiger Rücksicht auf die Sicherheit (der Vereinigten Staaten) zeitweilig von dem Gebiete" östlich vom Perdido und südlich von Georgia Besitz zu nehmen.[2]) In Uebereinstimmung mit diesem Akte ließ Madison West Florida besetzen. In seiner Antwort auf den „feierlichen Protest" des englischen Gesandten gegen diesen Schritt rechtfertigte der Staatssekretär Monroe denselben durch die Behauptung, daß West Florida zu dem von Frankreich erworbenen Louisiana-Gebiete gehöre, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß auch schon die Entschädigungsforderungen, welche die Vereinigten Staaten an Spanien hätten, eine genügende Rechtfertigung der Besitzergreifung sein würden.[3]) Diese Ansprüche mußten nachher die

---

[1]) Niles III p. 52.

[2]) Stat. at L. III p. 471.

[3]) Siehe die Korrespondenz bei Niles I pp. 187—189.

Rechtfertigung für das Vorgehen gegen Ost Florida abgeben.[1]) Im folgenden Jahre wurde das Gebiet bis zum Pearl-Flusse mit Louisiana und das bis zum Perdido mit dem Mississippi-Territorium förmlich vereinigt. Das Repräsentantenhaus wollte nun auch den Präsidenten zur Besitzergreifung von Ost Florida autorisiren, aber der Senat verwarf die Bill wegen der kritischen Lage des Landes. Während des Krieges mit England (1813) fiel auch noch Mobile in die Hände der Amerikaner und der Besitz von West Florida war ihnen damit vollständig gesichert; Ost Florida mußten sie dagegen räumen. Alle diese Schritte so wie die zeitweilige Besetzung Pensacola's durch Jackson standen in keiner Verbindung mit der Sklavenfrage. Diese lief längere Zeit als ein kaum beachtetes Sonderinteresse Georgia's nebenher und wurde erst nach Beendigung des Krieges durch einen besonderen Zwischenfall mehr in den Vordergrund geschoben.

Im November 1812 sprach sich ein Ausschuß der Legislatur von Georgia sehr ungehalten über den Bundessenat aus, daß er seine Zustimmung der Bill des Repräsentantenhauses verweigert habe, die den Präsidenten zur Besetzung von Ost Florida autorisirte. Der Ausschuß fand diese Politik „unerklärlich und der Sicherheit und Ruhe dieser Sektion der Vereinigten Staaten gefährlich."[2]) Diese Worte enthalten den Schlüssel zu dem besonderen Interesse, das Georgia an der Frage hatte. Seit langer Zeit fanden die aus Georgia flüchtenden Sklaven ein Asyl bei den Indianern Florida's. Das „Uebel" wurde so hart empfunden, daß der Staat der Bundesregierung unablässig in den Ohren lag, sie solle durch Eroberung des Gebietes Abhülfe schaffen. Die Klagen blieben nicht wirkungslos. Der Kriegssekretär Crawford beorderte General Jackson am 15. März 1816, den Kommandanten von Pensacola darauf aufmerksam zu machen, daß ein während des Krieges vom Engländer Nichols am Appalachicola erbautes Fort von Indianern und Negern besetzt gehalten werde, die Sklaven aus dem Gebiete der Vereinigten Staaten zur Flucht verlockten; weigere sich der Kommandant einzuschreiten, so werde das Fort genommen werden, falls dieses ohne Autorisation des Kongresses geschehen könne. Bevor der Befehl Jackson erreicht, hatte dieser schon aus eigener Machtvollkommenheit General Gaines gegen das Fort mit der Weisung abgesandt, „den Gouverneur von Pensacola von Eurem

---

[1]) Ibid. I pp. 189, 190.

[2]) Ibid. III p. 259.

(seinem) Einrücken in das Territorium und zu dem ausdrücklichen Zweck, diese gesetzlosen Banditen zu vernichten, in Kenntniß zu setzen." Gaines beauftragte Oberst Clinch, der Kanonenboote zu seiner Unterstützung heranzog, mit der Ausführung des Befehls. Beim Bombardement, dem, wie Clinch in seinen Depeschen behauptete, ein Angriff der Neger vorherging, flog eine glühende Kugel in das Pulvermagazin. Von den 300 Negern und etwa 20 Indianern, die sich nach dem offiziellen Bericht in dem Fort befanden, wurden 270 sogleich durch die Explosion getödtet und der Rest tödtlich verwundet.[1]) Diese „heroische That", die der Kongreß 1818 auf Antrag Pleasant's von Virginia mit $ 5465 belohnte, war der Anfang des Seminolenkrieges, der den Vereinigten Staaten Millionen über Millionen gekostet und vielleicht alle anderen Indianerkriege an Wildheit übertroffen hat. Und der Zweck des Zuges, der in der heroischen That endete, war nach den offiziellen Aktenstücken, die Zufluchtsstätte flüchtiger Sklaven zu zerstören und die Gefangenen „ihren rechtmäßigen Eigenthümern zurückzuerstatten." Die Bundestruppen waren zu Sklavenhäschern herabgewürdigt, der Sieger von New Orleans und der künftige Präsident der Republik hatte sich selbst dazu erniedrigt und der Kongreß krönte den ruhmvollen Handel durch Votirung einer Belohnung. In den heftigen Debatten, die der Seminolenkrieg veranlaßte, vermied man es, bis auf seinen letzten Ursprung zurückzugehen, obgleich die Sklavenjagd fortfuhr, eine Hauptrolle in ihm zu spielen. Nur ein Pennsylvanier verrieth in einem unbewachten Augenblick, wie tief die Sklaverei in den Streit verflochten war, und er redete der Menschenhetze das Wort.[2]) Sonst zankte man sich darüber, ob der Krieg von den Indianern begonnen worden oder diese sich zuerst über Unbill der Weißen zu beklagen gehabt hätten.

So trug das letzte[3]) der langen Reihe von Spielen, die in den ersten dreißig Jahren der Union unter der neuen Verfassung von den beiden Sektionen auf dem weiß- und schwarzfeldrigen Schachbrett der freien Arbeit und der Sklaverei gespielt worden waren, einen blutigen Charakter. Die Einsätze waren hoch genug gewesen und der Norden

---

[1]) Die Aktenstücke über diese Vorgänge finden sich im 4. Bde. der State Papers 19th Congr. 2d. Sess. Ein interessanter Bericht ist in Niles' Reg. XI p. 37.

[2]) Baldwin. Deb. of Congr. VI p. 322.

[3]) Ich nenne es das letzte, weil es am weitesten in die folgende Periode hineinreichte.

hatte sie alle verloren; selbst den halben Sieg in der Frage der Sklavenimportation hatte er nur dem Bunde mit den nördlichen Sklavenstaaten zu danken. Es wäre wider die menschliche Natur gewesen, wenn der Süden nach diesen Erfahrungen nicht mit doppelter Zuversicht und wo möglich um doppelten Einsatz gespielt hätte. Einsatz und Verwegenheit des Spieles steigerten sich in demselben Maße, als im Süden die Sklaverei alle anderen Interessen verschlang und zum allein bestimmenden wurde.

Der wirthschaftliche Gegensatz zwischen den freien und sklavenhaltenden Staaten. Das Missouri Kompromiß.

Von dem Augenblick an, da die Sklaverei mit der Bundesverfassung in Verbindung gebracht werden sollte, hatte der Süden eine krankhafte Gereiztheit gezeigt, sobald die „eigenthümliche Institution" in irgend einer Weise zur Sprache gekommen war. Ein großer Theil der bisher durch sie hervorgerufenen Fragen war erst nach langen und heißen Kämpfen zur Erledigung gekommen. Von beiden Seiten war dabei manches Wort gefallen, das mit schrecklicher Sicherheit die Schleier der Zukunft lüftete. Alle die Streitigkeiten über die Sklavenfrage — von den Debatten im Konvent zu Philadelphia abgesehen — hatten aber doch nur den Charakter von Zwischenfällen getragen; sie hatten nur einen Bestandtheil der eigentlichen politischen Tagesordnung gebildet. „Süden" und „Norden", mit bedeutungsschwerer Betonung ausgesprochen, gehörten bald zu den geläufigsten Ausdrücken der Politiker, aber „sklavenhaltende" und „freie" Staaten waren noch nicht zu politischen Hauptworten geworden. Als sie dazu geworden waren und immer mehr den Grundton in allen Debatten angaben, bildeten sich auf beiden Seiten — besonders aber im Norden — Fraktionen, die unter Berufung auf jene ältere Zeit mit steigender Heftigkeit dagegen protestirten. Selbst noch nach Beendigung des Bürgerkrieges sind dicke Bücher geschrieben worden, um den Beweis dafür zu liefern, daß die sklavenhaltenden und freien Staaten bis an das Ende der Tage einträchtig mit einander hätten gehen können, wenn nicht hüben und drüben politische Kurzsichtigkeit, Fanatismus und Demagogie die Zwietracht geweckt und künstlich geschürt hätten. Die ganze Ge-

schichte der Union seit 1787 widerlegt mit solcher Deutlichkeit die Ansicht, daß sie sich nur auf sittliche Entnervung zurückführen läßt. Leichter hätten Luther und seine Gegner ihrem Uebereinkommen treu bleiben und der begonnenen Reformation durch Schweigen ein Ziel gesetzt werden können, als in den Vereinigten Staaten der Widerstreit zwischen den freien und sklavenhaltenden Staaten durch Ignoriren an stetiger Verschärfung bis zum unheilbaren Bruch verhindert werden konnte. Selbst wenn der Gegensatz nur ein sittlicher und politischer gewesen wäre, hätte er weder versöhnt noch vermittelt werden können, einfach weil er ein prinzipieller war. Allein er war außerdem auch wirthschaftlicher Natur und das war in so fern von größerer Bedeutung, als es früher und direkter die praktische Politik beeinflussen mußte.

Die freie Arbeit bei unbeschränkter Konkurrenz macht die höchste Ausbildung und die höchste Ausnutzung der individuellen Kraft zum gestaltenden Prinzip des gesammten Lebens einer Nation. Bei der Sklavenarbeit ist hingegen das einzige Mittel zu wirthschaftlichem Fortschritt die Vermehrung des Gewichtes der todten Masse. Das Wesen der freien Arbeit ist Intensität; die Lebensbedingung einer mit freier Arbeit konkurrirenden Sklavokratie ist schrankenlose Expansion.[1]) In den Vereinigten Staaten war vorab auch dem freien Norden in hohem Grade Expansion geboten und die Intensität konnte daher vorwiegend nur nach der einen Seite hin, der quantitativen, zur Geltung kommen. Das Endresultat in dem Ringen zwischen den entgegengesetzten wirthschaftlichen Prinzipien konnte aber dadurch nicht geändert werden.

Die wirthschaftliche Entwickelung der Sklavenstaaten mußte schon deswegen weit hinter der des Nordens zurückbleiben, weil sie in Folge

---

[1]) In den letzten fünf Jahren vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges gaben die leitenden Staatsmänner des Südens das nicht nur zu, sondern sie machten es auch als Begründung der Billigkeit ihrer neuen Ansprüche geltend. So erklärte Robert Toombs schon den 24. Jan. 1856 in einer Rede zu Boston: „Expansion is as necessary to the increased comforts of the slave as to the prosperity of the master.“ Das offenherzigste Bekenntniß aber legte Barringer von North Carolina 1861 in der „Friedenskonvention“ ab. Er sagt: „In my opinion you will never get back the seceded States, without you give them some hope of the acquisition of future territory. They know that when slavery is gathered into a cul-de-sac, and surrounded by a wall of free States, it is destroyed. Slavery must have expansion. It must expand by the acquisition of territory which now we do not own. The seceded States will never yield this point — will never come back to a Government which gives no chance for the expansion of their principal institution.“ Chittenden's Report p. 340.

der Sklaverei eine durchaus einseitige bleiben mußte. Der Süden blieb im Wesentlichen auf den Ackerbau beschränkt und auch der konnte nur extensiv betrieben werden. Die Vorbedingung intensiver Ackerwirthschaft ist das Prädominiren des kleinen und mittleren Grundbesitzes. Die Sklaverei aber hat eine unüberwindliche Tendenz zur Plantagenwirthschaft, die den kleinen und mittleren Grundbesitz erdrückt oder aufsaugt.[1]) Der große Pflanzer gab den Ton im wirthschaftlichen Leben an. Zum großen Theil gab er sich den feineren Genüssen des Lebens hin, den Betrieb der Plantage dem Aufseher überlassend, der in der Regel sein Augenmerk nur auf die Größe der Ernte richtete, denn diese pflegte als Maßstab seiner Tüchtigkeit angesehen zu werden und mithin auch den Maßstab für die Höhe seines Lohnes abzugeben. In den meisten Fällen wurde der Boden systematisch ausgeraubt. Der überschüssige Verdienst wurde, wenn nöthig, in neuen Ländereien, vorzüglich aber in neuen Sklaven angelegt, denn nach der Zahl der Sklaven wurde der Reichthum abgeschätzt und somit in gewissen Hinsichten auch die gesellschaftliche Stellung bestimmt. Der Preis der Sklaven stieg rascher als ihr Werth. Der Besitzer weniger Sklaven litt darunter so wie unter dem Darniederliegen der Verkehrsmittel am

[1]) Nach dem Census von 1850 (Compend. p. 170) war im Südwesten die durchschnittliche Größe des Grundeigenthums, die Farmen und die sog. patches der keine Sklaven haltenden Häusler eingerechnet, 273 acres. Baumwollpflanzungen waren nud selten unter 400 acres. Nach De Bow bezifferte sich in allen Sklavenstaaten zusammengenommen die erste Klasse der Sklavenhalter — etwa von 50 Sklaven ab — nur auf 7,929. Die Majorität der Baumwollpflanzer, die von 10—25 Sklaven eignete, schildert Olmsted als in großer Dürftigkeit lebend. The Cotton Kingdom I p. 18. Vrgl. a. II p. 233. De Bow — eine Autorität, die nicht wohl angezweifelt werden kann, wenn die Schäden der Sklavenstaaten aufgedeckt werden — schreibt: „But what would be his (des Hörers) surprise when told that so far from living in palaces, many of these (cotton) planters dwell in habitations of the most primitive construction, and these so inartificially built as to be incapable of defending the inmates from the winds and rains of heaven. That instead of any artistical improvement, this rude dwelling was surrounded by cotton fields, or probably by fields exhausted, washed into gullies, and abandoned.“ Resources of the South and West II p. 113. Dieselbe Autorität schreibt: „I am satisfied that the non-slaveholders far outnumber the slaveholders, perhaps by three to one. In the more southern portion of this region (dem Südwesten) the non-slaveholders possess generally but very small means, and the land which they possess is almost universally poor and so sterile that a scanty subsistence is all that can be derived from its cultivation, and the more fertile soil, being in the hands of the slaveholders, must ever remain out of the power of those who have none.“ II p. 106.

schwersten. Seine Arbeitskraft reichte oft nur hin, dem Boden gerade so viel abzuringen, als zur Bestreitung des Nöthigsten erforderlich war. Der Sporn zum Wetteifer fehlte, denn der große Pflanzer stand zu weit über ihm und ein mäßiger Fortschritt brachte keine Erhöhung der Lebensgenüsse mit sich, die einen merklichen Reiz auf ihn hätte ausüben können. War er besonders thätig und lächelte ihm das Glück, so äffte er dem großen Pflanzer nach und verwandte seine Ersparnisse gleichfalls auf den Ankauf neuer Sklaven. Die Produktion wurde erhöht, ohne daß der Wohlstand gewachsen wäre. Was man als Anwachsen des Reichthums ansah, war in Wahrheit zum großen Theil nur Vermehrung der arbeitenden Bevölkerung bei fortschreitender Kapitalverzehrung. Der Süden lebte fast ausschließlich vom Ackerbau und der Preis des Landes blieb mit jedem Jahrzehnt weiter hinter dem Preise des Landes in dem vielfach von der Natur weit dürftiger ausgestatteten Norden zurück.[1])

Der Ersatz auf anderen wirthschaftlichen Gebieten war im höchsten Grade dürftig. Die Großindustrie fand keinen Boden in den eigentlichen Sklavenstaaten und konnte ihn nicht finden.[2]) Das eigene Kapital wurde vom Ackerbau monopolisirt. Industrielle Thätigkeit verträgt sich nicht mit dem Verlangen nach aristokratischer Muße, das in einem Gemeinwesen, welches sein spezifisches wirthschaftliches Ge-

---

[1]) Nach dem Census von 1850 war z. B. der Durchschnittspreis des acre in Virginia $ 8 und in dem benachbarten Pennsylvania $ 25. Derselbe bezeichnende Preisunterschied fand in den Sklavenstaaten selbst Statt, wo in einzelnen Theilen derselben das Verhältniß zwischen den Sklaven und der freien Bevölkerung erheblich verschieden war. So fand Olmsted in den nordwestlichen Counties von Virginia, wo das Verhältniß 1: 15 war, den Preis des acre über $ 7. 75, und in anderen Counties, wo das Verhältniß 1: $2,_2$ war, nur $ $4,_{50}$. The Cotton Kingdom I p. 114.

[2]) Bei sonst gleichen Bedingungen wird die Verarbeitung eines Rohproduktes stets in der Nähe seiner Erzeugung Statt finden. Die Tendenz beider Sektionen zu industrieller Entwickelung läßt sich daher am besten an der Baumwollmanufaktur vergleichen. Nach einem am 30. Juni 1855 von R. C. Morgan und A. Shannon dem Finanzsekretär eingereichten Berichte repräsentirte dieselbe 1820 in den Sklavenstaaten einen Werth von $ 885,608 und in den freien Staaten von $ 4,048,549; 1850 war sie in den Sklavenstaaten auf $ 9,367,331 und in den freien Staaten auf $ 52,501,853 gestiegen. Die gesammten Manufakturen des Südens repräsentirten 1840 einen Werth von $ 93,362,202, und die des Nordens von $ 347,748,612. Kettell, Southern Wealth and Northern Profits p. 55. Die Zahl der in Manufakturen beschäftigten Personen war nach dem Census von 1850 in den Sklavenstaaten 151,944, und in den freien Staaten 807,125.

präge durch Sklavenarbeit erhält, die freie Bevölkerung charakterisiren muß. Fremdem Kapital mußten die natürlichen Verhältnisse ganz außerordentlich große Vortheile gewähren, um es den Versuch wagen zu lassen, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die Sklavenwirthschaft jedem größeren industriellen Unternehmen in den Weg legte. Zureichende Arbeitskräfte waren schwieriger als irgendwo sonst zu beschaffen. Die Sklaven konnten nicht verwandt werden. Da sie nicht die Frucht ihrer Arbeit genossen, so arbeiteten sie lediglich unter dem Impuls der Furcht. Die stete gewissenhafte Aufmerksamkeit, die das erste Requisit eines brauchbaren Fabrikarbeiters ist, konnte aber nicht durch die Peitsche anerzogen werden. An freien Arbeitern fehlte es freilich nicht, aber sie standen in jeder Hinsicht weit den Arbeitern der freien Staaten nach. Der demoralisirende Einfluß, den die Schändung der Arbeit ausübte, machte sich bei ihnen am stärksten geltend. Außerdem fristete selbst das unabhängige Handwerk, die naturgemäße Vorstufe einer gesunden Großindustrie, nur eine kümmerliche Existenz in den Sklavenstaaten. Die Möglichkeit und Nothwendigkeit der Arbeitstheilung steht in einem gewissen Verhältniß zur Dichtigkeit der Bevölkerung.[1]) Sie war daher in den Sklavenstaaten äußerst be-

[1]) Nach Beendigung des Revolutionskrieges belief sich die Bevölkerung der südlichen Staaten auf etwa 1,600,000 Seelen. Ihr Areal betrug 128,000,000 acres. Es kamen mithin ungefähr 80 acres auf den Kopf. Bis 1860 war die Bevölkerung der Sklavenstaaten auf 12,000,000 angewachsen und ihr Gebiet umfaßte nahezu 540,000,000 acres, ungefähr 45 acres per Kopf. Während also die Bevölkerung im Verhältniß von 1: $7_{,5}$ zugenommen hatte, war das Areal der Sklaverei im Verhältniß von 1: $4_{,5}$ ausgedehnt worden. — Carey (The Slave Trade Domestic and Foreign p. 99 ff.) führt eine Reihe von Autoritäten aus dem Süden für die Thatsache an, daß in den Sklavenstaaten der Boden rasch ausgesogen und bald vollständig erschöpft würde, so daß die Bevölkerung verarme oder ihre alten Niederlassungen gegen neue Strecken jungfräulichen Bodens vertauschen müsse. P. 102 sagt er dann: „When . . . they (men) separate from each other, the greater is the tendency to a decline in the value of land, the less is the value of labour, and the less freedom of man. Such being the case, if we desire to ascertain the ultimate cause of the existence of the domestic slave trade it would seem to be necessary only to ascertain the cause of the exhaustion of the land.“ Diese Ursache werde gewöhnlich und verkehrter Weise in der Sklaverei gesucht, denn in den nördlichen Staaten finde „genau die gleiche Erschöpfung“ (?) des Bodens Statt. „It is not slavery that produces exhaustion of the soil, but exhaustion of the soil that causes slavery to continue“ (p. 105). Darauf schätzt er die Produktion der Sklavenstaaten im J. 1850 auf $ 300,000,000 und die der freien Staaten auf 1,250,000,000 und fährt dann fort: „The difference is caused by the fact that at the North artisans have placed

schränkt. Der Markt der Gewerke hatte, von den einzelnen größeren Städten abgesehen, eine solche räumliche Ausdehnung, daß sich eine fördernde Konkurrenz schlechterdings nicht ausbilden konnte. Die Kon-

themselves near to the farmer, and towns and cities have grown up, and exchanges are made more readily, and the farmer is not to the same extent obliged to exhaust his land, and dispersion goes on more slowly . . . . With each step in the process of coming together at the North, men tend to become more free; whereas the dispersion of the South produces everywhere the trade in slaves of which the world complains, and which would soon cease to exist if the artisan could be brought to take his place by the side of the producer of food and cotton . . . (p. 115) Upon whom, now, must rest the responsibility for such a state of things as is here exhibited? Upon the planter? He exercises no volition. He is surrounded by coal and iron ore, but the attempt to convert them into iron has almost invariably been followed by ruin. He has vast powers of nature ready to obey his will, yet dare he not purchase a spindle or a loom to enable him to bring into use his now waste labour power, for such attempts at bringing the consumer to the side of the producer have almost invariably ended in the empoverishment of the projector, and the sale and dispersion of his laborers.“ Die Schuld daran trügen England und Diejenigen, welche durch Befürwortung freihändlerischer Tendenzen das Streben desselben unterstützten, sich für alle Manufaktur- und Industrieartikel „zur einzigen Werkstatt der Welt“ zu machen.

Der Raum hat mir nicht gestattet, ausführlichere Auszüge zu machen, aber es ist der Mühe werth, das Raisonnement des berühmten Nationalökonomen genau zu verfolgen, weil es ein vortrefflicher Beweis für die im Text entwickelten Ansichten und gegen das ist, was er beweisen will. Carey vergißt ein Moment vollständig und dieses eine Moment kehrt alle seine Argumente gegen ihn selbst. Die Handelspolitik der Vereinigten Staaten ist nicht für die beiden Sektionen eine verschiedene sondern für das ganze Land die gleiche gewesen. Mag sie gut oder verwerflich gewesen sein, jedenfalls sind bei derselben im Norden zahllose Städtchen und Städte entstanden, haben Manufaktur und Industrie Wurzel gefaßt, ist die Bevölkerung dichter geworden, haben sich „Amboß und Webeschiff an der Seite von dem Pflug und dem Rechen niedergelassen“, während alles das im Süden nicht geschehen ist. „Konnte“ es nun, wie Carey — und zwar mit Recht — behauptet, im Süden nicht geschehen; endigten alle Versuche, es zu Wege zu bringen, mit dem Ruin der Unternehmer, so muß der Grund dafür wo anders gesucht werden. Dieser Grund aber kann nur in der Sklaverei gefunden werden denn Sklavenarbeit und freie Arbeit war der einzige Unterschied, der in den wirthschaftlichen Institutionen und der wirthschaftlichen Politik beider Sektionen obwaltete. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Erschöpfung des Bodens und die daraus folgende „Zerstreuung“ der Bevölkerung dahin tendirt habe, die freien Weißen des Südens immer mehr und mehr zu Sklaven der Sklaverei zu machen. Ursache und Wirkung waren hier, wie so oft, in der Weise mit einander verflochten, daß diese auf jene rückwirkte, so daß beide dann sowohl als Ursache wie als Wirkung erschienen.

sumenten waren aber nicht nur zu weit zerstreut, sondern ihre absolute Zahl war auch viel zu gering. Die großen Grundbesitzer bezifferten sich auf wenige Tausende und ihre Luxusbedürfnisse konnten leicht und billiger durch Importation befriedigt werdeu. Die Pflanzer der zweiten Klasse nippten gemeiniglich je nach Vermögen an den Luxusgenüssen, die sich ihre reichen Vorbilder erlaubten, und lebten im Uebrigen in der selbstgenügsamen Bedürfnißlosigkeit einer strebIosen Halbbildung. Die Masse der kleinen ländlichen Sklavenhalter und der besitzlosen Arbeiter war das traurigste gesellschaftliche Produkt, welches die Geschichte der Kulturvölker aufzuweisen hat: ein aristokratisches Proletariat, gleich sehr durch seine Unbildung wie durch seinen Dünkel ein furchtbares Material in den Händen der selbstsüchtigen Aristokratie und machtgieriger Politiker. Theils Armuth und theils Rohheit ließen die Industrie hier weiter keinen Markt finden als für die nöthigsten Geräthschaften und Kleidungsstücke, für Handwaffen und die Whiskyflasche. Die Sklaven endlich — die Haussklaven der Wohlhabenderen abgerechnet — figurirten unter den Konsumenten von Manufakturprodukten nur mit den Ackergeräthen und den groben Stoffen, die zur Bedeckung ihrer Blöße dienten.[1])

Der Großhandel lag zum großen Theil in den Händen nordstaatlicher Kaufleute. In allen Streitigkeiten mit dem Norden war es ein Haupttrumpf der südlichen Politiker, daß der Verdienst, welchen der Export südstaatlicher Rohprodukte und der Import europäischer Industrieerzeugnisse für den Süden abwarf, dem Norden zufiele. Als die Sezessionsdrohungen zur stehenden Würze der politischen Debatten geworden waren, wurde stets besonders betont, daß der Krämergeist des Nordens sich doch wohl bedenken solle, ehe er es zur Trennung treibe und damit auf diesen Gewinn verzichte, den ihm der großherzige Süden überlassen. — Der Kleinhandel siechte unter den Verhältnissen,

---

[1]) Der Lynchburg Virginian schreibt: „Dependent upon Europe and the North for almost every yard of cloth, and every coat, and boot, and hat we wear; for our axes, our scythes, tubs, and buckets — in short, for every thing except our bread and meat! — it must occur to the South that if our relations with the North should ever be severed — and how soon they may be, none can know (may God avert it long!) — we would, in all the South, not be, able to clothe ourselves. We could not fell our forests, plough our fields, nor mow our meadows. In fact, we would be reduced to a state more abject than we are willing to look at even prospectively.“ Angeführt bei Olmsted The Cotton Kingdom II p. 366.

welche das Handwerk niederhielten. Das kommerzielle Leben staute sich weit mehr als im Norden an einzelnen wenigen Orten und der Handel konnte daher nur in ungleich geringerem Grade seine kulturfördernden Wirkungen ausüben.[1])

Der Bevölkerung der Sklavenstaaten fehlte mithin jene mannigfache gesellschaftliche Gliederung, die bei einem auf sittlicher Basis ruhenden Gemeinwesen bei fortschreitender Kultur in's Unendliche wächst. Auch in den freien Staaten gingen die Extreme immer weiter auseinander, aber die Uebergänge aus einer Gesellschaftsschichte in die andere waren unmerklich und das Ganze war ein nicht nur äußerlich wachsender sondern stetig sich innerlich fortentwickelnder Organismus. Im Süden dagegen klaffte die Gesellschaft immer weiter in drei verschiedene Klassen auseinander: die herrschenden Großgrundbesitzer, die minder begüterten Sklavenhalter, die keine Muße zu intensiv thätiger Theilnahme am politischen Leben und weder Muße noch Trieb zur eigenen Fortbildung hatten, und der freie Pöbel; das Fundament des ganzen Baues gaben die außerhalb der berechteten Gesellschaft stehenden Sklaven ab.[2]) Es fehlte selbstredend nicht an Verbindungsgliedern, aber sie waren nicht zahlreich und bedeutsam genug, um einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Das politische und soziale Leben erhielt seinen Charakter durch jene naturgemäß sich aus der Sklaverei herausbildende Dreitheilung der Gesellschaft.

Die Folgen dieser eigenthümlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Zustände wurden um so verderblicher, je mehr die politischen Institutionen einen rein demokratischen Charakter annahmen, denn auf eine desto breitere Lüge wurde der gesammte sozial-politische Bau gestellt. Jede Klassenherrschaft demoralisirt und die herrschende Klasse wird desto mehr entsittlicht, je mehr die Herrschaft eine blos thatsächliche und nicht im Gesetz begründete ist, denn das Mißverhältniß zwischen Macht und gesetzlich festgestellter Pflicht wird desto größer. Die sorgfältige Wahrung des demokratischen Scheines war so sehr eine sich von selbst ergebende Nothwendigkeit, daß die herrschende Klasse das

[1]) Nach dem Census von 1850 lagen Handel und Gewerken (commerce and trades) und Bergbau in den Sklavenstaaten 180,334 und in den freien Staaten 456,863 Personen ob.

[2]) Ich habe bei dieser allgemeinen Besprechung wesentlich die Zustände in den eigentlichen Pflanzerstaaten im Auge. In den sog. Grenzstaaten erfuhren sie mannigfache und nicht unwichtige Modifikationen. Natur und Grad derselben so wie ihre politische Bedeutung werden seiner Zeit zur Sprache kommen.

Urtheil darüber verlor, wie sehr die Demokratie zum leeren Scheine wurde. Es war keine bewußte nackte Lüge, wenn die Pinckney's, Lowndes, Calhoun, Cobb, Davis u. s. w. die Sklavenstaaten als den festesten Hort politischer Freiheit priesen. Dergleichen lügt sich nicht mit Bewußtsein durch Generationen. Das freche Mitleid, mit dem den freien Staaten die Rolle der Stiefschwester Aschenbrödel zugewiesen wurde, trug unverkennbar das Gepräge unseliger Ueberzeugtheit. Es klingt absurd, und doch war es so: gerade weil der Haufe ihnen blindlings folgte, glaubten die Führer ehrlich, daß er von jenem rücksichtslosen Freiheitsgeiste durchdrungen sei, der den Vätern der Republik angedichtet wurde.[1]) Der Haufe hatte das unbestreitbare Recht zum bestimmenden Willen und er folgte den Führern auf dem Wege, auf dem ihre Sicherheit lag und dem sie daher von ihrem Standpunkte aus nicht ohne Grund als den Weg zur Freiheit ansahen. Jubelte ihnen doch auch der Haufe desto lauter zu, je größere Forderungen sie im Interesse dieser ihrer Sicherheit aufstellten. Je weiter die Kluft zwischen ihm und dem großen Plantagenbesitzer wurde, desto mehr trank er sich an der Thatsache der politischen Gleichberechtigung in den Rausch einer lächerlichen Gleichheitsduselei und aus der Gleichheitsduselei folgerte er als selbstverständlich die Gleichheit der Interessen. Eine nüchterne Prüfung der Frage, wie weit die Thatsachen diese Ansicht rechtfertigten, hatte schon deswegen nicht Statt, weil der Haufe gleichfalls in die Verwechselung von Herrschaft und Freiheit verfiel. Gerade die ärmsten und in jeder Hinsicht am weitesten herabgekommenen Weißen fanden den größten Halt für ihr Selbstbewußtsein in dem Gedanken, Glieder der privilegirten Gesellschaft zu sein. Wer den breiten Spalt, der sie vom rechtlosen Sklaven trennte, zu schließen trachtete oder dieser Absicht bezichtigt wurde, der war ihr Todfeind, denn er drohte sie in ihrer ganzen Verkommenheit schutzlos bloß zu stellen; er tastete ihr „Recht" auf das verhüllende Bettlerprunkgewand der tieferen Herabwürdigung Anderer an und vergriff sich damit an ihrer „Freiheit." Versuche, zu beweisen, daß der letzte Grund ihrer materiellen, geistigen und sittlichen Verkommenheit in dieser tieferen

[1]) Es soll damit nicht gesagt werden, daß die Aristokratie gar kein Auge für die Erniedrigung des städtischen und ländlichen Proletariats gehabt habe. Wo sie die Zustände an sich und nicht im Vergleich mit den Zuständen des Nordens betrachtete, da war sie derselben vollkommen gewahr. Die Bezeichnung white trash kam nicht im Norden sondern im Süden auf.

Herabwürdigung Anderer lag, konnten nicht gemacht werden und wenn sie hätten gemacht werden können, so wären sie erfolglos geblieben.

Als die Sklaverei einmal zum bestimmenden Interesse geworden war, konnte eine Aenderung zum Bessern nicht mehr ohne zwingenden Anstoß von Außen erfolgen. Es fehlte an Elementen, die einen Gegendruck von irgend welchem Belang hätten ausüben können. Die Gunst der natürlichen Verhältnisse lud frische Elemente mit gesunden sittlichen, wirthschaftlichen und politischen Ansichten zum Zuzug ein, aber der lähmende Druck, der auf jedem Streben lag, ließ ihn zu spärlich ausfallen, als daß er erheblichen Einfluß hätte gewinnen können. Die Sklaverei wurde mehr und mehr zur chinesischen Mauer, die den Süden von der übrigen Kulturwelt absperrte. Die Sicherheit erforderte daß die verhältnißmäßig geringe Zahl der Eindringlinge durch moralische Pression genöthigt wurde, mit dem Strome zu schwimmen. Wenn dieser Druck nicht mindestens Schweigen erzielte, so beschränkte man sich bald nicht mehr auf moralische Pressionsmittel. Und doch machte es sich auf Schritt und Tritt fühlbar, daß die moderne Kultur nicht ein Sonderbesitz einzelner Völker ist, sondern einen solidarischen, weltumfassenden Charakter trägt. Die Folge davon war zunehmende Gewaltsamkeit und Brutalität in den Versuchen, sich ihres Einflusses zu erwehren. Alles wurde auf die „eigenthümliche Institution" bezogen und darum auch gegenüber Allem eine Haltung feindseligen Mißtrauens eingenommen, weil sie in immer schrofferen Gegensatz zu dem Zeitgeist trat. Die Sklaverei in den Vereinigten Staaten offenbarte sich an jedem Tage mehr als den größten Diebstahl aller Zeiten an der Kultur und gleich einem gemeinen Diebe begannen daher die Sklavokraten das Rauschen jedes Blattes zu fürchten.

Die versöhnende und heilende Macht der Zeit mußte hier zu Schanden werden. Norden und Süden mußten immer weiter auseinander gehen, da der Gegensatz in allen den genannten Hinsichten eine naturgemäße Folge der verschiedenen wirthschaftlichen Systeme war.

Diese mußten sich weiter entwickeln und in demselben Maße mußten auch die Folgen fühlbarer und mithin die sektionelle Scheidung schärfer werden. Daraus erklärt sich die furchtbare Rapidität, mit der sich der Streit zum aut-aut zuspitzte. Wäre die wirthschaftliche Entwickelung beider Sektionen weniger rasch vor sich gegangen, so wäre wahrscheinlich heute noch die Union in freie und sklavenhaltende Staaten getheilt.

Die unerwartet rasche Entwickelung des wirthschaftlichen Systemes der Sklavenstaaten war die Folge einer einzigen Erfindung. Baumwolle wurde zum ersten Male 1791 aus den Vereinigten Staaten ausgeführt.[1]) Aus Artikel 12 des von Jay mit England abgeschlossenen Vertrages geht hervor, daß die Baumwolle Jay noch gar nicht als Exportartikel bekannt war. Daß mehrere der südlichen Staaten sich besonders zum Baumwollbau eigneten, wußte man bereits. Er war bisher lediglich deswegen nicht in größerem Maße betrieben worden, weil das Ausscheiden der Samen zu viel Arbeit verursachte. Diesem Uebelstande half die von Eli Whitney 1793 erfundene Cotton Gin ab. Während bisher ein Mann nur ein Pfund per Tag für den Markt hatte fertig machen können, reinigte die Cotton Gin täglich 350 Pfund. Sobald der Werth dieser Erfindung durch Erfahrung festgestellt worden war, nahm der Baumwollbau einen ungeheuren Aufschwung. Schon 1800 wurden 19,000,000 Pfund im Werthe von $ 5,726,000 ausgeführt. Der Export stieg 1824 auf 142,369,663 Pfund im Werthe von $ 21,947,401.[2]) Diese plötzliche riesenhafte Entfaltung des neuen Erwerbszweiges bedingte ein entsprechendes Steigen des Bedürfnisses nach Arbeitskräften, d. h. eine entsprechende Steigerung der Sklavenpreise.[3]) Die vagen Emanzipationsträume, denen man in den nördlichen Sklavenstaaten während der ersten Jahre des Bestehens der neuen Verfassung öfters begegnet, hatten einen realistischen Untergrund. Die Sklavenarbeit zahlte sich so ungenügend, daß man an die Möglichkeit einer Zeit zu denken begann, da sie zu einem

---

[1]) 19,200 Pfd. Webst.'s Works V p. 338. Vrgl. Hamilton in seinem Berichte über Manufakturen vom 5. Dez. 1791. Ham.'s Works III pp. 272—275.

[2]) Vrgl. die bis 1860 herabgeführte statistische Tabelle über Produktion und Ausfuhr der Baumwolle bei Kettell, Southern Wealth and Northern Profits p. 21. Kettell gibt seine Quellen nicht an. Vrgl. auch die etwas differirenden Angaben bei Kapp, Geschichte der Sklaverei p. 107.

[3]) Ich bin nicht im Stande gewesen, verlässige statistische Daten hierüber zu finden. Kapp's Angaben (l. c. p. 108), daß das ganze Sklaveneigenthum 1790 auf $ 10,000,000 und 1820 auf $ 1,200,000,000 geschätzt worden, beruht jedenfalls auf einem Irrthume. Nach dem Census von 1790 belief sich die Zahl der Sklaven in den Südstaaten auf 657,047 und nach dem von 1820 auf 1,524,580. Der Durchschnittspreis eines Sklaven, Kinder und Greise eingeschlossen, wäre demnach in dem ersteren Jahre etwa $ 15 und in dem letzteren etwa $ 780 gewesen. Die erstere Zahl ist offenbar zu niedrig und die letztere beträchtlich zu hoch gegriffen. — Die Virginia Times schätzte 1836 den Durchschnittswerth der aus dem Staate exportirten Neger auf $ 600 (Niles LI p. 83). Kettell, l. c. p. 130, schätzt die Sklaven 1798 per Kopf auf $ 200 und 1815 auf $ 250.

fressenden Kapital geworden sein würde. Die Freilassung von Sklaven nahm zu, weil sie nur ein geringes Opfer erforderte. Die Erfindung der Cotton Gin änderte diese Verhältnisse auf einen Streich. Der Bedarf an Sklaven konnte nicht mehr befriedigt werden, obgleich die nördlichen Sklavenstaaten — namentlich Virginia und Maryland — sich sogleich auf die Sklavenzucht warfen.[1]) Auf diese Weise kam der Baumwollbau auch denjenigen Sklavenstaaten zu Gute, die ihm nicht selbst oblagen. Der ganze Süden sah die glänzendste Zukunft vor sich. Nicht nur unermeßlichen Reichthums, sondern auch der politischen Herrschaft meinte er sicher zu sein. Folgte der Norden, trotz des Sträubens der Neu England Staaten, doch schon jetzt seiner Führerschaft; wie sollte er sich da von ihm emanzipiren, wenn der Baumwollbau, dem keine Grenzen gesetzt zu sein schienen, erst zu voller Entwickelung gekommen war! Noch in der Debatte über die Missouri Frage glaubte M'Lane von Delaware dem Süden eine raschere Entwickelung als dem Norden prophezeien zu dürfen[2]) und dieser wies die Behauptung keineswegs als alberne Rodomontade zurück. Roberts von Pennsylvania gab die Wahrscheinlichkeit zu und bediente sich ihrer als Billigkeitsgrund für die Weigerung, das Sklavereigebiet weiter auszudehnen.[3])

Bei oberflächlicher Betrachtung konnte diese Ansicht begründet erscheinen. Der Norden erholte sich nur langsam von den Schlägen des Unabhängigkeitskrieges. Kein Ereigniß trat ein, das seiner Entwickelung einen plötzlichen mächtigen Anstoß gegeben hätte, und die Embargo-Politik der republikanischen Partei, so wie der Krieg von 1812 legten ihr bald wieder einen Hemmschuh an. Allein dieses Zurückbleiben des Nordens hinter dem Süden war doch nur ein scheinbares. Man brauchte nur die Bevölkerungsziffern zu vergleichen, um sich davon zu überzeugen. Noch fand keine nennenswerthe Einwanderung in den Norden Statt und doch wurde der Süden mit jedem Jahre weiter überflügelt. Die wirthschaftliche Entwickelung des Nordens schlug ihre Wurzeln tief in den Boden, so daß aus ihnen mit der Zeit ein Stamm von bisher unbekannten Dimensionen emporsprießen konnte; im Süden dagegen schoß sie durch Treibhaushitze stark in's Kraut, aber die Wurzeln lagen an

---

[1]) Mercer schätzte 1829 in der Konvention von Virginia den Werth der jährlich aus dem Staate exportirten Sklaven auf $ 1,500,000 (Debates p. 99). In Alabama wurde der Werth der von 1833 bis 1837 von den nördlichen Sklavenstaaten eingehandelten Sklaven auf $ 10,000,000 geschätzt. Jay, Misc. Writ. p. 267.

[2]) Deb. of Congr. VI p. 361.

[3]) Ibid. VI p. 492.

der Oberfläche und krankten. Die Bevölkerung der beiden Sektionen bezifferte sich nach den vier ersten Censusaufnahmen wie folgt:

	1790.	1800.	1810.	1820.
N.	1,968,455	2,684,625	3,758,820	5,132,372
S.	1,961,327	2,621,300	3,480,994	4,522,224

Dieses langsamere Anwachsen der Bevölkerung im Süden läßt sich vornehmlich auf zwei Ursachen zurückführen. Der Selbsterhaltungstrieb des Sklaven stand unter der Kontrolle des Herrn. Nahrung, Kleidung, Behausung, Beschäftigungsart und Arbeitsmaß hingen lediglich vom Willen des Herrn ab. Obwohl im Allgemeinen das Interesse möglichst lange Erhaltung des lebendigen Kapitals gebot, so mußte doch offenbar im Großen und Ganzen in allen jenen Hinsichten schlechter für den Sklaven gesorgt sein, als die freien Arbeiter des Nordens für sich selbst sorgen konnten. Da die Leistungen der Sklaven weit geringer als die freier Arbeiter waren, so mußten auch ihre Unterhaltungskosten weit geringer sein, damit sie sich bezahlt machten. Die schlechtere Versorgung bedingte aber auch größere Sterblichkeit. Ein bedeutender Theil der wichtigsten Pflanzerdistrikte war außerdem ganz besonders ungesund und darum auch dort der Verbrauch an Menschenleben ganz besonders groß.[1]) Hier kam man zum Theil durch Erfahrung zu der Ueberzeugung, daß das Interesse nicht möglichst lange Erhaltung der Neger, sondern möglichst große Ausnutzung ihrer Arbeitskraft während kurzer Zeit verlange und handelte natürlich auch demgemäß.[2]) Das Geschäft der Sklavenzüchter blühte um so mehr aber der künstliche Impuls, den sie der raschen Vermehrung der Sklavenbevölkerung gaben, vermochte doch nicht den natürlichen Ver-

---

[1]) Nach dem Bericht des Finanzsekretärs vom 19. Jan. 1831 überstieg in den Zuckerpflanzungen von Louisiana die Zahl der Todesfälle die Geburten um $2^1/_2$%. — Nach einem Bericht im New Orleans Argus im J. 1830 betrug der Verlust der Louisiana Pflanzer an den aus den nördlicheren Staaten importirten Negern 25%. Die Angabe mag übertrieben sein, aber daß die Sterblichkeit unter dieser Klasse Sklaven sehr groß gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß in den Verkaufsanzeigen die „acclimated negroes" eine große Rolle spielen. Jay, Misc. Writ. p. 272.

[2]) Nach Giddings sollen in den Baumwollplantagen die aus den sklavenzüchtenden Staaten eingeführten Neger im Durchschnitt nur sieben Jahre arbeitsfähig geblieben sein. Eine in South Carolina von Sklavenhaltern abgehaltene Konvention kam nach eingehender Berathung zu dem Schluß, daß es für den Herrn am vortheilhaftesten sei, die Sklaven in dieser Zeit aufzubrauchen. Giddings, Speeches p. 142.

hältnissen die Wage zu halten, welche die außerordentlich schnelle Vermehrung der Bevölkerung in den freien Staaten veranlaßten. Die Differenz war nicht sogleich sehr merklich, aber sie wuchs! — besonders seit die Einwanderung in den Nordstaaten bedeutende Proportionen anzunehmen begann — in geometrischer Progression.

Dieser Unterschied in der Bevölkerungszunahme der beiden Sektionen war für ihre Machtstellung in der Bundeslegislative von der größten Bedeutung, da die Vertretung im Repräsentantenhause nach der Volkszahl bestimmt wurde. Da außerdem hinsichtlich der Repräsentation fünf Sklaven nur gleich drei Freien gerechnet wurden, so war in Bezug auf die Vertretung die Differenz zu Gunsten des Nordens bedeutend größer als die der beiden absoluten Bevölkerungsziffern. Die absolute Zunahme der Sklavenbevölkerung der Südstaaten von 1790 bis 1820 betrug 867,533, hinsichtlich der Repräsentation aber nur 520,520 Köpfe und ihre gesammte Sklavenbevölkerung von 1,524,580 Seelen im Jahre 1820 bezifferte sich als Repräsentativbevölkerung nur auf 914,748. Während demnach 1820 die Differenz der absoluten Bevölkerungszahl der beiden Sektionen 610,148 Köpfe betrug, war die der Repräsentativbevölkerung gleich 1,219,980 Köpfen. Die Vertretung der beiden Sektionen im Repräsentantenhause bis zur Umlage nach dem Census von 1830 war folgende:

	Vor dem Census.	1790	1800	1810	1820
N.	35	57	77	104	133
S.	30	53	65	79	90

In diesen Ziffern stand es mit Sonnenklarheit geschrieben, daß die Sklavenstaaten bald und für immer dem Norden die Herrschaft würden abtreten müssen, wenn sie nicht anderwärts Ersatz für die steigende Macht desselben im Repräsentantenhause erhalten konnten. Drohungen und sonstige politische Künste aller Art und aller Zweideutigkeitsgrade mochten eine Weile eine genügende Anzahl nördlicher Repräsentanten in ihrer Botmäßigkeit erhalten, aber auf die Dauer war es unmöglich, weil die nordstaatliche Bevölkerung zu der Einsich kommen mußte, daß sie von ihren Politikern im Widerspruch mit ihren realen Interessen gekutscht werde. Die politische Herrschaft der Sklavenstaaten war aber Lebensbedingung für den bleibenden Bestand der Sklaverei in der Union. Die Aufmerksamkeit des Südens mußte sich daher vorzüglich auf den Senat richten. Dort war die Vertretung unabhängig von der Bevölkerungszahl und es konnte nicht nur jede Aktion des Repräsentantenhauses paralisirt werden, sondern ihm stan-

den auch noch außerdem mehrere Sonderbefugnisse von der allergrößten Wichtigkeit zu. So lange die Sklavenhalter über eine gleiche Anzahl von Staaten geboten, so lange war das Gleichgewicht der Macht erhalten, so weit das überhaupt geschehen konnte. Und hatte der Süden einmal die Sklaverei irgend wohin getragen, so war es auch nahezu gewiß, daß dort das Sklavenhalterinteresse das bestimmende werden würde, denn es hatte die gesammte Macht des Südens hinter sich, da Selbsterhaltung diesem gebot, in festgeschlossener Phalanx für dasselbe einzustehen. Das gibt den Schlüssel zu der störrigen Zähigkeit und leidenschaftlichen Energie, mit welcher der Süden den dreijährigen Missouri-Streit und alle die späteren Kämpfe um die weitere Ausdehnung des Sklavereigebietes ausgefochten hat.

Die äußere Geschichte des Kampfes der beiden Sektionen um Missouri kann hier nicht durch alle ihre verschiedenen Phasen verfolgt werden.[1]) Die Thatsachen, deren Kenntniß zur Beurtheilung der Stellung beider Parteien, des Wesens der streitigen Verfassungsfragen und der Folgen des schließlichen Austrages erforderlich sind, können in wenige Worte zusammengefaßt werden.

---

[1]) Sie kann bei Kapp, Lunt, Giddings, Wilson und in vielen anderen leicht zugänglichen Werken nachgelesen werden. Neumann's Darstellung (II p. 324 ff.) ist nicht zu gebrauchen, da die wesentlichsten Thatsachen falsch berichtet sind. Zunächst kehrt er den Schuh in lächerlicher Weise um, indem er die Missouri-Frage als Appendix der Organisirung von Arkansas als Territorium erscheinen läßt. Bereits den 16. März 1818 wurde dem Repräsentantenhause eine Petition von Einwohnern von Missouri überreicht, die um Erlaubniß für das Territorium nachsuchten, eine Staatskonstitution vereinbaren zu dürfen, um als Staat aufgenommen zu werden. Diese Petition wurde mit anderen Petitionen ähnlichen Inhaltes einem Ausschusse überwiesen, der am 3. April eine Bill einbrachte. Erst am 16. Dez. 1818 wurde dagegen auf Antrag von Robertson von Kentucky ein Ausschuß eingesetzt, um die Organisirung von Arkansas als besonderes Territorium in Berathung zu ziehen. (Vrgl. Deb. of Congr. VI pp. 122, 222.) Viel wichtiger ist, daß Neumann den Norden in vollkommen falsches Licht stellt, indem er Tallmadge einen Antrag einbringen läßt, „wonach Vorkehrungen zur Emanzipation der im Territorium bereits vorhandenen Sklaven getroffen werden ... sollen." Unzählige Male wurde von Tallmadge und seinen Genossen in den Debatten hervorgehoben, daß sie nie die Absicht gehabt, das Eigenthumsrecht in den bereits vorhandenen Sklaven anzutasten, und die Gegner warfen ihnen das oft als Inkonsequenz vor. p. 327 folgen die sonderbarsten Angaben über die Zunahme der Bevölkerung in beiden Sektionen und über das Verhältniß, in dem die Zunahme der Repräsentation zu derselben stand; u. s. w. Diese kurzen Andeutungen zur weiteren Begründung der früher ausgesprochenen Ansicht über die Gründlichkeit und Verlässigkeit dieses Werkes.

Im Februar 1819 trat das Repräsentantenhaus im „Komite des Ganzen“ über die Aufnahme von Missouri als Staat in Berathung. Der Antrag des Ausschusses sah in der gewöhnlichen Weise das für diesen Zweck Nothwendige vor. Tallmadge von New York beantragte dazu das Amendement, daß die Aufnahme an die folgenden zwei Bedingungen geknüpft werde: Verbot der weiteren Einführung von Sklaven und Emanzipation aller nach der Aufnahme geborenen Sklavenkinder vom fünfundzwanzigsten Jahre ab. Dieser Antrag gab den Anstoß zu dem ganzen Streite und der in ihm enthaltene Gedanke blieb der Kern desselben bis zum Austrage der wesentlichsten Punkte. Die Majorität des Repräsentantenhauses beschloß, die Zulassung von Missouri als Staat von einer derartigen Beschränkung seines freien Willens hinsichtlich der Sklaverei abhängig zu machen; die Majorität des Senates aber entschied sich für das Gegentheil. Beide Häuser beharrten auf ihrem Entschluß und der Kongreß ging auseinander ohne zu einer Verständigung gelangt zu sein. Als die Frage in der nächsten Session wieder zur Verhandlung kam, befanden sich die Gegner der sog. „Missouri-Beschränkung“ durch einen Zufall wesentlich im Vortheil. Maine, das bisher ein Distrikt von Massachusetts gewesen war, suchte gleichfalls um Aufnahme als besonderer Staat nach. Die Majorität des Senates verkoppelte nun die Maine und Missouri Bill und stellte dadurch die Majorität des Hauses vor die Alternative, Missouri ohne Beschränkung aufzunehmen, oder auf die Zulassung von Maine für jetzt zu verzichten. Das Haus war jedoch nicht gesonnen, sich so leicht geschlagen zu geben. Weder früher noch später ist ein Kampf im Kongreß ausgefochten worden, in dem die Majoritäten beider Häuser mit solcher Hartnäckigkeit auf dem einmal eingenommenen Standpunkt stehen geblieben sind. Der Schluß der Session rückte immer näher heran und man schien weiter als je von einem Ausgleich entfernt. Das ganze Land war in fieberhafter Aufregung. Da, im letzten Augenblick, in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1820 unterlag die freie Arbeit und das nationale Prinzip der Sklaverei und dem Prinzip der Staatensouveränetät. Hätte es sich allein um Missouri gehandelt, so wäre die Niederlage von verhältnißmäßig geringer praktischer Bedeutung gewesen. Allein es waren zwei Prinzipien aufgegeben worden und diese beiden Prinzipien involvirten das Wohl und Wehe der Republik.

Die Staatsmänner des Südens verfolgten seit jeher die schlaue Politik, den Norden der engherzigsten Interessenpolitik anzuklagen und

für sich selbst einen erhabenen ideellen Standpunkt in Anspruch zu nehmen, von dem aus sie aus brüderlicher Liebe und angeborenem Edelsinne die Uneigennützigkeit bis zur Thorheit treiben, aber um alle Vortheile der Welt kein Jota von den Forderungen des Rechtes abweichen könnten. Diese grobe Maske war gut genug, nicht nur die unbilligsten Ansinnen zu stellen, sondern auch in demselben Athemzuge mit klassischer Unverschämtheit zu erklären, das Interesse des Südens wolle es so und darum müsse der Norden sich wohl oder übel zur Willfährigkeit bequemen. Auch in dem „Missouri-Kampfe" wies Brown von Kentucky in glänzendem Redeschwall als elende Verleumdung zurück, daß der Süden das „Gleichgewicht der Macht" irgend in Betracht ziehe; er sei durch diesen Gedanken „alarmirt" worden; die „unerbittlichen Forderungen der Gerechtigkeit und Vernunft" stünden allein in Frage.[1]) Es war läppisch, dem Norden mit solchen Phrasen aufzuwarten, nachdem der Süden durch das widernatürliche Zusammenbacken der Maine und Missouri Bill seinen Zweck erreicht hatte. Smith von South Carolina hatte unumwunden im Senate erklärt, daß die Zustimmung zur Aufnahme von Missouri ohne Beschränkung ertheilt worden sein „müsse", bevor Maine zugelassen werden könne;[2]) Clay hatte sich im Hause ebenso deutlich ausgesprochen[3]) und Niemand hatte prätendirt, daß die Verkoppelung der beiden Bills nur eine harmlose Marotte des Senates sei. Es wäre widersinnig gewesen, Maine dafür leiden zu lassen, daß der Norden die „verfaßungsmäßigen Rechte" Missouris verkürzen wollte. Vernunft lag nur dann in der Sache, wenn es einen Handel zu erzwingen galt, der, wie der Süden behauptete, beiden Theilen gleiche Vortheile gewährte. Man würde jedoch dem politischen Scharfblick der Staatsmänner des Südens Unrecht thun, wenn man annehmen wollte, daß sie den Handel wirklich für einen gleichen gehalten. Hardin von Kentucky[4]) und Tucker von Virginia[5]) erklärten offen heraus: „Wir ringen um unsere politische Existenz."[6])

---

[1]) Deb. of Congr. VII p. 103.

[2]) Ibid. VI p. 383.

[3]) Ibid. VI pp. 472, 474.

[4]) Ibid. VI p. 499.

[5]) Ibid. VI p. 559.

[6]) J. Randolph schreibt: „They (Arche, Macon und er selbst) determined to cavil on the ninetieth part of a hair, in a matter of sheer right; touching the dearest interests, the lifeblood of the Southern States." Garland, Life of J. Randolph II p. 128.

Der Süden beschränkte sich dem gemäß auch keineswegs auf die Erörterung der Rechtsfrage, sondern er brachte auch eine Fülle von Billigkeitsgründen vor. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Louisiana-Gebiet, zu dem Missouri gehörte, auf Kosten der ganzen Union erworben sei und daß es daher unbillig sein würde, den Bewohnern der einen Hälfte „das Niederlassungsrecht" vorzuenthalten; das geschehe aber selbstverständlich, wenn man ihnen verbiete, ihr „Eigenthum" mit sich zu nehmen. Darauf wurde entgegnet, daß andererseits die Sklaverei der Einwanderung vom Norden einen unübersteiglichen Wall entgegensetzen würde. Wo Arbeit den Stempel der Schande trüge, da könne der freie Arbeiter seine Schritte nicht hinlenken. Wie könne man aber schwanken, wenn man die Wahl zwischen Ausschließung der Sklaverei oder der freien Arbeit habe? Die Union solle eine Pflanzstätte der Freiheit und nicht ein Brutnest der Sklaverei sein. Der Süden deklamire ja selbst beständig im höchsten Pathos über den Fluch der Sklaverei. Sei es denn da nicht eine selbstverständliche Pflicht, das Land vor der weiteren Verbreitung des Fluches zu bewahren?

Der letzte Theil dieser Argumentation wurde mit großer Entschiedenheit von der Majorität der südstaatlichen Vertreter zurückgewiesen. Es hieß: wenn es sich darum handelte, die Importation von Sklaven aus Afrika oder von irgend einem anderen fremden Lande her zu gestatten, so würde der Süden zuerst und am nachdrücklichsten dagegen protestiren. Allein durch die Bewilligung des vom Süden aufgestellten Verlangens werde die Sklavenbevölkerung der Union „auch nicht um eine einzige Seele vergrößert." Immer und immer wieder wurde mit dem greisen Jefferson behauptet: „Alle wissen, daß die Erlaubniß, die Sklaven des Südens über den Westen zu verbreiten . . . das Glück der bereits existirenden (Sklaven) erhöhen und durch die Verbreitung derselben über eine größere Oberfläche das Uebel überall vermindern und bessere Mittel an die Hand geben wird, sich desselben ganz zu entledigen, ein Ereigniß, daß von Denen lebhafter gewünscht wird, auf die das Uebel drückt, als von den Lärmern, welche vorgeben, die Humanität gepachtet zu haben."[1]) Der Norden mußte sich seine „prätendirte

[1]) Jeff.'s Works VII p. 194. In demselben Briefe erklärt er kurzweg: „It is not a moral question, but one merely of power." Damit wollte er jedoch nicht sagen, daß der Süden um das Gleichgewicht der Macht kämpfe. In einem anderen Briefe schreibt er: „The Missouri question is a mere party trick. The leaders of federalism, defeated in their schemes of obtaining power by rallying partisans to the principle of monarchism . . . have changed their tack and

Humanität" als dreiste Lüge ins Gesicht werfen lassen. Statt das Loos der unglücklichen Sklaven zu erleichtern, wolle er sie in einem bestimmten Gebiete einhegen, wo sie unfehlbar im Laufe der Zeit „in Hunger und Elend umkommen" müßten.[1])

Den Vertretern des Nordens fiel es nicht schwer, dieses ebenso unehrliche als seichte Raisonnement zu widerlegen. Die Behauptung, daß die Zahl der Sklaven nicht durch die Ausdehnung des Sklavereigebietes vergrößert werden würde — sagte Roberts — sei schon deswegen falsch, weil die Erweiterung des Marktes eine Erhöhung des Preises zur Folge haben und die Preiserhöhung der Vermehrung einen starken Impuls geben müsse.[2]) Außerdem sei es ein längst bekanntes Gesetz, daß bei Vermehrung der Subsistenzmittel auch eine Steigerung der Bevölkerungszunahme Statt finde. Diese Gründe waren so schlagend, daß Barbour von Virginia[3]) und Pinckney von Maryland[4]) nicht umhin konnten, sie als stichhaltig anzuerkennen. Trotzdem aber wurde nach wie vor Rede auf Rede über das Thema gehalten, daß eine Verbreitung des Uebels auch eine „Verdünnung" und somit eine Milderung desselben sein würde.

Nächst den Billigkeitsgründen wurde der Kaufvertrag mit Frankreich als Rechtseinwand gegen die Beschränkung vorgebracht. Der Artikel III lautete: „Die Bewohner des abgetretenen Gebietes sollen der Union der Vereinigten Staaten einverleibt und so bald als möglich nach den Grundsätzen der Bundesverfassung zu dem Genusse aller Rechte, Vortheile und Immunitäten der Bürger der Vereinigten Staaten zugelassen werden; und bis dahin sollen sie in unbehindertem Genusse ihrer Freiheit, ihres Eigenthumes und ihrer Religion verbleiben und geschützt werden."[5])

Aus diesem Artikel suchte der Süden zunächst die Unmöglichkeit darzuthun, Missouri zu verpflichten, daß es die nach seiner Aufnahme als Staat von Sklaven geborenen Kinder vom fünfundzwanzigsten

---

thrown out another barrel to the whale." Jeff.'s Works VII p. 180. In einer anderen Hinsicht, wie wir sehen werden, erkannte er jedoch vollkommen klar die ungeheure Tragweite der Frage.

[1]) Die Baptistenkirchen von Missouri „protestirten" gegen die Beschränkung und „warnten im Namen der Humanität" vor ihrer Annahme. Niles XVII p. 210.

[2]) Deb. of Congr. VI p. 432.

[3]) Ibid. VI p. 429.

[4]) Ibid. VI p. 441.

[5]) Stat. at L. VIII p. 202.

Jahre ab für frei erkläre, weil dadurch das im Vertrage garantirte Eigenthumsrecht der Herren verletzt werden würde. Das wurde von den Befürwortern der Beschränkung geleugnet, weil es wider das Naturrecht und den gesunden Menschenverstand streite, dem Herren ein unendliches Eigenthumsrecht auf die noch ungeborene Nachkommenschaft seiner Sklaven zuzuerkennen. Ebenso wenig sei es statthaft, sich der Zusicherung „aller Rechte, Vortheile und Immunitäten der Bürger der Vereinigten Staaten" als Einwand gegen die Beschränkung zu bedienen. Die Sklaverei existire nur durch Munizipalgesetz; als Bürger der Vereinigten Staaten habe Niemand das Recht, Sklaven zu halten.[1])

Einen weiteren Anhaltspunkt fanden die Gegner der Beschränkung in der Bestimmung des Vertrages, die Bewohner des Louisiana-Gebietes „so bald als möglich" zum Vollgenuß der Bürgerrechte zuzulassen. Es hieß, Missouri habe jetzt die nöthige Einwohnerzahl, um sich als Staat zu organisiren und daher müsse jetzt nach dem Vertrage unter allen Umständen die Aufnahme ohne Zögerung erfolgen.

Trotz der offenbaren Absurdität dieses Einwurfes müssen die eingehenden Debatten über ihn doch erwähnt werden, weil in ihnen Verfassungsfragen von tiefgehender Bedeutung berührt wurden.

Wurde auf der einen Seite das „so bald als möglich" betont, so legte man auf der anderen den Nachdruck auf das „nach den Grundsätzen der Bundesverfassung." Diese bedingten sicherlich nicht die ausschließliche Berücksichtigung der Bevölkerungszahl eines Territoriums. Was dieselben in dem vorliegenden Falle verlangten, das habe der Kongreß selbstständig zu prüfen und zu entscheiden; er dürfe nur die Aufnahme nicht grundlos hinausschieben. Allein, selbst wenn aus der angezogenen Klausel des Vertrages eine weiter gehende Verpflichtung hergeleitet werden könnte, so stehe doch unbestreitbar fest, daß der Kongreß durch keinerlei Vertragsbestimmungen weiter gebunden werden könnte. Verträge seien zwar nach der Verfassung „das oberste Gesetz des Landes" aber nur so weit sie nicht mit der Verfassung selbst in

---

[1]) M'Lane von Delaware sagte: „As such, as citizens of the United States, the right to possess slaves is unquestionable." (Deb. of Congr. VI p. 362.) Diese Behauptung war so kühn, daß sie nicht zur Parteidoktrin gemacht wurde. Man suchte aber durch einen plumpen Kniff auf das gleiche Ziel hinauszukommen. Man „bewies" daß die Staaten das Recht hätten, die Sklaverei zu gestatten oder zu verbieten, und argumentirte dann mit einer dreisten Redewendung weiter, als wenn man nicht von Staaten sondern von „Bürgern der Vereinigten Staaten" geredet hätte.

Widerspruch stünden.[1]) Präsident und Senat, denen die Vertragsgewalt durch die Konstitution verliehen sei, könnten nicht durch ihre einseitige Aktion die verfassungsmäßigen Befugnisse des Kongresses beschneiden. Ob dieses in einem bestimmten Falle geschehen sei, habe nicht lediglich das Oberbundesgericht zu entscheiden. Die drei Regierungsgewalten seien einander gleichgeordnet und daher habe jede derselben selbstständig über die Ausdehnung ihrer verfassungsmäßigen Kompetenz zu entscheiden. — Der erste Satz dieser Argumentation war absolut unangreifbar, und wenn sich über die folgenden vielleicht streiten ließ, so konnten sie doch nicht leicht von der Partei widerlegt werden, die am 7. April 1796 einen Beschluß durchgesetzt hatte, der dem Repräsentantenhause sogar das Recht zusprach, in allen den Fällen, in denen seine Mitwirkung zur Vollstreckung von Vertragsbestimmungen nothwendig wäre, über die „Zweckmäßigkeit" derselben zu urtheilen und zu entscheiden.[2])

Die Billigkeitsgründe und der Vertrag wurden jedoch von den Sklavehaltern und ihren Genossen nur zur Verstärkung ihrer Position angezogen. Sie konnten weder, noch wollten sie die Rechtsfrage auf einem anderen Boden als auf dem der Verfassung zur Entscheidung bringen.

Man muß dem Süden die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er in dem Kampf über die Verfassungsfrage nicht in der Silbenstecherei stecken blieb, die immer mehr in derartigen Debatten zur Regel wurde. Er stellte sich von Hause aus ohne jede Zweideutigkeit auf die breiteste Basis, auf der er Position nehmen konnte. Er stritt dem Kongreß ohne jede Einschränkung das Recht ab, die Aufnahme eines Territoriums als Staat in die Union an irgend welche

---

[1]) Vergl. Story, Comm. § 1836—1841. — „The stipulations in a treaty between the United States and a foreign power, are paramount to the provisions of the constitution of a particular state, or the confederacy." Lessee of Harry Gordon v. Kerr et al. Wash. Circ. Court. Rep. I p. 322; Stat. at L. VIII p. 3. Hiernach könnten der Senat und Präsident die ganze Konstitution über den Haufen werfen. Die Vertragsmacht ist von der Verfassung verliehen, sie steht also unter und nicht über ihr. Die Verfassung kann nicht ihrem Geschöpfe das Recht geben, sie nach seiner Willkür zu vernichten.

[2]) Deb. of Congr. I pp. 696, 702. Als 1816 dieselbe Frage aufgetaucht war, ließ das Repräsentantenhaus zwar diese Prätension fallen, aber es nahm nicht einen Standpunkt ein, der in irgend einer Hinsicht mit der im Text entwickelten Doktrin in Widerspruch gestanden hätte.

Bedingungen zu knüpfen. Begründet wurde diese Ansicht nicht durch bestimmte Klauseln der Verfassung, sondern durch die Natur des Bundes, d. h. durch die Staatensouveränetät.[1]) Pindall von Virginia streifte sogar alle Vagheit ab, die noch immer der Definition dieses Ausdruckes anhaftete, und zog mit schneidiger Schärfe die letzte Konsequenz aus ihm, die erst nach vielen Jahren von dem radikalen Flügel der Staatenrechtler mit derselben Schärfe formulirt als fundamentaler Parteigrundsatz anerkannt wurde: er erklärte die Bundesverfassung für einen „internationalen Vertrag."[2]) Von diesen Grundsätzen aus ließ sich die ganze Beweisführung für die allgemeine so wie für die spezielle Frage in vier kurze Sätze zusammenfassen: Die Bundesregierung hat nur die ihr von den souveränen Staaten verliehenen Befugnisse; — neu aufzunehmende Staaten müssen gleichberechtigte Glieder der Union werden; — es dürfen ihnen somit keine anderen Machtentäußerungen abgenöthigt werden als die von den dreizehn ursprünglichen Staaten freiwillig gemachten und genau in der Verfassung stipulirten; — Niemand behaupte, daß die dreizehn ursprünglichen Staaten sich des Rechtes entäußert hätten, darüber zu entscheiden, ob die Sklaverei innerhalb ihrer Grenzen geduldet werden oder verboten sein solle.

Auf der gegnerischen Seite war man weit davon entfernt, diesem extremen Partikularismus mit gleicher Entschiedenheit den nationalen Standpunkt entgegenzusetzen. Das allgemeine Raisonnement trug vielmehr einen moralischen als einen rechtlichen Charakter. Man ging auf die Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung zurück und berief sich auf die Verfassungsklausel, nach der „die Vereinigten Staaten jedem Staate eine republikanische Regierungsform garantiren sollen."[3]) Die Beleuchtung der Frage von diesen beiden Gesichtspunkten aus war nicht werthlos, aber für die Entscheidung der schwebenden Rechtsfragen war sie irrelevant. Die Unabhängigkeitserklärung war kein bindendes Rechtsinstrument und vor dem Gesetz konnte die Sklaverei nicht als im Widerspruch mit einer republikanischen Regierungsform angesehen werden, da sie in den meisten Staaten als eine von der Bundesverfassung anerkannte und selbst in positiven Bestimmungen berücksichtigte Thatsache existirte. Man suchte daher nach Verfassungsbestimmungen, auch auf andere Weise das Recht darzuthun, erstens: Die Aufnahme neuer

---

[1]) Deb. of Congr. VI p. 361 u. a. v. a. O.

[2]) Ibid. VI p. 527.

[3]) Art. IV Sect. 4.

Staaten überhaupt an Bedingungen zu knüpfen, und zweitens, gerade die in Rede stehende Bedingung aufzuerlegen.

Was das allgemeine Recht anlangt, so stützte man sich zunächst darauf, daß Ohio, Louisiana, Indiana und Illinois bei ihrer Aufnahme gewisse Bedingungen auferlegt worden seien, ohne daß von irgend einer Seite her Einsprache dagegen erhoben worden wäre. Selbst in die vorliegende, Missouri betreffende Bill seien andere Bedingungen unter Zustimmung derselben Kongreßmitglieder aufgenommen worden[1]), die jetzt die Existenz des Rechtes anstreiten wollten. Außerdem sei dasselbe ganz unzweifelhaft in Art. IV, Sect. 3. § 1 der Verfassung enthalten: „Neue Staaten können (may) vom Kongreß in diese Union aufgenommen werden." Dem Kongreß sei damit nicht eine Pflicht auferlegt, sondern ein Recht verliehen worden, das er nach seiner Diskretion auszuüben habe.

Um die Präzedenzfälle drückten sich die Gegner der Beschränkung mit allerlei Ausflüchten herum, so gut es eben gehen wollte. Ihr Hauptaugenmerk richteten sie auf die Verfassungsbestimmung. Pinckney von Maryland lieferte über diese Frage das schärfste Argument.[2]) Er gab unbedingt zu, daß der Kongreß die Applikation um Aufnahme in die Union zurückweisen könne, bestritt aber ebenso unbedingt, daß daraus das Recht gefolgert werden dürfe, die Gewährung der Applikation an Bedingungen zu knüpfen. Die Doktrin, daß den Bundesgewalten nur die „ausdrücklich" verliehenen Befugnisse zuständen,[3]) ist nie verwegener bis an die Grenze des absolut Absurden verfolgt worden. Allein Pinckney, der trotz seines unleidlichen Phrasenschwulstes ein scharf denkender Advokat war, sah sich dazu genöthigt. Staatensouveränetät reichte nicht zur Führung des unternommenen Beweises hin, selbst wenn die andere Absurdität zugegeben worden wäre, daß ein Territorium, welches erst als Staat aufgenommen werden wollte, in der fraglichen Beziehung bereits der vollen staatlichen Souveränetät theilhaftig sei. Gerade aus der „Souveränetät" wäre eo ipso das Recht hervorgegangen, mit dem Bunde durch den Kongreß einen Vertrag zu

---

[1]) Ein von Taylor eingebrachtes Amendement, das dem Staate für einen Zeitraum von fünf Jahren verbot, die Ländereien von Soldaten zu besteuern. Deb. of Congr. VI p. 352. Vrgl. Stat. at L. III p. 547, 548, Sect. 4. und Sect. 6 Fifth.

[2]) Deb. of Congr. VI p. 440.

[3]) Ich rede hier nur von dieser einen Seite des Argumentes; eine andere Seite desselben wird später zur Sprache kommen.

schließen, oder, wenn der Ausdruck bemängelt wurde, auf seinen Vorschlag sich eine gewisse Bedingung aufzuerlegen. Sollte das verhindert werden, so mußte mithin dem Kongreß das Recht abgesprochen werden, derartige Vorschläge zu machen, resp. einen derartigen Vertrag anzubieten.

Nicht alle Staatenrechtler mochten so weit wie Pinckney gehen. Einige legten in ihrer Argumentation den Nachdruck auf ein anderes Moment. Sie meinten, es sei zwecklos, dem Territorium eine Bedingung aufzubürden, weil der souveräne Staat nicht an dieselbe gebunden sein würde. Sich ganz konsequent bleibend, behaupteten sie dann auch weiter, daß die aus dem nordwestlichen Territorium gebildeten und unter der Anti-Sklavereibestimmung der Ordinanz von 1787 aufgenommenen Staaten vollkommen frei wären, jeden Augenblick die Einführung der Sklaverei zu gestatten.

Ueber diese Frage, welche die Grundprinzipien des ganzen Verfassungsrechtes involvirte, waren die Befürworter der Beschränkung nicht ganz gleicher Ansicht und namentlich erfaßten sie nicht ihre ganze Tragweite. Roberts wollte das Verbot ausdrücklich für „absolut und unwiderruflich" erklärt haben.[1] Otis hielt es für lächerlich, daß eine Verpflichtung, ohne deren Uebernahme das Territorium nicht Staat werden könne und die erst von dem Augenblick an in Kraft treten solle, in dem es Staat geworden, doch dadurch seine bindende Kraft verlieren solle daß es Staat geworden.[2] Taylor erkannte zwar auch nicht die Behauptung der Staatenrechtler für richtig an, aber hob besonders hervor, daß er auch im entgegengesetzten Falle für die Restriktion sein würde, weil schon durch ihren moralischen Druck der beabsichtigte Zweck erreicht werden würde.[3] Andere traten mit noch größerer Vorsicht an die schwierige Frage und nicht Einer wies den erhobenen Anspruch klar und bestimmt als in direktem Widerspruch mit der Suprematie der Bundesgesetze zurück. Als Territorium — wie jetzt noch allgemein anerkannt wurde — stand Missouri absolut unter dem legislativen Willen des Kongresses. Wurde seine Aufnahme als Staat an eine derartige Bedingung geknüpft, so fand der Staat Missouri dieselbe als ein in Kraft bestehendes Bundesgesetz vor, das nur eventuell von dem Oberbundesgericht für verfassungswidrig erklärt werden konnte, an das der Staat aber in keiner Weise Hand anlegen

---

[1]) Deb. of Congr. VI p. 389.
[2]) Ibid. VI p. 418.
[3]) Ibid. VI p. 338.

durfte. Der „Heiligkeit von Verträgen", „der Verbindlichkeit von Pakten" u. s. w., auf die man sich berief[1]), war man durchaus nicht benöthigt — allerdings vorausgesetzt, daß den Einzelstaaten nicht auch das Recht zustand, so weit sie in Frage kamen, über die Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen zu entscheiden, d. h. daß es überhaupt Bundes*gesetze* gab.

Die Debatte über die andere Frage, ob sich in der Verfassung eine Bestimmung finden lasse, die speziell das Verbot der Sklaverei in einem neu aufzunehmenden Staate autorisire, ist für die Verfassungsgeschichte von wenig Bedeutung, da sie nur ein Gezänk um Worte war.[2]) Es bedurfte ja auch gar keiner Spezialbefugniß mehr, wenn das allgemeine Recht festgestellt war. Dieses war der Kernpunkt des ganzen Streites. In ihm war die Grundfrage über die Natur des Bundes enthalten und nur in Verbindung mit dieser konnte der Kampf zwischen Sklaverei und freier Arbeit zur Entscheidung kommen.

Aus der Natur des Bundes wurde dann auch das eine Argument gezogen, an dem die für das Recht der Beschränkung angeführten Gründe wohl rütteln, aber das sie nicht umstoßen konnten. Pinckney von Maryland betonte mit großer Schärfe, daß die Verfassung die Aufnahme neuer Staaten „in *diese* Union" gestatte, d. h. in die Union wie sie sei.[3]) Es sei aber eine unbestreitbare Thatsache, daß die Rechte der dreizehn ursprünglichen Staaten unter der Verfassung absolut gleich gewesen. Niemand werde leugnen, daß die Verfassung nimmermehr in's Leben hätte treten können, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Es sei daher nicht mehr *diese*, sondern eine wesentlich anders geartete Union, wenn die Glieder derselben verschiedene Rechte hätten. Daß

[1]) Ibid. VI p. 353 u. a. v. a. O.

[2]) Es handelte sich darum, ob in der Klausel, die in negativer Formel dem Kongreß das Recht gab, den auswärtigen Sklavenhandel von 1808 an vollständig zu verbieten, die Worte importation und migration gleichbedeutend seien. Charles Pickney (Deb. of Congr. IV p. 534) behauptete, sich auf seine Theilnahme an den Berathungen des Konventes zu Philadelphia berufend, daß migration sich nur auf „freie Weiße" habe beziehen sollen. Madison dagegen erklärte in einem Briefe vom 27. Nov. 1819 an R. Walsh, daß die beiden Worte als vollständig gleichwerthig gebraucht worden seien. Das überflüssige migration sei dem importation aus demselben Grunde hinzugefügt worden, der die Vermeidung des Wortes slave veranlaßt habe. Wie dem auch sein mag, es scheint mir nicht dem geringsten Zweifel zu unterliegen, daß migration für immigration gebraucht worden war und nicht als migration from one state into another gefaßt werden durfte.

[3]) Deb. of Congr. VI p. 440.

die dreizehn ursprünglichen Staaten das Recht gehabt und noch heute hätten, die Sklaverei zu verbieten oder zu gestatten, werde nicht bestritten. Werde dieses Recht neu aufzunehmenden Staaten vorenthalten, so bestehe also die Union offenbar nicht mehr aus gleichberechtigten Gliedern. Stehe aber dem Kongreß die Befugniß zu, neu aufzunehmenden Staaten ein wesentliches Recht der ursprünglichen Staaten vorzuenthalten, so könne er es mit anderen gerade ebenso machen. Eine Grenze lasse sich nicht mehr ziehen, wenn das Prinzip einmal admittirt wäre. Die Versicherungen, daß der Kongreß nie den Wunsch haben werde, andere wesentliche Beschränkungen aufzuerlegen, seien werthlos.

Wie jetzt die Majorität des Repräsentantenhauses der Ansicht sei, daß das Verbot der Sklaverei von der Wohlfahrt Missouri's so wie der ganzen Union gefordert werde, so könne ein künftiger Kongreß hinsichtlich irgend eines anderen Verbotes derselben Ueberzeugung sein. Man trage in eine fundamentale Verfassungsfrage das Prinzip der Willkür, das die Tendenz haben müsse, das harmonische Gebilde der Union in ein chaotisches Gewirr zu verwandeln.

Es war nicht ganz unberechtigt, wenn die Sklavenhalter und Staatenrechtler erklärten, daß ein Vergleich zwischen der Sklavereibeschränkung und den sonstigen Bedingungen, die neu aufzunehmenden Staaten auferlegt worden waren, nicht statthaft sei. Diese waren durchweg entweder selbstverständlich gewesen, oder bezogen sich auf relativ unwichtige Fragen und banden die betreffenden Staaten nur für eine gewisse Zeitdauer; jene war hingegen bleibend und betraf ein Recht, das unzweifelhaft als ein fundamentales bezeichnet werden durfte. Es wurde freilich gesagt, die Sklavereibeschränkung entziehe in Wahrheit nicht ein „fundamentales Recht“, sondern verhüte vielmehr ein „fundamentales Unrecht.“ Allein die Verfassung hatte den ursprünglichen Staaten das Recht belassen, das fundamentale Unrecht als fundamentales „Recht“ bestehen zu lassen, oder es dazu zu machen. Wenn mehrere Staaten keinen Gebrauch von der Befugniß machten und wenn die Thatsachen es mit jedem Tage mehr als eine verderbliche Fiktion erwiesen, daß die Sklaverei eine lediglich „munizipale“ Angelegenheit sei, so änderte das nicht das positive Recht. Die Sklaverei fraß an dem Lebensmark der ganzen Union, darum forderte nicht nur die Moral sondern auch das höchste Interesse der Union das absolute Verbot ihrer weiteren Verbreitung. Allein alle Moral und alles Interesse der Union vermochten nicht umzustoßen, daß die ganze Verfassung auf dem Grundsatze der Gleichberechtigung der Bundesglieder

ruhte und daß die ursprünglichen Bundesglieder in der fraglichen Hinsicht volle Freiheit des Willens hatten. — Die unlösbare Schwierigkeit ließ sich in einziges Wort zusammenfassen: man konnte nicht über die Thatsache hinweg, daß die Union aus freien und aus sklavenhaltenden Staaten zusammengesetzt war, d. h. man konnte nicht über die Thatsache hinweg, daß der Versuch gemacht worden war, aus heterogenen Elementen nicht nur ein harmonisches, sondern ein in sich gleichartiges Ganze zu bilden.

Argumente konnten daher die Frage der Erledigung nicht näher bringen. Nachdem die prinzipiellen Differenzen zwischen den beiden Parteien klar festgestellt worden, waren die Debatten nur noch insofern fruchtbar, als sie die Leidenschaften schürten. Die Sklavenhalter suchten mehr als je, Drohungen zu der Brücke zu machen, auf der die Gegner zu ihren Ansichten herüber kommen sollten.[1]) Randolph, heißt es, habe Clay den Vorschlag gemacht, das Haus den nördlichen Abgeordneten allein zu überlassen, und Clay habe sich wirklich zu einer eingehenden Besprechung des Vorschlages hergegeben.[2]) Missouri selbst nahm eine äußerst trotzige Haltung ein. Schon als Taylor am 19. Dezember 1819 beantragte, die Berathung der Bill auf den ersten Montag im Februar 1820 zu verschieben, entgegnete Scott, der Delegat des Territoriums, Missouri würde in diesem Falle an die Organisirung einer Staatsregierung gehen, ohne weiter die Erlaubniß des Kongresses abzuwarten.[3]) Und diese Drohung des Territorial-Delegaten gegenüber der ganzen Union wurde nicht als lächerliche Frechheit gezüchtigt. Reid von Georgia erklärte, Missouri werde „indignirt das Joch abwerfen" und den Kongreß „zu Schanden lachen."[4]) Tyler von Virginia, der künftige Präsident, fragte, was man thun wolle, wenn „Missouri sich von der Union trenne?"[5]) Und Jefferson

[1]) Auch in der Brutalität der Ausdrucksweise war ein merklicher Fortschritt gemacht worden. So z. B. sagte Colston von Virginia: „He (Livermore von New Hampshire) is no better than Arbuthnot or Ambrister and deserves no better fate." (Deb. of Congr. VI p. 351.) Arbuthnot und Ambrister waren wegen ihrer Verbindung mit den Seminolen von Jackson standrechtlich hingerichtet worden.

[2]) Garland, Life of Randolph II p. 127; Colton, Life, Correspondence, and Speeches of H. Clay II p. 263.

[3]) Deb. of Congr. IV p. 469; Colton, H. Clay I p. 278.

[4]) Deb. of Congr. VI p. 490.

[5]) Ibid. VI p. 551.

der gewesene Präsident, sprach die Befürchtung aus, daß man „Missouri durch Revolte verlieren“ werde.[1]) Wie ernst oder wie wenig ernst es auch mit diesen Drohungen und Befürchtungen gemeint sein mochte, es läßt sich immerhin aus ihnen entnehmen, wie hoch die Sklavenhalter und Staatenrechtler die Stärke der Union abschätzten. Die Natur und Tragweite der Streitfrage erkannten sie jedenfalls richtiger als ihre Gegner. Es war ein wahrhaft prophetisches Wort, wenn Cobb von Georgia ausrief: „Ein Feuer ist entzündet, das alle Wasser des Ozeans nicht löschen können; Ströme von Blut sind dazu erforderlich.“[2]) Aber freilich, das Wort wurde nur deswegen zur Wahrheit, weil sich immer und immer wieder Vertreter des Nordens fanden, die den Preis zahlten, von dem vorgeblich der liebe Frieden abhing.

Während des ganzen Kampfes hatte die Entscheidung nur von wenigen Stimmen abgehangen, denn eine Anzahl nördlicher Abgeordneter war von Hause aus mit dem Süden gegangen. Daß es trotzdem so lange währte, bis der Süden durch Drohungen und schmutzigere Mittel die nöthige Stimmenzahl gewonnen hatte, ist ein unzweideutiges Zeugniß dafür, daß ein unabhängiger und ehrenhafter Geist jetzt doch noch viel allgemeiner als später unter den nordstaatlichen Politikern war. Nur mit drei Stimmen Majorität wurde die Restriktion schließlich gestrichen.[3])

Die Folgen dieser Niederlage waren ungeheuer, aber noch weit folgenschwerer war die zweite Niederlage, die der Norden gleichzeitig und zwar fast ohne Kampf erlitt. Diese Frage ist oft mit der ersten zusammengeworfen worden, sie lief aber nicht nur thatsächlich unabhängig neben derselben her, sondern war auch verfassungsrechtlich so wie vom Standpunkte der praktischen Politik wesentlich von ihr verschieden.

Da nur der nördliche Theil des Missouri Territoriums als

[1]) Jeff.'s Works VII p. 148. — Auch die Staatslegislaturen nahmen wieder lebhaften Antheil an dem Streite. Im Allgemeinen war die Agitation im Norden viel lebhafter als im Süden. Die nordstaatlichen Legislaturen — und mit ihnen die von Delaware — sprachen sich in sehr entschieden gefaßten Resolutionen gegen die Ausdehnung des Sklavereigebietes aus. Das Haus der Delegaten der Virginia Legislatur redete dagegen wieder vom „bound to interpose“ und „resist.“ Niles XVII pp. 343, 344.

[2]) Deb. of Congr. VI pp. 351, 372.

[3]) 90 gegen 87.

Staat organisirt werden sollte, so mußte der südliche Theil, das sog. Arkansas-Gebiet, eine eigne Territorialregierung erhalten. Als die betreffende Bill im Hause zur Berathung kam, brachte Taylor ein ähnliches Amendement hinsichtlich der Sklaverei ein, wie Tallmadge in Bezug auf Missouri gethan. Im Komite des Ganzen wurde das Amendement mit 80 gegen 68 Stimmen verworfen. Im Hause hatte es ein etwas besseres Geschick. Der erste Theil, der die weitere Einführung von Sklaven verbot, wurde mit 71 gegen 70 Stimmen verworfen, der zweite Theil dagegen, der den im Territorium geborenen Sklavenkindern vom fünfundzwanzigsten Jahre ab die Freiheit gab, wurde mit 75 gegen 73 Stimmen angenommen. Mit Hülfe der parlamentarischen Regeln wurde die Frage jedoch nochmals vor das Haus gebracht. Durch die entscheidende Stimme des Sprechers (Clay) wurde die Bill an den Ausschuß zurückverwiesen und noch am nämlichen Tage dem Berichte desselben gemäß das vorher angenommene Amendement mit 89 gegen 87 Stimmen verworfen.[1])

Der Versuch, auch in diesem Gebiete Hand an die eigenthümliche Institution zu legen, wurde von den Sklavenhaltern als eine besondere Gehässigkeit angesehen, weil Arkansas als zur eigentlichen Domäne des Südens gehörig betrachtet wurde. Diese Rücksicht hatte auch bei einigen nordstaatlichen Abgeordneten Gewicht und ihr ist der leichte Sieg des Südens zuzuschreiben. Die Argumente, die in der Debatte von beiden Seiten vorgebracht wurden, waren dieselben wie in der Missouri Frage; nur die Verfassungsfrage wurde nicht aufgeworfen. Taylor legte Nachdruck darauf, daß die „Souveränetät" des Kongresses über die Territorien „unbestritten" sei.[2]) McLane gab freilich nicht unbedingt zu, daß der Kongreß die Sklaverei in den Territorien verbieten dürfe, aber er wußte zur Begründung seiner Zweifel nur vorzubringen, daß die Territorien mit der Zeit Staaten würden.[3]) Als Taylor aber später seine Ueberzeugung dahin aussprach, daß kein Mitglied des Hauses die in Rede stehende Macht des Kongresses bezweifle, da legte weder McLane[4]) noch irgend ein anderes Mitglied

---

[1]) Siehe alle die Abstimmungen Deb. of Congr. VI pp. 363—366.

[2]) Ibid. VI p. 358.

[3]) Ibid. VI p. 362.

[4]) In der Missouri Debatte erklärte er sogar später: „I admit it (the power to give laws to a Territory) to be plenary, so long as it remains in a condition of territorial dependence, but no longer.." Ibid. VI p. 513.

des Hauses Verwahrung dagegen ein und einige leitende Sklavenhalter gaben das Recht sogar ausdrücklich zu.[1]) Die Sache wurde, wie Taylor es bestimmt ausdrückte, nur als „eine Frage der Zweckmäßigkeit" behandelt. Und trotzdem wurde der Sieg dem Süden so leicht. Das muß neben dem hartnäckigen Kampf um die Missouri Frage scharf im Auge behalten werden, wenn man die Stellung des Nordens in dieser Zeit zur Sklavenfrage richtig beurtheilen will. Als die Territorialfrage bald darauf in anderer und viel bedeutsamerer Gestalt wieder auftauchte, wurde auch nicht ein Streich für das allgemein anerkannte Recht und für die unbedingte Herrschaft der freien Arbeit geführt.

Die achte Sektion des Missouri Aktes vom 6. März 1820 setzte fest, „daß in dem ganzen unter dem Namen Louisiana von Frankreich an die Vereinigten Staaten abgetretenen Gebiete, so weit es nördlich von 36° 30′ n. Br. liegt und nicht in den Grenzen des in Rede stehenden Staates eingeschlossen ist, Sklaverei und unfreiwillige Knechtschaft . . . für immer verboten sein soll."[2]) Das war die zweite Hälfte des sog. Missouri Kompromisses und die Annahme dieser Bestimmung fällt nicht nur einigen schwächlichen oder feilen Abgeordneten des Nordens zur Last. Nur fünf nordstaatliche Vertreter stimmten gegen sie.[3]) Der Norden gab also mit überwältigender Majorität seine Zustimmung zur Theilung des Territorialgebietes zwischen der freien Arbeit und der Sklaverei. Ausgesprochen war allerdings nur, daß die Sklaverei nördlich von 36° 30′ nicht gestattet sein solle, damit war aber selbstverständlich gesagt, daß südlich von dieser Linie den Sklavenhaltern kein Hinderniß in den Weg gelegt werden würde. Die erste Anregung zu einem solchen Kompromiß ging im Februar 1819 von McLane aus und er erklärte dabei ausdrücklich, daß das Territorialgebiet zwischen den freien und sklavenhaltenden Staaten „getheilt" werden solle.[4]) Es ist auch später nie geleugnet worden, daß dieses unter dem Kompromiß zu verstehen sei.

Rechtfertigen läßt sich die Handlungsweise der nördlichen Abgeordneten von keinem Gesichtspunkte aus, und auch als Milderungsgrund

---

[1]) Ibid. VI p. 341 u. a. a. O.

[2]) Stat. at L. III p. 548.

[3]) Deb. of Congr. VI pp. 570, 571. Benj. Adams, Allen und Folger von Massachusetts, Buffum von New Hampshire und Groß von New York.

[4]) Ibid. VI pp. 359, 363.

kann nur angeführt werden, daß, wenn sie sich überhaupt zu einem Handel verstanden, der abgeschlossene nicht unvortheilhaft erschien, falls man nicht über das Heute hinaussah. Das Louisiana-Gebiet — nach den von den Vereinigten Staaten für dasselbe beanspruchten Grenzen — wurde durch die Linie von 36° 30' in zwei ziemlich gleiche Hälften getheilt. Während die Missouri Frage noch schwebte, vereinigte man sich aber mit Spanien über eine Grenzlinie, durch die den Vereinigten Staaten ein großer Theil der südlichen Hälfte verloren ging.

Wie weit der Norden sich in der Hoffnung wiegte, daß der Sklaverei für immer ihre weitesten Grenzen gesteckt seien, läßt sich nicht entscheiden. Es gehörte sich aber kein übermäßig großer politischer Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß die Sklavenhalter über kurz oder lang alle Kräfte anspannen würden, diese Hoffnung zur Illusion zu machen. Bestritten sie auch noch nicht das Recht des Kongresses, die Sklaverei in den Territorien zu verbieten, so deuteten sie doch bereits an, daß sie es unter Umständen in Abrede stellen würden. Rhea von Tennessee gebrauchte bereits das Wort „verfassungswidrig."[1]) Smyth von Virginia ging viel direkter auf das Ziel los, indem er hinsichtlich der Verfassungsbestimmung über die Territorien bemerkte: „Die Klausel spricht von dem Territorium als Eigenthum, als einem Gegenstande der verkäuflich ist. Sie spricht nicht von der Jurisdiktion."[2]) Am deutlichsten sprach jedoch die Thatsache, daß die heftigste Opposition gegen die „Missouri Linie" von Sklavenhaltern ausging. Mit den 5 nördlichen Abgeordneten stimmten nicht weniger als 37 südliche gegen diesen Theil des Kompromisses.[3])

Würdigte man diese Anzeichen keiner weiteren Beachtung, weil die Vereinigten Staaten zur Zeit kein weiteres Territorium hatten, so verstand man schlecht die bisherige Geschichte der Union und der Sklaverei. Die Erfahrung hatte ja bereits gelehrt, daß die Politik der

---

[1]) Ibid. VI p. 366. Aus den späteren Verhandlungen geht hervor, daß er den Ausdruck auf die Theilung des Territorialgebietes durch eine bestimmte Linie bezogen haben muß.

[2]) Ibid. VI p. 487.

[3]) Hierauf stützte sich die spätere Behauptung des Südens, daß das Kompromiß eine nördliche und nicht eine südliche Maßnahme gewesen sei. Die Behauptung war also nicht ganz unbegründet, wenn sie auch im Wesentlichen falsch war. Benton, der erste Bundessenator des neuen Staates schreibt: „This 'compromise' was the work of the South, sustained by the united voice of Mr. Monroe's

Vereinigten Staaten nicht eine Schäferidylle sei. Wie man sich Louisiana und Florida zu verschaffen gewußt, so konnte man auch die Hand nach anderen Gebieten ausstrecken. Verführerische Gelegenheit wurde ja im Uebermaß von den Verhältnissen geboten. Und wurden je neue Erwerbungen in südlichen Breiten gemacht, dann wurde von den Sklavenstaaten unzweifelhaft die Missourie Linie als selbstverständlich auch für diese giltig erklärt. Der Norden mochte dann immerhin die Richtigkeit dieser Logik bestreiten und auf das verfassungsmäßige Recht pochen: die Thatsache blieb bestehen, daß in einem feierlichen Pakt unter fast einstimmiger Zustimmung der nördlichen Vertreter indirekt stipulirt worden war, daß in einem gewissen Gebiete südlich von einer gewissen Linie die Sklaverei gestattet sein sollte, obwohl der Kongreß sie verbieten durfte. Wie der Süden derartige Thatsachen zu benutzen wisse, das hatte er bereits zur Genüge gezeigt. So gewiß ein Sklaven-**Territorium** auch ein Sklaven**staat** wurde, so gewiß verhinderte „in **dieser** Union" kein Veto des Kongresses mehr in einem südlich von 36° 30′ gelegenen Staat oder Territorium die Sklaverei.

Der Süden hatte seiner Politik idealistische Taumeleien gestattet wo sie nur französische, resp. europäische Verhältnisse betraf. Wo es sich aber um das Interesse der Sklavenhalter handelte, da hatte er von Anfang an nicht nur eine im höchsten Grade realistische, sondern auch eine kluge Politik verfolgt. Er hütete sich wohl, gleich Alles zu verlangen. Was er im Augenblick bedurfte, das genügte ihm auch für den Augenblick. Er stützte die Planke genügend und schob sie gerade so viel weiter vor, daß er mit Sicherheit den nächsten Schritt thun konnte, wenn er nöthig wurde. So hatte er es auch jetzt gemacht und war daher auch für jetzt zufrieden. Bisher waren die freien Staaten den Sklavenstaaten stets um einen überlegen gewesen. Jetzt

---

cabinet, the united voices of the Southern senators, and a majority of the Southern representatives . . . This array of names showes the Missouri compromise to have been a Southern measure, and the event put the seal upon that character by showing it to be acceptable to the South." Thirty Years' View I. p. 8. Crowninshield von Massachusetts sagte 1861 in der sogenannten Friedenskonvention: „Southern men forced the measure upon the North. The few northern men who voted for it were swept out of their political existence at the election which followed its passage." (Chittenden's Report p. 318.) Wenn sich das auch auf Diejenigen beziehen soll, die für die „Missouri Linie" stimmten, so fehlt der Behauptung jede geschichtliche Begründung.

erhielten diese Alabama und Missouri und jene nur Maine. Das Gleichgewicht der Macht im Senat war daher vollständig hergestellt. Der Territorialbesitz reichte vorläufig gleichfalls aus. Das so eben von Spanien erworbene Florida[1]), Arkansas und der Rest des südlichen Louisiana Gebietes hielten schon für eine Weile dem Nordwesten die Wage, der, wie Charles Pinckney schrieb, bis jetzt nur von wilden Bestien und Indianern bewohnt war. Warum also jetzt um Dinge Lärm schlagen die erst nach langen Jahren Wesenheit gewinnen konnten? Daraus folgte aber nicht, daß nie Lärm um sie geschlagen werden würde. Reid von Georgia fragte schon jetzt, warum nicht eine Theilungslinie zwischen den beiden Sektionen „zum Stillen Ozean“ gezogen werden solle?[2])

Bis die Zeit kam, da das Missouri Kompromiß nicht mehr der „endgiltige Austrag“ der Frage sein konnte, ob das Territorialgebiet und die neuen Staaten der freien Arbeit oder der Sklaverei gehören sollten, hatte es sich gewiß bleibend fixirt. Was McLane das einfachste und darum auch glücklichste Mittel zur dauernden Schlichtung des Streites gepriesen, das erkannte Jefferson richtig als das verderblichste Moment in dem ganzen unseligen Kompromiß. Am 3. April 1820 schrieb er an W. Short: „Ich fürchte, daß der Zusammenfall eines scharf ausgeprägten moralischen und politischen Prinzipes mit einer geographischen Linie für immer dem Geiste eingegraben bleiben würde, wenn man einmal den Gedanken gefaßt; daß er bei jeder Gelegenheit wiederkehren und die Erregung erneuern würde, bis er einen solchen gegenseitigen und tödlichen Haß entzündet, daß die Trennung dem ewigen Zwiste vorzuziehen wäre. Ich habe zu denen gehört, die am sanguinischsten an die lange Dauer unserer Union geglaubt haben. Jetzt zweifle ich stark an ihr.“[3]) Das war ein wahrhaft staatsmännischer Gedanke. Hätte er das Thema für die Hälfte der Reden abgegeben, die für das Verbot der weiteren Einführung von Sklaven in Missouri gehalten wurden, so hätten die Geschicke der Union vielleicht einen wesentlich anderen Verlauf genommen. Bisher war die Theilung der Union in zwei Sektionen nur eine Thatsache gewesen; von jetzt ab war sie gesetzlich fixirt. In der inneren Politik konnte keine Frage von kar-

---

[1]) 22. Febr. 1819. Stat. at L. VIII p. 252 ff. Die Ratifikation des Vertrages Seitens der Vereinigten Staaten erfolgte erst am 19. Febr. 1821.

[2]) Deb. of Congr. VI. p. 502.

[3]) Jeff.'s Works VII p. 158. Vergl. auch den Brief an Holmes v. 22. Apr. 1820. VII p. 159.

dinaler Bedeutung auftauchen, in die der Gegensatz der beiden wirthschaftlichen Prinzipien nicht mehr oder minder hineinspielte, und in allen solchen Fragen stand die gesetzgebende Gewalt nicht mehr nur vor einem Komplex von Staaten, sondern vor zwei geographisch geschiedenen Staatengruppen. Die beiden Gruppen mußten sich stetig mehr konsolidiren und je mehr sie sich konsolidirten, desto mehr verlor die Missouri Linie ihren imaginären Charakter. Erst jetzt gab es im vollsten Sinne des Wortes einen freien Norden und einen sklavenhaltenden Süden. Man mochte sich aus „politischer Klugheit", wie man sich hyper-euphemistisch ausdrückte, mit der Kraft der Verzweiflung dagegen stemmen, alle politischen Kunststücke wurden doch vor der Gewalt der Thatsachen zu Schanden. Auch das Letzte, das Tilgen der schwarzen Linie von der Karte durch ein anderes Gesetz und durch Richterspruch blieb wirkungslos; sie war zu tief in den wirklichen Boden eingeätzt. Nur Eines konnte sie dort verwischen, und dieses Eine war die Vernichtung der dunklen Macht, die sie gezogen. — Von der Nacht vom 2. auf den 3. März 1820 treibt die Parteigeschichte unaufhaltsam und ununterbrochen auf die Bildung geographischer Parteien hin.

Das war es, was man wirklich erreicht hatte, als man, wie von einem schweren Alp befreit, aufathmete. Die Kleinen und Feigen beglückwünschten sich schon, daß die Sklavenfrage für immer zu Grabe getragen sei, und noch war man nicht einmal der Missouri Frage ledig.

Der Streit wurde durch eine Klausel der Verfassung von Missouri wieder angefacht, in der die Legislatur verpflichtet wurde, Gesetze gegen die Niederlassung von freien Farbigen im Staate zu erlassen. Der Norden hielt durch diese Klausel die Bestimmung der Verfassung für verletzt, nach der „die Bürger jedes Staates zu allen Privilegien und Immunitäten der Bürger in den verschiedenen Staaten berechtigt sein" sollten.[1] Die Sklavenhalter behaupteten, daß freie Farbige nicht als Bürger „im Sinne der Konstitution" angesehen werden könnten. Die nordstaatlichen Abgeordneten brachten dagegen die Thatsache vor, daß in mehreren nördlichen Staaten freie Farbige Bürger seien, und daß die betreffende Klausel von „Bürgern jedes Staates" rede. Die Debatte verlor sich in endlose Argumente über

[1] Art. IV. Sect. 2. Schon Art. IV der Konföderations-Artikel enthielt dieselbe Bestimmung, nur war dort der allgemeine Ausdruck „alle freien Einwohner" gebraucht.

die Bedeutung der Worte „Bürger“ und „Bürger der Vereinigten Staaten“, ohne zu irgend einem Resultate zu führen.[1])

Die Erörterung der Rechtsfrage von anderen Gesichtspunkten blieb gleichfalls fruchtlos. Die Sklavenhalter und Staatenrechtler wiesen darauf hin, daß nicht nur in anderen Staaten ähnliche Gesetze gegen freie Farbige existirten, sondern selbst in freien Staaten Ausschlußgesetze in Kraft wären, die weiße Bürger beträfen und unzweifelhaft verfassungswidrig wären, wenn das mit Recht von der Klausel in der Konstitution von Missouri gesagt werden könne.[2]) Diese Behauptungen waren zum Theil begründet, aber daraus folgte noch nicht, daß die Klausel nicht mit der Bundesverfassung in Widerspruch stehe.

Ebenso wenig stichhaltig waren die Gründe, welche die Nutzlosigkeit einer Beanstandung der Klausel durch den Kongreß darthun sollten.

---

[1]) Die nähere Erörterung dieser Frage gehört in den zweiten Theil dieses Werkes. Ich will hier nur auf Bates, On Citizenship und auf Livermore, Opinions of the Founders of the Republic on Negroes as Slaves, as Citizens, and as Soldiers verweisen und bemerken, daß noch in demselben Jahre, in dem die Frage im Kongreß verhandelt wurde, Generalanwalt Wirt ein Gutachten abgab, in dem es heißt: „I am of the opinion that the constitution by the description of „citizens of the United States“, intended those only who enjoyed the full and equal privileges of white citizens in the State of their residence.“ (Opin. of the Attorn. Gen. I p. 507). Wirt war ein tüchtiger Jurist, aber in diesem Argument ist sein Raisonnement nicht nur im höchsten Grade schwach, sondern auch unlogisch. — In Bouvier's Law Dictionary I p. 275 steht: die Verfassung der Vereinigten Staaten „does not authorize any but white persons to become citizens of the United States.“ Das kann nicht anders verstanden werden, als daß die Verfassung eine klare dahin gehende Bestimmung enthält, während sich in Wahrheit nur einige richterliche dicta und Urtheile dafür anführen lassen, die für immer und in jeder Hinsicht ein Schandfleck in den Annalen der Vereinigten Staaten sein werden. Ein derartiger Satz in einem streng fachwissenschaftlichen Werke ist einfach unverantwortlich, denn entweder sind die Ausdrücke mit einer nicht zu erklärenden Sorglosigkeit gewählt, oder es ist die Parteipolitik hineingetragen. Es mag auch noch bemerkt werden, daß die von mir benutzte Auflage des Law Dictionary die Jahreszahl 1872 trägt, während bereits 1868 das 14. Amendement zur Verfassung angenommen wurde, in dem es heißt: „All persons born or naturalized in the United States, and subject to the jurisdiction thereof, are citizens of the United States and of the States wherein they reside.“ Den Herausgeber Childs trifft freilich kein Vorwurf dafür, daß dieses Amendement nicht berücksichtigt worden ist. Die Ausgabe ist thatsächlich von 1867 und die Jahreszahl 1872 ist nur ein kaufmännischer Kniff, der nur zu häufig von den amerikanischen Verlagshandlungen angewandt wird.

[2]) Vrgl. Deb. of Congr. VI p. 672 ff.

Sei sie verfassungswidrig — hieß es — so sei sie auch eo ipso nichtig und das Oberbundesgericht werde seine Entscheidung dahin abgeben. Darauf wurde schlagend entgegnet, daß die Klausel trotz der Nichtigkeit in abstracto thatsächlich in Kraft sein würde, bis sie von autoritativer Seite für verfassungswidrig erklärt worden. Außerdem dürfe der Kongreß nicht den Gerichten die Verantwortlichkeit zuschieben, die der Geist der Konstitution ihm zuweise; ihm stehe das Recht der Aufnahme neuer Staaten zu und er habe daher auch die Pflicht, darüber zu entscheiden, ob die Bedingungen erfüllt worden seien, welche die Voraussetzung für die Möglichkeit der Aufnahme sein müßten.

Obgleich diese Fragen zu den von dem vorigen Kongreß entschiedenen nur geringe Bedeutung hatten, so waren die mehrwöchentlichen Debatten doch nicht weniger heftig. Der tiefere Grund dafür war der wohlbekannte Wunsch einer Minorität im Repräsentantenhause, diese Gelegenheit zum Umsturz des Kompromisses auszubeuten. Deswegen wagten es die Sklavenhalter auch nicht, auf der Alternative unbedingter Aufnahme des Staates oder unbedingter Zurückweisung der unterbreiteten Konstitution zu bestehen. Der Senat bequemte sich sogar zuerst zu einem Mittelwege. Das gab Clay eine Handhabe, das Haus, in dem, unter Mitwirkung der kompromißfeindlichen Mitglieder, ein Antrag auf Streichung der anstößigen Klausel verworfen worden war, gleichfalls wieder in das Kompromißgeleise zu lenken. Die beiden Häuser einigten sich darauf, dem Staate endgiltig die Aufnahme unter der Voraussetzung zuzusichern, daß er, „durch einen feierlichen öffentlichen Akt seine Zustimmung zu der Grundbedingung erkläre", daß aus der Klausel nie ein Recht zu einem Gesetze hergeleitet und nie ein Gesetz passirt werde, „durch welches irgend ein Bürger irgend eines der Staaten dieser Union von dem Genuß irgend eines der Privilegien oder irgend einer der Begünstigungen ausgeschlossen wird, zu denen ein solcher Bürger unter der Konstitution der Vereinigten Staaten berechtigt ist."[1] — Die Legislatur kam dieser Bedingung nach und damit erreichte der Missouri-Streit sein Ende.

Drei Verfassungsfragen — darunter zwei von kardinaler Bedeutung — waren zur Sprache gekommen. Um alle drei hatte man sich für den Augenblick herumgedrückt und darauf gründeten die Urheber des Kompromisses den Anspruch, die Entscheidung ad calendas graecas vertagt zu haben. In rechtlicher Hinsicht war ein einziges posi-

[1]) Stat. at L. III p. 645.

tives Resultat erzielt worden, und das in einem Punkte, in Bezug auf den noch keine Rechtsfrage existirte. Die nordstaatliche Majorität hatte hinsichtlich des südlich von 36° 30′ liegenden Territorialgebietes indirekt auf das Recht des Kongresses verzichtet, die Sklaverei zu verbieten. Und zu diesem Verzichte hatte sie sich verstanden, weil die südstaatliche Minorität ihrerseits darauf verzichtet hatte, die streitigen Rechtsfragen jetzt zu ihren Gunsten entschieden zu haben, wenn man ihr die konkreten Forderungen bewilligte, die sie jetzt auf Grundlage ihrer Interpretation der Verfassung aufstellte. — Das war die wahre Natur und der Inhalt des „Kompromisses", das Henry Clay die erste Anwartschaft auf den stolzen Namen des „großen **Friedens**stifters" gab.

Entwickelung des wirthschaftlichen Gegensatzes zwischen den freien und sklavenhaltenden Staaten.

Das Missouri Kompromiß hatte keinen Umschwung in den Parteiverhältnissen zur Folge. Monroe war mit allen Elektoralstimmen gegen eine wieder zum Präsidenten gewählt worden.[1]) Die „Aera des guten Einvernehmens", die bereits nach Beendigung des Krieges mit England anzubrechen schien, nahm jetzt wirklich ihren Anfang. Ermattet von der fieberhaften Erregung der letzten Jahre überließ das Volk die Politik den Politikern und diese mußten sich an den Routinegeschäften genügen lassen, da es im Augenblick weder eine brennende Frage gab, noch eine nennenswerthe Opposition im Felde war. Allein ein Frieden war trotzdem nicht zu Stande gekommen; man hatte nur einen Waffenstillstand geschlossen. Neue Fragen tauchten auf, die derselben Wurzel wie die früheren entsprungen waren. Ihre Keime ließen sich in die ersten Jahre des Bestehens der neuen Verfassung zurückverfolgen und ihre Entwickelung hatte gleichen Schritt mit der wirthschaftlichen Entwickelung des Landes gehalten. Wenn sie noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt wurden, so ließ sich das theils auf rein zufällige Umstände zurückführen und theils hatte es seinen Grund darin, daß der prinzipielle Gegensatz in dem wirthschaftlichen Leben der beiden Sektionen noch immer in weit geringerem Maße verstanden wurde, als er bereits konkrete Gestalt in den verschiedenen wirthschaftlichen Gebieten gewonnen hatte. Darum währte es noch eine Weile,

---

[1]) Deb. of Congr. VI p. 706.

bis sich die Parteiprogramme abklärten und gleichzeitig die Parteien sich geographisch konsolidirten. Diese Uebergangsperiode war reich an sonderbaren Verschiebungen in den Parteiverhältnissen und die leitenden Staatsmänner wechselten ihre Standpunkte in der schroffsten Weise.

Während der ersten Präsidentschaft Madison's war die Bankfrage wieder aufgetaucht, jedoch schon jetzt zum Theil des alten Parteigewandes entkleidet, das sie bald ganz verlieren sollte. Die durch das Verdienst Hamilton's 1791 in's Leben gerufene Nationalbank kam um Erneuerung ihres auf 20 Jahre lautenden Freibriefes ein. Da die Republikaner, die ihren alten Widerwillen gegen das Institut noch nicht verloren hatten, die Majorität im Kongreß bildeten, so wurde das Gesuch verworfen. Im Augenblick war die Regierung der Unterstützung der Bank nicht benöthigt; der Schlag gegen das „Monopol der Geldaristokraten und Spekulanten" durfte jetzt wie vor zwanzig Jahren auf eine günstige Aufnahme bei den Massen rechnen; zahlreiche Kapitalisten warteten nur darauf, daß die gefährliche Konkurrenz aus dem Wege geräumt werde, um unter Freibriefen der einzelnen Staaten Bankinstitute zu gründen, und die schon 1791 vorgebrachten konstitutionellen Bedenken wurden, namentlich von Clay,[1] wieder lebhaft urgirt; — das waren der Gründe zu viele, als daß sie von dem Einfluß der Bank hätten überwunden werden können.

In drei Jahren hatte sich das Bild vollständig geändert. Eines der wirksamsten Mittel, deren sich die Republikaner in dem Kampfe gegen die Föderalisten bedient hatten, war das beständige Geschrei gegen die hohen Steuern gewesen. Als sie dann selbst zur Herrschaft gelangten, mußten sie in ihrer Finanzwirthschaft einige Rücksicht darauf nehmen und bei der allgemeinen Prosperität konnten sie das auch sehr wohl thun, ohne daß sogleich nachtheilige Folgen fühlbar geworden wären. Nachdem die Embargo-Politik auf das ganze Erwerbsleben zu drücken begonnen, wurden aber bald die schwachen Seiten des neuen Finanzsystemes offenbar, das sich übrigens lange nicht so weit von dem Hamilton's entfernte, als man nach dem früheren Verhalten Jefferson's und seines Finanzministers Gallatin hätte erwarten sollen. Der Krieg stieß dem Faß den Boden aus. Der Vorwurf der Föderalisten, daß man sich völlig unvorbereitet in einen Krieg mit der größten Seemacht der Welt stürze, war in keiner Hinsicht mehr gerechtfertigt, als was die Finanzen anlangte. Die größeren Kapitalisten, die ansehnlichere

[1]) Ibid. IV pp. 279 ff. und 311.

Vorschüsse hätten machen können, gehörten meist den unzufriedenen nordöstlichen Staaten an und Steuern, welche die finanzielle Kraft des Landes in umfassendem Maße in Kontribution gesetzt hätten, mochte man nicht votiren, weil man eine Beeinträchtigung der Popularität fürchtete. So schleppte man sich mit kleinen Anleihen, die nur mit größter Mühe untergebracht wurden, Ausgabe von Schatznoten und anderen Palliativen mühsam von einem Monat zum andern durch. Alle Regierungssicherheiten verloren rasch an Werth, Gold und Silber wurden immer seltener, Papiergeld immer häufiger und werthloser, der Kredit jeden Tag geringer. Das Land war noch immer reich, aber die Regierung ging rasch dem Bankerott entgegen.

Unter diesen Umständen kam durch die Petition von New York das Projekt einer Nationalbank wieder vor den Kongreß. Eppes, der Schwiegersohn Jefferson's, brachte als Vorsitzender des Ausschusses für Mittel und Wege am 10. Januar 1814 einen Bericht ein, der dem Kongreß die Befugniß absprach, ohne Zustimmung der Staaten innerhalb der Grenzen derselben „Korporationen zu schaffen.“[1]) Das war das erste Einlenken in der Verfassungsfrage. Die ursprüngliche republikanische Doktrin war, daß der Kongreß überhaupt keine „Korporationen“ schaffen dürfe. Calhoun suchte sogleich diese erste Bresche zu benutzen, die von den englischen Kanonen in das Parteiprinzip geschossen worden war. Er beantragte einen Ausschuß einzusetzen, um die Zweckmäßigkeit der Gründung einer Nationalbank im Distrikt von Columbia in Erwägung zu ziehen.[2]) Der Antrag wurde ohne Opposition angenommen, aber dabei hatte es zunächst sein Bewenden.

Im Spätsommer desselben Jahres trat eine neue Wendung ein. Nach der Einnahme von Washington (24. August) suspendirten alle von den Staaten inkorporirte Banken, mit Ausnahme derer von Neu England, ihre Baarzahlungen.[3]) Die babylonische Verwirrung, die dadurch in alle Geldverhältnisse kam, traf das Schatzamt schwer. Der Finanzsekretär Dallas erklärte in einem Bericht vom 17. Okt. 1814 an den Ausschuß für Mittel und Wege: „Die Geldtransaktionen des privaten Lebens stehen still und die Finanzoperationen der Regierung haben gegen die größten Schwierigkeiten anzukämpfen. Eine solche Lage der Verhältnisse kann unmöglich lange

[1]) Deb. of Congr. V p. 122.

[2]) Ibid. V p. 171.

[3]) Siehe das Nähere bei Ingersoll, Second War betw. the U. St. and Engl. II p. 251.

ertragen werden." Und das Resultat seines Raisonnements war, daß „schließlich" (after all) eine Nationalbank doch „das einzige wirksame Heilmittel" sei.[1]) Gegen Ende des Berichtes ging er auf die Verfassungsfrage ein und kam zu dem Schluß, daß „Diskussion" der „Entscheidung" weichen, das Urtheil, das ein Kongreß abgegeben, als endgiltig betrachtet werden müsse, und jetzt eine Nationalbank wirklich „nothwendig" sei, um „einige der wichtigsten konstitutionellen Befugnisse der Regierung ausüben zu können." Wer 1791 oder 1798 gesagt hätte, daß einst ein Mitglied eines republikanischen Kabinets eine solche Sprache führen würde, der wäre als irrsinnig angesehen worden. Die Krone wurde diesem Wechsel der Rollen aber erst durch die nachstehenden näheren Bestimmungen aufgesetzt: Das Kapital der Bank soll $ 50,000,000 betragen; davon übernehmen die Vereinigten Staaten $ 20,000,000; die Bank ist verpflichtet, den Vereinigten Staaten $ 30,000,000 zu leihen; von den 15 Direktoren werden 5, darunter der Präsident, vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt; die Bank — nur ihr liegender Besitz ausgenommen — darf weder von der Bundesregierung noch von den Staaten besteuert werden; die Verpflichtung, die Noten mit Münze einzulösen, existirt nicht, doch wird durch andere Auskunftsmittel versucht, der Entwerthung derselben vorzubeugen.[2]) Selbst Hamilton würde schwerlich gewagt haben, dem Kongreß einen solchen Plan zu unterbreiten.

Der Kongreß zog den Vorschlag sogleich in Berathung. Dallas drängte zu rascherer Aktion, indem er rücksichtslos das ganze finanzielle Elend bloslegte. In einem zweiten Berichte vom 27. November heißt es: „Die Dividende der fundirten Schuld ist nicht pünktlich bezahlt worden; schon ist ein großer Betrag von Schatznoten protestirt worden und die Hoffnung, weiteren Schaden und Vorwurf in der Transaktion der Geschäfte des Schatzamtes zu verhüten, ist zu visionär, als daß sie auch nur für einen Augenblick Trost gewähren könnte... So erlaubt uns die sich in jeder Form und nach jeder Richtung manifestirende öffentliche Meinung kaum, in der gegenwärtigen Lage von der Existenz eines öffentlichen Kredites zu sprechen; und doch ist es nicht unmöglich, daß Mittel gefunden werden könnten, die Reichen und Geizigen zu bestimmen, ihre (der Regierung) augenblicklichen Bedürfnisse zu befrie-

---

[1]) Life and Writings of A. J. Dallas p. 236. Annals of XIII. Congr. 1285.

[2]) Life and Writ. of Dall. pp. 238, 239.

digen. Aber wenn die Bedürfnisse des Heute befriedigt sind, was ist das neue Auskunftsmittel, das die Bedürfnisse des Morgen befriedigen soll."[1]) Am 17. Januar 1815 summirte Dallas seine Rechnung dahin, daß noch vom Vorjahre her „dringliche" Forderungen im Betrage von $ 13,186,929 befriedigt werden müßten, für deren Deckung keine Mittel vorhanden seien.[2]) Hanson von Maryland illustrirte im Repräsentantenhause diese allgemeinen Angaben im Einzelnen. Er behauptete, im Departement des Staatssekretärs könnten nicht einmal die Rechnungen für das Schreibmaterial bezahlt werden; die Regierung leihe Summen, die kein Kaufmann von erträglichem Kredite aufnehmen würde; der Zahlmeister könne nicht Forderungen von $ 30 befriedigen; u. s. w.[3]) Grosvenor von New York fügte hinzu, daß sich $ 40,000,000 in Staatspapieren im Markte befänden, die auf 80 bis 65% reduzirt seien.[4])

Die Nothwendigkeit, bald in irgend einer Weise Abhülfe zu schaffen, ging aus diesen Thatsachen deutlich genug hervor. Trotzdem spannen sich die Debatten im Kongreß in's Endlose aus. Einige Demokraten blieben der alten Parteidoktrin treu und bestritten das Recht des Kongresses, eine Korporation irgend welcher Art in's Leben zu rufen.[5]) Bei der großen Masse der Demokraten so wie bei der Opposition[6]) handelte es sich jedoch nur um die Detailbestimmungen.

In den ersten Wochen des neuen Jahres einigten sich die beiden Häuser des Kongresses endlich auf eine Bill. Madison sandte dieselbe am 30. Januar 1815 mit seinem Veto an den Senat zurück, ausdrücklich erklärend, daß er die Verfassungsfrage „bei Seite liegen lasse."[7])

Drei Wochen später war die Administration durch den Abschluß des Friedens der drückendsten Verlegenheiten enthoben; die Zerrüttung der Geldverhältnisse[8]) und die Störung der Wechselbeziehungen zum

---

[1]) Ibid. pp. 245, 246.
[2]) Ibid. p. 265.
[3]) Deb. of Congr. V p. 380.
[4]) Deb. of Congr. V. p. 383.
[5]) Ibid. V pp. 369. 401.
[6]) Webst.' Works III. pp. 35—48.
[7]) Statesm.'s Man. I p. 323.
[8]) „Gold and silver have disappeared entirely ... since 1810 or 1811, the amount of paper in circulation had increased from eighty or ninety, to two hundred millions." Calh.'s Works II pp. 155, 158.

Auslande blieben aber bestehen und man wußte auch jetzt kein anderes Auskunftsmittel als die Errichtung einer Nationalbank. Madison empfahl dem Kongreß in seiner Botschaft vom 5. Dezember 1815 die Frage nochmals in Erwägung zu ziehen.[1]) Calhoun brachte denn auch am 8. Januar 1816 eine Bill ein und vertheidigte sie am 26. Februar in einer längeren Rede.[2]) Die Verfassungsfrage berührte er nicht, weil es „nutzlose Zeitvergeudung" sein würde, weiter über sie zu verhandeln. Clay nahm einen hervorragenden Antheil an den Debatten und befürwortete warm die Errichtung einer Bank. Er rechtfertigte sich damit, daß „die Gewalt der Umstände und die Erleuchtung der Erfahrung" ihn jetzt „die Nothwendigkeit" einsehen ließen, dem Kongreß diese „konstruktive Befugniß" zuzugestehen.[3]) Die beiden Häuser verständigten sich nach drei Monaten auf eine Bill und am 10. April erhielt sie die Zustimmung Madison's[4]), obwohl er 1791 die Kompetenz des Kongresses bestritten[5]) und 1799 in seinem Berichte an die Legislatur von Virginia die Inkorporirung der Bank als eines der Beispiele für die usurpatorischen Tendenzen der Bundesregierung angeführt hatte.[6])

Die zweite Nationalbank war also eine rein demokratische Schöpfung und die hervorragendsten Demokraten hatten auch den größten Antheil an ihr. Noth lehrt nicht nur beten, sondern auch Verfassungen interpretiren. Drei Jahre später gab das Oberbundesgericht einstimmig seine Entscheidung für die Verfassungsmäßigkeit einer Nationalbank ab.[7]) Trotzdem erregte die Bankfrage noch einmal einen furchtbaren Sturm. Zwar trafen auch dann nicht die beiden Sektionen auf einander, aber der wirthschaftliche Gegensatz kam doch mittelbar in's Spiel und das Resultat war die Festigung der Herrschaft der sklavenhaltenden Aristokratie. Dieser letzte und heftigste Kampf gehört jedoch einer späteren Periode an.

---

[1]) Statesm.'s Man. I. p. 330.

[2]) Calh.'s Works II pp. 153—162.

[3]) Deb. of Congr. V pp. 622, 623. Vrgl. Benton's Anmerkung V p. 627.

[4]) Stat. at L. III. p. 266.

[5]) Deb. of Congr. I pp. 274 ff., 306.

[6]) Elliot, Deb. IV p. 550.

[7]) M'Culloch v. The State of Maryland. Wheaton's Rep. IV p. 442; Curtis IV p. 432.

Von viel größerer und namentlich von viel bleibenderer Bedeutung war die Frage der sog. inneren Verbesserungen (internal improvements), d. h. die Frage, ob und wie weit die Bundesregierung befugt sei, Wege und Kanalbauten, Flußregulationen, Hafenverbesserungen u. dergl. m. vorzunehmen, resp. zu unterstützen. Schon vor der Annahme der Verfassung von 1787 hatten zwischen verschiedenen Staaten Unterhandlungen über derartige gemeinnützige Unternehmungen Statt gefunden. Madison deutete im Föderalist (Nr. XIV) an, wie sehr in Zukunft die Union dadurch gefestigt werden würde, und sagte in dieser Hinsicht raschen Fortschritt voraus. Unter den beiden ersten Präsidenten verbot sich jedoch die Erfüllung dieser Verheißungen von selbst, weil die Ordnung der zerrütteten Finanzverhältnisse alle Kräfte in Anspruch nahm. Während der Administration Jefferson's wurde der Gedanke wieder angeregt und auch der Bau der sog. Cumberland Straße in Angriff genommen. Die Embargo-Politik und der Krieg mit England lenkten aber bald die Aufmerksamkeit und die Mittel nach anderen Richtungen ab.[1] Erst mit dem Beginn der dritten Periode der Unionsgeschichte wurden die inneren Verbesserungen eine bestimmte Frage, die einen stehenden und hervorragenden Platz in allen politischen Programmen einnahm. Darüber herrschte schon vorher und noch geraume Zeit nachher fast nur eine Ansicht, daß es wünschenswerth oder gar nothwendig sei, in dieser Beziehung von Bundeswegen eine umfassende und systematische Thätigkeit zu entfalten. Jefferson lenkte in seiner Botschaft vom 2. Dezember 1806 die Aufmerksamkeit des Kongresses darauf;[2] Madison kam, wie Calhoun sagte, „jedes Jahr" auf die Frage zurück[3] und auch Monroe befürwortete den Gedanken, obwohl er die Grenzen der Ausführung sowohl unbestimmter als enger zog.[4] Man stritt sich nur darüber, ob der Kongreß bereits die erforderliche Befugniß habe, oder ob sie ihm erst durch ein Amendement der Verfassung ertheilt werden müsse. Alle die drei genannten Präsidenten huldigten der letzteren Ansicht. Die Thatsache, daß sie aus einem Sklavenstaate waren, übte keinen Einfluß darauf. Sie waren sog. strict constructionists, d. h. sie fanden in der Verfassung keine „ausdrückliche" Verleihung des Rechtes und deswegen konnte es auch

---

[1]) Vrgl. Deb. of Congr. V p. 676.
[2]) Statesm.'s Man. I p. 191.
[3]) Statesm.'s Man. I pp. 332, 335.
[4]) Ibid. I. pp. 402, 491.

nicht existiren. Jefferson scheint nach der betreffenden Stelle in der erwähnten Botschaft das Recht vollständig geleugnet zu haben. Madison hatte den noch 1796 von ihm vertheidigten Standpunkt[1]) nicht gänzlich aufgegeben, aber es ist nicht möglich bestimmt zu sagen, wie weit er noch an ihm festhielt. In seiner Botschaft vom 3. Dezember 1816 sprach er ausdrücklich von den „existirenden Befugnissen“ des Kongresses, die nur der „Erweiterung“ bedürften[2]), und den 3. März 1817 belegte er eine Appropriation für die Cumberland Straße aus Verfassungsgründen mit seinem Veto, ohne anzugeben, wie weit die „existirenden Befugnisse“ reichten und worin der Kongreß in dem vorliegenden Falle über sie hinausgegangen wäre.[3]) Nur darüber sprach er sich ganz klar aus, daß die Zustimmung der Staaten, innerhalb deren Grenzen mit Bundesmitteln innere Verbesserungen vorgenommen werden sollten, die fehlende konstitutionelle Befugniß nicht ersetzen könne.[4]) Monroe scheint gerade in diesem Punkte anderer Ansicht gewesen zu sein.[5]) Seine Auffassung läßt sich aber noch weniger als die Madison's feststellen, obwohl er sie in der Veto-Botschaft vom 4. Mai 1822 in unerquicklicher Breite niedergelegt hat. Er behauptet, der Bau der Cumberland-Straße sei „unter der Macht des Kongresses Appropriationen zu machen, ursprünglich begonnen und bisher fortgeführt worden“, die gegenwärtige Bill aber enthalte Bestimmungen, die nicht durch jene Befugniß gerechtfertigt werden könnten. Clay erklärte es dagegen für absolut unstatthaft, sich auf dieses Recht zu beziehen, weil „die Appropriation von Geld Folge, nicht Ursache ist.“[6]) Monroe's Botschaft enthält ein langes Raisonnement, das ebenfalls von diesem richtigen Gedanken ausgeht.[7]) Worin er die Versöhnung der beiden sich direkt widersprechenden Ansichten fand, ist nicht ersichtlich.

Im Kongreß herrschte gleichfalls große Unklarheit über die Verfassungsfrage. Man ging an ihre Erörterung mit demselben

---

[1]) Siehe Niles XL p. 208.

[2]) „I particularly again invite their attention to the expediency of exercising their existing powers, and where necessary, of resorting to the prescribed mode of enlarging them, in order to effectuate a comprehensive system of roads and canals.“ Statesm.'s Man. I p. 335.

[3]) Deb. of Congr. V p. 721.

[4]) Vrgl. Clay's Speeches I p. 69.

[5]) Siehe Statesm.'s Man. I p. 491.

[6]) Clay's Speeches I p. 169.

[7]) Statesm.'s Man. I. p. 515 ff.

beschränkten Advokatengeiste, der Monroe's Botschaft diktirt hatte und drehte sich mit dieser in unfruchtbaren Silbenstechereien im Kreise herum. Das Repräsentantenhaus hatte sich schon 1818 hinter das Geldbewilligungsrecht geflüchtet. Den 14. März beschloß es mit 90 gegen 75 Stimmen, daß der Kongreß für den Bau von Straßen und Kanälen „Geld bewilligen" dürfe, verneinte aber mit 84 gegen 82 Stimmen das Recht, Poststraßen und Militärstraßen zu „konstruiren" und ebenso mit 83 gegen 81 Stimmen, Kanäle für militärische Zwecke „anzulegen".[1]) So bald man sich aber von dem Verfassungsbuchstaben losriß, kam auch eine freiere, staatsmännischere Auffassung zur Geltung. Es war in hohem Grade kleinlich, zuerst konstitutionelle Bedenken zu erheben und sich dann mit den seichtesten Ausflüchten über sie hinweg zu helfen; allein das Wesentlichste war doch, daß die Majorität des Kongresses immer wieder zu Geldbewilligungen für innere Verbesserungen von nationaler Bedeutung vermocht wurde. Die Tiftler wurden mit einer solchen Fluth an den gesunden Menschenverstand appellirender Argumente überschüttet, daß sie trotz aller Anstrengungen stets in der Minorität blieben. Die Frage Clay's: „Können die föderativen Zwecke dieser Regierung auf andere Weise als durch Anwendung der föderativen Hülfsmittel erreicht werden?"[2]) konnten sie nicht beantworten und damit waren alle ihre haarspaltenden Einwände widerlegt. Mit einer Fülle von Beispielen wurde ihnen der Beweis geliefert, wie schwer die wesentlichsten Zwecke der Union bereits darunter gelitten, daß die Kräfte des Bundes nicht früher in dieser Weise hätten zur Verwendung gebracht werden können, und ferner mit unangreifbarer Logik nachgewiesen, daß ihre Sätze jedem Staate das Recht und die Macht verliehen, die Erreichung dieser wesentlichsten Zwecke der Union unmöglich zu machen. Trotz dem Uebermaß von geistlosen Spitzfindigkeiten, die in jeder Kongreßsession wieder vorgebracht wurden, lief daher der Streit schließlich doch immer auf die einfache Frage hinaus, ob in dem bestimmten Falle eine bestimmte Summe Geldes von dem Kongreß votirt werden solle. Das war so offenbar die einzige vernünftige und den gebieterischen Forderungen der Verhältnisse entsprechende Lösung der Frage,[3]) daß auch die drei Präsidenten, die das konstitutionelle

---

[1]) Deb. of Congr. VI pp. 121, 122.

[2]) Clay's Speeches I p. 179.

[3]) Auf die wiederholten Empfehlungen, den Staaten ein Amendement zur Verfassung vorzulegen, antwortete die Majorität treffend, daß sie keine Veran-

Recht geleugnet, eine große Anzahl von Bills unterzeichneten, die keinen anderen Zweck als die Bewilligung von Geldern für innere Verbesserungen hatten.[1])

Die entschiedensten Verfechter des Rechtes und die eifrigsten Vertheidiger eines ausgedehnten Gebrauches desselben gehörten den jungen Staaten des Westens an.[2]) Ihre Entwickelung mußte lange außer Verhältniß zu ihrer Entwickelungsfähigkeit bleiben, wenn die Bundesregierung nicht durch Anlage von Kanälen und Straßen und die Regulirung der Stromläufe der Einwanderung einen starken Impuls gab und ihren Produkten einen lohnenden Markt schuf. Ihre eigenen Kräfte reichten noch nicht für die gewaltigen Arbeiten hin und außerdem wäre das meist nothwendige planmäßige Zusammenwirken mehrerer Staaten ein fast unüberwindliches Hinderniß gewesen. Genügende Kommunikationsmittel wurden aber jedes Jahr ein dringlicheres Bedürfniß. Auch die unteren Schichten der Bevölkerung begannen einzusehen, daß sie beschafft werden müßten, auch wenn sie anfänglich große Geldopfer erforderten. Die Vollendung des Erie-Kanals trug besonders viel dazu bei, den Massen die Augen darüber zu öffnen. De Witt Clinton hatte die größten Anfeindungen und ungemessenen Spott wegen des Werkes erfahren, das seinen Namen unsterblich gemacht hat. Jetzt war nicht nur seine Ausführbarkeit bewiesen, sondern unter seinem Einflusse wurden auch mit zauberhafter Geschwindigkeit Wildnisse in blühende Kulturgebiete umgewandelt. Diese und viele andere, wenn auch minder durchschlagende Erfahrungen ließen den Westen mit einem Enthusiasmus für die inneren Verbesserungen eintreten, der ihn gelegentlich in eigenthümlichen Zwiespalt mit der Parteiorthodoxie brachte. Als die demokratische Partei sich gespalten hatte, da wurde auch — freilich nur in sehr geringem Grade durch die Thatsachen gerechtfertigt — scharf betont, daß Jackson und Adams eine wesentlich verschiedene Stellung zur Frage der inneren

---

lassung dazu habe, da sie nicht daran zweifle, daß der Kongreß schon jetzt das Recht habe. — Siehe die kurze aber vortreffliche Besprechung der Verfassungsfrage in Kent's Comm. I pp. 282—284.

[1]) Jefferson's Präsidentschaft: Stat. at L. II pp. 180, 359, 397 (drei verschiedene Appropriationen) 524; Madison's: II pp. 555, 661, 669, 671, 730, 820; III pp. 206. 282, 315, 318, 377; Monroe's: III pp. 412, 426, 480, 500, 560, 563, 605, 634, 728, 779; IV pp. 5, 6, 23, 33, 71, 83, 94, 101, 124, 128, 132, 135, 227. Siehe auch IV pp. 83, 151.

[2]) Deb. of Congr. VI p. 450; Clay's Speeches I pp. 182, 183.

Verbesserungen einnähmen. Jackson wurde von der Majorität seiner Anhänger nachgerühmt, daß er dem unter Adams in dieser Hinsicht eingerissenen Unfug einen starken Damm entgegengesetzt habe. Missouri aber, das mit Begeisterung an Jackson hing, verkündete mit triumphirendem Jubel, daß dieses eine völlig grundlose Verleumdung sei, denn während der ersten zwei Jahre von Jackson's Präsidentschaft sei bereits mehr als während der ganzen Administration Adams' für innere Verbesserungen verausgabt worden.[1])

Mit dem Westen Hand in Hand gingen anfänglich die hervorragendsten Staatsmänner des Südens. Calhoun regte 1816 den Plan einer beständigen und systematischen Thätigkeit der Bundesregierung für die Verbesserung der Kommunikationsmittel an. Auf seinen Antrag wurde ein Ausschuß eingesetzt, um zu prüfen, ob es zweckmäßig sei, die der Bundesregierung aus der Nationalbank erwachsenden Einkünfte für diesen Zweck zu verwenden, und den 23. Dezember 1816 berichtete er eine diesem Antrage entsprechende Bill, die auch mit 86 gegen 84 Stimmen passirt wurde.[2]) Eine ähnliche Stellung wie Calhoun nahm Lowndes ein; in der Abstimmung vom 14. März 1818 erklärten sich dreißig südstaatliche Abgeordnete für das Recht, Geld für den Bau von Straßen und Kanälen zu bewilligen und noch im Dezember 1824 trat Johnston von Louisiana mit einem Antrage für das Recht der inneren Verbesserungen ein.[3]) Nur sehr allmählich trat es schärfer zu Tage, daß auch diese Frage zur geographischen Konsolidirung der Parteien tendire, wenn diese Tendenz auch nie zu unbedingter Geltung kommen konnte. Die nordwestlichen Sklavenstaaten, in denen die Sklavenwirthschaft nicht vollständig dominirte, behielten ein großes Interesse daran, daß die Bundesregierung ihnen zu einer innigeren Verbindung mit den östlichen und südlichen Küstenstaaten verhalf. Der Nordosten blieb zum Theil lange in einer vorsichtig und selbst mißtrauisch beobachtenden Haltung. Er war am wenigsten der Bundeshülfe bedürftig und noch war er nicht so vollständig seiner alten Eifersucht gegen den Westen entwachsen, daß er ganz klar erkannt hätte, wie sehr auch ihm das wirthschaftliche Aufblühen desselben zu Gute käme. Bei den Politikern, die ihren Weg durch Servilität gegen den Süden zu machen

---

[1]) Siehe Niles XL p. 58 und XLII p. 79. Während Adams' Administration $ 2,083,331 und 1829 u. 1830 $ 2,501,590.

[2]) Deb. of Congr. V pp. 676, 682, 711; Calh.'s Works II pp. 186—197.

[3]) Niles XXVII p. 270.

suchten, spielte außerdem auch die Staatenrechtlerei hinein. So brachte Van Buren im Dezember 1825 Resolutionen ein, die das Recht des Kongresses zur Anlage von Straßen und Kanälen bestritten und die Beantragung eines Amendements zur Verfassung befürworteten, das die Grenzen der Befugnisse des Kongresses in dieser Hinsicht genau festsetze, „so beschränkt, daß die Souveränetät der Staaten wirksam geschützt" und jedem Staate ein genauer Verhältnißantheil an den votirten Summen gesichert sei.[1])

In dem eigentlichen Süden und in den übrigen Sklavenstaaten, in denen das Sklavenhalterinteresse das ausschließlich maßgebende war, entwickelte sich im Laufe der Zeit am stärksten eine sektionell gefärbte Abneigung gegen das ganze System. Die Einseitigkeit und Rohheit ihrer Wirthschaft ließ sie zu wenig das Bedürfniß eines guten und vielmaschigen Netzes von Kommunikationsmitteln empfinden. Die Verbesserung ihrer Häfen und der Flußläufe, auf denen die Produkte des Westens zu ihnen gelangten, sahen sie allerdings gerne durch die Bundesregierung bewerkstelligt, sonst aber wurde die Ueberzeugung immer allgemeiner, die ein Abgeordneter von Louisiana schon 1817 in dem kurzen Worte ausgesprochen hatte: „Louisiana braucht keine Straßen."[2]) Wenn man nicht so weit gehen mochte, so deklamirte man gegen die Unbilligkeit, mit der Alles dem Norden zugewandt werde, während der Süden leer ausgehe.[3]) Daß die Thatsachen nicht den geringsten Anhalt für diese Klagen boten, war werthlos.[4]) Der Süden hat nie nach Thatsachen gefragt, wenn seine vermeintlichen Interessen es erforderten, daß er sich über die Tyrannei des Nordens beschwere. Den Rechtsboden für die Opposition fand man selbstverständlich wieder in den Staatenrechten, aber im Allgemeinen hielt man sich dabei in verhältnißmäßig engen Schranken. Nur die Legislatur von Virginia ließ sich einmal (1826) so weit fortreißen, unter wörtlicher Anführung der ent-

---

[1]) Deb. of Congr. VIII pp. 364, 365.

[2]) Deb. of Congr. V p. 710.

[3]) Der Charleston Mercury schreibt den 20. Febr. 1830: „The uniform practice of that system proves that the South, so far from partaking equally has been totally excluded, and that the system itself has been wholly used as an engine for the oppression of the south, and the enrichment of the north." Niles XXXVIII p. 255.

[4]) Siehe Niles XXXVI p. 168 u. XXXVIII p. 255, wo genau angegeben ist, wie viel von den bis Ende 1828 für innere Verbesserungen votirten Summen auf jeden Staat entfallen war.

scheidenden Sätze in den Resolutionen von 1798 und 1799 die Erhöhung der Zölle zum Zweck des Schutzes der heimischen Industrie und „für ein allgemeines System innerer Verbesserungen" für „verfassungswidrig" zu erklären.[1])

Als der Jackson'sche Flügel der republikanischen Partei an's Ruder kam, hielt die Opposition ihre Zeit für gekommen. Diese Hoffnung schien gerechtfertigt, als der Präsident die Maysville Road Bill mit seinem Veto belegte. Allein es zeigte sich bald, daß Jackson nur auch für sich das Recht in Anspruch nahm, in jedem bestimmten Falle darüber zu urtheilen, ob es sich um ein „nationales" Unternehmen handle und die Bewilligung von Bundesmitteln „zweckmäßig" sei.[3]) Die Verfassungsfrage kam um keinen Schritt weiter. Der Streit dauerte mit abwechselnder Heftigkeit fort, aber eine innere Verbesserung nach der anderen wurde vorgenommen und dem Systeme eine immer größere Ausdehnung gegeben.

Viel direkter als in den Fragen der Nationalbank und der inneren Verbesserungen trafen die wirthschaftlichen Gegensätze der freien und der sklavenhaltenden Staaten in dem Tarifstreit auf einander. Freihandel und Schutzzoll führen in den westlichen Kulturstaaten einen fast unausgesetzten Kampf, der viel weiter als die Entstehung der nordamerikanischen Republik zurück datirt. Auch in dieser ist er unabhängig von der Sklaverei entstanden, wie er denn auch nach der Aufhebung derselben fortgedauert hat. Trotzdem aber findet der dreißigjährige Tarifkrieg (1816—1846) nur durch die Gestaltung, welche die wirthschaftlichen Verhältnisse im Süden durch die Sklaverei gewannen, seine Erklärung. Er ist in der That „auf ökonomischem Gebiete der Ausdruck des Kampfes zwischen Freiheit und Sklaverei!"[4]) Alle die großen Fragen, um die von 1789 bis 1861 die inneren Kämpfe der Republik geführt worden sind, haben nicht ihren Ursprung in der Sklaverei, aber die Sklaverei ist es gewesen, die in dieser wie in allen anderen den Zusammenfall der Parteien mit den geographischen Sektionen bewirkt hat.

---

[1]) Ibid. XXX p. 38.

[2]) Statesm.'s Man. II p. 815.

[3]) Vergl. Niles XL p. 106.

[4]) Kapp, Geschichte der Sklaverei p. 171.

Die Nothwendigkeit einer einheitlichen Handelsgesetzgebung und sicherer Bundeseinkünfte, die am leichtesten durch Zölle beschafft werden konnten, hatten mit den stärksten Anstoß zur Berufung des Konventes zu Philadelphia gegeben. Eine der ersten Fragen, die in dem Kongreß zur Verhandlung kam, war denn auch die Festsetzung der Importzölle. Der Eingang der am 4. Juli 1789 vom Präsidenten unterzeichneten Bill besagte, daß die Zölle u. A. „zur Förderung und zum Schutz der Industrie" dienen sollten.[1] Auch in der Debatte war auf diese Seite der Frage wiederholt Bezug genommen worden. Fitzsimons von Pennsylvania verlangte Schutz für die Fabrikation von Talglichten. Hartley von demselben Staate sprach sich im Allgemeinen für Schutzzölle aus und Madison erkannte die Forderung bis auf einen gewissen Grad als berechtigt an. Clymer von Pennsylvania ging am weitesten und erklärte den Schutz der heimischen Industrie durch Zölle für eine „politische Nothwendigkeit." Auf der anderen Seite verlangten Bland von Virginia und namentlich Tucker von South Carolina, daß bei der Bestimmung der Zölle lediglich die zu erzielenden Einkünfte in's Auge gefaßt würden, weil bei einem Protektivsysteme Alle zum Besten Einiger besteuert würden. Partridge und Ames traten speziell für das Schiffahrtsinteresse ein und bekämpften die Besteuerung von Hanf und Stricken.[2] Hier ist die Parteigruppirung während der nächsten fünfundzwanzig Jahre bereits angedeutet. Madison sprach seine besondere Befriedigung darüber aus, daß keine geographische Scheidung bemerkbar geworden sei;[3] es habe sich gezeigt, daß in allen Theilen der Union verschiedene Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer Schutzzollpolitik zu finden seien. Die Verfassungsfrage wurde überhaupt nicht gestellt. Freilich aber dachte auch damals noch Niemand daran, importirte Waaren lediglich zu dem Zwecke zu besteuern, um die bestehenden amerikanischen Fabriken gegen ausländische Konkurrenz zu schützen oder gar erst die Gründung amerikanischer Fabriken zu ermöglichen. Man wollte nur die für die Bedürfnisse des Schatzes nothwendigen Zölle so aufgelegt sehen, daß sie thatsächlich zur Förderung der amerikanischen Industrie dienten. Daß dieses geschehen sollte, war im Augenblick die entschieden überwiegende Ansicht. Hamilton wurde vom Repräsentantenhause beauftragt, über die Mittel zu berichten, „welche solche Manufakturen befördern

---

[1]) Stat. at L. I p. 24.
[2]) Deb. of Congr. I pp. 25, 26, 27, 35. 36.
[3]) Deb. of Congr. I p. 55.

würden, die hinsichtlich militärischer und sonstiger wesentlicher Bedürfnisse die Vereinigten Staaten von fremden Staaten unabhängig machen würden."[1]) Hamilton leitete seinen langen Bericht mit der Bemerkung ein, daß die Zweckmäßigkeit eines Schutzzolles in dem angegebenen Sinne jetzt „ziemlich allgemein anerkannt" werde und vertheidigte dann selbst die Ansicht mit großer Fähigkeit.[2])

Durch den Krieg mit England trat die Frage in ein neues Stadium. Dank den europäischen Kriegswirren hatte die amerikanische Rhederei, die vornehmlich in den Händen der Neu Engländer lag, einen ungeheuren Aufschwung genommen, bis die Embargo-Politik ihrer weiteren Entwickelung Fesseln anzulegen begann. Einen gewissen Ersatz dafür bot die Industrie, die rasch aufblühte, als der Krieg die europäischen Bezugsquellen verschloß. Die Finanznoth der Regierung hatte 1812 zu einer Verdoppelung sämmtlicher Zölle mit einem weiteren Zuschlage von 10% auf in fremden Schiffen eingeführte Waaren gezwungen.[3]) Um den unzufriedenen Neu England Staaten diese harte Auflage erträglicher erscheinen zu lassen, wurden sie mit der Förderung vertröstet, die ihre Industrie dadurch erfahren würde.[4]) Die Prophezeiungen der Tröster bewahrheiteten sich allerdings, aber nur so lange die anormalen Zustände andauerten.[5]) Die Beendigung der napoleonischen Kriege und der Frieden zu Gent bedrohten die Rheder wie die Fabrikanten mit schnellem Ruin. Die Meere waren wieder allen Schiffen frei und England warf eine Uebermenge von Waaren auf den amerikanischen Markt, um diese Konkurrenz zu unterdrücken, ehe sie festen Fuß gefaßt. Der Kongreß wurde daher von den Industriellen mit Hülfegesuchen überschüttet, die um so dringlicher lauteten, weil nach dem Gesetz vom 1. Juli 1812 die doppelten Zölle ein Jahr nach dem Friedensschluß aufhörten. Das Eingehen vieler Fabriken lieferte den Beweis, daß die junge Industrie in der That nur durch künstliche Mittel erhalten werden könne. Allein das konnte schwer geschehen,

[1]) Dallas' Bericht vom 12. Febr. 1816. Niles IX p. 441.

[2]) Ham.'s Works III p. 192.

[3]) Stat. at L. II p. 768.

[4]) Webst.'s Works III p. 230.

[5]) Randolph schreibt den 15. Dez. 1814 einem Neu Engländer: „Of all the Atlantic States you have the least cause to complain. Your manufactures, and the trade which the enemy has allowed you, have drained us of our last dollar." Garland, Life of Rand. II p. 60. Ingham von Pennsylvania schätzte 1816 das in den letzten acht bis zehn Jahren in Manufakturen investirte Kapital auf $ 100,000,000. Deb. of Congr. V p. 628.

ohne in mancherlei Hinsichten die Interessen der Rheder schwer zu schädigen. Die Neu England Staaten waren daher unter einander über die zu verfolgende Zollpolitik uneins. In New Hampshire und Massachusetts, zu dem jetzt noch Maine gehörte, überwog das Rhederei- und in Rhode Island und Connecticut das Industrie-Interesse. Die ackerbauenden Staaten hielten zu den letzteren. Der Süden schwankte, weil er noch nicht einsehen gelernt, daß Sklavenarbeit und Großindustrie einander ausschließen.

Unter diesen Umständen kam 1816 eine Art von Kompromiß zu Stande. Der Bericht des Finanzsekretärs Dallas befürwortete nachdrücklich den Schutz der heimischen Industrie durch hohe Zölle und zwar namentlich derjenigen Güter, die in genügender Menge in den Vereinigten Staaten produzirt werden könnten.[1]) Die Güter, deren Produktion in den Vereinigten Staaten ganz außer Frage stand, wollte er nur mit einem leichten Revenuezoll belegt sehen. Für die Waaren, die zum größeren Theil vom Auslande bezogen werden müßten, sollten mittlere Zölle angesetzt werden. Die Bill, die Lowndes von South Carolina als Vorsitzender des Ausschusses für Mittel und Wege einbrachte, nahm diese Klassifikation an, behielt aber im Allgemeinen den Grundsatz bei, daß die Einkünfte der leitende Gesichtspunkt bei der Bestimmung der Zölle sein müßten. Das Prinzip des Schutzzolles trat nur ausnahmsweise deutlich hervor. Die Fabrikanten von Baumwollen- und Wollen-Waaren, um deren Sicherstellung es sich vorzüglich handelte, mußten sich mit einem Zoll von 25% begnügen, der in drei Jahren auf 20% herabgesetzt werden sollte. Charakteristisch für die damalige Stellung der Parteien ist, daß Calhoun als Vertheidiger des Schutzzolles und zwar besonders für die Baumwollen- und Wollen-Industrie auftrat.[2]) Er meinte, „die Dinge hätten in diesem Augenblick eine natürliche Tendenz zur Einführung von Manufakturen.“[3]) Webster stand auf der entgegengesetzten Seite. Louisiana verlangte Schutz der Zuckerpflanzer.[4])

Dieses Kompromiß war für alle Theile unbefriedigend. Die Agitation für höhere Zölle wurde sogleich wieder aufgenommen. Der Tarif, der 1820 vom Repräsentantenhause angenommen, vom Senate aber verworfen wurde, trug das Gepräge eines unverschleierten

---

[1]) Niles IX pp. 436—447.
[2]) Calh.'s Works II pp. 163, 164; Deb. of Congr. V p. 640.
[3]) Calh.'s Works II p. 169.
[4]) Deb. of Congr. V p. 632.

Protektivsystemes. Die Rhederei-Staaten nahmen zum Theil noch denselben Standpunkt wie 1816 ein. Whitman von Massachusetts war mit der heftigste Gegner des Schutzzolles.[1]) Im Uebrigen hatten sich aber die Parteien doch schon beträchtlich der Gestaltung genähert, die sie schließlich gewannen.[2]) Der Süden war sich klarer über seine Interessen geworden und der junge Westen strebte nach der Führerschaft auf der schutzzöllnerischen Seite. Henry Clay, der Vater des sog. amerikanischen Systemes, befleißigte sich aber doch noch einiger Vorsicht in seinen Ausdrücken. Er verwahrte sich dagegen, daß er der Industrie „eine unvernünftige Ermuthigung durch schützende Zölle" geben wolle.[3])

Die Niederlage entmuthigte die Schutzzöllner nicht, sondern spornte sie vielmehr zu verdoppelter Thätigkeit an. Andere Ursachen, die zum großen Theil rein persönlicher Natur waren, bahnten die Spaltung der republikanischen (demokratischen) Partei in die Demokraten[4]) und die National-Republikaner (Whigs) an, aber der Tarif wurde für eine Reihe von Jahren die wichtigste politische Frage. Der Druck, der in den letzten Jahren auf dem wirthschaftlichen Leben gelastet hatte, gab den Protektionisten ein unschätzbares Agitationsmittel in die Hand. Unter der Führung von Clay bedienten sie sich desselben mit solchem Geschick, daß Monroe ihrer Pression nachgab und in seinen Botschaften vom 2. Dezember 1822 und vom 2. Dezember 1823 eine Revision des Tarifs in schutzzöllnerischem Sinne empfahl.[5]) Auf diese Weise verstärkt, eröffneten die Schutzzöllner 1824 wiederum den Kampf. Der Charakter desselben war von Hause aus wesentlich verschieden von dem der früheren Debatten. Die Verfassungsfrage, die bisher nur ganz gelegentlich in der Form von Zweifeln aufgeworfen worden war, wurde jetzt scharf urgirt. Die Konstitution gibt dem Kongreß einfach die Macht, „Zölle aufzulegen und zu erheben," und „den Handel mit fremden Nationen zu regeln."[6]) Nirgendwo findet sich eine Beschränkung oder irgend eine qualifizirende Bemerkung hinsichtlich der Eingangszölle, außer daß sie für die gesammte Union die gleichen sein müssen. Die Partei, die einen solchen Abscheu vor jeder „Konstruktion"

---

[1]) Clay's Speeches I p. 158.

[2]) Siehe Niles XVIII p. 169.

[3]) Clay's Speeches I p. 155.

[4]) Der so zu sagen offizielle Name der Partei war bis dahin „Republikaner" geblieben.

[5]) Statesm.'s Man. I pp. 448, 458.

[6]) Art. I Sect. 8. § 1. u. 3.

der Verfassung und allen „abgeleiteten Gewalten" hatte, sah sich daher wieder genöthigt, die Konstruktionskunst in geradezu abenteuerlicher Weise zu üben, um die Rechtsfrage stellen zu können.[1]) Das Besteuerungsrecht, behauptete sie, sei dem Kongreß nur verliehen worden, um die zu den legitimen Zwecken der Regierung erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Einen Zoll zu irgend einem anderen Zweck aufzuerlegen oder zu einem solchen Zweck einen Zollsatz anders zu fixiren, als es bei alleiniger Berücksichtigung der Bedürfnisse des Schatzamtes geschehen würde, sei er nicht befugt. Die erste Voraussetzung der Union, die Gleichstellung aller Bundesglieder, werde umgestoßen, wenn Alle zum Besten Einiger belastet würden. Es sei Aberwitz, daß der Kongreß berechtigt sein solle, die nördlichen Fabrikanten an dem Lebensblute des Südens zu mästen.

Das war das eigentliche Stichwort und es wurde jetzt zum ersten Male mit ganzer Schärfe ausgegeben. Randolph erwähnte allerdings rühmend, daß Massachusetts jetzt wie in der Revolutionszeit mit Virginia für die Sache der Freiheit einstehe, und außer Massachusetts gingen auch noch Maine und New Hampshire mit dem Süden.[2]) Allein trotzdem wurde es Mode, das Protektivsystem als einen Streich des eigensüchtigen Neu England zu verschreien und der Süden suchte die Rolle des mißhandelten Opfers zu monopolisiren. Randolph verweilte mit bitterer Befriedigung dabei, daß der Süden in geschlossener Phalanx zusammenstehe.[3]) Allerdings war die geographische Scheidung der Parteien nicht ganz so, wie er sie sah. Vertrat doch Clay selbst einen Staat, der nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch zum Süden gehörte. Die Pflanzerstaaten[4]) waren allerdings „wie ein Mann" Gegner des Schutzzolles und das reichte vollkommen hin, dem Streite das Gehässige und das Gefährliche eines

---

[1]) In der Rechtsfrage stand Madison unbedingt zu den Schutzzöllnern. Niles XLIII Suppl. pp. 33—37. Jefferson stellt sich in seinen Berichten über die Fischerei (1. Febr. 1791) und über Handelsbeschränkungen (23. Febr. 1793) thatsächlich auf denselben Boden. Vrgl. auch seinen Brief an Dr. Leiper, 21. Jan. 1809. Works V p. 416 ff.

[2]) Deb. of Congr. VIII pp. 10, 16. Webst.'s Works III p. 229.

[3]) „I bless God that in this insulted, oppressed, and outraged region, we are, as to our counsels in regard to this measure, but as one man; that there exists on the subject but one feeling and one interest." Deb. of Congr. VIII pp. 10, 15.

[4]) Die Zucker- und Indigo-Pflanzer bildeten stets eine Ausnahme.

sektionellen Kampfes zu geben. Wohl waren sie noch immer halb im Unklaren darüber, daß ihnen durch die Sklavenwirthschaft jede Möglichkeit zu industrieller Entwickelung benommen war, aber sie würdigten die Thatsachen, daß sie keinerlei Fabriken hatten und auch gar keine Neigung verspürten, sich in industriellen Unternehmungen zu versuchen. Sie hatten nur ihre Export-Stapelartikel und hingen in jeder anderen Hinsicht ganz von der übrigen Welt ab. Einen direkten Ersatz für die schweren Auflagen des Schutzzolles konnten sie daher nicht erhalten und die indirekten Vortheile, die nach den Vertheidigern des Protektivsystemes aus demselben der ganzen Union erwüchsen, erkannten sie entweder gar nicht an, oder maßen ihnen doch nicht einen Werth bei, der gegenüber der Steuerlast irgend in's Gewicht fallen konnte. Dazu erkannten sie richtig, daß die Versprechungen auf baldige Verminderung der Lasten nur dann erfüllt werden könnten, wenn die Gegner sich zu einem theilweisen Aufgeben ihres Prinzipes verstanden, und daran dachten diese selbstverständlich nicht bei ihren Versprechungen. Tyler von Virginia hatte schon 1820 vorhergesagt, daß die Fabrikanten immer und immer wieder mit erhöhten Forderungen würden kommen müssen.[1]) Daher die Schärfe des Tones, den die Vertreter der Pflanzerstaaten gleich im Beginne der Debatten anschlugen. Sie hielten es für nöthig, sogleich mit dem Radikalmittel gegen alle unliebsamen Maßnahmen der Bundesregierung, der vollen Geltendmachung der Staatensouveränetät zu drohen. Randolph betonte mit mehr als gewöhnlichem Nachdruck „die Macht" des Südens und erinnerte daran, daß unter jeder Konstitution „das Volk durch eine unweise Ausübung der Regierungsgewalten zu dem Aeußersten, dem Widerstande mit Gewalt, getrieben werden könne."[2]) Solche große Worte waren jedoch schon zu häufig im Kongreß gefallen, als daß sie die Majorität hätten einschüchtern können, so lange es sich nicht gezeigt, ob hinter den Worten auch ein ernster entschlossener Wille stünde. Die Bill passirte beide Häuser, im Repräsentantenhause jedoch nur mit 107 gegen 102 und im Senat mit 25 gegen 21 Stimmen.[3])

Diese geringe Majorität benutzten die Pflanzerstaaten zu einer treffenden Antwort auf die Klage der Schutzzöllner, daß der Süden den obersten republikanischen Grundsatz, die Herrschaft der Majorität,

---

[1]) Deb. of Congr. VI p. 617.

[2]) Ibid. VIII p. 11.

[3]) Benton, Thirty Years' View I p. 34; vrgl. Niles XXVI p. 113.

durch Drohungen umzustoßen versuche. In einem Staate von der eigenthümlichen Konstruktion der Union, entgegneten sie, sei es nicht nur unklug, sondern auch unrecht, eine Majorität von einem halben Dutzend Stimmen in einer Frage dieser Natur und von so tiefgreifender Bedeutung geltend zu machen, wenn die Scheidung der wirthschaftlichen Interessen so scharf mit einer geographischen Linie zusammenfiele. Beide Sätze enthielten inhaltsschwere Wahrheiten, aber das Interesse war auf beiden Seiten so übermächtig, daß man zu einer nüchternen Würdigung der berechtigten Klagen der Gegner unfähig war. Der Kampf währte fort und gewann dadurch noch einen bittereren und bedenklicheren Charakter, daß sich das Industrieinteresse mit den National-Republikanern oder Whigs zu identificiren begann. Schon früher waren die Schutzzöllner stets zur Zeit der Präsidentenwahl mit ihren Forderungen hervorgetreten und jetzt suchten ihre Führer sie vollständig mit dieser Frage zu verflechten, in der sich alle vier Jahre alle Leidenschaftlichkeit und Gehässigkeit der amerikanischen Parteipolitik summirt. Beide Parteien trugen jetzt systematisch und mit Aufbietung aller Kräfte die Agitation in die Massen des Volkes, als das Gesuch der Fabrikanten von Wollenwaaren und der Schafzüchter um wirksameren Schutz 1828 den Anstoß zu einer neuen schutzzöllnerischen Revision des Tarifs gab. South Carolina und Georgia bildeten den extremen Flügel der Anti-Tarifpartei, während Webster jetzt im Bunde mit Clay an der Spitze der Schutzzöllner stand. Webster rechtfertigte seinen Uebergang in das andere Lager mit der Erklärung, daß die Annahme des Tarifs von 1824 das Protektivsystem als die bleibende Politik des Landes zu erkennen gegeben habe; Neu England habe sich nach dieser Entscheidung gerichtet und müsse nun den Schutz der Industrie fordern, die in Folge derselben entstanden sei.[1]) Diese Rechtfertigung war nicht geeignet, den Widerstand der Pflanzerstaaten abzuschwächen. War das Protektivsystem als die bleibende Politik des Landes anerkannt, so konnten sie durch Nachgiebigkeit nur verlieren. Nach ihren Ansichten von den Wirkungen des Systemes waren sie dann allerdings, wie Hamilton von South Carolina sich ausdrückte, „gezwungen, sich zu fragen, ob sie die Zugehörigkeit zu einer solchen Konföderation zu bestreiten (afford) vermöchten.“[2]) Sie konnten ihre

---

[1]) Webst.'s Works III pp. 228—247.

[2]) Deb. of Congr. X p. 112.

Augen nicht der Thatsache verschließen, daß sie trotz der steigenden Nachfrage nach Baumwolle und ihren anderen Stapelprodukten wirthschaftlich rückwärts gingen und sie malten ihren eigenen Verfall in den grellsten Farben, weil sie ihn allein dem Tarif und der sonstigen wirthschaftlichen Politik der Bundesregierung zuschrieben.[1]) Das war die richtige Fassung des Themas, um die südstaatliche Bevölkerung zu fanatisiren, denn wenn diese Darstellung begründet war, so waren sie wirklich vor die Alternative gestellt, um jeden Preis und mit allen Mitteln jener Politik ein Ende zu machen, oder sich mit dumpfer Resignation in ihren unvermeidlichen Ruin zu ergeben. Die Klagen über den Krebsgang des Südens gaben aber andererseits dem Norden einen Trumpf in die Hand, den er nicht auszuspielen verfehlte. Nicht der Tarif — wurde entgegnet — läßt „den Fuchs dort hausen, wo die Herdsteine Eurer Väter stehen;" die Sklaverei hat die Felder in Wüsteneien verwandelt, die noch vor zwanzig und dreißig Jahren reiche Frucht trugen. Dem Süden entschlüpfte gelegentlich in der Hitze ein Wort, das die Richtigkeit der Anklage bewies,[2]) aber gerade weil sie gegründet war, fachte es den Streit zu heftiger Gluth an, daß die Sklaverei wieder direkt als der Dämon bezeichnet worden war, der den Hader zwischen Norden und Süden säe.

Der Verlust des größeren Theiles seiner bisherigen Bundesgenossen im Norden machte das Unterliegen des Südens zur Gewißheit, wenn er seine Opposition in derselben Weise wie 1824 führte. Die Vertreter von South Carolina arbeiteten daher auf ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Anti-Tarifstaaten nach einem fest vereinbarten Programme hin. Die Diskussionen in ihren vorberathenden Versammlungen zeigten, daß es zu einer entscheidenden Krisis kommen müsse, wenn es nach ihren Wünschen ginge.[3]) Hamilton, der künftige Gouverneur von South Carolina, erwog bereits die Möglichkeit eines Versuches, das Gesetz mit Gewalt zum Vollzug zu bringen und erklärte den Gedanken für „eine zu ungeheuerliche Absurdität", als daß man ihn ernstlich in's Auge fassen sollte. Man konnte jedoch zu keinen Ent-

---

[1]) Niles XXXV p. 205; Benton, Thirty Years' View I pp. 98, 99; u. a. v. a. O.

[2]) Siehe Punkt 8 des Protestes der Legislatur von South Carolina. Niles XXXV p. 309.

[3]) Vergl. die durch den Hayne-Mitchel Streit hervorgerufenen Erklärungen der verschiedenen Delegaten. Niles XXXV pp. 183—185 und 199—203.

schlüssen kommen und noch weniger gelang es, mit den anderen im Allgemeinen gleichgesinnten Delegationen einen gemeinsamen Operationsplan zu vereinbaren.

Ein Theil der Presse lief in der Heftigkeit der Opposition wie in der Weite ihrer Projekte den Kongreßmitgliedern noch den Rang ab. So riethen z. B. Southron und Columbia Telescope zur Berufung eines Kongresses der Oppositionsstaaten, ein Gedanke, dessen Bedeutung allgemein anerkannt wurde, der aber fallen gelassen werden mußte, weil höchstens in Georgia die Unzufriedenheit einen solchen Grad erreicht hatte, daß man zur Annahme der extremen Vorschläge von South Carolina hätte bestimmt werden können.[1]) Es fehlte jedoch auch nicht an gemäßigten Stimmen in der Presse, die jede verfassungswidrige Opposition verdammten.[2])

Die Legislaturen rührten sich gleichfalls und am lebhaftesten die von South Carolina. Proteste waren an der Tagesordnung und fast jedes Mitglied hielt sich für verpflichtet, eine Reihe von Resolutionen einzubringen, die es einander an Schärfe zuvorzuthun suchten.[3]) Die leidenschaftlichste Sprache wurde jedoch in den Versammlungen einzelner Distrikte, bei Banketten und dergleichen Gelegenheiten geführt. Man gefiel sich ganz besonders in Toasten, in denen die Großrednerei weit über die Grenzen des guten Geschmackes hinaus und die Drohungen bis an die äußerste Grenze des jüngst so arg geschmähten „moralischen Hochverrathes“ gingen.

Der furchtbare Ernst aller dieser Demonstrationen lag in den verfassungsrechtlichen Theorien, auf die sie gestützt wurden. Man fußte durchweg auf den Virginia und Kentucky Resolutionen, auf die sich die

---

[1]) Ibid. XXXIV pp. 300, 301.

[2]) Vergl. die zahlreichen Auszüge bei Niles XXXIV pp. 352—356.

[3]) Ein Punkt der von Cook in der Legislatur von South Carolina eingebrachten Resolutionen verdient angeführt zu werden, weil er bezeichnend für den Geist ist, in dem der radikale Flügel der Staatenrechtler das Verhältniß der Staaten zur Bundesregierung anzusehen begann. Er lautet: „When a state solemnly protests against an act of congress because it is an usurpation of power, congress ought forthwith to call a convention of the states to decide upon it and suspend its operation until the sense of the states be taken, and if congress, on the application of a state or states, should refuse to call such conventions, neglect to suspend its operation, or not immediately repeal the act, on the grounds of its unconstitutionality, it thereupon becomes null and void to all intents and purposes.“ Niles XXXV p. 306.

Legislatur von South Carolina auch ganz direkt berief.[1]) Der Colleton Distrikt erklärte, „wir müssen Widerstand leisten und unsere Prinzipien bis zu den letzten Konsequenzen verfolgen.“[2]) Von Dunkin in der Legislatur eingebrachte Resolutionen gaben die Rechtsformel an, unter der dieses so zu sagen sachgemäß zu geschehen habe: er forderte in diesem und in allen ähnlichen Fällen die Berufung einer Staatskonvention, um die beanstandeten Gesetze zu nullifiziren.[3])

Gleichzeitig wurden auch allerlei andere Mittel in Vorschlag gebracht, die den Tarif wenn auch nicht rechtlich so doch thatsächlich nullifiziren sollten. Es bildeten sich zahlreiche Vereine, die sich verpflichteten, von dem Norden und Westen keine Waaren zu kaufen, die durch den Tarif vor ausländischer Konkurrenz geschützt seien, sondern statt derselben selbst fabrizirte Waaren zu gebrauchen. Selbst in South Carolina, Georgia und Alabama ließ die Erbitterung gegen den Norden für einen Augenblick wieder eine Möglichkeit zum Aufbau einer eigenen Industrie sehen.[4]) Man sagte sich aber doch selbst, daß es mindestens sehr zweifelhaft sei, ob sich auf diesem Wege viel erreichen lassen werde und forderte daher ein energisches Eingreifen der Staatsgewalt. Man dachte an Prohibitivzölle und brachte andere Projekte vor, die ebenso direkt den Bestimmungen der Verfassung in Art. I Sect. 10 § 1 und 2 zuwiderliefen. Es blieb jedoch zunächst beim Gerede und das reichte nicht hin, um die Einschüchterungspolitik von Erfolg gekrönt sein zu lassen. Der neue Tarif wurde Gesetz und die Erhebung der Zölle stieß nirgendwo auf Widerstand. Die vollendete Thatsache aber gab dem Lande nicht die Ruhe zurück.[5]) Das äußere Lärmen wurde für eine kleine Weile schwächer, aber die Bewegung ging um so mehr in die Tiefe. Man fühlte auf beiden Seiten, daß erst im nächsten Waffengange die Entscheidung fallen werde. Die Schutzzöllner gaben früh zu erkennen, daß Tyler's Prophezeiung noch immer wahr sei und South Carolina schickte sich an, die Anwendung seines verfassungsrechtlichen Schutzmittels zu versuchen.

---

[1]) Ibid. XXXV p. 206.

[2]) Ibid. XXXIV pp. 280, 90.

[3]) Ibid. XXXV p. 305.

[4]) Ibid. XXXV pp. 15, 48, 60, 62, 63, 64, 83.

[5]) Die oben berichteten Ereignisse fallen zum Theil bereits in die Zeit nach der Annahme des Tarifs.

Der Panama Kongreß. Georgia und die Bundesregierung.

Nach dem Missouri Kompromiß feierte die Sklavenfrage scheinbar einige Jahre. Ihre innige Verquickung mit dem Tarifstreit lernte man nur nach und nach verstehen und andere Probleme, die den in ihr begründeten Gegensatz der Prinzipien und Interessen zum Ausdruck gebracht hätten, lagen für den Augenblick nicht vor. Die Politiker fühlten keine Neigung, künstlich welche zu schaffen. Catilinarische Existenzen gab es freilich auch schon jetzt im Süden, aber sie waren nicht von so großartiger Anlage, daß sie mit diesem Feuer ihr Spiel zu treiben gewagt hätten, nachdem es so eben mit solcher Gewalt seine zündende Kraft bethätigt. Die Berechtigung der später allen Parteien so geläufig gewordenen und schon seit langer Zeit hier und da laut werdenden Klage, daß der Erisapfel immer wieder von Ehrgeizigen, Fanatikern und Demagogen unter das nach Ruhe verlangende Volk geworfen würde, reduzirt sich überhaupt auf ein Minimum. Der beste Beweis dafür ist, daß die Sklaverei auch dann, wenn die Politiker nach stillschweigender Uebereinkunft jede Erwähnung derselben zu vermeiden suchten, oft plötzlich und unerwartet zum bestimmenden Moment in Fragen wurde, die an und für sich in gar keiner Beziehung zu ihr standen.

Der bedeutsamste Zwischenfall dieser Art, der zwar keine praktischen Folgen nach sich zog, aber scharf die Situation zeichnet, spielte sich im Beginn der Präsidentschaft des jüngeren Adams ab.

Schon 1821 war von Columbia der Gedanke angeregt worden, ein näheres Verhältniß zwischen den in Revolution begriffenen Kolonien Spaniens in Mittel- und Süd-Amerika herzustellen.[1]) Wenige Monate vor dem die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit derselben anerkannt hatten,[2]) kam ein Vertrag zwischen Columbia und Chile (Juli 1822) zu Stande, in dem die Berufung eines Kongresses der neuen Republiken in Aussicht genommen wurde. Angeblich hätte man schon damals „an die Bildung eines Kontinentalsystemes für Amerika" gedacht, „das dem bereits in Europa gebildeten gliche."[3]) Das Projekt gedieh jedoch nur langsam zur Reife. Erst im Frühling 1825 war der Zusammentritt des Kongresses in Panama so weit gesichert, daß die Gesandten von Columbia und Mexico mündlich bei Clay, dem derzeitigen Staatssekretär der Vereinigten Staaten, anfragten, ob dem Präsidenten eine Einladung zur Beschickung des Kongresses genehm sein würde.[4]) Adams ließ darauf in seiner vorsichtigen Weise antworten, daß er zuvor über die zur Berathung bestimmten Gegenstände, über Natur und Form der den „diplomatischen Agenten" zu ertheilenden Vollmachten und über „Organisation und Verfahrungsweise" des Kongresses unterrichtet sein wolle. Die Gesandten der beiden genannten Staaten ertheilten in ihren förmlichen Einladungsschreiben nur sehr ungenügende Auskunft über diese Punkte.[5]) Clay vermerkte das in seinen Antworten, erklärte aber gleichzeitig, daß der Präsident „sogleich" (at once) die Einladung anzunehmen beschlossen habe.[6])

---

[1]) Webst.'s Works III p. 195; Bericht des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 16. Jan. 1826, Niles XXX p. 103. Alle auf den Kongreß von Panama bezüglichen Aktenstücke, so weit die Vereinigten Staaten in Rede stehen, sind außer in den **State Papers (Foreign Relations)** auch in Niles Bd. XXX zu finden. Ein Theil derselben ist auch in Elliot's American Diplomatic Code II p. 648 ff. abgedruckt.

[2]) Monroe empfahl dem Kongreß die Anerkennung in einer besonderen Botschaft vom 8. März 1822 (Elliot. Dipl. Code II pp. 640—642; vergl. auch Adams' Depesche vom 27. Mai 1823 an Anderson, den Gesandten der Vereinigten Staaten in Columbia) und dieselbe wurde von beiden Häusern nahezu einstimmig durch die Bewilligung der für die Errichtung von Gesandtschaften nöthigen Gelder ausgesprochen (4. Mai 1822; Stat. at L. III p. 678).

[3]) Bericht des Senatsausschusses vom 16. Jan. 1826.

[4]) Clay's Bericht vom 14. März 1826 an das Repräsentantenhaus.

[5]) Salazar (der Gesandte von Columbia) an Clay, 2. Nov. 1825 und Obregon (der Gesandte von Mexico) 3. Nov. 1825 an Clay.

[6]) Die Antwortschreiben sind vom 30. Nov. datirt.

Als die Beschickung des Kongresses im Senat und später im Repräsentantenhause zur Verhandlung kam, suchte die Opposition aus dieser Inkonsequenz Kapital zu schlagen. An sich war sie zu bedeutungslos, um die Durchhechelung zu verdienen. Sie gewinnt nur dadurch Interesse, daß sie einen Blick hinter den Vorhang zu thun erlaubt. Sowohl als Staatsmann wie als Persönlichkeit erinnerte Adams in vielen Hinsichten an seinen Vater. Er war eine ernste, tiefsittlich angelegte Natur und wußte auch seiner Administration diesen Charakter in einem Grade aufzuprägen, der im Vergleich mit allen folgenden Präsidentschaften einen äußerst wohlthuenden Eindruck macht. Politischer Ehrgeiz war eine seiner hervorragendsten Eigenschaften, aber derselbe war nicht wie beim Vater zu krankhafter Eitelkeit gesteigert. Menschenfurcht kannte er nicht. In dem Kampfe für das Petitionsrecht, den er später lange allein im Repräsentantenhause führte, fand er ein gewisses Vergnügen darin, die nunmehr absolut herrschenden Vertreter des Sklavenhalterinteresses durch seine beißende Satyre zur Raserei zu treiben. Auch bei ihm verkehrte sich aber nicht selten die Verachtung aller Demagogenkünste in Schroffheit und die Festigkeit in Störrigkeit. Dabei aber ließ er sich gleichfalls unter Umständen zu stark von Anderen beeinflussen. In seiner langjährigen diplomatischen Thätigkeit war ihm ein vorsichtiges Sondiren zur Gewohnheit geworden, das zuweilen in schwierigen Fragen zur Unschlüssigkeit und zum Schwanken ausartete. Zum Theil ist dieses jedoch auch darauf zurückzuführen, daß nüchternes staatsmännisches Denken und Idealismus in ihm nicht zu rechter Verschmelzung gelangt waren. Jenes überwog entschieden, aber dieser machte sich doch auch geltend und dann nicht selten in störender Weise.

Ingham von Pennsylvania verlas im Repräsentantenhause zwei Zeitungsartikel, die in entgegengesetzter Weise die Aufforderung zur Theilnahme an dem Panama Kongreß besprachen. Er stellte es als so gut wie gewiß hin, daß der verwerfende von Adams und der befürwortende von Clay herrühre, resp. veranlaßt worden sei.[1]) Einen Beweis für die Behauptung brachte er nicht bei und es muß dahin gestellt bleiben, ob sein Oppositionseifer ihn nicht haltlose Vermuthungen in Thatsachen umprägen ließ. So viel darf aber wohl als ziemlich erwiesen angesehen werden, daß Adams anfänglich viel kühler

---

[1]) Deb. of Congr. IX pp. 198—200.

als später zu dem Projekte stand und daß Clay nicht ohne Einfluß auf diese Umstimmung gewesen ist.

Clay hatte sich große Verdienste um die jungen Republiken erworben. Er war der entschiedenste Fürsprecher ihrer Sache in den Vereinigten Staaten gewesen und hatte zuerst mit ungestümer Energie verlangt, daß man die Sympathie für sie nicht in werthlosen Worten erschöpfe, sondern sich zu Thaten ermanne. Keine Niederlage schreckte ihn ab und sein unablässiges Drängen trug viel dazu bei, daß sie bereits im Frühling 1822 von den Vereinigten Staaten anerkannt wurden. Seine Reden über diese Fragen gehören zu seinen glänzendsten Geisteserzeugnissen. Seine bedeutendsten Eigenschaften wie seine großen Schwächen erschienen in ihnen im schärfsten Lichte. Sein Enthusiasmus hob ihn mit kühnem Schwunge zu einer Höhe der Anschauung, von der er mit mitleidiger Ungeduld auf die Handwerkspolitiker herab sah, die in ihrer Routineweisheit vor Bäumen den Wald nicht zu sehen vermochten. In ihm dämmerte die Erkenntniß, daß Amerika ein integrirender Theil einer einheitlichen Kulturwelt sei. Fußte seine Agitation auf der schärfsten Betonung der gegensätzlichen Stellung Amerikas und Europas, so widerstreitet das nicht dieser Behauptung. Gerade weil er in seinem politischen Denken nicht von Europa abstrahirte, strebte er die Konsolidirung Amerikas an und betonte seine Eigenartigkeit und seine spezifischen Interessen in extremer Weise. Der Versuch der heiligen Allianz, im Dienste der Interessen des absoluten Herrscherthumes Europa zusammenzuketten, ließ es ihm wünschenswerth, wenn nicht nothwendig erscheinen, dieser „unheiligen Verschwörung" einen Bund der auf dem „amerikanischen Prinzip" der Volkssouveränetät gegründeten Staaten entgegenzusetzen. Die Autorschaft dieses Gedankens einer Solidarität der Interessen von ganz Amerika, nicht nur auf der geographischen Zusammengehörigkeit der Staaten, sondern wesentlich auch auf ihrem gleichen staatlichen Grundprinzipe ruhend, gehört zwar nicht ausschließlich aber doch vorwiegend Clay. In dem Panama Kongreß sollte seinem Plane nach diese Solidarität der Interessen konkrete Gestalt gewinnen und rechtlich fixirt werden, so weit jenes staatliche Grundprinzip bereits zur thatsächlichen Anerkennung gelangt war. Von diesem festen Fußpunkte aus hoffte er seinen schon 1820 verkündeten großartigen Plan verwirklicht zu sehen: die Gründung eines „menschlichen Freiheitsbundes in Amerika", in dem „alle Völker von der Hudsonsbai bis zum Kap Horn" vereinigt wären, aber nicht um in bleibendem Gegensatz zu dem von Despoten gemarterten Europa

zu bleiben. „Durch die Macht des Beispiels, durch seinen moralischen Einfluß wird sich dieses amerikanische System immer weiter und weiter ausbreiten. Auf unserem, mit dem Blute der Vorfahren getränkten Boden soll ein Vereinigungspunkt, eine Schutzstätte für die Freiheit und für die Freigesinnten geschaffen werden.“[1])

Fr. Kapp findet in diesen Ideen den „weitsehenden Blick eines genialen Staatsmannes“ und scheint die Sklavenhalter allein dafür verantwortlich zu machen, „daß Clay's hohe Ziele bloße fromme Wünsche blieben.“[2]) Die Thatsachen rechtfertigen meiner Ansicht nach nicht vollständig dieses Urtheil; den Sklavenhaltern ist zu viel aufgebürdet. Auch abgesehen von ihrem Widerstande hätten Clay's Ideen nicht verwirklicht werden können. Sie waren unter den gegebenen Verhältnissen zu genial und darum nicht wirklich staatsmännisch. Staatsmännische Begabung wird man Clay nicht absprechen, aber er gab zu leicht und zu sehr dem Zuge seiner lebhaften Phantasie nach. Ihr dankte er manchen schöpferischen Gedanken, aber sie verhinderte ihn auch oft, die Weise und das Maaß der Realisirbarkeit seiner Pläne mit der erforderlichen Nüchternheit zu erwägen. Das großartig Weite und das Unfertige des jungen Westens, dessen hervorragendster Vertreter er war, spiegelte sich gleich stark in seinem Denken wieder. Er blendete durch den genialen Schein seiner Projekte, gewann für sie durch seine feurige bestechende Beredsamkeit und half sich und seinen Jüngern über die entgegenstehenden Schwierigkeiten durch eine glänzende Schilderung der Folgen hinweg, welche die Verwirklichung der Ideen haben müsse. Der Flug seiner Phantasie ging sonnenwärts, aber er trug ihn so hoch, daß Berge und Thäler in eine Ebene zu verschwimmen begannen und der auf der Erde haftende Fuß die Sicherheit des Trittes verlor. Dabei entsprach der Kühnheit im Planen nicht die Kühnheit im Entschließen und Handeln, wenn die realen Verhältnisse große und verhängnißvolle Probleme schufen, die gebieterisch eine durchgreifende Lösung erheischten. Nicht einmal zu dem energischen Wunsche einer Lösung vermochte er sich dann aufzuschwingen, bald weil er die Frage ihrer Nothwendigkeit nicht der gehörigen Prüfung unterwarf, bald weil überkommene Lehren und Mangel an sittlichem Muthe ihn von der Voraussetzung ihrer Unmöglichkeit ausgehen ließen. Feilschen war dann die Summe seiner Weisheit und seine

[1]) Colton, Speeches of H. Clay I pp. 238—244.

[2]) Geschichte der Sklaverei p. 193.

Thatkraft schrumpfte zur Zähigkeit im Markten zusammen. Ein Idealist, der den besten Theil seiner schöpferischen Kraft in unausführbaren Entwürfen verbraucht, und ein Politiker, der unübertroffener Meister in der Behandlung unausweichlicher großer Probleme mit kleinen Mitteln ist, das sind die bedeutsamsten Züge in Clay's politischem Charakter; sie geben sein Bild nicht vollständig, aber sie haben die Richtung seines Einflusses auf die Geschicke der Union bestimmt. Seine sonstigen Eigenschaften und Leistungen erheben ihn nicht über das Niveau der Alltagspolitiker.

In seiner Rede vom 24. März 1818 „über die Emanzipation von Süd Amerika" leugnete er die Berechtigung der Behauptung, daß die Süd Amerikaner zu unwissend und „zu abergläubisch sind, um die Existenz einer freien Regierung zu gestatten." Er wollte die Unwissenheit nicht wahr haben, bestritt aber auch, daß Unwissenheit Unfähigkeit zur Selbstregierung bedinge. Das sei die Doktrin der Throne und widerstreite der Ordnung der natürlichen Dinge.[1]) Die Süd Amerikaner, sagte er, „adoptiren unsere Prinzipien, kopiren unsere Institutionen, und bedienen sich in vielen Fällen sogar der Sprache unserer revolutionären Erlasse und der in ihnen ausgesprochenen Gesinnungen." Das waren freilich Thatsachen, aber diese blinde Nachahmung des „großen Beispieles" deutete sicher viel mehr auf Unfähigkeit als auf Fähigkeit zu vernünftiger Selbstregierung hin. Sollte der heiligen Allianz ein lebensfähiger Freistaatenbund entgegengesetzt werden, so war es selbstredend eine Vorbedingung, daß die Bundesglieder den Voraussetzungen entsprachen, auf denen der Bund ruhen sollte. Es reichte nicht hin, daß sie nicht von Königen beherrscht wurden; sie mußten in Wahrheit Republiken sein, d. h. die Idee der Volksherrschaft in vernünftiger Weise zur Ausführung gebracht haben. Das war bei den jungen Freistaaten nicht in genügendem Grade der Fall und darum wären Clay's Hoffnungen zweifelsohne schöne Illusionen geblieben, auch wenn die Opposition die Entscheidung nicht so lange hingehalten hätte, daß die Gesandten der Vereinigten Staaten zu spät in Panama anlangten. Eine andere Frage ist es, ob Adams' bescheidenere Wünsche zum Theil hätten in Erfüllung gehen können.

Der Staatssekretär hatte es verstanden, dem Präsidenten etwas von seinem Enthusiasmus mitzutheilen, der ihn in dem Panama Kongreß den Markstein einer „neuen Epoche der Weltgeschichte" sehen

---

[1]) Clay's Speeches I. pp. 89, 90.

ließ.[1]) Adams' Botschaft an das Repräsentantenhaus übertraf sogar noch die Ergüsse Clay's an überschwänglichen Phrasen. Er bezweifelte es, daß den Vereinigten Staaten in Jahrhunderten wieder eine so günstige Gelegenheit geboten werden würde, den wohlwollenden Zwecken der göttlichen Vorsehung zu dienen und die verheißenen Segnungen des Erlösers der Menschheit auszuspenden.[2]) Mit dieser geschmacklosen Deklamation hatte er aber auch seinem künstlich angefachten Enthusiasmus Genüge gethan. Die Botschaft beginnt nun in gemessenerem staatsmännischen Tone die Fragen zu besprechen, die der Präsident vorwiegend auf dem Kongreß erörtert zu sehen wünscht und hinsichtlich deren er die Erreichung dankenswerther Resultate nicht für unmöglich hält. In erster Stelle und am eingehendsten behandelt er den Abschluß von Freundschafts- und Handelsverträgen nach dem Grundsatz vollständiger Gegenseitigkeit auf dem Fuße der meist begünstigten Nationen, „die Abschaffung des privaten Krieges auf dem Meere" und dem neutralen Handel günstige Beschränkungen des Kriegsgebrauches mit Bezug auf Kriegscontrebande und Blockaden. Nachdem er dann genau seine Auffassung von der Monroe Doktrin dargelegt und erklärt, in welcher Weise er sie vor den Kongreß gebracht und von ihm behandelt zu sehen wünsche, berührt er kurz und mit diplomatischer Vorsicht Hayti und Cuba[3]) und spricht endlich die Ansicht aus, daß Seitens der Vereinigten Staaten auf die Anerkennung „der gerechten und liberalen Prinzipien religiöser Freiheit" hingewirkt werden solle.[4]) Die

---

[1]) Instruktionen vom 8. Mai 1826 an die Gesandten. Niles XXXVI p. 71.

[2]) „But objects of the highest importance, not only to the future welfare of the whole human race, but bearing directly upon the special interests of this union, will engage the deliberations of the congress of Panama, whether we are represented there or not. Others, if we are represented, may be offered by our plenipotentiaries, for consideration, having in view both these great results, our own interests, and the improvement of the condition of man upon earth. It may be, that in the lapse of many centuries, no other opportunity, so favorable, will be presented to the government of the United States, to subserve the benevolent purposes of Divine Providence, to dispense the promised blessings of the Redeemer of mankind; to promote the prevalence in future ages, of peace on earth and good will to man, as will now be placed in their power, by participating in the deliberations of this congress." Niles XXX p. 55.

[3]) Auf diese drei Punkte komme ich später zurück.

[4]) Diesen Gedanken hatte Adams schon als Staatssekretär in seinen Instruktionen vom 27. Mai 1823 an Anderson urgirt. (Elliot, Dipl. Code II p. 653.)

Botschaft schließt mit einer Art Entschuldigung für die übertriebenen Hoffnungen, die im Anfange derselben ausgesprochen worden. Adams wiederholt zwar, daß es sich um „transcendente Wohlthaten für die menschliche Rasse" handle, nennt aber doch den Kongreß „eine seiner Natur nach spekulative und experimentelle Maßnahme" und meint, es sei vielleicht „zu sanguinisch" die Verwirklichung „aller oder selbst irgend eines" der hehren Zwecke zu erwarten.

Schwelgte Clay in abenteuerlichen Illusionen und wurde auch Adams in seinen Rausch hineingezogen, so übertrieb die Opposition in beiden Häusern des Kongresses eben so stark nach der anderen Seite hin. Das Eifern war jedoch zur größeren Hälfte nicht ächt. Die Panama Mission war nicht der Grund der Opposition, sie gab dieser nur Gelegenheit, sich mit Effekt als Opposition zu introduziren.[1]) Daher die Maßlosigkeit ihrer Angriffe, durch die sie sich noch viel lächerlicher als der Staatssekretär durch die Maßlosigkeit seiner Hoffnungen machte. Adams nannte mit Recht Absicht und Plan „wohlwollend und menschlich." Die Opposition war aber in ihrem blinden Eifer so bethört, daß sie nicht einmal aus Politik für irgend einen Punkt das leiseste Wort der Zustimmung hatte. Jeder Satz ward durchgehechelt und auch das Unverfänglichste wurde zur Quelle sicheren Verderbens. Sowohl im Senate wie im Hause zeigte sich eine krankhafte Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung der vorgeblichen neutralen Pflichten.[2]) Alle völkerrechtlichen Beweise gegen die vermeintliche Gefahr waren fruchtlos, da man nicht überzeugt sein wollte. Immer wieder wurde von der Voraussetzung aus argumentirt, daß die Beschickung des Kongresses auch eine aktive Betheiligung an allen Berathungen und Entschließungen desselben bedinge. Daraus war dann der Bruch der Neutralität leicht zu folgern, denn Spanien hielt noch alle seine Ansprüche an die ehe-

---

Aus der Botschaft geht jedoch hervor, daß er zunächst nur daran dachte, den Bürgern der Vereinigten Staaten das Recht der freien Religionsübung zu verschaffen, das ihnen in den Verträgen mit Columbia und Central-Amerika bereits gesichert worden war.

[1]) „An opposition is evidently brewing. It will show itself on the Panama question." Webster an J. Story, 31. Dez. 1825. Webst.'s Priv. Corresp. I p. 401. Brent von Louisiana fragte im Repräsentantenhause: „Can an opposition to the present Administration be so prejudiced as not to see that this measure, recommended by the President, is for the protection of our Southern interests?" Deb. of Congr. IX p. 105.

[2]) Deb. of Congr. VIII pp. 423, 432, 433, 436; IX p. 168 u. a. v. a. O.; miles XXX p. 103.

maligen Kolonien aufrecht und diese hatten verschiedene direkt auf den Krieg mit dem Mutterlande bezügliche Fragen auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt. Das war die Unredlichkeit im Kampfe bis zum Extrem getrieben. Von den ersten informellen Unterhandlungen ab war bei jeder Gelegenheit von beiden Seiten in den ausdrücklichsten Worten ausbedungen, resp. zugestanden worden, daß die Neutralität der Vereinigten Staaten in keiner Weise gefährdet werden solle. Adams betonte das auch in seinen Botschaften an den Kongreß und fügte noch hinzu, daß die Theilnahme der Vertreter der Vereinigten Staaten nur an denjenigen Berathungen „gewünscht" werde, die sich nicht auf den Krieg der übrigen Mächte mit Spanien bezögen.[1])

Wie mit diesem Punkte, so machte man es mit allen anderen. Adams hob hervor — was in der That gar nicht erst gesagt zu werden brauchte — daß der Kongreß eine lediglich „konsultative" Versammlung sein würde.[2]) Die Opposition aber bewies ihm, daß der Kongreß das Recht zu bindenden Beschlüssen haben würde und stempelte es dann zum Unverstande und zur Schmach, daß man sich von den unebenbürtigen Epigonen binden lassen wolle.

Mit besonderem Nachdruck und nicht ohne eine gewisse Berechtigung wurden Einwendungen dieser Art gegen die in Vorschlag gebrachte gemeinsame Endossirung der Monroe Doktrin erhoben, die ihren Ursprung in denselben Verhältnissen wie der Panama Kongreß hatte. Im Juli 1818 theilte Lord Castlereagh dem amerikanischen Gesandten Rush in einer Unterredung beim französischen Gesandten mit, daß England von Spanien angegangen worden sei, unter Mitwirkung der heiligen Allianz zwischen ihm und seinen aufständischen Kolonien zu vermitteln. Rush beantwortete diese Eröffnung mit der Erklärung, daß die Vereinigten Staaten sich an keiner Friedensvermittelung betheiligen würden, „wenn die Basis derselben nicht die

[1]) Salazar theilt in seinem Schreiben vom 2. Nov. 1825 an Clay die Berathungsgegenstände unter 1) und 2) in die gemeinsamen Angelegenheiten der kriegführenden Mächte und die diesen und den neutralen Mächten gemeinsamen Interessen.

[2]) In den Instruktionen Clay's vom 8. Mai 1826 an die Gesandten heißt es: „All notion is rejected of an Amphyctionic council, invested with power finally to decide upon controversies between the American States, or to regulate, in any respect, their conduct." Es ist daher kein glücklich gewählter Ausdruck, wenn Kapp (Gesch. der Sklaverei p. 193) sagt, Clay habe beabsichtigt, „der europäischen heiligen Allianz ein Amerikanisches Amphyktionengericht gegen über zu stellen." Vergl. jedoch Deb. of Congr. VIII p. 649.

Unabhängigkeit der Kolonien wäre."[1]) Im August 1823 erfuhr Rush von Canning, daß die heilige Allianz jetzt wirklich an eine Intervention zu Gunsten Spaniens in den Kolonien zu denken beginne.[2]) Englands Stellung zu der Frage hatte sich inzwischen wesentlich verändert. Hatte Castlereagh 1818 noch die Rückkehr der Kolonien unter spanische Botmäßigkeit zur Basis der Vermittelungsversuche machen wollen, so hatte Wellington auf dem Kongreß zu Verona bereits eine sehr andere Sprache geführt, und jetzt erklärte Canning sich bereit, den Plänen der heiligen Allianz direkt entgegenzutreten, falls die Vereinigten Staaten ihre Mitwirkung zusicherten. Rush berichtete die Aeußerungen Canning's sogleich an seine Regierung, die sie „mit großer Genugthuung" aufnahm, denn, wie Calhoun, der derzeitige Kriegssekretär, später erklärte, „die Macht der Allianz war so groß, daß wir sogar uns selbst nicht sicher vor ihren Einmischungen fühlten."[3]) Monroe sandte die einschlägigen Aktenstücke allen Mitgliedern seines Kabinets und befragte gleichzeitig Jefferson um seine Meinung. Dieser antwortete, daß „Amerika, Nord und Süd", seinen besonderen Interessen gemäß auch ein besonderes auf der Freiheit gegründetes politisches System haben müsse. Es müsse ein leitender Grundsatz der Vereinigten Staaten sein, „niemals zu dulden, daß Europa sich in cis-atlantische Angelegenheiten menge." Zur Erreichung dieser Zwecke solle man selbst auf die Gefahr eines Krieges hin die dargebotene Hülfe Englands annehmen.[4]) Das Kabinet gewann nach „langer und sorgfältiger Berathung" dieselbe Ueberzeugung. Fast in demselben Augenblick, da Spanien die verbündeten Mächte formell zu einer Konferenz in Paris

---

[1]) Rush, Bericht vom 31. Juli 1818. Elliot, Dipl. Code II pp. 639, 640.

[2]) Vergl. Rush, A Residence at the court of London, from 1819 to 1825. II pp. 30—40. Siehe auch die Briefe Rush's an Clay vom 23. Juni 1827 und vom 15. Febr. 1842. Clay's Priv. Corresp. pp. 165, 457.

[3]) Calh.'s Works III p. 202.

[4]) „Our first and fundamental maxim should be, never to entangle ourselves in the broils of Europe. Our second, never to suffer Europe to intermeddle with cis-Atlantic affairs. America, North and South, has a set of interests distinct from those of Europe, and peculiarly her own. She should therefore have a system of her own, separate and apart from that of Europe. While the last is laboring to become the domicil of despotism, our endeavor should surely be, to make our hemisphere that of freedom. One nation, most of all, could disturb us in this pursuit; she now offers to lead, aid, and

einlud,[1]) kündigte der Präsident in seiner Jahresbotschaft vom 2. Dezember 1823 die sog. Monroe Doktrin an.[2]) Ihr wesentlicher Inhalt ist in folgenden Sätzen enthalten: Wir „erklären, daß wir jeden Versuch (der verbündeten Mächte), ihr System auf irgend einen Theil dieser Hemisphäre auszudehnen, als unserem Frieden und unserer Sicherheit gefährlich ansehen würden ... Irgend eine Einmengung zum Zweck die Regierungen, welche ihre Unabhängigkeit erklärt und behauptet und deren Unabhängigkeit wir nach großer Ueberlegung und gerechten Prinzipien gemäß anerkannt haben, zu unterdrücken oder in irgend einer anderen Weise ihr Geschick durch eine europäische Macht zu bestimmen, könnten wir nur im Lichte einer unfreundlichen Disposition gegen die Vereinigten Staaten sehen."

Diese Erklärung wurde vom Volke mit lebhaftem Beifall aufgenommen und sie trug viel dazu bei, daß Spaniens Bitten um Intervention unberücksichtigt blieben. Jetzt aber waren alle Befürchtungen geschwunden, daß die heilige Allianz versuchen würde, auch in die Angelegenheiten der Vereinigten Staaten ein Wort drein zu reden[3]) und deswegen wurde der Monroe Doktrin eine sehr verschiedene Tragweite beigemessen. In den Einladungsschreiben von Mexico und Columbia nahm diese Frage eine hervorragende Stelle ein. Obregon nahm Bezug auf die Botschaft Monroe's und meinte, „das einzige Mittel", die Einmischung neutraler Mächte zu vermeiden oder ihr wirksam zu begegnen, sei „eine vorherige Uebereinkunft, in welcher Weise jede derselben (der Kongreß-Mächte) ihre Mitwirkung (co-operation) gewähren solle." Salazar sprach sogar von einer „eventuellen Allianz" und wollte, daß „der Vertrag, von dem bis zum Eintritt eines casus foederis kein Gebrauch gemacht werden sollte, geheim bleibe." Außerdem, meinten die beiden Gesandten, sollten auf dem Kongreß Abmachungen darüber

---

accompany us in it. By acceding to her proposition, we detach her from the bands, bring her mighty weight into the scale of free government, and emancipate a continent at one stroke, which might otherwise linger long in doubt and difficulty ... But the war in which the present proposition might engage us, should that be its consequence, is not her war, but ours ... It is to maintain our principle, not to depart from it ... But I am clearly of Mr. Canning's opinion, that it will prevent instead of provoking war." Jeff.'s Works VII pp. 315, 316.

[1]) Webst.'s Works III p. 202.

[2]) Foreign State Papers V, 250.

[3]) Clay's Bericht vom 29. März 1826 an das Repräsentantenhaus.

getroffen werden, wie allen etwaigen Versuchen europäischer Mächte zur Koloniengründung auf amerikanischem Boden zu begegnen sei. Das waren Vorschläge sehr ernster Art und die Opposition ehauptete unstreitig mit Recht, daß ihre Annahme Seitens der Vereinigten Staaten nicht nur eine Wiederholung der Monroe Doktrin sein würde. Sie verwahrte sich gegen die Anklage, daß sie indifferent gegen die Sache der Freiheit im übrigen Amerika geworden sei; sie wolle den Vereinigten Staaten nur die Freiheit des Entschlusses wahren und sie nicht verpflichten, für die anderen amerikanischen Staaten unter allen Umständen das Schwert zu ziehen, wenn europäische Mächte sich in die Angelegenheiten derselben mengten. Das Verkehrte in dem Argumente der Opposition war wiederum die Annahme, daß aus der Beschickung des Kongresses auch ohne Weiteres die Erfüllung der Wünsche Columbia's und Mexico's folgere. An einem Schein von Berechtigung dazu fehlte es ihr freilich in diesem Falle nicht. Unter den Dokumenten, die der Präsident dem Kongreß eingeschickt, befand sich eine Depesche Clay's an Poinsett, den Gesandten der Vereinigten Staaten in Mexico, in der es heißt: „Vor nur etwa drei Monaten, als man in Mexico glaubte, daß Frankreich eine Invasion Cubas beabsichtige, forderte die mexicanische Regierung sogleich durch Sie die Regierung der Vereinigten Staaten auf, die vom Präsidenten derselben in seiner Botschaft vom Dezember 1823 an den Kongreß übernommene denkwürdige Verbindlichkeit (the memorable pledge) zu erfüllen.“ In seinem Bericht vom 29. März 1826 an das Repräsentantenhaus erläuterte Clay freilich die hier ausgesprochene Ansicht dahin, daß die Vereinigten Staaten nicht einer fremden Macht, sondern nur sich selbst gegenüber verpflichtet ständen[1]), die Opposition aber erkannte natürlich diese Erklärung nicht für genügend an. Was aber auch immer der Staatssekretär denken mochte, maßgebend war jedenfalls nur die Ansicht des Präsidenten, und dieser hatte sich so bestimmt ausgesprochen, daß die Opposition es gar nicht versuchte, an seinen Worten zu deuteln. Er

[1]) „If, indeed, an attempt by force, had been made by allied Europe to subvert the liberties of the Southern nations on this continent, and to erect upon the ruins of their free institutions monarchical systems, the people of the United States would have stood pledged, in the opinion of their executive, not to any foreign state, but to themselves and their posterity, by their dearest interests and their highest duties to resist to the utmost such attempt.“

hatte als Staatssekretär einen hervorragenden Antheil an der Verkündigung der Monroe Doktrin gehabt und war sich vollkommen konsequent geblieben. Er hätte es daher auch gerne gesehen, daß sie auf dem Kongreß zur Sprache gebracht würde und gab zu verstehen, daß er eine gemeinsame Erklärung für nicht unangemessen hielte. Ausdrücklich aber erklärte er, daß unter keinen Umständen weitere Verbindlichkeiten eingegangen werden sollten als die gegenseitige Zusicherung der Mächte, die in der Doktrin niedergelegten Grundsätze in ihrem eigenen Gebiete und mit ihren eigenen Mitteln zur Ausführung zu bringen.[1]) Auch in diesem Punkte fehlte es also an jedem triftigen Grunde zu einer so heftigen Opposition.

Es fehlte jedoch nicht an Einwendungen von praktischer Bedeutung. Im Repräsentantenhause wurden sie nur leichthin berührt, theils weil die dem Norden angehörigen Mitglieder der Opposition ihre zu lebhafte Urgirung höchst ungern sahen und vornehmlich, weil dem Hause nur die Frage der Geldbewilligung für die nach den Verfassungsbestimmungen ohne seine Mitwirkung bereits endgiltig beschlossene Mission vorlag. Die Opposition wollte allerdings die Appropriation an Bedingungen knüpfen, die thatsächlich dem Präsidenten wie den Gesandten ertheilte Instruktionen waren und in Folge dessen ging die Debatte weit über die berechtigten Grenzen hinaus. Immerhin aber mußte sie sich in gewissen Schranken halten, so daß sich aus ihr — von der Opposition um der Opposition willen abgesehen — der wahre Kern des erbitterten Widerstandes kaum herausfinden läßt. Im Senate trat es dagegen desto deutlicher hervor, daß wiederum das Sklavenhalterinteresse die Ursache des Streites war. Man suchte das nicht zu vertuschen, sondern proklamirte es in einer bisher unerhörten Weise. Die Sklavenhalter konstatirten einfach, daß sie in dem Kongreß eine Gefährdung der „eigenthümlichen Institution" sähen, und zogen daraus in ebenso bündiger Weise den Schluß, daß dieses eo ipso als ein absolutes Veto anerkannt werden müsse. Der munizipale Charakter der Sklaverei wurde der Form und dem Wesen nach vollständig abgestreift. Sie trat als selbstständige Macht auf, die nur ihr Recht verlange, wenn sie der Union ihre innere und äußere Politik vorschreibe. Clay und Adams hatten im Gegensatz zu den absolutistischen

---

[1]) Siehe die Botschaft vom 26. Dez. 1825 an den Senat und die vom 15. März 1826 an das Repräsentantenhaus. Vergl. auch die Instruktionen an die Gesandten. Niles XXXVI p. 77.

Grundsätzen der heiligen Allianz die Freiheit und Volkssouveränetät als die unterscheidende Basis des politischen und sozialen Lebens „von Amerika" bezeichnet. Der Süden behauptete jetzt, daß dem übrigen Amerika wie Europa gegenüber die Sklaverei das in erster Stelle bestimmende Moment der äußeren Politik der Vereinigten Staaten sei und bleiben müsse. Wer noch immer nicht recht verstehen kann, daß ein „irrepressible conflict" zwischen Norden und Süden bestand, der kann viel aus der apodiktischen Schärfe lernen, mit der die südlichen Senatoren in dieser Debatte die Sklaverei als einen unübersteiglichen Wall zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt hinstellten.

In den Einladungsschreiben zum Kongreß war auch Hayti erwähnt, ein Name, der seit mehr als dreißig Jahren einen ominösen Klang in den südlichen Staaten hatte. Hätten sie ein Blatt aus dem Buche der Geschichte tilgen können, so ist es kaum zweifelhaft, daß sie das über die erfolgreiche Revolution der Neger gewählt haben würden. Sie war ein Warnungsruf, dessen ganze Bedeutung bei dem geringsten Anlaß jedem Sklavenhalter zum vollen Bewußtsein kam. Das Geschehene ließ sich jedoch nicht ungeschehen machenund man half sich daher so gut man sich helfen konnte: die Unabhängigkeit Hayti's existirte für die Vereinigten Staaten nicht. Den einträglichen Handel mit der Insel ließ sich der Erwerbstrieb des Volkes nicht auf die Dauer verbieten,[1]) aber ein völkerrechtliches Verhältniß hatte zwischen den beiden Republiken nicht Statt. Salazar spielte in seinem Einladungsschreiben hierauf an und ließ deutlich den Wunsch durchblicken, daß Hayti als gleichberechtigtes Mitglied der amerikanischen Völkerfamilie anerkannt werde. Er gab zu, daß die Frage in Folge „der verschiedenen Weise, in der die Afrikaner angesehen würden und der verschiedenen Rechte, die sie in Hayti, den Vereinigten Staaten und den übrigen amerikanischen Staaten genössen, mit ernstlichen Schwierigkeiten verknüpft" sei sprach aber die Hoffnung aus, daß man trotzdem zu einer Verständi-

---

[1]) Auf das in gebieterischem Tone gestellte Verlangen Napoleons wurde durch ein Gesetz vom 28. Febr. 1806 (Stat. at L. II p. 351) auf ein Jahr aller Verkehr mit der Insel untersagt. Das Gesetz sprach freilich nur von den nicht in französischem Besitz befindlichen Orten, aber die französische Herrschaft war thatsächlich überall gebrochen. — Der französische Gesandte hatte die Forderung des Kaisers ausdrücklich darauf begründet, daß es sich um „afrikanische Sklaven", dem Auswurf der Menschheit, handle.

gung kommen würde. Unkluger Weise bediente er sich dabei der Phrase: „Diese Frage wird auf dem Kongreß entschieden werden."[1])

Adams erwähnte diesen Punkt gar nicht in seiner Botschaft an den Senat und in der an das Haus erklärte er in einem diplomatisch weitschweifigen und vagen Satz, daß die Gesandten instruirt werden würden, die Gründe für fernere Vorenthaltung der Anerkennung Hayti's zu entwickeln und „die Zustimmung zu irgend einem Arrangement auf anderen Prinzipien zu verweigern." Das Schweigen über die Gründe, welche bisher die Anerkennung verhindert hatten, war kaum minder beredt als die schäumende Entrüstung, die der erwähnte Passus in Salazar's Schreiben im Senate hervorrief.

Die Geschichte der Republiken bot ein Beispiel dar, das der „Ruhe des Südens kaum weniger gefährlich als die Unabhängigkeit Hayti's" war. Sie hatten aus den Revolutionsakten der Vereinigten Staaten nicht nur die Worte „Freiheit und Gleichheit" und „allgemeine Emanzipation" kopirt, sondern thatsächlich die Ketten aller Sklaven gebrochen.[2]) Mit ihnen war daher eine Diskussion über irgend eine Frage, bei der in irgend einer Weise die Sklaverei in's Spiel kam, weniger statthaft als mit irgend einer anderen Macht, denn dieses Vorgehen — und das allein — hatte sie in den Augen des Südens zu „Bukaniern, trunken mit ihrer neugeborenen Freiheit" gemacht.[3]) Das kam jedoch nur nebenbei in Betracht. Die Hauptsache war, daß die Sklaverei ebenso wenig in irgend einer Form zum Gegenstande der Verhandlungen mit anderen Mächten gemacht werden dürfte, als die Rechte der Sklavenhalter innerhalb der Union irgend einer Diskussion unterworfen werden könnten. Es sei bereits ein „Fehler" gewesen, daß man mit England und Columbia Verträge über die Unterdrückung des Sklavenhandels abzuschließen gesucht habe.[4]) „Der

[1]) Derselbe Ausdruck war in der offiziellen Zeitung von Columbia gebraucht worden. Siehe Deb. of Congr. VIII p. 423.

[2]) „With nothing connected with slavery can we consent to treat with other nations, and, least of all, ought we to touch this question of the independence of Hayti in conjunction with Revolutionary Governments, whose own history affords an example scarecely less fatal to our repose. Those Governments have proclaimed the principles of „liberty and equality", and have marched to victory under the banner of „universal emancipation." You find men of color at the head of their armies, in their Legislative Halls and in their executive Departments." Hayne 14. März 1826. Deb. of Congr. VIII p. 427.

[3]) Ibid. VIII p. 456; Niles XXX p. 170.

[4]) Deb. of Congr. VIII p. 426.

Frieden von elf Staaten dieser Union erlaubt es nicht, die Thatsache zu sehen oder auszusprechen", daß die Sklaven Hayti's „für den Mord ihrer Herren und Herrinnen Freunde unter der weißen Bevölkerung dieser Vereinigten Staaten finden sollen." Die ganze Frage „ist nicht debattirbar, weder daheim noch auswärts, nicht einmal in diesem Zimmer."[1]) Hayne von South Carolina rief: „Unsere Rechte in Frage zu ziehen, heißt sie gröblich verletzen — zu versuchen, uns über diesen Gegenstand zu unterrichten, heißt uns beleidigen — zu wagen, unsere Institutionen anzugreifen, heißt vermessen unseren Frieden stören. Laßt mich ein für alle Mal erklären, daß die südlichen Staaten niemals ein Einmengen in ihre häuslichen Angelegenheiten erlauben werden und niemals erlauben können, und daß wir an demselben Tage, an dem die Gewalten der Bundesregierung einen solchen ruchlosen Versuch machen, uns als aus der Union getrieben betrachten werden."[2]) Allein es brauchte nicht einmal eines unberechtigten Einmengens: „Die Frage überhaupt berühren, heißt unsere heiligsten Rechte verletzen — unsere theuersten Interessen — den Frieden unseres Landes — die Sicherheit unserer Familien, unserer Altäre und unserer Herde in Gefahr bringen." Und auch damit war die fürchterliche Natur der Frage noch nicht vollständig gezeichnet. Johnston von Louisiana wollte den Kongreß beschickt sehen, aber gerade aus denselben Gründen, die nach der Ansicht von Benton, Hayne, Berrien u. A. jeden Gedanken daran verboten. Er wollte den „südamerikanischen" Staaten als „die unabänderliche Meinung" der Vereinigten Staaten mitgetheilt wissen, daß „die übelberathene Anerkennung dieser Insel (Hayti) und der öffentliche Empfang ihrer Gesandten unserem diplomatischen Verkehr fast ein Ende setzen und eine beiden Seiten schädliche Trennung und Entfremdung herbeiführen wird." „Ich halte es", fuhr er fort, „von der höchsten Bedeutung für die politische Verbindung dieser Länder, gegen eine uns so gerechtfertigter Weise anstößige Maßnahme zu remonstriren und diese Vorstellung wirksam zu machen."[3]) Auch Hayne hatte schon gefordert, daß „die Gesandten in Süd Amerika und Mexico Befehl erhalten sollten, gegen die Unabhängigkeit von Hayti zu protestiren."[4]) — Das

[1]) Deb. of Congr. VIII p. 569.

[2]) Ibid. VIII p. 426.

[3]) Ibid. VIII p. 441.

[4]) Hamilton von South Carolina erklärte im Repräsentantenhause: „I should avow what I believe to be the sentiments of the southern people on this question;

waren drastische Illustrationen zu den alten Phrasen, daß man das Mitleid aber nicht den Tadel der Welt verdiene, weil ein hartes Geschick den durch die Habsucht Englands über das Land gebrachten Fluch auf die unschuldigen Enkel und Enkelkinder forterben lasse. Konnte Clay seinen Finger auf einen Beschluß der heiligen Allianz legen, der stärker nach dem Moder der Barbarei untergegangener Jahrhunderte duftete?

Wenn schon die Aufforderung zur Erörterung der Unabhängigkeit Hayti's, die doch nur durch den moralischen Eindruck irgend einen Einfluß auf die Vereinigten Staaten ausüben konnte, die Sklavenhalter dermaßen reizte, so wurden sie natürlich noch viel mehr durch die Bedrohung Cubas erregt, da es sich hier in der That um reale Interessen von der größten Bedeutung handelte. Clay erklärte, daß „sogar Spanien nicht in einer solchen Mannigfaltigkeit von Formen ein so tiefes Interesse an dem künftigen Geschicke Cubas habe wie die Vereinigten Staaten, was dasselbe auch immer sein möge.“[1]) Die zunehmende Ohnmacht Spaniens erregte daher der Administration die lebhaftesten Besorgnisse. Es war schon mancher lüsterne Blick von den Vereinigten Staaten auf die reiche Insel geworfen worden, die den Golf von Mexico beherrschte, aber man verhehlte sich auch nicht, daß viele gewichtige Gründe gegen ihre Erwerbung sprächen und noch betrachtete man die Rechtsfrage nicht als eine nebensächliche. Man war jetzt noch ganz einig darüber, daß, Alles in Allem genommen, die Interessen der Vereinigten Staaten, sowohl die allgemeinen, wie die speziellen der Sklavenhalter, die Erhaltung des status quo in Cuba forderten. Dieser schien aber von verschiedenen Seiten her ernstlich bedroht. Mit Mißtrauen sah man auf England und namentlich auf Frankreich, weil dieses bereits einmal ein starkes Geschwader in die westindische See geschickt hatte, ohne einen triftigen Grund dafür anzugeben; Columbia und Mexico hingen schon seit einiger Zeit Invasionsgedanken nach. Der sicherste Weg, diesen Gefahren vorzubeugen, war offenbar die Beendigung des Krieges zwischen Spanien und seinen ehemaligen Kolonien. Schon im Frühling 1825 erhielt der Vereinigte Staaten Gesandte in St. Petersburg die Weisung, den Kaiser darum

---

and this is that Haytien independence is not to be tolerated in any form . . . A people will not stop to discuss the nice metaphysics of a federative system, when havoc and destruction menace them in their doors.“

[1]) Instruktionen der Gesandten zum Panama-Kongreß.

anzugehen, daß er Spanien zum Aufgeben des hoffnungslosen Streites vermöge.[1]) Der wesentliche Inhalt der Instruktionen läßt sich in die folgenden vier Sätze zusammenfassen: Die Vereinigten Staaten wünschen keine Veränderung in den politischen Verhältnissen Cubas; den Uebergang der Insel „in den Besitz irgend einer europäischen Macht können sie nicht mit Gleichgiltigkeit sehen;"[2]) die Selbstständigkeit Cubas wäre ihnen nicht erwünscht, weil es dieselbe schwerlich behaupten könnte und weil der Kampf um sie wahrscheinlich denselben fürchterlichen Charakter wie einst die Revolution in Hayti annehmen würde; die letztgenannten Gründe, die durch das Bestehen der Sklaverei in den Vereinigten Staaten eine besondere Bedeutung gewönnen, fänden in demselben Maße auf etwaige Eroberungsversuche Seitens Columbias und Mexicos Anwendung. Diese vier Gesichtspunkte wurden, mit stärkster Betonung des letzten, auch in allen anderen offiziellen Schriftstücken der Administration über diese Angelegenheit urgirt. Das Raisonnement wurde nur so weit variirt, als durch die Aenderung der Adresse, und der Ton so weit verschärft, als es durch die weitere Entwickelung der Verhältnisse bedingt war.

Nachdem Nesselrode im Namen des Kaisers eine Antwort ertheilt hatte[3]), die in Washington als im Ganzen günstig angesehen wurde, und nachdem „die Befreiung der Inseln Porto Rico und Cuba von dem spanischen Joche" offen auf das Programm des Panama Kongresses gestellt war[4]), sandte Clay eine neue Depesche an Middleton[5]), die Rußland zu schleuniger Aktion drängen sollte. Hatte es früher geheißen, daß die Vereinigten Staaten „nicht mit Gleichgiltigkeit Cuba in den Besitz einer europäischen Macht übergehen sehen" könnten, so wurde jetzt direkt erklärt, daß sie es nicht „erlauben" (allow und permit) würden. Außerdem wurde auch die Stellung zu den Eroberungsplänen Columbias und Mexicos schärfer definirt. Zuerst wurde gesagt, daß „der Präsident keinen gerechtfertigten Grund zu gewaltsamer Intervention sehen" könne, wenn Spanien „eigensinnig" (obsti-

---

[1]) Depesche Clay's an Middleton vom 10. Mai 1825.

[2]) Vrgl. auch Clay's Depesche vom 25. Okt. 1825 an Brown, den Ver. Staaten Gesandten in Paris.

[3]) Nesselrode an Middleton 25. August 1825.

[4]) Die zwischen Anführungszeichen stehenden Worte sind aus dem früher erwähnten Programm der offiziellen Zeitung von Columbia. In den Einladungsschreiben Salazar's und Obregon's wird Cuba nicht erwähnt.

[5]) 26. Dez. 1825.

nately) den Krieg fortführe, denn die Invasion würde dann nur „eine gesetzliche Kriegsoperation" der genannten Staaten sein. Dieser Erklärung hinkte jedoch eine bedeutsame Bedingung nach. „Wenn jene Republiken, wider alles Erwarten, Waffen in die Hände der einen Rasse legen sollten, um die andere zu vernichten, wenn . . . sie Ausschreitungen und Beispiele, die in Folge unserer Nachbarschaft durch Ansteckung unserer Ruhe und Sicherheit gefährlich werden könnten, gut heißen und ermuthigen sollten, so dürfte sich (might) die Regierung der Vereinigten Staaten genöthigt fühlen, ihre Macht in's Mittel zu legen (to interpose)." In vagerer Form war dieselbe bedingte Drohung schon vor dem Abgange der ersten Depesche an Middleton direkt Spanien gegenüber ausgesprochen und dabei ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die Vereinigten Staaten „nicht um der neuen Republiken willen" auf die Beendigung des Krieges hindrängten.[1]) Columbia und Mexico wurden gleichfalls die Wünsche der Vereinigten Staaten zu wissen gethan, aber der etwas herbe Bissen dadurch schmackhafter gemacht, daß man einen gewissen freundschaftlichen Ton durch die äußerst vorsichtig gewählte diplomatische Ausdrucksweise hindurchklingen ließ. Den 20. Dez. richtete Clay eine gleich lautende Note an Salazar und Obregon, in der ihre resp. Regierungen aufgefordert wurden, die Expedition nach Cuba zu vertagen, die, wie es hieße, in Carthagena oder anderwärts ausgerüstet werde. Als wesentlichster Grund für dieses Ersuchen wurde angegeben, daß die mit Rußland wegen der Friedensvermittelung gepflogenen Unterhandlungen Aussicht auf Erfolg hätten. Außerdem wurde aber auch in sehr verständlicher Weise angedeutet, daß es unter Umständen eine Intervention der Vereinigten Staaten zur Folge haben könnte, wenn ihr Wunsch nicht berücksichtigt würde.[2])

Konnte der Administration mit Recht ein Vorwurf gemacht werden, so war es also sicher nicht der, daß sie die Cubanische Frage auf die leichte Achsel genommen, oder auch nur, daß sie die besonderen Interessen, welche die Sklavenstaaten an derselben hatten, nicht mit Umsicht und Energie zu wahren gesucht habe. Die meisten Vertreter

---

[1]) Clay's Depesche an Everett, 27. April 1825.

[2]) „It would also postpone, if not forever render unnecessary, all consideration which other powers (d. h. die Ver. Staaten) may, by an irresistible sense of their essential interests, be called upon to entertain of their duties in the event of the contemplated invasion of those Islands, and of other contingencies which may accompany or follow it."

des Südens waren jedoch nicht dieser Ansicht, und die kleine Minorität, die zu dem Präsidenten stand, meinte gleichfalls, daß die Umstände jetzt ein noch energischeres Vorgehen erheischten. Ueber das Wesentlichste waren also Majorität und Minorität einverstanden; sie stritten sich nur darüber, ob Beschickung des Kongresses oder Fernbleiben von demselben ihren Absichten förderlicher sei. Die Minorität stand der Majorität selbst in der Entschiedenheit durchaus nicht nach, mit der sie die Durchkreuzung der Pläne Columbias und Mexicos forderte. Verlangte Hayne die Erklärung, daß die Vereinigten Staaten es nicht „erlauben" würden, Cuba „zu erobern oder revolutioniren"[1]) und wollte Berrien, daß „mit dem Segen Gottes und der Stärke der eigenen Arme diese Erklärung zur Geltung gebracht" werde[2]), so sah auch Johnston es als selbstverständlich an, daß man zu „Drohungen" greife, wenn „Rath" und „Vorstellungen" nicht fruchteten.[3]) Darin waren alle Vertreter der Sklavenstaaten einig, daß der von Adams hervorgehobene Mangel eines rechtsgiltigen Grundes für gewaltsames Einschreiten im Falle einer Invasion nicht maßgebend sein dürfe. Mit der gleichen Einhelligkeit wurden die Gründe dafür in das eine Wort: Pflicht der „Selbsterhaltung" zusammengefaßt.[4]) Der dem Süden stets gefällige Buchanan übersetzte dieses Wort, das wegen seiner kühlen Prosa an manchen Ohren wirkungslos verklingen mochte, in ein drastisches Bild. Cuba, meinte er, würde für den Süden ein ungeheures explodirendes Pulvermagazin werden, weil Columbia und Mexico „stets unter der Fahne allgemeiner Emanzipation marschirt" seien und stets „dadurch ge-

---

[1]) Deb. of Congr. VIII p. 429.

[2]) „If our interests and our safety shall require us to say to these new Republics, Cuba and Porto Rico must remain as they are, we are free to say it. Yes, sir, and, by the blessing of God, and the strength of our own arms, to enforce the declaration, and let me say to gentlemen, these high considerations do require it. The vital interests of the South demand it, and the United States will be recreant from its duty, faithless to the protection which it owes to the fairest portion of this Union, if it does not make this declaration, and enforce it." Ibid. VIII p. 456.

[3]) „Advise with them — remonstrate — menace them, if necessary, against a step so dangerous to us, and perhaps fatal to them." Ibid. VIII p. 440.

[4]) „It is demanded of this Government, by every consideration of self-preservation — the great law of nature, and paramount to all other law — by our interests, and by humanity (!), not to suffer the present condition of Cuba to be altered." Powell von Virginia. Ibid. IX p. 96.

siegt, daß sie die Freiheit des Sklaven proklamirt."[1]) Kein Vertreter des Nordens erhob einen Einwand gegen das Treffende dieses Vergleiches und es ließ sich auch keiner machen. Die Sachlage war mithin vollkommen klar gestellt, aber es stand auch kein Vertreter des Nordens auf, um sie in einem ebenso kurzen Wort zu kennzeichnen, wie es der Süden mit seinen Motiven gethan. Die Sklaverei ist eine häusliche Angelegenheit des Südens; sich in dieselbe mengen, heißt die Union auflösen — das war der erste Satz des Südens; die Sklaverei gleicht einem Pulvermagazin, das ebenso leicht von Außen wie von Innen angesteckt werden kann; der Gefahr, daß dieses geschehe, muß die Bundesregierung in der vom Süden angegebenen Weise vorbeugen, denn er allein versteht die Frage — das war sein zweiter Satz. Das Sklavenhalterinteresse beanspruchte also nicht nur als souveräne Macht im Staate anerkannt zu werden, sondern es stellte sich über ihn.

War man einst über die Virginia und Kentucky Resolutionen zur Tagesordnung übergegangen, als sie keine unmittelbaren praktischen Folgen nach sich zogen, so vergaß man jetzt den Panama Kongreß noch viel schneller. Die Administration behielt formell in beiden Häusern den Sieg, thatsächlich aber hatte die Opposition durch das Hinausschieben der Entscheidung ihren Zweck erreicht. Als die Gesandten der Vereinigten Staaten in Panama anlangten, hatte sich der Kongreß bereits vertagt und die verabredete Wiedervereinigung in Tacubaya hatte nicht Statt. Dieses klägliche Ende der Illusionen Clay's ließ den oberflächlich Urtheilenden die langen und erregten Debatten in beiden Häusern als Posse erscheinen. Den bitteren Ernst, der in ihnen lag, erkannte man erst nach langen schmachvollen Erfahrungen. Der amerikanische Völkerbund, der gegenüber dem Fürstenbunde der europäischen Despoten der ganzen Welt ein Freiheitshort sein sollte, war freilich in Nebel zerflossen. Statt mit einem geharnischten Protest gegen die Umtriebe der heiligen Allianz und einem begeisterten Aufruf an die geknechteten Völker, ungebrochenen Muthes auszuharren in dem heiligen Kampf für Recht und Freiheit, war die Welt mit dem rückhaltlos abgelegten Glaubensbekenntniß der Sklavokratie beglückt worden, das die Sklavenhalterinteressen zum Ausgangs-, Mittel- und Zielpunkt der nationalen Politik des einzigen wirklich in's Gewicht fallenden Freistaats machte. Unmittelbare praktische Folgen hatte auch das nicht. Allein, wie einst die Staatenrechtler die Virginia und Ken-

[1]) Ibid. IX p. 142.

tucky Resolutionen, so hatten jetzt die Sklavenhalter ihre Ansprüche zu Protokoll gegeben. Das gab dem sonst absolut frucht- und zwecklosen Streit über die Panama Mission ihre bleibende Bedeutung.

Ein anderer Streit, der gleichfalls im Beginn von Adams' Präsidentschaft seinen Anfang nahm, gewann bald eine viel größere praktische Bedeutung, obwohl er eine Angelegenheit betraf, die im Grunde nur formell eine nationale war. Als Georgia am 24. April 1802 der Union seine westlichen Ländereien abtrat, hatte es daran die Bedingung geknüpft, daß die Vereinigten Staaten, „so bald es auf friedlichem Wege und unter vernünftigen Bedingungen geschehen könne", dem Staate die innerhalb seiner Grenzen gelegenen Gebiete der Creeks und Cherokees erwerbe. Die Bundesregierung hatte denn auch zu wiederholten Malen beträchtliche Landstriche von den beiden Indianerstämmen für Georgia erworben. Die Aussicht, sie zum gutwilligen Verkauf des ganzen Gebietes zu vermögen, wurde aber immer geringer, weil sie seßhaft geworden waren und die Bande des Kulturlebens sie mit jedem Jahre fester an die Scholle knüpften. Georgia wurde daher besorgt und ungeduldig, denn es fehlte ihm das Vertrauen, daß es, gleich den freien Staaten, die Indianer durch den Druck höherer Kultur würde zwingen können, ihre Hütten abzubrechen und weiter in die westliche Wildniß zu wandern. Eine Denkschrift der Legislatur von 1819 mahnte den Präsidenten, die Erfüllung des Abkommens von 1802 zu beschleunigen. Sie betonte, daß der Staat ein „Recht" an den Boden habe, sprach aber dabei noch ausdrücklich aus, daß dieses Recht nur durch die Bundesregierung Wesenheit gewinnen könne.[1]) Die Administration war vollkommen gewillt ihren Verpflichtungen nachzukommen, allein je nachdrücklicher Georgia darauf hindrängte, desto entschiedener verweigerten die Indianer den Verkauf. Ein Rath der Creek-Häuptlinge zu Tuckebachee erklärte am 25. Mai 1824, daß die noch in ihrem Besitz befindlichen Ländereien nur gerade für den Unterhalt des Stammes ausreichten und beschloß, unter Berufung auf

---

[1]) „The state of Georgia claims a right to the jurisdiction of the territory within her limits." „She admits, however, that the right is inchoate, remaining to be perfected by the United States, in the extinction of the Indian title; the United States pro hac vice as their agents." Worcester v. State of Georgia. Peters' Rep. VI p. 585; Curtis X p. 264.

die ihnen in allen Verträgen ertheilte „Garantie", „unter keiner Bedingung einen Fuß Landes zu verkaufen." Dieser Beschluß sollte für alle Zeiten gelten und wurde ganz besonders den Häuptlingen zur Nachachtung empfohlen. „Wir haben Flinten und Stricke, und wenn irgend Welche unseres Volkes diese Gesetze brechen sollten, so werden diese Flinten und Stricke ihr Ende sein." Den 29. Oktober desselben Jahres tagte wieder ein Rath der Häuptlinge zu Pole-Cat Spring, passirte Beschlüsse des gleichen Inhaltes und übergab sie — „vertrauend auf die großmüthige Disposition der Bürger der Vereinigten Staaten, (ihnen) Gerechtigkeit widerfahren zu lassen" — einer Zeitung zur Veröffentlichung, „damit sie der Welt bekannt würden."[1])

Die Verhandlungen mit den Kommissaren der Vereinigten Staaten zu Broken Arrow, die im Dezember Statt fanden, blieben denn auch resultatlos. Allein Georgia war entschlossen, sich nicht länger den Besitz der reichen indianischen Marken vorenthalten zu lassen. Seine Habgier wußte von keinen Rechten der Indianer, die zu respektiren seien, und die Kommissare gaben sich dazu her, in betrügerischer Weise zu erschleichen, was nicht in ehrlichem Handel gekauft werden konnte. Ein Theil der Häuptlinge wurde bewogen, zu Indian Springs einen Kaufvertrag zu unterzeichnen, der trotz der Vorstellungen und Protestationen des Indianeragenten[2]) vom Senat und Präsidenten (Adams) genehmigt wurde.[3]) Die Creeks erklärten den Vertrag für einen schändlichen Betrug und vollstreckten an den Häuptlingen M'Intosh, Tustunugge und Hawkins das Gesetz von Tuckebachee, das den Tod über jeden Verkäufer des Stammgebietes verhängte. Die Groß-Geschworenen von Milledgeville brandmarkten die That als „ruchlosen Mord,"[4]) obwohl die Creeks nach dem Usus wie nach der ihnen in den Verträgen zuerkannten Stellung unstreitig zur Passirung eines solchen Gesetzes und seiner Vollstreckung berechtigt waren. Das war auch die Auffassung der Administration, nachdem festgestellt worden, daß M'Intosh und seine Mitschuldigen nicht der Rache Einzelner sondern einem Beschlusse der Häuptlinge zum Opfer gefallen waren. Die That erregte jedoch ernste Besorgnisse, da sich aus ihr entnehmen ließ, auf

[1]) Die Beschlüsse sind vollständig abgedruckt bei Niles XXVII pp. 222—224.

[2]) Gouverneur Troup an den Kriegssekretär Barbour, 3. Juni 1825. Niles XXVIII p. 317.

[3]) Stat. at L. VII p. 237.

[4]) Niles XXVIII p. 196.

welchen Widerstand die Vollziehung des Vertrages stoßen würde. Die rücksichtslose und anmaßende Weise, in der Gouverneur Troup auf eigene Hand die einleitenden Schritte zur Expropriation der Indianer that, war nicht dazu angethan, diese Besorgnisse zu vermindern. War doch nach der Darstellung des Indianeragenten die summarische Exekution der Häuptlinge zum großen Theil der vom Gouverneur verfügten Vermessung der Ländereien zuzuschreiben. Dieser beschuldigte dagegen den Agenten, die Indianer aufgehetzt zu haben.

Adams sah die Sache sehr ernst an. Er sandte Oberst Andrews ab, die Klagen gegen den Indianeragenten zu untersuchen, und General Gaines erhielt Auftrag, etwaige Feindseligkeiten der Indianer zu unterdrücken und zu ermitteln, in welcher Weise wohl eine Verständigung mit ihnen erzielt werden könne. Sowohl Andrews als Gaines befleißigten sich eines rücksichtsvollen, entgegenkommenden Benehmens gegen den Gouverneur, aber bald hatten sie sich vollständig mit ihm überworfen, da er sich in seinen amtlichen Mittheilungen geradezu pöbelhaft gegen sie ausließ, weil sie nicht unbedingt seine Darlegung des Sachverhaltes annahmen, sondern wirklich eine unparteiische Untersuchung anstellten. Er hielt sich nicht nur für befugt, ihnen „Rügen" zu ertheilen, sondern bestimmte auch im barschesten Herrschertone die Grenzen ihrer Kompetenz. Jeder Schritt, den sie thaten, war nach ihm eine Usurpation. Sein Beweis dafür war ein einfaches dixi! das seine Begründung in der „Souveränetät" des Staates hatte, für deren Verkörperung er den Gouverneur zu halten schien. Die Bundesregierung ist ihm eine völlig außenstehende Macht, mit der er in „diplomatischem Verkehre" steht. In seinen Mittheilungen an Andrews, Gaines und sogar an den Kriegssekretär spricht er nie von der Bundesregierung, sondern bedient sich stets des Ausdruckes „Ihre Regierung." Er steigt nicht zu einer Erörterung der Kompetenzfragen herab, weil er gar nicht die Möglichkeit von Kompetenzfragen anerkennt. Der souveräne Staat Georgia faßt souveräne Entschließungen und der ihm allein verantwortliche Gouverneur vollstreckt dieselben der Einsprache aller Gewalten der Erde zum Trotz.

In so unbedingter Weise und mit solcher Frechheit war die Staatensouveränetät noch nie plaidirt worden. Trotzdem folgte die Administration darin dem Beispiele Troup's, daß sie sich der sonst so üblichen verfassungsrechtlichen Abhandlungen enthielt. Sie ging ruhig ihren Weg weiter, es Troup überlassend, zu zeigen, wie weit er seine großen Worte durch Thaten wahr zu machen wagen werde. Der

Kriegssekretär Barbour theilte dem Gouverneur am 18. Mai 1825 in der höflichsten Form mit, daß die von ihm angeordnete Vermessung der Ländereien nicht gestattet werden könne.[1]) Daß die Bundesregierung zu diesem Verbot befugt war, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Die Vollziehung eines Vertrages steht selbstverständlich nur den Vertragsmächten zu, so weit es nicht ausdrücklich in dem Vertrage selbst anders bestimmt worden ist. Georgia war nicht eine der Vertragsmächte[2]) und hatte daher auch keinerlei Initiative hinsichtlich des Vertrages. Außerdem setzte Artikel 8 desselben fest, daß die Creeks ihren Aufbruch bis zum 1. September 1826 verziehen könnten und verpflichtete die Vereinigten Staaten, ihnen bis dahin den vollsten Schutz aller ihrer Rechte angedeihen zu lassen. Selbst der Präsident hatte also nicht das Recht, ohne Zustimmung der Indianer die Vermessung zu autorisiren. Georgia hatte aber auch abgesehen von allem diesem ganz unstreitig das Recht nicht, denn Sektion 5. des Gesetzes vom 30. März 1802 über den Verkehr mit Indianern verbot „jedem Bürger" der Vereinigten Staaten und „jeder anderen Person" bei einer Strafe von nicht mehr als $ 1000 und Gefängnißhaft von nicht mehr als zwölf Monaten die den Indianern gehörenden und zugesicherten Ländereien „zu vermessen, oder zu versuchen zu vermessen."[3])

Troup raisonnirte anders. Den 3. Juni antwortete er dem Kriegssekretär — ohne ihn „mit dem Argument zu behelligen", einfach „die Thatsache konstatirend" — daß „der Besitztitel und die Jurisdiktion Georgias mit dem Augenblicke der Ratifikation absolut geworden."[4])

---

[1]) „I am instructed to say to your excellency, that the president expects, from what has passed, as well as from the now state of feeling among the Indians, that the project of surveying their territory will be abandoned by Georgia, till it can be done consistently with the provisions of the treaty." Ibid. XXVIII p. 317.

[2]) Da die Einzelstaaten keine Verträge abschließen dürfen, so können sie überhaupt nicht Vertragsmächte sein. Art. I Sect. 10 § 1

[3]) Stat. at L. II pp. 141, 142.

[4]) „On the instant of ratification, the title and jurisdiction became absolute in Georgia, without any manner of exception or qualification, save the single one which, by the eighth article, gives to the United States the power (!) to protect the Indians in their persons and effects, against assaults upon either, by whites or Indians." (Niles XXVIII p. 318.) Der betreffende Passus in Art. 8 lautet: „the United States stipulate for their (der Indianer) protection against the encroachments, hostilities, and impositions, of the whites, and of all others.

Er zweifelte daher nicht daran, daß Barbour selbst „sogleich die Erwartung für unvernünftig erklären würde", daß dem „höchst außerordentlichen Gesuch (!)" des Präsidenten Folge gegeben werden könnte; an Aufschub der Vermessungen sei nicht zu denken.[1])

Der Ton dieses Briefes war sehr weit davon entfernt, ein „diplomatischer" zu sein. Troup gestand selbst ein, sich einer „starken Sprache" bedient zu haben, sprach aber dabei die Hoffnung aus, daß Adams ihn deswegen nicht im Verdacht haben würde, auf die Erhaltung der Union kein Gewicht zu legen. Das sah er unstreitig als ein Verdienst an, da andere „weise Männer wegen ihrer Grillen, Schrullen und Phantasien die Union um einer Lapperei willen zittern" machen.

Der letzte Satz bezog sich nicht auf die allein in Rede stehende Angelegenheit sondern auf die Sklavenfrage.[2]) Troup zerrte diese lediglich deswegen hinein, weil „die Sklaverei die Harfe mit tausend Saiten war, die jeder Demagoge spielen kann." Den Anlaß dazu boten ihm ein Antrag des Vereinigten Staaten Senators King von New York, nach Tilgung der Bundesschuld den Erlös aus dem Verkauf der öffentlichen Ländereien zur Emanzipation der Sklaven und zur Kolonisation freier Neger zu verwenden, und ein Gutachten des Generalanwaltes Wirt, in dem dieser ein Gesetz Süd Carolina's für verfassungswidrig erklärte, das alle auf einem Schiffe in Dienst stehenden freien Farbigen in Haft zu halten gestattete, bis das Schiff den Hafen des Staates verließ.[3]) Troup hatte diese beiden Thatsachen in seiner Botschaft vom 23. Mai 1825 als „zudringliches und unverschämtes Einmengen in unsere häuslichen Angelegenheiten" bezeichnet und dann daraus gefolgert, daß „bald, sehr bald die Vereinigten

[1]) „If the president believes that we will postpone the survey of the country to gratify the agent and the hostile Indians, he deceives himself."

[2]) „Even upon the subject of intensest interest to us, upon which the opinions of the president are known, many allowances are made for the immeasurable distance which separates us . . . The fearful consequences constantly in sight, keep us in a state of agitation and alarm. I strive to stave them off; and it is for this, that language is employed, sickening to the heart and most offensive to a vast portion of the common family. Who can help it when they see wise men engaged in a playfullness and pastime like this, indulging their whims and oddities and phantasies, and causing this union to tremble upon a bauble."

[3]) Opin. of the Attorn. Gen. I p. 659.

Staaten, die Maske fortwerfend, sich offen einer Verbindung von Fanatikern hingeben werden, um Alles zu zerstören, was in dem südlichen Lande einen Werth hat." Darum ermahnte er die Legislatur „auf's Nachdrücklichste jetzt, da es noch nicht zu spät, vorwärts zu treten und, da das Argumentiren erschöpft, zu den Waffen zu stehen."[1])

Bei dem gänzlichen Mangel vernünftiger Gründe für irgend welche Erregung konnte diese Sprache absichtlich darauf angelegt erscheinen, das Rowdythum, das sich sonst wohl schon in die Politik einzuschleichen begonnen hatte, auch in die Beziehungen zwischen Bundesregierung und Staaten hineinzutragen. Trotzdem fand sie einen Widerhall in der Legislatur. Der Ausschuß, dem dieser Theil der Botschaft überwiesen worden war, erstattete dem Repräsentantenhause einen Bericht, der noch lauter in das Horn der Rebellion stieß. Er „proklamirte, daß die Stunde gekommen ist, oder schnell herannaht, da die Staaten von Virginia bis Georgia, von Missouri bis Louisiana sich verbinden und wie Ein Mann der Union erklären müssen: ‚Wir wollen nicht länger unsere vorbehaltenen Rechte den schnüffelnden Verdächtigungen schlechter Menschen im Kongreß Preis geben, noch unsere konstitutionellen Rechte der dunkelen und gezwungenen Konstruktion Ränke schmiedender Leute auf der Richterbank.'" Darum solle die Legislatur beschließen, daß sie von ganzem Herzen der Aufforderung des Gouverneurs, zu den Waffen zu stehen, beistimme, und „einander Leben, Vermögen und heilige Ehre zur Durchführung dieses Entschlusses verpfänden."[2]) Das Erstaunen und die Entrüstung in den anderen Staaten über diese unmotivirten Wuthausbrüche waren so groß, daß die Legislatur es für angezeigt hielt, dem Gouverneur und ihrem eigenen Ausschuß allein die Verantwortung zu überlassen; sie vertagte sich, ohne zu einer Beschlußfassung über den Ausschußbericht gekommen zu sein. In dem eigentlichen Streite aber ließ sie den Gouverneur nicht im Stiche. Diesen führte denn auch Troup mit aller Energie fort, obwohl er es aufgeben mußte, einen Zank über die Sklavenfrage vom Zaune zu brechen.

Troup notifizirte Gaines am 13. Juni, daß die Vermessung der Ländereien vorgenommen werden würde „ohne Rücksicht auf die

---

[1]) Niles XXVIII p. 240. In dieser Botschaft findet sich auch das später oft angeführte Wort: „it (slavery) may be our physical weakness — it is our moral strength."

[2]) Ibid. XXVIII pp. 271, 272.

Schwierigkeiten, die von irgend einer Seite her in den Weg gelegt werden könnten." Gaines antwortete darauf, daß den Indianern bereits Kenntniß von dem Veto gegeben worden sei, das die Bundesregierung gegen dieses Vorhaben eingelegt habe. Dieser Brief kreuzte sich mit einem neuen Schreiben Troup's, in dem er Gaines zu wissen that, daß die Gesetze Georgia's bereits auf das Creek-Gebiet ausgedehnt worden seien und er sie „natürlich" zu vollstrecken habe. Den folgenden Tag sandte er wieder ein ausführliches Schriftstück ab, in dem er die Rechtsfrage in dem bekannten Satze der Kentucky Resolutionen summirte: „da zwei unabhängige Parteien in dem Streite sind, so muß jede für sich selbst entscheiden." Er habe daher „nur zu wiederholen, daß die Vermessung Statt finden werde, koste es was es wolle." An demselben Tage ging ein Schreiben aus dem Kriegsdepartement ab, das dem Gouverneur erklärte, die Ausführung seines Vorhabens werde auf seine Verantwortung geschehen; die Bundesregierung stehe nicht für die Folgen ein. Troup's Antwort vom 25. Juni war vom ersten bis zum letzten Worte Insulte. Er insinuirte, daß die Bundesregierung die Indianer aufstachele, den Tomahawk und das Skalpirmesser ihre blutige Arbeit thun zu lassen, forderte Aufschluß über die Endabsichten der Regierung, damit Georgia sich „gegen die Perfidie und den Verrath falscher Freunde" waffnen und schützen könne, und erklärte, bei seinem Entschlusse zu beharren, „wie General Gaines bereits zur Genüge unterrichtet worden."[1]) Jetzt endlich hielt es auch die Administration für an der Zeit, sich einer Sprache zu bedienen, die nicht mißverstanden werden konnte. Den 21. Juli wurde Troup von dem Kriegsdepartement „die Entscheidung" des Präsidenten gemeldet, daß die Vermessung nicht „erlaubt" werden würde. Gleichzeitig erhielt Gaines Weisung, nöthigen Falles mit bewaffneter Macht einzuschreiten, und diese Instruktion wurde auch Troup abschriftlich mitgetheilt.[2]) Troup, der schon früher sowohl Andrews als Gaines allen weiteren Verkehr verboten hatte, schien jetzt auch dem Kriegsdepartement die Verbindung kündigen zu wollen. Den 7. August schrieb er direkt dem Präsidenten einen langen Klage- und Anklagebrief, der ein wahres Musterstück von Anmaßung und Unverschämtheit war.[3]) Adams mußte sich sagen lassen, daß er, „nach Belieben Verträge mache und

---

[1]) Diese Korrespondenz steht vollständig bei Niles XXVIII pp. 392—398.
[2]) Ibid. XXVIII pp. 412,
[3]) Ibid. XXIX pp. 14—16.

breche"[1]) und wurde schließlich vor den hohen Richterstuhl der „Regierung von Georgia" zur Rechenschaftsablegung gefordert.[2]) Wie er sich zur „Entscheidung" des Präsidenten zu verhalten gedenke, darüber sagte Troup in diesem Schreiben nichts, aber die Vermessung unterblieb zunächst. In seiner Botschaft vom 8. November an die Legislatur erklärte er jedoch, daß er lediglich deswegen vorerst unter Protest Abstand von ihr genommen, weil der Präsident die Absicht ausgesprochen habe, die ganze Angelegenheit dem Kongreß vorzulegen. Dazu bemerkte er aber noch, daß er damit nicht die „Gesetzmäßigkeit" des vom Präsidenten in Aussicht genommenen Verfahrens habe anerkennen wollen; er glaube nur, daß „die Entscheidung" dieser Frage mehr der Legislatur von Georgia als ihm zustehe; diese sei „noch frei so zu handeln, als wenn die Exekutive keine Maßregel hinsichtlich jener Verweisung getroffen hätte."[3])

Damit war die Sache für eine Weile zu einem Stillstande gelangt. Die der Administration freundliche Presse pries die Festigkeit des Präsidenten und schrieb ihm einen vollständigen Sieg zu. Die europäischen Zeitungen, namentlich die englischen, die den Streit mit lebhaftem Interesse verfolgt hatten, bekamen manches höhnende Wort über die ihrer Feindseligkeit gegen alles Republikanische entspringende Kurzsichtigkeit zu hören, die sie bereits die Vereinigten Staaten in Bürgerblut gebadet und die Union für immer zersprengt hatte sehen lassen.[4]) Der Spott war nicht unverdient, denn wenn auch Virginia und die

---

[1]) „The general (Gaines) is correct in one of his positions, and, being in the right himself, he puts you in the wrong, and so conspicuously that you stand on the insulated eminence, an almost solitary advocate, for making and breaking treaties at pleasure."

[2]) „Now sir, suffer me in conclusion, to ask if these things have been done in virtue of your instructions, expressed or implied, or by authority of any warrant from you whatsoever, and if not so done, whether you will sanction and adopt them as your own, and thus hold yourself responsible to the government of Georgia."

[3]) Niles XXIX p. 203.

[4]) Die folgende merkwürdige Stelle findet sich in einem Artikel von Bell's Weekly Messenger über den Zank zwischen Georgia und der Administration. „Suppose, therefore, that an American civil war should break out, what will be its probable issue? The suitable answer to this question is to be sought in a comparative estimate of the strength of the northern and southern states, and very fortunately, the power of the northern provinces so far exceeds that of their southern neighbors, as not to leave the latter any hope of a long contest. Add to this an immense advantage in favor of the union. If

Carolinas mit Georgia sympathisirten, so dachten sie doch nicht daran, seinem wüthigen Gouverneur so weit zu folgen, als es ihm zu gehen beliebte. Allein andererseits waren auch die Siegesfanfaren der Administrationspartei durchaus nicht gerechtfertigt. Der Streit war unfraglich nicht eine Illustration der Stärke sondern der Schwäche der Union. Ohne sich darüber auszusprechen, ob der Vertrag zu Indian Springs durch Betrug erlangt worden sei, verstand sich der Senat doch zu einem neuen Vertrage, der den Creeks weit günstiger war.[1]) Troup aber wurde in keiner Weise vom Kongreß behelligt. Der moralische Eindruck, den das Volk empfing, war daher keineswegs der einer kräftigen Wahrung der Bundesautorität gegenüber den staatenrechtlichen Anmaßungen Georgia's. Man sagte freilich, daß keine Veranlassung zu irgend welchen Schritten gegeben sei, da bis jetzt nicht nur blos Drohungen aber keine Thaten vorlägen, sondern auch die Drohungen nicht vom Staate sondern nur von einer Anzahl von „Individuen" ausgingen. Die offiziellen Handlungen eines Gouverneurs schlechthin als die eines Individuums zu bezeichnen, hatte mindestens das Verdienst der Neuheit. Außerdem war es nicht richtig, daß Troup den Kampf mit der Administration ganz auf eigene Faust begonnen und fortgeführt habe; er durfte sagen, daß er nur „die Gesetze des Staates Georgia vollstrecken" wolle. Die Majorität der Legislatur mochte nicht ganz so weit wie er gehen, aber sie folgte ihm so dicht auf den Fuß, daß sie auch nicht den leisesten Versuch machte, ihn zurückzuhalten. Und die Legislatur war der genaue Ausdruck der Volksstimmung. Im Herbst fand die Gouverneurswahl Statt. Der Wahlkampf war ungemein heftig und wurde nur mit wenigen Stimmen, aber doch zu Gunsten Troup's entschieden.[2]) Die Majorität der Bevölkerung stand also hinter ihm und seine Botschaft vom 8. November hielt daher auch alle die früher erhobenen Ansprüche aufrecht.[3])

---

the federal government finds itself pressed, it will only have to pass a law declaring the southern slaves all free, and they will all rise, and join them to a man. The southern states will then have enough to do at home, and will be compelled to resort to the protection of the united government."

„We know not, indeed, but that this may be the secondary instrument by which Providence is about to put an end to the system of slavery in the new continent, and, in this point of view, it may eventually lead to the greatest good."

[1]) 24. Jan. 1826. Stat. at L. VII p. 286.

[2]) Er erhielt 20,545 gegen 19,857 Stimmen. Niles XXIX p. 216.

[3]) Ibid. XXIX p. 200 ff.

Der neue Vertrag mit den Creeks war Georgia durchaus nicht genehm. Die Häuptlinge, die ihn in Washington unterhandelt, hatten anfänglich erklärt, daß ihre Vollmachten ihnen nicht gestatteten, die Abtretung über den Chatahoochie auszudehnen.[1]) Schließlich ließen sie sich jedoch zu einer weiteren Abtretung bewegen.[2]) Im Senat wurde später behauptet, daß sie von Anfang an zu derselben ermächtigt gewesen seien und nur deswegen Schwierigkeiten gemacht hätten, um sich und ihren Spießgesellen betrügerischer Weise einen ungebührlichen Theil der Kaufsumme zu sichern.[3]) Schon dieser Umstand gab zu heftigen Angriffen gegen den Vertrag und die Administration Anlaß. Noch größere Unzufriedenheit erregte es, daß nicht, wie im Vertrage zu Indian Springs, einfach die Abtretung des „ganzen innerhalb des Staates Georgia liegenden Gebietes" stipulirt war. Die Administration hatte versucht, diesen Artikel unverändert in den neuen Vertrag herüberzunehmen, aber die Creeks hatten sich hartnäckig geweigert, weil die Grenzlinie zwischen Georgia und Alabama noch nicht gezogen war und sie daher gar nicht gewußt hätten, was sie eigentlich abträten.[4]) Senator Berrien von Georgia klagte, daß der Staat eine Million Acres durch die veränderte Fassung des Vertrages einbüße und beschuldigte die Administration, sich „mit Bewußtsein als Instrument zu dem Betruge" hergegeben zu haben, den die Häuptlinge gegen ihre eigenen Stammesgenossen planten.[5]) Troup erklärte kurz und bündig, daß er sich lediglich an den Vertrag zu Indian Springs halte, da die durch diesen erworbenen Rechte Georgia nicht wieder entzogen werden könnten[6].) Die Landvermesser erhielten demgemäß Auftrag, auch das westlich von der im Vertrage zu Washington stipulirten Grenzlinie liegende Gebiet aufzunehmen. Die Indianer zwangen sie jedoch, ohne ihnen persönlich ein Leid anzuthun, die begonnene Arbeit einzustellen, und ersuchten den Präsidenten um Wahrung ihrer vertragsmäßigen Rechte. Adams ließ sogleich, auf Grundlage des früher erwähnten Gesetzes von 1802, an den Ver. Staaten-Anwalt und Mar-

---

[1]) Deb. of Congr. VIII pp. 583, 587.

[2]) Siehe die genaue Umschreibung dieses Gebietes im Art. 2. des Vertrages.

[3]) Deb. of Congr. VIII p. 591 u. a. a. O.

[4]) Barbour an Troup, 27. Nov. 1826. Niles XXXI p. 282.

[5]) Deb. of Congr. VIII pp. 583, 588.

[6]) Troup an Barbour, 17. Febr. 1827. Niles XXXII p. 16.

schall in Georgia den Befehl ergehen, die jenseit der zuletzt festgesetzten Grenzlinie mit Landvermessungen beschäftigten Individuen zu verhaften und den zuständigen Gerichten zu überliefern. Troup wurde von diesem Befehl in Kenntniß gesetzt und dabei bedeutet, daß Bundesmilitär aufgeboten werden würde, wenn weitere Verletzungen des Vertrages es nothwendig erscheinen ließen.[1]) Gleichzeitig brachte Adams jetzt auch die ganze Angelegenheit in förmlicher Weise durch eine besondere Botschaft vor den Kongreß.[2]) Er sprach darin die Ueberzeugung aus, daß „eine Verpflichtung, die selbst höher als die menschlicher Autorität", ihn zwingen würde, im äußersten Falle mit Gewalt einzuschreiten, erklärte aber auch, daß er zuvor alle anderen Mittel erschöpfen werde; als wesentlichsten Grund dafür, daß er sich bisher nicht des Militärs bedient habe, gab er an, daß dieses wahrscheinlich zu einem gewaltsamen Zusammenstoße mit Georgia geführt haben würde, „welcher der Union eine Wunde geschlagen und das Schauspiel eines dieser konföderirten Staaten im Kriege mit den übrigen dargeboten haben würde." Adams war ein zu gewiegter Staatsmann und zu sehr des Verfassungsrechtes kundig, als daß er in einer so ernsten Angelegenheit in einem offiziellen Aktenstücke irgend ein Wort leichthin gebraucht hätte. Sein ganzes Verhalten läßt keinen Zweifel darüber, daß er es für Rebellion gehalten haben würde, wenn den Bundestruppen mit Gewalt begegnet worden wäre. Wenn er trotzdem sagte, daß Georgia sich in dem Falle in einem Kriege mit den übrigen Staaten befinden würde, so läßt sich das nur durch die Annahme erklären, daß er absichtlich die Sprache der Autorität vermied. Man würde ihm Unrecht thun, wenn man annehmen wollte, daß er nur aus Rücksicht auf Georgia der Staatensouveränetät diese Reverenz gemacht. Gerade deswegen läßt sich aber um so besser daraus abnehmen, wie es zur Zeit um die relative Stärke der nationalen Idee und der partikularistischen Tendenzen bestellt war, oder wenigstens wie ihr Stärkeverhältniß von den leitenden Staatsmännern abgeschätzt wurde.

Einige Wochen nachdem Adams die Angelegenheit vor den Kongreß gebracht, lief die Antwort Troup's auf die Ankündigung ein, daß die Einhaltung der Vertragsbedingungen im Nothfall mit Gewalt erzwungen werden würde. Er erklärte dem Kriegssekretär mit dem „Trotz", den die Drohung verdiene, daß einem solchen Versuch bis

---

[1]) Siehe die betreffenden Aktenstücke Niles XXXI p. 372.

[2]) 5. Febr. 1827. Statesm.'s Man. I p. 642.

auf's Aeußerste Widerstand geleistet werden würde. An demselben Tage ließ er den Generalanwalt und die Generalprokuratoren (solicitors general) instruiren, mit allen „nöthigen und gesetzlichen (?) Mitteln" die Befreiung der Landvermesser zu bewirken, die „unter der Autorität der Regierung der Vereinigten Staaten" verhaftet würden, und die sie verhaftenden Personen vor Gericht zu ziehen. Ferner erhielten „die Generalmajore der 6. und 7. Division" Befehl, ihre Truppen in Bereitschaft zu halten, „irgend eine feindliche Invasion des Gebietes dieses Staates zurückzuschlagen."[1]) In einem Schreiben vom 27. Februar gab er den Senatoren und Repräsentanten von Georgia Kenntniß von allen diesen Schritten, gleichzeitig in einigen Sätzen seine Stellung in der Verfassungsfrage scharf dahin definirend, daß **Souveränetätsfragen zwischen den Staaten und den Vereinigten Staaten nicht von dem Oberbundesgerichte entschieden werden dürften, sondern auf dem Wege der Unterhandlung zu erledigen seien, bis in der Konstitution ein anderer Weg vorgesehen werde.**[2])

Adams hatte es in seiner Botschaft „der Weisheit des Kongresses anheim gegeben, zu entscheiden, ob ein weiterer legislativer Akt nothwendig oder zweckmäßig" sei. Was also auch immer geschah, der Präsident war nicht mehr allein dafür verantwortlich. That der Kongreß nichts, gab er nicht einmal in unzweideutiger Weise seine Ansicht über die ganze Sache zu erkennen, so war das natürlich auch eine Antwort auf die Aufforderung des Präsidenten und jedes Kind konnte sie verstehen. Das war es, wofür der Kongreß sich entschied.[3]) Das Land

---

[1]) Siehe die betreffenden Aktenstücke Niles XXXII p. 16.

[2]) „I consider all questions of mere sovereignty as matters for negotiation between the states and the United States, until the competent tribunal shall be assigned by the constitution itself for the adjustment of them ... On an amicable issue made up between the United States and ourselves, we might have had no difficulty in referring it to them as judges, protesting, at the same time, against the jurisdiction, and saving our rights of sovereignty ..... But according to our limited conception, the supreme court is not made, by the constitution of the United States, the arbiter in controversies involving rights of sovereignty between the states and the United States." Niles XXXII p. 20.

[3]) Der Senat passirte eine Resolution, die den Präsidenten aufforderte, seine Bemühungen zur Löschung des Besitztitels der Indianer fortzusetzen. Was das Haus anlangt, so finde ich in den mir zu Gebote stehenden Quellen nur die Verweisung der Angelegenheit an einen Ausschuß erwähnt. Ich vermag nicht mit Gewißheit zu sagen, daß nie ein Beschluß gefaßt wurde, aber wenn es geschah, so hatte er sicher keine Bedeutung.

nahm diesen Entschluß mit ziemlicher Indifferenz auf. Es hatte kaum einen anderen erwartet und er brachte zu Wege, was man allgemein wünschte. Eine große Majorität mißbilligte entschieden das Verhalten Georgia's und namentlich Troup's. Aber man war der Sache herzlich müde, und freute sich nur der Aussicht, daß endlich das leidige Gezänk ein Ende nehmen würde. Die Mehrheit der Staaten fand es ganz billig und angemessen, daß der Präsident die vertragsmäßigen Rechte der Indianer zu wahren suchte. Allein um dieser Rechte willen es zu einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen einem „souveränen" Staat und der Bundesregierung kommen zu lassen, das erschien — auf welcher Seite auch die Schuld läge — als der Gipfel der Thorheit und des Frevels. Noch war die politische Moral der Vereinigten Staaten sehr weit davon entfernt, Rechtsverbindlichkeiten gegenüber Indianern gleich anderen Rechtsverbindlichkeiten anzusehen. Mochte sich das entschuldigen lassen oder nicht, jedenfalls war es hier vom Standpunkte der praktischen Politik nur eine ganz nebensächliche Frage. Das Wesentliche, um das es sich handelte, war nicht das Recht der Creeks, sondern der Eckstein des Rechtsfundamentes der ganzen Union. Gewiß, es war keine Gefahr vorhanden, daß er im Augenblick zerbrochen und zerstoßen werden würde. Aber die Aufforderung des principiis obsta! trat wieder an die Bundesregierung heran und dringlicher als je zuvor. Man kam der Aufforderung nicht nach, und nicht erst Kinder und Enkel hatten zu erfahren, daß sich in der Politik Unterlassungssünden ebenso schwer wie Begehungssünden rächen. Georgia hatte noch einen anderen Stachel im Fleisch, der schwerer zu entfernen war. Da es nun aber die Probe gemacht, wie viel es sich ungestraft herausnehmen dürfe, ging es ohne Verzug und mit doppelter Dreistigkeit an's Werk.

Außer den Creeks lebten noch etwa 10,000 Cherokees innerhalb der Grenzen Georgia's.[1]) Ihr Gebiet war in jeder Hinsicht reich von der Natur gesegnet[2]) und Georgia trug daher besonderes Verlangen nach ihm. Allein, obwohl sie an Zahl den Creeks bedeutend nachstanden, so war es doch weit schwieriger sich ihrer zu entledigen, weil sie einen viel höheren Grad von Kultur erreicht hatten. Sie führten ein vollkommen gesittetes Leben, lagen mit Erfolg nicht nur dem

[1]) Clay's Rede „Our Treatment of the Cherokees." Speeches II p. 249.

[2]) Siehe die Schilderung im Berichte des Kriegssekretärs, Execut. Docum. of 1825—26, Doc. 102.

Ackerbau, sondern auch dem Handel ob, versuchten sich selbst mit Glück in der kleinen Industrie und ließen sich mit Eifer die bessere Ausbildung des heranwachsenden Geschlechtes angelegen sein.[1] Natürlich war ihre Kultur keine selbstständige, aber sie verstanden es mit dem Beistande der Bundesregierung und religiöser Genossenschaften, sich nach und nach die Errungenschaften ihrer weißen Nachbarn anzueignen, ohne in ihnen aufzugehen. Das Aufgeben ihrer eigenen politischen und sozialen Organisation war ihnen ein ebenso unleidlicher Gedanke als das Eintauschen ihrer blühenden Ansiedelungen gegen die Wildniß westlich vom Mississippi. Darum hatten sie mit allen Mitteln versucht, die Creeks von der Abtretung ihrer Ländereien abzuhalten, denn sie erkannten wohl, daß Georgia sie ungleich leichter vor diese Alternative würde drängen können, wenn es erst den mächtigeren Bruderstamm entfernt habe. Daß dieses die Absicht sei, war schon lange vor der Verständigung mit den Creeks in den Botschaften der Gouverneure und auch in der Legislatur ohne Hehl ausgesprochen worden. Schon Ende 1826 begann die Legislatur durch Gesetze den Weg zur Verwirklichung der Absicht zu bahnen. So beraubte ein Gesetz vom 26. Dezember alle Indianer, die der englischen Sprache nicht mächtig waren, des Rechtes, Zeugniß vor irgend einem Staatsgerichte abzulegen.[2] Als dann der Versuch Adams', den Kongreß zum Einschreiten gegen die gesetzwidrigen Anmaßungen Georgia's zu vermögen, so kläglich gescheitert war, wurde die in jenem Gesetze angedeutete Politik systematisch weiter verfolgt. Ein Gesetz vom 26. Dezember 1827 schlug einen Theil des Cherokee-Gebietes zu den Counties Carroll und De Kalb, um ihn der Kriminaljurisdiktion des Staates zu unterwerfen.[3] Die Cherokees sandten eine Delegation nach Washington, die am 11. Februar 1829 durch den Kriegssekretär dem Präsidenten einen schriftlichen Protest gegen diese Eingriffe in ihre seit jeher genossenen und feierlich garantirten Rechte einreichte. Adams that jedoch keine Schritte in der Sache, weil sein Amtstermin nach wenigen Wochen ablief.

Mit Adams verloren die unglücklichen Indianer ihren letzten

---

[1]) Vergl. außer dem angeführten Bericht des Kriegssekretärs Richter Johnson's Bemerkungen in Sachen Cherokee Nation v. State of Georgia (Peter's Rep. V p. 21; Curtis IX p. 184.); Wirt's Schreiben an Gouv. Gilmer, 4. Juni 1830 (Niles XXXIX pp. 69, 70) und Deb. of Congr. X u. XI passim.

[2]) Niles XXXV p. 42.

[3]) l. c.

Rückhalt. Er war zwar auch nicht sogleich und mit ganzer Energie den Anmaßungen Georgia's entgegengetreten und hatte dadurch viel an ihnen und an der ganzen Union verschuldet, aber er war doch aufrichtig gewillt, sie nicht in ihren verbrieften Rechten kränken zu lassen. Jackson kann freilich auch nicht angeklagt werden, ihnen wissentlich Unrecht gethan zu haben, aber er hielt in allen Fragen das für Recht, was ihm richtig erschien.

Den 18. April 1829 wurde den Cherokees von dem Kriegssekretär Eaton der Bescheid des Präsidenten mitgetheilt,[1]) der darauf hinauslief, daß „es eine einzige Alternative gibt — sich der Herrschaft der Gesetze zu unterwerfen, die Georgia beansprucht und die es ein Recht hat, auf das ganze innerhalb seiner Grenzen gelegene Gebiet auszudehnen, oder fortzuziehen und Euch mit Euren Brüdern jenseit des Mississippi zu vereinigen." Einen anderen Weg sah er nicht, weil der Bundesregierung „das Recht, Euch innerhalb der Grenzen eines Staates den Genuß einer gesonderten Regierung zu gestatten und jenem Staate innerhalb seiner eigenen Grenzen die Ausübung der Souveränetät zu untersagen, nicht zugestanden werden kann."[2]) Von der Bundesexekutive hatte Georgia also nichts mehr zu fürchten, so lange es die Cherokees nicht mit Gewalt aus ihrem Besitzthum vertrieb, sondern sich daran genügen ließ, Gesetze zu machen, die einen im eigentlichen Sinne des Wortes unerträglichen Zustand für die Indianer schufen.

Jackson's Entscheid veranlaßte den Rath der Häuptlinge, jeden Landverkauf ohne vorherige Einwilligung des Stammes mit dem Tode zu bedrohen.[3]) Gouverneur Carroll von Tennessee, der vom Präsidenten mit den Unterhandlungen über die Erwerbung des Gebietes betraut worden war, wurde rundweg jede Erörterung der Frage verweigert.[4]) Diese entschiedene Haltung trieb die Legislatur von Georgia an, um so schneller den ausgedehntesten Gebrauch von den „Souveränetätsrechten" des Staates zu machen. Gouverneur Forsyth hatte schon in seiner Botschaft vom 4. November 1828 der Legislatur empfohlen,

---

[1]) Ibid. XXXVI pp. 258, 259. Vergl. auch den Bericht von Wiley Thompson über seine Unterredung mit Jackson. Ibid. XXXVI p. 231.

[2]) Vergl. damit die von Jefferson als Staatssekretär ausgesprochene Ansicht, 10. August 1791. Jeff.'s Works III pp. 280, 281.

[3]) Niles XXXVII p. 235.

[4]) Ibid. XXXVII. p. 94.

nicht länger „die Ausdehnung aller Staatsgesetze“ auf das Gebiet der Cherokees zu verzögern, vorzüglich weil der gesammte, zum Theil in den Nachbarstaaten angesessene Stamm sich eine konstitutionelle Regierungsform gegeben hatte.[1]) Das Gesetz vom 19. Dezember 1829 führte dieses aus, indem es „alle Gesetze und Verordnungen der Cherokees annullirte“, ihr Gebiet zerstückelte und es zu fünf Counties des Staates schlug. Außerdem belegte das Gesetz Verbot und Behinderung der Auswanderung der Indianer und des Verkaufes ihrer Ländereien mit einer Strafe von vier bis sechs Jahren Zuchthaus bei harter Arbeit.[2]) Elf Tage vorher hatte Jackson durch seine Jahresbotschaft dem ganzen Lande zu wissen gethan, daß seiner Ansicht nach Georgia von jedem Gesichtspunkte aus zu derartigen Maßnahmen berechtigt sei.[3]) Einige Monate später gab der Kongreß indirekt seine Uebereinstimmung mit dieser Auffassung zu erkennen, indem er eine bedeutende Summe Geldes votirte, die der Präsident zur „Entfernung“ (removal) der Indianer verwenden sollte.[4])

Unter diesen Umständen blieb den Cherokees nur noch übrig, bei dem Oberbundesgerichte Hülfe zu suchen. Der frühere Vereinigte

---

[1]) Ibid. XXXV p. 222.

[2]) Das ganze Gesetz, das zu den schändlichsten Vergewaltigungen in diesem langen, dunklen Kapitel der amerikanischen Geschichte gehört, ist in Sachen Worcester v. State of Georgia (Peters' Rep. VI pp. 525—528; Curtis X pp. 218—221) und auch bei Niles XXXVIII p. 54 abgedruckt.

[3]) Statesm.'s Man. I pp. 709, 710.

[4]) Die Debatten über diese Bill (Deb. of Congr. X u. XI passim) sind äußerst interessant wegen der dummpfiffigen Sophistik, mit der die rücksichtsloseste Geltendmachung des Rechtes des Stärkeren in den Mantel der Gerechtigkeit und selbst der Humanität gehüllt wird. Unter den Vertretern des Nordens, die mit großem Nachdruck für die Rechte der Indianer auftraten, verdient besonders Frelinghuysen genannt zu werden. Gerechtigkeit verlangt jedoch auch einen Hinweis darauf, daß das von den Cherokees angestrebte Verhältniß auf die Dauer nicht haltbar war. Es scheint mir keiner Frage zu unterliegen, daß sie das Recht auf ihrer Seite hatten, wenn sie forderten, daß man sie, unter dem Schutz und der Oberhoheit der Vereinigten Staaten, in selbstständiger politischer Organisation forteristiren lasse. Die Verpflichtung, die 1802 von den Vereinigten Staaten Georgia gegenüber übernommen worden war, konnte daran nichts ändern, denn das Recht der Cherokees war viel älter. Allein ein politisches Gemeinwesen in dem Territorium eines oder mehrerer Staaten der Union, unter der Oberhoheit und doch nicht — verfassungsrechtlich — in der Union, das war eine Anomalie, die nicht andauern konnte; die realen Verhältnisse waren mächtiger als das verbriefte Recht. Allein es hätte eine billigere und humanere Vermittelung zwischen dem verbrieften Rechte und den Forderungen der realen Verhältnisse gefunden werden müssen und sie wäre gefunden worden, wenn man sie hätte finden wollen.

Staaten-Generalanwalt Wirt ließ sich bereit finden, ihre Sache zu führen. Seine Argumentation gegen den Anspruch Georgia's, seine Jurisdiktion über das Cherokee-Gebiet ausdehnen zu dürfen, war unwiderleglich.[1]) Es war mit Bestimmtheit anzunehmen, daß dieses auch die Ansicht des Oberbundesgerichtes sein würde, da es bereits vor einigen Jahren ein Urtheil abgegeben, aus dem die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes vom 19. Dezember 1829 unmittelbar gefolgert werden mußte.[2]) In Folge eines Formfehlers kam jedoch die eigentliche Frage gar nicht zur Aburtheilung. In der Klageakte waren die Cherokees als „ein fremder Staat" (a foreign state) bezeichnet. Das Gericht entschied, daß diese Bezeichnung „im Sinne der Konstitution" nicht auf sie Anwendung fände, und daß sie daher nicht als fremder Staat eine Klage bei den Bundesgerichten anhängig machen könnten.[3]) Allein, obwohl ihre Klage wegen Kompetenzmangel abgewiesen wurde, so nahm Oberrichter Marshall, der das Urtheil des Gerichtes abgab, doch Gelegenheit zu erklären, daß die Cherokees nach Ansicht der Majorität

---

[1]) Niles XXXIX pp. 81—88. Es ist überflüssig näher auf die Beweisführung einzugehen, weil ein Satz zur Rechtfertigung der im Text ausgesprochenen Ansicht genügt. „The 11th article of the treaty of Holston (cfr. Stat. at L. VII p. 41) contains an express and decisive admission of the principle implied in all the treaties (zwischen den Ver. Staaten und den Cherokees), throughout all their provisions: to wit — that the territory of the Cherokees is not within the Jurisdiction of the states, nor subject to their laws. This treaty is recognized as in full force by all the subsequent treaties. Georgia, as one of the United States, is a party to it, and is estopped to deny what she has thus solemnly admitted."

[2]) In Sachen Johnson and Graham's Lessee v. M'Intosh heißt es: „If an individual might extinguish the Indian title for his own benefit, or, in other words might purchase it, still he could only acquire that title. Admitting their power to change their laws or usages, so far as to allow an individual to separate a portion of their lands from the common stock, and hold it in severalty, still, it is a part of their territory, and is held under them, by a title dependent on their laws. The grant derives its efficacy from their will; and if they choose to resume it, and make a different disposition of the land, the courts of the United States cannot interpose for the protection of the title. The person who purchases lands from the Indians, within their territory, incorporates himself with them, so far as respects the property purchased; holds their title under their protection, and subject to their laws. If they annul the grant, we know of no tribunal which can revise and set aside the proceeding." Wheat.'s Rep. VIII p. 593; Curtis V p. 516.

[3]) Cherokee Nation v. State of Georgia. Peters' Rep. V p. 20; Curtis IX p. 183.

der Richter ein besonderes politisches Gemeinwesen mit dem ausdrücklich anerkannten Rechte der Selbstregierung bildeten.[1])

Daß die bloße Ansicht der Richter keinen Einfluß auf Georgia ausüben würde, war nach dem Vorhergegangenen vorauszusehen. Wirt hatte bei Gouverneur Gilmer angefragt, ob der Staat sich nicht, wie Virginia und Maryland in anderen Fällen gethan, dazu verstehen würde, auf freie Vereinbarung der Parten hin den Streit dem Oberbundesgerichte zur Entscheidung zu unterbreiten. Auf sein mit studirter Höflichkeit abgefaßtes Schreiben, erhielt er eine Antwort, in der Gilmer den Beweis lieferte, daß selbst Troup seinen Meister in unmotivirten Grobheiten und gemeinen Beleidigungen finden könne.[2]) Von den Staatsrichtern schien sogar noch Schlimmeres zu erwarten zu sein. Richter Clayton hatte schon in einer wüthigen politischen Harangue vor den Groß-Geschworenen erklärt, daß er keinem Geheiß oder Spruch des Oberbundesgerichtes in der Cherokee-Angelegenheit irgend welche Berücksichtigung schenken werde. Die Thatsachen lehrten bald, daß Clayton damit nur ausgesprochen, was bei dem Gouverneur und der Legislatur längst beschlossene Sache war. Ein gewisser George Tassels hatte im Cherokee Gebiete einen Todtschlag begangen, war deswegen vor dem Obergerichte (superior court) des Staates prozessirt, des Mordes schuldig befunden und zum Tode verurtheilt worden. Vor der Vollstreckung des Urtheils lud Oberrichter Marshall auf einen writ of error hin den Staat in der üblichen Weise vor, nachzuweisen, „warum das Urtheil nicht berichtigt werden solle.“[3]) Der Gouverneur übersandte die La-

---

[1]) „So much of the argument as was intended to prove the character of the Cherokees as a state, as a distinct political society, separated from others, capable of managing its own affairs and governing itself, has, in the opinion of a majority of the judges, been completely successful. They have been uniformly treated as a state from the settlement of our country . . . The acts of our government plainly recognize the Cherokee nation as a state, and the courts are bound by those acts.“ Peter's Rep. V p. 16; Curtis IX p. 180.

[2]) Siehe die Korrespondenz bei Niles XXXIX pp. 69—71. Gilmer gab sogar zu verstehen, daß Wirt, wenn er das Gebiet Georgia's betrete, zur Rechenschaft dafür gezogen werden würde, daß er sich zum Sachwalter der Cherokees hergegeben habe.

[3]) Amendment IX der Verfassung bestimmt, daß „any suit in law or equity“ nicht von einem Individuum gegen einen Staat der Union bei den Bundesgerichten anhängig gemacht werden dürfe. Das Oberbundesgericht hatte jedoch bereits 1821 in Sachen Cohens v. Virginia entschieden: „the defendant who removes (durch einen writ of error) a judgement rendered against him by a

dung des Oberrichters der Legislatur mit einem Begleitschreiben, in dem er erklärte, daß er Befehle des Oberbundesgerichtes, die sich in die verfassungsmäßige Jurisdiktion des Staates mengten, nicht berücksichtigen und einem Versuch, sie zu vollstrecken, mit allen den Mitteln widerstehen würde, die ihm die Gesetze des Staates verliehen. Die Legislatur stand nicht hinter dem Gouverneur zurück. Beide Häuser passirten eine Reihe von Resolutionen des folgenden Inhaltes: Das Vorgehen des Oberrichters der Vereinigten Staaten ist „eine flagrante Verletzung der Rechte" des Staates; der Gouverneur und sämmtliche Beamte des Staates sind gehalten, alle vom Oberbundesgerichte ausgehenden Geheiße unbeachtet zu lassen, die eine Behinderung der Vollstreckung der Kriminalgesetze des Staates bezwecken; der Gouverneur ist gehalten, jedem Eingriff (invasion) in die Kriminalrechtspflege des Staates mit allen ihm durch die Verfassung und die Gesetze des Staates verliehenen Mitteln „Widerstand zu leisten;" „der Staat Georgia wird nie seine Souveränetät als ein unabhängiger Staat so weit kompromittiren, daß er eine Partei in dem Prozeß wird, den man durch den in Rede stehenden Befehl vor dem Oberbundesgericht anzustrengen sucht;" der Gouverneur soll dem Sheriff von Hall County diese Resolutionen so weit mittheilen, als es, „zur Vollstreckung der Gesetze in dem Falle George Tassels' nothwendig ist."[1]) Dieser Weisung gemäß wurde Tassels am 28. Dez. 1830 hingerichtet. Das war das Ende dieser Sache. Jetzt durfte man sich füglich nochmals fragen, was der „Sieg" werth war, den Adams über Troup errungen hatte. Hatte das Gebäude der Union einen Schlußstein, so war es unstreitig das Oberbundesgericht. Er war dem souveränen Staate Georgia zu einem Stein des Aergernisses geworden und mit einem verachtungsvollen Fußstoß

---

state court into this court, for the purpose of reëxamining the question whether that judgement be in violation of the constitution or laws of the United States, does not commence or prosecute a suit against the State, whatever may be its opinion where the effect of the writ may be to restore the party to the possession of a thing which he demands." Wheat.'s Rep. VI p. 412; Curtis V p. 105.

[1]) Niles XXXIX p. 338. Vergl. den Bericht eines Ausschusses des Repräsentantenhauses der Legislatur von Pennsylvania vom 1. März 1809 (Niles XLIII Suppl. p. 24.) und die Antwort der Legislaturen von Georgia und Virginia auf das von Pennsylvania vorgeschlagene Amendement zur Konstitution (ibid. pp. 83,84 und XLII p. 93.)

schleuderte es ihn bei Seite und es wurde auch nicht der leiseste Versuch gemacht, es dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Der weitere Verlauf des ungleichen Kampfes zwischen Georgia und den Cherokees braucht hier nicht im Einzelnen verfolgt zu werden. Die Indianer setzten noch mehrere Jahre ungebrochenen Muthes ihren passiven Widerstand fort, gegen jede neue Vergewaltigung unter Berufung auf ihr gutes Recht protestirend. Georgia nahm um so weniger Notiz davon, als Jackson nun sogar das Bundesmilitär zur Förderung der Räuberpolitik hergab.[1]) „Großherzigkeit, Langmuth und Menschlichkeit" hinderten Georgia freilich, den armen Indianer einfach mit dem Säbel von Haus und Hof zu treiben, aber es ließ ihm von seinem Besitz nur gerade so viel, daß er nicht Hungers zu sterben brauchte, stieß sein eigenes Gesetz über den Haufen, und stellte ihn unter das Gesetz Georgia's, ohne ihm irgend ein Recht zu geben, und plagte und trat ihn, wo und wie es nur immer konnte.[2]) Die gesetzlich bestellten Verfechter der „Souveränetät" des Staates entfalteten dabei eine empörende Brutalität. Patrouillen durchstreiften das ganze Gebiet, griffen jede mißliebige Persönlichkeit auf und schleppten sie gekettet 50 und 100 Meilen weit zu irgend einem „Hauptquartier", um sie oft sogleich wieder unter Flüchen und Drohungen frei zu geben, weil das „Gesetz" ihre Verhaftung nicht rechtfertigte. Ganz besonders hatten die Missionäre zu leiden, die in der Erfüllung ihres Berufes von einer Missionsstation zur anderen zogen, ohne die vom Staatsgesetz geforderte Erlaubniß erhalten und den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung und Gesetze Georgia's geleistet zu haben. Es war nicht genug, ihnen die Glieder zu schließen; sie wurden beim Halse an die Gepäckwagen der Häscher gekettet, die fast die Rohheit der professionellen Sklaventreiber überboten.[3]) Ein presbyterianischer Missionar

[1]) Die Verloosung der Cherokee-Ländereien, das Verbot, die in ihnen gelegenen Goldgruben zu bearbeiten, u. s. w. können mit keinem anderen Namen bezeichnet werden. Vrgl. Niles XXXVIII pp. 328, 404, 405; XXXIX pp. 106 154, 181, 182, 263, 453; XL pp. 62, 296, 297.

[2]) „But even to this limited possession (160 acres) the poor Indian was to have no fee simple title: he was to hold as a mere occupant at the will of the State of Georgia for just as long or as short a time as she might think proper. The laws at the same time gave him no particular right whatever. He could not become a member of the State legislature, nor could he hold any office under State authority, nor could he vote as an elector. He possessed not one single right of a freeman." Clay's Speeches II p. 257.

[3]) Niles XL pp. 297, 298, 460–462.

Namens Worcester mußte die ganze Strenge des Gesetzes fühlen, obwohl er eine schwere Krankheit seiner Frau als Entschuldigung dafür anzuführen hatte, daß er die zehn Tage Frist, die ihm zum Verlassen des Gebietes gewährt worden waren, hatte verstreichen lassen. Den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Dezember 1830[1]) gemäß wurde er für dieses Verbrechen zu vier Jahren Zuchthaus bei harter Arbeit verurtheilt.[2]) Dieses Urtheil brachte die ganze Sache nochmals vor das Oberbundesgericht, das nun in einem förmlichen Spruch alle von Georgia auf Grund seiner „Souveränetät" erhobenen Ansprüche für unberechtigt, das Gesetz vom 22. Dezember 1830 für verfassungswidrig und das auf dasselbe basirte Urtheil gegen Worcester für null und nichtig erklärte.[3]) Gouverneur Lumpkin hatte bereits vor Empfang der Vorladung vor das Oberbundesgericht der Legislatur seinen Entschluß mitgetheilt, einer solchen „Usurpation" „entschlossenen Widerstand" zu leisten.[4]) Die Entscheidung des Gerichtes bestimmte ihn auch nicht zu einer Aenderung seines Entschlusses; er fuhr fort, die Legislatur und die Bevölkerung zu ermahnen, unbeugsam für die souveränen Rechte des Staates einzustehen. Das Staatsgericht, welches das annullirte Urtheil gefällt, kam dieser Aufforderung nach; es weigerte sich, einen

---

[1]) Das Gesetz ist vollständig abgedruckt in Worcester v. State of Georgia. Peters' Rep. VI p. 521 ff.; Curtis X p. 215 ff.

[2]) Siehe die vollständige Motivirung des Urtheils bei Niles XLI pp. 174—176. Sie erhält eine ganz besondere Würze durch eine Menge von Bibelsprüchen, auf die sich Richter Clayton beruft.

[3]) „From the commencement of our government, congress has passed acts to regulate trade and intercourse with the Indians . . . All these acts, and especially that of 1802, which is still in force, manifestly consider the several Indian nations as distinct political communities, having territorial boundaries, within which their authority is exclusive, and having a right to all the lands within those boundaries, which is not only acknowledged, but guaranteed by the United States . . . The Cherokee nation, then, is a distinct community, occupying its own territory, with boundaries accurately described, in which the laws of Georgia can have no force, and which the citizens of Georgia have no right to enter but with the assent of the Cherokees themselves, or in conformity with treaties and with the acts of congress. The whole intercourse between the United States and this nation is, by our constitution and laws, vested in the government of the United States.

„The act of the State of Georgia, under which the plaintiff in error was prosecuted, is consequently void, and the judgement a nullity." Peters' Rep. VI pp. 556, 557, 561; Curtis X pp. 240, 243, 244.

[4]) Niles XLI p. 313.

writ of habeas corpus auszustellen und nahm überhaupt nicht die geringste Notiz von dem Urtheil des Oberbundesgerichtes.[1]) Worcester und sein Genosse Butler mußten noch etwa ein Jahr in der Gesellschaft gemeiner Verbrecher bei harter Arbeit im Zuchthause zubringen. Endlich wurden sie von Gouverneur Lumpkin „begnadigt", theils weil die Aussicht auf eine für Georgia befriedigende Lösung der Cherokee-Frage ihre fernere Haft nicht nöthig erscheinen ließ und theils weil ihre Freilassung im Parteiinteresse wünschenswerth erschien.[2]) Für die schnöde Verhöhnung der Autorität des Oberbundesgerichtes wurde keinerlei Genugthuung gewährt und auch keinerlei Genugthuung gefordert. Jackson sah diesem Verlaufe des Streites mit Gleichgiltigkeit zu. Vielleicht gab er sich sogar einer stillen Schadenfreude hin, weil, wie er sehr wohl wußte, Marshall ein entschiedener Gegner seiner Wiederwahl war.[3])

Zum ersten Male war jetzt die in den Kentucky Resolutionen niedergelegte Doktrin der Staatenrechtler in vollem Maße zur Ausführung gekommen. Georgia hatte von Anfang an seinen Standpunkt auf dem Grundsatze gewählt, daß die Bundesgewalten und die Staaten, resp. die Staatsregierungen „Parteien" seien, die keinen gemeinschaftlichen Richter haben, und daß daher jede Partei „für sich selbst entscheiden" müsse, und es war — zuletzt indirekt von der Bundesexekutive unterstützt — vollständig Sieger geblieben.

---

[1]) Ibid. XLII p. 78.

[2]) Ibid. XLIV pp. 359, 360.

[3]) Nach einem Berichte von G. N. Briggs von Massachusetts, der zu der Zeit Mitglied des Kongresses war, erzählt Greeley (The American Conflict I p. 106) Jackson habe geäußert: „John Marshall has made his decision; now let him enforce it!" Senator Miller von South Carolina sagte 1833 in der Debatte über die sog. Force Bill: „no reproof for her (Georgia's) refractory spirit was heard; on the contrary a learned review of the decision came out, attributed to executive countenance and favor." Niles XLIII Suppl. p. 141.

Die Nullifikationslehre. Das Kompromiß zwischen South Carolina und der Bundesregierung.

Die bevorstehende Präsidentenwahl war nicht ohne Einfluß auf den Ausgang des Tarifstreites von 1828 und die Aufnahme desselben im Süden gewesen. Die Majorität der Schutzzöllner war so gering, daß die Tage ihrer Herrschaft wahrscheinlich gezählt waren, wenn die künftige Administration mit Nachdruck die Gegenpartei unterstützte. Die Aussichten Jackson's, auf den die Anti-Protektionisten sicher glauben zählen zu dürfen, besserten sich aber mit jedem Tage. Außerdem stand die Tilgung der Bundesschuld bevor und sowohl die stichhaltigen Argumente wie die Deklamationen des Südens durften auf viel willigere Ohren rechnen, wenn erst der jährliche Finanzausweis einen regelmäßigen Ueberschuß ergab. Das Protektivsystem war dann aller Krücken beraubt, die ihm bisher dankenswerthe Dienste geleistet hatten.

Die Demokraten errangen einen glänzenderen Sieg, als sie selbst erwartet hatten. Jackson erhielt 183 Elektoralstimmen gegen nur 83 für Adams, und Calhoun, der unversöhnlichste Feind der Schutzzöllner, wurde mit 171 Elektoralstimmen zum Vize-Präsidenten erwählt.[1]) Wie weit man aber berechtigt war, in diesem Ergebniß einen Triumph der freihändlerischen Prinzipien zu sehen, war zunächst noch dahin gestellt.[2]) Die Inauguraladresse des neuen Präsidenten drückte sich über

[1]) Deb. of Congr. X p. 394.

[2]) „In New York, Pennsylvania and the west, gen. Jackson has been supported as the firm friend of the tariff and of internal improvements — but in the south, he has been as zealously sustained by those who deny the right

diesen Punkt vag und äußerst vorsichtig aus. Sie sprach allerdings von „Revenuzöllen", meinte aber dabei, daß „Ackerbau, Handel und Industrie gleich begünstigt" werden sollten, und fügte dem noch die bedeutsame Bemerkung hinzu: „vielleicht sollte die einzige Ausnahme von dieser Regel die besondere Förderung (encouragement) derjenigen Produkte bilden, die für unsere nationale Unabhängigkeit wesentlich sind."[1]) Diese Erklärung ließ beide Parteien unbefriedigt. Man erwartete mit Spannung die Jahresbotschaft, die jedoch die Freihändler noch mehr enttäuschte, ohne den Schutzzöllnern Anlaß zur Freude zu geben. Sie sprach sich wohl für „eine Modifikation" des Tarifs aus, wollte aber „als allgemeine Regel bei der Graduirung der Zölle" den Grundsatz angenommen sehen, daß amerikanische Produkte mit ausländischen müßten konkurriren können; hinsichtlich der Güter, die in Kriegszeiten von besonderer Wichtigkeit wären, sollte noch „ein Schritt über diesen Punkt hinausgegangen" werden.[2]) Aus diesen Sätzen ließ sich nur so viel mit Sicherheit abnehmen, daß Jackson die Reduktion einiger Zollsätze gern sehen würde; die entschiedene und prinzipielle Verwerfung des ganzen Protektivsystemes, die von dem Süden verlangt und erwartet wurde, ließ sich aus den allgemeinen Phrasen, die nach allen Seiten hin schön thaten, auf keine Weise herauslesen. Sie ließen es sogar ungewiß, ob er auch nur eine mäßige Pression auf die Schutzzöllner auszuüben beabsichtige. Die Empfehlung, den zu erwartenden jährlichen Ueberschuß zur Förderung innerer Verbesserungen an die Staaten nach ihrer Repräsentationsrate zu vertheilen, bis eine umfassende Aenderung des Tarifs wieder das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt, deutete kaum darauf hin, namentlich da er vorschlug, durch ein Verfassungsamendement der Bundesregierung die erforderliche Befugniß zu ertheilen, wenn sie ihr nicht bereits zustehe.

Calhoun betrachtete diesen Vorschlag als ein direktes Angebot auf die Gunst der Schutzzöllner. Er hatte nicht die extreme Sprache gebilligt, die von Volksversammlungen zu Colleton, Abbeville und an anderen Orten nach der Passirung des Tarifs von 1828 geführt worden war, denn er versprach sich davon keine günstige Einwirkung auf den

---

and constitutionality of these things, as being the friend of 'southern interests' believed, by them, to be seriously injured by the tariff and internal improvement laws." Niles XXXV p. 194.

[1]) Statesm.'s. Man. I p. 696.

[2]) Ibid. I p. 703.

Wahlkampf, von dessen Ausgang er seine nächsten weiteren Entschließungen abhängig machen wollte. Ohne in Jackson's Wahl eine Garantie für eine prinzipielle Aenderung der wirthschaftlichen Politik zu sehen, flößte sie ihm doch so viel Hoffnung ein, daß er zum Abwarten mahnte.[1]) Eine Denkschrift, die in ruhigem und festem Tone sowohl die wirthschaftliche als die konstitutionelle Seite der Frage eingehend erörterte, schien ihm am besten den Forderungen des Augenblicks zu entsprechen.[2])

Calhoun war ein ächter Sohn des Bodens, der ihn geboren, und dabei besaß er in hohem Grade den charakteristischen Zug der protestantischen Bevölkerung im Norden Irlands, der er der Abstammung nach angehörte, jene eigenthümliche ursprüngliche Energie, in der ein mehr realistischer als idealistischer Enthusiasmus mit störriger Konsequenz sonderbar verquickt ist. Das Blut floß in seinen Adern nicht minder heiß als in denen irgend eines anderen Caroliniers, aber ein durchdringender Verstand und ein hochfliegender Ehrgeiz hielten es scharf im Zaum, wo es große Fragen zu erwägen und zu entscheiden galt. Es fehlte ihm die Weite des Blickes, die den Staatsmann charakterisirt, aber er sah außerordentlich scharf. Von der Sohle bis zum Scheitel ein spekulativer Politiker verkannte er vollkommen die Resultate, auf die seine Politik hinauslaufen mußte, aber der praktische Instinkt des Amerikaners und langjährige politische Thätigkeit ließen ihn Mittel und Wege finden, die gerade brennenden Fragen zu einer solchen Lösung zu führen, daß er seine Doktrinen stetig mehr und mehr thatsächlich zur Geltung brachte. Er war nicht Idealist genug, um sich mit der Hoffnung einer sofortigen Verwirklichung seines ganzen Programmes zu täuschen und sich nicht zum Zurückziehen seines halben Einsatzes zu verstehen, wenn es sich herausstellte, daß er dann das Spiel gewinnen könne und es anders vollständig verlieren müsse. Aber er war Fanatiker genug, um keine Rücksicht neben seinen Zielen zu kennen, wenn ihm einmal nur die Wahl zwischen Vorwärtsgehen und theilweiser Aufopferung der Prinzipien seiner Doktrinen gelassen war. In solchen Fällen war er nicht nur in Augenblicken höchster Erregung fähig, das Biegen oder Brechen zum Wahlspruch zu machen; seine Haltung blieb dann die

---

[1]) Calh'.s Works II p. 215; VI p. 56.

[2]) Die Schrift wurde mit einigen Abänderungen von der Legislatur angenommen und veröffentlicht und ist unter dem Namen der South Carolina Exposition bekannt. Calh.'s Works VI p. 1 ff.

gleiche, auch wenn die Kämpfe sich durch Jahre hinschleppten. Wäre er ein Schwärmer gewesen, dessen Ideengebäude in der Luft schwebte, so hätte er das schwerlich vermocht; das reale Interesse, das die breite Basis seiner Doktrinen bildete, gab ihm die Kraft dazu, ja, machte es zur Nothwendigkeit. Die Verfassung und ihre Entstehungsgeschichte gaben ihm nur formell die Grundlage für die Entwickelung der Staatenrechtslehre ab und bei ihm wie bei dem ganzen Volke entsprang ihre Entwickelung nicht einer aprioristisch konzipirten Doktrin. Seine ursprüngliche Neigung ging keineswegs entschieden nach dieser Richtung hin. Die Sklavenfrage trieb ihn in die Bahn und mit der fortschreitenden Klärung der Sklavenhalterinteressen verfolgte er sie weiter bis zu ihren letzten Konsequenzen. Beim Lichte der Sklaverei arbeitete er streng nach den Gesetzen der Logik das Verfassungsrecht der demokratischen Föderativrepublik aus und das logisch richtige Resultat war eine Systematisirung der Anarchie. Er verkannte das, weil ihm die Doktrin Mittel zum Zweck war und sein ganzes politisches Denken mit der Zeit so vollständig mit der Verfolgung des einen Zweckes zusammenfiel, daß ihm das Mittel zum Selbstzweck wurde. Seine angeborene Festigkeit und das unter dem Einfluß der Sklaverei zum Hochmuth verbildete Selbstvertrauen wurden dadurch zum Starrsinn. Es war ihm nicht möglich, sich einem Führer unterzuordnen, aber die Einseitigkeit seines politischen Denkens und Strebens und namentlich auch die fast geniale Schärfe, mit der er Fragen, die innerhalb seines beschränkten Gesichtskreises lagen, in einem Augenblick in ihrer ganzen Tragweite erfaßte, machten ihn selbst zum Führer einer großen Partei untauglich; sein Talent und sein Charakter wiesen ihm gleich sehr die Stelle an der Spitze einer extremen Fraktion an, aber ein nagender Ehrgeiz hielt seinen Blick unverrückt auf das Weiße Haus geheftet, das ihm von einer Fraktion, wie ergeben sie ihm auch war, nie geöffnet werden konnte.[1])

---

[1]) Buchanan charakterisirt Calhoun in der folgenden Weise: „He possessed eminent reasoning powers, but, in the opinion of many, was deficient in sound practical judgement. He was terse and astute in argument; but his views were not sufficiently broad and expanded to embrace at the same time all the great interests of the country, and to measure them according to their relative importance. It was his nature to concentrate all his powers on a single object; and this, for the time being, almost to the exclusion of all others. Although not eloquent in debate, he was rapid, earnest, and persuasive.“ Mr. Buchanan's Administration p. 91.

Es scheint nicht ganz unwahrscheinlich, daß dieses letzte Ziel der persönlichen Wünsche Calhoun's gleichfalls darauf hingewirkt, daß er vor und unmittelbar nach der Präsidentenwahl von 1828 seine nächsten Parteigenossen zu größerer Mäßigung zu bewegen suchte. So lange der Tarifstreit nicht zu einem befriedigenden Austrag gebracht war, blieb dieser aber die bestimmende Rücksicht seiner Politik. Jackson's Botschaften konnten ihn nicht zufrieden stellen. Zum Bruch war noch keine Veranlassung geboten, aber er begann mit Mißtrauen auf den Präsidenten zu blicken, entschlossen, ehr zu brechen, als im allgemeinen Parteiinteresse sich gerade in dieser Frage zum Rückzuge zu verstehen. Die Verfolgung seiner persönlichen Wünsche erschwerte ihm den Entschluß nicht, da er sich bald überzeugte, daß Jackson ihm nicht die Hand zur Erfüllung dieser bieten werde. In den persönlichen Beziehungen der beiden Männer trat gleich anfänglich eine gewisse Erkältung ein, weil Calhoun seine Freunde bei der Bildung des Kabinets nicht in dem erwarteten und beanspruchten Maße berücksichtigt fand, obwohl der Flottensekretär Branch von North Carolina, der Generalanwalt Berrien von Georgia und namentlich der Schatzamtssekretär Ingham von Pennsylvania zu seinen Anhängern gehörten.[1]) Ein Jahr später kündigte Jackson vollständig und für immer Calhoun die Freundschaft. Die Veranlassung war die Enthüllung der Thatsache, daß Calhoun als Kriegssekretär in Monroe's Kabinet die Ansicht ausgesprochen, daß der General wegen seines Verfahrens im Kriege gegen die Seminolen zur Rechenschaft gezogen werden solle. Im Frühling 1831 erweiterte und befestigte Jackson noch den durch rein persönlichen Zank herbeigeführten Bruch durch Auflösung seines Kabinets und Reorganisation desselben aus der Fraktion Van Buren's, Calhoun's altem Gegner und Rivalen. Calhoun verkannte nicht, daß eine sehr große Majorität der Partei in diesem Streite, wie in allen anderen Dingen, blind ergeben zu Jackson stand. Persönliche Erbitterung und die Erkenntniß, daß er für die nächste Zukunft jeden Gedanken an die Erfüllung seiner Präsidentschaftshoffnungen aufgeben müsse, machten den letzten Zweifeln über die Stellung, die er nunmehr einzunehmen habe, ein Ende. Sein weiteres Vorgehen — wie es von Jackson-Demokraten oft geschehen — vorwiegend oder gar ausschließlich auf diese Motive

---

[1]) Calhoun hatte nicht erwartet, eine größere Anzahl von Stellen mit seinen Freunden besetzt zu sehen, aber er hatte die Wahl auf andere Persönlichkeiten zu lenken gesucht.

zurückzuführen, ist aber geradezu lächerlich. Die Rolle, welche Calhoun über ein Menschenalter in der Geschichte der Vereinigten Staaten gespielt, sollte ihn davor schützen, nach einem Maßstabe bemessen zu werden, der nur für einen verächtlichen und hirnverbrannten Demagogen paßt. Namentlich aber ist die Geschichte der Vereinigten Staaten ein zu inhaltsvolles, ernstes und lehrreiches Kapitel der Weltgeschichte, als daß sie in das Gebiet der Posse herabgezogen werden dürfte, indem man ihre bedeutsamsten Entwickelungsphasen aus den kleinsten und unreinsten Beweggründen einzelner Individuen erklärt, die ein Zufall eine Rolle spielen läßt.

Calhoun hatte jetzt alle Hoffnung aufgegeben, daß mit Jackson's Hülfe auf dem regelmäßigen parlamentarischen Wege das Schutzzollsystem gestürzt werden würde. Mit einem unbedeutenden Herabschrauben einzelner Zollsätze war ihm nicht gedient; er hielt die Zeit für einen entscheidenden Schritt gekommen. South Carolina und er persönlich hatten sich so stark engagirt, daß sie vorwärts oder rückwärts gehen mußten. Unterwarfen sie sich unter Wiederholung des so oft protokollirten Protestes der Fortdauer des status quo, so waren sie zum Schaden noch des Spottes sicher. Dem ungezügelten Junkergeiste dieser Sklavenbarone wäre es hart angekommen, das über sich ergehen zu lassen, auch wenn die Einlösung ihres Wortes gewisse und nutzlose Selbstopferung gewesen wäre. Ihrem Raisonnement nach war aber die Aussicht auf Erfolg bei kühnem Vorwärtsgehen groß genug, um das Wagniß zu rechtfertigen. Das Machtverhältniß zwischen Norden und Süden wurde mit jedem Jahre ungünstiger für diesen. War es daher nicht, so lange man die Frage im Kongreß ließ, ganz in die Hände des Nordens gegeben, ob, wann und wie weit er die Klagen über den ungleichen Druck des Protektivsystemes berücksichtigen wolle? Mußten sich die anderen Pflanzerstaaten nicht auch die Frage stellen? Und wenn sie sich dieselbe stellten, konnten sie dann nach den bisher gemachten Erfahrungen noch gewillt sein, in „sklavischer Resignation“ zu warten, bis der Norden zu besserem Verständniß gelange und der Stimme der Billigkeit Gehör schenke? Sie mochten vor dem Wege zurückscheuen, den South Carolina den Muth hatte zu gehen; aber würden sie nicht folgen, wenn sie gesehen, daß er zum Ziele führe?

Calhoun kannte nicht nur zu gut den Geist des Volkes, sondern war auch selbst von ihm zu tief durchdrungen, als daß er die Erhebung des Banners der Revolution nicht für ein verzweifeltes Mittel gehalten hätte. Seit die Geburtswehen der Republik überstanden

worden, sind die Amerikaner, von einzelnen Individuen abgesehen, nicht in den verhängnißvollen Irrthum verfallen, Revolutionen für das Radikalmittel gegen politische Uebel zu halten. Knechtisches Aufblicken zur Regierung ist dem Amerikaner fremd; es ist einer der charakteristischsten und ein nicht unbedenklicher Zug des politischen Lebens in den Vereinigten Staaten, daß die Nichtachtung der Würde des Amtes oft bis zur Verletzung der gewöhnlichsten Schicklichkeitsregeln geht. Dieser ungesunden Aeußerung des stolzen Bewußtseins, einem Volksstaate anzugehören, steht aber in der Regel die demselben Bewußtsein entspringende viel wesentlichere Erkenntniß gegenüber, daß die Gesetze nicht eine feindliche außerhalb des Volkes stehende Macht, sondern sein bindender Wille sind. Calhoun und seine Genossen konnten sich gegen die Regierung auflehnen, ohne gewärtigen zu müssen, an und für sich deswegen als Rebellen gebrandmarkt zu werden und das ganze Volk gegen sich zu haben. Sie durften aber in ihrem Widerstande nicht nur auf Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen fußen, sondern mußten den Beweis beibringen, daß sie auf dem positiven Recht stünden. Ging Calhoun jetzt mit Aufbietung seiner ganzen geistigen Kraft an die Lösung dieser Aufgabe, so hatte er keine plumpe Gaukelei vor. Er war nicht so seicht, daß er gemeint hätte, Revolutionen ließen sich mit einem sophistischen Phrasengewirr durchkämpfen. Es ist eine viel bestrittene Frage, ob er an die Möglichkeit glaubte, daß Kanonen und der Henker das letzte Wort in dem Streite reden könnten; aber sicher glaubte er nicht, den Kanonen den Mund verschließen und den Strick um sein Opfer betrügen zu können, indem er dem Volke mit logischen Kunststücken Sand in die Augen streute. Allerdings wollte er beweisen, daß South Carolina berechtigt sei, der Bundesregierung den Gehorsam zu versagen, aber er wollte nicht durch neu erfundene Spitzfindigkeiten darthun, daß eine Kündigung des schuldigen Gehorsams, d. h. eine Revolution keine Revolution sei. Es kam ihm überhaupt nicht in den Sinn, etwas Neues aufstellen zu wollen, denn wie unwiderleglich auch seine Schlüsse sein mochten, das Volk hätte ihn und seine Doktrinen einfach politisch todt gelacht, wenn er prätendirt hätte, aus bisher unergründeten und unbekannten Tiefen die Beweisstücke dafür an den Tag gefördert zu haben, daß ein Staat legaler Weise die Bundesautorität annulliren könne. Nur weil er auf längst bekannten und breit getretenen Wegen ging, konnte er Hoffnung auf Erfolg hegen, und für den schlimmsten Fall der Zuversicht sein, daß man nicht leicht Hand an ihn legen würde, wie entrüstet und

wüthig man auch über seine Behauptung thäte, daß der Weg auf das von ihm bezeichnete Ziel hinausführe. Er wollte lediglich die ganze Bahn vom ersten Ausgangspunkt bis zu dem nicht nur schon oft von Anderen bezeichneten, sondern auch schon erreichten Endziel Markstein für Markstein haarscharf abstecken, damit hinfort keine Lücke hinein und damit das Ende fortdisputirt werden könne. Das ist ihm ungleich besser gelungen, als den Gegnern die Begründung der Behauptung, daß er zur Befriedigung seines Hasses und seines Ehrgeizes das Volk auf Irrpfade zu locken gesucht, die Keiner vor ihm die Abgeschmacktheit und verbrecherische Verwegenheit gehabt zu betreten. Die Schriften, in denen er die Lösung jener Aufgabe versuchte, bilden das große Mittelglied der langen Kette von praktischen Kommentaren zur Konstitution, deren Anfang die Virginia und Kentucky Resolutionen und deren Ende der vierjährige Bürgerkrieg war. Die erwähnte South Carolina Exposition war gleichsam die Einleitung zu ihnen. Die erste Hauptschrift, die „Adresse an das Volk von South Carolina", ist Fort Hill den 26. Juli datirt.[1])

Calhoun beginnt mit dem Hinweis auf die nur selten recht gewürdigte Thatsache, daß „die Frage über das Verhältniß der Staaten und der Bundesregierung zu einander nicht neueren Ursprunges ist", sondern „von dem Beginne unseres Systemes ab die öffentliche Meinung getheilt hat."[2]) Als Basis des Raisonnements adoptirt er die leitenden Sätze der Virginia Beschlüsse, d. h. „das Recht sich in's Mittel zu legen . . . mag man es nennen wie man will — Staatenrecht, Veto, Nullifikation oder wie immer sonst" — und erklärt sie für das „Grundprinzip" der Verfassung, die Voraussetzung der Union. Diese Behauptung ruhe „auf Thatsachen, historisch so gewiß als unsere Revolution selbst, und auf Deduktionen, so einfach und so erweislich, als die irgend einer politischen oder moralischen Wahrheit." Von beiden Gesichtspunkten aus versucht er dann den Beweis dieser Sätze. „Die große Verschiedenheit und, wie ich der Wahrheit gemäß bekennen muß, der Gegensatz (contrariety) der Interessen unseres Landes . . . die so groß sind, daß sie nicht dem unkontrollirten (unchecked) Willen der Majorität des Ganzen unterworfen werden können, ohne den großen Endzweck aller Regierung, ohne welchen

[1]) Jenkins, The Life of J. C. Calhoun, pp. 161—187; zuerst veröffentlicht im Peudleton Messenger. Vergl. Calh.'s Works VI pp. 124—144.

[2]) Ich führe nach Jenkins l. c. an.

dieselbe ein Fluch ist — die Gerechtigkeit — zu vernichten" — das ist die breite reale Grundlage seiner Ansicht, daß die Union nie auf einer anderen Rechtsbasis habe errichtet werden können und nie auf einer anderen gesicherten Bestand haben könne.[1]) Die Staatenregierungen seien nicht der Bundesregierung, die Staaten nicht dem Bunde untergeordnet; schon Jefferson habe sie richtig als „koordinirte Departements eines einfachen und ungetheilten Ganzen" bezeichnet[2]), deren etwaige Kompetenzstreitigkeiten — wenn man sich nicht über einen Austrag verständige — nur durch eine Konvention der Staaten entschieden werden könnten. Nur Unverstand könne die Anklage erheben, daß er Anarchie predige, denn hier sei für alle Fälle ein Forum letzter Instanz. Bis die Entscheidung desselben eingeholt worden, müßten aber die in der Minorität befindlichen Staaten offenbar im Stande sein, sich gegen Usurpationen zu schützen. Das naturgemäße Rechtsmittel sei die „Nullifikation", d. h. die Nichtigkeitserklärung der Majoritätsbeschlüsse, in so weit die bezüglichen Staaten von ihnen betroffen werden. Die Nichtigkeitserklärung sei selbstverständlich der Bundesregierung gegenüber absolut bindend, denn die Ansicht, daß sie mit gleichem Rechte wie die resp. Staaten bei ihrer Auffassung beharren und die Geltendmachung derselben versuchen dürfe, beruhe auf der „irrthümlichen Annahme, daß das Generalgouvernement ein Parte bei dem Verfassungspakt" sei;[3]) in Wahrheit sei sie nur der „Agent", den „die souveränen Staaten" mit der Ausführung gewisser Bestimmungen des von ihnen geschlossenen Paktes betraut hätten. Das müsse auf

---

[1]) „Who, of any party, with the least pretension to candor, can deny that on all these points (the great questions of trade, — of taxation, — of disbursement and appropriation, and the nature, character, and powers of the General Government) — so deeply important — no two distinct nations can be more opposed, than this (die Pflanzerstaaten) and the other sections?" Calh.'s Works VI p. 134.

[2]) Vergl. A Disquisition on Government, Calh. Works I p. 167.

[3]) Hayne hatte in der Debatte mit Webster (Jan. 1830) gesagt: „Here, then, is a case of a compact between sovereigns; and the question arises, what is the remedy for a clear violation of its express terms by one of the parties" (d. h. einem der Staaten oder der Bundesregierung)? Elliot, Deb. IV p. 509. Webster entgegnete darauf: „The constitution, it is said, is a compact between States; the States, then, and the States only, are parties to the compact. How comes the general government itself a party? Upon the honorable gentleman's hypothesis, the general government is the result of the compact, the creature of the compact, not one of the parties to it. Yet the argument, as the gentleman has now stated it, makes the government itself

das Oberbundesgericht ebenso wie auf die anderen Bundesgewalten Anwendung finden, denn den verschiedenen Theilen der Konstitution liegen nicht einander widerstreitende Prinzipien zu Grunde. Auch das Oberbundesgericht stehe nicht außer oder über der Verfassung, sondern sei lediglich Agent der souveränen Staaten; in politischen Fragen „ist seine Inkompetenz nicht weniger klar als sein Mangel an verfassungsmäßiger Autorität."[1]) — Nach dieser Darlegung seines Standpunktes in der Rechtsfrage beleuchtet Calhoun nochmals eingehend die konkrete Streitfrage und gelangt zu dem praktischen Schluß, daß jetzt der letzte Augenblick gekommen sei, da „durch die regelmäßige und gewöhnliche Aktion der Regierung" eine Wendung der Verhältnisse zum Bessern bewirkt werden könne; nähme man diesen Augenblick nicht wahr, so würde die leidende Sektion aufhören, „von der Bundesregierung Abhülfe zu erwarten."

Die Adresse war ein Schlag in's Wasser, so weit sie an die Schutzzollpartei hatte gerichtet sein sollen. Schon anderthalb Jahre früher war im Senate in der Debatte über die sog. Foot'sche Resolution, die keinerlei direkte Veranlassung dazu gab, die Frage des Verhältnisses zwischen den Staaten und der Bundesregierung eingehend erörtert worden. General Hayne von South Carolina vertrat die Seite der Staatenrechtler und Webster führte das Wort für die Gegenpartei. Mit fieberhafter Spannung verfolgte das ganze Land diesen parlamentarischen Zweikampf. Jubelnd proklamirte der Norden Webster als Sieger und der wenig zuversichtliche Ton, mit dem der Süden die Palme für seinen Streiter in Anspruch nahm, verrieth, daß er sich die Ueberlegenheit Webster's in dialektischer Schärfe, in schneidigen Reparties und in der Herrschaft über die Sprache eingestehe. An der Sache wurde jedoch dadurch nicht das Geringste geändert. Reden und Abhandlungen konnten den Fortgang der Ereignisse nicht hemmen. Calhoun hatte auch natürlich nicht an eine Ueberzeugung der Gegner gedacht. Die Argumente waren wesentlich an seine eigene Partei mit der Absicht gerichtet, sie zu konsolidiren und entschlossener zu machen; den Gegnern galt vorzüglich die Ankündigung am Schluß, daß er zur praktischen Durchführung seiner Doktrin auffordern werde,

---

one of its own creators. It makes it a party to that compact to which it owes its own existence." Webst.'s Works III p. 343. Calhoun stimmte also in der Frage ganz mit Webster überein und er wurde dadurch unstreitig der Staatenrechtslehre viel mehr gerecht als Hayne mit seinem logischen Widerspruch.

[1]) Vrgl. A Disquisition on Government. Calh.'s Works I pp. 264,322.

wenn man jetzt nicht den Beschwerden der Pflanzerstaaten gerecht werde.

Als nach einigen Wochen, wie allgemein vorausgesehen worden war, der Tarif wieder im Kongreß zur Sprache kam, verrieth sich eine beginnende Lockerung der schutzzöllnerischen Reihen. Unabhängig von der politischen Krisis, an deren Herannahen man meist noch nicht glaubte, war hier und da der Glauben an das amerikanische System so weit erschüttert worden, daß seine Freunde sich nicht das Beste von den nächsten Kongreßwahlen versprachen. Sogar Clay fühlte sich unsicher. Er brachte selbst Resolutionen „zur Reduktion und Aufhebung gewisser Zölle" ein. Zwar stieß er bei einem Theile der eigenen Partei auf heftigen Widerstand, aber die Ansicht überwog, daß die Sicherstellung der Zukunft eine Herabsetzung des Tarifs erfordere.[1]) Der Finanzsekretär veranschlagte die wahrscheinliche Verminderung der Zolleinkünfte auf fünf Millionen Dollars. Die Pflanzerstaaten fanden nicht nur den Betrag zu gering, sondern schalten die ganze Reduktion eine dreiste und beleidigende Posse, da fast ausschließlich die reinen Revenuzölle ermäßigt worden seien; die geringe Verminderung der Schutzzölle sei mehr als aufgewogen durch die Zahlung in Münze, Verkürzung der Kreditfrist und veränderte Fixirung des Dollarwerthes gegenüber dem Pfund Sterling. South Carolina faßte den Tarif als eine bestimmte Erklärung auf, daß das Schutzzollsystem „die bleibende (settled) Politik des Landes" sei. Calhoun bot nun seinen ganzen Einfluß auf, daß die Würfel ohne Zögern und mit fester Hand geworfen würden.

Den 14. Juli 1832 hatte der Tarif die Sanktion des Präsidenten erhalten und am 28. August entwickelte Calhoun nochmals und in erschöpfenderer Weise als bisher die ganze Doktrin der Staatenrechtler.[2]) Die Argumente sind schärfer als in der Adresse formulirt, die logische Entwicklungskette ist strenger festgehalten und die letzten Konsequenzen werden in unzweideutigster Klarheit gezogen. Zum Ausgangspunkt nimmt er die Thatsache, daß „die Konstitution nicht das Werk des amerikanischen Volkes als einheitliche Gesammtheit (collectively) ist, denn ein solcher politischer Körper existirt jetzt nicht und hat nie

---

[1]) Siehe den Tarif Stat. at L. IV p. 583.

[2]) Er wählte dieses Mal die Form eines Briefes an Gouverneur Hamilton von South Carolina. Calh.'s Works VI pp. 144—193; Jenkins, Life of Calh. pp. 195—232.

existirt ... Von Anfang an und in allen den Veränderungen politischer Existenz, die wir durchgemacht haben, ist das Volk der Vereinigten Staaten nicht als Individuen, sondern als politische Gemeinwesen bildend vereinigt gewesen. Selbst in dem ersten Stadium ihrer Existenz bildeten sie besondere Kolonien, unabhängig von einander, und politisch nur durch die Krone von Groß-Britannien vereinigt. In ihrer ersten unvollkommenen Union, zum Zweck den Uebergriffen des Mutterlandes zu widerstehen, verbanden sie sich als gesonderte politische Gemeinwesen. Und als sie in dem Akt, der ihre Unabhängigkeit der Welt verkündete, aus ihrem kolonialen Verhältniß heraustraten, erklärten sie sich unter namentlicher Aufzählung[1]) für freie und unabhängige Staaten. In diesem Charakter bildeten sie die alte Konföderation; und als vorgeschlagen wurde, die Konföderations-Artikel durch die gegenwärtige Konstitution zu ersetzen, traten sie als Staaten in einer Konvention zusammen, handelten und stimmten als Staaten; und als die Konstitution entworfen worden war, wurde sie dem Volke der einzelnen Staaten zur Ratifikation vorgelegt; sie wurde von ihnen als Staaten ratifizirt; jeder Staat für sich selbst ratifizirend; jeder durch seine Ratifikation seine eigenen Bürger bindend: es banden mithin die Theile sich selbst, jeder für sich handelnd, aber es band nicht das Ganze die Theile; wenn man dazu noch hinzufügt, daß in den einleitenden Worten der Konstitution erklärt ist, sie sei von dem Volke der Vereinigten Staaten gegeben (ordained) und daß sie in dem Ratifikationsartikel nach der Ratifikation als 'zwischen den ratifizirenden Staaten bindend'[2]) erklärt ist, so ist die Schlußfolgerung unvermeidlich, daß die Konstitution das Werk des Volkes der Staaten, als gesonderte und unabhängige politische Gemeinwesen betrachtet, ist". „Die erste und wesentlichste (Folge dieser Thatsachen) ist, daß keine **direkte** und **unmittelbare** Verbindung zwischen den einzelnen Bürgern eines Staates und der

[1]) „by name and enumeration." Dieser Ausdruck entspricht der geschichtlichen Thatsache nicht vollkommen. Die Erklärung führt den Titel „A Declaration by the Representatives of the United States of America in Congress assembled" und am Schluß heißt es: „The foregoing declaration was, by order of Congress, engrossed, and signed by the following members." Dann folgt die Unterschrift des Präsidenten, unter dieser die Namen der Staaten und unter jedem Staate die Namen seiner Repräsentanten.

[2]) „to be binding between the states so ratifying." Die Anführung ist nicht genau. Art. VII der Verfassung lautet: „The Ratification of the Conventions of nine States, shall be sufficient for the Establishment (nicht binding) of this Constitution between the States so ratifying the Same."

Bundesregierung existirt. Die Beziehungen zwischen ihnen werden durch den Staat hergestellt". „Nur durch die Ratifikation (der Bundeskonstitution) des Staates sind seine Bürger der Kontrolle der Bundesregierung unterwürfig geworden". „Es steht daher dem Staate zu, so weit seine Bürger in Frage kommen, in seiner souveränen Eigenschaft in einer Konvention definitiv die Ausdehnung der von ihm eingegangenen Verpflichtung festzustellen; und wenn der die (fragliche) Macht ausübende Akt nach seiner Ansicht verfassungswidrig ist, ihn für null und nichtig zu erklären, welche Erklärung für seine Bürger bindend sein würde". Dieses Recht „fließt direkt aus dem Verhältniß des Staates einerseits zur Bundesregierung und andererseits zu seinen Bürgern". Seine Ausübung ist nicht die Abrogation eines Aktes der Bundesregierung durch den Staat, sondern durch die Konstitution; Nullifikation ist „das große konservative Prinzip" der Union. „In der Verfassung kann keine einzige Bestimmung gefunden werden, welche die Bundesregierung autorisirt, irgend welche Kontrolle über einen Staat auszuüben durch Gewalt durch ein Veto, durch richterliches Verfahren, oder in irgend welcher anderen Weise — eine höchst wichtige Fortlassung, die absichtlich und nicht zufällig ist". Und dem Recht entsprechen die thatsächlichen Verhältnisse, denn „während es für die Bundesregierung unmöglich sein würde, in gesetzmäßiger Weise innerhalb der Grenzen des Staates den nullifizirten Akt zu vollstrecken, würde andererseits der Staat im Stande sein, in gesetzmäßiger Weise und auf friedlichem Wege seine Nullifikationserklärung durchzuführen", da die Bürger des Staates „in allen Beziehungen des Lebens, privaten und politischen, gebunden sein würden, sie zu respektiren und ihr zu gehorchen: als Geschworene hätten sie demgemäß ihren Spruch zu fällen und als Richter in Uebereinstimmung damit ihr Urtheil zu fällen". Eine Appellation an das Oberbundesgericht kann nichts nützen, denn „was würde sie gegenüber der Vollstreckung der Strafgesetze des Staates bedeuten, welche die Durchführung der Nullifikationserklärung bezwecken?" „Vor den (Staats-)Gerichten geschlagen, würde die Bundesregierung genöthigt sein, ihre verfassungswidrigen Ansprüche aufzugeben oder ihre Zuflucht zur Gewalt zu nehmen: ein Auskunftsmittel, dessen Anwendbarkeit sich sehr bald als schwierig (ich war im Begriff unmöglich zu sagen) erweisen würde, wenn Thorheit oder Wahnwitz den Versuch machen sollten". Uebrigens wäre die Aufbietung der Militärmacht des Bundes auch ganz gegenstandslos, da sie gar keinen Gegner finden

würde, denn „es ist ein Streit moralischer und nicht physischer Kraft". Auch ist das Rechtsverhältniß zwischen dem nullifizirenden Staat und der Bundesregierung keineswegs aufgehoben; die Entscheidung einer ganz konkreten Streitfrage ist nur vertagt, bis die souveränen Parten des Bundesvertrages über sie vernommen worden sind. Wird die fragliche Befugniß von drei Vierteln derselben der Bundesregierung zuerkannt, so hat die durch die Nullifikation bewirkte Suspension ihrer Ausübung ihr Ende erreicht.[1]) Das ist jedoch nicht dahin zu verstehen, daß der nullifizirende Staat in jedem Falle unbedingt durch eine solche Entscheidung gebunden ist. Das ist allerdings die Regel und die Tragweite der Regel ist so groß, daß eine Konvention der Staaten mit Fug nicht nur ein Forum letzter Instanz, sondern auch das endgiltig entscheidende Forum genannt werden kann. „Sollten aber in dem gesetzten Fall die übrigen Glieder (der Union) unternehmen, die nullifizirte Gewalt zu bewilligen, und sollte die Natur der bewilligten Gewalt eine solche sein, daß sie den Zweck der Verbindung (association) vereitelt, so würde das ein Mißbrauch der Gewalt von Seiten der Parten und somit ein Fall sein, in dem Sezession am Platze wäre; aber in keinem anderen Falle würde sie gerechtfertigt sein, ausgenommen wenn, unabhängig von irgend einem Mißbrauch von Gewalt, die Verbindung oder Union verfehlt, den Zweck zu erreichen, zu dem sie geschaffen wurde". In diesem Falle „mag in der That Gewalt angewandt werden, aber es muß Kriegsgewalt sein, der eine Kriegserklärung voraufgeht und die mit allen üblichen Formalitäten zu Werke geht". Denn der sezedirte

---

[1]) Damit ist einem Viertel der Staaten die Macht gegeben, der Bundesregierung jede der ihr verliehenen Befugnisse zu entziehen, d. h. die Verfassung thatsächlich nach Belieben zu verändern. Die Verfassung kann aber nach Art. V nur bei Zustimmung von drei Vierteln aller Staaten amendirt werden. Außerdem stand in dem konkreten Fall „die Suspension" der angestrittenen Befugniß in so flagrantem Widerspruch mit einer anderen Verfassungsbestimmung, daß die Staatenrechtler ihn nicht fortzudisputiren suchten, sondern unter Berufung auf ihr allgemeines Raisonnement ihn bei Seite liegen ließen. Die Nullifikation verbot die Erhebung aller Zollgebühren, die Konstitution (Art. 1 Sect. 8 § 1) sagt aber: „all Duties, Imposts and Excises shall be uniform throughout the United States." War die Bundesregierung verpflichtet, die Nullifikation zn respektiren, so war sie mithin nach dieser Verfassungsbestimmung genöthigt, auch in allen anderen Staaten die Erhebung sämmtlicher Zölle einzustellen, bis „die souveränen Parten" zwischen ihr und South Carolina entschieden.

Staat würde zu den übrigen Staaten „einfach in dem Verhältniß eines fremden Staates stehen, jeder Bundesverbindung entkleidet und nur noch durch das Völkerrecht rechtlich mit ihnen verbunden".

Damit hat die Frage von dem Verhältniß der Staaten zu der Bundesregierung und zum Bunde auf dieser Seite in der Theorie ihren definitiven Abschluß erhalten. Alles was die Staatenrechtler später noch vorgebracht haben, sind nur Wiederholungen oder genauere Ausführungen einzelner Sätze. Dreißig Jahre später hat der Süden dieses Programm Stück für Stück ausgeführt und dabei seine Rechtfertigung Punkt für Punkt auf diesem Argumente basirt.

Calhoun hatte nicht für die Staatslegislaturen das Nullifikationsrecht in Anspruch genommen. Die Souveränetät des Staates war die eine Prämisse, auf der er sein ganzes Argument folgerichtig aufbaute; daher war eine Aktion des Staates „in seiner Eigenschaft als Souverän", d. h. die Entscheidung einer Staatskonvention erforderlich, um bindend festzustellen, ob der Staat den gemeinsamen Agenten der verbündeten Staaten mit einer gewissen Befugniß betraut habe.[1]) An diesem Punkte waren schon einmal die Pläne der Nullifikatoren gescheitert. Der Antrag, eine Konvention zu berufen, war in der Legislatur eingebracht worden, aber erhielt nicht die nothwendige Majorität von zwei Dritteln. Trotz den äußersten Anstrengungen gelang es der Partei der Anti-Nullifikatoren jetzt aber nicht mehr, ein Drittel der Sitze zu behaupten. Am 24. Oktober beschloß der Senat mit 30 gegen 13 und das Haus mit 99 gegen 25 Stimmen die Berufung einer Konvention auf den 19. November nach Columbia.[2]) Die Konvention, in der sich Angehörige fast aller einflußreichen Familien des Staates fanden, wählte Gouverneur Hamilton zum Vorsitzenden. Ein von diesem eingesetzter Ausschuß berichtete durch General Hayne eine Nullifikations-Ordinanz, die am 24. November mit großer Majorität ange-

[1]) In der später geschriebenen Schrift A Disquisition on Government (Works I p. 241) sagt er jedoch: „Nothing short of a negative, absolute or in effect, on the part of the government of a State, can possibly protect it against the encroachments of the United government of the States, whenever their powers come in conflict."

[2]) Niles XLIII p. 175.

nommen wurde.[1]) Die Ordinanz erklärte den Tarif vom 19. Mai 1828 und den vom 14. Juli 1832 für null und nichtig; — verpflichtete die Legislatur, die Gesetze zu erlassen und sonstigen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich wären, um die Ordinanz in Kraft treten zu lassen und die Erhebung der in den nullifizirten Gesetzen aufgelegten Zölle zu verhindern; — verbot in Streitsachen, in denen die Autorität der Ordinanz, die bindende Kraft der in Folge derselben erlassenen Gesetze oder die Giltigkeit der nullifizirten Gesetze in Frage käme, von den Staatsgerichten an das Oberbundesgericht zu appelliren und gebot den Richtern, ohne Rücksicht auf eine solche Appellation, ihr Urtheil zum Vollzug zu bringen und die Appellirenden wegen „Verachtung des Gerichtes" (contempt of the court) zu strafen; — verlangte von allen Beamten des Staates bei Strafe sofortiger Kassirung einen Eid, die Ordinanz und alle in Folge derselben erlassenen Gesetze anzuerkennen und zu vollstrecken, und schrieb vor, daß den Geschworenen ein gleicher Eid abgenommen werde, wenn die Rechtsgiltigkeit der Ordinanz und der bezeichneten Gesetze in Frage käme; — und verkündete, daß jede Zwangsmaßregel der Bundesregierung „als unvereinbar mit dem längeren Verbleiben von South Carolina in der Union angesehen werden wird; und daß das Volk dieses Staates sich hinfort aller weiteren Verpflichtung entbunden erachten wird, seine Verbindung mit dem Volke der übrigen Staaten aufrecht zu erhalten und fortbestehen zu lassen, und sogleich daran gehen wird, eine besondere Regierung zu organisiren und alle anderen Akte und Dinge zu thun, welche souveräne und unabhängige Staaten das Recht haben zu thun." — Die Konvention vertagte sich dann bis zum März, um die Entschließungen des Kongresses abzuwarten.

Die Legislatur trat am 27. November zusammen. Der Gouverneur erklärte in seiner Botschaft[2]) die Nullifikations-Ordinanz für „einen Theil des Grundgesetzes von South Carolina". Die Rechtsfrage könne nicht mehr aufgeworfen werden: „Es ist genug, daß (South Carolina) es so gewollt". An der Legislatur sei es jetzt, der Ordinanz durch Strafgesetze Gehorsam zu sichern, das Verbrechen des Hochverraths gegen den Staat zu definiren und alles Nöthige für den Fall vorzusehen, daß die Bundesregierung versuchen sollte, die Beobachtung ihrer

---

[1]) Die Ordinanz ist vollständig abgedruckt in den Deb. of Congr. XII p. 30; Niles XLIII p. 219; Benton, Thirty Years' View I p. 297; u. a. v. a. O.

[2]) Niles XLIII p. 259.

usurpatorischen Gesetze zu erzwingen. Zu dem letztgenannten Zwecke orderte er eine durchgreifende Reform der Milizorganisation und Autorisation, 2000 Freiwillige zur Vertheidigung von Charleston und 10000 aus den übrigen Theilen des Staates in Dienst zu nehmen.

Die Legislatur kam allen diesen Forderungen ungesäumt nach. Ein Gesetz gab den Eigenthümern von Waaren, die wegen Nichtbezahlung der Zölle mit Beschlag belegt worden, das Recht, dieselben durch einen act of replevin wieder in ihren Besitz zu bringen, d. h. autorisirte die Anwendung von Gewalt, wenn die Waaren nicht gutwillig dem Sheriff von dem Zollbeamten ausgeliefert wurden.[1]) Außerdem wurde dem Sheriff die Befugniß gegeben, sich im Weigerungsfalle des persönlichen Eigenthums des Zollbeamten bis zum doppelten Betrage der mit Beschlag belegten Güter zu bemächtigen. Wer sich der Vollstreckung dieses Gesetzes widersetzte, sollte mit Geldbußen und Gefängniß bestraft werden. Mit ähnlichen Strafen wurden Diejenigen bedroht, die in irgend einer Weise die Hand zur Vollstreckung von Urtheilen der Bundesgerichte boten, die auf der Annahme der Giltigkeit der nullifizirten Gesetze basirt wären. Andere Gesetze schrieben den Eid auf die Nullifikationsakte vor, ertheilten dem Gouverneur die verlangte Befugniß, den Staat in Vertheidigungszustand zu setzen und die bewaffnete Macht in Anwendung zu bringen, wenn immer es erforderlich schiene. — Webster meinte, das zuerst angeführte Gesetz bliebe hinter der Ordinanz zurück[2]). Grundy summirte dagegen eine meisterhafte Analyse desselben dahin, daß South Corolina damit „die Bundesregierung aus dem Staate herausgesetzgebert".

Jackson wurde durch die Nullifikations-Ordinanz in Wuth versetzt. Am 11. Dezember[3]) erließ er als Antwort seine berühmte „Proklamation", in der er die Nullifikationsdoktrin zu widerlegen suchte und seinen Entschluß kund that, seinem Amtseide gemäß mit allen ihm von der

---

[1]) Siehe Grundy's Rede im Senat. Niles XLIII Suppl. p. 215. Vrgl. auch Webst.'s Works III pp. 491, 492; Kent., Comm. III pp. 624, 625.

[2]) Webst.'s Priv. Corresp. I p. 530.

[3]) Im Statesm.'s Man. II pp. 890—903 trägt sie dieses Datum. Auch in der Botschaft vom 16. Jan. 1833 (Ibid II. p. 904) heißt es: „my proclamation of the 11th. of December last." Benton, Thirty Years' View I p. 299; Colton, Works of H. Clay II p. 218; Curtis, Life of D. Webster I pp. 433, 465; Elliot, Deb. IV p. 582; Hunt, Life of Edw. Livingston p. 371 und alle anderen Werke, deren ich mich entsinnen kann — mit Ausnahme von Parton, Life of A. Jackson III p. 467 — geben aber den 10. Dez. an. Ich weiß keine Erklärung dafür.

Verfassung verliehenen Mittel über der Vollstreckung der Gesetze zu wachen. Die Proklamation verband klares und gediegenes staatsmännisches Raisonnement mit warm gefühltem Pathos und machte einen tiefen Eindruck im Norden.[1]) Dem Süden wurde durch sie seine unbehagliche Zwitterstellung lebhaft zum Bewußtsein gebracht. Er mißbilligte das Vorgehen South Carolina's und war es wohlzufrieden, daß der rücksichtslos energische Mann an der Spitze des Staates die Union sicher durch diese Krisis hindurchzuführen verhieß. Andererseits war aber South Carolina dem übrigen Süden nur um einen Schritt in der Entwickelung und namentlich in der praktischen Anwendung der Staatenrechtslehre vorausgeeilt. Die von der Proklamation für die Bundesgesetze in Anspruch genommene unbedingte Suprematie und das Gelöbniß dieselbe, wenn nöthig, auch mit Gewalt zu wahren, konnte ihm daher wenig behagen.[2]) Nicht South Carolina allein fragte, wo die Säbel und Kanonen Jackson's gewesen, als Georgia mit lautem Hohne

---

[1]) Neumann, Gesch. der Ver. Staaten II p. 499, sagt: „Dem Präsidenten allein gebührt alles Verdienst; ihm allein gehört aller Ruhm, sowohl des unbestreitbaren Inhaltes der Proklamation wie ihrer feurigen Beredsamkeit . . . Einzelne Wortverbesserungen mögen von dem stylistischen Künstler E. Livingston herrühren. Es ist jedoch nicht der entfernteste Grund vorhanden, die ganze Proklamation Livingston zuzuschreiben, wie Hunt gethan hat in der vor Kurzem erschienenen Lebensbeschreibung. Life of Edward Livingston." Daß der ungebildete Jackson nicht im Stande war, diese Staatsschrift abzufassen, braucht keines Beweises. Daß Jackson nicht ohne Verdienst an ihr ist, geht aus Hunt's Darstellung (pp. 371—381) sehr deutlich hervor; Jackson hat ihr den Charakter gegeben, der in seinem so oft angeführten Worte ausgedrückt ist: „the Union shall and must be preserved." Das Uebrige ist sicher im Wesentlichen Livingston's Werk. — Neumann's Autorität ist — Parton, von dem er selbst (II p. 487) sagt: „Der Biograph Jackson's schrieb novellistische, auf Effekt berechnete Geschichte." Und Parton's Gewährsmann ist Major Lewis, ein Freund und enthusiastischer Bewunderer Jackson's, der Parton mit unendlichen Massen präsidentschaftlichen „Küchenklatsches" zu Diensten gewesen ist. — Livingston, dessen Name noch heute von den bedeutendsten europäischen Juristen mit großer Anerkennung genannt wird, verdient es wohl nicht, mit der Bezeichnung „stylistischer Künstler" abgefertigt zu werden. Vrgl. übrigens Neumann II p. 471.

[2]) Selbst Clay schrieb am 12. Dez. an Richter Brooks: „As to the proclamation, although there are good things in it, especially what relates to the Judiciary, there are some entirely too ultra for me, and which I cannot stomach. A proclamation ought to have been issued weeks ago; but I think it should have been a very different paper from the present, which, I apprehend, will irritate instead of allaying any excited feeling." Colton, Works of H. Clay II p. 219.

über die Bundesgesetze hinwegschritt. Warum war jetzt ein so schweres Verbrechen, worauf der Präsident damals mit kaum verhehlter Befriedigung geblickt? Legte ihm sein Amtseid damals nicht dieselben Verpflichtungen auf? War die Suprematie eines Tarifgesetzes höherer Art als die von Verträgen? Warum sollte ein souveräner Staat jetzt beim Oberbundesgericht gehorsamlichst nachsuchen müssen, daß es ihm die Grenzen seiner Rechte weise, wenn damals ein nicht mehr souveräner Staat das in aller Form gefällte Urtheil des Oberbundesgerichtes mit Entrüstung als eine empörende Anmaßung zurückweisen durfte, ohne sich vom Präsidenten oder Kongreß auch nur einen warnenden Mahnruf zuzuziehen? — South Carolina wußte, daß sich auf alle diese Fragen keine Antwort geben ließ und darum verfehlte es nicht, sie zu stellen. Aber es war zu stolz und zu klug, um sie als den Anker anzusehen, der seine Sache hielte. „Die unanzweifelbaren geschichtlichen Thatsachen" Calhoun's und seine „einfachen Deduktionen" aus der Verfassung mußten der Grund bleiben, auf dem es seinen Stand behauptete, wenn es nicht nur jetzt straflos ausgehen, sondern seinen unmittelbaren Zweck erreichen und sich gegen alle künftigen Eventualitäten schützen wollte.

Hamilton's Amtstermin war inzwischen abgelaufen und an seine Stelle trat Hayne als Gouverneur von South Carolina. Der dadurch erledigte Sitz im Vereinigten Staaten Senat wurde Calhoun gegeben, der die Vize-Präsidentschaft niedergelegt hatte. An der Präsidentenwahl nahm der Staat nur formell Theil, da er weder den einen noch den andern Parteikandidaten unterstützte.[1]) Alles das wies darauf hin, daß der Nullifikationsbeschluß nicht nur eine klopffechterische Posse sei. Jackson's Proklamation schüchterte nicht ein, sondern stachelte den Trotz nur stärker auf. Ihre Verlesung in der Legislatur wurde mit lautem Gelächter und spöttischen Randglossen begleitet.[2]) Hayne wurde durch eine förmliche Resolution beider Häuser ersucht, eine Gegenproklamation zu erlassen. Er kam der Aufforderung in einer Weise nach, die auch die giftigsten „Feuerfresser" unter den Nullifikatoren befriedigte.[3]) Jackson's Befehl an die Zollbeamten, auf jede Gefahr hin in der Erfüllung ihrer Pflichten fortzufahren, die Sendung von General Scott

---

[1]) John Floyd von Virginia und Henry Lee von Massachusetts waren die Strohmänner, die das Elektoralvotum von South Carolina erhielten.

[2]) Niles XLIII pp. 287, 288.

[3]) Ibid. XLIII pp. 308—312.

und das Erscheinen einiger Kriegsschiffe vor Charleston wurden durch verdoppelten Eifer in der Betreibung der Rüstungen beantwortet.

Inzwischen war der Kongreß wieder zusammengetreten. Mit der größten Spannung sah man der Ankunft Calhoun's entgegen. Die Gallerien waren überfüllt, als er den Eid auf die Verfassung leistete. Die feste Ruhe, mit der er dabei auftrat, verfehlte nicht einen tiefen Eindruck zu machen. Nur Wenige leugneten, daß er ein persönlich durchaus sittenreiner Mann sei, und man sagte sich daher, daß er vollkommen von der Richtigkeit seiner Doktrin überzeugt sein müsse und nicht leicht nachgeben werde. Noch weniger zweifelte man jedoch daran, daß Jackson sein Wort einlösen werde, wenn South Carolina das seinige nach dem 1. Februar wahr mache. Schwere Besorgnisse erfüllten daher die Gemüther, denn darin stimmten fast Alle überein, daß Blutvergießen die unberechenbarsten Folgen nach sich ziehen könne. Trotzdem aber klang selbst bei den äußersten Befürchtungen eine unbestimmte Zuversicht hindurch, daß die Gefahr vermieden werden würde. So ernst auch Jackson wie South Carolina es meinten, es war doch vom ersten Augenblick an ersichtlich gewesen, daß sie gegenseitig einen gewaltsamen Zusammenstoß ängstlich zu vermeiden suchen würden. Dem gewaltthätigen Soldaten, der stets die Präsidentschaft wie den Oberbefehl über eine Armee angesehen, kam das sicher nicht leicht an. Allein bei allen seinen großen und folgenschweren Fehlern besaß er die eine Tugend eines wahren Patriotismus und eines warmen Gefühles für das ganze Volk. Mußte das Schwert gezogen werden, dann wurde es gewiß — so weit das von ihm abhing — nicht eher wieder in die Scheide gesteckt, als bis der Widerstand South Carolina's vollständig gebrochen war, wenn auch die ganze Union darüber in Blut getränkt werden müßte. Aber mit welcher Landsknechtslust er es auch gegen England und die Indianer geschwungen, er wollte es nicht gegen die Mitbürger ziehen, wenn es sich irgend vermeiden ließ, denn selbst er fürchtete, daß es vielleicht lange und harte Arbeit würde thun müssen, ehe es wieder zur Ruhe gesetzt werden könnte. Vereinbarten der Kongreß und South Carolina auf Grundlage einer tiefergreifenden und umfassenderen Abänderung des Tarifs die Bedingungen eines Ausgleiches, so versagte Jackson sicher nicht seine Zustimmung. Die Grenzen der mittelbaren Theilnahme, welche die Verfassung dem Präsidenten an der legislativen Gewalt einräumt, konnten mit Fug von ihm so eng abgesteckt werden, daß er sich nicht für berechtigt hielt oder nicht für berechtigt erklärte, eine Tarifbill deswegen mit seinem Veto zu

belegen, weil es ihm wünschenswerth erschien, die Nullifikationsdoktrin der Feuerprobe zu unterwerfen. Einem in freihändlerischem Sinne modifizirten Tarif an und für sich konnte Jackson aber, ohne sich das Geringste zu vergeben, seine Sanktion ertheilen, da er ja seit seinem Amtsantritte eine Abänderung des bestehenden Tarifs empfohlen hatte.

Die patriotischen Rücksichten Jackson's beeinflußten auch South Carolina, denn es ist schlechthin lächerlich aus Parteigeist oder um des erhöhten dramatischen Effektes willen dem Streit ein solches Ansehen zu geben, daß Calhoun und seine Genossen so erscheinen, als hätten sie durch Ehrgeiz, persönlichen Haß oder Fanatismus alles Nationalgefühl verloren. Irgend ein Zufall hätte freilich die Leidenschaft den Damm des Nationalgefühls durchbrechen lassen können, wenn sie nicht durch die stärksten Rücksichten politischer Klugheit gefesselt gewesen wäre. Die Nullifikatoren hielten es offenbar wirklich für nahezu unmöglich, daß die Bundesregierung versuchen würde, den Knoten zu durchhauen; aber ihr Urtheil war nüchtern genug geblieben, um einzusehen, daß sie die Bundesregierung zur Anwendung von Gewalt zwingen würden, wenn sie selbst zuerst zu ihr griffen. Damit hätten sie vielleicht die ganze Union in chaotische Verwirrung stürzen, aber in keinem Falle ihre Zwecke erreichen können. Sobald sie die Frage vom Rechtsboden stießen, war ihre Sache hoffnungslos verloren. Das haben sie keinen Augenblick verkannt. Die Konvention hatte vor ihrer Vertagung eine „Adresse an das Volk der Vereinigten Staaten" erlassen[1]), in der sie ausdrücklich erklärte, daß es, so weit das in der Hand von South Carolina läge, nicht zum Blutvergießen kommen würde. Freilich kündigte sie dabei an, daß dieses durch Sezession des Staates verhindert werden solle.[2]) Es braucht hier nicht untersucht zu werden, wie weit dieses Mittel dem Zwecke entsprochen haben würde. Die Nullifikatoren hielten es wohl für wahrscheinlicher, aber durchaus nicht für so unzweifelhaft, wie sie sich den Anschein gaben, daß eine solche Lösung des Streites ohne Einsprache angenommen werden würde.[3]) Sie ließen

---

[1]) Niles XLIII pp. 231—234.

[2]) „... in order to obviate the possibility of having the history of this contest stained by a single drop of fraternal blood, we have solemnly and irrevocably resolved, that we will regard such a resort (to military or naval force) as a dissolution of the political ties which connect us with our confederate states; and will, forthwith, provide, for the organization of a new and separate government."

[3]) Ein sehr beträchtlicher Theil der Staatenrechtler verwarf die Nullifikation, aber erkannte das Sezessionsrecht an. — Barnwell Smith rügte in der Legislatur

denn auch dieser Zusicherung von jedenfalls nur negativem Werthe ein positives Anerbieten folgen. Die Adresse betonte, daß South Carolina damit „ein Zugeständniß" mache, und erklärte, daß es sich nur dann mit dem von ihm vorgeschlagenen Steuerplane zufrieden geben würde, „wenn die beim Schutz der Manufakturen interessirten Staaten bei Zeiten und in geziemendem Geiste entgegenkämen." War schon diese Weise, ein Kompromiß anzubieten, wenig geeignet, seine Annahme wahrscheinlich zu machen, so war das vorgeschlagene Tarifsystem selbst absolut unannehmbar für die industriellen Staaten und sogar an und für sich geradezu absurd[1]). Darauf durfte jedoch nicht zu viel Gewicht gelegt werden. Die Hauptsache war, daß South Carolina seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hatte, eventuell auf ein Kompromiß einzugehen. Machte der Kongreß nicht darauf hin irgend welche Anerbietungen, so konnte South Carolina wenigstens mit einem gewissen Scheine von Berechtigung ihn für die Konsequenzen verantwortlich machen.

Jackson und die Nullifikatoren suchten also nicht nur einander den Becher zum letzten entscheidenden Wurf zuzuschieben, sondern sie begegneten sich auch in dem heimlichen Wunsche, daß er nicht ergriffen werde, bis der Kongreß genöthigt gewesen, nochmals an dem Spiele Theil zu nehmen. Die schutzzöllnerische Majorität kam dadurch zwischen Thür und Angel. Die extreme, meist den Neu-England-Staaten angehörige Fraktion wollte überhaupt nicht und ganz besonders nicht auf Kosten der Fabrikanten den Frieden erkaufen lassen. Die Mehrzahl

---

von South Carolina mit besonderer Schärfe an Jackson's Proklamation „the tyrannical doctrine, that we had not even (!) the right to secede." Niles XLIII p. 288.

[1]) „We believe that, upon very just and equitable principles of taxation, the whole list of protected articles, should be imported free of all duty, and that the revenue derived from import duties, should be raised exclusively upon the unprotected articles, or that, whenever a duty is imposed upon protected articles imported, an excise duty of the same rate should the imposed upon all similar articles manufactured in the United States . . . But we are willing to make a large offering to preserve the union; and, with a distinct declaration that it is a concession on our part, we will consent that the same rate of duty may be imposed upon the protected articles that shall be imposed upon the unprotected, provided that no more revenue be raised than is necessary to meet the demands of the government for constitutional purposes, and provided, also, that a duty substantially uniform be imposed upon all foreign imports."

hätte gerne nur Zuschauer abgegeben.[1]) Unthätigkeit hätte ihr aber keine geringere Verantwortlichkeit aufgeladen als eine positive Entscheidung, und wurde es überhaupt gestattet, den Tarif wieder zur Diskussion zu bringen, so war damit auch bereits thatsächlich entschieden, daß South Carolina irgend ein Kompromißvorschlag gemacht werden würde: eine so geringe Majorität konnte nicht in einer derartigen Krisis ungebrochen zusammenhalten, nachdem sie schon vor der Kulmination derselben in's Schwanken gerathen war.

Jackson hatte in seiner Jahresbotschaft vom 4. Dezember konstatirt, daß die Bedürfnisse des Schatzamtes eine weitere Reduktion der Staatseinkünfte gestatteten und empfohlen, „diejenigen Lasten zu entfernen, die auf irgend einem Theile des Gemeinwesens ungleich ruhten."[2]) Dieser Theil der Botschaft war an den Ausschuß für Mittel und Wege verwiesen worden, der am 27. Dezember die sog. Verplanck-Bill berichtete.[3]) Die Bill ging auf den Tarif von 1816 zurück und setzte sogar zum Theil die Zölle noch niedriger an. Verplanck selbst schätzte die Verminderung der Zolleinnahmen auf $ 13,000,000 gegenüber dem Tarif von 1828 und auf $ 7,000,000 gegenüber dem von 1832. Da diese Reduktion im Laufe von zwei Jahren eintreten sollte, so kam sie fast einem vollständigen Aufgeben des Schutzzolles gleich und ein großer Theil der industriellen Etablissements wäre unrettbar verloren gewesen. Trotzdem fürchteten die Schutzzöllner, daß die Bill vom Hause und dann vielleicht auch, obgleich nicht ohne harten Kampf, vom Senate angenommen werden würde.[4]) Vor einem Monat noch hätte

[1]) Clay schreibt am 12. Dezember 1832: „Congress has not been called upon, and I sincerely hope it may not be necessary to call upon it, in this unfortunate affair." Priv. Corresp. of H. Clay p. 345.

[2]) Statesm.'s Man. II p. 881.

[3]) Verplanck brachte den die Bill-begleitenden Bericht am 28. Dezember ein. Deb. of Congr. XII p. 128.

[4]) Webster schreibt den 3. Jan. 1833 an W. Sullivan: „But our more imminent danger in my opinion is, that, seizing on the occasion, the anti-tariff party will prostrate the whole tariff system. You will have seen the bill, reported by Mr. Verplanck. Great and extraordinary efforts are put forth, to push that bill rapidly through Congress. It is likely to be finally acted upon, at least in the House of Representatives, before the country can be made to look on it, in its true character. On the other hand, our friends will resist it, of course, and hold on to the last . . . If the bill were now in the Senate, it would not pass; but how far individuals may be brought over by party discipline, in the drill of a month, it is impossible to say." Webst.'s Priv. Corresp. I pp. 528, 529.

man einen so radikalen Wechsel für unmöglich gehalten und auch jetzt wäre trotz der Nullifikation die Annahme der Bill nicht besorgt worden, wenn man sie nicht allgemein für eine „Administrations-Bill" gehalten hätte. Einen wie ungeheuren Einfluß Jackson ausüben konnte, hatte man bereits wiederholt erfahren, und daß er bereit war, so weit zu gehen, hatte die Botschaft deutlich genug zu erkennen gegeben.[1]) Webster meinte allerdings, Jackson würde es jetzt vorgezogen haben, die Nullifikatoren ohne alle Zugeständnisse zu bezwingen und später den Tarif zu modifiziren; die Partei dränge ihn vorwärts, weil sie die Wirkung der in der Proklamation entwickelten Doktrinen fürchte.[2]) Die Vertrauten und Bewunderer des Präsidenten versichern jedoch, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Kompromißbills gefördert habe.[3]) Er gab aber deswegen den in der Proklamation eingenommenen Standpunkt nicht auf. Als er erfuhr, wie sie in South Carolina aufgenommen worden war, sandte er dem Kongreß eine Botschaft[4]), die in gemäßigterem Tone gehalten war, aber dabei um die

---

[1]) Sein Raisonnement hinkte freilich noch immer nach beiden Seiten, aber das Resumé lautete: „those who have vested their capital in manufacturing establishments cannot expect that the people will continue permanently to pay high taxes for their benefit, when the money is not required for any legitimate purpose in the administration of the government. Is it not enough that the high duties have been paid as long as the money arising from them could be applied to the common benefit in the extinguishment of the public debt?" Daran hielt er jedoch fest, daß zu Gunsten derjenigen Dinge, die zur Sicherheit des Landes in Kriegszeiten unumgänglich nothwendig sind, eine Ausnahme gemacht werde.

[2]) I do not believe the President himself wishes the bill to pass. E contra, I fancy he would prefer the undivided honor of suppressing nullification, now, and to take his own time, hereafter, to remodel the tariff. But the party push on, fearing the effect of the doctrines of the proclamation, and endeavoring to interpose, and to save Carolina not by the proclamation, but by taking away the ground of complaint." Webst.'s Priv. Corresp. I p. 529.

[3]) Benton schreibt: „Many thought he ought to relax in his civil measures for allaying discontent while South Carolina held the military attitude of armed defiance to the United States — and among them Mr. Quincy Adams. But he adhered steadily to his purpose of going on with what justice required for the relief of the South, and promoted, by all the means in his power, the success of the bills to reduce the revenue." Thirty Years' View I p. 308. Ueber Jackson's Stellung zur Tariffrage im Frühling 1832 vrgl. Reminiscences of J. A. Hamilton p. 243. Siehe auch Al. H. Stephens, The War between the States I p. 440.

[4]) 16. Jan. 1833. Statesm.'s Man. II pp. 904—922.

Ertheilung von außerordentlichen Befugnissen nachsuchte. Er theilte mit, daß er der „Vorsicht“ halber die Verlegung des Zollhauses von Charleston nach Castle Pinckney angeordnet habe und wünschte jetzt, autorisirt zu werden, „diejenigen Eingangsdistrikte und Häfen zu verändern, bei denen es nöthig wäre, und das Zollhaus an irgend einem sicheren Platze innerhalb desselben Hafens zu errichten.“[1]) Nur für den Fall, daß auch dieses nicht genügen und „versucht werden sollte, das (unverzollte und mit Beschlag belegte) Eigenthum mit Gewalt zu nehmen die zu groß wäre, als daß die Zollbeamten sie überwältigen könnten“, verlangte er das Recht, sich der Land- und Seemacht zur Vollstreckung der Gesetze zu bedienen.

Calhoun beantwortete die Botschaft durch Einbringung einer Reihe von Resolutionen über die Befugnisse der Bundesregierung.[2]) Seine ganze Theorie der Staatenrechte war darin in wenige Sätze zusammengedrängt, das anstößige Wort „Nullifikation“ aber nicht gebraucht. Er kam damit von seiner Seite gerade so weit entgegen als Jackson von der seinigen. Uneingeschüchtert hielt er der Hauptsache nach an seinem Standpunkte fest, gab aber zu verstehen, daß er nicht auf die Gefahr hin, dadurch einen Austrag zu verhindern, um Splitter rechten wolle.

Die Lage war dadurch viel richtiger gekennzeichnet als durch den Charakter, den die Debatte gleich darauf im Senate annahm. Die Botschaft des Präsidenten war an den Justizausschuß verwiesen worden der am 21. Januar eine Bill einbrachte, welche die Erhebung der Zölle in South Carolina sichern, resp. ermöglichen sollte.[3]) Sämmtliche Staatenrechtler denunzirten sie in den maßlosesten Ausdrücken und legten ihr gleich den aufreizenden Namen der „Zwangsbill“ bei.[4]) Bevor man die eigentliche Debatte begann, hatte es sich jedoch bereits gezeigt, daß man es mit der Passirung der Bill keineswegs eilig habe. Mangum von North Carolina und Bibb von Kentucky beantragten, die Debatte aufzuschieben. Letzterer gab als Grund an, daß „dieses

[1]) Als Grund für dieses Verlangen gab er an, daß in den Häfen von Georgetown und Beaufort nicht dieselben Vorsichtsmaßregeln wie in Charleston ergriffen werden könnten.

[2]) 22. Jan. 1833. Deb. of Congr. XII p. 23.

[3]) Die Bill war natürlich so abgefaßt, daß sie formell auf das ganze Gebiet der Union gleiche Anwendung fand. Sie ist in der Gestalt, in der sie schließlich angenommen wurde, außer in den Stat. at L. IV p. 632 auch bei Niles XLIII, Suppl. p. 46 abgedruckt.

[4]) Force Bill.

nicht die beste Zeit zur Diskussion von Prinzipien so aufregenden Charakters sei; es könnten bald Ereignisse eintreten, die diesen Gegenstand weniger aufregend machen würden."[1]) Der Senat nahm einen vermittelnden Vorschlag Clay's an, nach dem die Debatte am 28. Januar ihren Anfang nahm. Damit hatte der Senat auch der Bemerkung Mangum's beigestimmt, daß der Kongreß doch nicht bis zum 1. Februar, dem Tage, an dem die Nullifikationsordinanz in Kraft treten sollte, schlüssig werden könne. Viel Wesens wurde aber nicht von dem Umstande gemacht, obwohl nach dem bisherigen Gerede beider Parteien erwartet werden mußte, daß ihm die größte Wichtigkeit beigelegt werden würde. Offenbar erwartete nicht Bibb allein die von ihm angedeuteten „Ereignisse." Die Erwartungen wurden denn auch nicht getäuscht. South Carolina hatte es nicht eiliger, die Nullifikation in Kraft treten zu lassen, als der Kongreß es hatte, die „Zwangsbill" zu passiren. Eine „Suspension" der Ordinanz wurde beschlossen, um abzuwarten, was der Kongreß thun würde.[2]) Damit war man denn von beiden Seiten in das gleiche breite Fahrwasser gekommen, in dem der sichere Hafen schließlich erreicht werden mußte, wenn nicht die eine oder die andere Partei plötzlich wieder das Steuer wandte. Hiernach ist die Bedeutung des wilden Redekampfes zu bemessen, der jetzt im Kongreß anhub. Es war nicht ein Bühnenstreit zum Amusement des Publikums und nicht ein Weibergezänk aus eitel Rechthaberei, aber vom ersten Augenblick an trug er das Gepräge eines Streites, der nicht im Begriff steht zu kulminiren, sondern soeben glücklich über seinen Kulminationspunkt hinausgelangt ist.

Wilkins von Pennsylvania eröffnete als Vorsitzender des Justizausschusses die Debatte. Der Grundgedanke seiner Rede war, daß Nullifikation die thatsächliche Auflösung der Union sei, denn sie stoße das Prinzip der Gesetzesherrschaft um. Die Passirung der Bill würde daher nicht nur gerechtfertigt sein, sondern sie sei unbedingt nothwendig, denn ihre Bestimmungen reichten nur gerade hin, die Bundesautorität aufrecht zu erhalten, wenn South Carolina die Ausführung der Nullifikationsgesetze versuchte. Die Bill trage übrigens durchaus nicht, wie von der Opposition behauptet worden, einen außerordentlichen Charakter. Der Ausschuß könne sich in jedem einzelnen Punkte auf Präzedenzfälle stützen oder mindestens den Nachweis liefern, daß seine Vorschläge im

---

[1]) Niles XLIII Suppl. p. 51.

[2]) Ibid. p. 382.

vollkommensten Einklange mit früheren Gesetzen stünden. Neu sei nur die Bestimmung, welche dem Präsidenten das Recht zur Verlegung der Zollhäuser verleihe und sie habe lediglich den Zweck, „wenn möglich alle Kollisionen zu vermeiden.“[1])

Bibb von Kentucky war der erste Redner der Opposition. Mit keinem Worte vertheidigte er die Nullifikation, aber er warf sich mit dem Schilde des noli me tangere der Staatenrechtlerei zwischen die Nullifikatoren und die Bundesgewalten: die Bill „autorisirt eine Kriegserklärung gegen den Staat von South Carolina, eine Kriegserklärung durch Proklamation des Präsidenten nach seiner Diskretion, nicht auf Grundlage von Thatsachen.“[2]) Seine ganze Rede handelte aber nur darüber, was die Bundesgewalten nicht thun dürften; die positive Seite der Frage, wie sie sich und die Union gegen eine Nullifizirung der Bundesgesetze schützen sollten, ließ er unerörtert. Zog man die Summa des ganzen Raisonnements — was der Redner natürlich unterließ — und fragte nach dem praktischen Resultat, so lautete die einzig mögliche Antwort, daß im Wesentlichen eine Rückkehr auf den Standpunkt der Konföderations-Artikel verlangt werde. Die Konföderations-Artikel hatten dem Kongreß viele Rechte gegeben, aber ihm die Macht vorenthalten, die Rechte geltend zu machen. Nach der Lehre der anti-nullifikatorischen Staatenrechtler verlieh die Verfassung der Bundesregierung zureichende Rechte und gab ihr Machtmittel, die zur Geltendmachung der Rechte genügt hätten, aber sie hatte ihr nicht das Recht ertheilt, die Machtmittel zu gebrauchen, wenn ein Staat ihr die Ausübung ihrer Rechte untersagte. Nullifikatoren und anti-nullifikatorische Staatenrechtler kamen im Wesentlichen durchaus auf das Gleiche heraus, weil sie von derselben Voraussetzung ausgingen: Bibb behauptete, „die Souveränetät ruht in der Bevölkerung jedes Staates.“[3]) Tyler formulirte den entscheidenden Satz noch schärfer dahin, daß er

---

[1]) Ibid. p. 60. Die beiden letzten Punkte wurden noch viel stärker von Frelinghuysen und von Grundy betont. Letzterer sagte: „Is this making war? So far from it, it is the most pacific course that could be presented; it is retreating from threatened violence, and this is done upon recommendation of him, who never retreated to secure his own personal safety.“ Ibid. pp. 53, 88, 216.

[2]) Ibid. p. 65.

[3]) McDuffie sagte in einer Tischrede: „I will readily concede that a state cannot nullify an act of congress, by virtue of any power derived from the constitution. It would be a perfect solecism to suppose any such power was conferred by the constitution. This right flows from a higher source. All

den Bundesgesetzen Gehorsam zu leisten habe, weil er Virginia Unterthanenpflicht schulde.[1])

Die anderen Oppositionsredner folgten ausnahmslos genau in den Fußstapfen Bibb's. Das Interessanteste in ihren Reden war die Fülle von historischen Illustrationen. Nicht viele Staaten konnten sich rühmen, niemals Priesterdienste an dem Altar der Staatensouveränetät geleistet und als Opferflammen gepriesen zu haben, was sie jetzt ein Molochsfeuer schalten.

Vierzehn Tage währten schon die Debatten und trotz aller Beredsamkeit und dialektischen Schärfe, die von beiden Parteien entfaltet wurden, war man dem Ziele noch um keinen Schritt näher gekommen. Da ersuchte Clay am 12. Februar den Senat, ihm die Einbringung einer Bill zur Modifikation der Tarifgesetze zu gestatten.[2]) Calhoun sprach sich dafür aus, daß die Erlaubniß gegeben werde: er könne nicht allen Einzelheiten der Bill seine Zustimmung geben, aber ihre „allgemeinen Prinzipien" und ihr „Zweck" hätten seine „vollkommene Billigung." „Ein sehr großes Kapital sei in Manufakturen angelegt, die dem Lande von großem Nutzen gewesen; er werde niemals dafür stimmen, daß plötzlich alle die Zölle entzogen würden, durch welche dieses Kapital in dem Kanal erhalten würde, in den es geleitet worden." Die Erledigung der unbedeutenderen Differenzpunkte werde keine Schwierigkeiten haben, wenn man sich „in dem Geiste gegenseitigen Kompromisses" entgegenkäme, „ohne irgend wie in der Verfassungsfrage über das Recht der Protektion nachzugeben."[3])

Jetzt erübrigte in der That nur noch eine Verständigung in „geringeren Differenzpunkten". Nachdem der Führer der Schutzzöllner und der Führer der Nullifikatoren angekündigt, daß sie sich über die wesentlichsten Bedingungen eines Austrages geeinigt, war derselbe gesichert, wenn man auch noch immer einen heißen Kampf vor sich hatte.

---

that I claim for the state in this respect, necessarily results from the mere fact of sovereignty." Niles XLIII pp. 41, 42.

[1]) „It is because I owe allegiance to the state of Virginia, that I owe obedience to the laws of this government. My state requires of me to render such obedience. She has entered into a compact which, while it continues, is binding on all her people. So would it be if she had formed a treaty with any foreign power. I should be bound to obey the stipulations of such treaty, because she willed it." Ibid. XLIII Suppl. p. 104.

[2]) Deb. of Congr. XII p. 81; Clay, Speeches II p. 139 ff.

[3]) Deb. of Congr. XII pp. 84, 85.

Webster erklärte, Prinzipien in der Bill zu finden, denen er, so weit er jetzt zu sehen vermöge, nie seine Zustimmung würde geben können. Der äußerste Flügel der Schutzzöllner war also nicht vorher für das Kompromiß gewonnen worden[1]) und er war stark genug, um das geringste Zerwürfniß zwischen den neuen Bundesgenossen zu einer ernsten Gefahr zu machen. „Sonderbarere Bettkameraden", als Clay und Calhoun es im Augenblick waren, hatte aber die ganze bisherige Parteigeschichte nicht gesehen. Als Waffenbrüder hatten sie ihre politische Laufbahn begonnen, aber jetzt waren sie so vollständig zerfallen, daß sie sich nicht einmal grüßten und in ihrem persönlichen Verhältniß zu einander war auch jetzt keine Aenderung eingetreten. Parteigeist und persönlicher Groll haben diesen Umstand benutzt, um Calhoun zu einem „Feigling" zu stempeln. Benton erzählt, Calhoun habe Clay's Bedingungen angenommen, nachdem ihm von Letcher, einem Repräsentanten von Kentucky, mitgetheilt worden, daß Jackson von keinen „Unterhandlungen" wissen wolle, sondern entschlossen sei, ihn verhaften zu lassen und auf Hochverrath anzuklagen.[2]) Clayton, Senator von Delaware, versichert gleichfalls, Calhoun's Motiv sei die Furcht gewesen, daß Jackson ihn „hängen" lassen werde.[3]) Auch in diesem Falle hat beständige Wiederholung genügt, die Behauptung extremer Parteimänner im Volksbewußtsein zur historischen Thatsache werden zu lassen. Man hat sich nicht einmal gefragt, ob Jackson irgend eine Möglichkeit gehabt, den „Erzverräther" zu „hängen". Jackson ist wahrlich in genügendem Grade Autokrat gewesen, um die freiheitstolzen Amerikaner nicht mit allzu großer Befriedigung auf dieses Kapitel ihrer Geschichte zurückblicken zu lassen. Sie brauchten sich mindestens nicht auf das zweifelhafteste Zeugniß hin dessen zu rühmen, daß er nicht üble Lust gehabt, als Präsident mit derselben brutalen Willkür zu handeln, wie er als General auf der Indianerhetze gethan. Noch waren immer nicht Gesetz und Jackson's Wille absolut identisch, und so unzweifelhaft Calhoun auch nach den staatsrechtlichen Ideen Europa's des Hochverrathes

---

[1]) Benton erzählt, Clay habe Webster von seinem Vorhaben unterrichtet, dieser aber darauf entgegnet: „It would be yielding great principles to faction; and that the time had come to test the strength of the constitution and the government." Darauf hin sei er nicht zu den weiteren Verhandlungen zugezogen worden. Benton, Thirty Years' View I p. 342.

[2]) Ibid. I p. 343.

[3]) Ibid. II p. 113; Colton, Works of Clay, Speeches II p. 125.

schuldig sein mochte, nach den Bestimmungen der Bundesverfassung hätte er schwerlich desselben überführt werden können.[1])

Calhoun war gut genug mit den Entscheidungen des Oberbundesgerichtes in den Prozessen Burr's und Bollman's vertraut, um nicht durch die erste dunkle Drohung, die ihm durch die dritte oder vierte Hand übermittelt wurde, dermaßen geschreckt zu werden, als seine bittersten Gegner nach geschlossenem Waffenstillstande behaupteten. Nur der Parteimann und der Tendenzhistoriker können Gewicht auf Geschichtchen legen, die sich in der Nacht und ohne Zeugen abgespielt haben sollen. So lange nicht bessere Beweise beigebracht worden sind, kann sich der objektive Geschichtsschreiber nur an das öffentliche Thun und Lassen Calhoun's halten, und darin findet sich nichts zur Rechtfertigung der Annahme, daß er aus Besorgniß um seine persönliche Sicherheit mit beiden Händen zugegriffen habe, als ihm eine Kapitulation gestattet worden.

Am 15. und 16. Februar hielt Calhoun eine Rede über die Force Bill.[2]) Zum größten Theile war sie in dem gemessenen, dok-

---

[1]) „Treason against the United States, shall consist only in levying War against them, or in adhering to their Enemies, giving them Aid and Comfort. No Person shall be convicted of Treason unless on the Testimony of two Witnesses to the same overt Act, or on Confession in open Court.“ Art. III, Sect. 3. § 1. In der Entscheidung des Oberbundesgerichtes in Sachen Ex parte Bollmann und Ex parte Swartwout heißt es: „To constitute that specific crime . . . war must be actually levied against the United States. However flagitious may be the crime of conspiring to subvert by force the government of our country, such conspiracy is not treason. To conspire to levy war, and actually to levy war, are distinct offences. The first must be brought into open action by the assemblage of men for a purpose treasonable in itself, or the fact of levying war cannot have been committed . . . It is not the intention of the court to say that no individual can be guilty of this crime who has not appeared in arms against his country. On the contrary, if war be actually levied, that is, if a body of men be actually assembled for the purpose of effecting by force a treasonable purpose, all those who perform any part, however minute, or however remote from the scene of action, and who are actually leagued in the general conspiracy, are to be considered as traitors. But there must be an actual assembling of men for the treasonable purpose to constitute a levying of war . . . It is, therefore, more safe as well as more consonant to the principles of our constitution, that the crime of treason should not be extended by construction to doubtful cases.“ Cranch's Rep. IV pp. 126, 127; Curtis II pp. 36, 37. Vergl. auch Cranch's Rep. IV pp. 468—509.

[2]) Calh.'s Works II pp. 197—262; Jenkins, Life of Calh. pp. 251—300.

trinären Tone einer logischen Abhandlung gehalten. Stellweise verfiel sie jedoch in ein Pathos, das wohl von Deklamation und Uebertreibung nicht frei war, aber sicher nicht von Furcht zeigte. Calhoun suchte nicht durch Demuth und Schmeicheleien den Streich aufzuhalten, den Jackson angeblich gegen ihn führen wollte. Er hatte ihn gleichsehr als Präsident wie als Persönlichkeit gereizt und er kannte wohl den harten Sinn und die wilde Leidenschaftlichkeit des Mannes, aber weder für den Präsidenten noch für den Menschen hatte er ein versöhnliches Wort. Aus Rücksicht auf die „Schicklichkeit" verzichtete er darauf, die persönlichen Angriffe des Präsidenten zu beantworten, aber er klagte ihn in den schärfsten Ausdrücken des Treubruches und der Undankbarkeit gegen South Carolina an. In der sachlichen Frage führte er den Kampf auf der äußersten Linie, zu der er bis jetzt gegangen. Wie mit innerer Genugthuung nannte er jetzt jedes Ding genau bei seinem rechten Namen und er suchte nach den stärksten Worten zur Charakterisirung der Gegner und ihrer Politik. „Ihr schickt Euch an, Eure Räuberpolitik durch Mord zum Vollzug zu bringen . . . Gewalt mag in der That die Theile zusammenhalten, aber eine solche Union würde das Band zwischen Herr und Sklave sein . . . Ich sage Euch gerade heraus, daß die Bill nicht durchgeführt werden kann, wenn sie passirt werden sollte. Sie wird sich nur als ein Fluch auf Eurem Statutenbuch, als ein Vorwurf gegen das Jahr und als ein Schandmahl des amerikanischen Senates erweisen. Ich wiederhole, daß sie nicht durchgeführt werden wird: sie wird den schlafenden Geist des Volkes wecken und seine Augen dem Herannahen des Despotismus öffnen. Das Land ist in Geiz und politischer Korruption versunken, aus denen nichts es aufrütteln kann als eine so thörichte und wahnwitzige Maßnahme der Regierung, wie die zur Berathung vorliegende . . . Ich verkünde es, daß man dieser Bill auf jede Gefahr hin — selbst bis auf den Tod — Widerstand leisten wird, wenn sie passirt und ein Versuch gemacht werden sollte, sie zum Vollzug zu bringen . . . Tausende von seinen (South Carolina's) Söhnen sind im Nothfall bereit, ihr Leben fröhlich in der Vertheidigung des Staates und der großen Prinzipien konstitutioneller Freiheit niederzulegen, für die er streitet. Gott verhüte, daß dieses je nöthig werden sollte! Es kann nie geschehen, es sei denn, diese Regierung ist entschlossen, die Frage zum Aeußersten zu treiben; dann werden seine tapferen Söhne bereit sein die letzte Pflicht zu erfüllen — edel zu sterben."

Webster beantwortete diese Rede noch am 16. Februar.[1]) Sein Thema war nicht die Bill, sondern das Nullifikations- und Sezessionsrecht. Er zollte der dialektischen Schärfe des Caroliniers volle Anerkennung, meinte ihn aber doch nur einem starken Mann vergleichen zu können, der desto tiefer in den bodenlosen Sumpf versinkt, mit je gewaltigeren Anstrengungen er sich aus ihm herauszuarbeiten sucht. Den subtilen logischen Deduktionen aus rechtlichen Abstraktionen stellte er in klassischer Einfachheit und Klarheit die Forderungen des gesunden Menschenverstandes entgegen. Seine Argumentation ging von dem Gedanken aus, daß Staat und Regierung, Staat und Gesetzesherrschaft einander absolut bedingende Begriffe seien und die prinzipielle Aufhebung der Gesetzesherrschaft daher nicht die Rechtsbasis eines Staates sein könne. Jeder Staat existirt um der Staatszwecke willen und seine Verfassung enthält die Grundregeln, nach denen die Erfüllung derselben angestrebt werden soll und allein gesetzlich angestrebt werden darf. Eine Verfassung, deren erster Grundsatz die Staatsidee selbst negirt, ist daher keine Verfassung, ein Staat mit einer solchen Verfassung kein Staat: das Nullifikationsrecht und der Staatsbegriff schließen einander absolut aus. Nullifikation und Sezession „setzen die Aufhebung der Regierung voraus . . . Die Konstitution trifft nicht Bestimmungen über Ereignisse, denen ihre eigene Vernichtung vorausgehen muß . . . Die Konstitution der Vereinigten Staaten wurde als ein Ganzes und für das ganze Land angenommen. Wenn sie nicht vollständig stehen kann, so kann sie auch nicht in Theilen stehn, und wenn die Gesetze nicht überall vollstreckt werden können, so können sie auch nicht lange irgend wo vollstreckt werden". Wie kann von Gesetz geredet werden, wenn die Konstruktion und Interpretation des Gesetzes nicht einheitlich sind, sondern jeder einzelne von 24 Staaten endgiltig über die rechtlich bindende Kraft desselben zu entscheiden hat? Haben 23 Staaten nicht das gleiche Recht zu einer Ueberzeugung wie ein Staat? Und wenn die 23 Staaten die Ueberzeugung hegen, daß sie das Recht zur Vollstreckung des Gesetzes gegenüber dem einen Staate haben, soll dann das Urtheil des einen Staates allein giltig sein? Das einzige wahrhafte Gesetz des Landes ist dann Anarchie.

Webster beschränkte sich jedoch nicht auf diese unwiderleglichen, direkt aus der Staatsidee gefolgerten Sätze. Zu seinem und zu des Landes Schaden redete bei ihm der Advokat stets ein lautes Wort in

---

[1]) Webst.'s Works III pp. 448—505.

das Raisonnement des Staatsmannes hinein. Dieses Mal war sogar die äußere Anordnung der Argumentation so unglücklich, daß die Gegner mit einem starken Schein von Berechtigung als letzte Grundlage seiner Beweisführung die nichtigen Wortklaubereien hinstellen konnten, die nachweislich auf historisch falschen Annahmen fußten und gegen die seine eigenen früheren Reden angeführt werden konnten.[1]) Calhoun wurde dadurch in die Möglichkeit gesetzt, sich in seiner Antwortrede vom 26. Februar nicht in der mißlichen Defensive halten zu müssen. Auf die Entscheidung der unmittelbar vorliegenden Frage konnte diese Rede jedoch keinen Einfluß mehr haben, da der Senat schon am 18. Februar mit 32 gegen 8 Stimmen die dritte Lesung der Force Bill beschlossen hatte[2]) und auch das Geschick der Tarifbill bereits thatsächlich entschieden war, wenn sie auch gleich noch nicht förmlich passirt worden war. Einen Augenblick war sie, und mit ihr die Aussicht auf einen Vergleich, ernstlich bedroht gewesen. Am 21. Februar brachte Clay ein Amendement ein, wonach den Zöllen nicht die Werthangabe der Güter am Ausfuhrorte sondern eine Abschätzung im Einfuhrhafen zu Grunde gelegt werden sollte. Das war ein Streich, den Clay gänzlich unerwartet und aus dem Hinterhalt gegen seinen neuen Bundesgenossen führte.[3]) Calhoun erklärte sogleich, daß dieses Amendement ein „unübersteigliches Hinderniß" sein würde; „wenn es angenommen werden sollte, so werde er genöthigt sein, gegen die Bill zu stimmen."[4]) Clayton entgegnete darauf mit derselben Bestimmtheit, daß die Bill mit dem Amendement das äußerste Zugeständniß sei, zu dem er und seine Freunde sich — „nur um eine Versöhnung herbeizuführen" — verstehen könnten; wolle Calhoun sie nicht in diesem Sinne annehmen, so müsse er (Clayton) beantragen, sie auf den Tisch zu legen. Es wurde dem stolzen Pflanzer sehr schwer, dieses Mal nicht unbedingt zu seinem Worte zu stehen, namentlich da er das Amendement für verfassungswidrig erklärt hatte. Allein die Schutzzöllner waren entschlossen, sich nicht mehr abtrotzen zu lassen, und was Calhoun durch Hartnäckigkeit

---

[1]) Siehe Webst.'s Works III pp. 453—457 und Calhoun's Antwort, Works II pp. 262—309. Vrgl. auch Wash.'s. Writ. IX pp. 278, 389, 390; Ann. of Congr. I pp. 932—935.

[2]) Deb. of Congr. XII p. 111. In der Schlußabstimmung stand das Votum 32 gegen 1, da sich, mit Ausnahme von Tyler, alle Gegner der Bill entfernt hatten. Niles XLIII Suppl. p. 256.

[3]) Benton, Thirty Years' View I p. 322.

[4]) Deb. of Congr. XII p. 112

gefährdet hätte, stand außer Verhältniß zu dem, was er durch Nachgeben opfern sollte. Am nächsten Tage stimmte er für das Amendement, jedoch nur „unter den zwei Bedingungen", daß eine Abschätzungsweise adoptirt würde, die weder die von der Verfassung geforderte Gleichheit aller Auflagen verletzte, noch „die Zölle selbst zu einem Theile des Schatzungswerthes machte", so daß „die Steuern besteuert würden." Das war bedeutungsloses Gerede: durch einige geschickte Paraden und wuchtige Lufthiebe suchte er die Schlappe, die er im letzten Augenblick unvermuthet erlitten hatte, möglichst klein erscheinen zu lassen.[1]) Indem er auf dem einen Punkte den Gegnern das Feld überließ, behauptete er es aber auf allen anderen.

Clay kam jetzt mit ganzem Eifer allen Verpflichtungen der Waffenbrüderschaft nach. Am 25. Januar vertheidigte er die Bill gegen Webster und dessen Genossen,[2]) ihnen alle Verantwortung für die Gefahren zuschiebend, denen nicht nur der Frieden der Union sondern auch die Schutzzollpolitik durch ihre Verwerfung ausgesetzt werden würden. Als sein wesentlichstes Motiv bezeichnete er die Wahrscheinlichkeit, daß in der nächsten Legislaturperiode die Gegner des Schutzzollsystemes die Ueberhand haben würden und man daher jetzt noch billigeren Kaufes davon kommen könne als dann.[3]) Er leugnete jedoch auch nicht den Einfluß, den die Furcht vor einem Bürgerkriege auf seine Entschließungen gehabt und gestand ein, daß er ihn fast für unvermeidlich hielte, wenn der nächste Kongreß nicht die verlangte Abhülfe gewähre.[4])

---

[1]) Vrgl. Clayton's Rede zu Wilmington am 15. Juni 1844, Colton, Works of H. Clay II p. 258 und vorher.

[2]) Clay, Speeches II pp. 157—176.

[3]) „In this body we lose three friends of the protective policy, without being sure of gaining one. Here, judging from present apprearances, we shall at the next session be in the minority. In the House it is notorious that there is a considerable accession to the number of the dominant party (d. h. der Demokraten.) How then, I ask, is the system to be sustained against numbers, against the whole weight of the administration, against the united South, and against the increased impending danger of civil war? . . . Two States in New England, which have been in favor of the system, have recently come out against it. Other States of the north and east have shown a remarkable indifference to its preservation. If, indeed, they have wished to preserve it, they have nevertheless placed the powers of government in hands which ordinary information must have assured them were rather a hazardous depository."

[4]) Virginia „has deputed one of her most distinguished citizens (B. W. Leigh) to request suspension of the measures of resistance. No attentive ob-

Wie die Verhältnisse nun einmal lägen, könne man als Patriot wie als Schutzzöllner nur den sehnlichsten Wunsch hegen, von diesem Kongreß einen Austrag zu Wege gebracht zu sehen.

Sollte Clay's Wunsch erfüllt werden, so mußte die Majorität des Hauses wie des Senates tief durchdrungen von der Ueberzeugung sein, daß die größte Gefahr im Verzuge sei. Der Kongreß hatte nur noch wenige Tage vor sich und nach dem gewöhnlichen Geschäftsgange hätte es im günstigsten Falle noch Wochen gebraucht, bis eine Tarifbill dem Präsidenten zur Unterschrift hätte vorgelegt werden können. Im Senate hielt die Opposition daran fest, daß dieses eine Bill sei, die nach Art. I Sect. 7 § 1 der Verfassung nur im Hause ihren Ursprung nehmen könne, und das Haus vergeudete noch immer seine Zeit an der Verplanck Bill. Diese hatte alle Aussicht auf Erfolg verloren, so bald sich die erste Aufregung gelegt hatte, denn sie brach zu schnell und zu vollständig mit dem Protektivsysteme. Um beide Schwierigkeiten zugleich aus dem Wege zu räumen, beantragte Letcher am 25. Februar in dem Augenblick, da das Haus sich zur Vertagung anschickte, die ganze Verplanck Bill bis auf die Einleitungsformel zu streichen und statt ihrer die von Clay im Senate eingebrachte Bill zu setzen.[1]) Die Repräsentanten der industriellen Nordstaaten waren vollständig überrascht und im höchsten Grade empört, da die anderen Fraktionen sich offenbar vorher heimlich verständigt hatten und entschlossen waren, keine Debatte zu erlauben. Davis von Massachusetts konnte nur wenige Worte des Protestes gegen eine solche Holzhauergesetzgeberei sagen und dann wurde mit 105 gegen 71 Stimmen die dritte Lesung beschlossen, ehr, wie Benton sagt, das Mittagessen kalt geworden war, daß gerade angerichtet worden, als Letcher seinen Antrag stellte.[2]) Den folgenden Tag wurde die Bill mit 119 gegen 85 Stimmen passirt.[3])

Jetzt nahm das Haus die Force Bill auf. Am 8. Februar

---

server can doubt that the suspension will be made. Well, sir, suppose it takes place, and Congress should fail at the next session to afford the redress which will be solicited, what course would every principle of honor, and every consideration of interests, as she understands them, exact from her? Would she not make common cause with South Carolina? — and if she did, would not the entire South eventually become parties to the contest?"

[1]) Deb. of Congr. XII p. 170.

[2]) Benton, Thirty Years' View I pp. 310—312; Deb. of Congr. XII p. 175.

[3]) Deb. of Congr. XII p. 181.

hatte der Justizausschuß, an den die Botschaft des Präsidenten vom 16. Januar verwiesen worden war, einen Bericht abgestattet, der die Anwendung von Gewalt gegen South Carolina von jedem Gesichtspunkte aus für unzweckmäßig und unbillig erklärte. Ob die Bundesregierung unter irgend welchen Umständen das Recht dazu habe, wurde unbeantwortet gelassen, aber angedeutet, daß der Ausschuß es bezweifle. Seiner Ansicht nach war es die „unabweisliche Pflicht" des Kongresses, das beanstandete Gesetz zu ändern, denn wenn ein Staat entschlossen sei, „auf jede Gefahr hin" einem Gesetz zu widerstehen, so wären die Klagen offenbar begründet.[1])

Der Ausschußbericht hatte dem politischen Urtheil und dem National- wie dem Ehrgefühl der Majorität zu viel zugemuthet, wenn er sie aufforderte, förmlich die Impotenz der Bundesregierung zu erklären und gewissermaßen die Staaten einzuladen, die Impotenz zur Ueberordnung der partikularen über die nationalen Interessen auszunutzen. Wenigstens den Schein wollte die Majorität nicht ohne Noth opfern; mehr als diesen rettete sie aber auch nicht. Haus und Senat ergänzten einander jetzt in einer Weise, von der sich die Konvention zu Philadelphia schwerlich hatte träumen lassen. Der Senat wurde zuerst durch Passirung der Force Bill in der Theorie der Gesetzesherrschaft gerecht, und das Haus beugte der Nothwendigkeit vor, die Praxis mit der Theorie in Einklang zu setzen, indem es mit seiner Anerkennung der Theorie wartete, bis der Senat die zuvor vom Hause passirte Tarifbill annahm, mit der sich South Carolina seinen Widerstand gegen das Gesetz abkaufen lassen wollte. M'Duffie fragte vergeblich, welchen praktischen Zweck die Force Bill jetzt noch habe.[2]) Foster forderte den sonderbaren Repräsentanten auf, sich zu erheben, der eine weitere Widersetzlichkeit South Carolina's für möglich halte, nachdem jeder Senator und jeder Repräsentant des Staates für den Tarif gestimmt.[3]) Niemand verlangte nach der lächerlichen Auszeichnung, aber trotzdem wurde die dritte Lesung mit 126 gegen 34 Stimmen beschlossen, wo-

---

[1]) Siehe den Bericht und die vom Ausschuß eingebrachte Bill Niles XLIII Suppl. pp. 48, 49. Sehr bezeichnend ist die Befürchtung des Ausschusses, daß „among the unhappy results of the application of force, there is reason to fear that, from a controversy between the general government and a single state, it would extend to a conflict between the two great sections of the country, and might terminate in the destruction of the union itself."

[2]) Niles XLIII Suppl. p. 263.

[3]) Deb. of Congr. XII p. 190.

gegen der Senat mit 29 gegen 16 Stimmen die Tarifbill passirte.[1]) Jackson unterzeichnete beide Bills am 2. März.[2]) — Den 16. März widerrief die Konvention von South Carolina die Nullifikationsordinanz.[3])

So war das zweite große „Kompromiß" Clay's zu Stande gekommen, das dem Lande kaum weniger verhängnißvoll als das erste wurde. South Carolina hatte nicht Alles erhalten, was es anfänglich gefordert, aber die Union hatte viel verloren und nichts gewonnen. Die Schutzzölle waren nicht aufgehoben, sondern nur eine graduelle Ermäßigung bewilligt worden[4]), und hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Protektivsystemes waren gar keine Zugeständnisse gemacht. Allein für die tiefere Bedeutung des Kampfes ist es nur von Belang, daß die Vertagung der Entscheidung der prinzipiellen Frage durch Zugeständnisse erkauft worden, und nicht wie groß die Zugeständnisse der Bundesregierung waren.[5]) Sie hatte nicht das Prinzip aufgegeben;

---

[1]) Ibid. XII pp. 191, 123.

[2]) Parton, Life of Jackson III p. 481 sagt: „That the President disapproved this hasty, and, as the event proved, unstable compromise is well known. The very energy with which Col. Benton denounces it shows how hateful it was to the administration." Diese Stelle charakterisirt den Werth Parton's als Historiker. Benton schreibt: „General Jackson felt a positive relief in being spared the dire necessity of enforcing the laws by the sword and by criminal prosecutions." Thirty Years' View I p. 346.

[3]) Curtis, Life of D. Webster I p. 456 sagt, die Ordinanz sei nie förmlich aufgehoben worden. Daß der Widerruf auf den Antrag von S. D. Miller nur vom Präsidenten und Sekretär der Konvention unterzeichnet wurde, berechtigt nicht zu dieser Behauptung. Siehe die Verhandlungen über den Widerruf Niles XLIV pp. 57, 86—88.

[4]) Bis 1842 sollten die Zölle bis auf 20% ad valorem vermindert werden. Siehe das Gesetz Stat. at L. IV pp. 632—635.

[5]) Die Furcht, daß die Verfassung vielleicht nicht die letzte Probe bestehn würde, war nicht der einzige Beweggrund dafür, daß man sie nicht derselben unterwarf. Clay schreibt Brooke am 17. Jan. 1833: As to politics, we have no past, no future. After forty-four years of existence under the present Constitution, what single principle is fixed? The Bank? No. Internal Improvements? No. The Tariff? No. Who is to interpret the Constitution? We are as much afloat at sea as the day when the Constitution went into operation. There is nothing certain but that the will of Andrew Jackson is to govern; and that will fluctuates with the change of every pen which gives expression to it." (Clay's Priv. Corresp. p. 347.) Und am 23. Jan.: „It is mortifying — inexpressibly disgusting — to find that considerations affecting an election now four years distant, influence the fate of great questions of

die Force Bill war eine indirekte Erklärung, daß sie daran festhielte. Calhoun hatte jedoch gleichfalls, nachdem die Force Bill bereits von beiden Häusern passirt worden war, feierlich erklärt, daß er auch nicht in dem geringsten Punkte von seinen Prinzipien lasse. Clay meinte, das Protektivsystem habe einen neuen „Pachtvertrag" auf neun Jahre erhalten. Das war richtig, wenn gleich die Pachtbedingungen sehr viel ungünstiger waren als bisher. Mit demselben Rechte ließ sich aber auch sagen, daß die unionistische Verfassungspartei nur einen neuen

---

immediate interest more than all the reasons and arguments which intimately appertain to those questions. If, for example, the Tariff now before the House should be lost, its defeat will be owing to two causes — 1st, The apprehension of Mr. Van Buren's friends, that if it passes, Mr. Calhoun will rise again as the successful vindicator of Southern rights; and 2d., Its Passage might prevent the President from exercising certain vengeful passions which he wishes to gratify in South Carolina. And if it passes, its passage may be attributed to the desire of those same friends of Mr. Van Buren to secure Southern votes." (Ibid. p. 348) — Ebenso bedeutsam war es, daß Jackson's Stellung in der Verfassungsfrage unklar und schwankend war. Ein Theil seiner Anhänger fand in der Proklamation vom 11. Dez. die „Konsolidationsideen" der alten Föderalisten. Diesem Vorwurf begegnete der Congressional Globe mit einem langen „autorisirten" Artikel, in dem Jackson erklären ließ, daß er nicht nur den Staaten sondern auch den Staatsregierungen die in den Virginia und Kentucky Resolutionen beanspruchten Rechte zuerkenne. Es heißt in dem Artikel: „Its (der Proklamation) doctrines, if construed in the sense they were intended, and carried out, inculcate . . . that in the case of the violation of the Constitution of the United States, and the usurpation of powers not granted by it on the part of the functionaries of the General Government, the State Governments have the right to interpose and arrest the evil, upon the principles which were set forth in the Virginia Resolutions of 1798, against the Alien and Sedition Laws — and finally, that in extreme cases of opression (every mode of Constitutional redress having been sought in vain), the right resides with the people of the several States to organize resistance against such oppression, confiding in a good cause, the favor of heaven, and the spirit of freemen, to vindicate the right." Al. H. Stephens, The War between the States I pp. 462—469 gibt den wesentlichen Inhalt des Artikels wörtlich. — Tyler, Memoir of Roger B. Taney p. 188, sagt: When the instrument (die Proklamation vom 11. Dezember 1832), as prepared by Mr. Livingston, was presented to General Jackson, he disapproved of the principles and doctrines contained in it. But as the conclusion suited him, he determined to issue it at once, without waiting to correct the erroneous doctrines contained in it." Tyler hat ebenso wenig wie Neumann für die früher erwähnte entgegengesetzte Behauptung irgend eine Thatsache als Beweis anzuführen. Vrgl. die von Hunt Life of Edw. Livingston p 371, 372 mitgetheilte Note Jackson's an Livingston.

Pachtvertrag auf unbestimmte Zeit bewilligt bekommen, und zwar mit dem stillschweigenden Vorbehalte von Seiten der Staatenrechtler, ihn in jedem Augenblick wieder kündigen zu können. Es war Phrase, wenn Calhoun sagte: „Der Widerstand des Südens (gegen die Force Bill) wird niemals aufhören, bis der Akt aus dem Statutenbuche ausradirt ist.“ Wie die Majorität den Muth hatte, ein Zwangsgesetz in die Welt zu trompeten, als es nichts mehr zu zwingen gab, so hatte die Minorität den Muth, dem Gesetze ewige Fehde anzukündigen, als sie zu dem Entschluß gekommen war, die Anwendung von Zwang nicht mehr herauszufordern. Allein wenn auch der Tarif schwerlich zum zweiten Male eine solche Krisis herbeiführen konnte, obwohl der Zwist keineswegs durch das Kompromiß zu einem definitiven Austrag gebracht worden war, so war doch dadurch nicht im Geringsten die Wahrscheinlichkeit vermindert, daß es in kurzer Zeit neue und sogar schwerere Krisen zu bewältigen geben würde. Der Tarifstreit war selbst zum großen Theile nur die Manifestation eines tieferen Zwiespaltes, und man hatte auch jetzt nicht vergessen, wo die Wurzel desselben lag.[1]) Entwickelte sich unmittelbar aus dieser eine neue Krisis, dann mußten auch den politisch Blinden die Augen darüber aufgehen, welche Tragweite der Triumph des einen Staates mit einer Bevölkerung von 581,185 Köpfen — darunter 315,401 Sklaven — über die Union mit

[1]) „The contest will, in fact, be a contest between power and liberty and such I consider the present — a contest in which the weaker section, with its peculiar labor, productions, and institutions, has at stake all that can be dear to freemen.“ Calh.'s Works II p. 261. Moore von Alabama sagte im Senat: „Disguise this matter as you will, this is the question. We have long seen the tendency and object of the tariff policy. We deny your right to protect the free labor of the north, at the expense of the slave labor of the south . . . And it is because I believe the bill involves this question, and because I know the people of Alabama have a common interest with the people of South Carolina in resisting this oppression, that I am opposed to this Bill.“ Niles XLIII Suppl. p. 144. Quincy (Life of J. Q. Adams p. 199) erzählt, Adams habe nach einer Unterredung mit Oliver Wolcott gesagt: „He holds the South Carolina turbulence too much in contempt. The domineering spirit naturally springs from the institution of slavery; and when, as in South Carolina, the slaves are more numerous than their masters, the domineering spirit is wrought up to its highest pitch of intenseness. The South Carolinians are attempting to govern the Union as they govern their slaves, and there are too many indications that, abetted as they are by all the slave-driving interest of the Union, the free portion will cower before them, and truckle to their insolence. This is my apprehension.“

einer Gesammtbevölkerung von 12,866,020 habe.[1]) Robbins von Rhode Island hatte im Senat die Tarifbill richtig eine „praktische Anerkennung" des Nullifikationsrechtes genannt[2]) und John Quincy Adams hatte dem Hause warnend zugerufen, daß die Frucht einer solchen Prämie für Auflehnung gegen das Gesetz unfehlbar die Auflösung der Union sein müsse.[3]) Als Thatsachen die Wahrheit dieser Prophezeiung zu beweisen anfingen, bekannten auch die unbedingtesten Bewunderer Jackson's und die traditionsgläubigsten Demokraten, daß der Carolinier, den sie im Geiste schon am Galgen hängen gesehen, dem „eisernen Mann" den Sieg abgerungen.[4])

Es war ein furchtbarer Sieg: die Ueberwundenen sind entsetzlich für die durch eigene Schuld erlittene Niederlage gezüchtigt worden, und die Ueberwinder sind von den Folgen des fluchvollen Sieges zerschmettert worden, Ueberwundene und Ueberwinder aber haben die Strafe auf sich herabgezogen, weil sie Eines nicht verstanden oder, obwohl sie es verstanden, ihm nicht nachleben wollten: „Die Souveränetät kann nur eine einheitliche sein, und sie muß eine einheitliche bleiben, die Souveränetät der Gesetzgebung.[5])

---

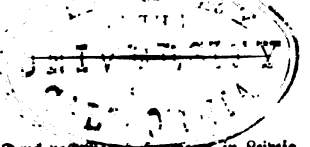
[1]) Die Zahlen sind dem Census von 1830 entnommen.

[2]) „That State (South Carolina) hath neither disarmed herself nor renounced this power. Now we offer to her this bill to induce her, not to renounce this power, but to refrain from its exercise at present. Is not this a practical recognition of this fatal power? What is to hinder this State from resuming this attitude hereafter? Who is to hinder any other from assuming the same attitude, by this power to wrest from the General Government any one of its powers, or what amounts to the same thing, prevent its exercise? In that case, by this precedent, we are either to yield the disputed power, or to buy off the Union by a compromise." Deb. of Congr. XII p. 123.

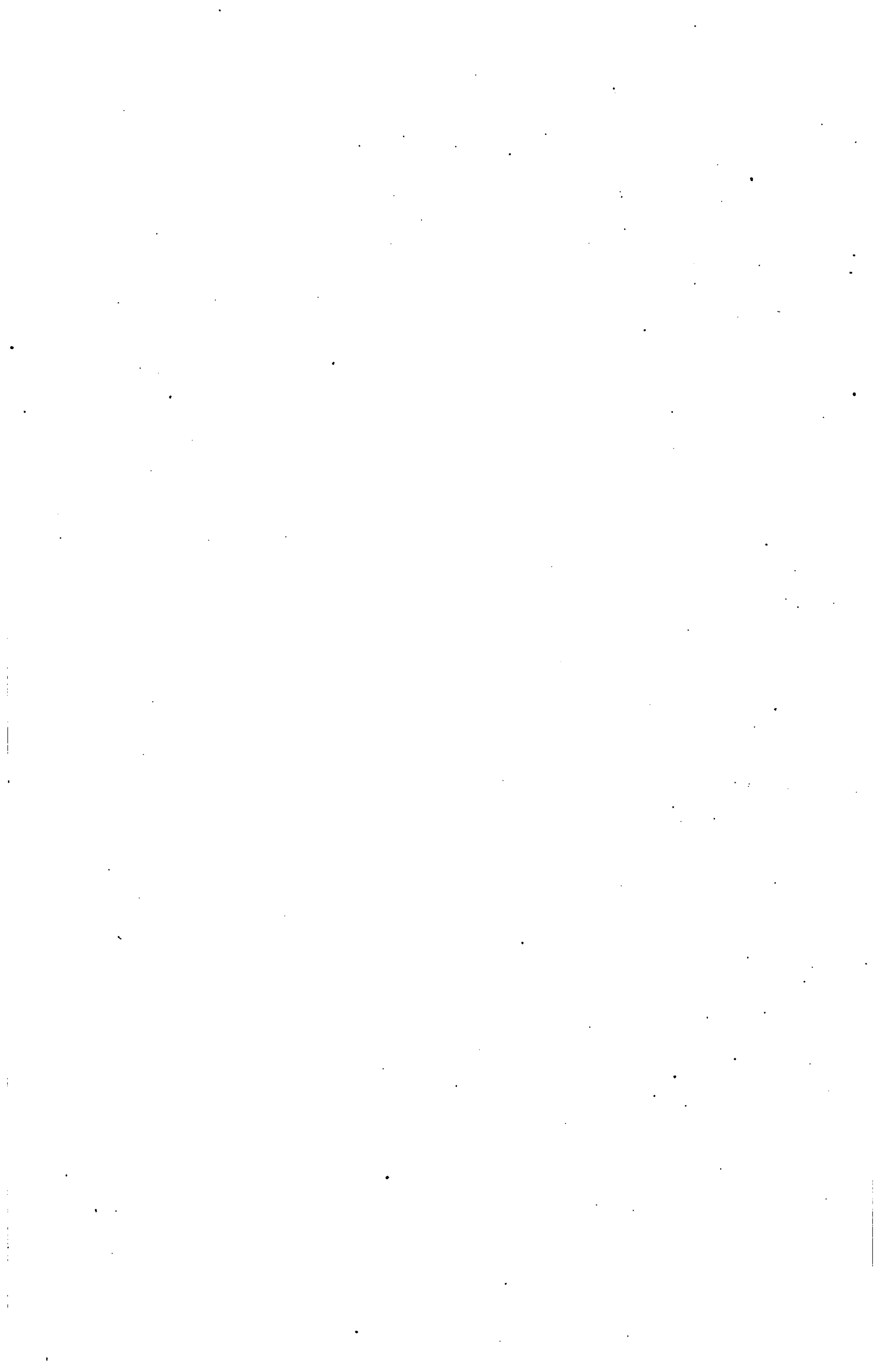
[3]) „One particle of compromise with that usurped power, or of concession to its pretensions, would be a heavy calamity to the people of the whole Union . . . and directly lead to the final and irretrievable dissolution of the Union." Rede vom 4. Febr. 1833. Quincy, Life of J. Q. Adams p. 208 ff.

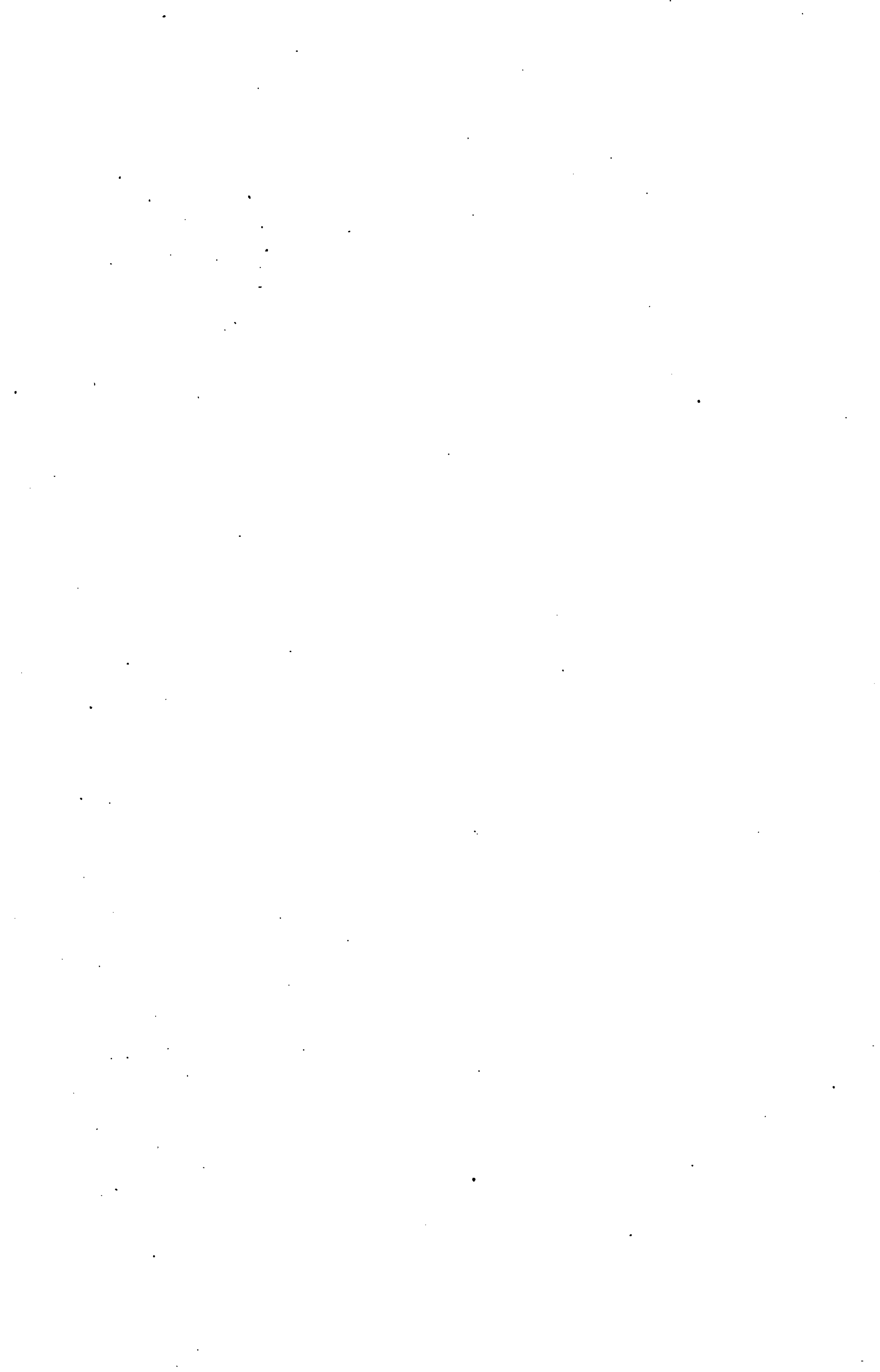
[4]) Benton, Thirty Years' View I p. 585; Mr. Buchanan's Administration p. 92.

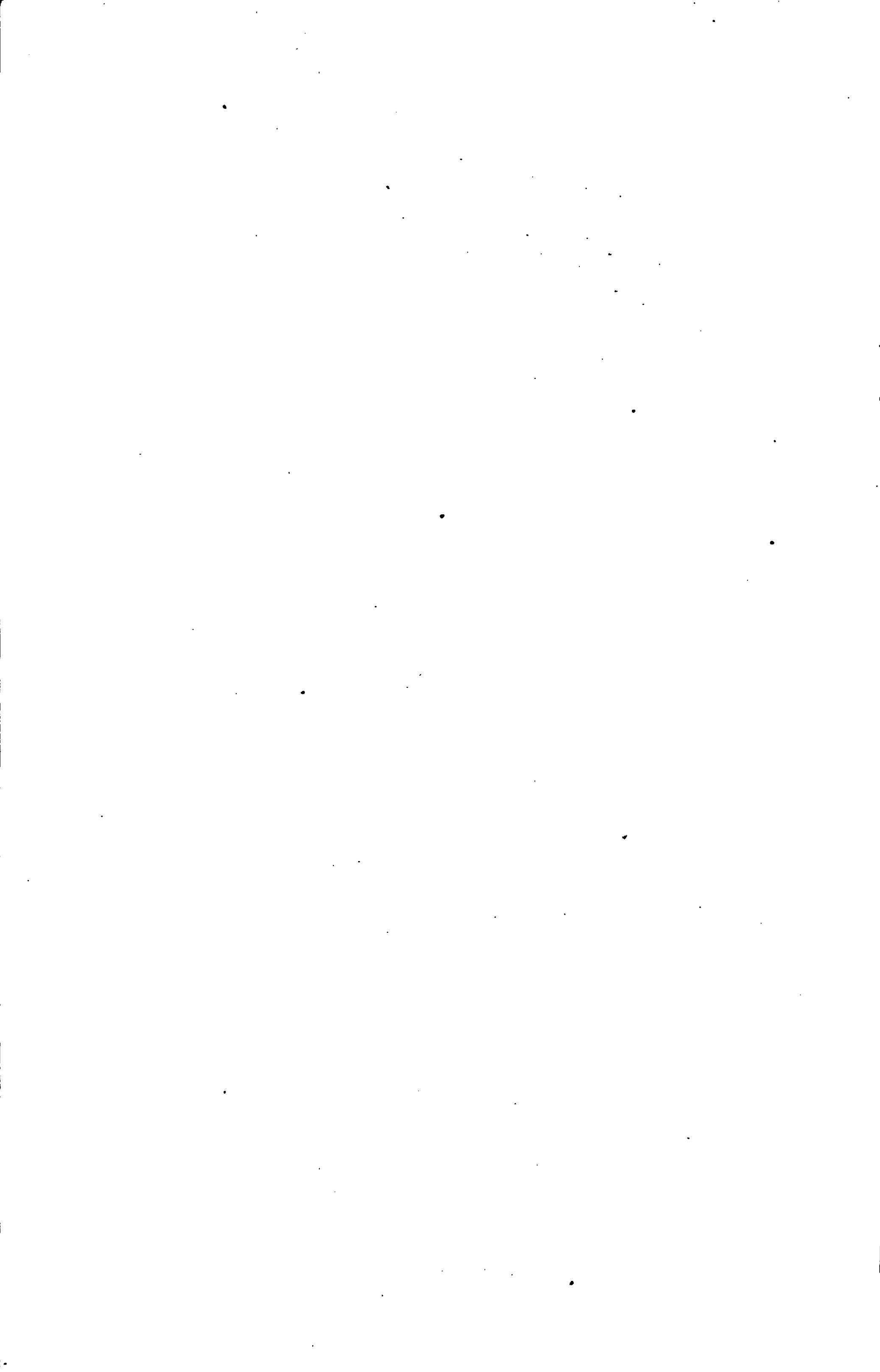
[5]) Bismarck am 14. Mai 1872. Held, Die Verfassung des Deutschen Reiches p. 19.

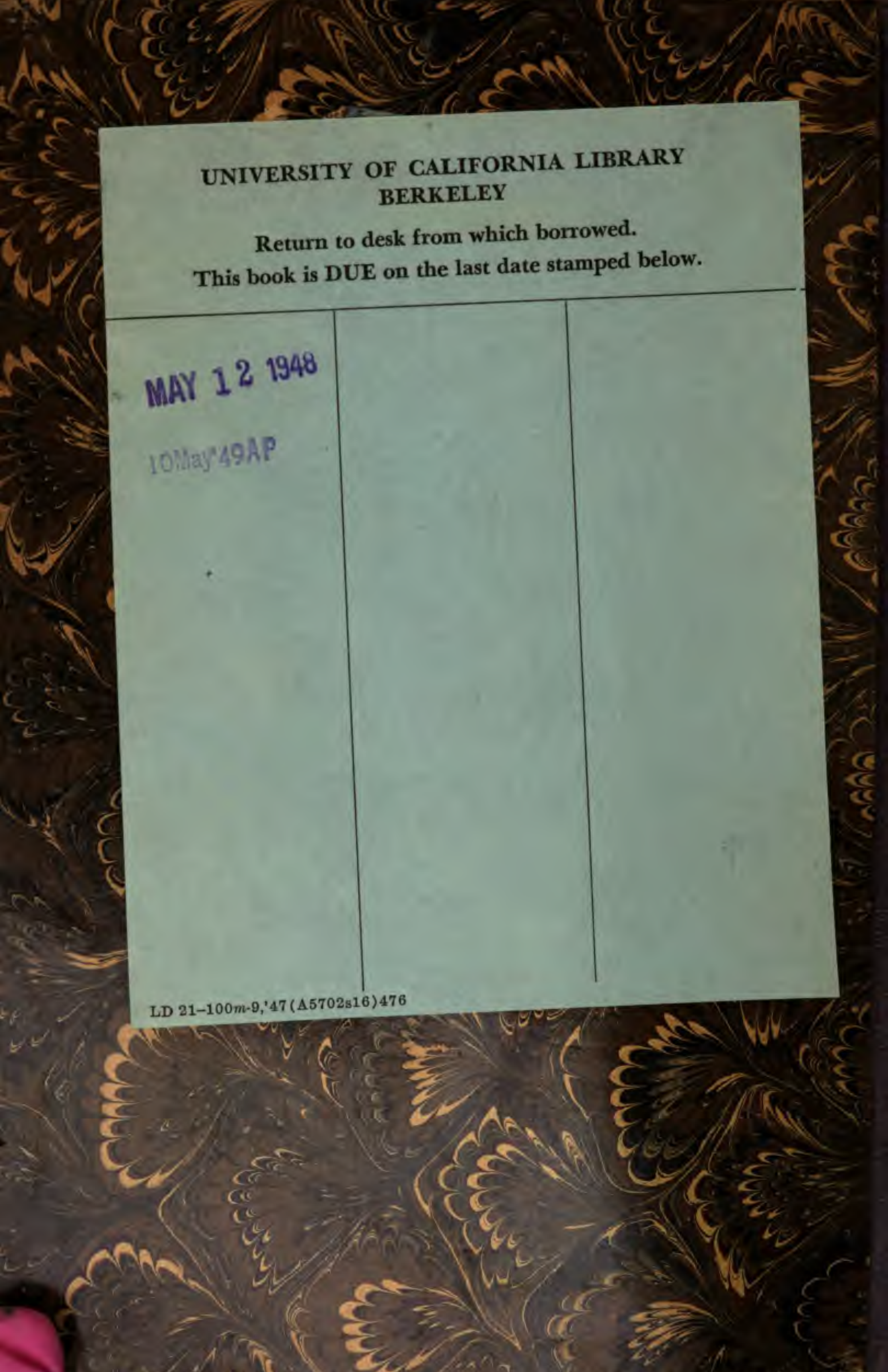


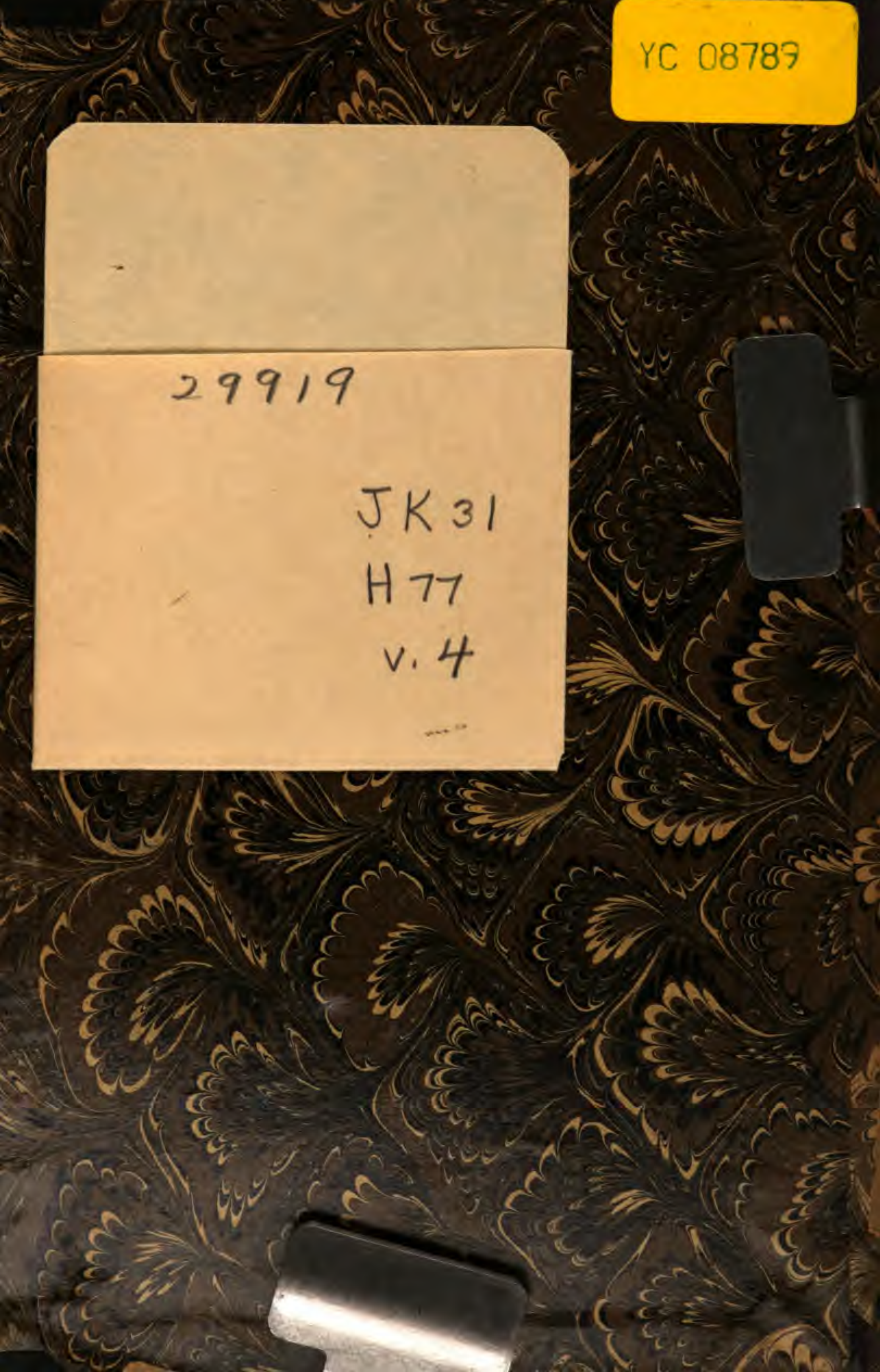
Druck von [illegible] in Leipzig.










YC 08789
29919
JK 31
H 77
v. 4

